

Der soziale Sinn der Lehre von Karl Marx.

Von

Max Adler (Wien).

I.

Am 14. März 1913 waren es dreißig Jahre, seit KARL MARX dahingegangen. Ein solcher Zeitraum nach dem Tode eines Mannes, dessen Lebenswerk nicht etwa darin liegt, eine umwälzende Entdeckung oder Erfindung gemacht zu haben, sondern für das Denken der Menschen, für ihre Auffassungsweise neue Wege zu weisen, ist fast immer eine zu kurze Spanne Zeit, um das zu erkennen, was seine säkulare Bedeutung ausmacht, d. h. seine bleibende, über allen Wechsel der Zeiten und Interessen hinauswirkende geistige Errungenschaft. Denn derselbe Kampf der Zeitinteressen, der sein Denken bestimmt, seine Probleme ihm gestellt, seine Lösung bedingt hat, er umgibt auch noch die bloß ein Menschenalter später Lebenden, und er findet sie auch noch in die gleichen Verschiedenheiten der Meinungen und Voraussetzungen, der Erwartungen und Leidenschaften geschieden wie zur Zeit der Entstehung jener neuer Lehre. Leicht kann dann das, was sich selbst als Würdigung des bleibenden Wertes einer großen geistigen Leistung empfindet, doch nichts anderes sein, als bloß begeisterte Anhängerschaft und Parteinahme. Nur wenn dieses Neue und Große, obgleich aus dem Kampf geboren, wo er am heftigsten ist, weil er alle tiefsten Lebensinteressen der Menschen umfaßt, zugleich in die Sphäre der objektiven Erkenntnis gehört, in der kein anderer Kampf mehr möglich ist, als der des Wissens mit dem Irrtum, in der also alle noch so schroffen Gegensätze da draußen überwunden werden durch die leidenschaftslose und unverbrüchliche Einheit der wissenschaftlichen Einsicht, — nur dann ist mit der plötzlichen Ruhe und

Unverrückbarkeit eines solchen Standpunktes auch der Ort gefunden, von dem aus sich ein sicheres Urteil darüber geben läßt, was die Bedeutung eines großen Mannes nicht nur für uns ist, die wir seine Anhänger sind, sondern was sie für die ganze geistige Entwicklung überhaupt ist.

Gerade dies nun ist der Standpunkt, den wir gegenüber MARX nicht nur einnehmen müssen, sondern auch können. Es ist zwar gewiß genug weltgeschichtliche Größe für ein Menschenleben, der Wecker des größeren Teiles der zivilisierten Menschheit gewesen zu sein, das internationale Proletariat mit dem Bewußtsein seiner Lage und Aufgabe erfüllt und ihm Wege wie Ziel gerichtet zu haben. Aber so tief eingegraben dieses Wirken von MARX in die Geschichte ist, so daß es aus ihr nur erst durch den Sieg und die Vollendung seiner Ideen als schaffendes Element wird verschwinden können, um dann in der geschichtlichen Erinnerung noch fortzudauern, so liegt hierin noch bei weitem nicht seine ganze Bedeutung. Ja, im Gegenteil, was so mächtig auf der geschichtlichen Bühne sich vor unseren Augen abspielt, dieser gewaltige Organisationsprozeß des Proletariates der Welt unter MARXschen Gedanken, dieses bis dahin unerhörte Lebendigwerden eines einzelnen Denkers in dem geeinten Willen und Wirken von Millionen, es ist nur die grandiose historische Bewährung der eigentlichen von MARX ausgehenden Bedeutung, nämlich der noch zu wenig erkannten Tatsache, daß mit ihm die Wissenschaft zum ersten Male ein neues Gebiet erobert hat, das soziale Leben, von wo aus eine neue Technik möglich wurde, die nicht mehr, wie die naturwissenschaftliche, bloß einzelne Güter des Lebens neu hervorbringt oder umwandelt, sondern das ganze soziale Leben nun bewußt umzugestalten unternimmt. Und der neue Gedanke, mit dem MARX diese epochemachende Erweiterung unseres theoretischen Besitzes vollzieht, durch welche von nun an erst neben die Naturwissenschaft eine Sozialwissenschaft von gleicher methodischer Strenge tritt, ist der Begriff vom vergesellschafteten Menschen. Mit ihm erfährt der bisherige Begriff der Gesellschaft eine bis dahin nicht erreichte Klarheit und Genauigkeit seiner Bestimmung.

Was die volle Einschätzung dieser Geistestat in ihrer ganz eigenartigen Bedeutung zumeist noch erschwert, ist die einseitige

Beleuchtung, in der man immer noch den geistigen Charakter des Jahrhunderts beurteilt, in dem das MARXSche Werk zur Ausreifung kam. Ist doch unter den Bezeichnungen, die das abgelaufene 19. Jahrhundert am liebsten hörte und in deren alles überstrahlenden Glanze man es gewöhnlich auch heute noch sieht, die des Jahrhunderts der Naturwissenschaften. Wie der forschende Geist in diesem Jahrhundert in Geheimnisse der Materie und des Lebens gedrungen war, deren Entschleierung erst die Erfassung der ganzen organischen wie unorganischen Natur in einem einheitlichen, gesetzgebundenen Kosmos ermöglichte, wie das Denken auf gesicherten methodischen Bahnen ebenso vorrang in die Weltenfernen des Universums, wie in die Zeitenfernen der tellurischen und menschlichen Entwicklung, ja wie es sogar aus dem Unsichtbaren, aus dem großen X, noch Strahlen gewann, um in dieses Dunkel hineinzuleuchten, — dies alles und noch vieles mehr ist oft und oft zu jenem faszinierenden Gemälde zusammengefaßt worden, mit welchem dieses wunderbare Jahrhundert wohl für lange Zeiten vor dem Blick des ergriffenen Betrachters bestehen wird. Und wendet sich dann das Auge von allen diesen Triumphen des Forschergeistes hinweg zu den praktischen Früchten dieser Arbeit, zu ihrer Anwendung in der Technik dieses Jahrhunderts, so steht man hingerissen vor einer Weltumschaffung, die beispiellos ist in dem ganzen Entwicklungsprozess, den wir heraufgekommen sind bis zu diesem Zeitpunkt. Denn noch bis an die Schwelle dieses 19. Jahrhunderts konnte man sagen, daß mit der einzigen Korrektur des KOLUMBUS die Welt GOETHES und SCHILLERS in ihrer äußeren Kulturgestaltung und Naturbeherrschung nicht um vieles anders war als die Welt HOMERS oder doch der Antike; denn selbst die kopernikanische Tat war nur ein Wiedererwecken schon antiker Ideen. Nun aber setzt jene grandiose Beherrschung von Kraft und Raum und Zeit ein, die wie ein neuer Demiurg eine neue Erde und ein neues Menschengeschlecht schafft, — eine neue Erde, weil sie jetzt erst aus geheimnisvoll unbegriffener Herkunft uns in ihrem Werden vertraut wurde, ein neues Menschengeschlecht, weil es jetzt in ganz neuen, früher unerhörten Anschauungen aufwächst, in ganz neuen räumlichen und zeitlichen Beziehungen zu seiner Umwelt, die allmählich ein

Tempo und einen Habitus des Lebens erzeugen, wie sie der großen Tatsache entsprechen, daß dieses eine Jahrhundert die Naturwissenschaften und die äußere Kultur weiter gebracht hat als alle vorausgegangenen Jahrhunderte zusammengenommen.

Trotzdem ist diese vom Triumph der Naturwissenschaft so eingenommene Wertung des letzten Jahrhunderts ein Irrtum, wenn sie den Anspruch erhebt, die ganze Bedeutung der geistesgeschichtlichen Entwicklung dieser Epoche erfaßt zu haben. Es hängt eine solche Wertung allerdings gerade mit der einem bloß naturwissenschaftlichen Denken sehr gewöhnlichen unkritischen Vorstellung zusammen, wonach Wissenschaft und Naturwissenschaft für identische Begriffe gehalten werden. Und dieses in den Kreisen der Naturforscher begründete Vorurteil mußte dann erst recht, durch Popularisierung noch vergrößert, in weiten Kreisen der Gebildeten Wurzel fassen, so daß dem Blick außer der Naturwissenschaft und den naturwissenschaftlich behandelten Gebieten des menschlichen Lebens — den biologischen Wissenschaften — nichts weiter sich darbot, was an dem Triumph der Wissenschaft teilhaben konnte. Außerhalb der Naturwissenschaft gab es kein Heil, was darüber hinauslag, schien allgemein und scheint vielen noch heute im Zeitalter des Monismus entweder als Metaphysik oder als nutzloses Raisonement.

So mußte unter der Herrschaft einer hauptsächlich naturalistischen Geistesverfassung die einseitige Schilderung des 19. Jahrhunderts als eines wesentlich naturwissenschaftlich aufbauenden und fortschreitenden Zeitalters aufkommen und sich im allgemeinen Bewußtsein einwurzeln, wie wohl schon in der zweiten Hälfte dieser Zeit gewichtige Stimmen gegen eine solche Auffassung laut wurden. Ich nenne, um von Geringerer zu schweigen, nur WUNDT und WINDELBAND. Was der Naturalismus nicht sah und auch andere zu sehen verhinderte, indem er unausgesetzt den wunderbaren Film seiner Errungenschaften vor dem staunenden Publikum ablaufen ließ, wobei das ganze übrige Welttheater aber im Dunkeln bleiben mußte, das ist die große Tatsache, daß neben dem Prozeß der Entwicklung der Naturwissenschaften gerade im 19. Jahrhundert ein anderer Prozeß mächtig einhergeht, der nicht nur für den Begriff der Wissenschaft selbst von größter Bedeutung ist, sondern auch in seinen

praktischen Folgen vielleicht noch bedeutender werden wird als die umwälzende Entwicklung der Naturwissenschaften. Denn während diese in ihrer Anwendung nur die Mittel des Lebens erfäßt, ergreift jener in seinen Konsequenzen die Träger dieses Lebens selbst; während dieser Prozeß es nur mit Sachen oder doch versachlichtem Leben zu tun hat, faßt jener andere scheinbar nur nebenhergehende Prozeß die Menschen selbst und damit sogar die Naturwissenschaft als eine bloße Betätigung der Menschen. Dieser nebenhergehende Prozeß ist die Entwicklung einer Sozialwissenschaft. Es ist ein Prozeß, der zwar nicht erst im 19. Jahrhundert begonnen hat, sondern in seinen Anfängen wohl bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, der aber gerade in diesem Jahrhundert der Naturwissenschaften seine erste Vollendung mit KARL MARX erreicht. Denn mit ihm tritt erst durch die eigenartige Denkweise, in welcher die MARXschen Begriffe nun das soziale Problem bearbeiten, eine neue wissenschaftliche Anschauungsweise auf, die eben die sozialwissenschaftliche ist. Und hiemit erweitert sich das Reich des Erforschbaren über das Gebiet der bloßen Naturvorgänge hinaus, um nun auch das Menschliche, die menschlichen Erlebnisse und Schicksale zu erfassen, ja, nicht nur das abgelaufene Tun und Leiden der Menschen, sondern sogar auch ihr in die Zukunft reichendes Planen und Wirken. Und so verdoppelt sich der geistige Besitz der Menschheit wie in einer zweiten großen Entdeckung von Neuland auf unserer alten Erde.

II.

Es ist ein gar langer Weg, den die Betrachtung des Menschlichen bis zu seiner Erfassung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten durchlaufen hat, und im Rückblick auf denselben erscheint erst recht die spät gewonnene Eigenart des sozialwissenschaftlichen Standpunktes ausgeprägt. Auch der antike Mensch sah wohl das Menschliche, aber er übersah darüber alles andere. Das Menschliche trat ihm mit der überwältigenden Macht seiner vernunftbegabten Subjektivität gegenüber und stellte sich derart in das Zentrum seines Denkens, daß es sogar die ganze Naturbetrachtung in sich hineinnahm. So bekam die Naturgesetzlichkeit für die antike Welt die Gestalt des Logos, der Urvernunft, die nach dem Bilde des HERAKLIT die Welt

wie ein Feuer durchglühte oder als gewaltiger Nous das All im Kreise herumschwang. Kein blindes Naturgesetz herrschte über oder in den Dingen, keine mechanische Notwendigkeit fügte ihre Gesetzmäßigkeit, sondern *εἰμαρμένη*, das Schicksal waltete über Menschen und Dingen und führte dieselben, oft schrecklich und niederdrückend, aber doch nur für Menschensinn unbegreiflich, den Zielen einer höheren Weltordnung zu. Natur und Mensch waren so eigentlich ungeschiedene Glieder eines großen Zusammenhanges, an dem aber nicht so sehr das objektive Gesetz des Geschehens als der subjektive Sinn seiner Gestaltung wichtig war, soweit dieser letztere durch menschliches Denken erfaßt werden konnte. Sich bewußt eingliedern in das Walten der Logos, ein harmonischer Teil der Weltvernunft zu werden, das ist der eigentliche Geist des antiken Denkens, das daher auch weniger nach Wissenschaft als nach Weltweisheit strebte. Von da aus wird alles Wissen von der Natur nur Mittel zum großen Ziele einer Erkenntnis des eigentlichen Daseinzweckes und Wertes der Welt. Die Physik ist bloße Vorstufe der Ethik, der Philosophie, und diese selbst ist zuletzt nicht theoretisch, sondern praktisch orientiert, — praktische Philosophie, Forschung nach dem höchsten Gut und erst im Lichte dieser Erkenntnis nach allem übrigen.

Das Christentum hat an diesem Gesamtbilde sehr wesentliche Veränderungen hervorgebracht, die schließlich zu einer anderen Auffassung des Verhältnisses von Mensch und Natur führen mußten. Es ist dies nicht so sehr die Ersetzung des Logos durch die Idee des christlichen Gottes, obgleich auch diese Änderung entscheidend werden mußte für den Farbenton des Weltgemäldes. Denn nun verdunkelte sich der lichte und freudige Ton des antiken Gedankens vom höchsten Gute immer mehr in die düstere und aller Lebenslust grame Bedrücktheit der christlichen Tugend. Allein es ist vor allem die spezifisch mosaisch-christliche Lehre von der Auserwähltheit des Menschen als des allein beseelten Wesens gegenüber der ganzen übrigen nun seelenlos werdenden Welt, welche einen gewaltigen und unüberbrückbaren Spalt in die Natur treibt und ihre glückliche Einheit eines geistigen Kosmos verwandelt in eine Zerrissenheit unter einer göttlichen Weltregierung, einer Regierung über

Menschen und Dinge, an der beide kein Teil haben, in der beide nur Objekt sind, bloß daß der eine Teil, die Menschen, dies zu erkennen und zu lobpreisen vermögen.

Indes — diese Zerreißung der Natur, zunächst bloß eine religiöse oder doch metaphysische Vorstellung, erleichtert, so sonderbar dies auch klingt, vorerst doch den dogmatischen Zwang der herrschenden Religionslehre gegenüber der Beschäftigung mit den Dingen der Natur, und wird so allgemach zu einem Scheidungsprinzip der Wissenschaft selbst, die als bloße Naturwissenschaft sich bescheidet, die Wege der Gottesgelehrtheit nicht zu kreuzen, und darum schon prinzipiell alles Menschliche, alles mit der Seele Zusammenhängende, außerhalb ihres Gebietes liegen läßt. So entwickelt sich die neuzeitliche Naturauffassung als die einer Gesetzlichkeit, die mit Seelenlosigkeit identisch ist. Naturgesetzlichkeit, — das ist kalte, starre, zweck- und sinnlose Notwendigkeit, in der es nichts anderes gibt, als die gegen alle menschlichen Interessen gleichgiltig verharrende, bestenfalls von ihnen nur zu benützte Folge von Ursache und Wirkung. So zerfiel nun das Ganze des menschlichen Daseins in zwei große Gebiete: in Natur, die das Äußere dieses Daseins war, das eigentlich Unmenschliche in ihm, das Vernunftlose, und in das Denken, Wollen und Handeln, das als eigentlich Menschliches in innerer Freiheit der äußeren Notwendigkeit gegenübertrat. Natur und Mensch fielen also auseinander wie Gesetz und Wille, wie blinder Zufall und sinnvolle Bestimmtheit. Nicht länger mehr war die Physik eine bloße Station in dem System der Weltweisheit, das sich in der Ethik, in der Lehre vom höchsten Gut vollendete. Sondern Physik und Ethik selbst fielen jetzt auseinander: das Menschliche in seiner spezifischen Bedeutung, also nicht in dem somatischen und biologischen Bestandteil, mit welchem es zur Natur gehörte, sondern in seinem Vernunftdasein, womit es den bloßen Naturcharakter zu überschreiten schien, gehörte nur mehr in den Bereich der Ethik, die selbst aber aus dem Zusammenhang der Naturwissenschaften ausschied. Ja sogar der kühnste Vorstoß dieser Gedankenrichtung, der im naturwissenschaftlichen Materialismus auch das Geistige als bloßes Produkt des materiellen Getriebes zu erfassen versuchte, mußte, indem er hierbei an der unübersteiglichen Grenze scheiterte,

das Geistige aus der Materie abzuleiten, diese Spaltung von Natur und Geist zuletzt noch bekräftigen. Und so schien es, als ob die Wissenschaft als bloße Naturwissenschaft die Hälfte der Welt, und noch dazu die wertvollere für uns, resigniert aufgeben und der Ethik überlassen müßte, um dort, wo man über das Sein nichts mehr erfahren konnte, wenigstens ein tröstliches Sollen zu lehren. Daneben blieb nur noch die Geschichte übrig als farbenreiches Bilderbuch für neugierige Menschenkinder oder höchstens als Lehrerin der Eitelkeiten und Vergänglichkeiten des Lebens.

Aber gerade von dieser am weitesten aus aller wissenschaftlichen Geistesrichtung hinwegführenden Beschäftigung mit den menschlichen Dingen, aus der Geschichte, sollte die neue Wissenschaft von dem Menschlichen erwachsen. Denn auch hier trachtete das Forscherinteresse schließlich darnach, in der überwältigenden Fülle der sich drängenden Begebnisse irgend eine Orientierung zu gewinnen, eine Richtung und ein Ziel zu erkennen, um nicht einfach ratlos dazustehen. Bot sich in der Natur in dem Begriffe des Naturgesetzes ein immer festerer Boden aller Forschung, so schien hier der Begriff der waltenden Gottheit umso sicherer zum einzig möglichen Wegweiser zu werden, als es sich ja durchaus um Geistes Wohl und Wehe handelte und nicht um das Stoßen und Abrollen lebloser Dinge. So wurde die christliche Gottesidee, die Idee des allmächtigen Weltregierers, der Menschen und Völkern ihre Schicksale gesetzt und ihre Wege vorherbestimmt hat, die Keimzelle des großen, alle Geisteswissenschaften erst ermöglichenden Gedankens eines historischen Determinismus, nach welchem also auch die menschlichen Dinge ebenso gesetzbestimmt sind, wie die Naturdinge, nur daß diese Bestimmung der Gottheit gleichsam näher stand wie jene der Naturdinge, und daher einen deutlichen Vernunftcharakter, einen Sinn erkennen ließ. Seit dem 17. Jahrhundert beginnt sich dieser historische Determinismus auch stärker von seiner ursprünglich bloß religiösen Färbung loszulösen. Zwar bleibt zunächst die Vorstellung einer nach göttlichen Plänen ablaufenden Weltordnung. Aber unter diesem Prätexte beginnen sich doch die Wechselfälle im Leben der Völker und Staaten immer mehr zu einem unter Gesetzen stehen-

den Zusammenhänge umzugestalten, und so wird nun zum ersten Male auch das menschliche Geschehen als ein trotz alles scheinbaren Zufalles im ganzen doch notwendiger Prozeß begriffen. Die göttliche Vorsehung wurde derart nur ein anderer Ausdruck für das theoretische Postulat einer Gesetzmäßigkeit auch des menschlichen Daseins, und aus einer ursprünglich bloß religiösen Stimmung entwickelte sich so eine direkt zur exakten Auffassung strebende wissenschaftliche Denkweise. Es war damit ein neuer Standpunkt gewonnen, dessen Eigenart nicht übersehen werden darf. Denn nicht der Begriff der göttlichen Vorsehung etwa war das Neue; von ihr sprachen auch schon die Alten, zumal die Stoiker, in deren Lehre der Weltenplan, die Weltvernunft eine große Rolle spielte. Aber die antike Vorsehung war, soweit sie nicht überhaupt nur die blinde Moira meinte, eine wesentlich ethische Überzeugung, ein bloßer Glaube an die Vernünftigkeit des Universums überhaupt, die man durch eigenes vernunftgemäßes Handeln bewähren müsse im Vertrauen darauf, daß zuletzt die Weltvernunft alles zu einem großen Ziele führe, ohne im übrigen ihre Pläne erforschen zu können. Nun aber trat gerade der Gedanke der Erforschlichkeit der göttlichen Ordnung, wenigstens soweit sie sich auf die Geschieke der Menschen im großen bezog, also im geschichtlichen Leben der Völker sich dokumentierte, in den Vordergrund. Er ist der neue Gesichtspunkt, den GIAMBATTISTA VICO vielleicht zuerst dahin formuliert hatte, Gott nicht nur in der Gesetzmäßigkeit der Natur, sondern ebenso in jener des geschichtlichen Lebens finden zu wollen. Und der Titel seines Hauptwerkes, der wie ein Jubelruf klingt, „Nuova Scienza“ — Neue Wissenschaft! — gibt anschauliche Kunde von dem neuen Bewußtsein, das mit diesem Standpunkt unverlierbar gewonnen war.

Wie von da aus mit der fortschreitenden Verweltlichung des Denkens und mit der Erstarkung des kritischen Geistes auf den Bahnen einer großartig sich entwickelnden Philosophie der Geschichte die wissenschaftliche Denkweise immer gefestigter und in sich begrifflich bestimmter wurde, bis sie endlich in KANT den Gedanken eines geschichtlichen Prozesses faßte, der nicht mehr durch außenstehende Mächte, sondern nur mehr durch die in dem menschlichen Zusammenleben selbst enthaltenen

Kräfte bestimmt wird, — dies bildet eines der tiefstinnigsten Kapitel in dem so tiefstinnigen 18. Jahrhundert, das seinen Ruhmes-titel eines philosophischen Jahrhunderts hier nicht am wenigsten gegründet findet. Uns interessiert hier aber das Resultat, zu dem diese ganze Geistesentwicklung durch COMTE, FICHTE und HEGEL hindurch geführt hat, um das große Versprechen einer neuen Wissenschaft schließlich auch wirklich einzulösen.

Dieses Resultat liegt in der Ausdehnung der wissenschaftlichen Denkweise auf das spezifisch Menschliche, wodurch nun die so verhängnisvolle Spaltung von Natur und Mensch in einer ganz eigenartigen Form überwunden wurde. Dem historischen Determinismus war es zur Denkselbstverständlichkeit geworden, überall nach Ursache und Gesetz der Vorgänge zu fragen, die sich vor ihm abspielten. Und so trat ihm das Gebiet des geistigen Lebens nicht mehr so sehr als eine Fülle verwirrender persönlicher Willensentschließungen entgegen, wie vielmehr als ein Komplex von Zuständen und Vorgängen, deren bestimmende Elemente aufzusuchen waren. Dadurch verwandelte sich jedoch das menschliche Feld mit allen seinen durcheinander oder ineinander laufenden Wollungen und Handlungen in ein Bild, das eine ganz ähnliche Situation zeigt, wie die durcheinander und ineinander laufenden Geschehnisse der Natur. Auch das geistige Leben wird so als bloßes Geschehen aufgefaßt und die Aufgabe wird hier wie dort dieselbe: durch Aufdeckung der Ursachen und Gesetze des Geschehens Ordnung in das eine und das andere Chaos zu bringen.

So erweitert sich das Gebiet der Natur von der Seite des Menschlichen her. Dieses steht nun gerade mit dem, was es solange mit der Natur in Zerfall gebracht hat, mit seinen Willens- und Denkrichtungen, im großen Naturzusammenhange des Geschehens, genau so bestimmt und erfäßbar, wie die bloßen Naturvorgänge, aber — und dies ist das Entscheidende, — es bleibt dabei doch immer ein Menschliches. Denn dies macht ja erst das Neue und Großartige des geisteswissenschaftlichen Standpunktes neben dem naturwissenschaftlichen aus, daß er die Spaltung von Natur und Mensch überwindet, ohne dabei das Menschliche in bloßes Naturgeschehen gleichsam aufzulösen, sondern vielmehr es als eine besondere Natur zu begreifen.

Auch als naturgesetzlicher Ablauf bleibt das Menschliche jetzt ein Wollen, Streben, Denken und Handeln, das sonst nirgends angetroffen wird als in der geistig-lebendigen Sphäre des Menschen. Und so erwächst nun ein Problem, das die übrige Naturwissenschaft gar nicht hat und haben kann: wie dieses innerlich so von allen sonstigen Naturvorgängen abweichende Geschehen sich gleichwohl unter Naturgesetzen denken lasse?

Wiederum scheidet also das Ganze der Betrachtung sich in zwei Teile. Aber es ist nicht mehr der alte Zerfall, der die beiden Teile beziehungslos auseinander reißt, sondern es ist vielmehr nur die Gliederung einer Einheit, die sich darin ausspricht. Es sondert sich das Ganze der Natur bloß in zwei Gebiete der Betrachtung, nicht mehr des Seins, in welchem letzterem sie vielmehr gerade jetzt als untrennbar verbunden erkannt werden: das eine Gebiet ist das aller Vorgänge, wie sie nicht durch menschliches Verhalten verlaufen und die Natur im engeren Sinne bilden, die natürliche Gesetzmäßigkeit; das andere Gebiet ist das der menschlichen Vorgänge, das sich als eine durchgängige Verbundenheit jeglicher einzelnen Betätigung mit unzähligen anderen menschlichen darstellt, und wegen dieser Zugehörigkeit, Assoziiertheit das Reich der Gesellschaft bilden, die soziale Gesetzmäßigkeit. Der alte Gegensatz von Physik und Ethik wird nun abgelöst durch den neuen Gegensatz von Natur und Gesellschaft, der aber mit seinen Polen nicht mehr in zwei wesensverschiedene Sphären der Auffassung fällt, sondern nur mehr zwei besondere Arten eines und desselben Naturzusammenhanges bedeutet.

III.

Es war also der Begriff der Gesellschaft, der jene neue Stellungnahme des wissenschaftlichen Denkens vorbereitet, die auch die menschlichen Vorgänge nach Art der Naturvorgänge aufzufassen erlaubt. Was hier noch hindernd entgegentrat, war der Umstand, daß der eigenartige Zusammenhang der Menschen in der Einheit der Gesellschaft sich dem Denken des 17. und 18. Jahrhunderts zunächst nur in der Form der Frage nach der wahren, vernunftgemäßen Organisation des Staates zum Problem machte, also in der individualistischen Fragestellung

eines Sinnes und Zweckes des Staates für das Individuum. Auf diese Weise entging gerade das der begrifflichen Bearbeitung, was zu erklären war, die Gesellschaft selbst, diese rätselhafte Verbundenheit von Menschen in eine Einheit. Denn ob nun diese Einheit aus einem göttlichen Gebot abgeleitet wurde, oder aus dem Vernunftinteresse des Menschen, oder aus einem ihm innewohnenden geselligen Triebe, stets trat statt der Gesellschaft der einzelne Mensch in den Vordergrund, der bloß mit anderen sich gesellte, sich verband, ohne daß die Tatsache der Verbundenheit und ihre Einheit, ihre Möglichkeit und Wesenheit überhaupt noch Problem blieb. Ja selbst auf jenem Höhepunkt des Denkens, wo diese Einheit zum erstenmal nach einem begrifflichen Ausdruck rang, in der klassischen deutschen Philosophie, in welcher auch wirklich so grosse bleibende Erkenntnisse in diesem Punkte gewonnen wurden, daß man sie geradezu als die Philosophie des gesellschaftlichen Charakters des Menschengeistes bezeichnen könnte, hatte sie doch erst bloß eine Form gefunden, welche diesen Charakter mehr verschleierte als deutlich hervortreten ließ. So nahm er bei KANT die Gestalt einer allgemeinen Gesetzgebung des Geistes an und bei FICHTE und HEGEL die eines Entwicklungsprozesses der gattungsmäßigen Vernunft, um aber dort ganz in eine scheinbar nur individualistische Erkenntnis-kritik und hier in eine geheimnisvoll universalistische Metaphysik auszumünden.

Erst mit FEUERBACH vollzieht sich jene bedeutsame und grundsätzliche Wendung des Denkens, welche den Grund der gesellschaftlichen Verbundenheit der Menschen aufzudecken bemüht ist. Indem FEUERBACH das Reich der Ideen, vor allem das der religiösen Ideen, nur als ein Produkt einer allgemeinen psychologischen Gesetzlichkeit des menschlichen Geisteslebens aufzeigt, enthüllt sich ihm als der Kern desselben das gattungsmäßige Wesen des Menschen. Das höchste Wesen, dessen Emanationen der gläubige Mensch als Wirken einer Gottheit, der denkende Mensch als Walten einer Weltvernunft staunend und gedehmütigt zugleich von sich abgetrennt hat, stellte sich so als nichts anderes heraus als das Wesen des Menschen selbst, welches seinen eigenen, über den einzelnen hinausgreifenden Charakter nur auf diese Weise gleichsam naturwüchsig zur

Geltung brachte. Denn „das Wesen des Menschen ist nur in der Gemeinschaft, in der Einheit des Menschen mit dem Menschen enthalten . . . die Gemeinschaft des Menschen mit dem Menschen ist das erste Prinzip und Kriterium der Wahrheit und Allgemeinheit“¹⁾. „Die neue Philosophie hat daher zu ihrem Erkenntnisprinzip, zu ihrem Subjekt nicht das Ich, den absoluten, d. i. abstrakten Geist, kurz nicht die Vernunft für sich allein, sondern das wirkliche und ganze Wesen des Menschen.“ Sie „macht den Menschen mit Einschluß der Natur als der Basis des Menschen zum alleinigen, universalen und höchsten Gegenstand der Philosophie, — die Anthropologie also mit Einschluß der Physiologie zur Universalwissenschaft“²⁾.

Es ist bekannt, welch ungeheuren Eindruck die FEUERBACHSche Philosophie mit diesem Realprinzip vom Wesen des Menschen auf die ganze noch im Banne HEGELScher Spekulation stehende Denkarbeit jener Zeit machte, was sich nur daraus erklären läßt, daß sie empfunden wurde als ein Aussprechen dessen, was ist, als der klare Hinweis auf eine lang geahnte Wahrheit. Die befreiende Wirkung dieser Geistestat empfand auch der junge MARX und gibt von ihr so beredtes Zeugnis in seinen ersten Schriften, daß man ihn meistens für diese Zeit ganz unter dem Einfluß FEUERBACHS stehend betrachtet. Das ist aber ein Irrtum. MARX war im Grunde nie ein FEUERBACHIANER, sondern hatte von vornherein den mächtigen Anstoß, den er sicherlich von diesem Denker erhalten hat, doch nur als einen Bewegungsantrieb auf einer durchaus eigenen Bahn empfunden. Allerdings scheint sie zunächst in der Richtung des FEUERBACHSchen Denkens zu verlaufen, aber sie zeigt doch von allem Anfang an schon jene charakteristische kritische Stimmung, durch welche MARX den bei FEUERBACH noch verschwimmenden Begriff des menschlichen Wesens zu einem neuen Begriff von der menschlichen Gesellschaft konzentrierte. Wäre dem nicht so, dann hätte MARX nicht schon 1845 mit so klarem Bewußtsein über FEUERBACH hinausgehen können, wie er dies in den berühmten Thesen zu FEUERBACH tat. Hier ist der neue, umwälzende Gedanke einer Vergesellschaftung der Menschen gegenüber einem bloß gattungs-

1) FEUERBACH, Grundsätze der Philosophie § 59 und 41.

2) Ebenda § 50 und 54.

mäßig gedachten Wesen deutlich ausgesprochen und die Unvollkommenheit aufgezeigt, die der FEUERBACHSchen Lösung noch anhaftete. „Das menschliche Wesen“, sagt MARX hier gegen FEUERBACH, „ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble, der gesellschaftlichen Verhältnisse. FEUERBACH, der auf die Kritik dieses wirklichen Wesens nicht eingeht, . . . kann daher das menschliche Wesen nur als „Gattung“, als innere, stumme, die vielen Individuen bloß natürlich verbindende Allgemeinheit“ fassen. Es kommt aber darauf an, zu erkennen, wie diese Gattung nicht eine bloße, affektive Naturtatsache ist, sondern eine gegenseitige Beziehung und Verflochtenheit der Menschen, welche diese durch ihre Tätigkeit, durch die Art, in der sie allein miteinander und aufeinander wirken können, unausgesetzt selbst schaffen. Der Begriff der menschlichen Gesellschaft erweitert und bestimmt sich hierdurch gleichzeitig zu dem Gedanken eines endlich erlangten Bewußtseins von der notwendigen Zusammengehörigkeit der Menschen in einem Arbeitsprozeß, bei welchem die Tätigkeit jedes einzelnen nicht nur auf die jedes anderen angewiesen, sondern ohne diese auch nicht einmal zu denken möglich ist. Das ist der Sinn der weiteren These von MARX: „Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationelle Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis“. Hiermit ist die Differenz des MARXschen Standpunktes gegenüber der FEUERBACHSchen Problemlösung deutlich ausgedrückt. Bei FEUERBACH ist der Grundbegriff immer noch der Mensch, bei MARX aber die Gesellschaft. An Stelle des menschlichen Wesens tritt der von MARX selbst als neuer Standpunkt bezeichnete Gedanke „der menschlichen Gesellschaft oder der vergesellschafteten Menschheit“.

Es kommt viel darauf an, daß man diesen Begriff des vergesellschafteten Menschen in seiner grundsätzlich neuen Bedeutung festhalte, durch welche erst seit MARX der Begriff der Gesellschaft und des sozialen Lebens sowohl aus der Unbestimmtheit eines bloß geselligen Wesens der Menschen wie aus den Spekulationen über ihren Ursprung endgiltig herausgebracht wurde. Die Vergesellschaftung führt den Charakter der mensch-

lichen Gesellschaft ebensosehr aus der Vergeistigung einer bloßen Idee wie aus der Vergrößerung eines animalischen Triebes, ebensosehr aus der Naivetät einer Vertragsschließung wie aus der Brutalität einer Zwangsvereinigung zurück auf eine große Tatsache: auf die Gesellschaftlichkeit der menschlichen Kräfte in dem besonderen Sinne, daß sie nicht bloß erst durch ihr Nebeneinander und Ineinander gesellschaftlich werden, sondern von vornherein schon in der individuellen Betätigung jedes einzelnen nur Funktionsweisen des Gattungsmäßigen sind. Deshalb ist der eigentliche gesellschaftliche Standpunkt auch erst dann erreicht und das menschliche Wesen erst dann richtig erfaßt, wenn, wie MARX dies einmal ausdrückt, der wirkliche individuelle Mensch „als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine „forces propres“ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat . . .“ Diese Erkenntnis erlaubt nun, durch die Erforschung der besonderen Art und Ursächlichkeit der gesellschaftlichen Kräfte in die kausale Gesetzmäßigkeit des sozialen Lebens einzudringen. Und so ist es der Begriff der Vergesellschaftung bei MARX, dessen exakter Inhalt es nun erst ermöglicht, den durch das neuzeitliche Denken herausgebildeten Gegensatz von Natur und Gesellschaft in einer und derselben wissenschaftlichen Grundauffassung zu vereinen. Natur und Gesellschaft umfassen jetzt die kausale Gesetzmäßigkeit des Geschehens im ganzen, erstere das bloß körperliche Geschehen um und an dem Menschen, letztere das bloß geistige Geschehen in und durch den Menschen, wobei alles Körperliche, mag es auch zur Gattung Mensch gehören, als das bloß Naturale, und alles Geistige, mag es auch nur das Individuelle betreffen, als das stets Soziale erkannt wird. So wird erst mit KARL MARX ein sozialwissenschaftlicher Standpunkt möglich, der logisch gleichwertig neben den naturwissenschaftlichen tritt und den Bereich der Wissenschaft derart auf das doppelte ihres bisherigen Gebietes ausweitet.

IV.

Um jedoch die ganze Bedeutung der durch MARX neubegründeten sozialwissenschaftlichen Denkweise zu verstehen, die mitten

im Jahrhundert der Naturwissenschaften das noch hoffnungsreichere Zeitalter der Sozialwissenschaften machtvoll einleitet, ist noch ein weiteres Moment seiner geistesgeschichtlichen Leistung zu würdigen. Mit dem neuen Grundbegriff des sozialen Lebens als Vergesellschaftung des individuellen Seins vereinigt sich nämlich ein anderer Gedanke, der seine erste großartige Darstellung in der Philosophie HEGELS gefunden hatte, die Idee der Entwicklung. Mit dieser Idee tritt zum ersten Male in den Mittelpunkt der sozialwissenschaftlichen Betrachtung, was bis dahin aller wissenschaftlichen Erfassung zu spotten schien: die Geschichte. Sie wandelt sich nun aus einer bloßen Kunde der Vergangenheit, bestenfalls aus einer moralischen, politischen oder philosophischen Betrachtung in eine Erforschung des kausalgesetzlichen Zusammenhang alles sozialen Geschehens.

Bei HEGEL freilich verbirgt sich diese Auffassung noch in einer metaphysischen Verschleierung. Erscheint ihm ja noch die Einheit des Menschen in der Gesellschaft, diese vorhin geschilderte eigenartige geistige Vergesellschaftung der Menschen, unter dem metaphysischen Bilde ihrer Zugehörigkeit zu einem absoluten, die Welt in sich tragenden Geiste. In den Köpfen der Menschen wirkt sich eine Weltvernunft aus, die ihren alles Einzeldenken und -Planen überragenden Charakter darin erweist, daß sie fortwährend über alle Einzelziele hinaustreibt. Indem nämlich alles menschliche Einzelwirken in seinem Zusammenreffen mit ebensolchem anderen Wirken stets Folgen erzeugt, die gar nicht vorausgesehen werden konnten, so gestalten sich aus dem Gesamtgetriebe menschlichen Handelns unausgesetzt Situationen, die fort und fort zu neuem Denken, Planen und Handeln antreiben müssen, sei es, daß die Folgen, die sich eingestellt haben, als günstige ausgenützt oder als ungünstige abgewehrt werden sollen. Die Geschichte wird so ein Prozeß geistigen Schaffens, in dem eine ununterbrochene Bewegung herrscht, die gleichzeitig eine solche zur Höhergestaltung sein muß. Denn es ist ja der Geist, der am Werke ist und der durch das, was er als Widerspruch empfindet, nur veranlasst werden kann, das Widersprechende in einer der Vernunft mehr entsprechenden Weise zu überwinden, also durch Fortschritt zu vollkommeneren Daseinsarten. So löst eine Stufe der Entwick-

lung die andere ab durch ihre größere Vernunft, es kann nichts bestehen bleiben, das seine Vernunft verliert, da zwar alles Wirkliche vernünftig ist, aber auch nur so lange eine Wirklichkeit besitzt, als es vernünftig ist.

Das Großartige und Bahnbrechende dieser HEGELschen Philosophie der Geschichte liegt nicht bloß in dem, was auf seine Zeitgenossen so tiefen Eindruck machte und heute eine eigenartige Renaissance erfährt, in der Lehre vom absoluten Geist, sondern in der Auffassung von der Geschichte, wie sie uns hier entgegentritt. Hier ist der Anknüpfungspunkt, von dem aus ein nicht mehr metaphysisch orientiertes Denken, das aber dem Problem der gesetzmäßigen Erfassung der geistigen Welt mit gleichem leidenschaftlichen Mühen zugewendet war, wie HEGEL, direkt zur wissenschaftlichen Denkweise fortschreiten konnte. Und dieser Fortschritt ist wieder unvergänglich mit dem Namen von KARL MARX verknüpft.

Die Auffassung der Geschichte bei HEGEL zeigt bereits alle Elemente einer rein wissenschaftlichen Erfassung derselben. Sie wird gedacht als ein lückenloser gesetzmäßiger Zusammenhang, der nicht mehr durch außerhalb oder über ihm wirkende Mächte, sondern nur durch seine eigenen Kräfte gestaltet und bewegt wird. Diese Kräfte sind bei HEGEL Kräfte des absoluten Geistes und wirken in einer ihnen eigentümlichen gesetzlichen Form, die er als die Dialektik bezeichnet und die darin besteht, daß die Fortbewegung des Geistes sich durch Entfaltung und Überwindung seiner Widersprüche vollzieht. Es ist die Geschichte also nicht bloß als kausaler Zusammenhang gedacht, sondern gleichzeitig als eine in dieser Kausalität sich vollziehende immanente Zielstrebigkeit, als eine Teleologie; es ist der Sinn der Geschichte nicht mehr als ein Äußeres ihr vorgesteckt, wie etwa durch göttliche Fügung, sondern er ergibt sich als kausales Produkt der vernünftigen Beschaffenheit der in der Geschichte zur Entwicklung gelangenden Kräfte. So wird die Geschichte bei HEGEL zu einem Prozeß, dessen Kenntnis nicht mehr bloß Bedürfnisse der Neugier oder des antiquarischen Interesses oder pragmatischer Stellungnahme befriedigt, sondern einfach erst die Daseinsweise der Menschheit theoretisch erschließt. Und vollends nach der Herausführung dieser Ge-

schichtsauffassung aus ihrer spekulativen Form bei HEGEL in die rein theoretische Gedankengestaltung bei MARX wird nun klar, daß die Geschichte, freilich nicht in der bis jetzt gewohnten Form einer Sammlung von Herrscherbiographien und Staatsaktionen, von Kriegs- und Revolutionsberichten, sondern als Erkenntnis des gesetzmäßigen Zusammenhanges im Bestande und Wechsel all der sich drängenden Bilder der Vergangenheit, werden muß zur Naturwissenschaft des sozialen Seins und Geschehens. Das große Mittel hierzu war jene schöpferische Tat von KARL MARX, in welcher sich der neue Begriff der Gesellschaft mit dem auf seine realen Bedingungen zurückgeführten Gedanken der Entwicklung zur fundamentalen Lehre des MARXschen Systems verband, zur materialistischen Geschichtsauffassung.

Die materialistische Geschichtsauffassung läßt von den Errungenschaften der ihr vorausgegangenen begrifflichen Bearbeitung des gesellschaftlichen und geschichtlichen Lebens nichts fehlen. Nicht ohne Grund hat ENGELS darauf verwiesen, wie der deutsche, von der materialistischen Geschichtsauffassung getragene Sozialismus das Erbe der deutschen Philosophie auf dem Gebiet der sozialen Betrachtung angetreten habe. So knüpft die materialistische Geschichtsauffassung an die großen HEGELschen Gedanken an, wonach die Geschichte ein lückenloser Kausalzusammenhang ist, in einer gesetzmäßigen Form. Auch sie faßt die Geschichte als eine Entwicklung auf, d. h. als Fortbewegung ihres Inhaltes durch eigene Kräfte. Hier aber setzt das Trennende und Neue der Auffassung von KARL MARX ein. Was sind die bewegenden Kräfte? Die Antwort HEGELS, daß es die Äußerungen eines Weltgeistes sind, der in den empirischen Vernunftbetätigungen ein diesen übergeordnetes und ihnen selbst erst spät zum Bewußtsein kommendes Dasein führt, genügt nicht mehr. Denn sie wendet sich von der erfahrungsmäßigen Wirklichkeit ab in eine Welt der bloßen Spekulation, der Metaphysik. Die Geschichte verliert trotz ihrer sonstigen Gesetzmäßigkeit auf diese Weise ihren realen Boden; sie zerfällt auf das Unversöhnlichste mit der Natur, die sie nur um den Preis einer gewaltsamen Vergeistigung, nämlich als „Entäußerung“ des absoluten Geistes sich gleichartig erhalten kann. Denn bei dieser Entäußerung wird die Natur ja nur zu dem Zweck vergeistigt,

um vom Geiste sofort als seine Fremdheit wieder abgestoßen zu werden. Das MARXsche Denken strebt aber, nicht die Natur zu verlieren, sondern umgekehrt die Geschichte auf demselben Boden wie die Natur zu begreifen. Und dies kann nur sein der Boden der Erfahrung. Von da aus enthüllt sich das Geheimnis des HEGELschen Geistes in seinem Kerne als der Menscheng Geist, aber nicht als abstrakter Geist der Menschheit, sondern als der Geist des wirklichen, leibhaftigen, denkenden und schaffenden Menschen. Nur daß dieser Mensch nicht mehr zu denken ist als einer unter vielen, der mit seinen Daseinsgenossen oder gegen sie handelt, sondern eben als jener vergesellschaftete Mensch, der gar nicht anders als in Gemeinschaft lebend entstehen und bestehen kann, der, wie MARX sagt, um leben zu können, von vornherein mit anderen Menschen bereits in bestimmten Verhältnissen und Beziehungen lebt, unter denen sie alle zusammen erst ihr Leben genießen und ausgestalten. Weil diese elementaren Verhältnisse der Menschen es sind, die alles das erst zu erzeugen gestatten, was die Sicherstellung und Weiterführung des menschlichen Lebens verlangt, so nennt MARX diese Verhältnisse Produktionsverhältnisse. Zu ihnen gehört auch die Boden- und Naturbeschaffenheit des Ortes, an dem die Menschen leben, und sie bilden in ihrer Gesamtheit gleichsam den sozialen Raum, in dem die Menschen jeweils leben und ihre Bewegungsmöglichkeiten finden. Es ist daher auch ohne weiteres verständlich, daß die Produktionsverhältnisse sowohl die Bedingungen als die Grenzen für die bewußte Ausgestaltung des sozialen Lebens der Menschen enthalten, so daß sie also die entscheidenden Faktoren für die Bestimmung der besonderen Art des geschichtlichen Daseins einer Menschengruppe und ihrer Veränderungen enthalten. Je nachdem wir Produktionsverhältnisse z. B. eines Jäger-, Fischer- oder Hirtenvolkes vor uns haben, werden daraus andere Arten zu wohnen und sich zu kleiden, andere Gewohnheiten, andere Sitten, andere Einrichtungen hervorgehen, aber auch andere Gedanken angeregt werden, andere religiöse und philosophische Vorstellungen sich entwickeln, andere Antriebe zur Umgestaltung der bestehenden Lebensverhältnisse, andere Techniken, andere Erfindungen entstehen. Es sind also die Produktionsverhältnisse oder — wie

auch der Ausdruck lautet, da die Produktion ja vorzüglich die Wirtschaft einer Menschengruppe ausmacht — es sind die wirtschaftlichen oder ökonomischen Verhältnisse, in denen die Menschen leben, die in letzter Linie die Art des gesellschaftlichen Daseins und seiner Veränderungen bestimmen. Und dies ist möglich bis in die höchstentwickelten geistigen Lebensbetätigungen der Gesellschaft, weil in den ökonomischen Verhältnissen ja nicht, wie dies viele mißverstanden haben, ein Geistfremdes, ein sachlicher Faktor auf die Gesellschaft wirkt, sondern weil ökonomische Verhältnisse ja selbst etwas Geistiges sind, nur als Geistiges überhaupt verstanden werden können, weil ökonomische Verhältnisse ja eben menschliche Verhältnisse sind, nur die elementaren grundlegenden Beziehungen des vergesellschafteten Menschen. Nicht also sind es mystische, gewalttätige, an die Menschen wie leblose Naturgewalten herantretende wirtschaftliche Verhältnisse, die nach der Lehre der mat. G. die Geschichte machen, sondern es sind immer noch die Menschen selbst, die durch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse die Geschichte selbst machen. Nur daß sie ihre eigenen Verhältnisse bisher nicht zu durchschauen und zu beherrschen vermochten, so daß diese sich zuletzt wirklich gegen sie kehrten mit der brutalen Gewalt blinder Naturkräfte. Trotz allem blieben sie aber auch jetzt noch menschliche, nur untergeordnete Kräfte, so wie etwa ein Mensch im Gedränge zerdrückt werden kann durch blinde mechanische Gewalt, die aber doch bloß herstammt aus dem ungeordneten Drängen und Schieben von Menschen.

Will man also das geschichtliche Geschehen begreifen, das in ihm auftretende Handeln und Streben im Leben der Staaten und Völker verstehen, so muß man allemal von der mitunter imposanten und faszinierenden Außenseite dieses Geschehens, wie es sich in den Taten der Geschichtshelden oder in den Bildern großer Massenbewegungen äußert, zurückgehen auf die grundlegenden Lebensverhältnisse, in denen die Menschen jeder Geschichtsepoche jeweils lebten, um hier die bestimmenden Ursachen aufzufinden, sowohl für das Entstehen als für die Richtung der geschichtlichen Kräfte, die in diesen Erscheinungen zutage treten. Was die Menschen einer Zeit als Ideen zusammen forttreibt oder gegeneinanderstellt, was sich ihnen als Aufgabe gesellschaft-

lichen Handelns ergibt, kurz, was ihr soziales Bewußtsein ausfüllt, und nicht minder das, was sich demselben noch verschließt, dies alles ist zuletzt nur aus den konkreten Lebensverhältnissen der Menschen zu begreifen, aus der bestimmten historischen Art, in welcher sie jeweils vergesellschaftet sind, kurz aus der Art ihres sozialen Daseins. Dies ist der Sinn des großen Leitwortes von KARL MARX, daß das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein zu begreifen sei und nicht umgekehrt.

Geht man nun auf dieses soziale Sein ein, dann entfaltet sich eine eigenartige gesetzmäßige Form desselben, die ebenso, wie bereits der vergesellschaftete menschliche Geist sich als Kern und Wahrheit des absoluten Geistes HEGELS dokumentierte, uns auch den durch Widersprüche fortschreitenden Prozeß der HEGELschen Weltvernunft in ungeahnter Weise realisiert. Denn indem ja die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie wir sahen, nichts anderes sind als menschliche Verhältnisse, also Beziehungen von Mensch zu Mensch, ordnen sie gleichzeitig durch ihren einfachen Bestand die Menschen in gleichartige Gruppen je nach der verschiedenen Gleichartigkeit dieser Interessen. D. h., die wirtschaftlichen Verhältnisse, die abstrakt gedacht nichts weiter sind als ein anderer Ausdruck für die Tatsache der Vergesellschaftung der Menschen, für seine notwendige Bezogenheit auf und Abhängigkeit von Zusammensein und Zusammenwirken mit Nebenmenschen, um entstehen, bestehen und sich entfalten zu können, sie sind nach ihrer konkreten historischen Gestaltung betrachtet sofort Organisations- und Differenzierungsprinzipien dieser Vergesellschaftung. Sie vereinigen notwendig alle gleichartig Interessierten in eine Gruppe und trennen ebenso notwendig diese von jeder gegensätzlich interessierten Gruppe. Und da die Differenzierung der menschlichen Lebensverhältnisse in gegensätzliche unvermeidlich sein mußte bei der im Anfange der Kulturentwicklung notgedrungenen Abschließung einheitlich interessierter Menschengruppen gegen andere, die zwischen ihnen kaum ein anderes Verhältnis als das der feindlichen Spannung aufkommen ließ, so gewinnt die Vergesellschaftung der Menschen von vornherein einen zwieschlächtigen, antagonistischen Charakter¹⁾. Sie ist unbedingte

1) MARX und ENGELS gebrauchen hiefür den Ausdruck „dialektisch“. Jedoch scheint es mir im Interesse größerer begrifflicher Klarheit richtiger,

Solidarität der Gemeinschaftsgenossen, aber auch ebensolche Kampfstellung gegen alle außerhalb der Interessengemeinschaft Stehenden. Es besteht an und für sich keine allgemein menschliche Solidarität, das soziale Prinzip hat mit Humanität an sich nichts zu tun; es bedeutet vielmehr nur eine Bezogenheit von Menschen auf Menschen überhaupt, die sowohl eine freundschaftliche wie eine feindschaftliche nicht nur sein kann, sondern im Zuge der sozialen Entwicklung auch stets zugleich ist. Die Vergesellschaftung der Menschen existiert also gar nicht anders als in einer beständigen Spannung zwischen den polaren Gegensätzen von Vereinigung und Zwist. Sie ist, um das berühmte Wort KANTS zu gebrauchen, das die Genialität seines Denkens auch hier bewährte, wo er mit dem Gedanken einer Art Mechanik des sozialen Lebens als bewunderungswürdiger Vorläufer der HEGELschen und MARXschen Dialektik der Geschichte dasteht, — die Vergesellschaftung ist die ungesellige Geselligkeit der Menschen, „d. i. der Hang derselben, in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstande, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist.“

Die menschliche Gesellschaft hat demzufolge gar keine andere Form der Existenz als die des Kampfes ihrer verschiedenen Interessengruppen. Und indem diese gegensätzlichen Interessen in letzter Linie in der Art des wirtschaftlichen Daseins der Menschen gegründet sind, also ob sie als Herren über die Arbeit von Menschen gebieten, die ihre Sklaven werden, oder ob sie als Grundbesitzer ihre freien Mitbürger vom Genuß des Bodens ausschließen, oder ob sie als Städter zu den Bauern in Gegensatz geraten, usw., kurz indem diese gegensätzliche Interessen zu Klassengegensätzen werden, wird der Klassenkampf zur Daseinsweise der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist keine ruhevolle Verbundenheit der Menschen, keine friedvolle und ein für allemal fertige Tatsache, sondern vielmehr ein geschichtlicher Prozeß, in dessen Anfängen wir immer noch stehen

den Begriff der Dialektik auf die Methode eines in Gegensätzen fortschreitenden Denkens einzuschränken, die reale Gegensätzlichkeit des Seins in Natur und Geschichte aber als Antagonismus zu bezeichnen. Vgl. darüber mein Buch „Marxistische Probleme“, Stuttgart, Dietz 1913, Kap. II und IV.

und solange stehen werden, als es der Klassenkampf ist, der ihr einziges Organisierungsmittel ist.

V.

Wenn aber so mit der berühmten MARXschen Lehre vom Klassenkampf sich das Wesen der gesetzmäßigen Form des sozialen Lebensprozesses als Streit und Kampf herausstellt, so scheint dies zunächst jedem eigentlichen Sinn einer Gesetzlichkeit zu widersprechen. Ober bestände wirklich gerade auf dem Gebiete menschlichen Daseins diese Gesetzlichkeit nur darin, daß wir das, was wir früher nur als Unvernunft und Rohheit in der Geschichte beklagten, nun als traurige Notwendigkeit hinnehmen müßten? Hier erweist sich nun die ganze Bedeutung des neuen sozialen Standpunktes, der den vergesellschafteten Menschen in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt hat. Er verhindert, daß wir über die bloße Tatsache des Kampfes in der Gesellschaft die andere größere Tatsache übersehen, wonach dieser Kampf gleichzeitig eine Bewährung dieser selben Vergesellschaftung ist, durch die sie zu immer höheren Existenzformen gelangen muß, weil hier auf die Dauer nur siegen kann, was die Gesellschaft erweitert, nicht was sie zerstört. Der Kampf, der die Geschichte unausgesetzt erfüllt, ist kein wüstes und sinnloses Toben und Wüten, in dem zuletzt alles untergehen muß, sondern er ist die bis jetzt allein mögliche Form, in welcher die Menschen den Sinn ihres gesellschaftlichen Daseins auszugestalten vermögen. Indem die materialistische Geschichtsauffassung von KARL MARX uns diese Eigenart der geschichtlichen Entwicklung zum erstenmal hat aus ihren Kräften begreifen lassen, ist sie es, die, so paradox dies auch klingt, doch erst den großen Sinn der HEGELschen Vernunftentwicklung als notwendiges Kausalgeschehen der Geschichte realisiert.

Wir haben gesehen, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse, welche die materialistische Geschichtsauffassung zur Grundlage des sozialen Geschehens macht, nicht anders zu verstehen sind, denn als bestimmt interessierte menschliche Lebensverhältnisse. Damit ist zugleich auch deutlich geworden, wie im Kampf verschiedenartiger Lebensverhältnisse notwendig diejenigen zur Übermacht gelangen müssen, welche daran interessiert sind, daß die

vorhandenen gesellschaftlichen Mittel, d. h. Produktionskräfte, für einen immer größeren sozialen Kreis nutzbar werden, als dies bis dahin der Fall war. Denn daß dies nicht geschieht, daß also trotz vorhandener ökonomischer Möglichkeit die Kräfte der Gesellschaft nicht dieser selbst, sondern nur einem Teile derselben nutzbar sind, bedingt ja eben den Klassenkampf, und macht, daß in der von dem Nutzen dieser gesellschaftlichen Kräfte ausgeschlossenen Klasse die Idee einer größeren Gemeinschaft, eines besser organisierten Staates, einer vollkommeneren Gesellschaft auftauchen und schließlich als politisches Programm das Handeln dieser Klasse bewußt bestimmen muß. In diesem Kampfe wird schließlich immer ein Punkt erreicht, wo dieser Widerspruch zwischen den bestehenden Produktionsverhältnissen und den eine andere gesellschaftliche Ordnung bereits ermöglichenden Produktionskräften eine solche äußerste Spannung erlangt hat, daß die Gesellschaft selbst zerstört werden müßte, wenn sie nicht ihre eben herrschende Gestalt ändert. Die Gesellschaft kann aber nur mit den Menschen zugleich untergehen, und deshalb endet dieser Widerspruch jedesmal nach mehr oder minder blutigen Kämpfen mit der Herstellung jener neuen Lebensverhältnisse, welche der Grad der erreichten Entwicklung der Produktionskräfte zu ihrer gesellschaftlichen Anwendung verlangt. Es wächst und verstärkt sich die Gesellschaft durch den Klassenkampf, der Sieg einer unterdrückten Klasse muß jederzeit zugleich als ein Sieg der Moral, des Rechtes und der Vernunft erscheinen, da all dies ja nur ideelle Ausdrücke für die Beseitigung ebensovieler tatsächlicher Schranken sind, die sich als ethische, rechtliche und vernünftige Mängel der bestehenden Organisation der Gesellschaft darstellen. Der Klassenkampf wird so zum Vehikel des gesellschaftlichen Fortschrittes und zum Vollstrecker jenes gewaltigen Kulturwerkes, das bei HEGEL der dialektische Selbstwiderspruch der Vernunft zu leisten hatte. Hiër aber ist es keine mystische Weltvernunft, welche die Geschehnisse der Menschheit schließlich zum besten ausgehen läßt; das Vernünftige ist vielmehr nichts anderes, als das weitere, umfassendere Soziale, das nicht aus einer jenseitigen Welt, sondern aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen mit schließlich unwiderstehlicher Gewalt hervorwächst.

Mit dieser Einsicht in den wunderbaren Mechanismus der Geschichte ist ein entscheidender Punkt nicht nur in unserer theoretischen, sondern auch in unserer praktischen Stellungnahme zum sozialen Leben gesetzt. Denn wenn aus dieser Geschichtsauffassung sich die große Erkenntnis von MARX ergibt, daß die Menschheit sich immer nur Aufgaben stellt, die sie lösen kann, weil, wie MARX sagt, genauer betrachtet, sich stets finden wird, „daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind“, so folgt hieraus umgekehrt, daß sich aus der Kenntnis dieser materiellen Bedingungen, aus der wissenschaftlichen Erforschung ihrer Natur und ihres Zusammenwirkens ebenso auch die Aufgaben erkennen lassen, welche die Menschheit in dieser besonderen Situation sich notwendig wird stellen müssen und die Mittel, die sie zur Lösung dieser Aufgabe zu ergreifen hat. Das kausale Getriebe der Geschichte wird so durch seine wissenschaftliche Durchleuchtung direkt in eine Teleologie übergeführt, ohne doch irgendwie an der Geschlossenheit seiner kausalen Bestimmtheit Abbruch zu erleiden. Es tritt nur die wissenschaftliche Erkenntnis der besonderen gesellschaftlichen Lage nunmehr selbst als eine Ursache in dieses Kausalgetriebe ein, die auf die Abänderung im Sinne der errungenen Kenntnis hinarbeitet. Unter diesem Gesichtspunkt bereitet sich so mit dem endlich erreichten wissenschaftlichen Verständnis der Geschichte die Erfüllung einer anderen alten Sehnsucht der Philosophie seit den Tagen PLATOS vor: nämlich das Ideal einer wissenschaftlich begründeten Politik, also einer Betätigung für Staat und Gesellschaft, die nicht mehr bloß die Durchsetzung einseitiger Machtinteressen verfolgt, sondern die wirklich, wie es das Wort besagt, eine auf Wissen gegründete Bearbeitung gesellschaftlicher und staatlicher Probleme im Sinne der Gemeinschaft ist, kurz eine wissenschaftliche Technik des sozialen Lebens ist.

Diese überwältigende Bereicherung unseres theoretischen Besitzes durch den Zuwachs einer Sozialwissenschaft, die mit ihrer, das gesellschaftliche Leben ausgestaltenden Technik noch wunderbarere Werke ausführen wird als die schon märchenhaften Errungenschaften der naturwissenschaftlichen Technik, weil sie,

nicht bloß im Äußeren wirkend, in ihrer neuen Welt auch neue Menschen erstehen lassen wird, — diese ganze Höherentwicklung zu einem Zeitalter wirklicher gesellschaftlicher Kultur, dessen Anfänge in der Gedankenwelt von KARL MARX ihren ersten machtvollen Ausdruck fanden, ist nur möglich, weil — ganz in Konsequenz der mat. G. von MARX — in der durch ihn erreichten Höhe der sozialwissenschaftlichen Erkenntnis sich zugleich die Tatsache dokumentiert, daß die wirtschaftliche Entwicklung des sozialen Lebens selbst bereits bis zu dem Punkt geführt hat, von dem aus sie ohne bewußte Regulierung und Lenkung nicht mehr weiter gelangen kann. Die theoretische Erkenntnis der marxistischen Sozialwissenschaft mit ihrer Konsequenz einer wissenschaftlichen, d. h. nach theoretischer Erkenntnis geleiteten Politik ist selbst nur ein notwendiges Resultat des jetzt, d. h. in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreichten Standes der gesellschaftlichen Produktivkräfte und ihrer Klassengegensätze. Denn indem die Entwicklung der modernen Technik bereits die reale Möglichkeit einer genügenden und sogar reichlichen Bedürfnisbefriedigung der Gesamtheit gestattet, vorausgesetzt, daß die Produktion ökonomisch von der Gesamtheit und für sie geleitet wird, erscheint jetzt zum erstenmal der Klassengegensatz nicht mehr als eine Bedingung gesellschaftlicher Entwicklung, sondern im Gegenteil als die Schranke ihrer bewußten und planmäßigen Organisation. So wird im Lichte dieser Erkenntnis das Klasseninteresse der unterdrückten Klasse des Proletariates auf die Beseitigung jeglicher Klasseninteressen überhaupt und auf die Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft gerichtet. Das alte, ewig scheinende Gesetz des Klassenkampfes treibt gerade durch seine eigene Konsequenz, durch das Eigeninteresse der letzten und zahlreichsten Klasse des Proletariates zur Aufhebung aller Klassengegensätze, zur endlichen Konstituierung einer einheitlich interessierten, menschlich solidarischen Gesellschaft. In dem Kampfe des Proletariates, sobald es von dieser Erkenntnis durchdrungen ist — und daß dies immer mehr geschehe, ist selbst wieder eine geschichtliche Notwendigkeit — im Kampfe der aus dieser Erkenntnis hervorgehenden politischen Stellungnahme der Sozialdemokratie vollzieht sich vor unseren Augen also etwas viel Großartigeres und Unvergänglicheres, als

diejenigen auch nur ahnen, die mit der Oberflächlichkeit und Voreingenommenheit der bürgerlichen Politik die Sozialdemokratie nur als eine politische Partei unter anderen Parteien betrachten. Es vollzieht sich hier das Werden einer Organisation der gesellschaftsbildenden Kräfte, die Überführung der Gesellschaft aus dem Stande ihrer bisherigen Zerrissenheit in den ihrer endlichen Einheit, aus der Epoche bloß zufälliger und vereinzelter Zivilisation in bewußte und gesellschaftliche Kultur.

VI.

Versteht man so die Bedeutung des Klassenkampfes in der Geschichte, dann rückt diese selbst nun in ein ganz neues Licht. Sie ist nicht länger mehr bloße Völker- und Staatengeschichte, sondern vor allem Geschichte der menschlichen Vergesellschaftung. Sie zeigt uns das gewaltige Schauspiel eines Fortschrittes zu immer größerer und stets mehr bewußter Gesellschaftlichkeit. Bedeutet nun aber Sozialismus nichts anderes als die Idee einer bewußt solidarischen Lebensgemeinschaft der Menschen, also die Herstellung und Aufrechterhaltung einer klassenlosen Gesellschaft, welche ihre Wirtschaft durch gemeinschaftliche Arbeit aller zum ausreichenden Genuß aller betreibt, so ergibt sich nun, daß die Geschichte erst unter dem MARXschen Gesichtspunkte des Klassenkampfes ihren eigentlichen Kultursinn erhält, indem sie nun zur Sozialgeschichte wird, zur Geschichte des Werdens und Wachsens menschlicher Gesellschaft, kurz: zur Geschichte des Sozialismus.

Und anders gewendet müssen wir wieder sagen: alle Geschichte, die wirklich uns den sozialen Zusammenhang und gesetzmäßigen Fortschritt der menschlichen Verhältnisse und Dinge zeigen will, wird hinfort nichts anderes sein können als Erforschung ihres Gegenstandes unter diesem Gesichtspunkt des Klassenkampfes, d. h. aber im Grunde unter dem Gesichtspunkt der Heranreifung der Menschheit zum Stande der bewußten Solidarität ihrer Gemeinschaft, — zum Sozialismus. Geschichte der Menschheit ist heute in ihrem wesentlichen, auf die Fortentwicklung der Gattung gerichteten Teile Geschichte des Sozialismus.

Dies mag nur darum manchen Gemütern zu kühn und gewaltsam klingen, weil wir noch zu wenig gewohnt sind, be-

sonders in Dingen, in denen wir mitten inne stehen, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nur unter dem Gedanken eines einzigen notwendigen Zusammenhanges aufzufassen, der auch in dem, was erst kommen wird, ebenso gewiß ist, wie in dem, was eben ist und bereits war. Gerade diese Denkweise aber macht die Seele der MARXschen Auffassung aus. Wenn uns die Vergangenheit bloß die Annäherungen zum Sozialismus, die Gegenwart bloß die zu ihm strebenden Wünsche und Betätigungen zeigt, so mag uns der Sozialismus der Zukunft zunächst bloß als etwas erscheinen, das bloß als Forderung auftritt, die verwirklicht werden soll. Aber das ist ja die große Errungenschaft der Sozialwissenschaft seit MARX, daß dieses Soll nicht mehr bloß ein frommer Wunsch ist oder eine müßige Utopie, sondern eine wachsende Wirklichkeit, die in dem notwendig gleichgerichteten Willen von Millionen Proletarierherzen und in dem notwendig stets klarer werdenden gesellschaftlichen Bewußtsein von Millionen Proletarierköpfen ebenso viele Kausalgründe für Richtung und Ziel dieser Entwicklung gewinnt. Ja, die kausale Notwendigkeit dieser Zukunft fügt erst die ganze Vergangenheit in die Einheit der durch sie charakterisierten Kulturentwicklung ein. Denn nur darum ist die Geschichte der Menschheit schon für die Vergangenheit eine Geschichte des Sozialismus, weil sie es sicher für die Zukunft ist. Sich dem Geiste dieser Geschichte einfügen, d. h. also ein bewußter Kämpfer für den Sozialismus sein, heißt in Wahrheit den wissenschaftlichen Geist der Zeit begreifen, die endlich zur Erkenntnis dieses Verhältnisses gekommen ist.

So schließt die MARXsche Neuschöpfung eines Standpunktes für die Erfassung der sozialen Gesetzmäßigkeit Wissenschaft, Geschichte und Politik zu einer großartigen Einheit zusammen, in welcher die Geschichte nur die dynamische Seite der sozialen Erkenntnis darstellt und die Politik nur das bewußte letzte Glied der erkannten Gesetzmäßigkeit ausmacht. Auf diese Weise werden Geschichte und Politik zu Vollstreckerinnen jener Ideen, die unter dem Begriff der menschlichen Gesellschaft schon seit zahllosen Generationen den Menschen als Ideale vorschwebten, zu denen doch erst der lange und unheilvolle Umweg des Klassenkampfes führen konnte. Die MARXsche Lehre führt damit in

grandioser Weise das Programm aus, das der junge MARX seinem ganzen Schaffen genial vorangestellt hat: „Es wird sich zeigen, daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen. Es wird sich zeigen, daß es sich nicht um einen großen Gedankenstrich zwischen Vergangenheit und Zukunft handelt, sondern um die Vollziehung der Gedanken der Vergangenheit. Es wird sich endlich zeigen, daß die Menschheit keine neue Arbeit beginnt, sondern mit Bewußtsein ihre alte Arbeit zustande bringt.“ Dieses Bewußtsein vermittelt zu haben, ist das unvergängliche Werk von KARL MARX, und diese alte Arbeit zustande zu bringen, die menschliche Vergesellschaftung endlich zu ihrem vollkommenen Ausdruck zu führen, das große Vermächtnis, das er uns hinterlassen. Die Welt des Proletariats hat es in diesen dreißig Jahren, seit MARX dahingegangen, sich immer mehr zu eigen gemacht und wird es nicht im Stiche lassen, bevor es nicht schön und herrlich erfüllt ist. Aber auch die Welt der Wissenschaft hat durch das Schaffen dieses Mannes einen Plan erhalten, auf dem seine Gedanken noch für lange Zeit hinaus das Programm ihrer Weiterentwicklung sein werden.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die richterliche Gewalt in den Vereinigten Staaten ¹⁾.

Von

L. B. Boudin (New York) ²⁾.

Inhaltsübersicht: I. Einleitung S. 30. II. Der Kampf während der ersten Periode der Arbeiterbewegung S. 39. III. Der Kampf um das Recht zu streiken während der zweiten Periode der Arbeiterbewegung S. 46. IV. Das Boykottierungsrecht und das „Verschwörungs“-Gesetz bis zur Gegenwart S. 53. V. „Einhaltsbefehl“ und „Mißachtung des Gerichtes“ S. 64. VI. Arbeiterverfolgungen seit 1867 S. 68. VII. Die Nullifizierung der Arbeiterschutzgesetzgebung S. 77.

I.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten zerfällt in zwei große Phasen. Die erste, vor dem Bürgerkrieg von 1861—1865, stellt sich als wesentlich experimenteller Natur und, abgesehen von dem Jahrzehnt 1827—1837, ohne bestimmte Entwicklungslinien dar. Sie ist aber reich an interessanten Episoden und erklärt Vieles in der Frühzeit der zweiten — mit dem Schluß des Bürgerkrieges einsetzenden — Phase, der der Arbeiterbewegung in modernem Sinne, was sonst unverständlich bliebe. Die nachfolgende Skizze will jedoch nicht

1) Aus dem englischen Manuskript übersetzt von H. G.

2) Bei der vorliegenden Arbeit wurden von mir außer dem Gesetzesmateriale selbst und den offiziellen Sammlungen der Gerichtsentscheidungen sowie den Akten und Erfahrungen aus meiner eigenen Anwaltstätigkeit hauptsächlich noch benützt: 16th annual report of the United States Commissioner of Labor (1901) und die — bis 1880 reichende — „Documentary history of American Industrial Society“ von JOHN R. COMMONS u. a., 10 Bde., Cleveland 1909—1911.

die Arbeiterbewegung im ganzen, sondern nur ihre allgemeinen Umrisse flüchtig soweit schildern, als notwendig ist, um eine Vorstellung von dem Schauplatz zu gewinnen, auf dem sich der große Kampf abspielt, der den eigentlichen Gegenstand dieser Untersuchung bildet: den Kampf zwischen Arbeiterklasse und richterlicher Gewalt in den Vereinigten Staaten.

Die ersten Arbeiterorganisationen in modernem Sinne wurden bald nach der Erhebung der 13 Staaten gegen England im Jahre 1776 und deren schließlicher Konsolidierung zu einer Nation durch die Verfassung von 1789 unter dem Namen „Gewerbe-genossenschaften“ (Trade Societies) ins Leben gerufen. Sie rekrutierten sich aus den Arbeitern einer bestimmten Branche in einem gegebenen Ort und wiesen anfänglich die charakteristischen Züge der alten handwerklichen Organisationsformen unter dem Gildensystem auf. Aber gleich von Anbeginn eignete ihnen auch der Charakter echter Arbeiter-Kampforganisationen und sie entledigten sich rasch und vollständig der Merkmale, die ihm fremd waren.

Als erste dieser Verbindungen pflegt man die 1786 von den New Yorker Buchdruckern gebildete anzusehen. Ihr Wesen schwankt aber noch ungewiß und es empfiehlt sich daher eher, die Geschichte der Arbeiterbewegung erst 1794 beginnen zu lassen, in welchem Jahre die Schuhmacher-Vereinigung von Philadelphia entstanden ist. Diese war nicht nur die erste, sondern auch die eine Zeitlang einzige, die zu Kampfzwecken gebildet ward und die ihre Spitze gegen die Arbeitgeber richtete. Sie spielte auch in diesem Kampf eine leitende Rolle. Bald nach ihrer Entstehung führte sie einen Streik um Lohnerhöhung durch, den ersten in unserer Geschichte bezeugten Streik. Ihm folgten in Kurzem noch weitere, mit wechselndem Erfolg bis 1805, in welchem Jahre der schwerste aus der älteren Geschichte des Landes berichtete Kampf stattfand. Er endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Die Führer wurden wegen „Verschwörung“ (conspiracy) angeklagt und nach langwieriger Verhandlung, in der die großen Vorteile zutage kamen, die die Organisation während ihres kurzen Bestandes den Arbeitern gebracht hatte, verurteilt.

Die Schuhmacher organisierten sich auch anderwärts: so vor-

nehmlich in New York und in Pittsburg, wo es ebenfalls — 1809, resp. 1815 — zu Ausständen kam. Ferner begegnen wir in der Zeit von 1815 bis 1827 Streiks auch anderer Berufsvereinigungen. So 1821 der Buchdrucker in Albany (N. Y.); 1822 der Hutmacher in New York selbst; daneben der Schiffszimmerer und Kalfaterer an der atlantischen Küste, und zwar dieser um den 10 Stundentag. Auch die Ausstände von 1809, 1815 und 1822 waren von gerichtlichen Verfolgungen und Verurteilungen wegen „Verschwörung“ begleitet.

Aber erst 1827 stoßen wir erstmals in den Vereinigten Staaten auf die Erkenntnis innerhalb der Arbeiterschaft, daß sie eine eigene Klasse ausmache, mit eigenen, allen Berufsvereinigungen gemeinsamen und denen der anderen Gesellschaftsklassen entgegengesetzten Interessen. Natürlich war diese Erkenntnis zunächst keine vollkommen klare. War ja auch die Klassenscheidung in unserem Industriesystem noch erst unvollkommen ausgeprägt. Denn die Arbeiter wurden von Kleinunternehmern („bosses“) beschäftigt, die zwischen ihnen und der eigentlichen Anwenderklasse standen, gewöhnlich selbst der Arbeiterklasse entstammten und oft genug bei Mißerfolg wieder in sie hinunterfielen, so daß sie zwar gegen die Arbeiterklasse kämpften, dabei aber doch auch als ein Teil von ihr angesehen wurden. War aber auch, wie gesagt, die Einsicht in die Klassenstruktur der Gesellschaft verdunkelt, so doch nicht aufgehoben. Dies trat in der 1827, ebenfalls in Philadelphia erstmals erfolgten Federation der dortigen lokalen Berufsvereinigungen, der „Mechanics Union of Trades“, wie ihr offizieller Name lautete, zutage.

Den unmittelbaren Anstoß zur Bildung dieses als die „Trades' Union“ bezeichneten Verbandes gab ein ausgedehnter Schneiderausstand in Philadelphia, der zu gerichtlicher Verfolgung wegen „Verschwörung“ führte. Bereits 1829 verschwand er und ging in der noch zu besprechenden politischen Bewegung dieses Jahres auf.

Doch kam es schon 1833 zu einer neuerlichen „Trades' Union“ in Philadelphia; und ähnlichen federativen Bildungen begegnen wir in den 12 Städten New York, Boston, Albany (N. Y.), Troy (N. Y.), Baltimore, Washington, Newark (N. J.), New Brunswick (N. J.), Schenectady (N. Y.), Pittsburg, Cincinnati und Louis-

ville, die insgesamt in eine Periode fieberischer Tätigkeit eintraten, deren Ergebnis die große Streikbewegung der Jahre 1835 bis 1837 war. Gleichzeitig wurde überdies der Zusammenschluß dieser Verbände zu einer Nationalorganisation angebahnt, die auch 1834 unter der Bezeichnung „National Trades Union“ zustande kam. Sie setzte sich aus den lokalen „Trades' Unions“ zusammen und diese ihrerseits aus den einzelnen „Trade societies“. Sie erhielt sich bis 1837 und hielt 1835—1837 regelmäßige Jahreskongresse ab.

Vorher jedoch schon stoßen wir auf eine andere Bewegung, die keine scharfe Umrißlinien zeigt und ihrer Natur nach teils politisch, teils gewerkschaftlich ist. Zunächst — und als erster Fall einer politischen Betätigung der Arbeiterklasse im Lande — 1828 in Philadelphia; sodann 1829 in New York; 1830—1834 endlich in Boston und manchen anderen Städten Neuenglands; und zwar infolge der Ausdehnung des Wahlrechts auf die dortige Arbeiterklasse. Nach der Verfassung von 1789 war das Wahlrecht an einen hohen Vermögenszensus geknüpft, die Zahl der wahlberechtigten Arbeiter also sehr gering. Durch eine Reihe von Staatengesetzen wurde es jedoch in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts anders. Die Arbeiterklasse ward durch diese Wahlrechtsreformen zu einem mächtigen politischen Faktor und zeigte, wie hoch sie die politische Aktion im industriellen Kampfe wertete, durch die erwähnten politischen Bewegungen.

Die wichtigste derselben war die von New York (1829), die eine der interessantesten Episoden in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes ausmacht. Die nächstwichtigste war die von Neuengland, die jedoch in weniger ausgeprägter Weise sich als Arbeiterbewegung darstellt. Sie vollzog sich vornehmlich unter den Auspizien und in enger Verbindung mit der „New England Association of Farmers, Merchants and Workingmen“, aus deren Namen schon erhellt, daß man kaum von einer Bewegung der Arbeiterschaft und von Klassenbewußtsein in modernem Sinne sprechen darf. Doch waren an ihr, wenigstens in Boston und in anderen Städten Neuenglands, in stärkerem Maße Arbeiter beteiligt; und man kann sagen, daß sie in ihrer ersten Hälfte vorwiegend politischen, in der zweiten aber vorwiegend gewerkschaftlichen Gepräges

gewesen ist. Sie erreichte ihren Höhepunkt 1836—1837, brach aber noch infolge der Finanz- und Industriekrise von 1837 zusammen.

Damit endet zugleich die erste Phase der Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, und erst nach dem Bürgerkriege hat diese wieder eine solche Energie zu entfalten vermocht wie in den Jahren 1835—1837.

Durch mehrere Jahre nach der Panik von 1837 konnte praktisch von einer Gewerkschaftsbewegung keine Rede sein. Immerhin erlebte diese eine kurze Renaissance von 1843 bis 1844 und von 1853—1854. Im ganzen jedoch waren die 40er und 50er Jahre eine Periode des Stillstandes. Während derselben fand im Dunkeln ein fortwährendes Tasten nach neuen Wegen und Mitteln zur Lösung des großen Problems statt, das der Streik zu lösen nicht vermocht hatte. Infolgedessen verlor die Arbeiterbewegung sich selbst und ihren Klassencharakter in einem Labyrinth von Reformbestrebungen aller Art: Fourierismus, Owenismus, Kooperatismus und besonders Bodenreform. Der Versuch zu einer Wiederbelebung der „National Trades' Union“ aus den 30er Jahren wurde nicht gemacht. In den Jahren 1845 bis 1856 stoßen wir allerdings auf einen „Industrie-Kongreß“ (Industrial Congress), der jährliche Zusammenkünfte abhielt und mutmaßlich die Interessen der arbeitenden Klassen des Landes repräsentierte. Was ihn aber hauptsächlich beschäftigte, war die Bodenreform, der gegenüber Alles was als Ausfluß reiner Klassenforderungen erschien, wie der 10 Stundentag usw., ganz zurücktrat. In dieser ganzen Zeit war von einer reinen Arbeiterbewegung keine Rede — ausgenommen jenes kurze Wiederaufleben in den 40er Jahren, das als Echo der vorangegangenen Periode bis 1837 erscheint, und in den Jahren 1853—1854, in denen die Saat zum neuen Trade-Unionismus ausgestreut wurde, der sich nach dem Bürgerkrieg entfalten sollte. Wahrscheinlich hätte ohne die Sklavenfrage, die seit 1854 die Aufmerksamkeit des Landes so vollständig absorbierte, daß für nichts anderes Raum blieb, diese Stagnation nicht solange angedauert. Wie dem aber immer sei: die Tatsache dieser Stagnation selbst von 1837—1864 ist unbestreitbar.

Bevor wir uns der zweiten Periode der Bewegung zuwenden,

wollen wir nochmals kurz die charakteristischen Merkmale der eben besprochenen zusammenfassen. Sie bestehen wie in der Zeit vor 1827—1837 sowie in der ganzen Periode vor dem Kriege überhaupt in: dem instinktiven Gefühl der Klassensolidarität unter den Arbeitern, zugleich aber in einem Verschwimmen der Grenzen zwischen den Klassen und in Ungewißheit über die Mittel zur Führung des Klassenkampfes. Dazu kommt, daß die Ideen, die damals in der Arbeiterbewegung umliefen, sich durch die Tendenz kennzeichneten, die Klassenunterschiede zu verwischen, allerlei Pläne einer „Harmonisierung“ und Aufhebung der Interessengegensätze unter den verschiedenen Klassen zu predigen oder sie zu leugnen. Endlich ist festzuhalten, daß die Männer, die in der aktivsten Periode der Arbeiterbewegung vor dem Bürgerkriege hervortraten, nicht Fabrikarbeiter waren, sondern eher Handwerker. Hatte ja auch damals das Fabrikssystem mit Ausnahme der Cottonindustrie-Distrikte Neuenglands und mancherorten in Pennsylvanien noch keine größere Ausdehnung gewonnen, und die Fabrikarbeiter brachten der Bewegung wenig Interesse entgegen. Auch schlug der Versuch der „Association of Farmers, Merchants und Workingmen“, die neuenglischen Fabrikarbeiter zu organisieren, völlig fehl, obgleich diese der damals ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse waren. Gerade deshalb waren sie ja wohl auch so unorganisierbar. Sie rekrutierten sich hauptsächlich aus Kindern und Frauen, arbeiteten übermäßig lange, oft durch mehr als 15 Stunden im Tag, wohnten meist in Häusern, speisten in Gastwirtschaften und besuchten Kirchen, die alle den Unternehmern gehörten, kurzum lebten durch die 24 Tagesstunden unter den Augen der Meister, ob sie nun wachten oder schliefen, arbeiteten oder beteten. Sie kamen denn auch in den 40er Jahren zur Arbeiterbewegung nicht als Kämpfer, die ihr Recht forderten, sondern als Flehende, die sich in ihrem Elend an das Mitleid von Philanthropen wendeten.

Damals fand die erste Enquete über das Fabrikssystem im Lande statt, und sie enthüllte Zustände, die in ihrer Schrecklichkeit den 1845 von FRIEDRICH ENGELS geschilderten englischen gleichkamen. Abhilfsmaßregeln zeitigte sie jedoch nicht. Wohl wurden 1847 und 1848 in New Hampshire, einem der Neuenglandstaaten, und in Pennsylvanien sogenannte „10 Stundengesetze“

erlassen. Sie waren aber nichts als Schwindel und verdienen kaum den Namen von „Arbeiterschutzgesetzen“. Im wesentlichen normierten sie, daß die Arbeiter, außer im Fall ihrer Einwilligung, nicht mehr als 10 Stunden arbeiten sollten. Ähnlich dispositiv „beschränkten“ sie die Kinderarbeit. Das Ergebnis war in beiden Fällen das gleiche. In Pennsylvanien allerdings streikten die Arbeiter, um die praktische Durchführung des Gesetzes zu erzwingen. Das galt dann als Aufruhr und zeitigte die üblichen Verfolgungen. Die Bewegung endete damit, daß zwar der 10 stündige Arbeitstag eingeführt, zugleich aber — als Entschädigung für den Verlust von 2 Stunden — der Lohn um 16 % herabgesetzt wurde.

Auch unter dem Gesichtspunkt ihrer Forderungen erscheinen die politischen Bewegungen vor dem Bürgerkrieg nicht als eigentlich solche der Arbeiterklasse. Die Hauptforderung des „Industrial Congress“ war, wie gezeigt, die Bodenreform. Wesentlich nicht anders geartet waren die der aggressiveren Bewegung zu Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre, obgleich dieselben, speziell in New York, ihrer Struktur nach reine Arbeiterbewegungen waren. Gefordert wurde vor allem: Allgemeiner öffentlicher Unterricht; sodann: Abschaffung der Schulhaft, das Retentionsrecht der Handwerker, gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiete des Bank- und Geldwesens u. ä. — was alles den engen Zusammenhang der Arbeiter- und Mittelstandsbewegungen und den Mangel einer Differenzierung zwischen den beiden Klassen, soweit sie an der Bewegung teil hatten, zeigt.

* * *

Die zweite Phase der Arbeiterbewegung begann unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkrieges und gewann schärfere Umrisse mit der Gründung der „N(ational L(abor) U(nion)“ im Jahre 1867, der ersten Organisation, die sich in derselben Form vollzog, wie unsere große Arbeiterfederation in der Gegenwart. Die Einheiten, aus denen sie sich zusammensetzte, waren — anders als bei der „National Trades Union“ von 1834 — Gewerkschaftsverbände, die ihrerseits die Ortsorganisationen des Berufszweiges im ganzen Lande umfaßten. Vor dem Bürgerkriege hatte es solche Nationalverbände auf beruflicher Grund-

lage nicht gegeben; nachher jedoch ward die anerkannte Organisationsform die, daß sich jedes Gewerbe lokal und sodann national oder international zusammenschloß.

Auf die N. L. U. folgten 1878 die „K(nights) of L(abor) und 1886 die „A(merican) F(ederation of) L(abor), die eine Zeitlang das Feld mit den „Rittern der Arbeit“ teilte, diese aber zuletzt ganz zurückdrängte. Durch eine Reihe von Jahren beherrschte sodann die A. F. L. praktisch unbestritten die gesamte Gewerkschaftsbewegung — obgleich neben ihr manche kleinere rivalisierende Federationen bestanden, die jedoch wenig in Betracht kamen. So die „Socialist Trade and Labor Alliance“, eine mißlungene Schöpfung der dem reinen Gewerkschaftstum der K. L. und der A. F. L. widerstrebenden Sozialisten; ferner die „W(estern) F(ederation of) M(iners)“, ein entschiedener Kampfverband; endlich die „I(ndustrial) W(orkers of the) W(orld)“, die sich ursprünglich auf der W. F. M. aufbaute und einen losen Verband kleiner Organisationen über das ganze Land hin bildet. Auch erhielten sich außerdem jederzeit einzelne nationale oder internationale Unionen, die ohne wie die A. F. L. einen Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse anzustreben, ihre Selbständigkeit behaupteten oder sich jener feindselig gegenüberstellten. Dahin gehört z. B. die „American Railway Union“, die nach kurzer aber bedeutsamer Tätigkeit praktisch mit dem berühmten PULLMANN-Strike von 1894 und der darauffolgenden Einkerkung des Führers EUGENE V. DEBS endete.

Während dieser zweiten Periode und bis in die jüngste Zeit herein ist die Arbeiterbewegung durch reines Gewerkschaftstum charakterisiert; ihre Waffe im Kampf gegen die Unternehmer ist der Streik.

Seit 1867 ist also eine ununterbrochene Reihe von Ausständen zu verzeichnen: 1877 der große Eisenbahnerstreik, dem, nach kurzer Pause, 1885 neuerliche folgen; die Welle ebbt dann ab, um neuerlich anzuschwellen und in der Ausstandsära von 1892—1894 zu gipfeln. 1892 kam es zum „Homestede-Strike“, dem berühmtesten einzelörtlichen Streik in der amerikanischen Geschichte. Während desselben schoß ein kurz vorher eingewanderter junger russischer Jude, ALEXANDER BERKMAN, in

den Pittsburger Bureaus der Carnegie-Company, der Eigentümerin der Homestead-Eisenwerke, auf deren Generaldirektor, den Kompanion CARNEGIES, HENRY C. FRICK, — der erste derartige und großes Aufsehen erregende Fall in der amerikanischen Arbeiterbewegung — mit dem einzigen Resultat, daß BERKMANN zu einer Kerkerstrafe von 14 Jahren verurteilt wurde. — 1894 brach der bereits erwähnte PULLMANN-Streik aus, der bisher größte Eisenbahner-Kampf in der Geschichte des Landes und der den Höhepunkt der Ausstandsbewegung im Zeitraum nach dem Bürgerkrieg bildet.

Sein Zusammenbruch und die darauffolgende Einkerkering der Führer bezeichnen einen Wendepunkt in der amerikanischen Arbeiterbewegung. Sein Ausgang macht dem Vertrauen der Arbeiterklasse in den Streik als ausreichende Waffe im Kampf gegen die Unternehmer praktisch ein Ende und veranlaßt sie — wie ein Blick auf die Streikstatistik lehrt — zu fortan größerer Vorsicht bei dessen Anwendung. In der Tat ist es auch, trotz des Anwachsens der Arbeiterbewegung und der Vermehrung der Streikursachen zu einer ähnlich großen Streik-Ära wie der von 1892—1894 nicht mehr gekommen.

Eines der Ergebnisse dieses letzteren war die Erstehung der sozialistischen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Wohl gab es hier Sozialisten und sozialistische Organisationen, ja sogar eine sozialistische Partei — die 1889 gegründete S(ocialist) L(abor) P(arty) — auch vorher. Hieraus erklärt es sich auch zum guten Teil, daß Arbeiter sich hier und da mit Politik befaßten. Allein diese politischen Bewegungen waren sporadisch und örtlich beschränkt, wenn sie nicht mit einer breiten, mittelständischen verbunden waren, wie etwa anlässlich der „Greenback“-Bewegung. Die einzige politische Bewegung vorherrschenden Arbeiterklassencharakters von 1865—1895 war die 1886 von HENRY GEORGE in New York angeführte, während deren Arbeiter den letzteren in der Wahlkampagne um den Bürgermeisterposten der Stadt gegen den von Tammany Hall aufgestellten Bewerber ABRAHAM S. HEWITT und gegen den damals erst 26jährigen Republikaner THEODORE ROOSEVELT kandidierten. HENRY GEORGE unterlag zwar gegen HEWITT, vereinigte jedoch eine so große Stimmzahl auf sich, daß er dem republikanischen Kandidaten

den Rang abließ. Die Arbeiterklasse schien zur Erkenntnis ihrer politischen Macht und zum Entschluß, sie zu gebrauchen, erwacht. Allein die Bewegung brach rasch wieder zusammen. Die bald darnach begründete S. L. P. war von geringer Stärke und bestand meist aus Eingewanderten, vor Allem Deutschen. Bei der ersten Wahl, an der sie teilnahm, 1889, errang sie kaum 2000 Stimmen. Diese Zahl wuchs nun zwar ständig und rasch, bis zur Präsidentenwahl von 1896 auf nahezu 100 000, war aber verglichen mit der auf HENRY GEORGE in New York allein entfallenen von 68 000 verschwindend klein.

Die Wirkung der Ausstandsära von 1892—1894 mit dem ausgedehnten Gebrauch von richterlichen Einhaltsbefehlen als Mittel zur Brechung des Streiks, äußerte sich nicht bloß hierin, sondern ihr wirklicher Einfluß trat erst recht nach 1896 zutage. In diesem Jahre war nämlich der Präsident des Eisenbahnarbeiterverbandes, DEBS, der wegen des PULLMANN-Streiks eingekerkert worden war, noch Anhänger BRYANS. Kurz darnach jedoch wurde er Sozialist und gestaltete seinen Verband, oder was von diesem übrig war, in eine politische Organisation um. Nach einer Periode starker Agitation, die hier nicht näher geschildert werden kann, entstand schließlich 1900 — Dank hauptsächlich DEBS — die S(ocialist) P(ar)ty und DEBS erzielte als Präsidentschaftskandidat: in diesem Jahre selbst noch rund 97 000, sodann 1904: 408 230, 1908: 424 488, 1912 endlich 900 868 Stimmen.

II.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Gerichte vollzieht sich im Gleichschritt mit der Arbeiterbewegung selbst, die — wie wir sahen — ihrerseits parallel mit der Existenz der Nation als solcher läuft. Die 13 Kolonien, die sich 1776 gegen England erhoben und als „Vereinigte Staaten von Nordamerika“ konstituiert haben, konsolidierten sich zur Nation durch die Annahme der Verfassung von 1789; die erste Arbeiterorganisation, die einen industriellen Kampf bezweckte, wurde schon 5 Jahre später ins Leben gerufen; dem ersten Streik begegnet man 1798; der erste Zusammenstoß mit den Gerichtshöfen datiert aus dem Jahre 1806.

Seither hat dieser Kampf stetig andauert: bald verlang-

samt, wenn die Kraft der Arbeiterbewegung selbst nachließ, bald verschärft, wenn die wirtschaftlichen Gegensätze sich verbreiterten und vertieften. Seine Entwicklung ward jedoch nicht einzig durch die der Arbeiterbewegung beeinflusst, sondern auch sehr bedeutsam durch die allgemeine Ausbildung der Gerichtsgewalt. Und wie diese und jene während der zweiten Periode der amerikanischen Arbeiterbewegung ununterbrochen anwuchsen, so auch der Konflikt zwischen ihnen. Er wird immer ausgeprägter und intensiver, dehnt sich über das ganze Land aus, erfaßt schließlich alle Industriezweige; und zugleich nimmt er immer neue Formen an und zeitigt stets neue Kampfmethoden. Denn der Richterstand zeigt eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit an den Wechsel der Industrieverhältnisse und bildet einen — gleichermassen durch Raffinement wie durch Wirksamkeit — merkwürdigen Apparat zur Niederhaltung der Arbeiterklasse aus.

Hierdurch und durch die immer neuen Gewaltanmaßungen der Gerichtshöfe durch nun mehr als ein Jahrhundert sind oft auch andere Gesellschaftsklassen ernstlich betroffen worden. Das hat dann mitunter kräftigen Protest auch von ihrer Seite hervorgerufen und dem Kampf der Arbeiterschaft mindestens zeitweilig ein verändertes Gepräge gegeben. Er erschien dann nicht mehr bloß als Kampf einer, der Arbeiter-Klasse, sondern vielmehr des ganzen „Volkes“ gegen die Usurpierung allgemeiner Regierungsgewalten durch die Gerichtshöfe. So während des kurzen Zeitabschnittes vor und nach der BRYAN-Kampagne von 1896, nachdem — namentlich in feindseliger Absicht gegen die Arbeiterschaft während der großen Streikperiode von 1892—1894 und um der Verfolgung der Arbeiterführer in den beiden darauffolgenden Jahren willen — das Bundes-Obergericht das Einkommensteuergesetz von 1894 für „verfassungswidrig“ erklärt und die unteren Bundesgerichte zahlreiche Einhaltsbefehle erlassen hatten. Ein Sturm allgemeinen Unwillens erhob sich damals gegen diese „Gewaltanmaßung durch die richterliche Gewalt“ und gegen das „Einhaltsbefehl-Regiment“. Doch sind derartige Ausbrüche gewöhnlich nur auf kritische Phasen in der allgemeinen Entwicklung des Landes beschränkt und auch dann nur kurzlebig. So fällt denn der Arbeiterklasse die schwere Aufgabe zu, nicht nur ihre

eigenen Rechte zu verteidigen, sondern auch den Kampf um die Selbstregierung des ganzen Volkes zu führen.

Das Kampffeld, auf dem sie und die Gerichte zusammenstoßen, zerfällt in zwei Teile. In dem einen wird gerungen unmittelbar um das Recht der Arbeiter, sich behufs Erreichung besserer Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen, und um die Freiheit der Wahl der Waffen hierbei. In dem anderen ist dieser Interessenkampf ein indirekter: es geht um die beiderseitigen Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Abschluß des Arbeitsvertrages, sowie um die Befugnis der Gesamtheit, sich in diese „freiwilligen Verträge“ ergänzend und verbietend einzumischen.

Im Streben der Gerichte, diese beiden Richtungen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen den einander gegenüberstehenden Kontrahentengruppen zu beeinflussen, sind vier verschiedene Methoden zu konstatieren: a) die Auslegung des „common law“, um in Fällen, die im Gesetz nicht ausdrücklich geregelt sind, dieses in Einklang mit einem vorausgesetzten Verbot zu bringen; b) die Interpretation auch gegen den Gesetzeswortlaut; c) die Erklärung, daß gewisse von der gesetzgebenden Gewalt regelrecht beschlossene Normen „verfassungswidrig“, d. h. mit dem Wortlaut oder „Geist“ der bundes- oder einer einzelstaatlichen Konstitution in Widerspruch und daher ungültig seien; d) der Anspruch auf gewisse den Gerichten kraft ihrer Natur eignende „Prärogative“, ohne Rücksicht auf das Gesetz, das die Gerichte geschaffen hat.

Während der ersten Kampfperiode, die mit der ersten Phase der Arbeiterbewegung zusammenfällt und in der diese sowohl wie die richterliche Gewalt noch in den Kinderschuhen steckten, begnügten sich die Gerichtshöfe damit, vornehmlich mit Hilfe ausdehnender Gesetzesinterpretation, ausschließlich den unmittelbaren Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern zu beeinflussen. Dieser Rechtsauslegung Zuwiderhandelnde wurden bestraft. Die — auch damals häufigen — Beschwerden der Arbeiter richteten sich nicht gegen die richterliche Gewalt als solche, sondern gegen deren Mißbrauch — einen Mißbrauch nicht nur in Ermessensfragen, wie bei der Strafausmessung oder bei der Subsumierung von Tatumständen, sondern in weit tiefer

greifender Weise noch durch willkürliche Gesetzesauslegung. Denn gerade durch diesen Mißbrauch hat sich die richterliche „Gewalt“ in den Vereinigten Staaten stets als erbitterter Feind der Arbeiterklasse und als willfähigstes Werkzeug des rückständigsten und bigotesten Teils der Unternehmerschaft erwiesen. Zu ihm wurde immer gegriffen, wenn die anderen Staatsgewalten versagten — sei es aus Furcht vor der politischen Macht der Arbeiterklasse, sei es weil innerhalb der Bourgeoisie selbst Meinungsverschiedenheiten bestanden, wie sie mitunter über besonders empörende Formen der Arbeiterausbeutung sich erhoben.

Das Recht, um das die Arbeiter zu ringen hatten, war somit das elementarste der modernen Arbeiterbewegung: das Recht zu streiken. Das Mittel aber, mit dem die Gerichtshöfe es bekämpften, war die Behandlung der Streiks als „Komplott“ (Conspiracy).

Erstmals geschah dies, wie wir wissen, 1806 (s. oben S. 39). In diesem und in den beiden darauffolgenden Fällen von 1809 und 1815 tritt uns das Problem noch frei von jenen Verwicklungen entgegen, die die Gerichte späterhin so eifrig herbeizogen, um die wahre Natur ihrer Entscheidungen zu verhüllen. Es handelte sich einfach um die Frage: dürfen sich Arbeiter um der Erzwingung höherer Löhne willen verabreden, als Gesamtheit die Arbeit niederzulegen und auch andere aufzufordern, für Unternehmer, bei denen gestreikt wird, nicht zu arbeiten? Diese Frage wurde entschieden verneint. Solche gemeinsame Verabredungen wurden selbst für den Fall als „Verschwörung“ erklärt, als sie billig und ihre Durchführung eine vollständig friedliche wäre. Nur der einzelne Arbeiter — wurde urteilsmäßig festgestellt — sei befugt, wenn er mit seinem Lohn unzufrieden sei, die Arbeit zu verlassen.

Der erste — 1806 vor dem Mayors-Gericht in Philadelphia — zur Aburteilung gelangte Fall ist als Prozeß „Der Staat gegen PULLIS und Genossen“ bekannt. Angeklagt waren 8 Führer der Schuhmacherunion: „ungerechter und erpresserischer“ Forderung höherer als der bis dahin im Handwerk üblichen Löhne „zum Schaden anderer Handwerker und Gesellen in derselben Kunst“ und zum Nachteil „des Friedens und der Würde des Gemeinwesens“. Heuchlerische Redensarten, die seither jedem Kenner

solcher Urteile ganz vertraut worden sind. Die Verhandlung ergab, daß die Streiker weder bei der Durchführung des Ausstandes noch im Streben, Außenstehende, zum Anschluß an die Organisation zu bewegen, Gewalt oder Einschüchterung gebraucht hatten. Nichtsdestoweniger lautete der Wahrspruch der Geschworenen ebenso freimütig wie einfach: „Wir finden die Angeklagten schuldig, sich zwecks Lohnerhöhung verbunden zu haben.“ — Auch im zweiten und dritten unserer Fälle waren die aufgeworfenen Tatfragen und die Prozeßresultate die gleichen.

Die verhängten Strafen waren ziemlich milde. Die Strafverfolgung bezweckte eben in erster Linie, die Rechtswidrigkeit des Streiks festzunageln und so den Arbeitern ihre Haupt- und eigentlich einzige Angriffs- und Verteidigungswaffe zu entwenden. Daß er nicht erreicht wurde, ist sicherlich nicht Schuld derjenigen, die die Strafverfolgung veranlaßt hatten. Welcher Art aber ihre Hoffnungen und Befürchtungen waren, verrät in naiver Weise die Vorrede des Stenographen zu dem von ihm herausgegebenen Protokoll des Pittsburger Prozesses (1815). Es wird dort auf die Wichtigkeit des Wahrspruches der Geschworenen für die Interessen der Manufaktur eindringlich aufmerksam gemacht. Denn er „machte jenen für erfolgreiche Unternehmungen der Kapitalisten im Westen schädlichen Verbindungen ein Ende.“ Umsomehr müßten — angesichts des Fortbestandes von solchen in New York und Philadelphia und der „Ausdehnung ihres verderblichen Einflusses über alle Teile der Union“ — „die Bewohner dieser Städte und namentlich die Fabrikanten im eigenen Interesse und aus schuldiger Pflicht gegen das Gemeinwesen, jene Verbindungen eifrig überwachen, sie kriminell verfolgen und . . . der gesetzlichen Bestrafung zuführen“.

Daß die Fabrikanten nicht zögerten, diesen Rat zu befolgen, ist leicht verständlich. Die Gerichtsakten der Zeit enthalten denn auch eine Fülle von Beweisen ihres Eifers im Dienst der „dem Gemeinwesen schuldigen Pflicht“. Im ganzen sind für die erste Phase der Arbeiterbewegung aktenmäßig 16 Fälle von Strafverfolgungen verzeichnet, von denen 7 auf die Jahre 1806 bis 1826 entfallen, während sich im Jahrzehnt 1827—1836 und namentlich gegen dessen Schluß 9 zu zusammendrängen. Nach-

dem sich die Hochflut der Arbeiterbewegung 1837 verlaufen hatte, hörten sie durch fast ein Menschenalter ganz auf und setzten erst wieder mit dem neuerlichen Aufleben der Arbeiterbewegung nach dem Bürgerkrieg ein. Von da ab bildet dann ihre Häufigkeit — wie übrigens auch vorher — einen fast exakten Barometer des industriellen Wetters.

Betrachtet man die Basis dieser Verfolgungen näher, so stößt man auf eine für sie sowohl wie auch für unsere Regierung höchst charakteristische Tatsache: bei allen handelt es sich rein um Mache der Gerichte. In der Tat, außer der richterlichen Erklärung des Streiks als „Verschwörung“ gab es keine gesetzliche Grundlage zu dessen krimineller Behandlung. In typischer Weise lehrt dies der Prozeß gegen die ausständigen Schuhmacher von Philadelphia im Jahre 1806, der zugleich einen für die Zukunft entscheidenden Präzedenzfall bildete.

Die Verteidigung hatte darauf hingewiesen, daß keinerlei gesetzliches Verbot gegen Arbeitsniederlegungen mit dem Ziel einer Lohnerhöhung oder anderen Zielen gebe. Der Ankläger konnte und wollte dies auch nicht bestreiten. Er aber wie die Richter nahmen zum „common law“ ihre Zuflucht, dessen unterirdische Gänge dem ungeschulten Geist nicht zugänglich sind. Um aber den Straffall unter das „Gemeine Recht“ subsumieren zu können, mußte der Richter die in der Judikatur des Landes anerkannten Prinzipien so sehr auf den Kopf stellen, daß man kaum an seine intellektuelle Ehrlichkeit zu glauben und die Berufung auf das „common law“ als etwas anderes denn als bloßen Vorwand anzusehen vermag. Nicht darnach entschied er, was Gesetz war, sondern was nach seinem Vorurteile Gesetz sein sollte. Diese Schaffung neuer Normen in Übereinstimmung mit den eigenen guten oder bösen Wünschen unter Berufung auf „Autoritäten“ und Feststellung dessen, was Gesetz jetzt ist und allezeit war, ist ein denjenigen, die unser System der Gesetzesschöpfung von Gerichten wegen kennen, nur zu wohlbekanntes Kunststück. Es ist ein tatsächlich anerkanntes Mittel zur Änderung unserer Gesetze, anerkannt allerdings erst nach vollbrachter Tat. In diesem Sinne belehrte denn auch 1806 der Richter die Geschworenen¹⁾.

1) It is in the volumes of the common law that we are to seek for information in the far greater number, as well as the most important causes

Diese richterliche Heuchelei hier zu beleuchten, ist überflüssig. Das ist längst, und durch hervorragende Richter selbst geschehen. Die vom Philadelphier Richter damals aufgestellte „Regel des common law“, daß Vereinbarungen von Arbeitern zum Zweck der Erlangung höherer Löhne ein Verbrechen sei, hat nie existiert: weder in England, woher wir das „common law“ überkommen haben sollen, noch in unserem Lande. Unsere Richter haben sie denn auch längst als nie zu Recht bestehend verworfen — aber freilich erst in der zweiten Phase der amerikanischen Arbeiterbewegung. Bis dies, 1867, in New York geschah, war sie jedoch ein wirksames Werkzeug der Verfolgung Hunderter von Streikführern und der Unterdrückung von Streiks während einer langen Epoche der amerikanischen Industriegeschichte, noch 1835/1836 vom höchsten Gericht des Staates New York als gültig proklamiert und streng angewendet. Übrigens bedeutete die Verwerfung der „Regel“ im Staate New York keineswegs auch schon, daß sie sofort aus der Rechtsanwendung verschwand. Die Gerichtsentscheidungen in einem der Staaten sind für die Gerichte der anderen ebensowenig bindend wie die der Bundesgerichte für die einzelstaatlichen. So konnte denn die alte Doktrin in dem New York benachbarten New Jersey noch bis 1883 sich behaupten. Dann erst wurde sie durch ein besonderes Gesetz beseitigt. Und gerade 1867, als das oberste Gericht von New York sie fallen ließ, beriefen sich die New

that come before our tribunals. That invaluable code has ascertained and defined, with a critical precision, and with a consistency that no fluctuating political body could or can attain, not only the civil rights of property, but the nature of all crimes . . . What is the case now before us? A combination of workmen to raise their wages may be considered in a two-fold point of view; one is to benefit themselves; the other is to injure those who do not join their society. The rule of law condemns both . . . In the profound system of law, as in the profound system of Providence, there is great reason for an institution, though the superficial observer may not be able to discover it. Obedience alone is required . . . The sentiments of the court, not an individual of which is connected either with the masters or journeymen; all stand independent of both parties, are unanimous. They have given you the rule as they have found it in the book, and it is now for you to say, whether the defendants are guilty or not. The rule they consider is fixed, they cannot change it.“

Jerseyer Gerichte auf sie, in dem berühmten (oder berüchtigten) Prozeß „Der Staat gegen DONALDSON“.

III.

Wie gezeigt beginnt die zweite Periode unserer Arbeiterbewegung mit der — wenngleich zunächst noch nicht allgemeinen — Anerkennung des Rechts zu streiken. 15 bis 20 Jahre nach dem Bürgerkriege wird dieses nirgends mehr bestritten. Angesichts der Entwicklung einerseits der Industrie und anderseits der Arbeiterbewegung war es auch unmöglich, den Arbeitern diese erste Waffe zu verweigern. Vielfach allerdings mußten — unter dem Druck der öffentlichen Meinung — die Gerichte erst durch Spezial- oder sogar mitunter Verfassungsgesetze gezwungen werden, ihre Auffassung des Streiks als strafbare „Verschwörung“ aufzugeben. Ja, sie beugten sich auch der Gesetzgebung nicht ganz. In vielen Fällen wurde diese derartig ihres Inhaltes entleert, daß die Arbeiterklasse der meisten ihr zgedachten Vorteile verlustig ging. Sie besaß zwar nunmehr nominell das Recht zu streiken; materiell aber dauerten gewisse Einschränkungen fort. Diese sind niemals klar umschrieben worden, sondern schwanken zeitlich und von Gericht zu Gericht. Im allgemeinen aber darf man sagen, daß die Gerichte das Recht der Arbeiter gerade an dem Punkte beschnitten, wo es wirksam zu werden begann: in bezug auf die Frage nämlich, wie weit streikende Arbeiter und deren Mithelfer gehen dürfen, um andere davon abzuhalten, in die freigewordenen Plätze einzutreten, und so erst den Ausstand wirksam zu gestalten.

So verblieb die Entscheidung des gesamten Problems praktisch bei den Gerichten, und diese haben es in der Regel fertig gebracht, in honigsüßen Worten das Recht der Arbeiter abstrakt anzuerkennen, materiell aber es ziemlich ausgiebig zu kürzen. Die Arbeiter, erklären sie nämlich, dürften nur friedliche Mittel anwenden, um andere von der Besetzung ihrer Plätze abzuhalten, keineswegs aber auch „Gewalt oder Einschüchterung“ (violence or intimidation). Nun ist aber der Begriff „Einschüchterung“ recht elastisch — wenigstens in den Händen der Richter. Die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung wimmelt denn

auch von seltsamen „Einschüchterungs“-Fällen. So — nach einer Entscheidung des Obersten Gerichts von Massachusetts (1886) — der der Leistenarbeiter der Schuhfabrik P. P. SHERRY in Massachusetts, die vor der letzteren ein Banner mit der Aufschrift entfaltet hatten: „Leistenarbeiter im Streik und wollen, bitte, wegbleiben, bis die gegenwärtige Schwierigkeit behoben ist“.

Eine weitere richterliche Einschränkung des Rechts zu streiken bezieht sich auf die noch wichtigere Frage nach den zulässigen Ursachen von Ausständen.

Der gesetzliche Zustand hat in diesem Punkte einen Entwicklungsprozeß, jedoch nicht immer in der Richtung größerer Bewegungsfreiheit der Arbeiter durchgemacht. Zum großen Teil ist er ebenso unbestimmt wie hinsichtlich der im Streik zulässigen Mittel. In den letzten Jahren hat sich vieles präzisiert oder ist im Begriff, sich zu präzisieren — beides aber zum Nachteil der Arbeiter.

Dürfen diese streiken, weil sie auf der „geschlossenen Werkstatt“ (closed shop), d. h. auf Nichtbeschäftigung Unorganisierter bestehen?

Schon 1840 entschied das Oberste Gericht von Massachusetts, dem damals leitenden Staat der Union: daß Arbeiter, die einer Gewerkschaft angehören, berechtigt seien, die Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedern abzulehnen. Der Frage, ob diese Befugnis sich auch auf den Fall von Lohnstreiks erstrecke, wich damals das Gericht aus. Hatte es aber auch keine Lust, sich in eine Prüfung der Gesetzlichkeit der letzteren einzulassen: die Zulässigkeit des Streiks behufs Erzwingung der Entlassung derjenigen, die sich nicht der Organisation anschließen wollten, stellte es unzweideutig fest. Aus der rechtlichen Zulässigkeit von Lohnstreiks folgt nun logisch notwendig die Zulässigkeit einer Erzwingung auch der Entlassung von Nichtorganisierten oder derjenigen, die sich mit geringeren als den von der Organisation festgesetzten Löhnen begnügen. Dies galt auch eine Zeitlang als feste Norm. 1902 aber, 62 Jahre nach jener Entscheidung von 1840, wurde diese Frage im Schoße des Obersten Gerichtshofes von New York neuerdings in Diskussion gezogen — allerdings auch, wenn schon nur mit knapper Mehrheit, bejaht. Heute jedoch, nach einem weiteren Jahrzehnt, ist sie noch zweifelhafter geworden, d. h. jedes Gericht entscheidet, wie es will.

Keinerlei derartige Unbestimmtheit besteht hinsichtlich der Sympathie-Streiks. Kommen auch noch hier und da abweichende Urteile vor, so darf doch die Gesetzwidrigkeit der Sympathie-Streiks als endgiltig entschieden angenommen werden.

Die industrielle Entwicklung und die Organisation der Arbeitgeber sind soweit gediehen, daß Streiks in einzelnen Werkstätten ohne Mithilfe der Organisationsgenossen in anderen erfolglos bleiben müssen. Die Formen nun, in denen die Frage auftritt, ob diese Mithilfe sich in Sympathiestreiks äußern darf, sind die folgenden: Oft lassen die von einem Streik betroffenen Unternehmer die Arbeit in fremden, noch im Betrieb stehenden Werkstätten, desselben oder eines anderen Ortes, ausführen. Dies geschieht z. B. häufig in der Kleiderkonfektion. So in New York während des großen Damenkleidermacher-Streiks von 1910 und des Mäntelmacherstreiks im Jahre darauf. Beidemale war es für die Ausständischen höchst wichtig zu verhindern, daß ihre Arbeit in fremden Werkstätten durch Arbeiter, die mit ihnen sympathisierten, ausgeführt werde. Der einzige Weg hierzu war die Verweigerung solcher Arbeit durch die Nichtstreikenden; und um gegen jede Täuschung gesichert zu sein, war es notwendig, jeden Unternehmer, den man auf Schleichwegen ertappte, ebenfalls durch Streik lahmzulegen. — Oft ist auch eine streikende Fachorganisation für sich allein zu schwach, während die einer verwandten Branche, für die sie das Roh- oder Halbfabrikat herstellt, stark genug ist. Dann droht auch diese mit dem Streik, falls ihren Mitgliedern die Verarbeitung des „Streikbrecher“-Materials zugemutet würde. Ist nun unter solchen Umständen die Drohung mit dem Ausstand oder dieser selbst gestattet? Und ist eine Arbeiterorganisation oder eine Federation von solchen befugt, in einer Werkstätte oder in einer Branche einen Streik zu organisieren, um einen solchen in einer anderen Werkstätte oder Branche zu unterstützen? Eine Zeitlang nach Zulässigkeitsklärung des Streiks im allgemeinen schien in Juristenkreisen die Auffassung von der Zulässigkeit auch des Sympathie- oder jedes sonstigen Streiks vorzuherrschen. Mit der wachsenden Häufigkeit der Sympathiestreiks aber hat eine andere Anschauung Platz gegriffen. Nun herrscht in der Judikatur fast allgemein die These: Arbeiter dürften wohl die Arbeit, um der Besserung

ihrer eigenen Lage willen, niederlegen, nicht aber auch bloß aus Klassensolidarität und ohne daß sie sich selbst zu beschweren hätten.

Angesichts der geschilderten Art, durch Gesetzesauslegung, Darlegung des „common law“ und auf andere noch zu schildernde Weise das Streikrecht auch nach dessen Anerkennung einzuengen, sowie in vielen anderen Fällen droht nun der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Richterstand eine neue Form anzunehmen. Das Volk als Ganzes, vertreten durch die Gesetzgebung nimmt ihn auf. Die Richter sollen fürderhin nicht imstande sein, Gesetze, die ihnen nicht behagen, ihres Inhaltes zu entleeren oder so anzuwenden, wie es sich der Gesetzgeber nie hat träumen lassen. Man denke z. B. nur an den Fall der Strafverfolgung streikender Schuhmacher in New York von 1835. In den früheren „Verschwörungs“-Prozessen war die Geltung des englischen common law oder was dafür ausgegeben wurde, auch für die Union behauptet worden. Nun hatten es verschiedene Staaten mit Rücksicht teils auf die Entfaltung der Arbeiterbewegung, teils auf den einschneidenden Charakter gewisser Gerichtsentscheidungen für rätlich erachtet, den Rechtszustand in betreff der „Verschwörungen“ durch gesetzte Normen zu regulieren. So auch in New York, dessen Legislatur zu einer Aufzählung der unter den Begriff der „conspiracy“ fallenden Tatumstände griff, so daß die außerhalb derselben bleibenden fortan straflos sein sollten. Als aber in Geneva ein Schuhmacherausstand ausbrach und sich die Verfolgung der Streiker nach dem common law als unmöglich darstellte, fand das Gericht den Weg, ihn unter die Strafnormen des Staatsgesetzes zu bringen. Es subsumierte ihn einfach unter die in demselben für strafbar erklärten „Verschwörungen zur Schädigung von Handel und Gewerbe“ und berief sich zum Beweise, daß Streiks tatsächlich solche Verschwörungen seien — auf die angebliche Bestimmung des „common law“, die das Staatsgesetz hatte abschaffen wollen! Ein Fall, der nicht etwa deshalb angeführt wird, weil er der flagranteste ist, sondern weil die Gerichte, (gerade auch das nämliche New Yorker 1867) diese Interpretation späterhin verworfen haben.

An gleich flagranten und noch weit flagranteren Beispielen der Rechtsbeugung fehlt es übrigens auch in neuerer Zeit nicht.

1887 erließ der Bundeskongreß den „Interstate Commerce Act“. Das Gesetz sollte die dem zwischenstaatlichen Verkehr dienenden Eisenbahnen unter die Bundesaufsicht bringen und so Mißbrauch bei deren Verwaltung — vor allem im Refaktienwesen zugunsten bevorzugter Verloader, spez. der Trusts — verhindern. Das Gesetz erwähnt mit keinem Wort die Beziehungen zwischen den Bahnangestellten und den Bahnen; es ist auch nie behauptet worden, daß der Gesetzgeber dabei das Streikrecht der ersteren habe berühren wollen. Da legten im März 1893 die Lokomotivführer und Heizer der „Toledo, Ann, Arbor und North Michigan-Bahn“ die Arbeit nieder. Der Ausstand wurde von den „Brotherhood of Locomotive Engineers“ geleitet und natürlich wies diese Organisation ihre bei anderen Bahnen angestellten Mitglieder an, keine Wagen der „T. A. A. and N. M. Railway“ über die Bahnstrecken zu fördern, auf denen sie arbeiteten. Und nun entschied auf Klage der betroffenen Gesellschaft Richter TAFT — der spätere Präsident der Vereinigten Staaten — unter Berufung auf den „Interst. Comm. Act“: diese Weigerung sei gesetzwidrig und straffällig. Gründe: Das Gesetz normiere, daß keine Bahn einen Unterschied zwischen anderen Bahnen machen dürfe, die zwischenstaatliche Frachten über ihre Linien befördern. Folglich dürften das auch die Lokomotivführer nicht tun, weil das sonst dasselbe wäre, wie wenn ihre Bahn selbst eine differenzierte Behandlung übe. Und kein Argument logischer oder historischer Natur, kein Hinweis darauf, daß der Kongreß doch nur das Tarif- und Refaktienwesen im Interesse des Gesamtpublikums habe regeln wollen, verfieng bei TAFT. Er leugnete weder die Motive des Gesetzgebers noch den Zweck des Interst. Comm. Act., setzte sich aber über diesen und jene kraft seiner souveränen Auslegungsgewalt hinweg, die seither wiederholt Billigung und Nachahmung durch andere Richter gefunden hat.

Drei Jahre nach dem Interst. Comm. Act erließ der Kongreß zum Schutze der Mittelklassen und kleinen Betriebe den „Sherman-Act“, bekannt als „Anti-Trust-Gesetz (1890), das einen Schritt weiter ging als jenes erste. Es versuchte, das Anwachsen der Trusts und Kombinationen durch Strafandrohungen gegen jene zu hindern, die sich zur Einschränkung des zwischen-

staatlichen Handels oder Verkehrs (in restraint of interstate trade or commerce) vereinigen würden. Wie sollte man ahnen, daß es sich auch auf die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beziehe? Allein eine seiner ersten Anwendungsfälle war die Strafverfolgung von Ausständischen, weil sie den zwischenstaatlichen Verkehr hemmten — die Renaissance also jener New Yorker Doktrin von 1835, daß der Streik eine „Verschwörung zur Schädigung von Handel und Gewerbe“ darstelle!

Viele juristische Autoritäten — darunter auch der Attorney General und spätere Staatssekretär im Kabinett CLEVELANDS während dessen zweiter Präsidentschaft, RICHARD OLNEY — haben diese Auslegung als reinen und den Absichten des Gesetzgebers schnurstracks zuwiderlaufenden Gewaltstreik gebrandmarkt. Und sie wird als solcher noch auffälliger dadurch, daß von den Strafbestimmungen des Gesetzes anders als gegen streikende Arbeiter überhaupt kein Gebrauch gemacht worden ist. In den 22 Jahren ihres Bestehens ist nicht ein einziger Trustmagnat in den Kerker gewandert. Doch fällt nicht so sehr die Einkerkерung von Streikführern ins Gewicht, als die Wirkung der skizzierten Auslegung auf das Recht, Ausstände zu beschließen und durchzuführen. Ist ja hauptsächlich ihr der Zusammenbruch eines der wichtigsten Arbeitskämpfe, die je in der Union ausgefochten worden sind, des Streiks der „American Railway Union“ von 1894 zuzuschreiben.

Aber nicht nur neue Gesetze werden zur Verkümmерung des Streikrechtes „ausgelegt“. Zuweilen gräbt man auch ganz alte vermoderte aus, die zu einer Zeit erlassen wurden, da von moderner Arbeiterbewegung noch gar keine Rede war.

So bedroht ein Gesetz von 1872 jeden Fall der Behinderung oder Verzögerung der Post, ihrer Organe und Beförderungsmittel mit bis 100 Dollar Geldstrafe. 20 Jahre dauerte es, bis der Zusammenhang dieses Gesetzes mit dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit entdeckt wurde. Während des Pullmann-Streiks von 1894 aber machte irgend ein Eisenbahn-Kapitalist ausfindig, daß die Eisenbahnarbeiter sich der Gesetzesübertretung schuldig machten, wenn sie sich weigern würden, Züge in Bewegung zu setzen, denen ein Postwagen angehängt würde. Nun wurden allen Zügen, in denen sich ein Pullmann-Wagen befand,

Postwagen angehängt, das Anerbieten der Bediensteten aber, diese letzteren zu befördern, wenn der Pullmann-Wagen losgekuppelt würde, abgelehnt und die Gerichte angerufen, welche prompt zuungunsten der Arbeiter entschieden.

Schließlich sei, bevor wir das Thema des Rechts auf Ausstand verlassen, noch eines Mittels zur Unterdrückung der Arbeiter bei ihren Versuchen, ihre Lage zu verbessern, gedacht: der gerichtlichen „Prärogative“. Wir werden noch ausführlicher auf sie zurückzukommen haben. Hier sei nur auf jene Fälle hingewiesen, die das Recht zu streiken berühren. So wird auch am besten die Theorie klar werden, auf der sie beruhen.

Gegen Schuldner, die ihren Verpflichtungen nicht nachzukommen vermögen, kann unter gewissen Umständen vom Gericht Zwangsverwaltung verfügt werden; d. h. es wird ein Verwalter (Receiver) eingesetzt, der zum Vorteil der Gläubiger vom Vermögen des Schuldners Besitz ergreift und dasselbe unter Aufsicht des Gerichts verwaltet. Dieses Verfahren (Receivership) ist besonders gegen Eisenbahnen und sonstige große Korporationen üblich. Oft wird es auch in geheimem Einverständnis solcher Unternehmungen mit gewissen begünstigten oder mit Schein-Gläubigern angewendet, so wenn es die Abschüttlung der Ansprüche von nachfolgenden Hypothekargläubigern oder von Aktionärminoritäten gilt. Wird die Ernennung eines Verwalters beantragt, so vernimmt der Richter einzig die antragstellenden Gläubiger und die leitenden Beamten der Korporation, gegen die der Antrag sich richtet. Ihre Angestellten werden nicht gehört, weil man sie als uninteressiert voraussetzt. Offenbar kann sich aber auch während der Zwangsverwaltung ein Streik ereignen. Das kommt auch häufig vor. Aber schon frühzeitig mußten die Arbeiter wahrnehmen, daß ein derartiger Streik etwas ganz anderes ist, als der gegen sonstige Arbeitgeber. In letzterem Falle könnte er nur im ordentlichen Verfahren bestraft werden. Handelt es sich aber um einen Streik gegen einen Receiver, so erhoben die Gerichte den Anspruch auf Anwendung des gefürchteten Verfahrens wegen „Mißachtung des Gerichts“ (Contempt of Court) (s. unten S. 64 f.)

Während der ersten 20 Jahre nach dem Bürgerkriege sind — wenn man von zwei Nicht-Receivership-Fällen in New Jersey

1867 und in Nebraska 1876 absieht — nur wenige solcher durch Zwangsverwalter herbeigeführter Prozesse zu verzeichnen, in denen die Streiker im erwähnten summarischen Verfahren wegen „Verletzung der richterlichen Prärogativen“ verurteilt und bestraft wurden. Erstmals geschah dies 1877 anlässlich des großen Eisenbahnerstreiks; und wiederum aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks von 1885.

Hinzugefügt mag noch werden, daß diese Entscheidungen eine neuartige Anwendung des alten Kunstgriffs „verabredeter Zwangsverwaltungen“ ermöglicht hätten, wenn man nicht späterhin bessere Mittel zur Unterdrückung von Streiks mit Hilfe der Gerichte ausfindig gemacht hätte.

IV.

Bevor wir auf deren Darstellung eingehen, muß aber noch das Boykottierungsrecht und die neuere Entwicklung der altfränkischen Normen gegen „Verschwörungen“ geprüft werden, soweit sie die Streikpraxis, wenn nicht das Streikrecht selbst beeinflussen.

Wie der Streik und eng mit ihm verbunden, gewöhnlich eine Ergänzung desselben, ist auch der Boykott eine Waffe im Kampf der Arbeiter um Besserung der Arbeitsbedingungen. Er besteht im Versuch, auf den Arbeitgeber durch Entziehung der Kundschaft der Arbeiter und der mit ihnen Sympathisierenden einen Druck auszuüben, damit er seinen Angestellten Konzessionen gewähre, die sie durch den Streik allein nicht erzwingen könnten. Darum folgt er gewöhnlich auf einen fehlgeschlagenen Streik. Mitunter aber geht er auch einem Streik voraus oder bildet vielmehr einen Teil desselben. So bei den Sympathie-Streiks, wenn der Boykott nicht darin besteht, dem Arbeitgeber, bei dem gestreikt wird, die Kundschaft zu entziehen, sondern versucht wird, unter Androhung der Arbeitseinstellung andere Arbeitgeber zu zwingen, die Verwendung seiner Produkte in ihren Betrieben zu unterlassen. Demgemäß sind denn auch unsere Streik- und Boykottnormen innig verknüpft. Die Gerichte pflegen zwischen Sympathiestreik und Boykott nicht zu unterscheiden, und ihre Repressivmaßnahmen sind in beiden Fällen die gleichen.

Das Gesetz über „Verschwörungen“ wird gegen Arbeiter

außer in Streik- und Boykottfällen auch angewendet, wenn es sich um „Verschwörungen“ zur Begehung eines Verbrechens handelt: eine Doktrin die verderblich namentlich dann wirkt, wenn ein Streik von — wirklichen oder durch die Arbeitgeber eingefädelten — Gewalttätigkeiten begleitet ist. Gerade jetzt sind wir Zeugen ausgedehnter Anwendung dieser Doktrin in einem der größten Dramen, die sich je auf der — an solchen wahrlich nicht armen — Bühne der Arbeiterbewegung unseres Landes abgepielt haben. (S. unten S. 62 f.).

Was nun zunächst die richterlichen Entscheidungen über das Recht zu Boykotten anlangt, so scheint dieses Kampfmittel in der ersten Periode der amerikanischen Arbeiterbewegung im industriellen Kriege ganz unbekannt gewesen zu sein. Nach dem Bürgerkriege jedoch gewinnt es stetig an Ausdehnung und Wichtigkeit. Wann es erstmals zur Anwendung kam, ist schwer festzustellen. Aktenmäßig tritt es uns erst in den zwei New Yorker Boykottprozessen von 1886 entgegen.

In deren einem wurden 5 Gewerkschaftsbeamte der „Erpressung“ angeklagt, weil sie gegen einen Konzerthallen-Besitzer, der sich weigerte, die Mitglieder eines gewissen Musikerverbandes zu beschäftigen, einen Boykott organisiert und versucht hätten, denselben so lange durchzuführen, bis der Boykottierte nicht nur die Forderungen der Arbeiter bewillige, sondern auch außerdem an die Gewerkschaft als Ersatz der Boykottkosten 1000 Doll. bezahle. Das Gericht erklärte nun dieses Vorgehen als gesetzwidrige Verschwörung und daher auch die vom Boykottierten ausbezahlte Summe als „Erpressung“. Die Angeklagten wurden somit zu Zuchthausstrafe in der Dauer von 1 Jahr und 6 Monaten bis zu 3 Jahren und 8 Monaten verurteilt. — Im zweiten Falle handelte es sich um einen einfachen, von einer Bäcker-Union gegen den Besitzer einer kleinen Bäckerei geführten Boykott. Angeklagt waren deshalb 16 Mitglieder der Union. 6 derselben wurden schuldig befunden und wegen „Verschwörung“ zu Gefängnisstrafen von 10—30 Tagen verurteilt.

Seit jener Zeit hat diese Frage ebenso oft, wenn nicht noch öfter als die Streikfrage die Gerichte beschäftigt. Diese erklären sich nicht gerne offen gegen das Recht zu streiken, sind aber durchaus nicht zimperlich, wenn es sich um Boykott handelt.

Darum ziehen sie es vor, möglichst alle Arbeiterstreitigkeiten und namentlich den Sympathiestreik als Boykottfälle zu behandeln, um den Schein zu vermeiden, als ob sie das Streikrecht verkürzten.

Eine Prüfung der Gerichtsentscheidungen seit 1886, die auf den Normen gegen Boykott beruhen, zeigt viele Analogien mit jenen über das Streikproblem, sowie eine gewisse Parallele in der Entwicklung der Judikatur über dieses und jenen.

Auch in betreff des Boykotts ist die gleiche Unbestimmtheit zu konstatieren, von der bereits beim Streik gesprochen wurde. Nur daß sie im Licht der jüngsten Entscheidungen sich recht sonderbar ausnimmt. Es ist nämlich sehr fraglich, ob es überhaupt einen einigermaßen wichtigen Fall rechtlich zulässigen Boykotts geben kann.

Die Unsicherheit hierüber ist mehr theoretischer als praktischer Natur. Die theoretische entsteht dadurch, daß die Gerichte in der Gegenwart selten soviel Freimut zeigen, wie die Gerichte in älteren Verschwörungsfällen. Sehr selten werden deshalb jetzt Theorien proklamiert, durch die die Arbeiterschaft ihrer Rechte beraubt wird. Man zieht es vor, diese Rechte abstrakt anzuerkennen, in der Praxis aber zu eskamotieren, indem man sie an gewisse Bedingungen knüpft, so daß ihre Ausübung entweder von der Laune der Richter oder von Geschworenen, die der Unternehmerklasse und deren Anhängseln entstammen, abhängig wird. Man kann also heutzutage nicht sagen, daß die Befugnis zum Boykott maßgebende und unzweideutige Verneinung gefunden habe. Im Gegenteil, nach dem Wortlaut vieler Entscheidungen möchte man annehmen, daß sie unter gewissen Einschränkungen zu Recht bestehe. Prüft man aber die Gesamtheit der einschlägigen Urteile, in denen diese Einschränkungen enthalten sind, so zeigt sich, daß praktisch das Recht zum Boykott nicht existiert; mit Ausnahme vielleicht einiger lokaler Fälle, in denen indeß Einschränkungen es völlig wertlos machen.

Nicht minder ist es „ungewiß“, ob der Rechtszustand immer so gewesen sei. Sicher ist, daß die einschlägigen Normen eine gewisse Entwicklung durchgemacht haben, sowie daß die jetzt zur Anwendung gelangenden sich mindestens der Form nach wesentlich von den früher angewendeten unterscheiden. Allein

diese wie jene sind, soweit sie nicht ausdrücklich die Boykottpraxis verbieten, so schlau konstruiert, daß sie zwar wie erwähnt theoretisch das Recht zu boykottieren zugestehen, seine Ausübung jedoch unmöglich machen.

In den zwei besprochenen Fällen aus dem Jahre 1886 folgt die Entscheidung genau den Rechtsnormen über den Streik, wie sie damals allgemein verstanden wurden. Wie der Streik, war darnach auch der Boykott zulässig — aber nur mit friedlichen Mitteln. Ein rechtlich gestalteter Boykott ward sofort zur „kriminellen Verschwörung“ durch Anwendung von Gewalt, Drohung oder Einschüchterung. Der Begriff der „Drohung“, und „Einschüchterung“ wurde jedoch in zahlreichen Einzelstaats- und bundesgerichtlichen Entscheidungen so elastisch gefaßt, daß er jede feste Bedeutung verlor. Man hatte es eben bei der Differenzierung von „friedlichem“ und „gewaltsamem“ Boykott einfach mit einem Stück richterlicher Heuchelei zu tun. Viele, namentlich die konservativen Gerichte in Neuengland ließen keinen Zweifel darüber, daß es ihrer Meinung nach überhaupt keinen gesetzmäßigen Boykott geben könne. Und schließlich hatte ein Bundesrichter den schlaun Einfeld: die Praxis der Gerichte, jeden Boykott als strafbar zu behandeln, damit zu rechtfertigen, daß eben schon das Wort „Boykott“ an sich eine Drohung und damit eine widerrechtliche „Verschwörung“ darstelle! 1886 hatte das New Yorker Gericht erklärt:

„Es verstößt gegen das Strafgesetz, wenn eine Anzahl von Männern sich verbinden, um durch die Macht ihrer Verbindung das Geschäft eines anderen dadurch zu schädigen, daß sie vor seiner Türe auf- und abparadieren, Plakate mit dem Wort „Boykott“ zur Schau tragen, Passanten die Patronisierung des Etablissements widerraten, gedruckte Zirkulare verteilen, in denen der sog. Boykott gerechtfertigt wird, und andere Mittel anwenden, um das Publikum zu veranlassen, sich von dem angeblichen Übeltäter fern zu halten, vorausgesetzt, daß diese tätigen Personen Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung anwenden.“

1896 aber — nach einer 10jährigen Entwicklung — heißt es in der erwähnten bundesgerichtlichen Entscheidung:

„Das Wort ‚Boykott‘ hat in unserem Wortschatz und in der juristischen Literatur eine gewisse Bedeutung erlangt. Die Resolution der angeklagten Verbindung besagt, daß wenn der Kläger nicht vom 15. I. 1896 an den Gebrauch besagter Maschinen einstellte, die Coopers Union Nr. 16 einen Boykott veranlassen werde gegen alle Pakete, welche mittelst

besagter Maschinen mit Reifen versehen wurden. Die Resolution besagt nicht ausdrücklich, was für Aktion dann beginnen werde. Sie sagt nicht, die Angeklagten würden die Pakete oder die in denselben verpackten Waren nicht kaufen. Sie sagt bloß, ein ‚Boykott‘ werde erfolgen. Dieses Wort bedeutet eine Ächtung aller so fabrizierten Artikel und der in denselben verpackten Waren, erklärt und durchgeführt mittelst der Macht dieser Verbindung, soweit sie reicht. Es darf wohl im Hinblick sowohl auf die Resolution wie auf andere Zeugnisse angenommen werden, daß die Angeklagten entschlossen waren, alle Mittel, außer direkter Gewalt, anzuwenden, um diese Ächtung wirksam zu machen. Dies war in der Vergangenheit die Geschichte aller derartigen Vorgänge und dies ist die Bedeutung, die dem Worte ‚Boykott‘ beizumessen ist. Es ist dies ein Wort geworden, das an sich eine Drohung und Gefahr (threat and menace) einschließt und dies ist auch offenbar mit dieser Resolution beabsichtigt gewesen.“

Seither ist die Entwicklung nicht stillgestanden. Sie ist allerdings keine uniforme.

Die richterlichen Urteile in Boykottfällen und die Urteilsgründe kollidieren miteinander. Das rührt daher, daß die Richter sich ängstlich bemühen, ihre eigenen Handlungen zu rechtfertigen, daher kaum allgemeine Regeln feststellen, sondern solche sogar oft in recht auffallender Weise vermeiden. Trotzdem sind gewisse Tendenzen bemerkbar. Sie lassen sich folgendermaßen zusammenstellen:

1. Man vermeidet die allgemeine Verdammung aller Boykotte, sondern unterscheidet vielmehr neuerdings zwischen friedlichen und solchen, die von Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung begleitet sind;

2. man entwickelt — analog der Differenzierung von „Sympathie-“ und „durch eigenen Beschwerden hervorgerufenen“ Streiks — einen neuen Unterschied zwischen „primärem“ und „sekundärem“ Boykott. Jener ist gegen den Arbeitgeber gerichtet, mit dem der Streit entstand, und ist nur dann gesetzwidrig, wenn von Drohung oder Einschüchterung begleitet; der „sekundäre“ dagegen, d. h. der Boykott gegen jemand, der die Erzeugnisse der ursprünglich im Streit Verfangenen verwendet, ist unter allen Umständen ungesetzlich. Eine Drohung gegen den „primär“ Boykotteten, des Inhaltes: es würden seine Waren „sekundär“ boykottiert werden, stellt eine hinreichende Drohung dar, um auch den „primären“ Boykott zu einem rechtswidrigen zu machen;

3. Man subsumiert den Boykott unter das Anti-Trustgesetz. Da nun aber die Wesensmerkmale der Vergehen gegen dasselbe nicht in Gewalt, Drohung oder Einschüchterung, sondern in friedlichem Übereinkommen bestehen, so wird durch diese Subsumierung mittels richterlichen Anspruches schlechthin auch jeder friedliche Boykott unmöglich.

Die meisten Staaten haben eigene Anti-Trustgesetze. Allein schon das Bundesgesetz genügt völlig, um die meisten Boykottfälle als rechtswidrig zu behandeln. Die Anwendung dieses Gesetzes im Verein mit der oben sub. 2 skizzierten Rechtsanschauung läßt keinen Raum für den Boykott als Waffe im industriellen Kampfe. Jene von lokalen Gewerkschaftsorganisationen gegen einzelne kleine Arbeitgeber gerichteten und (wie noch 1886 in New York) primitiv in Form von Straßenumzügen mit Plakaten durchgeführten Boykotte gehören nunmehr der Vergangenheit an. Dies gilt sogar vom ordentlichen Boykott, der offenbar nur bei Artikeln allgemeinen Gebrauchs anwendbar ist, wo die Kundenschaftsentziehung der organisierten Arbeiter und ihrer Freunde etwas zu bedeuten hat. Eine Prüfung der beiden berühmten Boykottprozesse, die von uns noch näher (s. unten S. 65 f.) besprochen werden sollen, zeigt klar, daß heutzutage, wo Artikel allgemeinen Gebrauchs im weitesten Sinne in großen Betrieben — für den Markt des ganzen Landes, wenn nicht der Welt — hergestellt werden, kein Boykott anders wirksam durchführbar ist, denn als „sekundärer“ und wenn er den zwischenstaatlichen Verkehr in seinen Bereich zieht. So sehen es auch neuerdings die von den maßgebendsten Gerichten erflossenen Entscheidungen an. Einige noch anzuführende Fälle (s. unten S. 69 f.) werden die Tragweite dieser Entscheidungen klar machen. Hier sei nur vor allem flüchtig nachgewiesen, wie ganz unberechtigt die Anwendung des Anti-Trustgesetzes zur Unterdrückung des Boykotts ist.

Wir kennen bereits den Tadel des Bundes-General-Anwalts OLNEY gegen die Gerichte, weil sie das SHERMANsche Anti-Trust-Gesetz in Verzerrung seines Zweckes gegen Streiker anwenden. Hier sei nun auch der Ausspruch eines Bundesrichters über die berühmte Verhandlung gegen die Hutmacher zitiert, in der erstmals — 16 Jahre nach seiner Promulgierung! — das

SHERMAN-Gesetz auf einen Boykott angewendet wurde. Dieser für die Gegenwart verblüffend offenerherzige Ausspruch lautet:

„Die Beweisführung des Klägers geht dahin, die Beklagten hätten eine Verbindung gebildet in der Absicht, die heimische Produktion (durch einen Streik) und den Vertrieb des Produkte nach auswärts (durch Boykott) zu hemmen und so des Klägers Handel zwischen zwei verschiedenen Punkten zu begrenzen und einzuschränken, nämlich im zwischenstaatlichen Verkehre; sowie daß eine solche Hemmung das direkte, positive und unvermeidliche Resultat ihres allgemeinen Planes sei. Nun ist aber die Fabrikation von Hüten, bevor diese die Fabrik in Danbury verlassen, kein zwischenstaatlicher Verkehr und ebensowenig die Hüte selbst bis zu diesem Zeitpunkte Gegenstand des zwischenstaatlichen Handels. Ihr Vertrieb aus den Händen der Kundschaft in anderen Staaten an die schließlichen Konsumenten ist auch kein zwischenstaatlicher Handel und ebensowenig die Hüte selbst während solchen Vertriebes Gegenstände desselben. Die wirkliche Frage ist: ob eine Verbindung, welche es unternimmt, sich gleichzeitig in beide Aktionen einzumischen, als eine solche anzusehen ist, welche direkt den Transport der Hüte von der Fabrikations- nach der Verkaufsstätte beeinträchtigt. Es tritt nicht zutage, daß das Obergericht bisher die Auslegung des Sherman-Gesetzes so erweitert hat, daß es auf einen Tatbestand paßt, wie ihn der Kläger darlegt. Was das Gericht tun mag, wenn diese Sache ihm vorliegt, ist m. E. sehr ungewiss.“

Um ein vollständiges Bild von dem Wesen des Rechtszustandes in betreff der Gewerkschaften, Streiks und Boykotts zu gewinnen, müssen wir nun noch gewisse moderne „Ausdehnungen“ und „Erweiterungen“ des „Verschwörungs“-Gesetzes ins Auge fassen.

In den Händen unserer Richter hat das Wort „Verschwörung“ auf Arbeiterprobleme angewendet, eine wunderbare Potenz. Gestützt auf das common law haben dieselben es schon frühzeitig als gültig erklärt und verharren seither dabei, daß eine gewisse Handlung an sich völlig gesetzmäßig sein kann, daß sie aber als „Verschwörung“ strafbar wird, wenn ihre Ausführung von Mehreren vereinbart wird. Man kann daher die Illegalität von Streiks und Boykotts um so leichter aussprechen, wenn man sie unter den Verschwörungsparagrafen bringt. Diese Methode erweist sich auch noch nach anderer Richtung hin wunderbar erfolgreich. Hierfür mag eine Illustration genügen.

Wir erinnern uns des Gesetzes von 1872 über den Post-Schutz und die unter Berufung auf dasselbe erflossenen Urteile

(s. oben S. 51). Jene ausdehnende Gesetzesauslegung hätte indeß keine besondere Bedeutung gehabt, da nur Höchststrafen von 100 Doll. im Gesetz vorgesehen sind. Hier aber zeigte sich wieder einmal die Zaubergewalt des Wortes „Verschwörung“. Die Streikführer wurden nicht wegen Verhinderung des Postverkehrs angeklagt, sondern wegen Verschwörung zur Herbeiführung einer solchen, und nun konnte man ihnen — wegen Anstiftung zu einer mit einer Geldstrafe bedrohten Tat — 18 monatliches Gefängnis zudiktieren!

Indes ist das „Verschwörungs“-Gesetz während des Jahrhunderts seiner geschilderten Anwendung nicht stationär geblieben, sondern hat eine zweifache Entwicklung durchgemacht, die sich als Duell zwischen Gesetz und Judikatur darstellt. Einerseits waren die gesetzgebenden Körper unter dem Drucke der aufstrebenden Arbeiterklasse und der öffentlichen Meinung bemüht, die Potenz des Wortes „Verschwörung“ durch Einengung seines in der Rechtsprechung ausgebildeten allumfassenden Inhaltes zu begrenzen; anderseits aber dehnten die Gerichte fortwährend seine Bedeutung nach neuen Richtungen aus. Das Ergebnis dieses Hin- und Herzerrens ist, daß die Anklage wegen „Verschwörung“ heute keine minder furchtbare Waffe zur Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als je früher.

Nur exemplifiziert wird das oben berührte Streben der Judikatur durch folgenden, in Jowa sich abspielenden Fall. In einem Prozesse gegen einen des Mordes angeklagten organisierten Bergmann handelt es sich um eine Schießaffäre, in der streikende Bergleute versucht hatten, Streikbrecher zu vertreiben. Das höchste Gericht von Jowa interpretierte nun das Gesetz im Hinblick auf eine Anklage wegen Mord als Resultat einer „Verschwörung“ folgendermaßen:

„Im Fall einer Verschwörung zur Durchführung eines gesetzwidrigen Vorhabens (wie gewaltsames Vertreiben neu angestellter Arbeiter durch die streikenden alten Bergleute) und wenn die anzuwendenden Mittel nicht vereinbart oder bekannt sind, haftet jeder der Verschwörer für alle von den Mitverschworenen zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes gebrauchten Mittel; wurde demnach ein Todschatz begangen, so ist Jeder dafür so verantwortlich, als ob er selbst ihn begangen hätte. — Obgleich nun ein direkter Beweis dafür mangelt, daß eine Verschwörung zur Begehung des fraglichen Verbrechens bestand, kann sie doch aus den bezeugten Tatsachen gefolgert

werden; das Gericht darf daher die Jury dahin instruieren, daß eine Verschwörung existierte. — Entsteht eine Verschwörung einfach durch übereinstimmende Handlungen ohne jede vorherige Vereinbarung über ihre Ausdehnung oder ihren Zweck, so hört die Verantwortlichkeit des einzelnen Teilnehmers auf, wenn er das gemeinsame Vorhaben aufgibt, sich vom Zusammenhandeln mit den anderen fernhält, alle Hilfe, Billigung und Ermutigung des Unternehmens versagt. Bis dahin aber jedoch dauert seine Verantwortlichkeit fort für alle zur Erreichung des gemeinsamen Vorhabens unternommenen Handlungen. Jedoch ist der Umstand, daß er sich bloß vom Schauplatze des Verbrechens zurückzieht, nicht als Vorenthaltung seiner Hilfe und Ermutigung anzusehen, und er kann so der Verantwortlichkeit für ein begangenes Verbrechen nicht entinnen; denn sein Rat und seine Ermutigung, einmal gegeben, müssen als fortwirkend betrachtet werden, bis er durch Taten oder Worte zeigt, daß er das beabsichtigte Verbrechen mißbilligt oder demselben opponiert.“

Der die Verhandlung leitende Richter belehrte denn auch die Jury dahin: daß der Angeklagte — der zugestandenermaßen nicht selbst geschossen hatte — des Mordes schuldig sei, selbst wenn er bei der Schießerei nicht zugegen war und nicht wußte, daß eine solche stattfinden werde, oder eine solche irgendwie billigte, vorausgesetzt, daß er die Vertreibung der Streikbrecher angeraten habe. Und das Appellgericht hieß diese Rechtsbelehrung gut.

Die volle Tragweite dieser Entscheidung erhellt bei folgender Erwägung: Unsere Gerichte haben es wiederholt als Fall gesetzwidriger „Einschüchterung“, also als „Verschwörung“ erklärt, wenn Streiker Streikbrechern auf offener Straße „Scabs“ (Lump) zurufen, oder wenn sie sich in großer Zahl vor dem Arbeitsplatz, der Wohnung oder dem Kosthause der Streikbrecher ansammeln. Käme es in einem derartigen Falle zu einer Schießerei und würde dabei ein Streikbrecher getötet, so würde jeder aus der „einschüchternden“ Masse und jeder, der ihre Ansammlung angeraten hatte, sich des Mordes schuldig machen, selbst wenn das Schießen von den Streikbrechern provoziert worden wäre und niemand bei der Ansammlung eine Schießerei beabsichtigt, oder an eine solche auch nur gedacht hätte. Noch mehr! Da nach dieser Entscheidung zur „Verschwörung“ kein tatsächliches Einvernehmen notwendig ist, so kann ein zielloses Ansammeln von Streikern vor der Streik-Werkstätte oder ander-

wärts sonst und ein provozierter Zusammenstoß, in dem ein Streikbrecher getötet oder verletzt wird, ausreichen, um jeden aus der Menge ins Gefängnis oder an den Galgen zu bringen.

Allein, all das verschwindet, verglichen mit dem „Verschwörungs“-Drama, das jetzt gerade vor den Gerichten von Massachusetts als Resultat des großen Streikes der Textil-Arbeiter in Lawrence vom Winter 1911/12 sich abspielt, und in dem zwei Führer dieses Streiks, JOSEPH ETTOR und ARTURO GIOVANNITI unter Mordanklage stehen. Es handelt sich dabei um die merkwürdigste Anschuldigung, die je vor einem Gericht der zivilisierten Welt erhoben worden ist.

Nach den Darlegungen des Staatsanwaltes ATTWILL¹⁾ organisierten die Ausständigen eines Tages einen Umzug durch die Straßen von Lawrence. In einer gewissen Straße wollte die Polizei den Weitermarsch nicht erlauben. Nun kam es zu einer Ausschreitung, bei der ein Weib, ANNA LA PIZZA, erschossen wurde. Sie gehörte selbst zu den Streikern und hatte entweder selbst am Umzug teilgenommen oder demselben zugeschaut. Die Anklage behauptet, der Schuß sei von einem gewissen CARUSO abgegeben worden und auf einen Polizisten gemünzt gewesen. Sie gibt aber zu: daß weder ETTOR noch GIOVANNITI sich in der Nähe des Ortes befanden, wo die Ausschreitung stattfand; ebenso: daß die beiden nicht konspiriert hätten, um irgend etwas gegen die Getötete zu unternehmen. Nach der Anklage ist das aber gleichgültig. Die Angeklagten seien trotzdem des Mordes schuldig. Gründe: ETTOR und GIOVANNITI waren in eine „Verschwörung“ zur Herbeiführung eines „Aufruhrs“, also einer Widergesetzlichkeit und sind darum für Alles, was irgend einer der „Aufrührer“ tat, verantwortlich; daher auch für den Tod der Erschossenen. Dieser mag immerhin in keiner Art bezweckt gewesen sein! Allein, der Aufruhr war gegen die Polizei gerichtet und CARUSO schoß, um einen Polizisten zu treffen; er tötete also die LA PIZZA, als er im Begriffe war, den „Zweck“ der „Verschwörung“ zu erreichen. So die Anklage!

Betrachten wir nun diese „Verschwörung“ etwas näher. Es

1) Ich verdanke die Abschrift derselben der Freundlichkeit des ersten Verteidigers im Prozesse GEORGE W. ROEWER.

ist weder bewiesen, daß ETTOR, GIOVANNITTI oder sonst jemand einen „Aufruhr“ erregen wollte, noch daß die Angeklagten den Umzug organisiert haben oder daß sie während des Streikes jemals Gewalttätigkeiten angeraten haben. Es steht vielmehr fest, daß sie vor solchen gewarnt haben. Die Anklage ist aber der Anschauung: es bedürfe keines direkten Beweises der „Verschwörung“, diese könne aus den festgestellten Tatsachen „gefolgert“ werden. Der zugrunde liegende Denkprozeß sieht also so aus: ETTOR wohnt in New York; zwei Wochen vor dem „Aufruhr“ kam er nach Lawrence, um den Streik zu leiten: er muß demnach ein schlechter Mensch sein, einer Ungesetzlichkeit wohl fähig. Während er sich in Lawrence aufhält, kommt es zu Straßenunruhen: die muß er veranlaßt haben. ETTOR und GIOVANNITTI sind die Leiter des Streikes: sie müssen also den Umzug organisiert und beabsichtigt haben, daß er in einem „Aufruhr“ ende. Haben sie die Streiker vor Gewalttaten gewarnt, so war das nur ein schlau ausgeheckter Plan, um die gegenteilige Wirkung zu erzielen. Es ist bekannt, daß sie bei der Warnung ihre Anhänger auch darauf aufmerksam machten, daß die von den Fabrikbesitzern aufgestellten Schutzwächter bewaffnet seien. Wozu das, wenn nicht um zu Gewalttätigkeiten aufzureizen? Quod erat demonstrandum.

Der erste Richter, der etwa die Funktionen eines deutschen Untersuchungsrichters hat, stimmte mit der Anklage überein und hielt ETTOR und GIOVANNITTI wegen Mord fest. Die Großgeschworenen billigten das. Seither befinden sich die beiden in Haft.

Allein es handelt sich hierbei nicht bloß um Leben und Tod von zwei Menschen! Ist das angeführte Räsonnement gesetzlich zutreffend, so kann jeder — auch der gesetzestreueste, friedliebendste und zaghafteste — Streikleiter jederzeit mit Hilfe von Agents provocateurs an den Galgen gebracht werden. Dadurch werden solche Anklagen im Vergleich mit dem bisherigen Rechtszustand unendlich erleichtert. Und man glaube ja nicht, daß unsere Unternehmerklasse vor solchen Schritten zurückschreckt! Gerade der Ausstand in Lawrence hat das Gegenteil erwiesen. Denn es ist gerichtlich festgestellt worden, daß einige der bedeutendsten dortigen Arbeitgeber eine — wirkliche und sehr

greifbare — Verschwörung zur Hinterlegung von Dynamit an Stellen, wo es von der Polizei entdeckt werden sollte, eingefädelt haben, um Material gegen die Ausständischen zu gewinnen.

Freilich hat diese „Ausdehnung“ des „Verschwörungs“-Gesetzes bisher noch keine Billigung durch irgend eine höhere Instanz gefunden. Ist es aber nicht genug, daß überhaupt ein Gericht sie sich angeeignet hat, und rechtfertigt dies nicht die schlimmsten Befürchtungen für die Zukunft?

V.

Die vorstehenden Ausführungen lehren, wie brüchig — Dank der Judikatur — die beiden Hauptwaffen der Arbeiterklasse, der Streik und Boykott, geworden sind. Diese Entwicklung der Rechtsprechung bildet indeß nur das Fundament, auf dem schließlich die Gerichte jene Unterdrückungsmaschine aufgebaut haben, welche dazu bestimmt ist, die Arbeiterklasse dieser kostbaren Angriffs- und Verteidigungsmittel gänzlich zu berauben: den „Einhaltsbefehl“ (Injunction) und das Verfahren wegen „Mißachtung des Gerichts“ (Contempt of Court).

Ohne diese beiden Neuerungen ließe sich die kriminelle Behandlung sogar friedlicher (wenn auch „Sympathie-)Streiks oder friedlicher (wenn schon „sekundärer“) Boykotts kaum durchführen. Selbst amerikanische Jurys sind schwer dahin zu bringen, wegen solcher zu Beginn des 20. Jahrhunderts Leute ins Gefängnis zu schicken. Ist aber gar die öffentliche Meinung über schlechte Behandlung von Arbeitern — namentlich im Dienste von Bahnen, Trusts oder sonstigen großen Korporationen — aufgepeitscht, so würden die Jurys zuweilen wohl auch kleine Gewalttätigkeiten übersehen. Ebendeshalb erschien die gewöhnliche Prozeßmaschinerie als Damm gegen das Anwachsen der Streik- und Boykottbewegung unzureichend. Es mußte ein Weg gefunden werden, um an dem ordentlichen Kriminalverfahren mit seinen Geschworenen und den gesetzlichen Schutzwehren der Verteidigung vorbeizukommen. Das Mittel hierzu aber bietet gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Einhaltsbefehl.

Er besteht in dem Befehl eines Richters, gewisse Dinge nicht zu tun. Theoretisch betrachtet, kann der Richter so nur verbieten, was gesetzlich unzulässig ist. Das sollte nun natürlich

auch für Streik und Boykott gelten. Man sollte daher meinen, daß die Arbeitgeber von einem solchen Verbotsbefehl an die Arbeiter wenig zu erwarten hätten. Trotzdem werden die Richter von den Anwälten der Arbeitgeber in Streikfällen um solche Befehle geradezu bestürmt. Die Erklärung hierfür liegt aber in folgendem: Der Hauptvorteil eines Einhaltsbefehl liegt darin, daß er den Prozeß vor Geschworenen unnötig macht. In den Bundesgerichten müssen sämtliche Kriminalfälle, in den Staatsgerichten wenigstens diejenigen ernsterer Natur vor Geschworenen verhandelt werden. Liegt jedoch ein Einhaltsbefehl vor, so steht dem Richter die „Prärogative“ zu, alle seinem Befehl Zuwiderhandelnden auch ohne Einmischung einer Jury und praktisch auch ohne ordentliche Verhandlung zu bestrafen: im summarischen Verfahren wegen „Mißachtung des Gerichtes“. Dieses besagt nicht etwa, daß gegen das Gesetz, sondern nur daß gegen den Richter persönlich gesündigt wurde. Darum ist auch dieser Richter der einzige, der zu befinden hat, ob er beleidigt worden ist. Bejahendenfalls kann er die Strafe frei bemessen. Handelt es sich um zuwiderhandelnde Arbeiter, so huldigen die Richter gewöhnlich der Meinung, ihre verletzte Würde erheische die Verhängung einer schweren Freiheitsstrafe.

Nach der Auffassung der Gerichte können durch Einhaltsbefehle auch ganz gesetzmäßige Handlungen verboten werden. Dies wird entweder damit begründet, daß das Verbot gesetzlich erlaubter Handlungen zur Verhütung ungesetzlicher notwendig sei, oder daß jene den Teil einer „Verschwörung“ zur Begehung ungesetzlicher Akte bilden. Man sieht: hier kommt das ganze Netzwerk unserer „Verschwörung“-Theorie ins Spiel. Und in welcher überraschender Weise die Kombination von Einhaltsbefehl und Verschwörungstheorie zu wirken vermag, lehrt in sehr interessanter Weise der „BUCKS STOVE-Fall“.

Nach von unseren Gerichten angenommenen Regeln gilt, wie wir wissen der direkte oder primäre Boykott als rechtlich gestattet. Nun geriet eine der „Amer. Feder. of Lab.“ angeschlossene Gewerkschaft in Konflikt mit der BUCKS STOVE and RANGE COMPANY, die Küchenöfen und Kochherde fabriziert. Diese Waren wurden boykottiert und später die Am. Feder. of Lab. veranlaßt, diesen Boykott auch ihrerseits auszusprechen.

All das war durchaus nicht gesetzwidrig, da die Gewerkschaft zugestandenermaßen befugt ist, ihre Mitglieder und sonstige Gewerkschafter sowie mit ihnen Sympathisierende zu ersuchen, keine Öfen und Kochherde der genannten Firma zu kaufen. — An irgend einem Orte der Vereinigten Staaten begab sich daraufhin eine Gruppe enthusiastischer Gewerkschafter zu einem dortigen Händler und bedrohten ihn — wenigstens wird dies behauptet — mit dem Boykott, wenn er nicht aufhöre, die BUCK and Stove-Öfen zu führen. Dieser Schritt war der gerichtlichen Praxis gemäß widergesetzlich. Die BUCKS-Firma wendete sich daher an einen Richter in Washington, der nun flugs nach den Regeln über „gesetzwidrige Einmischung“ (interferring) den ganzen Boykott als „Verschwörung zur Begehung einer widergesetzlichen Handlung“, nämlich eines sekundären Boykotts erklärte und einen umfassenden Einhaltsbefehl erließ, in dem der Am. Fed. of Lab. und allen ihr affilierten Verbänden sowie all ihren Freunden und mit ihnen Sympathisierenden im ganzen Land verbot, die Firma BUCKS irgendwie, auch nicht primär, zu boykottieren.

Nicht genug an dem beanspruchen jedoch, wie wir wissen, unsere Gerichte auf Grund eines eigentümlichen Rasonnements die merkwürdige „Prärogative“, auch zugestandenermaßen unberechtigte Einhaltsbefehle zu erlassen und Ungehorsam gegen sie zu bestrafen. Gegen einen solchen Einhaltsbefehl kann allerdings Berufung erhoben werden. Sie ist aber nicht suspensiv; solange die Sache bei der höheren Instanz anhängig ist, muß der Befehl befolgt werden; und jede Zuwiderhandlung ist selbst dann strafbar, wenn später der Berufung stattgegeben wird. Diese Wirkung des Einhaltsbefehls ist besonders verhängnisvoll, wenn ein solcher in Streikfällen ergeht und sodann selbst einen höchst friedlichen und durchaus ordnungsmäßigen Ausstand paralyisiert — wenngleich er nachträglich von der höheren Instanz aufgehoben wird. Denn das Berufungsverfahren ist höchst langwierig, ja oft praktisch geradezu unmöglich. Bevor es zu Ende ist, hat der Einhaltsbefehl längst seine Wirkung getan und ist der Streik längst niedergebrochen. Und da in unserem System richterlicher Rechtsschöpfung auch ein gewissenloser Richter nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, so hat

es ein solcher in der Hand, sich über Gesetz, Gewohnheitsrecht und Gerichtsgebrauch hinwegzusetzen.

Auf weitere Reflexwirkungen dieser Rechtsmaschinerie kann ich hier nicht eingehen. Erwähnt sei nur noch eines. Nach den jüngsten Entscheidungen unserer Gerichte steht der Einhaltsbefehl sogar über der Verfassung, und der Richter hat es demnach in seiner Gewalt, auf diesem Wege verfassungsmäßige Bestimmungen abzuschaffen und Bürger ihrer fundamentalsten Rechte zu berauben. Dies lehrt unzweideutig der vielbesprochene GOMPERS-Fall, der gegenwärtig die Gerichte beschäftigt.

Hier mögen auch noch einige Worte zur Geschichte des Verfahrens wegen „Contempt of Court“ als Waffe im industriellen Kampf Platz finden.

Gleich den meisten Mitteln zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, die unsere Judikatur geschmiedet hat, repräsentiert der Einhaltsbefehl die „Ausdehnung“ einer alten Regel des common law. Die Frage: ob die Gerichte überhaupt befugt sind, in Arbeiterkämpfen diese Waffe anzuwenden, bleibe hier außer Spiel. Es genüge die Feststellung, daß der Einhaltsbefehl in diesem Sinne nicht vor 1888 gebraucht wurde. Als dies zu Beginn der 90er häufiger geschah, erhob sich ein allgemeiner Proteststurm, auch von der Mittelklasse her. Das Problem des „Einhaltsbefehls-Regiments“ wurde zum politischen Problem ersten Ranges. Sogar unter den Konservativen fand dieser Protest Widerhall, die an sich die Berechtigung der Gerichte zur Erlassung von Einhaltsbefehlen durchaus nicht in Frage stellten. Ein von uns bereits zitierter geachteter Rechtsgelehrter äußerte sich 1897 über die zunehmende Einmischung der Gerichte in die Arbeiterkämpfe mittelst Einhaltsbefehlen in folgender, gerade wegen der Mäßigung in der Form, bedeutungsvollen Weise:

„Die Gerichte in Amerika, namentlich die Bundesgerichte, zeigen die Neigung, ihre Macht über die bisher anerkannten Grenzen hinaus auszudehnen. Indem sie Handlungen zu hemmen suchen, die ihrem Wesen nach rein kriminell sind, und in dem sie durch summarisches Verfahren wegen Mißachtung Personen strafen, die wegen solcher Handlungen angeklagt sind, wecken sie die Beschuldigung, daß sie die Funktionen des Strafgesetzes usurpierten. Indem sie jedermann — ob nun am Streik beteiligt oder nicht — in den Einhaltsbefehl einbeziehen und dadurch Beschränkungen auferlegen, haben sie sich den Vorwurf zugezogen, daß sie als Gesetzgeber

statt als Richter funktionieren. Der Fall „Vereinigte Staaten wider Debs“ liefert einen Beweis für die behauptete Macht-Usurpation nach beiden Richtungen hin. Durch seine Guttheißung durch das Bundes-Obergericht wird dieser Fall leicht ein sehr gewichtiger Präzedenzfall werden, und er mag wohl als typisch gelten für die extreme Anwendung der rechtschöpferischen richterlichen Gewalt. Bleibt das hier eingeschlagene Verfahren aufrecht, so haben die Prinzipien der ‚Billigkeits-(equity)Judikatur‘ eine Ausdehnung erhalten, die das Einhaltsbefehl-Regiment zu weit mehr macht als zu einem bloßen Schlagworte.“

In den 15 seither verflossenen Jahren ist dieses Regime die etablierte, anerkannte und nicht länger angefochtene Regierungsform geworden. M. a. W. Niemand mehr bestreitet sie als die Arbeiterorganisationen, gegen die der Einhaltsbefehl fortwährend in Bewegung gesetzt wird.

VI.

Im Rahmen dieser Abhandlung die seit 1867 gegen die Arbeiterklasse gerichteten Strafprozesse detailliert zu schildern, ist ganz unmöglich. Steht ja nicht einmal ihre genaue Zahl fest, da das einschlägige Material nie vollständig gesammelt worden ist. Auch ist seit dem Aufkommen der Einhaltsbefehle die Registrierung der Einzelfälle dadurch sehr erschwert, daß der Streik, gegen den der Verbotbefehl sich richtet, schon vor der endgiltigen Verhandlung vorüber ist; und in solchen Fällen gelangt die Sache gar nicht in die regulären Gerichtsberichte. Ich begnüge mich also damit, die Ereignisse in allgemeinen Umrißlinien zu zeichnen und bloß jene Fälle zu berühren, die entweder rein tatsächlich sehr wichtig oder die geeignet sind, den bereits dargestellten Rechtszustand zu illustrieren, beziehungsweise neue Rechtsauffassungen veranlassen.

Die uns bereits bekannte Strafverfolgung wegen einer „Verschwörung zur Steigerung der Löhne“ die sich 1867 in New Jersey abspielte, vollzog sich noch in altmodischer Art. Während eines vollen Jahrzehnts sind sodann keine weiteren zu konstatieren — ausgenommen einen unbedeutenden Zivilprozeß in Massachusetts (1870), in dem es sich um Rückzahlung von 500 Doll. handelte, welche an die Beamten einer Gewerkschaft bezahlt worden waren, um einen angeblich angedrohten Streik zu vermeiden, und in dem das Gericht den Rückforderungsanspruch anerkannte.

Die neue Ära wird im Gefolge des großen Eisenbahnerstreiks von 1877 durch 2 Prozesse eröffnet. Es waren dies die bereits (S. 52) erwähnten „Receivership“-Fälle, mit denen eine neue Klasse von Gerichten in der Arena erscheint: der Bundesgerichte, die sich bis dahin in die Arbeiterbewegung nicht eingemischt hatten. So symbolisieren diese Prozesse die Nationalisierung der industriellen Probleme sowie die neue Methode in der Behandlung industrieller Streitigkeiten, des „Contempt of Court“-Verfahrens.

Während der nächsten 8 Jahre herrschte wieder Stille, es fanden nur 3 Verfolgungen statt, und nur 1 derselben, und zwar ein sehr unwichtiger in Nebraska (1879), war erfolgreich. Die 2 anderen fehlgeschlagenen, sind deshalb interessant, weil sie eine Art Interregnum darstellen; die alten Verfolgungsmethoden auf Grund des gesatzten Rechts wurden beseitigt, die neuen, durch die Judikatur, waren noch nicht ausgebildet. In einem dieser Fälle (in Pennsylvanien) erschien die altmodische Anklage auf „Verschwörung“ gewissermaßen in neuem Gewande, wurde aber abgewiesen, weil diese Art der Anklage spezialgesetzlich abgeschafft sei. Im zweiten wurde erfolglos ein Einhaltsbefehl beantragt; der erste aktenmäßige Versuch dieser Art.

Die großen Eisenbahnstreiks von 1885 zeitigten eine Serie von 4 Prozessen wegen Mißachtung des Gerichts: sämtlich in Fällen von „Receiverships“ vor Bundesgerichten. In den beiden folgenden Jahren sind zu verzeichnen vor

den Staatsgerichten von	dem Bundesgericht
New York 1886: 3, 1887: 1	—
Jowa 1887: 1	—
Vermont. 1887: 1	1

Zwei der New Yorker, die Boykottfälle und deren verderblichen Ausgang, kennen wir bereits (s. oben S. 54). Die 2 anderen in diesem Staat betrafen Streiks und das Gericht stellte für sie die nämlichen Grundsätze als maßgebend auf wie für die Boykotts, d. h. es knüpfte ihre Gesetzwidrigkeit oder Zulässigkeit an das Vorhanden- resp. Nichtvorhandensein von Gewalt, Drohung oder Einschüchterung. Auch der Jowaer Fall der aus dem Bergarbeiterstreik von 1885 resultierte, ist bereits (S. 60) besprochen worden. — In dem Prozeß vor dem Bundesgericht stand eine

Zivilklage zur Entscheidung. Eine Dampfergesellschaft behauptete Schädigung durch einen Angestelltenstreik sowie durch einen von den Beklagten — Beamten einer Gewerkschaft — organisierten Boykott und forderte, gestützt auf die „Verschwörungs“-Theorie, Schadenersatz.

Das bundesgerichtliche Urteil ist aus zwei Gründen interessant. Erstens weil es die Normen des Staates New York in bezug auf „Verschwörung“ abweichend von den Gerichten dieses Staates interpretierte; zweitens weil diese Auslegung schon die später adoptierte Unterscheidung zwischen gewöhnlichem und Sympathiestreik vorausahnen läßt. Es erklärte nämlich auch einen friedlichen Boykott als ungesetzlich, wenn er nicht von den Angestellten des Boykottierten, sondern von einer Arbeiterunion organisiert wurde. Das Staatsgericht hatte ausdrücklich den gesetzlichen Charakter der letzteren anerkannt sowie ihr Recht zur Organisation von Streiks und Boykotts, um durch sie das Lohnniveau im Berufe und nicht allein zugunsten ihrer Mitglieder zu beeinflussen — wenn nur die angewandten Mittel friedliche wären. Das Bundesgericht dagegen wendete sich gegen die Gewerkschaften und deren Bestrebungen zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes schlechthin, weil sie „Außenstehende“ (outsiders) seien¹⁾.

1889 tritt der Einhaltsbefehl auf den Plan. Den Staaten-Gerichten von Massachusetts und Pennsylvanien gebührt das

1) „Es liegt — heißt es in der Entscheidung — böswillige und ungesetzliche Einmischung in das Geschäft des Arbeitgebers vor, wenn unter gerechten und befriedigenden Lohnbedingungen angestellte Arbeiter durch Personen, die nicht im Dienste des Arbeitgebers stehen, veranlaßt werden, die Arbeit in Masse zu verlassen, um dadurch dem Arbeitgeber so lange Nachteile und Schaden zuzufügen, bis er den Forderungen solcher ‚außenstehenden Personen‘ nachgibt, die er keineswegs zu bewilligen verpflichtet ist. Die Erklärung eines Boykotts und der Versuch, ihn durchzuführen, bedeutet gesetzlich eine böswillige und illegale Einmischung . . ., gegen die die Hilfe des Gerichtes in Anspruch genommen werden kann. Die Erklärung und Durchführung eines Boykotts, um den Arbeitgeber zu zwingen, seinen Angestellten einen Lohn zu zahlen, wie ihn die nicht in seinen Diensten stehenden Boykotters verlangen mögen, sind Handlungen, durch die sich die Boykotters des Schadenersatzes schuldig machen; sie sind gleichzeitig Vergehen gegen das common law sowohl wie nach dem Strafgesetzbuch des Staates New-York.“

Verdienst, ihn zuerst angewendet zu haben, ohne daß feststände, welchem von beiden die Priorität zukommt. Dasselbe Jahr zeigt einen „Boycott“-Prozeß in Virginia, den ersten in einem der Südstaaten. Er signalisiert das völlige Verschwinden der alten auf Negersklaverei basierten Wirtschaftsverfassung und ihren Ersatz durch die freie Arbeit. Damit ist der Sieg der neuen Rechtsära entschieden. Für die Folge können Einzelfälle nur mehr ausnahmeweise, wenn sie besonders hervorragendes Interesse bieten, berücksichtigt werden.

1892 schlossen auch die Bundesgerichte sich der neuen Strömung an, und als wollten sie die verlorene Zeit einholen, warfen sie sich mit so viel Eifer ins Zeug, daß sie in Kurzem die Staaten-Gerichte auf dem Gebiete der Einhaltsbefehle überholten. Sie waren es nun, die von Arbeitgebern um solcher willen vorzugsweise in Anspruch genommen wurden; namentlich in den radikaleren Staaten des mittleren Westens, wo sich die Staaten-Gerichte minder dienstfertig zeigten. Dies ging so weit, daß „Regieren durch Einhaltsbefehle“ und Bundesgerichte im Volksmund bald identifiziert wurden. Heute freilich besteht in dieser Beziehung kein Unterschied mehr zwischen Staaten- und Bundesgerichten. Beide erlassen ohne weiteres Einhaltsbefehle. An welche Kategorie man sich wendet, hängt nur mehr von Opportunitätserwägungen in jedem konkreten Fall ab.

Ein bundesgerichtlicher Einhaltsbefehl von 1892 steht insofern einzig da, als außer ihm keiner sonst je mit diesen Worten jegliche Art von Streik untersagte.

Auf die Bedeutung der Receiverships habe ich schon aufmerksam gemacht. Die bei dieser Gelegenheit ebenfalls erwähnte differenzierte Behandlung von Streiks gegen einen Receiver und einen sonstigen Arbeitgeber berührt aber auch das Recht zu streiken an sich. Richter TAFT sendete 1893 die Streikführer, die seinem Verbotsbefehl nicht gehorsamten, ins Gefängnis, obgleich die Tat, zu der sie angestiftet haben sollten, vom Gesetz selbst nur mit Geldstrafe bedroht war. Nicht das aber war das Wichtigste an der Sache. Dieser Zweck hätte sich auch durch Prozessierung wegen „Verschwörung zur Verletzung“ dieses Gesetzes, statt wegen dessen tatsächlicher Übertretung erreichen lassen. Ähnliches war ja auch 1894 während des Pullmann-

Streiks geschehen (s. S. 50 f.). Allein nicht immer konnten die Unternehmer auf eine so willige Jury rechnen wie 1894 in Californien, wo der Prozeß wegen Verschwörung zur Verhinderung der Postbeförderung stattgefunden hatte. Anderwärts stießen solche Anklagen auf Schwierigkeiten; und in einem aus dem Pullmann-Streike entstandenen Prozesse wegen Verletzung des Anti-Trustgesetzes weigerte sich die Jury nach einer Verhandlung, die sich durch viele Monate hingezogen hatte, das Schuldverikt abzugeben, auf das man wegen der Art der Anschuldigung bestimmt gerechnet hatte. Mit Rücksicht hierauf ist auch seither nicht mehr versucht worden, Streikführer nach dem Anti-Trustgesetz anzuklagen, da hierfür nur Geschworene zuständig sind. Vielmehr hält man sich an die Methode der Einhaltsbefehle auf Grund der nicht kriminellen Normen jenes Gesetzes und kerkert dann die Ungehorsamen summarisch, ohne Dazwischenkommen einer Jury, „wegen Mißachtung des Gesetzes“ ein. Die letzte und bemerkenswerteste Verfolgung dieser Art war der berühmte „GOMPERS-Fall“.

Wir übergehen nahezu 15 Jahre in der Geschichte der Einhaltsbefehle, die prinzipiell nichts Neues bringen, und wenden uns dem letzten Glied der Entwicklungskette zu. Doch vorerst noch einige Worte über eine andere, mit dem GOMPERS-Fall gleichzeitige Cause célèbre, die die Aufmerksamkeit, unserer Arbeiterwelt seit Jahren in Anspruch nimmt, nämlich den bereits (S. 58 f.) erwähnten Fall der Hutmacher von Danbury. Beiden Fällen ist vieles gemein, obgleich sie in bezug auf die einschlägigen Rechtsprinzipien ganz verschieden sind. Beide treten auch etwa zur selben Zeit in den Vordergrund, wenngleich der der Hutmacher viel älter ist als der GOMPERS'sche.

Als nämlich der Prozeß gegen die Hutmacher begann, nahm ihn niemand sehr ernst. Erst die Entscheidung des Bundes-Obergerichtes vom 3. Februar 1908, die die Ansprüche der Kläger anerkannte, schreckte die Arbeiter aus ihrer Sicherheit auf. Um aber diese Entscheidung in ihrer vollen Bedeutung zu ermessen, muß man sich — außer den bereits S. 59 angeführten Tatsachen — auch noch Folgendes vor Augen halten.

Das Bundes-Anti-Trustgesetz enthält sowohl kriminelle wie zivile Sanktionen. Die letzteren ermöglichen Klage auf Leistung

eines Schadenersatzes bis zur dreifachen Höhe des wirklichen Schadens nebst Anwalts-Gebühren; das bezieht sich bloß auf Fälle zwischenstaatlichen Verkehrs. Im Hinblick auf einen solchen war die Klage erhoben gegen die Hutmacher-Union und etwa 200 ihrer Beamten und Mitglieder. Der Kläger behauptete, es sei ihm durch den von der Gewerkschaft geführten Boykott ein Schaden von 80 000 Doll. erwachsen, und forderte demgemäß den Zuspruch von 240 000, nebst 10 000 Doll. Anwalts-Gebühren. Ältere Entscheidungen des Bundes-Obergerichts hatten dahin gelaute, daß von „zwischenstaatlichem Verkehr“ im Sinne des Anti-Trustgesetzes nur bei tatsächlichen zwischenstaatlichen Transaktionen die Rede sein könne. So im Fall einer Klage gegen den Zuckertrust. Damals erklärte das Gericht: das Anti-Trustgesetz sei nur anwendbar, wenn die der Klage zugrundeliegenden Akte in direkter und notwendiger Weise den Verkehr aus einem Staat nach einem andern hindern, nicht aber auch, wenn dieser Verkehr bloß indirekt beeinträchtigt würde: wie durch Fabrikation von Zucker in bloß einem Staate, obgleich das Produkt für den zwischenstaatlichen Verkehr bestimmt war. Gerade diese Entscheidung hatte auch die Arbeiterwelt so sicher gemacht.

Aber das Urteil vom 3. Februar 1908 zeigte, wie trügerisch das Fundament für diese Sicherheit sei, und wie weise der Richter der ersten Instanz war, als er meinte: niemand könne vorhersagen, wie das Bundes-Obergericht urteilen werde. Und in der Tat ist ja auch wiederholt festgestellt worden, daß die Gerichtsentscheidungen, abgegeben in Streitfragen zwischen Kapitalisten untereinander, durchaus noch nicht für den Ausfall gleichartiger Streitigkeiten vor denselben Gerichten in Streitigkeiten zwischen Kapitalisten und Arbeitern präjudizierlich sind.

Das unmittelbare Resultat jener Entscheidung vom 3. Februar 1908 war: daß nachdem die Sache neuerdings vor eine Jury gebracht war, dem Kläger 240 000 Doll. sowie die bedeutenden Anwaltsspesen zugesprochen wurden. Und noch bedeutsamer ist das allgemeine Resultat. Denn nun sind sämtliche Gewerkschaftsgelder viel mehr gefährdet als in England durch die historische „Taff Vale-Entscheidung“. Denn bei der letzteren handelt es sich bloß um 1 fachen, bei uns aber um 3 fachen Schadener-

satz. Außerdem erscheint bei uns auch das Privateigentum aller Gewerkschaftsmitglieder — die Ersparnisse vieler Jahre — in ähnlicher Weise gefährdet. Denn nach unserer „Verschwörungs“-Theorie gilt ja jedes Mitglied einer boykottierenden Gewerkschaft als „Verschwörer“, wenn er vom Boykott Kenntnis hat und dennoch in der Gewerkschaft verbleibt. Im behandelten Falle ist also das ungeheuerliche Urteil vom 3. Februar 1908 nicht nur gegen die Gewerkschaft selbst, sondern auch gegen jedes belangte einzelne Mitglied vollstreckbar. Ferner eröffnet es recht verlockende Aussichten auf die Tätigkeit von Agents provocateurs, da es sich bei der Aussicht auf 3fachen Schadenersatz gar sehr lohnt, eine Gewerkschaft in einen Boykott zu locken und dann auf Schadenersatz zu klagen. So bedeutete denn das Urteil das Ende der Boykotts überhaupt. Ergänzend kam dann noch jenes im „GOMPERS-Fall“ hinzu, um, falls noch ein Schlupfloch für einen Boykott übrig geblieben wäre, auch dieses zu verstopfen.

Das Urteil im GOMPERS-Fall ging aber noch weit über dieses Ziel hinaus. Es kehrt sich zugleich auch gegen die Rede- und Preßfreiheit, etabliert eine Zensur schlimmster Art und droht mit einer Mißachtung auch der unzweideutigsten Verfassungsbestimmungen durch die Judikatur. Der Sachverhalt ist der folgende:

Ende Dezember 1907 verwirkte, wie schon (S. 65 f.) erwähnt wurde, die **BUCKS Stove and Range Co.** gegen die **Am. Feder. of Lab.** und eine Reihe von Personen — darunter den Präsidenten, Vizepräsidenten und Sekretär der Federation: **SAMUEL GOMPERS**, **JOHN MITCHELL** und **FRANK MORRISON** — einen Einhaltsbefehl des Inhaltes: es werde der Federation, ihren „Verbündeten“ und „Helfern“ verboten, bei der Durchführung des Boykotts gegen die klägerische Firma gewisse Dinge zu unternehmen, und zwar insbesondere: durch Druck- und Schriftwerke, welcher Art immer, spez. durch den „**American Federationist**“, irgendwie auf die genannte Firma, ihren Betrieb und ihre Erzeugnisse unter dem Titel „**We don't patronize**“, in einer „**Unfair**“-Liste oder auf sonstige Art in Verbindung mit dem Boykott hinzuweisen, resp. irgendwie mündlich oder schriftlich das Publikum — Kundschaften der Firma, Händler, Gewerbetreibende — auf diesen Boykott aufmerksam zu machen.

Zum Verständnis sei bemerkt, daß der „**Amer. Federationist**“

das offizielle Organ der Am. Fed. of Labor ist und eine Liste der boykottierten Firmen und d. T. „We don't patronize“ und „Unfair“ zu publizieren pflegte.

Im Juli 1908 wurden GOMPERS, MITCHELL und MORRISON vor den Richter, von dem der Einhaltsbefehl stammte, wegen „Contempt of Court“ zitiert. In der Verhandlung wurden folgende Tatsachen festgestellt: Der „Am. Federationist“ habe zwar nach Erlassung des Einhaltsbefehls die Rubrik „We don't patronize“ und „Unfair“ aufgelassen. Dagegen habe GOMPERS als Redakteur in einigen Artikeln des Blattes, sowie auch in Versammlungen den Einhaltsbefehl als illegal und der Rede- und Preßfreiheit zuwider kritisiert und behauptet: es gebe kein Gesetz und kein Präjudiz, wonach Gewerkschafter und deren Freunde zum Ankauf von BUCKS Öfen und ähnlichen Dingen verhalten werden könnten. MORRISON wieder habe das genannte Blatt mit GOMPERS Artikeln verbreitet, MITCHELL, als Präsident der „Miner's Union“, einem Kongreß derselben präsiert, auf dem sie sich dem Boykott gegen die fragliche Firma anschloß, und über eine Resolution hierüber abstimmen lassen.

Das Hauptargument der Verteidigung war die Verfassungswidrigkeit des Einhaltsbefehls, weil kein Richter die Rede- und Preßfreiheit aufheben könne. Widergesetzlicher Mißbrauch dieser Verfassungsgarantien sei allerdings strafbar, allein ein solcher läge nicht vor; auch hätten die Angeklagten an keinem illegalen Boykott teilgenommen. Wäre dies der Fall, so müßten sie im ordentlichen Verfahren abgeurteilt werden und nicht summarisch wegen Übertretung eines richterlichen Verbotes, gewisse Dinge zu schreiben oder zu sagen. Dann nur könne auch die Frage der Legalität des Boykotts erörtert werden, während im summarischen Verfahren lediglich nach der Übertretung des richterlichen Befehles gefragt werde.

Der Richter fand aber die Angeklagten der „Contempt of Court“ schuldig und verurteilte: GOMPERS zu 12, MITCHELL zu 9 und MORRISON zu 6 Monaten Gefängnis. Der Appellhof Washington City, des District of Columbia, bestätigte mit 2 Stimmen gegen die des Vorsitzenden das erstinstanzliche Urteil.

Aus den interessanten Argumenten, mit denen der dissentierende Obergericht sein Votum begründete, sei folgendes hervorgehoben.

Zur Frage, ob der Einhaltsbefehl übertreten worden sei, führte er aus:

„Es wird hier nicht behauptet, daß die Angeschuldigten oder deren Anhänger irgend eine Tat begangen haben, wodurch sie den untersagten Boykott durchführten. Die Erklärung, daß der Einhaltsbefehl niemanden zwingt, Waren des Klägers zu kaufen, ist bloß die Feststellung einer Tatsache. Die dabei gebrauchte Sprache zeugt jedenfalls von schlechtem Geschmack, sie scheint aber durch den Wunsch diktiert worden zu sein, die Rede- und Preßfreiheit zu verteidigen, ein Recht, um das die Angeklagten damals kämpften und noch jetzt kämpfen. Wären auf ihre Veröffentlichungen und Reden Handlungen gefolgt, die zur Erneuerung und Aufrechthaltung des Boykotts führten, wie derselbe von diesem Gericht definiert worden ist, so könnten diese Handlungen im Verein mit anderen als solche angesehen werden, die bezweckten, andere zum Ungehorsam gegen den Einhaltsbefehl anzureizen. Sie wurden aber von jenen, die völlig unter dem Einfluß der Angeschuldigten stehen, nicht so aufgefaßt, und dies läßt die Schlußfolgerung zu, sie seien nicht so gemeint gewesen.“

Die Legalität des Einhaltsbefehls hatte derselbe Oberrichter schon früher (über Berufung gegen dessen Erlassung) verneint, da der Befehl sich als Versuch einer Verkürzung der Rede- und Preßfreiheit darstelle. Nun ergänzte er dieses Votum folgendermaßen: die Regel, daß Ungehorsam gegen einen Einhaltsbefehl auch strafbar sei, wenn dieser die zulässige Grenze überschreite, sei im konkreten Fall unanwendbar, weil der Befehl ein Grundrecht der Verfassung berühre. Er müsse daher diesen Befehl nicht bloß als „irrtümlich“, sondern als „null und nichtig“ betrachten.

Im Revisionsverfahren vor dem Bundes-Obergericht wurde zwar das zweitinstanzliche Urteil wegen eines Formfehlers umgestoßen und an die erste Instanz zur neuerlichen Verhandlung zurückverwiesen; zugleich aber prinzipiell die Legalität des Einhaltsbefehls ausgesprochen, sowie daß die verfassungsmäßigen Garantien der Rede- und Preßfreiheit Einhaltsbefehlen gegenüber nicht anwendbar seien.

In der neuerlichen Verhandlung wurden GOMPERS, MITCHELL und MORRISON abermals und zu denselben Strafen verurteilt wie früher. Gegenwärtig schwebt ein neuerliches Appellverfahren. Möglicherweise wird nun wieder das Urteil wegen eines Formfehlers aufgehoben werden. Bestehen bleibt aber jedenfalls der bundesobergerichtliche Spruch: daß die Gerichtsgewalt über der

Verfassung und also auch über der Rede- und Preßfreiheit stehe — ein Spruch, der freilich mit der politischen Freiheit der Arbeiter auch die der Kapitalistenklasse trifft.

VII.

Wie erklärt es sich nun, daß die Richter mit Verfassungsnormen so umspringen und sich solche offenbar den Absichten des Gesetzgebers widersprechende Rechtsverdrehungen herausnehmen dürfen? Und warum stellt nicht das Volk der Vereinigten Staaten in legislativem Wege unzweideutig den wahren Inhalt der erlassenen Gesetze und wie diese aufzufassen seien, fest? Warum schließt nicht der Kongreß durch Spezialnorm die Anwendung des SHERMANSchen Anti-Trustgesetzes auf die Gewerkschaften ausdrücklich aus?

Die Antwort auf diese Fragen ist sehr einfach. In Wirklichkeit herrschen in den Vereinigten Staaten die Gerichte. Sie stehen über der Legislativ- und Exekutivgewalt. Ihre Auslegungskünste und ihre ständige Berufung auf ein common law, das nur wieder kraft ihrer Erklärungen existiert, ist nur verständlich, wenn man festhält, daß sie die wahren Gesetzgeber und im Besitz der höchsten politischen Macht sind. Das „Regiment im Wege von Einhaltsbefehlen“ ist, so betrachtet, nur ein Spezialfall der Herrschaft der Gerichte. Und diese wieder ist nur möglich, weil die Gerichtshöfe das Recht ausüben, den gesetzgeberischen Willen als „verfassungswidrig“, d. h. als im Widerspruch mit den Verfassungen sei es des Bundes sei es der Einzelstaaten zu erklären.

Hier ist nicht der Ort, das Warum? und das Wozu? dieser merkwürdigen Einrichtung zu prüfen, sondern bloß das Wie? Zum Teil habe ich sie in anderem Zusammenhang behandelt. Hier sollen nur ihre Rückwirkungen auf die Arbeiterbewegung und deren Kampf gegen die Judikatur untersucht werden; und zwar erst die indirekten, durch die besprochenen verschiedenen Auslegungsmethoden hervorgerufenen, sodann die direkten, durch Unwirksammachung und noch mehr durch Verhinderung unzähliger Gesetzesvorschriften zugunsten der Arbeiterbevölkerung, so daß hierzulande eine Arbeiterschutzgesetzgebung nach dem Muster der alten Welt und Australiens unmöglich ist.

Dieser indirekte Einfluß kann nicht mathematisch genau dargestellt werden. Denn einen gewissen Grad ungerechtfertigter Auslegung erlauben sich auch die Richter, denen nicht die Macht zusteht, Gesetze für „verfassungswidrig“ zu erklären. Sie beanspruchen ja auch — ebenso wie in England, wo ihnen diese Macht nicht eignet — in Zweifelsfällen zu deklarieren, was common law ist. Aber die englische Praxis beweist, daß obgleich die dortigen Richter sich bedeutender Unabhängigkeit erfreuen, ihre Macht zu Mißbräuchen keine so große ist, während umgekehrt die Achtung, die unsere Gerichte genießen, die Folge ihrer Macht zur Überwachung der Gesetzgebung auf deren Verfassungsmäßigkeit hin ist. Am besten wird dies durch ein Beispiel illustriert. Im Jahre 1903 erklärten die englischen Gerichte aus Anlaß des Streiks bei der „Taff Vale“-Eisenbahn: nach common law seien die Gewerkschaften für den Schaden haftbar, den die Arbeitgeber durch streikende Arbeiter erleiden. Diese Entscheidung war unrichtig, denn das geltende Recht war unrichtig angewendet worden. Allein haben auch englische Gerichte festzustellen, was Rechtsens ist, so doch nicht, was Rechtsens sein soll. Dies steht nur dem Parlament zu, das denn auch für die Zukunft das Gerichtspräjudiz umstieß, womit die Angelegenheit erledigt war. Analog wie im Taff Vale-Fall lag bei uns der Hutmacherstreik-Fall. Angenommen nun, der Kongreß wäre dem Beispiel des englischen Parlaments gefolgt, so wäre damit der von der Judikatur geschaffene Rechtssatz doch keineswegs beseitigt. Denn die Gerichte könnten aussprechen: ein solcher Kongreßakt sei „verfassungswidrig“. Gerade aus dem Bewußtsein heraus, über Volk und Kongreß, über öffentlicher Meinung und Kritik zu stehen, ist ja auch jene Umkehrung des Anti-Trustgesetzes erfolgt!

Noch gefährlicher aber als diese indirekten sind die direkten Wirkungen dieser Machtvollkommenheit. Denn sie verrammelt absolut den Weg zu einer rationellen Arbeiterschutz-Gesetzgebung und verewigt die schlimmsten Auswüchse unseres Industriesystems, Auswüchse, die auch eingefleischte Gegner der Arbeiterbewegung nicht zu verteidigen wagen, während erleuchtete Kapitalisten sie als einen Schandfleck der Kultur brandmarken. Außerdem schrecken sie durch Hintanhaltung friedlicher Abhilfe

gegen die schlimmsten Mißbräuche im Wege gesetzlicher Regulierung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern diese ab, in der politischen Aktion ein Mittel zur Beseitigung ihrer Beschwerden zu sehen und zwingen sie, unnötig oft zu Streik und Boykott und, wenn diese mißlingen, zu Gewalttätigkeiten zu greifen. Die Geschichte der „verfassungswidrigen“ Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den vereinigten Staaten zeigt gerade bei den Gerichten, die doch am ehesten für das bittere Los der Arbeiterklasse größte Sympathie aufbringen sollten, ein Höchstmaß von Gefühllosigkeit und Indifferentismus gegenüber den betrügerischen Manövern und den Chikanen ausbeuterischer Unternehmer, den Fortschritten der Menschheit und vor allem auch den schrecklichen Folgen für die Gesellschaft, die bei einem solchen Zustand der Dinge nicht ausbleiben können.

Die ausführliche Schilderung aller von unseren Gerichtshöfen für „verfassungswidrig“ erklärten Arbeiterschutz-Normen würde Bände füllen. So kann denn hier nur eine allgemeine Übersicht geboten werden.

Die zwei frühesten Entscheidungen in dieser Richtung stammen aus dem Jahr 1886; und es ist kein bloßer Zufall, daß eine derselben von einem Pennsylvanier Gerichte gefällt wurde, in dem Staat also, in dem zwei Jahre später erstmals in der Union auch die Erlassung von Einhaltsbefehlen für Arbeitsstreitigkeiten begonnen hat. Seither sind mindestens 150 Bundes- und Staaten-gesetze annulliert worden, die, wengleich praktisch von ungleichem Wert, prinzipiell insgesamt gleich bedeutsam waren insofern, als sie als Abschlagszahlungen auf Rechnung des Arbeiterschutzes sich darstellten und ihre Umstoßung die Bahn zu dessen weiterer Entwicklung verschloß.

Gerechtfertigt wurde ihre Annullierung unter Berufung auf folgende zwei — auch in den Staaten-Verfassungen enthaltene — Bestimmungen der Bundeskonstitution:

1. „Niemand soll des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums ohne gesetzliches Verfahren beraubt werden;
2. auch soll kein Staat irgendeine Person des Lebens, der Freiheit oder des Eigentums außerhalb eines gesetzlichen Verfahrens berauben oder ihr im Bereiche seiner Jurisdiktion den gleichen Rechtsschutz versagen.“

Wie, wird man fragen, kann man gestützt auf diese Sätze,

Gesetze umstoßen, welche Nachtarbeit für Frauen verbieten, die Arbeitszeit in Bäckereien beschränken, die Haftung des Unternehmers für gewisse Betriebsunfälle aussprechen? Was aber den einfachen Menschenverstand übersteigt, das wird in unserem System richterlich-souveräner Rechtsanwendung Ereignis.

Die ersten Angriffsobjekte derselben waren ein 1881 in Pennsylvanien erlassenes Truckverbot und ein Gesetz, das in Illinois als Basis der Lohnberechnung für Bergarbeiter die Gewichtsfeststellung der Kohle regelte.

Die Geißel des Trucks, dessen meisterhafte Schilderung in DISRAELIS „Sybil“ jeder kennt, war lange schon in England verboten, als man an ein solches Verbot in der Union, wo der Truck insbesondere in den Berg- und Hüttenwerken sowie in anderen Schwerindustrien florierte, noch nicht dachte. Seine Beseitigung war daher eine der ersten Forderungen der erwachenden Arbeiterbewegung, und zu Beginn der 80er Jahre wurden in einigen Staaten dahin abzielende Vorschriften erlassen. Allein die Arbeiter hatten nicht mit der „Verfassung“ gerechnet und damit, daß was in England nicht auch in dem „freien Lande“ möglich sei. Der höchste Gerichtshof von Pennsylvanien erklärte das Truckverbot als „verfassungswidrig“ und nichtig, weil es sich „als unzulässiger Versuch der Legislative darstelle, Personen sui iuris an der Ausübung der Vertragsfreiheit zu hindern, als Eingriff in die Rechte der Unternehmer sowohl wie der Arbeiter und mehr noch: als Unterstellung der letzteren unter eine gesetzliche Vormundschaft, die gleichermaßen ihr Menschtum wie ihre Rechte als Bürger der Vereinigten Staaten beleidige. Denn sie seien ebenso befugt, ihre Arbeit für das zu verkaufen, was ihnen am besten dünke: Geld oder Waren, wie der Unternehmer seine Kohle, sein Eisen und jede andere Ware . . .“

Das im selben Jahr in Illinois annullierte Gesetz sollte einem Übel steuern, das fast ebenso verbreitet war als der Truck: nämlich der Entlohnung der Bergleute nach der Förderungs- tonne, wobei sie regelmäßig derart beschwindelt wurden, daß ihnen jede Gewichtskontrolle unmöglich gemacht wurde. Diese Ausbeutungsform spielte während der mehr als 10jährigen Streik- periode, die dem erwähnten Gesetz in Illinois (und analog auch

in anderen Staaten) voranging, eine große Rolle. Aber auch dieser Versuch wurde als „in diesem Lande unzulässig“ vereitelt.

Sehr verbreitet ist ferner der Mißbrauch der Lohnauszahlung in langen Fristen. Einerseits hält er die Arbeiter in einem Arbeitsverhältnis fest und beraubt sie der Chance, es leicht mit einem andern zu vertauschen; anderseits zeitigt er indirekt den Truck, da der Arbeiter genötigt ist, Kredit in Anspruch zu nehmen, den er nur entweder beim Unternehmer selbst oder bei einem gleich profitgierigen Parasiten desselben finden kann. Braucht noch betont zu werden, daß die gesetzgeberischen Anordnungen regelmäßiger und häufigerer Lohnzahlung ebenfalls als verfassungswidrig beseitigt wurden, weil sie die Kontrahenten „des Lebens, der Freiheit und des Eigentums“ beraube? Der Freiheit nämlich für den Arbeiter, 7 Wochen auf den Lohn zu warten und mit gebundenen Händen den Ausbeutungspraktiken seiner Kreditoren preisgegeben, etwa $\frac{1}{4}$ des Lohnes zu verlieren.

Nicht mehr Gnade haben bei unsern Gerichtshöfen die gesetzlichen Beschränkungen der Arbeitszeit gefunden. Die betreffenden Entscheidungen haben endlose Diskussionen hervorgerufen und den Anhängern der richterlichen Souveränität durch ihren Zickzackkurs nicht wenig Verlegenheiten bereitet. Denn sie zeugen gar zu deutlich, daß die Behauptung der „Verfassungswidrigkeit“ nur ein Vorwand und daß die fraglichen Urteile alles eher als in der Verfassung begründet sind.

Sie zerfallen übrigens in zwei Gruppen, die entgegengesetzte Entwicklungslinien aufweisen. Die einen beziehen sich auf das Recht zur Einschränkung der Arbeitszeit überhaupt, die anderen auf das Recht zur Einschränkung der Frauenarbeit insbesondere.

Was zunächst die Arbeitszeit erwachsener Männer anbelangt, so huldigten die Gerichte von Anfang an der Anschauung von der Verfassungswidrigkeit ihrer generellen Beschränkung. Was erörtert wurde und worin eine „Entwicklung“ stattfand, war also nur: ob ihre Einschränkung aus besonderen Gründen in gewissen Industrien oder Industriezweigen zulässig sei? 1896 nun wurde in Utah ein Gesetz verabschiedet, das die Arbeitszeit in Berg- und Hüttenwerken sowie in Hochöfen, „ausgenommen den Fall dringender Gefahr für Leben und Eigentum“, auf 8 Stunden herabsetzte. Von den Utaher Gerichten wurde es zwar

anerkannt, sodann jedoch 1898 über Berufung der Unternehmer 1898 vom Bundes-Obergericht umgestoßen. Das letztere erklärte: die gesetzgebende Gewalt dürfe nicht aus rein soziologischen Gründen — um der allgemeinen Besserung der Lage der Arbeiterklasse willen — die Arbeitszeit generell einschränken, sondern nur in besonders gefährlichen Beschäftigungszweigen zum Schutze der Gesundheit der in denselben Tätigen; andererseits falle die Prüfung dieser speziellen Gesundheitsgefährlichkeit ausschließlich in den Zuständigkeitskreis der Legislative und entziehe sich der Überprüfung durch die Gerichte. — Allein schon 1905 nahm das Bundes-Obergericht auch dieses Überprüfungsrecht in Anspruch. Es handelte sich um die 1897 im Staate New York beschlossene Einführung des 10 Stundentages für Bäckereien. Das Gesetz war das Ergebnis einer Enquete, welche die höchst gesundheitswidrigen Verhältnisse in den Bäckereien aufgezeigt hatte. Das verfiel aber beim Bundes-Obergericht ebensowenig wie der Hinweis auf die gesetzliche Regulierung dieses Gewerbebezuges in anderen Ländern. Es sehe, erklärte es, keinen Zusammenhang zwischen der Gesundheit der Arbeiter und der langen Arbeitsdauer in den Bäckereien. Es hob daher das Gesetz als verfassungswidrig auf und gab zugleich durch seine ausgesprochene Gleichgültigkeit gegen die Frage der Gesundheitsgefährlichkeit in gewerblich-industriellen Betrieben zu erkennen, daß es überhaupt nicht gesonnen sei, gesetzgeberische Eingriffe aus diesem Titel zu dulden.

Eine entgegengesetzte Entwicklung hat die Judikatur in betreff der Herabsetzung der Arbeit von Frauen genommen. 1893 war in Illinois ein Gesetz verabschiedet worden, daß mit den Gräueln des „Schwitzsystems“ in der Bekleidungsindustrie aufräumen sollte und die Arbeitszeit für die eingestellten Frauen auf acht Stunden im Tag und 48 in der Woche fixierte. Motiviert wurde es damit, daß der Gesetzgeber, wenn auch keine generelle Regulierung der Arbeitsdauer, so doch eine solche im Interesse der physisch schwächeren Frauen vornehmen dürfe. Allein das Höchstgericht von Illinois erblickte hierin ebenso eine Insulte gegen die Frauen, wie seinerzeit das Höchstgericht von Pennsylvania eine solche gegen die Arbeiterklasse in der Zumutung erblickt hatte, diese bedürfe des Schutzes. Es vindizierte also

den Frauen die Gleichheit vor dem Gesetz und damit den Anspruch, Gegenstand zeitlich unbegrenzter Ausbeutung zu sein, und annullierte die erfolgte Regulierung. — Das war 1895. Acht Jahre darauf kam es in New York zu einem analogen Gesetz, durch das aber die Arbeitszeit nur auf 10 Stunden herabgesetzt und die Nacharbeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr früh) verboten wurde. Die Erwartung, daß diese Regulierung wegen ihres schüchternen Charakters und wegen der Berufung auf Sittlichkeitserwägungen gegen Nacharbeit von Frauen bei den Gerichtshöfen Gnade finden werde, erwies sich jedoch als trügerisch. Die letzteren blieben fest, annullierten auch dieses Gesetz und retteten so nach wie vor den Frauen die Möglichkeit, zeitlich unbeschränkt und ebenso ausgebeutet zu werden wie Männer. — Im Jahre 1908 aber erklärte das Bundes-Obergericht diese Entscheidungen für irrig und daß die Frauenarbeit regulierbar sei. Zu dieser Feststellung, daß die Rechtsanschauung des Bundes-Obergerichtes in diesem Punkte von der der Gerichte in den konservativen Staaten wie Illinois, New York u. a. abweiche, konnte es aber erst und nur dadurch kommen, daß die Unternehmer das Bundes-Obergericht gegen Entscheidungen der Gerichte von „Insurgenten“-Staaten wie Oregon anriefen, welche die Verfassungsmäßigkeit der fraglichen gesetzgeberischen Eingriffe bejaht hatten.

Nicht anders als um die bisher besprochene steht es um die Judikatur in betreff der Unternehmerhaftung für Schadensfolgen von Betriebsunfällen. Der Kampf der Arbeiter um die Erreichung einer Entschädigung für diese Betroffenen und deren Hinterbliebenen gehört zu den schmachlichsten Kapiteln in der Geschichte unserer Rechtsprechung. Doch ist es unmöglich, im Rahmen dieser Studie hierauf näher einzugehen. Ich begnüge mich also mit der Konstatierung, daß vorläufig auf diesem Rechtsgebiete das Chaos herrscht. Immerhin obwaltet die Tendenz zu wesentlicher Verbesserung der Prozeßnormen bei Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen — ohne daß freilich das Verfahren aufgehört hätte, äußerst kostspielig zu sein. An einer Unfallversicherungs-Gesetzgebung fehlt es noch durchaus und die 1910 im Staate New York versuchte Schaffung einer solchen ist wieder durch die „konstitutionellen Bedenken“ der Gerichte vereitelt worden.

Schließlich sei noch der legislativen Bestrebungen gedacht, die letzteren in ihrer Freirechtsfindung, Erlassung von Einhaltsbefehlen und Bestrafung wegen deren Mißachtung zu beschränken.

Zunächst versuchten zwei Staaten gesetzgeberisch wenigstens die Farmerorganisationen und die Gewerkschaften von der uns sattsam bekannten Subsumierung unter das Anti-Trustgesetz zu exemieren — mit dem einzigen Effekt, daß die betreffenden Gesetze annulliert wurden. Und Präsident TAFT, selbst ein ehemaliger sehr erfahrener Richter, erklärte: die Gerichte würden einem etwaigen, inhaltlich gleichen Amendement des Kongresses zum Anti-Trustgesetz das gleiche Schicksal bereiten. — Keinen anderen Ausgang hatten die Bemühungen zur Eindämmung der Einhaltsbefehle und des üblichen Contempt of Court-Verfahrens. In einigen Staaten erfolgten sie direkt: unter Bezugnahme auf Arbeitsstreitigkeiten; in anderen indirekt: es wurden die Strafen wegen „Mißachtung des Gerichtes“ begrenzt oder die schwurgerichtliche Zuständigkeit zur Aburteilung solcher Mißachtungen festgelegt. Das Ergebnis war in allen Fällen dasselbe. Als in Missouri die fragliche Strafe gesetzlich mit 30 Tagen Gefängnis fixiert wurde, entschied das Höchstgericht dieses Staates: „in England sowohl wie in Amerika sei es unumstößlicher Rechtsgrundsatz, daß die gesetzgebende Gewalt das Strafrecht der Gerichtshöfe gegenüber Mißachtung ihrer Befehle weder beseitigen noch verkürzen, schwächen, begrenzen oder regulieren dürfe“. Eine Behauptung, die zwar für England unrichtig ist, für Amerika aber zutrifft — auch hier freilich nicht für die Vergangenheit. Aber wie die Dinge liegen, ist bei uns „rechtlich unumstößlich“, was die Gerichte hierfür erklären. Und wenn der Gerichtshof auch die „Regulierung“ der gerichtlichen Strafgewalt ausschloß, so hatte er dabei die Vorschreibung der schwurgerichtlichen Zuständigkeit im „Contempt of Court“-Verfahren im Auge. Er sprach dies nur nicht ausdrücklich aus, weil das annullierte Gesetz diese Zuständigkeitsvorschrift nicht enthielt. In Oklahoma aber war das der Fall, und dort erklärte denn auch das Höchstgericht eine solche Zuständigkeitsvorschrift als im Widerspruch mit der Konstitution. Schließlich enunzierte in Virginien das dortige Höchstgericht kategorisch: ein Gericht könne die Mißachtung seiner Befehle ohne regelrechte oder Schwurgerichtsverhandlung ahnden.

Die Ungeheuerlichkeit dieser „Prärogative“ erhellt am besten aus folgender Erwägung. Es ist ein Grundprinzip unseres Rechtes, daß einzig die Legislative zuständig sei, einer Handlung Deliktscharakter beizulegen und mit deren Strafbarkeit auch das Maß der Strafe zu bestimmen, nur darf diese nach der Unions-Verfassung weder „grausam“ noch „ungewöhnlich“ sein. Es ist ihr also in bezug auf das Strafausmaß nach oben, nicht aber nach unten zu eine Grenze gezogen. Die Strafe für Mord, Brandstiftung oder Straßenraub dürfte also gesetzlich ohne Verfassungsbedenken mit 30 Tagen fixiert werden — für „Mißachtung des Gerichtes“ gilt das aber nicht. Kann der lächerliche Übermut unserer Gerichte und die Widersinnigkeit der Doktrin von ihrer Souveränität zutreffender beleuchtet werden, als durch diese Antithese¹⁾?

1) Die vorstehende Abhandlung ist Ende Oktober 1912 in meine Hände gelangt. Seither ist — wie mir der Verf. unter dem 29. V. 1913 mitteilt — das S. 75 f. erwähnte Urteil gegen GOMPERS und Gen. im Appellverfahren dahin abgeändert worden, daß die 12 monatliche Gefängnisstrafe gegen GOMPERS auf 1 Monat herabgesetzt und die Freiheitsstrafe gegen MITCHELL und MORRISON in eine Geldstrafe verwandelt wurde.

Das Appellverfahren im Hutmacher-Fall (S. 72 f.) schwebt noch.
(Der Herausgeber.)

Ein Pseudonym von Friedrich Engels.

Von

Gustav Mayer (Berlin-Zehlendorf).

Vor etwa 10 Jahren wurde in den „Documenten des Sozialismus“ von WILHELM PAPPENHEIM die Frage aufgeworfen, wer denn jener FRIEDRICH OSWALD wäre, der in der Literatur der radikalen Junghegelianer zu Anfang der 40er Jahre eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt hat. Die Lösung dieses Problems ist schon aus dem Grunde interessant, weil damit zugleich der Verfasser der Broschüre: „Schelling und die Offenbarung“ gefunden wäre, über deren Ursprung die Meinungen bisher ebenfalls auseinandergehen. ARNOLD RUGE nennt in einem Brief an ROSENKRANZ bekanntlich BAKUNIN als Autor, wogegen sie LUDWIG NOACK in seinem Buch über die Philosophie der Romantik unserem OSWALD zuschreibt. Er stützte sich dabei offenbar auf die mit FRIEDRICH OSWALD unterzeichnete Kritik von ALEXANDER JUNGS Vorlesungen über die moderne Literatur der Deutschen, die im Juli 1842 in den „Deutschen Jahrbüchern“ erschienen ist. OSWALD lehnte darin den feinsinnigen Herausgeber des Königsberger Literaturblattes als Kampfgenossen der zur Politik hinüberdrängenden Radikalen ab: er brandmarkte von seinem Standpunkt aus JUNG als Vertreter einer Juste-Milieu-Richtung, mit der die Entschiedensten und „Freien“ keine Gemeinschaft haben könnten. Der angesehene ostpreußische Schriftsteller antwortete eine Woche später dem „keineswegs talentvollen Kinde“ sehr von oben herab in einem Aufsatz, der überschrieben war: „Ein Bonbon für den kleinen Oswald, meinen Gegner in den Deutschen Jahrbüchern“. Nun hatte sich aber OSWALD dort auch zur Verfasserschaft von „Schelling und die Offenbarung“ bekannt, und da BAKUNIN und OSWALD nicht identisch sein konnten, so war, sofern OSWALDS Aussage auf Wahrheit beruhte, damit bewiesen, daß RUGE in jener Briefstelle vom Jahre 1842 eine irrige Ansicht geäußert haben mußte.

Wer ist nun aber FRIEDRICH OSWALD? Kein anderer als FRIEDRICH ENGELS, wie ich sogleich endgültig darzutun gedenke. WILHELM PAPPENHEIM, EDUARD BERNSTEIN und auch MAX NETTLAU in seiner großen Biographie BAKUNINS lehnten diese Hypothese mit mehr oder weniger Entschiedenheit ab, obgleich sie wußten, daß KUNO FISCHER in seinem Schelling ENGELS bereits als Verfasser von „Schelling und die Offenbarung“ namhaft gemacht hatte. Der Wahrheit am nächsten ist von ihnen BERNSTEIN gekommen, der 1902 in den „Documenten des Sozialismus“ schrieb: „Man

könnte nun fragen, ob nicht vielleicht unter dem OSWALD des Gedichts¹⁾ tatsächlich ENGELS gemeint und FRIEDRICH OSWALD einfach ein Kriegsnamen für jenen war, sodaß schließlich doch in ihm der Verfasser der Broschüre zu suchen wäre. Diese Annahme würde durch den Umstand eine gewisse Stütze erhalten, daß ENGELS 1842 sein Militärjahr in Berlin abdiene und somit mancherlei Rücksichten es ihm verboten, mit seinem Namen als Verfasser eines äußerst radikalen Pamphletes aufzutreten. Indessen sprechen doch gewichtige Gründe gegen seine Verfasserschaft, so u. a. der, daß sich wirklich kaum annehmen läßt, jemand werde sich ohne zwingenden Anlaß unter einem Pseudonym als Verfasser einer Schrift bekennen, die er vorher anonym hatte erscheinen lassen. Wir sehen uns vielmehr zu dem Schluß gedrängt, daß der Verfasser in der Tat OSWALD hieß, halten es aber für sehr wahrscheinlich, daß er mit einem gewissen Theologen identisch ist, von dem ENGELS öfter als einem seiner Kumpane aus der Berliner Sturm- und Drangzeit zu erzählen pflegte.“

Was mich zuerst auf die richtige Spur brachte, war ein bisher unveröffentlichter Brief des Oberlandesgerichtsreferendars EDUARD FLOTTWELL, der in Berlin viel im Kreise der „Freien“ verkehrte, an seinen Freund JOHANN JACOBY in Königsberg. Darin berichtet er im November 1841 über eine Bierreise, die er mit MEYEN, EICHLER, STIRNER und OSWALD unternommen hätte und auf der man nach verschiedenen ästhetischen Gesprächen bald wieder auf die Politik gekommen wäre. Er spricht von OSWALD, als „dem bekannten Oswald aus dem ‚Telegraphen‘ (eigentlich ein junger Kaufmann aus der Rheinprovinz, der gegenwärtig hier sein Jahr abdiene, um Schelling und Werder zu hören)“. Nun diene FRIEDRICH ENGELS wirklich von Oktober 1841 bis Oktober 1842 bei der Garde-Artillerie, und auch mit dem jungen Kaufmann aus der Rheinprovinz hat es seine Richtigkeit. Die Lektüre der mit OSWALD gezeichneten Artikel in GUTZKOWS „Telegraphen“, an die ich mich begab, bestärkten mich in meiner Vermutung. Einige behandeln die soziale und kirchliche Lage im Wuppertal, der Heimat von ENGELS. Nun hat schon GEORG ADLER in seiner „Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland“ (1885) auf eine Jubiläumsnummer der Barmer Zeitung vom Jahre 1884 hingewiesen, in der ausdrücklich bestätigt wird, daß ENGELS in früher Jugend im „Telegraph“ Briefe aus dem Wuppertale veröffentlicht und später eine gegen SCHELLING gerichtete Broschüre: „Schelling und die Offenbarung“ publiziert habe.

1) Gemeint ist: „Die frech bedräute jedoch wunderbar befreite Bibel. Oder: Der Triumph des Glaubens. Das ist Schreckliche, jedoch wahrhaftige Historia von dem weiland Licentiaten BRUNO BAUER; wie selbiger vom Teufel verführt, vom reinen Glauben abgefallen, Oberteufel geworden und endlich kräftiglich entsetzt ist. Christliches Heldengedicht in vier Gesängen. Neumünster bei Zürich. Ao. 1842“. Dazu vgl. in „Zeitschr. f. Politik“ VI/1 meine Abhandlung: „Die Anfänge des politischen Radikalismus im vormärzlichen Preußen“. Besonders S. 59 Anm. 2.

Noch schlagendere Beweise für die Richtigkeit der Angaben der Barmer Zeitung vom Jahre 1884 ergab eine Notiz desselben Blattes aus dem Jahre 1844. In der Nummer 60 dieses Jahrgangs steht nämlich eine Korrespondenz: „Vom Rhein 28. Februar“ über das Erscheinen des ersten und einzigen Heftes der „Deutsch-französischen Jahrbücher“. Als die Verfasser der darin erschienenen Artikel werden RUGE, MARX, HESS und — FRIEDRICH OSWALD angegeben. Nun veröffentlichte aber bekanntlich FRIEDRICH ENGELS hier seine genialen „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie“ und seinen Essay über „Die Lage Englands“. Wäre jetzt noch irgend ein Zweifel möglich gewesen, so würde er endgiltig verscheucht worden sein durch eine Notiz in Nr. 45 des „Telegraph“ vom 1845, in der es wörtlich heißt: „ENGELS (FRIEDRICH OSWALD) und HESS, der ehemalige Redakteur der Rheinischen Zeitung, halten sich gegenwärtig in Barmen auf. Sie beabsichtigen eine Monatsschrift herauszugeben, welche die Misere unserer sozialen Zustände enthüllen und den Sozialismus predigen wollen. [sic!]“

Mit Rücksicht auf seine fromme und konservative Familie, der er trotz aller Meinungsgegensätze sehr zugetan blieb, legte ENGELS damals noch das größte Gewicht darauf, das Pseudonym, unter dem er schrieb und agitierte, geheim zu halten. Seine aus jener Zeit stammenden Briefe an die Brüder GRAEBER, die ich demnächst in der „Neuen Rundschau“ teilweise zu veröffentlichen gedenke, geben hierüber genaue Aufschlüsse. Auch der Bericht der Barmer Zeitung von 1844, der wahrscheinlich auf ihn zurückgeht, läßt es erkennen, nicht weniger die Korrespondenzen des Wuppertaler Dichters ADOLF SCHULTS an das Stuttgarter Morgenblatt, die HANNS WEGENER unlängst in der „Monatsschrift des Bergischen Geschichtsvereins“ neu abgedruckt hat.

Über die unter dem Pseudonym OSWALD von ENGELS in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichten Arbeiten und über ihre Bedeutung für seine geistige Entwicklung beabsichtige ich mich in einer biographischen Darstellung seiner Frühzeit, die ich schreibe, ausführlich zu verbreiten. An dieser Stelle möchte ich nur noch einige Sätze abdrucken, mit denen GUTZKOW seinen Freund ALEXANDER JUNG über die anfangs erwähnten scharfen Angriffe des jungen Heißsporn zu trösten suchte. Er schreibt diesem am 6. Dezember 1842: „Das traurige Verdienst, den E. OSWALD in die Literatur eingeführt zu haben, gebührt leider mir. Vor Jahren schickte mir ein Handlungsbefüssener namens ENGELS aus Bremen Briefe über das Wuppertal. Ich korrigierte sie, strich die Persönlichkeiten, die zu grell waren, und druckte sie ab. Seither schickte er manches, das ich regelmäßig umarbeiten mußte. Plötzlich verbat er sich diese Korrekturen, studierte HEGEL, legte sich den Namen OSWALD ¹⁾ bei und ging zu anderen Organen über. Noch kurz vor Erscheinen der Kritik über Sie hatte ich ihm 15 R. nach Berlin

1) Diese Angabe ist ungenau: ENGELS nannte sich so bereits seit 1839 im „Telegraph“. Für die bisher unveröffentlichte Briefstelle bin ich Herrn Dr. H. H. HOUBEN in Leipzig zu aufrichtigem Dank verpflichtet.

geschickt. So sind diese Neulinge fast alle. Uns verdanken sie, daß sie denken und schreiben können, und ihre erste Tat ist geistiger Vaternord. Natürlich würde all diese Schlechtigkeit nichts sein, wenn ihr nicht die Rheinische Zeitung und RUGES Blatt entgegenkäme.“

Bei alledem bleibt es natürlich merkwürdig, daß ENGELS zu keinem seiner heute noch lebenden Freunde und Genossen, die in späteren Jahren zu seinem häufigen Umgang gehörten, über diese seine ersten literarischen Versuche gesprochen hat. Wahrscheinlich hatte er in einem langen, arbeitreichen Leben jene fernen Anfänge aus der Erinnerung verloren. Wer aus allzu vollen Bechern trinkt, „der läßt manches fallen und rollen“.

Publizistische Quellen zu den Beziehungen zwischen Bismarck und Lassalle.

Mitgeteilt von
Hermann Oncken (Heidelberg).

In einer in den Preußischen Jahrbüchern (Bd. CXLVI S. 107—140) erschienenen Abhandlung „BISMARCK, LASSALLE und die Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen während des Verfassungskonflikts“ habe ich den Nachweis geführt, daß der eigentliche Gegenstand der zwischen BISMARCK und LASSALLE im Winter 1863/64 gepflogenen Verhandlungen die Frage der Oktroyierung des gleichen und direkten Wahlrechts in Preußen gewesen sei. Meine Abhandlung hat seiner Zeit eine lebhaftere Kontroverse in den Tageszeitungen zur Folge gehabt; daß diese die Sache durch neues Material oder neue Beweisgründe gefördert hätte, kann man nicht sagen; auch ernsthafte Einwendungen sind gegen meine These nicht erhoben worden. Dagegen ist die Kette meiner Beweisgründe neuerdings noch durch den von N. RJASANOFF in diesem „Archiv“ III, 129/142 veröffentlichten Briefwechsel zwischen LASSALLE und MOSES HESS verstärkt worden. Am 24. März 1864 schrieb LASSALLE nämlich seinem Parteifreunde: „Ich weiß von guter Hand, daß die Regierung schon zur Oktroyierung des allgemeinen und direkten Wahlrechts entschlossen war, um es einmal auch auf diese Weise zu versuchen. Seit 6 Wochen dagegen denkt man, daß man dies nicht nötig hätte, daß man die Fortschrittlichen im Winter wieder zusammenberufen könne und diese dann hinreichend geknickt sein würden, um nachzugeben“. Die Bestätigung bringt zugleich eine Ergänzung: wir können jetzt den Ausgang der Episode BISMARCK-LASSALLE, wenigstens das vorläufige Ende ihrer politischen Vertraulichkeiten (die loseren Beziehungen setzten sich fort) mit chronologischer Sicherheit bestimmen. Sechs Wochen von dem Datum des Briefes zurückgerechnet, kommen wir mit dem 10. Februar 1864 in die ersten Tage nach dem Ausbruch des dänischen Krieges, in dem LASSALLE ganz zutreffend die Peripetie erkennt. Auch in diesem Falle hat die auswärtige Politik schneidend in die schwebenden Möglichkeiten der inneren Politik eingegriffen. Von dem Ablaufe des dänischen Krieges hing auch für LASSALLES Rechnung fortan die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Bismarck ab.

Damit erfahren die publizistischen Quellen, die ich neben anderem vielfältig zerstreuten Quellenmaterial zur Begründung meiner These herangezogen

hatte, eine neue Bestätigung. Auch aus diesem Grunde erscheint es mir wünschenswert, diese nur schwer zugänglichen Belege, auf deren Beigabe in vollem Umfange ich seiner Zeit verzichten mußte, allgemein bekannt zu geben: umso mehr als ich sowohl hinsichtlich der Autorschaft der Korrespondenzen in der „Breslauer Zeitung“ als des Artikels im „Wanderer“ einige Ergänzungen und Erläuterungen anzuknüpfen in der Lage bin.

Ich habe die Korrespondenzen in der „Breslauer Zeitung“ mittelbar auf die Gräfin HATZFELDT zurückgeführt: nicht als ob sie selbst sie verfaßt, sondern daß sie den Anstoß gegeben und die Informationen erteilt hätte. Nun sind schon die ersten Korrespondenzen vom 3. und 10. April (in den Nummern vom 5. und 12. April) veranlaßt durch die Streitigkeiten innerhalb der LASSALLEANISCHEN Partei, insbesondere durch die von der Gräfin HATZFELDT mit Genugtuung begrüßten Erklärungen, mit denen GEORG HERWEGH und WILHELM RÜSTOW sich in der Nummer des „Nordstern“ vom 1. April von der Parteiführung durch BERNHARD BECKER lossagten¹⁾. In der einen Erklärung HERWEGHS findet sich sogar ein Satz, der in der zweiten Breslauer Korrespondenz fast wörtlich wiederkehrt: „Herr von BISMARCK hat, wir wissen es, einen hierauf bezüglichen Plan in seinem Portefeuille“. Im ersten Augenblick könnte man ja durch diese Übereinstimmung zu der Vermutung geführt werden, HERWEGH selbst sei auch der Verfasser der Breslauer Korrespondenz gewesen; doch weichen seine politischen Schlußfolgerungen im „Nordstern“ von denen in der „Breslauer Zeitung“ deutlich ab. Die Übereinstimmung erklärt sich viel einfacher daraus, daß dem Korrespondenten der „Breslauer Zeitung“ die Nummer des „Nordsterns“ bereits vorlag. Die Gräfin HATZFELDT aber war kurz zuvor in Breslau gewesen²⁾ (das könnte die Anknüpfung gerade mit einer Breslauer Zeitung erklären) und war soeben nach Berlin zurückgekehrt (von wo aus der Korrespondent schrieb); sie verfügte in vollstem Umfange über die Informationen und konnte auch die Gelegenheit ergreifen, ihre eigene Person gegenüber den Angriffen von B. BECKER zu decken. Wen sie zur Abfassung und Lanzierung der Korrespondenzen benutzt hat, läßt sich nicht sagen, ist auch nicht von großer Bedeutung; die Schweizer Freunde, mit denen sie damals in dauernder Verbindung stand, wußten nur, wie sich aus dem späteren Artikel im „Wanderer“ ergibt, daß es durch „indirekte Vermittlung“ geschehen sei.

Die Autorschaft des „Wanderer“ Artikels macht viel weniger Schwierigkeiten. Der Verfasser bekennt sich als einer der Freunde LASSALLES, dem dieser in seinen letzten Tagen in Genf die Mitteilungen gemacht habe. Aus der Zahl dieser Freunde könnten nur WILHELM RÜSTOW, der am 5. August³⁾

1) Diese Erklärungen sind wieder abgedruckt worden bei MARCEL HERWEGH, Ferdinand Lassalles Briefe an Georg Herwegh. Zürich 1896, S. 123 bis 135. Dank der Gräfin HATZFELDT ebenda S. 136 f.

2) Ebenda S. 124, 143.

3) HERWEGH hat in jenen Tagen LASSALLE nicht in Genf, sondern nur auf der Fahrt von Genf nach München gesprochen.

1864 auf LASSALLES Ruf nach Genf geeilt war, oder der in Genf lebende JOHANN PHILIPP BECKER in Betracht kommen. Alle Wahrscheinlichkeit, vor allem auch das hohe Maß vertrauter Orientierung, spricht für RÜSTOW. Welche Beziehung er zu dem Wiener Organ „Der Wanderer“ gehabt hat, dessen Parteifarbe man seit 1867 als föderalistisch mit einer fast demokratischen Richtung bezeichnen kann¹⁾, läßt sich nicht ermitteln. Das Wesentliche ist, daß man jetzt an der guten Beglaubigung der Erzählung im ganzen (bei mehreren Ungenauigkeiten im einzelnen) nicht mehr zweifeln kann.

I.

Artikel aus der „Breslauer Zeitung“ vom 5. 12. und 26. April 1865.

1.) Berlin. 3. April. Da Sie in letzter Zeit sich mehrfach mit der socialen Frage beschäftigt haben, wird es Sie vielleicht interessieren, einige zuverlässige Nachrichten über die Spaltung innerhalb der socialdemokratischen Partei zu empfangen. [Folgen Angriffe gegen BERNHARD BECKER, den damaligen Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.] Interessant ist es dabei, daß sowohl Herr Bernhard Becker, wie die Redaktion des „Socialdemokrat“ den Rücktritt des bekannten badischen Revolutionsobersten Joh. Philipp Becker in Genf den Arbeitern absichtlich verschwiegen, weil sie die hohe Achtung kannten, in welcher dieser im Dienst des Socialismus ergraute Mann beim Arbeiterstande genießt, daß sie sogar in zahlreichen Briefen Joh. Philipp Becker vergeblich bestürmten, er möge seine Rücktrittserklärung zurücknehmen. [Folgen Mitteilungen über BERNHARD BECKERS Rede in Hamburg.] Dort verdächtigte er aufs heftigste die zurückgetretenen Mitglieder des „Socialdemokrat“ und namentlich die erprobte, langjährige Freundin Lassalles, die Gräfin Haßfeldt. Er warf, gewiß bezeichnend genug für seinen Charakter, dieser dann vor, sie sei nicht freigebig genug gegen den Verein, während er gleichzeitig erklärte, der Verein bedürfe keiner reichen Patrone. Die ganze Art und Weise seiner Verdächtigung beweist, daß Herr Bernhard Becker die sociale Bewegung nur als eine Geldfrage betrachtet.

* * *

2. 10. April. Zur Spaltung innerhalb der socialdemokratischen Partei. Im weiteren Verlauf unserer Mitteilungen über die im Innern der deutschen socialdemokratischen (Lassalleanischen) Partei bestehende Spaltung müssen wir noch hervorheben, daß es sich durchaus nicht bloß, wie der Berliner „Socialdemokrat“ seinen Lesern weiß zu machen sucht, um Personenfragen handelt. Die entschiedenen Socialdemokraten, als deren Wortführer in dem zu Hamburg erscheinenden „Nordstern“ die

1) Das entnehme ich einer liebenswürdigen Mitteilung von Herrn Hofrat HUGELMANN in Wien, der mich zugleich darauf aufmerksam macht, daß man den „Wanderer“ der von 1809—1873 erschien, nicht, wie ich getan hatte, als Vorläufer des seit 1860 erscheinenden „Vaterland“ bezeichnen darf.

2) Das Korrespondenzenzeichen wird durch zwei in schräger Richtung in einander geschobene Quadrate gebildet.

Herrn Johann Philipp Becker in Genf, Georg Herwegh, Wilhelm Rüstow und Friedrich Reusche in Zürich auftreten, verlangen, daß die Socialdemokratie in allen, die preußische Heeresorganisation betreffenden Fragen, ganz entschieden die Fortschrittspartei unterstütze. Überhaupt war die Haltung des „Socialdemokrat“ in der preußischen Militärfrage eine der Hauptveranlassungen des Rücktritts von Rüstow, Herwegh und Reusche. Die Richtigkeit oben erwähnter Politik kann für Niemanden zweifelhaft sein, denn das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung ist die Grundlage der politischen Freiheit. Es ist bezeichnend, daß der „Socialdemokrat“ in sämtlichen bis jetzt erschienenen 46 Nummern die Militärfrage nie mals besprochen hat, sodaß der „Nordstern“ in seiner letzten Nummer die Redaction des „Socialdemokrat“ auffordert, eine seiner Zeit von Rüstow eingesandte Kritik der preußischen Militärfrage wenigstens dadurch den Arbeitern zugänglich zu machen, daß sie dieselbe der Redaction des „Nordstern“ übersendet. Faßt man dabei ins Auge, daß die Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins bis jetzt von der Polizei ungehindert, ja sogar, wie ein Vorfall in Pforzheim beweist, gegen polizeiliche Maßregelungen geschützt werden, so liegt der Verdacht sehr nahe, daß ein Abereinkommen besteht, welches, wenn auch stillschweigend geschlossen, der Regierung die Unterstützung in der Militärfrage gewährt. Man muß dabei immer im Auge behalten, daß es seit längerer Zeit bereits Taktik der officiösen Organe gewesen ist, das preußische Abgeordnetenhaus als Vertretung einer Klasse und nicht des ganzen Landes darzustellen und Kundgebungen im Lande für die Heeresorganisation zu provociren, die jedenfalls schwerer ins Gewicht fallen, wenn es gelänge einen scheinbar demokratischen Arbeiterverein zu reorganisationsfreundlichen Demonstrationen zu veranlassen. Ihr Korrespondent weiß aus bester Quelle, daß die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts nur noch eine Frage der Zeit. Herr v. Bismarck hat einen darauf bezüglichen Plan schon seit Jahresfrist in seinem Portefeuille, er gab einer hervorragenden Person schon vor dem Ausbruch der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ganz bestimmte Andeutungen, wurde aber an der Ausführung eben durch die äußere Politik gehindert*. [* Diese Nachricht mag vielen unserer Leser unwahrscheinlich dünken; wir haben aber alle Ursache, gerade in den Beziehungen unsere geehrten Korrespondenten für sehr gut unterrichtet zu halten. Anmerkung der Red.]

Nachdem Düppel und Alsen den Konflikt nicht gelöst haben, taucht der Plan wieder auf und war der Hintergrund der bekannten Äußerungen des Kriegsministers über die Existenzfrage, die seltsamerweise als Drohungen mit einer Octroyirung aufgefaßt wurden. Es handelte sich dabei nicht um neue Octroyirung, sondern um Zurücknahme der Octroyirung des Wahlgesetzes vom 30. Mai 1849, an dessen Stelle dann das Wahlgesetz vom 8. April 1848 wieder treten soll. Das Recht der Krone zu diesem Schritt wird als zweifellos hingestellt, und man hofft dann mit Hilfe der bestehenden Beschränkungen der Preß- und Vereinsfreiheit, sowie mit Hilfe der Arbeiter eine gefügige Kammermajorität zu erhalten. Die plötzliche Arbeiterfreundlichkeit der feudalen Partei wird durch diese Betrachtungen wohl etwas pikanter erscheinen, als bisher, und der Rücktritt der Mitarbeiter des „Socialdemokrat“ wird um so erklärlicher.

3. Berlin. 24. April. Zum allgemeinen Stimmrecht. Ein deutsches Parlament in Berlin. Meine Mitteilung über die Stellung des Herrn von Bismarck zum allgemeinen Wahlrecht hat einiges Aufsehen gemacht. Ich konstatire heut, daß mir weder officiös noch officiell widersprochen worden ist. Die Sache ist der Aufmerksamkeit der liberalen Parteien völlig würdig. Registriren wir z. B. mehrere Äußerungen der ministeriellen „Nordb. N. Z.“ zu Gunsten des Allgemeinen Wahlrechts, u. A. einen Leitartikel dieses Blattes, welchen der „Socialdemokrat“ sofort reproducirte (in No. 25) und in welchem die feudale Partei als die einzige arbeiterfreundliche dargestellt wird, registriren wir die Äußerungen des Ministers von Bismarck und der konservativen Abgeordneten bei der Koalitionsdebatte, bei welcher Gelegenheit sich namentlich Wagener ganz entschieden für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, so ist, wenn man gleichzeitig die am 12/3 in Barmen von einem Arbeitertage gefaßte Resolution ins Auge faßt, an der Tatsache der Alliance eines Teils der feudalen Partei mit den Socialdemokratisirten Arbeitern nicht zu zweifeln. Die Resolution, welche gegen die zurückgetretenen Mitarbeiter des „Socialdemokrat“ gerichtet ist, lautet in ihrem Punkt 2:

... daß es ferner durchaus zu billigen ist, die Vorschläge der preussischen Regierung, welche bei verschiedenen Gelegenheiten die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch die Gesetzgebung versprochen hat, abzuwarten, indem es keineswegs unmöglich, daß dieselbe das Dreiklassenwahlgesetz aufhebt und statt dessen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einführt usw.

Diese Resolution wurde auf Anordnung des gegenwärtigen Präsidenten B. Becker in sämtlichen Gemeinden des Allg. Deutschen Arbeitervereins angenommen und in einem geheimen Circular desselben Präsidenten macht er noch besonders seine Agenten auf die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu dem preuß. Ministerium aufmerksam. Sollte der „Socialdemokrat“ sich nicht veranlaßt sehen, infolge dieser Korrespondenz dieses Circular zu veröffentlichen, so werden wir es thun

Es existiren überhaupt in sichereren Händen und an sicherem Orte interessante Schriftstücke, die an die Öffentlichkeit gebracht, manchen Aufschluß geben können. Herr v. Bismarck ist ein feiner, gewandter Diplomat, er hat in Frankreich das allgemeine direkte Wahlrecht als Universalheilmittel gegen die Freiheitsbestrebungen anwenden sehen; der Versuch eines ähnlichen Experimentes für Preußen ist gerade jetzt verlockender als je. Denn, wenn wir auch principiell uns ebenfalls für das allgemeine direkte Wahlrecht erklären, so sind wir dennoch darüber nicht im Zweifel, daß bei der großen Anzahl ländlicher, unter feudalem Einfluß stehender Arbeiter, und wenn ferner das städtische Proletariat durch scheinbar arbeiterfreundliche Concessionen gewonnen ist, und die gegenwärtigen Beschränkungen der Press- und Vereinsfreiheit aufrecht erhalten werden, sehr leicht durch das allgemeine und direkte Wahlrecht eine ministerielle Majorität im Abgeordnetenhaufe „gemacht“ werden könnte. Wir sagen ausdrücklich „gemacht“, um einen gewissen Staatsmann an seine im Sommer 1863 und Frühjahr 1864 über diesen Punkt gethane Äußerung zu erinnern, in welcher Äußerung das Wort „gemacht“ mehrmals figurirt. Da wir gerade Erinnerungen aus der jüngsten Vergangenheit auffrischen, so möchten wir bei dieser Gelegenheit auch einmal an ein früheres Projekt erinnern, welches,

obgleich noch eigentümlicher, ebenfalls einmal existierte und zwar sehr stark existierte, als die Annerionspolitik in ihrer Blüte stand. Wir meinen nämlich das Projekt, „die Angehörigen aller deutschen Bundesstaaten ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz, für Wähler¹⁾ zum preussischen Abgeordnetenhaus zu erklären“. Man wollte auf diesem Wege eine Art deutsches Parlament nach Berlin verpflanzen, dem Beispiel Piemonts folgend, wo ja auch lange vor dem italienischen Kriege Italiener aus allen italienischen Staaten in das piemontesische Abgeordnetenhaus gewählt werden konnten. Da Herr Lothar Bucher, der über dieses Projekt sehr genau unterrichtet ist, jetzt schwerlich dasselbe der Öffentlichkeit anvertrauen dürfte, so haben wir diese Pflicht übernommen, um zu zeigen, welche fruchtbaren Ideen auftauchen, wenn es gilt, idealistische Leute zu gewinnen.

II.

Artikel aus „Der Wanderer“ vom 17. Juni 1869 (Nr. 166).

Bismarck und Lassalle.

Wiederholt ist bei der Besprechung der deutschen Arbeiterbewegung auf den interessanten Umstand hingewiesen worden, daß Herr v. Bismarck den preussischen Sozialdemokraten eine Art Begünstigung angedeihen ließ, und man schreibt dies dem Umstand zu, daß zwischen Herrn v. Bismarck und dem verstorbenen Ferdinand Lassalle irgend ein Abkommen getroffen worden sei. Das ist nun durchaus nicht der Fall. Herr v. Bismarck sah in dem stürmischen Agitator, der plötzlich auftrat und mit den schärfsten Waffen der Kritik die bisher die öffentliche Meinung allein beherrschende Fortschrittspartei angriff, einen willkommenen Bundesgenossen, während andererseits Lassalle ganz richtig erkannte, daß das Regierungssystem des Herrn v. Bismarck früher oder später den Parlamentarismus, den gefährlichsten Feind der Sozialdemokratie zu Grunde richten müsse. Außerdem hatten beide dieselben Ansichten über die hervorragendsten Männer der Fortschrittspartei, denn es bestand die Demokratie dieser Herren nur darin, auf der Tribüne volltönende Phrasen loszulassen, vor jeder Handlung aber entschieden zurückzubeugen. Nach dem Jahre 1866, als der National-liberalismus seine Dienste getan hatte, traten sogar hervorragende Führer der ehemaligen Fortschrittspartei wie Michaelis und Faucher in das Ministerium²⁾ als Ministerialräte ein, ein Beweis, daß das Geschlecht der Banhäuser in Norddeutschland ebenso gut gedeiht wie in Oesterreich. „Herr v. Bismarck ist ein Mann, aber jene sind alte Weiber“, schrieb Lassalle im Frühjahr 1863, und ähnlich dachte Herr v. Bismarck und denkt vielleicht heute noch, wenn er im norddeutschen Reichstag seine Gegner offen verhöhnt und den ganzen heiligen, unantastbaren Parlamentarismus in seiner Nichtigkeit darstellt.

Lassalle begann seine Arbeiteragitation im Jahre 1863 im Frühling. Sein Plan war, der Fortschrittspartei und der Reaktion eine selbständige Arbeiterpartei

1) Statt „Wähler“ muß — wie aus dem folgenden Satze hervorgeht und durch den Artikel im „Wanderer“ bestätigt wird — unzweifelhaft gelesen werden: „Wählbar“.

2) Die Mitteilung trifft nur für MICHAELIS, nicht für FAUCHER zu.

gegenüber zu stellen, die in allen Freiheitsfragen Hand in Hand mit der Fortschrittspartei, sonst aber ihre eigenen Wege gehen sollte. Der preussische Verfassungskonflikt stand damals in der höchsten Blüte, das Auftreten einer starken, energisch geführten Arbeiterpartei konnte ihn für immer zu gunsten des Volkes lösen. Am Rheine namentlich nahm die Bewegung unter den dortigen heißblütigen, von der Großindustrie sehr ausgezogenen Arbeiterbevölkerung rasch große Dimensionen an, und im Sommer 1863 konnte Lassalle in Solingen „Heerschau“ halten, wie er sich ausdrückte, 10000 Arbeiter umjubelten damals den schlanken, bleichen Mann, dessen Auge von dämonischem Feuer blühte, und der es, wie keiner vorher, verstand mit gewaltigen Worten alte Leidenschaften aufzuregen, den Agitator der „Magenfrage“. Ein in Preußen übrigens nicht seltener Zufall war es, daß der Bürgermeister von Solingen, der zugleich Chef der dortigen Polizei ist, der Fortschrittspartei angehörte, und als er hörte, wie bitter und scharf Lassalle in seiner Rede gegen die Fortschrittspartei loszog, ließ er durch Gendarmen die Versammlung auflösen. Diese polizeiliche Intervention erbitterte die Arbeiter, nur mit Mühe konnte Lassalle die aufgeregte Menge von Excessen zurückhalten, und da seine Vorstellungen bei dem Bürgermeister nichts fruchteten, faßte er nach seiner Gewohnheit kurzen Entschluß und zog, begleitet von der ganzen Versammlung nach dem Telegraphenbureau, wo er direkt an Herrn v. Bismarck eine beschwerende Depesche über das ungesetzliche Verhalten des Bürgermeisters sandte. Die Antwort des Herrn v. Bismarck, die im Sinne Lassalles war, traf zu spät ein¹⁾, die Versammlung konnte nicht fortgesetzt werden, der schlimme Bürgermeister hatte zuvor seinen Zweck erreicht, aber auch gleichzeitig eine ministerielle Rüge davongetragen.

Als im Herbst Lassalle von seiner Reise, die er nach der Schweiz ausgedehnt hatte, zurückkam, war es selbstverständlich, daß er den Minister, an den er damals, ohne ihn persönlich zu kennen, sich telegraphisch gewendet, seinen Besuch machte. Er traf den Minister ein wenig überrascht über seinen plötzlichen Besuch in seinem Arbeitskabinett.

Selten haben sich wohl zwei Männer gegenübergestanden, die bei so viel Ähnlichkeit des Charakters, so gänzlich verschiedene Ziele und Lebensstellungen besaßen. Beide Männer von ungewöhnlichem Geiste und ungewöhnlicher Tatkraft, beide getrieben von einem riesigen, nie zu sättigenden Ehrgeiz, beide rücksichtslos bis zur Berwegenheit, kein anderes Gesetz anerkennend als ihren Willen, beide zur Diktatur geboren, aber der eine als Minister eines Königs von Gottes Gnaden, emporgewachsen aus dem verkommenen Krautjunktum der Mark, das Ideal des Staates im Militärstaat findend, der andere Schriftsteller, ohne jedes Amt, Sohn eines Juden, den Kopf erfüllt mit den Ideen einer sozialistischen Republik.

In seiner chevaleresken ungenirten Weise bot Bismarck seinem Gaste Stuhl und Cigarre, Lassalle so jeder Formalität enthebend. Die Solinger Angelegenheit war mit wenigen Worten erledigt. „Unsere Polizei ist sehr eifrig, mir könnte es selbst ergehen, daß irgend ein Bürgermeister mich arretieren läßt“, scherzte Bismarck. „Sie haben es aber auch ein bißchen stark getrieben,“ fuhr er fort, „unsere Fort-

1) Von einer unmittelbaren Beantwortung des Telegramms war bisher nichts bekannt.

schrittspartei liebt es nicht, wenn man ihr den Spiegel so nahe vor's Gesicht hält.“ Und wie absichtslos zog er dabei einen Stoß Papiere Lassalles Solinger Rede, die inzwischen im Drucke erschienen war, und die jedenfalls das stärkste ist, was jemals gegen die Fortschrittspartei gesagt wurde, hervor. Damit war die Unterhaltung auf das politische Gebiet gebracht, und Lassalle war überrascht, wie genau Bismarck alle seine Schriften und Flugblätter gelesen, selbst das neueste, ein kleines Flugblatt an die Berliner Arbeiter, welches bereits polizeilich konfisziert war, befand sich in Bismarcks Besitz¹⁾. „Aber sagen Sie dem Herrn Untersuchungsrichter nichts davon, sonst läßt er mir es wegnehmen,“ äußerte Bismarck launig.

„Wird die Arbeiterpartei bei den nächsten Wahlen mit der Fortschrittspartei stimmen?“ frug im Laufe des Gesprächs Bismarck²⁾. — „An allen den Orten, wo sie nicht selbständig auftreten kann aus numerischer Schwäche, gewiß, es sei denn da, wo Kandidaten auftreten, die persönlich im Kampfe gegen uns zu feindselig vorgegangen sind, wie z. B. Schulze-Delitzsch, Reichenheim, Löwe-Calbe u. a.“, erwiderte Lassalle.

„Warum stimmen Sie nicht überhaupt mit der konservativen Partei, da wo Sie keine Aussicht haben, Ihre eigenen Kandidaten durchzusetzen? Unsere Interessen sind ja gemeinschaftliche, Sie kämpfen von Ihrem wie [wir] von unserem Standpunkte gegen das Bestreben der Bourgeoisie, die Herrschaft an sich zu reißen?“ Bismarck sprach diese Phrase mit der ungenirten Offenheit, die ihn vor allen seinen Kollegen auszeichnet.

Lassalle lächelte: „Augenblicklich, Excellenz“, replizierte er, mag es so scheinen als sei eine Allianz zwischen der Arbeiterpartei und der konservativen Partei möglich, aber wir würden nur eine kurze Strecke Wegs mit einander gehen, um dann um so erbitterter uns zu bekämpfen.“

„Ach!“ lachte Herr v. Bismarck, „Sie meinen, es kommt dabei nur darauf an, wer von uns der Mann ist, der mit dem Teufel Kirichen essen kann! Nous verrons!“ Damit verließ die Unterhaltung das politische Gebiet. Bismarck erkundigte sich mit Interesse nach den wissenschaftlichen Arbeiten Lassalles, nach der Organisation und Stärke des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und nach Lassalles Freundin, der Gräfin Hatzfeldt, die Bismarck als geistreiche, bedeutende Frau sehr hoch schätzte. Die Unterhaltung mochte dreiviertel Stunden gewährt haben, als Lassalle sich verabschiedete.

Seitdem fanden einige indirekte Berührungen zwischen beiden Männern statt, namentlich durch Lothar Bucher, der damals bereits wegen seines Übertritts in den Staatsdienst verhandelte³⁾. Auch auf der Straße begegneten Beide sich einmal. Im Laufe des Gesprächs nahm Bismarck Lassalles Arm und so wanderten beide die Leipziger Straße entlang. Dicht an der Wilhelmstraße fiel Bismarck diese Situation auf. Lachend sagte er: „Wenn uns jetzt ein Mitglied der Fortschritts-

1) Vom 14. Oktober 1863, am 17. oder 18. Oktober ausgegeben.

2) Über die sich daraus ergebende Datierung dieses Besuches vgl. meinen „Lassalle“. S. 388.

3) BUCHER trat am 1. Dezember 1864 in das Auswärtige Amt. Die Vorverhandlungen hatten sich längere Zeit hingezogen.

partei begegnet, steht morgen unsere angebliche Allianz in allen Zeitungen. Mir kann's nicht schaden!" „Mir auch nicht,“ erwiderte Lassalle. „Ich bin daran gewöhnt, täglich die albernsten Lügen über mich zu lesen.“ In der That erwarb sich die Berliner „Volkzeitung“ das zweifelhafte Verdienst, diese Arm-in-Arm Scene zu einer Allianz umzubilden.

Ein zweiter¹⁾ und letzter Besuch Lassalles bei Bismarck fand im Sommer 1864 statt. Lassalle hatte mehrere Beschwerden gegen untere Behörden, die hier und da den allgemeinen Arbeiterverein maßregeln, anzubringen und liebte es, derlei Dinge kurz und persönlich abzumachen. Der schleswig-holsteinische Krieg war soeben siegreich beendet und selbstverständlich wendete sich das Gespräch bald dieser brennenden Frage zu.

Lassalle erinnerte Bismarck daran, daß er bereits im Jahre 1859 die Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen gefordert und heute noch dieselbe Ansicht vertritt.

„Das wird sehr schwer sein,“ erwiderte Herr v. Bismarck, „Oesterreich hat das Interesse dort einen neuen Kleinstaats zu gründen und bewacht unsere Politik mit Argusaugen.“

„Dann müssen Sie gegen den Willen Oesterreichs annectiren“, rief Lassalle.

„Das wäre der Krieg mit Oesterreich,“ antwortete Herr v. Bismarck.

„Aber dieser Krieg ist unvermeidlich, früher oder später kommt er doch“, meinte Lassalle.

„Wohl möglich, aber jetzt, wo wir im eigenen Hause noch den Krieg mit dem Abgeordnetenhaus haben, ist er für uns unmöglich,“ sagte Herr v. Bismarck.

„Dann oktroyiren Sie das allgemeine direkte Wahlrecht und die Fortschritts-partei ist besiegt.“

„Ja, aber gleichzeitig hieße es den Eid auf die Verfassung brechen.“

„Die Verfassung ist nicht rechtsbeständig, der Eid nicht bindend,“ erwiderte Lassalle.

„Aber der König sieht sich gebunden, und wird nie seine Zustimmung zu einem offenen Verfassungsbruch geben. Nur auf dem Wege der Bundesreform²⁾ läßt diese und die schleswig-holsteinische Frage sich lösen.“

Herr v. Bismarck entwickelte nunmehr ausführlich einen Bundesreformplan, wonach er das allgemeine direkte Wahlrecht proklamiren und alle Deutschen, ohne Unterschied der Geburt, für wählbar in den preußischen Landtag erklären wollte. Ähnlich wie Cavour es seiner Zeit mit dem piemontesischen Parlament gemacht. Lassalle fand dieses Projekt halb und unausführbar, und der Gedanke beschäftigte

1) Das ist ein Irrtum. Nach dem ersten Besuch sind jedenfalls mehrere erfolgt, wenn auch ihre Zahl nicht festzustellen ist. So ergibt sich eine Besprechung am 12. Januar 1864 aus dem Briefe LASSALLES AN BISMARCK vom 13. Januar 1864. Da LASSALLE am 8. Mai 1864 Berlin verließ, mußte dieser letzte Besuch vor diesem Termin stattgefunden haben.

2) Die grundsätzliche Ablehnung des preußischen Oktroyierungsplanes und sein Ersatz durch den Bundesreformplan erledigt sich dadurch, daß BISMARCK im nächsten Absatz des Gespräches völlig zu den im Texte erörterten Voraussetzungen der Oktroyierung in Preußen zurückkehrt.

ihn lebhaft, denn als er einige Monate später in Genf eintraf, wo er seinen Tod finden sollte, erzählte er seinen Freunden, darunter dem Schreiber dieser Zeilen, jene Unterredung und Bismarcks Plan. Durch indirekte Vermittlung gelangte das Projekt Bismarcks im Frühjahr 1865 in die „Breslauer Zeitung“¹⁾ und gab wieder Anlaß zu Aufsehen. Die Regierungsorgane bezeichneten die Idee als verfrüht²⁾.

Als Lassalle sich bei Herrn v. Bismarck verabschiedete, sagte er ihm: „Ich werde die Annexion Schleswig-Holsteins in mein Programm aufnehmen.“

Herr v. Bismarck lächelte: „Vielleicht daß dieser Punkt Ihres Programms in Erfüllung geht, wenn auch jetzt nicht, doch später.“

In der Tat war es Lassalles Absicht, am 21. September 1864 eine große Volks- und Arbeiterversammlung in Hamburg zugunsten der Annexion abzuhalten; sein am 31. August 1864 erfolgter Tod hinderte ihn daran und die Agitation unterblieb. Das war der letzte Besuch Lassalles bei Herrn v. Bismarck, der insolge dessen namentlich Lothar Bucher und Wagener gegenüber sich oft mit größter Anerkennung über Lassalle aussprach. Seinen Tod bedauerte er sehr und sprach der Gräfin Haysfeldt gegenüber sein innigstes Beileid aus, ebenso wie er, gelegentlich der Zusammenkunft in Gastein, sich mit Lassalles Schwager, dem verstorbenen Ritter von Friedland, gern über den Toten unterhielt und sich Züge aus dessen Jugend erzählen ließ.

1) Vgl. Beilage I.

2) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung in einer Polemik gegen die Kölnische Zeitung.

Ein Manifest über die nationale Frage aus den Anfängen der österreichischen Arbeiterbewegung.

Mitgeteilt und eingeleitet von
Julius Bunzel (Graz).

Österreich entstand aus Gründen der äußeren, nicht aus Gründen der inneren Notwendigkeit. Die Sehnsucht der Habsburger nach Stärkung ihrer Hausmacht, der Zwang zu gemeinsamer Abwehr feindlicher Angriffe, das Bedürfnis nach Schaffung eines größeren einheitlichen Wirtschaftsgebietes hat Länder und Stämme zusammengeführt, deren nationale Interessen weit auseinander liegen. Solange das dynastische Prinzip übermächtig herrschte, das Wort der Völker nicht gehört, ihr Sinnen und Trachten nicht beachtet wurde, war indessen naturgemäß auch der nationale Gedanke nicht kräftig genug, um auf die Regierung des Staates Einfluß zu üben. Deutsches und tschechisches, magyarisches und kroatisches, italienisches und südslawisches Volksempfinden wurde gleich wenig berücksichtigt, blieb gleich unbeachtet. Als jedoch 1848 die Völker ihren Anteil an der Leitung ihrer Geschicke forderten und mit der Zeit auch erhielten, trat erklärlicherweise die Verschiedenheit ihrer nationalen Interessen immer schärfer hervor. Und die Gegensätze machten sich umso stärker fühlbar, je weniger die Regierungen anfangs auf ihre Milderung Bedacht nahmen, je mehr sie das Gegeneinanderausspielen der Völker zu ihrem festesten Grundsatz erhoben. Die Demokratie hatte sogleich nach einem Heilmittel gesucht. Schon 1848 war der Gedanke der nationalen Autonomie aufgetaucht und die Verfassung, die der Kremsierer Reichstag den Völkern Österreichs zu geben gedachte, bot mit ihrer Einteilung der Länder in national-einheitliche Kreise die Möglichkeit friedlichen Nebeneinanderlebens der einzelnen Völker. Allein der Gedanke der nationalen Autonomie blieb unausgeführt, der Kremsierer Reichstag wurde auf Betreiben der Fürsten SCHWARZENBERG und WINDISCHGRÄTZ aufgelöst und dem nationalen Streit durch gelegentliche Begünstigung der Tschechen auf Kosten der Deutschen, der Südslawen auf Kosten der Italiener immer wieder neue Nahrung verliehen.

Nachdem 1866 auf den böhmischen Schlachtfeldern die Unfähigkeit des alten Regimes auch dem blindesten Auge sichtbar geworden, als Österreich aus Deutschland und Italien gedrängt und aller Vorlande verlustig worden war, war freilich die Notwendigkeit einer freiheitlicheren Ausgestaltung der österreichischen Verfassung neuerlich in den Vordergrund getreten. Ein fortschrittlicheres Vereins- und Versammlungsgesetz wurde 1867 erlassen und damit auch der Arbeiterschaft die Möglichkeit politischer Betätigung

gegeben. Sie hat die Gelegenheit rasch und eifrig genutzt, so daß man anfangs sogar hoffen durfte, sie würde den nationalen Parteien ein gewisses Gegengewicht bieten können. Auch der damalige Minister des Innern im Bürgerministerium, GISKRA glaubte, es sei bei der Beurteilung der Arbeiterbewegung in der wiederholt zutage getretenen Opposition gegen den Nationalitätenhader ein gelegentlich vielleicht selbst nutzbar zu machendes Agens nicht zu übersehen ¹⁾.

Allein an der Spitze der Bewegung standen leider vornehmlich Ausländer wie HARTUNG und OBERWINDER, welche die besonderen Verhältnisse Österreichs nicht hinreichend kannten, und das nationale Empfinden, zumindest bei den Nichtdeutschen, als etwas rückständiges völlig mißachten zu können glaubten. So kündigte es sich denn — geschürt von den konservativen Parteien — bald auch in der Arbeiterschaft umso vornehmlicher an. Schon Ende April 1868 war in Wien ein böhmisch-slawischer Arbeiterverein entstanden, dessen Verhandlungssprache die tschechische war, und anfangs Mai wurde ein Bildungs- und Unterstützungsverein der polnischen Arbeiter und Handwerker gegründet, dem nur polnische Arbeiter oder Handwerker, diese aber ohne Unterschied der Religion und Beschäftigung beitreten konnten. In einem amtlichen Berichte über die Arbeiterbewegung in den Monaten Oktober und November 1868 ²⁾ aber geschieht auch bereits slawischer Arbeiterbildungsvereine in Prag und Brünn Erwähnung, die numerisch stark seien und bei denen die nationalen Tendenzen zuweilen sogar „lähmend auf die Entwicklung der sonst in diesen Vereinen gepflegten Keime volkswirtschaftlicher Entwicklung zu wirken scheinen.“

Tatsächlich wurde auch die tschechisch-nationale Strömung in der tschechischen Arbeiterschaft immer stärker und suchte seit dem Beginne des Jahres 1869 selbst in dem rein wirtschaftlichen Zwecken dienenden großen Arbeiter-Spar- und Konsumvereine „Oul“ immer kräftiger durchdringen. Dieser Verein konnte im übrigen eigentlich von allem Anfange an kaum als national indifferent gelten. Denn schon in der ersten Versammlung am 1. März 1868 hatte sein Gründer Dr. CHLEBORAD erklärt ³⁾: „Was den Deutschen frommt, kann uns nicht dienen, worin man in Wien sich gefällt, „könnte in Prag nachteilig wirken. Wir haben ein anderes Volk, andere „Verhältnisse, andere Bedürfnisse vor uns und werden weder mit SCHULZE-„DELITSCH noch mit LASSALLE, sondern unseren eigenen Weg gehen, den „uns die Interessen unseres eigenen Volkes, das Wohl des tschecho-slawischen „Volkes vorschreiben. Unser Weg darf sich von jenem der ganzen Nation „nicht trennen“. Da nimmt es denn gewiß nicht wunder, daß der Vorsitzende eins am 30. Mai 1869 in Prag abgehaltenen, von angeblich 4000 Arbeitern besuchten Meetings der „nationalen Opposition in der Arbeiter-

1) Aus einer Zuschrift dieses Ministeriums an das Ministerium für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit, vom 12. Mai 1869. (Archiv des Ministeriums des Innern, Fasz. 15.)

2) Ebenda Fasz. 15.

3) Nach einem Bericht im Prager Stadthaltereiarhiv.

schaft“ sogar den Hussitismus verteidigte, da sich die Nation zu demselben Kampfe für dieselbe Sache rüste und bei diesem Kampfe auch die Arbeiter nicht fehlen dürften, die ja auch „Söhne der glorreichen tschechischen Nation“ seien. Diese Versammlung stellte sich denn auch völlig auf den tschechisch-nationalen Standpunkte und nahm eine Entschliebung an, die in folgende Worte ausklang: „Wir erkennen, daß nur in einer freien Nation die Arbeiter ihre Freiheit erlangen können, wir erkennen, daß wir nur von der eigenen Nation und von der autonomen Vertretung des Königreiches Böhmen Unterstützung und Hilfe anhoffen können, und deshalb erklären wir, daß wir tschechische Arbeiter als treue Söhne unserer Nation dormalen vor allem in der Befreiung unseres Vaterlandes Heil und Besserung unserer Lage suchen. Wir erklären öffentlich und feierlich, daß wir mit allen gesetzlichen Mitteln ja selbst mit unserem Blut und unserem Leben zur Erwerbung der Selbständigkeit der böhmischen Krone behilflich sein wollen und werden, wie sie durch die heiligen Versprechungen, Eide und Verträge unserer Könige verbürgt ist. Dazu helfe uns Gott! Na zdar“¹⁾.

Doch selbst in der Steiermark planten einige slawische Arbeiter die Gründung eines slowenischen Sondervereins und man verlangte — freilich ohne Erfolg — sogar die Wahl von Slowenen in den Ausschuss des Grazer Arbeiterbildungsvereines „Vorwärts“. In der gemischtsprachigen steierischen Stadt Marburg aber forderte der Obmann des dortigen Arbeiterbildungsvereines, FRANZ WIESTHALER, die Arbeiter geradezu auf, ihr Volkstum zu wahren, weil die politische Freiheit, wenn sie verloren gegangen sei, wieder erlangen werden könne, die verlorene Nationalität aber nicht²⁾.

In Triest wieder verwendete man bei den Festlichkeiten, die dort Mitte Juni 1870 anlässlich der Einweihung der Vereinsfahne der „Societa Operaja“ stattfanden, zur Ausschmückung des Theaters zwar durchweg zweifarbige Fahnen, „allein die Zusammenstellung war eine so sinnreiche, daß die (dort verbotene) italienische Tricolore resultierte“³⁾.

So gibt es denn genug der Zeichen, daß das Manifest des leitenden Komitees des V. Wiener Arbeitertages vom 10. Mai 1868 das von „abgetanenenen Nationalitätssonderzuständen“ sprechen zu können glaubte, selbst in der Arbeiterschaft von allem Anfange an auf manchen Widerspruch gestoßen sein mag. Man hat den Fehler, den man mit dieser Bagatellisierung der nationalen Frage beging, auch bald eingesehen. Immerhin ist das Manifest als erste offizielle Äußerung der sozialdemokratischen Partei über die nationale Frage, die in den Anfängen der modernen österreichischen Arbeiterbewegung laut wurde, wichtig genug, um im Wortlaute festgehalten zu werden⁴⁾.

1) Bericht, ebenda.

2) Vgl. BUNZEL, Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Steiermark. Leipzig 1913. S. 26 und 50.

3) Bericht der Triester Polizeidirektion vom 13. Juni 1870. (Archiv der Triester Statthalterei.)

4) Ein Original findet sich im Archive d. Minister. d. Innern in Wien; ein tschechisches Exemplar im Archive der Brünnener Statthalterei.

Manifest an das arbeitende Volk in Oesterreich.

Brüder! Seit dem Ende des vorigen Jahres, wo Oesterreich ein Vereins- und Versammlungsrecht erhielt, haben sich die Arbeiter Wien's jener sozialen Bewegung angeschlossen, welche zum Zwecke hat, das arbeitende Volk in jeder Beziehung auf gleiche Stufe mit den jetzt bevorrechteten Klassen zu heben. Demgemäß soll nicht mehr der Besitz für den Genuß staatlicher Rechte maßgebend sein, und bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten sollen nicht mehr bloß die Besitzenden Sitz und Stimme haben.

Der Staat muß vollständig auf demokratischer Grundlage eingerichtet werden. Die Grundbedingung hiezu ist die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechtes. Ist das ganze Volk in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten, so werden die Arbeiter allmählich in den Stand gesetzt werden, die Produktion bald selbst in die Hand zu nehmen, anstatt, wie bisher, mit einem lärglichen kaum zur Erhaltung des Lebens hinreichenden Lohn abgefunden zu werden. Die entsetzlichen Folgen der steigenden Kapitalsherrschaft einerseits und die stets zunehmende Massenarmut andererseits machen den Aufschwung, die wahre Freiheit unmöglich und führen schließlich zum Despotismus.

Es muß daher zugleich mit dem Erlangen der politischen Freiheit und mit der Erlangung des demokratischen Volksstaates die Emanzipation der arbeitenden Klassen vom Kapital angestrebt, durch zeitige Agitation und Aufklärung die Masse der Arbeiter vor planlosen Kämpfen bewahrt und die Bewegung in feste Bahnen zu bestimmten Zielen gelenkt werden.

Der Sieg dieser Bestrebungen ist der wahre Vorteil aller Klassen. Das arbeitende Volk der Reichs-Hauptstadt Wien ist sich der Pflichten bewußt, die es gegen seine Mitbrüder in den einzelnen Landesteilen Oesterreichs zu erfüllen hat. Denn es weiß, daß von seiner Haltung und von seinem energischen Vorgehen das Geschick des Volkes in den einzelnen Ländern abhängt. Umgekehrt würden die Bewohner der verschiedenen Länder eine schwere Pflichtverletzung begehen und der zu erreichenden Freiheit in den Weg treten, wollten sie nicht auf das kräftigste sich an das Volk Wien's anschließen und es nicht in jeder Hinsicht unterstützen.

Nur als einiges geschlossenes wohlgegliedertes Heer kann das Volk auf den Sieg der Freiheit, auf den Sieg der Idee der Gleichberechtigung hoffen.

Wien hat von dem spärlich zugemessenen Vereins- und Versammlungsrechte den umfassendsten Gebrauch gemacht und mit unablässiger Tätigkeit auf zahlreichen Versammlungen die Erkenntnis der sozialen Lehren verbreitet. Weil aber zum Erreichen des vorgesteckten großen Zieles die vollständige Freiheit der Rede in Wort und Schrift nötig ist, werden Schritte getan, um die völlig ungehinderte Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit zu erringen.

Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einmige, kompakte und Achtung gebietende Masse da, welche die Vorurteile der Religions- und Nationalitäts-Verschiedenheit über Bord geworfen hat.

Vergeblich versuchte die Reaktion die Eintracht des arbeitenden Volkes der Hauptstadt zu stören, ihr Bestreben, die tschechischen und polnischen Arbeiter in separaten Vereinen zu organisieren, scheiterte vollständig.

Am 5. April d. J. wurde auf einer von Arbeitern aller Nationalitäten besuchten Arbeiterversammlung mit Einstimmigkeit der Versuch einer Zerspaltung nach Nationalitäten als reaktionäres Manöver bezeichnet und der Beschluß gefaßt, das arbeitende Volk in den einzelnen Landesteilen sowohl über die Bestrebungen der Wiener Arbeiterschaft aufzuklären, als auch auf die im Nationalitätenhader für die Freiheit liegenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Wer das arbeitende Volk für die Aufwärmung abgetaner Nationalitätsfondenzustände benützen will, der sucht es zu verhindern, seine eigene Befreiung zu vollziehen. Die Zeit der Nationalitätenabsonderung ist vorüber. Das Nationalitätsprinzip steht heute nur auf der Tagesordnung der Reaktionäre. In Deutschland vermochte das Bürgertum in seiner Ohnmacht und Apathie nicht die Einheit herzustellen. Dagegen benützte Graf Bismarck die deutsche Einheitsidee zu Gunsten des preussischen Absolutismus.

Die nationale Wiederherstellung Polens wurde zum Teile durch die Sonderstellung des jehigen Adels vereitelt, wie dies das Jahr 1863 beweist, und die Vorkämpfer der tschechischen Nationalität gehen Hand in Hand mit dem genuß- und herrschsüchtigen Klerus.

Heute handelt es sich darum, das arbeitende, das produzierende Volk zu erlösen, indem es zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft und im Staate emporsteigt. Der Arbeitsmarkt kennt keine Nationalitätsgrenzen, der Weltverkehr schreitet über alle Sprachgrenzen hinweg. Das überall herrschende Kapital, dessen Ausdruck und Maßstab das Geld ist, kümmert sich nicht um die vermeintliche Abstammung. In den Werkstätten arbeiten unter gleichen Bedingungen die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten neben einander und müssen sich den gleichen wirtschaftlichen Gesetzen fügen. Unser Bestreben geht nach vorwärts, unser Blick richtet sich in die Zukunft. Wir gehen der Zeit entgegen, wo das gleiche Recht alle zivilisierten Menschen umschließen soll.

In früheren Zeiten konnte man mit dem Volke machen, was man wollte. Heute dagegen, wo mehr geistiges Licht in die Massen gedrungen ist, dürfen wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Bevölkerung Oesterreichs sich ebensowenig durch Nationalitäts- als durch päpstliche Streitigkeiten zerspalteln und in der alten Abhängigkeit erhalten läßt.

Aus diesen Gründen richten wir gegenwärtiges Manifest in verschiedenen Sprachen an die Bevölkerung der einzelnen Landesteile Oesterreichs und laden sie ein, sich auf das innigste uns anzuschließen und uns nach Kräften zu unterstützen. Möge unser Ruf kein vergeblicher sein!

Um zugleich das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Arbeiter zu heben, werden wir ein Arbeiter-Verbrüderungsfest in Wien abhalten.

Wir wollen, daß ganz Oesterreich auf diesem Feste vertreten ist, und werden wir deshalb das Nähere hierüber bekannt geben.

Für das leitende Komitee des 5. Arbeitertages in Wien.

Franz Gallistl
Obmann

Adolf Reiß
Schriftführer

Johann Reißl
Kassier.

H. M. Hyndman's Erinnerungen¹⁾.

Von
Ed. Bernstein (Berlin).

In der Bewegung des zeitgenössischen Sozialismus des britischen Reiches nimmt H. M. HYNDMAN einen eigenartigen Platz ein. Er darf Anspruch darauf erheben, mehr als irgend ein anderer in Wort und Schrift dazu beigetragen zu haben, daß England nach der fast dreißigjährigen Pause, die dem Zusammenbruch des Chartismus folgte, wieder eine organisierte sozialistische Bewegung erhielt. Er ist vielseitig gebildet, belesen, rednerisch wie schriftstellerisch erheblich über den Durchschnitt begabt, unermüdlich tätig, ökonomisch unabhängig, und seine politische Ehrlichkeit steht außer allem Zweifel. Kurz, er verkörpert eine Sammlung von Eigenschaften und Leistungen, auf Grund deren man folgern könnte, daß er heute jenen Einfluß auf die sozialistische Bewegung seines Landes ausüben müsse, den seinerzeit — um nicht Lebende heranzuziehen — die AUER, die LIEBKNECHT, die SINGER in Deutschland ausgeübt haben. Aber die Wirklichkeit sieht hier anders aus. Wohl sind ihm, als er im März 1912 seinen 70. Geburtstag feierte, von Vertretern aller Fraktionen der englischen Sozialdemokratie Huldigungen zu Teil geworden: man hat ihn mit Ehrenbezeugungen aller Art überhäuft, ihm den Titel eines *grand old man* des englischen Sozialismus gern zuerkannt oder mindestens gegönnt. Aber als ihren politischen Führer erkennt ihn nur eine kleine Minderheit der englischen Sozialisten unsrer Tage an, und selbst in seiner eigenen Fraktion ist er, trotz seiner geistigen Frische, heute mehr Paradeppferd als Lenker. So hat gerade in allerneuester Zeit der Vollziehungsausschuß der British Socialist Party, wie der Name seiner Fraktion jetzt ist, wegen einiger Artikel von ihm über die auswärtige Politik und die Rüstungen Englands öffentlich scharf gegen ihn Stellung genommen.

Nun sind freilich auch anderwärts politische Führer zeitweilig mit der eigenen Partei in Widerspruch geraten, und der Fehler ist in solchen Fällen nicht notwendig bei den Ersteren zu suchen. Im vorliegenden Fall würde ich sogar das Umgekehrte behaupten, wenn H. nicht einen richtigen Gedanken

1) HENRY MAYERS HYNDMAN, *The Record of an adventurous Life*. 8°. X — 460 S.; Derselbe, *Further Reminiscences*. 8°. IX — 545 S. London, Macmillan and Co, Limited 1911/1912 (à 15 sh.).

durch Übertreibungen und irrationelle Motivierungen zu einer Unmöglichkeit für eine sozialistische Partei gestaltet hätte. Die Sache ist so sehr bezeichnend für den Mann, dessen Lebensgeschichte und Lebenserinnerungen wir in den vorliegenden zwei Bänden vor uns haben, und für seine Stellung in der sozialistischen Bewegung Englands, daß man sie gut zum Ausgangspunkt für die Besprechung dieser Bücher nehmen kann.

In Zuschriften an die schutzzöllnerische „Morning Post“ hat H. die Ansicht verfochten, daß England unter den heutigen weltpolitischen Verhältnissen seine Überlegenheit zur See aufrechterhalten müsse. Das ist bei ihm kein Abweichen von einem früher vertretenem Standpunkt, denn er hat sich von jeher zu dieser Ansicht bekannt. So schrieb er am Jahreschluß 1898 in der von ihm herausgegebenen „Justice“: „Unsere Existenz als eine Nation „von freien Menschen hängt von unserer Überlegenheit zur See ab. Dies „kann von keinem andern Volk der Gegenwart gesagt werden. So sehr wir „Sozialisten naturnotwendig Gegner von Rüstungen sind, müssen wir doch die „Tatsache anerkennen.“ Damals hat dieser Satz kein sonderliches Aufsehen gemacht. Mutatis mutandis haben auch die Sozialisten anderer Länder die Wehrhaftigkeit des eigenen Landes gegen auswärtige Feinde als notwendig anerkannt. Ihre Opposition richtete sich nicht gegen die Ausbildung und Ausrüstung einer Land- und Seemacht schlechthin, sondern gegen deren Größe und die staatsrechtliche Stellung und innere Verfassung von Heer und Flotte. Die Ablehnung von Rüstungsausgaben gründete sich prinzipiell auf die politische Stellung zur Regierung oder dem Regierungssystem. Bis in die jüngste Zeit hinein ist keine der festländischen sozialdemokratischen Parteien über diese Gegnerschaft zur Rüstungsfrage hinausgegangen. Erst in den letzten Jahren haben Anschauungen, wonach die Parteien der Arbeiter sich unter allen Umständen und Gesichtspunkten zu den Rüstungen grundsätzlich ablehnend verhalten müssten, in der Sozialdemokratie Boden gefaßt und namentlich in England leidenschaftliche Verfechter gefunden. In bezug auf diese grundsätzliche Stellungnahme würde von H. also nur gesagt werden können, daß er mit der Entwicklung seiner Partei nicht Schritt gehalten habe. Und so stellt er es auch im Vorwort zum I. Band der Erinnerungen hin. Er schreibt da: „In jener unruhigen Epoche geboren, wo die bewaffnete Erhebung „unterdrückter Nationen die hoffnungsvollste Erscheinung der Entwicklung „Europas war, habe ich den Tag erlebt, wo der Pazifismus bei seinen eifrigeren „Verfechtern einen solchen Höhegrad erreicht hat, daß mannhafter Widerstand „gegen militaristische Angriffe als Verrat an der Demokratie betrachtet wird. „Diese Ansicht ist nach meiner Überzeugung im höchsten Grade kleinmütig „und verächtlich. Solang ich eine Rede halten oder eine Feder führen kann, „werde ich nicht aufhören sie zu bekämpfen. Ein energischer und hartnäckiger „Feind des Kapitalismus und Imperialismus allerorts, halte ich, seit mehr als „dreißig Jahren Sozialdemokrat, die Ansicht aufrecht, daß eine Nation, die „sich weigert die Opfer zu bringen, die erforderlich sind, ihren Einfluß im „Ausland aufrecht zu erhalten und ihren Verträgen Geltung zu sichern, un- „wert ist und auch außer Stande bleiben muß, daheim für sich selbst ökonomisch

„mische und soziale Freiheit zu erkämpfen. Und dies trifft ganz besonders „in bezug auf meine Landsleute zu.“ (Vorwort S. V/111.)

Diese Sätze können leicht als Entschuldigung für allerhand nationalistisch-chauvinistische Maßnahmen gedeutet werden. Man würde aber H. Unrecht tun, wenn man ihn auf Grund ihrer für einen mehr oder weniger versteckten englischen Jingo erklären wollte. Sein Nationalismus geht nicht über das Maß dessen hinaus, was noch mit einem guten Internationalismus vereinbar ist. H. ist durchaus nicht in höherem Grade Nationalist, als KARL MARX und GIUSEPPE MAZZINI es waren, in denen er seine politischen Lehrmeister verehrt. Ja, er neigt in bezug auf die Nationalitätenfrage noch mehr zu dem von naturrechtlicher Ideologie beherrschten MAZZINI als zu MARX, der das Recht der Nationalität dem Recht der sozialen Revolution im großen entwicklungstheoretischen Sinne unterordnete. In seiner Jugend allerdings von der Auffassung beherrscht, daß die englische Herrschaft den England unterworfenen Völkern zum Segen gereiche, führt er seit mehr als zwanzig Jahren ohne Nachlaß einen heftigen Feldzug gegen die Regierung Indiens durch englische Beamte, von der er behauptet, daß sie die Ursache zunehmender Verelendung der Eingeborenen Indiens sei. Die radikalsten Bestrebungen von Indern gegen die englische Verwaltung finden bei ihm bereitwillige Unterstützung. Ebenso hat er zur Zeit des Burenkrieges gegen die damals entfesselte Hochflut nationaler Leidenschaft in einer Weise für die Buren Partei ergriffen, die vielleicht von Übertreibungen nicht frei war, aber dem freiheitlich denkenden Engländer nur zur Ehre gereichen konnte. Der Patriotismus, zu dem er sich bekennt, hat mit der Sorte des „Mein Land, ob es Recht oder Unrecht hab“ nichts gemein. „Der Pazifismus und Anti-nationalismus — schreibt er mit Bezug auf seine damalige Haltung — „finden keinen Anwalt in mir. Aber unser Angriff auf die südafrikanischen „Buren war ebenso unpolitisch und nachteilig, wie er unmoralisch und feig „war. Die Folgen unserer Handlungsweise haben sich gezeigt, als Österreich „mit der Annexion von Bosnien und der Herzogowina die Bestimmungen des „Berliner Vertrags beiseite schob, unser Verbündeter Japan skrupellos sich „Koreas bemächtigte, sowie darin, daß unser lieber Freund Rußland in Per- „sien und Zentralasien nach Belieben schaltet und waltet. Unsere Hühner „von 1899 und 1900 haben sich als Geier niedergelassen, und noch ist kein „Ende davon abzusehen.“ (I, 166/167.)

Wenn H. also durchaus kein Hetzpatriot ist, oder wie man das Wort Jingo sonst übersetzen will, so ist er jedoch von der Notwendigkeit überzeugt, England in der Position einer Großmacht zu erhalten. Mit allen seinen Untugenden und Rückständigkeit sei dieses immerhin in Europa ein Hüter freiheitlicher Überlieferungen und müsse darum und im Interesse der Sicherheit seiner Nahrungsmittelzufuhren stark bleiben. England und Frankreich repräsentieren nach ihm die demokratischen, Deutschland, Österreich und Rußland die monarchistisch-bürokratischen Tendenzen. Er kann es dem verstorbenen König EDUARD VII. nicht hoch genug anrechnen, daß er die „Entente cordiale“ Englands mit der französischen Republik zustande gebracht habe. Bitter

habe er es seinerzeit bedauert, erzählt er, daß der Einfluß des deutschen Hofes es verhindert habe, daß England nach der Katastrophe von Sedan Deutschland Einhalt gebot, und mit großen Befürchtungen habe es ihn erfüllt, daß das Vorgehen Englands in Südafrika und Hetzartikel der englischen Jingo-Pressen gegen die französische Kritik jenes Vorgehens in den Jahren 1899/1900 eine enge Freundschaft zwischen Frankreich und England unmöglich zu machen drohten. Um so größer sei das Verdienst EDWARDS, daß er in jenen Tagen internationalen Mißverständnisses keine Gelegenheit verabsäumt habe, seine Freundschaft und Neigung für Frankreich kund zu geben, und nicht gerastet habe, bis durch seinen Einfluß als Thronfolger und dann König das erfreuliche herzliche Einvernehmen mit der französischen Republik erzielt worden sei.

Bis soweit in keinem Widerspruch mit den allgemein von der Sozialdemokratie verfochtenen Grundsätzen, führt diese Argumentierung doch dadurch von ihnen hinweg, daß sie die weltpolitische Seite der „Entente cordiale“ außer Betracht läßt. Nicht daß H. blind gegen sie wäre oder sie ohne Vorbehalte akzeptierte. Seine Franzosenfreundschaft soll nicht auch Freundschaft mit dem zarischen Rußland heißen. Das ist jedoch eine Einschränkung, die sich wohl gedanklich vornehmen, aber in der Praxis nicht durchführen läßt. Sie nötigt da zu allerhand Fiktionen und Kompromissen zweifelhafter Art. H.s Auslassungen über weltpolitische Fragen machen infolgedessen oft den Eindruck der Schiefheit oder Unrealität, der noch verstärkt wird, wenn er sie in der Gestalt von Einsendungen an Blätter wie die „Times“ und „Morning Post“ zum Besten gibt. Die Brandmarkung des deutschen Reiches als gefährlichste Vormacht des Militarismus in Europa trägt naturgemäß ein anderes Gesicht, je nachdem sie in einem Organ von unzweideutig internationaler Tendenz oder in Blättern geübt wird, die den englischen Militarismus oder Marinismus propagieren. Die Mitarbeit von Sozialisten an bürgerlichen Blättern ist in England nicht verpönt, auch andere Sozialisten lassen sich in bürgerlichen Blättern vernehmen. Aber soweit sie dort nicht nur journalistische Tagelöhner verrichten, bedienen sie sich jener Blätter, um in ihnen die Anschauungen ihrer Partei zu verfechten. H. dagegen liebt es nicht nur, in den großen bürgerlichen Zeitungen seine von den Anschauungen der eigenen Partei abweichenden Ansichten zu entwickeln, sondern nimmt auch keinen Anstand, in deren Spalten an andersdenkenden Sozialisten eine keineswegs immer sachliche Kritik zu üben. Daran gewöhnt, vor den Lesern der „Morning Post“ und „Times“ sein volles Herz auszuschütten, mag er es daher nicht empfunden haben, was es hieß, dort in einem Moment europäischer Spannung zu erklären, England müsse gegen Deutschland auf der Hut sein und gegen diesen Störenfried seine Flotte in starker Überlegenheit halten. Aber man versteht, daß die große Mehrheit des Vollziehungsrats seiner Partei es empfand und sich veranlaßt fühlte, öffentlich seine Mißbilligung jener Erklärungen auszusprechen.

Der Mangel an Maaßgefühl, der uns in diesem Falle entgegentritt, ist nun keine Ausnahmeerscheinung bei H., sondern ist der naturgemäße Ausfluß seiner

ganzen Geistesanlage und Gemütsdisposition. H. vereint in sich die widersprechendsten Eigenschaften. Wie er in der Praxis kein seelisches Hindernis findet, die Betätigung als spekulierender Börsenbesucher mit der Stellung des Führers einer revolutionären sozialistischen Partei zu verbinden, so ist er in seinem politischem Denken zugleich Realist und Phantast und als sozialistischer Theoretiker Evolutionsmensch und Utopist in Einem. Und dieser Unausgeglichenheit im Denken entspricht eine hochgradige Unstetigkeit des Temperaments. Im allgemeinen jovial, ist er Anfällen hektisch-hysterischer Erregung ausgesetzt, in denen er sich zu den ärgsten Geschmacklosigkeiten und zu Behauptungen von zweifelhaftester Wahrheit hinreißen läßt. Wenn die Socialdemocratic Federation, deren Hauptbegründer er sich nennen darf, nach noch nicht drei Jahren Existenz sich schon spaltete, wenn dieser Bund im Laufe der dann folgenden Jahre bei Weitem nicht so viel tausend Mitglieder festzuhalten vermocht hat, als sich zehntausende in seine Listen haben eintragen lassen, so sind die Widersprüche in H.s Denken und seine Launenhaftigkeit im Handeln in nicht geringem Maße mit dafür verantwortlich zu machen.

H. ist der einzige englische Sozialist, der KARL MARX persönlich kennen gelernt hat. Durch einen türkenfreundlichen englischen Konservativen, das damalige Parlamentsmitglied BUTTLER-JOHNSTONE, mit MARX's „Kapital“ bekannt gemacht und durch den im Jahre 1879/80 in London lebenden deutschen Sozialisten KARL HIRSCH bei MARX eingeführt, hat er diesen ziemlich häufig besucht und mit ihm viel über Fragen der Politik und der sozialistischen Theorie gesprochen. Er hat auch unzweifelhaft Manches von MARX gelernt. Seine ökonomische Hauptschrift „The Economics of Socialism“ kann sich mit den meisten deutschen Popularisierungen von MARX messen. Aber es ist gut gelerntes marxistisches Wissen, was der Leser aus H.s Schriften empfängt, eine selbständige Verarbeitung der Theorie, ein tieferes Eindringen in ihren Geist tritt in ihnen nicht zutage. Um so heftiger und hochfahrender werden von ihm die Kritiker der MARX'schen Ökonomie abgetan. Ein BÖHM-BAWERK z. B. ist für H. ein „Halbwisser dritten Ranges und Silbenstecher (I, 271). MARX selbst scheint jedoch, wie wir aus seinen Briefen an F. A. SORGE und andere wissen, keine sehr hohe Meinung von H.s wissenschaftlichen Fähigkeiten gehabt zu haben — er nennt ihn im Brief an SORGE vom 15. Dezember 1881 „ein schwaches Gefäß“ — und FRIEDRICH ENGELS schrieb später von H.: er habe es verstanden, aus der MARX'schen Theorie der Arbeiterbewegung ein Sektendogma zu machen.

Wie seinen Beziehungen zu MAZZINI, den er in der zweiten Hälfte der 60er Jahre kennen gelernt hatte, widmet H. seinen Beziehungen zu KARL MARX ein besonderes Kapitel. Er kennzeichnet den Einfluß der zwei Männer auf ihre Umgebung dahin, daß MAZZINI ethisch, MARX intellektuell einwirkte. „Meine Überzeugung ist schreibt er, daß ich an MAZZINI mit Bewunderung „für seinen Charakter herantrat und ihm wegen seiner Erhebung der Gesinnung und des Verhaltens ergeben blieb, und daß ich zu MARX ging, weil „ich einen obenanstehenden analytischen Genius anerkennen mußte und be-

„strebt war als Studierender zu lernen.“ Und über seine Gespräche mit „MARX berichtet er: „Als er mit heftiger Entrüstung über die Politik der „liberalen Partei, insbesondere in bezug auf Irland sprach, flammten die „kleinen, tiefeingesunkenen Augen des alten Kriegers auf, seine dichten „Augenbraunen zogen sich zusammen, die breite starke Nase und das Gesicht „wurden ersichtlich von Leidenschaft bewegt, und er ließ einen Strom kräf- „tiger Brandmarkung sich ergießen, der gleichzeitig das Feuer seines Tem- „peraments wie seine wunderbare Gewalt über unsere Sprache zur Erschei- „nung brachte. Der Kontrast zwischen seinem Gebahren sowie seiner Aus- „drucksweise, wenn er solchergestalt durch Ärger tief erregt war, und seiner „Haltung, wenn er dazu übergang, seine Ansichten über die wirtschaftlichen „Vorgänge der Epoche darzulegen, war sehr auffällig. Ohne jede ersicht- „liche Anstrengung ging er von der Rolle des Propheten und heftigen An- „klägers zu der des ruhigen Philosophen über, und ich fühlte von Anfang „an, daß in bezug auf das letzte Gebiet manches lange Jahr verstreichen „könne, ehe ich aufgehört haben würde, als Schüler einem Lehrer gegenüber- „zustehen.“ (I, 270.)

Die Gespräche, die H. mit MARX hatte, drehten sich nach seiner Darstellung viel um die Frage, ob Englands Entwicklung zum Sozialismus ohne gewaltsame Revolution vor sich gehen werde, (was MARX für möglich, aber nicht wahrscheinlich erklärt habe), um das damals gerade erschienene Buch HENRY GEORGES „Fortschritt und Armut“ und um die großen Fragen der europäischen Politik. Was er über den Inhalt dieser Gespräche sagt, ist jedoch nur mit Vorsicht aufzunehmen. So schreibt er von MARXS Gegnerschaft gegen das zarische Russland: „Er trieb diesen berechtigten Gegensatz, „der möglicherweise durch seine ererbten Überlieferungen und die greuliche „Behandlung seiner Rasse in Rußland verschärft war, bis zur Abnormität „und übernahm sogar DAVID URQUHARTS Ansichten über den Orient mit „einem Mangel direkter Untersuchung, der mich bei einem so kritisch ver- „anlagten Menschen überraschte.“ (I, 274.)

Tatsächlich geht aus vielen Stellen in den Briefen und Schriften von MARX aufs deutlichste hervor, daß dieser sich überaus kritisch zu URQUHART stellte und für die russischen Juden und deren Lage — die übrigens zu damaliger Zeit wesentlich erträglicher war, als heute — so wenig Interesse hatte, daß man eher noch gerade mit Bezug hierauf von einem Mangel direkter Untersuchung sprechen könnte. H. kombiniert sich hier für Äußerungen, die er schwerlich richtig verstanden hat, ganz und gar unzutreffende Erklärungen. In diesem Falle ziemlich harmlos, nehmen seine Kombinationen bei anderen Gelegenheiten sehr bedenkliche Eigenschaften an.

Der freundschaftliche Verkehr mit MARX nahm ein Ende, als H. im Jahre 1881 sein Buch „England for all“ veröffentlichte, dessen Stücke über Kapital und Arbeit fast wörtlich aus MARX entnommen waren, MARX aber darin nicht nannte, sondern nur an einer Stelle bemerkte, daß er für die bezeichneten und andere Entwicklungen seiner Schrift dem Werke eines großen Denkers und selbständigen Schriftstellers verpflichtet sei, das hoffent-

lich bald dem englischen Publikum unmittelbar werde zugänglich gemacht werden. Für diese Umschreibung entschuldigte er sich bei MARX mit der Notwendigkeit, auf die Vorurteile des englischen Publikums Rücksicht nehmen zu müssen, was MARX aber nicht gelten ließ und den Verkehr mit ihm abbrach. Ebenso verbat sich FRIEDRICH ENGELS H.'s Besuch.

Die Sache ist von keinem großen Belang und würde kaum der Erwähnung wert sein, wenn H. nicht ENGELS für das Zerwürfnis verantwortlich machte, ihn überhaupt MARX arg bevormunden lässt und sich nicht scheut, ihm zu unterstellen, er habe seine Eigenschaft als Geldgeber gegenüber MARX dazu ausgenutzt, diesen zu tyrannisieren! In welch hohem Grade dies der Wahrheit ins Gesicht schlägt, konnten selbst die intimsten Freunde von ENGELS bisher nicht wissen und zwar gerade infolge der außerordentlich zarten Rücksichtnahme dieses selbstlosesten aller Freunde auf MARX und dessen Familie. Aber soviel geht schon aus den Schriften und den bereits zur Veröffentlichung gelangten Briefen von MARX-ENGELS mit unverkennbarer Deutlichkeit hervor, daß ENGELS' Verhältnis und Verhalten zu MARX über alles derartige Kleine und Kleinliche durchaus erhaben war. H. bekommt es fertig, von ENGELS, über dessen Stellung und Tätigkeit in der Firma ERMEN und ENGELS er offenbar nicht das geringste sicher weiss, zu schreiben, er habe „in hohem Grade die Fähigkeit besessen, Geld zu machen“, sei „anspruchsvoll, argwöhnisch, eifersüchtig und nicht abgeneigt gewesen, in „seinen Beziehungen zu denjenigen, denen er beistand, dem Tauschwert „seines baaren Geldes volles Gewicht beizumessen“. (I, 279.) Mehr noch, er legt der Lebensgefährtin von MARX, die sich dagegen nicht mehr wehren kann, Äußerungen über das Verhältnis von ENGELS zu ihrem Mann in den Mund, für die kein Tadel scharf genug wäre, wenn sie nicht offenbar Phantasien H.'s wären. Die Verdächtigung steigert sich schließlich zu folgender unqualifizierbaren Kombination: „Ich war damals gut bemittelt, und wenn „ich auch darüber sicher bin, daß weder MARX noch Frau MARX im geringsten daran dachten, daß ich im Notfall den Platz von ENGELS einnehmen „könnte oder wollte, bin ich doch ebenso sicher, daß ENGELS glaubte, ich „könnte dies tun, und daß er, über die Freundschaft beunruhigt, die sich „zwischen MARX und mir im Winter und Frühjahr 1880/81 entspann, den „Entschluß faßte, das niederzutreten, wovon er glaubte, daß es mit seinem „Einfluß in Konkurrenz treten möchte.“ (I, 279.)

Wir haben da das Schema für viele andere Schilderungen, die H. von seinen Beziehungen zu Persönlichkeiten von Bedeutung und Interesse und von seinen Erlebnissen als Parteiführer gibt. Wie er als Parteimann oft mit Gebilden seiner Einbildungskraft gekämpft hat, alle möglichen Gespenster sah und ob ihrer unbegründete Angriffe in die Welt schleuderte, so spielt auch sonst Phantasie in den verschiedensten Abarten in seine Erzählungen hinein. Von Hause aus bemittelt — beide Eltern entstammten dem eingesessenen englischen Besitzbürgertum — und wissensdurstig, hat er in jüngeren Jahren allerhand größere Reisen gemacht, sich dadurch und durch journalistische Betätigung an angesehenen Zeitungen Englands und seine spätere

Parteiführerschaft viele Verbindungen geschaffen, viel gesehen und viel gehört. Seine zwei Bände Erinnerungen sind interessante Illustrationen zur Geschichte des modernen Englands, die aber an dem Fehler leiden, daß jeder sichere Anhalt dafür fehlt, wieviel von des Verfassers Berichten über intime Vorgänge man auch als Wirklichkeit annehmen kann. Bis zu welchem Grade er Dinge sehen kann, die nicht sind, und welche Bedeutung ihm seine Phantasie andichten kann, zeigt folgende Stelle aus dem Kapitel „Die deutsche Gefahr“ im II. Band der Erinnerungen: „Ich für meinen Teil war immer der Meinung, „die Ausführlichkeit und Heftigkeit der Angriffe deutscher Staatsmänner und „der offiziellen deutschen Presse auf mich, wenn ich vom demokratischen „Standpunkt aus die absolute Notwendigkeit für England aufzeigte, sich in „einer solchen Position zu erhalten, daß es nicht nur seine eignen Küsten „beschützen und jeden Angriff aussichtslos machen, sondern auch den kleinen „Staaten und seinen Verbündeten beistehen kann, seien überzeugende Be- „weise dafür, daß die Kalküle von Deutschlands Auswärtigem Amt und seiner „Militärpartei genau das sind, wofür ich sie genommen. Wie könnten sonst „einfache Briefe eines sozialistischen Außenseiters in der ‚Times‘ und ‚Mor- „ning Post‘, die unbezweifelte Tatsachen feststellen, unbestreitbare Schlüsse „ziehen und den von ihm in keiner Weise zu erwirkenden Vorschlag ent- „halten, für ausschließliche Zwecke der Flotte eine Anleihe von 200 Mill. „Pfund Sterling zu 4% aufzunehmen und die Zinsen durch eine progressive „Schiffssteuer auf alle Einkommen von über 500 Pfund Sterling zu decken — „warum könnten sonst so ganz unautorisierte Anregungen so viele und weit- „verbreitete Verdrehung und Schmähung hervorgerufen?“ (II, 399.)

So viel mir bekannt, hat noch kein deutscher Staatsmann und kein deutsches Regierungsblatt sich mit jenem Vorschlag und seinem Urheber befaßt. Und welchen Grund sollten deutsche Flottenfanatiker haben, den Urheber eines solchen Vorschlags zu schmähen?

Die Lebensgeschichte eines Parteiführers ist die Geschichte seiner Partei. So schildert auch H. die Gründungsgeschichte und Schicksale der Social-democratic Federation, die Spaltung von 1885, den Verein der Fabier, die Gründung der Independent Labour Party und der großen britischen Labour Party. So führt er die charakteristischen Persönlichkeiten der Bewegung in dem Lichte vor, in dem sie ihm erschienen sind, WILLIAM MORRIS und BERNHARD SHAW, die BELFORT BAX und H. H. CHAMPION, die ELEANOR MARX und ANNIE BESANT, die SIDNEY WEBB und JAMES RAMSAY MACDONALD, die JOHN BURNS und J. KEIR HARDIE, die HARRY QUELCH und JOHN WILLIAMS und unzählige andere mehr. In den meisten Fällen bemüht er sich objektiv zu sein, aber ultra posse nemo obligatur. Er ist viel zu sehr von der unbedingten Richtigkeit seiner Ansichten überzeugt, um nicht immer wieder der Neigung zu erliegen, hinter abweichenden Ansichten und entsprechendem Handeln unschöne Motive zu wittern.

Man kennt die Anekdote von dem irischen Geschworenen, der auf die Frage, warum die Jury, der er angehörte, sich über einen Fall trotz stundenlanger Debatte nicht habe einigen können, zur Antwort gab: „Ich habe in

meinem Leben keine so eigensinnigen Kerle kennen gelernt, wie meine elf Mitgeschworenen.“ Daß der Fehler bei ihm liegen könnte, wenn fast alle bedeutenden Köpfe in der sozialistischen Bewegung Englands als Parteileute anders denken und handeln wie er, scheint H. ganz außerhalb der Möglichkeit zu liegen. Es mutet geradezu humoristisch an, wenn man bei ihm liest, daß eine Verfügung des Ministers LLOYD GEORGE über die Herabsetzung der Ladelinie der Kauffahrteischiffe, die er als verbrecherische Preisgabe des Lebens der Seeleute bezeichnet, zu seiner Entrüstung nicht nur die Zustimmung der liberalen Regierungspartei und der konservativen Opposition, sondern auch der Abgeordneten der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Arbeiterpartei gefunden habe. Man sagt sich ohne weiteres, daß wenn seine Beurteilung der Maßregel auch nur zum Teil zuträfe, die Arbeiterabgeordneten sie unmöglich hätten gutheißen können, da verschiedene von ihnen in Seeplätzen gewählt sind.

In ähnlicher Weise überschlägt sich die Kritik, die H. an der Steuerpolitik und Sozialgesetzgebung des genannten radikalen Ministers übt. Das Budget LLOYD GEORGE's vom Jahre 1909 bezeichnet er als ein Budget der Schröpfung der Ärmsten, das Gesetz über die Schaffung und umfassende Verbindung kommunaler Arbeitsnachweise als Gesetz für Streikbruch, und die Arbeiterversicherungsgesetze LLOYD GEORGE's sind nach ihm ein kolossaler Betrug am arbeitenden Volke. Für das letztere Urteil beruft er sich auf die abfällige Kritik, die deutsche Sozialisten und Liberale, sowie der verstorbene sozialkonservative Dr. RUDOLF MEYER an den BISMARCK'schen Versicherungsgesetzen — „seinerzeit!“ — geübt hätten. Auf welche Stücke und Bestimmungen der BISMARCK'schen Gesetze jene Kritik sich bezog und wie sich die einzelnen der BISMARCK'schen Versicherungsgesetze in den 25 bis 30 Jahren ihrer Existenz gestaltet und bewährt haben, läßt er ununtersucht. So kann er denn auch hier wieder als ein politischer Meister Anton ausrufen: „Ich verstehe die Welt nicht mehr!“ Daß eine vom Reaktionsgeist erfaßte Toryregierung BISMARCK's antisozialistische Methoden nachahmte, schreibt er, würde er allenfalls noch begreifen. „Aber daß eine liberale Regierung mit der größten Mehrheit, die je im Haus der Gemeinen gesehen wurde, Mr. LLOYD GEORGE und zwei oder drei Journalisten dritten Ranges erlauben würde, das ganze diskreditierte BISMARCK'sche Gesetz herüberzuholen und fast ohne Änderung und Diskussion mit Gewalt durch das Parlament zu zwingen, würde unglaublich scheinen, wenn es nicht tatsächlich stattgefunden hätte.“ (II, 501.)

Selbstverständlich wird sich das GEORGE'sche Versicherungsgesetz noch zu erproben haben. Aber es ist nicht Gesetz geworden ohne die — nach langwierigen Verhandlungen erfolgte — Zustimmung der berufenen Vertreter derjenigen Klasse, der es nach seinem Titel zugute kommen soll: der Gewerkschaften, der freien Hilfskassen, der politischen Partei der britischen Arbeiter. Es gibt den Organisationen der Arbeiter Rechte, die weit über das hinausgehen, was die BISMARCK'sche Gesetzgebung ihnen in Deutschland zuerkannte, und es setzt für die Versicherung Staatsbeiträge aus, die heute

schon den Posten Arbeiterversicherung im Budget des Vereinigten Königreichs über das Fünffache der Summe bringen, die das Budget des Deutschen Reiches für ihn aufweist. Diese Zugeständnisse heben es nicht über die Kritik wissenschaftlicher Sozialpolitik hinweg, man kann sogar, wie es z. B. das Ehepaar SIDNEY und BEATRICE WEBB in seinem Buch „The Prevention of Destitution“ getan, von sozialistischen Gesichtspunkten aus eine sehr ernsthafte Kritik an ihm üben. Aber die WEBB'sche Kritik faßt die Frage von einer ganz andern Seite an und ist auch in ganz andern Ton gehalten, wie die H.s. Sie will die Versicherung, von der sie üble Rückwirkungen auf die Charaktere fürchtet, durch ein großartiges System gesellschaftlich organisierter Gesundheitspflege und mit Arbeitspflicht verbundener Arbeitslosenfürsorge ersetzen. Ein wohldurchdachtes, logisch gegliedertes Reformprogramm wird dort dem Auskunftsmittel Versicherung gegenübergestellt¹⁾. H.s Kritik ist ungemein stark in Ausdrücken des Wegwerfens, aber steril in bezug auf greifbare Gegenvorschläge.

Wenden wir uns zu H.s Ausführungen über die politische Stellung der Sozialdemokratie im heutigen England, so finden wir ihn geradezu kompaßlos zwischen einer Politik, welche die Sozialdemokratie zu Preistreibern der Tories machen würde, und einer impossibilistisch-anarchistischen Politik schwanken. Das Wesen des englischen Parlamentarismus und das vorläufig noch obwaltende Machtverhältnis der Parteien Englands bringt es mit sich, daß die Labour Party, wie scharf sie auch ihre Unabhängigkeit gegenüber der liberalen Partei festlegen mag, im Parlament ihr Lager entweder auf der Seite der Liberalen oder auf der der Konservativen aufschlagen muß: Sie muß entweder äußerste Linke oder irreguläre Hilfstruppe der Konservativen sein; sie muß, solange die Liberalen am Ruder sind, von der Regierung dieser eingebrachten Gesetze entweder zu verbessern oder zu verhindern suchen. Tut sie das letztere, so treibt sie mit Notwendigkeit große Teile der Arbeiterschaft gewaltsam in das Lager der Liberalen zurück, denn die Liberalen bringen fast nur noch Gesetze ein, an deren Zustandekommen auch die Arbeiterschaft interessiert ist. Sie muß daher das erstere tun, wenn sie sich nicht selbst das Stigma politischer Unfruchtbarkeit aufdrücken will.

Es ist mehr Zufall, daß es H. trotz gewaltigster Anstrengungen und trotzdem Sozialisten aller Schattierungen in dem Wahlkreis, in dem er kandidierte, ihm zu Hilfe gekommen sind, bisher noch nicht gelungen ist, ein Parlamentsmandat zu erlangen. Er hätte in einem günstigeren Kreis aufgestellt werden können, als der bisher von ihm umworbene war, und mag bei einer kommenden Wahl dies Ziel erreichen. Aber wenn er in's Parlament kommt, was man ihm gerne gönnt, da er mit all seinen Einbildungen und Kombinationen als Sozialist es grundehrlich meint, so würde er dort schwer-

1) Das höchst lesenswerte Buch ist in deutscher Übersetzung von HELENE SIMON u. d. T. „Das Problem der Armut“ (Jena, Eugen Diederichs 1912) erschienen.

lich mehr sein, als eine Kuriosität. Das geht mit zwingender Kraft aus seinen „Erinnerungen“ hervor. Er hat ein merkwürdiges Talent, sich auch dann noch in Unmöglichkeiten zu verrennen, wenn seine theoretische Ausbildung und sein nicht unbedeutendes Wissen ihn zu rationaler Diagnostizierung obschwebender Fragen treiben. Er ist bedeutend genug, um zu interessieren, aber nicht fest und nicht umsichtig genug, um politisch zu führen.

Literarisch betrachtet haben die Aufzeichnungen H.s manche Vorzüge. Sie sind sehr lebendig geschrieben und führen eine Fülle interessanter Personen aus allen Gesellschaftsschichten und Berufssphären — bedeutende Führer der großen Parteien, Schriftsteller und Künstler von europäischem Ruf, Militärs und Journalisten von Einfluß, aristokratische Freunde und proletarische Kampfgenossen des Verfassers — anschaulich vor. Er versteht es unterhaltend und nicht ohne Witz zu plaudern, wovon namentlich das Kapitel über seine Vorfahren der väterlichen Seite Zeugnis ablegt, aber seine Versuche sarkastisch zu sein, fallen meist unglücklich aus. Dies zeigt sich unter anderem im Kapitel über BERNHARD SHAW, der gegen H. oft mit feinem Spott polemisiert und den I. Band von dessen Erinnerungen in der Wochenschrift „Nation“ in geistreichster Weise glossiert hat, und dem H. nun mit ähnlicher Münze heimzuzahlen versucht. In diesem Kapitel erfahren wir auch H.s Ansicht über HENRIK IBSEN. Er nennt ihn „einen der überschätztesten Menschen unserer Zeit“ und meint: „Wie dieser schauerhafte Lieferant von „Gemeinplätzen auf dem Wege der Gegenseitigkeitsdienste zu einem Ruf als „Genie kommen konnte, ist selbst einem so abgehärteten Zyniker wie ich „ein ewiges Wunder“ (II, 220). Ein Ausspruch, der vielleicht am besten das Defizit im Urteil unseres Freundes durchblicken läßt.

Literaturbericht.

Dr. GERTRUD BÄUMER, Die Frau und das geistige Leben. (Kulturaufgaben der Frau, hrsg. v. Prof. WYCHGRAM. Bd. V.) Leipzig, Amelangs Verlag, 1911. 392 S.

G. B. weiß vorzüglich allgemeine Zusammenhänge zu sehen und darzustellen. Stets sachlich, bisweilen mit feinem, überlegenem Humor, geht sie die Gebiete des geistigen Lebens durch, um so induktiv die geistige Struktur der Frau zu erschließen. Mit Recht lehnt sie die spekulative Methode, die das Männliche und Weibliche als metaphysische Gegensätze faßt, als „Begriffsdichtung“ ab. Auch die exakte psychologische Untersuchung ist, wie das Beispiel HEYMANNs zeigt, wenig erfolgreich. Man muß sich in der Geschichte nach den wirklichen Leistungen der Frauen umsehen. Und da ist sich B. sehr wohl bewußt, daß es typische Unterschiede der Geschlechter gibt, die unabhängig von gesellschaftlichen Einflüssen bestehen. Die Frau ist emotioneller, ihrem stärkeren Bewußtseinsgrad entspricht ein geringerer Bewußtseinsumfang.

In idealer Hinsicht hat die Frauenbewegung zwei Wurzeln: die Idee der Menschenrechte und die der Persönlichkeit. Ursprünglich deutet man sie abstrakt-schematisch, man will es den Männern gleichtun. Heute dagegen ist aus dem Dogma ein Entwicklungsgesetz geworden; jetzt bedeutet Gleichberechtigung, daß „die Frau das, was sie der Gesamtheit leistet, in der Sphäre der Freiheit leisten darf“. Die Idee der Persönlichkeit, individueller Bildung, staltete die Frauenbewegung um; während die Übertreibung der Menschenrechte den Wert der wirtschaftlichen Selbständigkeit über alles erhob, hat nun die Frau ihre Aufgabe als Organ des Ganzen. Jetzt werden nicht mehr Rechte überhaupt gefordert, sondern nur, soweit sie zur vollen Entfaltung weiblicher Kultur notwendig sind. Die ökonomische Befreiung bedeutet für die ungeheuere Mehrzahl der Frauen nur Auslieferung an gesundheitsschädliche und geisttötende Arbeit. Wahre Selbständigkeit besteht darin, daß die Frau ihr eigenes Leben lebt, und dies schließt nicht Opfer überhaupt, sondern würdelose und unnütze Opfer aus, die die Ehrfurcht vor dem eigenen Ich verletzen.

Der Anteil der Frauen an der Literatur hat eine Bereicherung an seelischem Erleben, einen in vielfacher Hinsicht eigenen, obzwar unterschiedlichen Stil und neue Stoffe (Kindes- und Mädchenalter), ja selbst Umrisse einer weiblichen Weltanschauung gezeitigt. In alledem hat B. recht

Aber die wissenschaftlichen Leistungen der Frauen? B. betont eine besondere Eignung für die Kulturwissenschaften, die das Einleben in fremde Persönlichkeiten verlangen, und glaubt, daß die Frauen mindestens das Heer derer vermehren, die die notwendige Kleinarbeit verrichten. Aber paßt die arbeitsteilige Strenge der Universitätsbildung zu einer Mitarbeit „auf der Grundlage der weiblichen Eigenart und mit den Mitteln weiblicher Anlage?“ Und ist diese nicht gerade einer systematischen bewußten Lenkung feindlich? Hierin sehe ich das Kardinalproblem: ist die Frau der einheitlichere Typus und ebendeshalb leichter Persönlichkeit, so muß die objektive Kultur ihr etwas nehmen. Derselbe Antagonismus ist freilich auch beim Manne vorhanden; wie sein Ziel nur sein kann, das, was einst Geschenk der Natur war, durch das Zeitalter des „trennenden“ Verstandes hindurch zum Selbstbewußtsein zu erheben — hier hat doch die klassische Geschichtsphilosophie ihren bleibenden Wert —, so muß die Frau, die selbstbewußte Persönlichkeit werden will, denselben Entwicklungsgang durchmachen, dessen erste Stufe sie jetzt erst, so viel später als der Mann, zu verlassen begonnen hat. Starke Skepsis besteht, ob sie das Ziel erreichen wird. Ich halte dieses Werden auch ideell für notwendig, aber m. E. gelingt es nur verhältnismäßig wenigen Ausgewählten, so Vollmenschen zu werden, während der Durchschnitt der wissenschaftlichen Frauen eine innere Zwiespältigkeit, eine besondere Art geistiger Müdigkeit und Anarchie nicht überwindet. Die Unterschiede sind natürlich zu fein, zu individuell, als daß sie durch Rechtsregeln, etwa durch Beschränkung des Frauenstudiums, festgelegt werden könnten. Wie aber die von den Männern geschaffene objektive Kultur zum weiblichen Typus passen mag, enthält doch eine viel ernstere Frage, als B. meint.

Man ist jedoch sofort wieder versöhnt, sobald man die Verf. über die Mitwirkung der Frau an den praktischen Kulturproblemen der Gegenwart hört. Sie lehnt in richtiger Würdigung der Form die freie Ehe ab und findet goldene Worte zur Würdigung der sozialen und nationalen Aufgabe der Frau: denn eine spezifisch weibliche Leistung, etwas also, was der Mann nicht kann, ist in den Worten umschrieben: „In jedes Lebensgebiet, das durch den Mann zivilisatorisch erschlossen ist, muß unter ihrer Leitung und Pflege die persönliche Kultur einziehen“. Zum Gelingen dieses Werkes hält B. auch die „Politisierung“ der Frau für nötig, was ich nicht für einen zwingenden Schluß halte; jedenfalls muß hier die Entwicklung aus den oben erörterten Bedenken sehr langsam sein. Vortrefflich spricht B. über die Entfremdung der Gebildeten vom öffentlichen Leben, über die gegenseitige Fremdheit der Menschen als Folge der Differenzierung überhaupt. Aber daß es für jeden Gebildeten eine Pflicht gibt, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen, möchte ich jedenfalls bestreiten, weil es eine über das Politische hinausragende Schicht, die der reinen Geistigkeit, gibt. — Zuletzt beschäftigt sich B. mit dem ästhetischen und religiösen Lebensideal. Daß hier die Frau vermöge ihrer größeren Einheitlichkeit das meiste zu leisten vermag, folgt m. E. schon daraus, daß alle Einheit wie alle Schönheit Form ist. Deshalb kann sie, wie unsere Verf. ausführt, vortrefflich helfen, die Häßlichkeit der modernen

Kultur zu überwinden und einen neuen Stil zu begründen, der aus der Gemeinschaft als „Ehrfurcht vor einer lebensvollen, aber gefestigten Ordnung“ herauswächst. Deshalb tritt auch die Frau besonders für religiöse Persönlichkeitskultur ein (wäre doch das Lob des Keplerbundes an dieser Stelle fortgeblieben!). Der letzte Abschnitt behandelt die Fragen der Frauenbildung, wobei sich B. gegen die Frauenschule ausspricht.

Sie hat durch ihr Buch den von ihr behaupteten Anteil der Frau am Geistesleben selbst sehr wertvoll bereichert; möge ihre innere Überlegenheit und Besonnenheit sich vor allem sämtlichen Führerinnen der Frauenbewegung mitteilen!

Bonn.

EMIL HAMMACHER.

W. ED. BIERMANN, Aus Karl Georg Winkelblechs (Karl Marlos) literarischem Nachlaß. Eingeleitet und herausgegeben, Leipzig, A. Deichert, 1911. 8°. 163 S. (3.50 Mk.)

Die vorstehend angezeigte Schrift stellt sich als Vorarbeit zum dritten Bande von BIERMANNs großem Werke über MARLO dar, dessen beide erste Bände in diesem „Archiv“ (I, 361/363) bereits zur Besprechung gelangt sind. Sie bringt aus einem nachgelassenen Manuskript MARLOS „10 Kapitel bzw. Kapitelskizzen, die ein Bild davon geben können, wie MARLO sich praktisch seinen politischen und sozialen Föderalismus gedacht hat“, nämlich: I. Das Schaff (worunter MARLO einen Verein begreift, dessen Zweck in „der Erzeugung und dem Absatz von nicht zum eigenen Gebrauch, sondern zum Austausch gegen andere bestimmten werkliehen Gütern besteht“); II. Die zünftige Erwerbsordnung; III. Von der Familie; IV. Über die Mittel zur Erleichterung des Haushalts der mittleren und der unteren Stände; V. Statut der Kasseler Speiseanstalt; VI. Die Reichsverfassung; VII. Die Landwirtschaft nach sozietärem System; VIII. Die Industrieordnung; IX. Die Theorie des Kornverkehrs; X. Die Frachtwerkschaft.

Diese Texte lesen sieht nicht nur ungemein schwer: zum Teil mit Rücksicht auf MARLOS Verdeutschungsmanie und krausen Gedankenausdruck; sie sind auch außerordentlich langweilig; das wichtigste aber: es fehlt ihnen jene Großzügigkeit der Gedanken, die allein ihre Ausgrabung rechtfertigen würde. Querköpfigkeit und Genialität sind keineswegs identische Begriffe; und wenn MARLO in der Detailausmalung seiner mittelstandspolitischen Illusionen eine gewisse Ähnlichkeit mit FOURIER aufweist, von dem er auf das stärkste beeinflusst war, so hört auch damit seine Vergleichbarkeit mit jenem großen Geiste auf. B. freilich meint: „Es gilt für MARLO selbst das Wort, das er über FOURIER geprägt hat: „Man hat seine Phantasmen verspottet, seine Irrtümer gerügt, die von ihm verkündeten Wahrheiten hingegen weder herausgefunden noch gewürdigt — man hat sich mit den Schlacken statt mit dem Golde befaßt. Erst die Nachwelt wird dem kühnen Denker den Rang anweisen, welcher ihm gebührt““. (S. 3.) Nun, die Mitwelt nicht nur,

auch die Nachwelt hat in der Tat MARLO den ihm gebührenden subalternen Platz angewiesen. Stellt nicht B. selbst in seiner Biographie fest: daß MARLO ebensowenig auf seine Zeit wie auf die Gegenwart gewirkt habe und daß „ein solches Nachwirken nicht einmal unbedingt segensreich ist?“

Wien.

CARL GRÜNBERG.

DAHLMANN-WAITZ, Quellenkunde der deutschen Geschichte, VIII. Aufl., hrsg. von PAUL HERRE. Leipzig, F. KÖHLER, 1912, gr. 8°, XX—1290 S. (28 Mk.)

RICHARD CHARMATZ, Wegweiser durch die Literatur der österreichischen Geschichte. Stuttgart und Berlin, Cotta, 1912, gr. 8°, X—138 S. (3.50 Mk.)

Noch irgend etwas zum Lobe des an erster Stelle genannten Werkes sagen wollen, hieße wahrlich Eulen nach Athen tragen. Seine Unentbehrlichkeit für jeden Historiker wird am besten durch die Tatsache dokumentiert, daß es nunmehr in VIII. Auflage vorliegt und daß zwischen ihr und der vorangegangenen ein zeitlicher Zwischenraum von kaum sieben Jahren liegt. Die neue Auflage hält sich nicht bloß auf der Höhe der früheren, sondern bringt auch ihr gegenüber eine Reihe von — auch systematischen — Verbesserungen und Ergänzungen, die von den Benützern sehr wohlthätig empfunden werden werden. Natürlich vermißt man trotzdem noch immer vielerlei — vor allem auf dem, uns hier allein interessierenden, Gebiete des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Das Schema der Stoffanordnung bringt eine starke Zersplitterung und demgemäß erschwerte Übersichtlichkeit der hierhergehörigen Angaben mit sich, die m. E. sich mehr noch, als es bereits durch Verweisungen geschieht, abmildern ließen. Bedeutsamer aber ist, daß man in der „Quellenkunde“ eine Reihe wichtigster Quellenschriften zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt und der sozialdemokratischen insbesondere vergeblich suchen wird. So — älterer Zeitschriften gar nicht zu gedenken — „Die neue Zeit“ und die „Sozialistischen Monatshefte“; die Protokolle und Verhandlungen, wenn schon nicht der Landes-, so doch der Gesamtparteitage der Sozialdemokratie; die Berichte über die zahlreichen Sozialistenprozesse; die namentlich in den letzten Jahren häufigen, aus den Kreisen der Gewerkschaften selbst stammenden Sonderdarstellungen ihrer Entwicklungsgeschichte — lauter Veröffentlichungen, die an Wichtigkeit hinter gar vielem, was die „Quellenkunde“ verzeichnet und mit Recht verzeichnet, sicherlich nicht zurückstehen. Diesem Mangel läßt sich aber un schwer in der nächsten Auflage abhelfen, die zweifellos nicht lange auf sich warten lassen wird.

Noch weit fühlbarer macht er sich im CHARMATZschen „Wegweiser“ bemerkbar. Der Titel schon besagt, daß man es in dieser Schrift mit einem Behelf „bloß zur ersten Orientierung . . . in dem literarischen Dickicht, das jahrzehntelange Forschung und Darstellung entstehen ließen“, zu tun hat. So erklärt es sich auch und ist fast selbstverständlich, daß, von verschwinden-

den Ausnahmen abgesehen, ebensowohl das außerdeutsche wie das in wissenschaftlichen Fachzeitschriften verstreute Material unberücksichtigt geblieben ist. Anders dagegen steht es um das Verhältnis zwischen politischer und sozialer Geschichte. Sicherlich drängen seit jeher in Österreich, kraft seiner Struktur, die politischen Probleme weit stärker hervor als in anderen Staaten. Zudem ist CH. ebenso wie sein Lehrer HEINRICH FRIEDJUNG, der den „Wegweiser“ mit einem Geleitwort versehen hat, innerlich fast ausschließlich politisch gerichtet. So wird es zwar psychologisch verständlich, aber keineswegs gerechtfertigt, daß die Hinweise auf sozialzuständige und -geschichtliche Schilderungen und Darstellungen äußerst dürftig sind. Die „Arbeiterbewegung“ wird z. B. mit der Anführung von 7 Werken abgetan, von denen das eine ganz wertlos, ein anderes seinem Hauptinhalt nach außerösterreichischen Verhältnissen gewidmet ist. Das muß um so nachdrücklicher hervorgehoben werden, als die CH.sche Arbeit sonst ihrem Zweck vortrefflich entspricht und nicht allein dem „gebildeten Laien“, für den sie selbst bescheiden sich in erster Linie bestimmt, gute Dienste leisten wird. Möchte bald eine zweite Auflage dem Verf. Gelegenheit geben, sie weiter auszubauen und zu verbessern.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

F. SALOMON, Die deutschen Parteiprogramme. 2. Aufl., 2 Bde. (I. Von den letzten Zeiten des Deutschen Bundes bis zur Reichsgründung 1845—1871. II. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart 1871—1912.) 8°. X—147 und VI—178 S. (à 1 Mk. 80 Pfg.).

Schon bei der Besprechung der 1., 1907 erschienenen Auflage der S.schen Sammlung (i. d. „Ztschr. f. Volksw., Sozialpol. u. Vwltg.“ XVIII (1908), S. 131 bis 132) habe ich auf ihren großen allgemeinen Wert und ihre Bedeutung als Unterrichtsmittel zur Einführung in das Studium des deutschen Parteiwesens insbesondere hingewiesen. Das damalige Urteil gilt in vollem Maße auch von der vorliegenden 2. Auflage. Sie ist bis zur Gegenwart fortgeführt und erscheint umfänglich gegenüber der früheren stark, um ein volles Drittel, erweitert. Zugleich aber ist der beigebrachte Stoff gesichtet und nicht wenig ausgeschieden worden: unter dem Gesichtspunkt, daß es hauptsächlich darauf ankam, „die Gründungsurkunden . . . als Ausgangspunkt der Forschung“ beizubringen, von denen aus dann der „Blick nach rückwärts und nach vorwärts schweifen mag“. Demgemäß erscheinen z. B. die „Programmatischen Kundgebungen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet aus der Mitte des preußischen Bürger- und Beamtentums“ im Jahre 1844 weggelassen und durch „Eine erste programmatische Kundgebung der preußisch-konservativen Partei“ von 1845 (I, 1—23) ersetzt. — Was speziell die Urkunden zur Geschichte der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie anbelangt, so sind ihrer eine ganze Reihe neu gebracht, und zwar im I. Bande: „Das handelspolitische und das sozialpolitische Programm der Berliner Arbeiter“

vom VI. 1848 und das „Sendschreiben und Programm für die Einberufung eines sozialen Vorparlements“ vom 22. VIII. 1848 (S. 34—40); Auszüge aus LASSALLES „Arbeiterprogramm“ und „Offenem Antwortschreiben“ (S. 98—107); neben dem Eisenacher nun auch das Programm des Nürnberger deutschen Arbeitervereinstages vom 5. IX. 1868 (S. 128—129); im II. Bande: eine Reihe wichtiger Beschlüsse des Kongresses von Wyden (1880) und des Kopenhagener (1883, S. 48—49), sowie der sozialdemokratischen Parteitage nach 1893 (S. 117 bis 125) — diese merkwürdigerweise ohne Datierung, trotzdem sie doch durchaus nicht unwesentlich ist; endlich die BERNSTEINS „Revisionismus in der Sozialdemokratie“ entnommenen „Leitsätze für den theoretischen Teil eines sozialdemokratischen Parteiprogramms“ (152—155).

S. beabsichtigt, wie er im Vorwort mitteilt, seine Sammlung durch ein drittes Bändchen zu erweitern, in dem die Keimperiode des deutschen Parteiwesens (1789—1840) zu urkundlicher Darstellung gelangen soll. Es ist lebhaft zu wünschen, daß dieser Plan möglichst bald zur Ausführung gelange.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

COMPÈRE-MOREL, La question agraire et le socialisme en France. Paris, Marcel Rivière & Co., 1912. 8°. 455 S. (8 fr.)

COMPÈRE-MOREL ist innerhalb der P(arti) S(ocialiste) F(rançais) der bedeutendste Fachmann auf agrarpolitischem Gebiete. Er kennt die einschlägigen Fragen durch direkte Beobachtung von der Zeit her, da er als Gärtneriarbeiter, sowie als Delegierter seiner Partei, zu deren ältesten Kämpfern er gehört, Frankreich durchzog. Er hat sich mit ihnen aber auch theoretisch befaßt und ist ganz erfüllt von der alten guesdistischen Lehre. Eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse seiner Beobachtungen, sowie der grundlegenden Ideen seiner Partei über das Agrarproblem verdient daher besondere Aufmerksamkeit.

Allerdings nimmt er seit langem in der Erörterung dieser Fragen eine zu ausgesprochene Parteistellung ein, als daß man von ihm eine methodische, unparteiische und rein von wissenschaftlichem Geist diktierte Untersuchung erwarten dürfte. Er ist der Typus jener Disputationsredner, die Einwürfen gegenüber mehr auf deren Widerlegung denn auf die genaue Prüfung des Wahrheitsgehaltes in ihnen bedacht sind. Er will überzeugen, er argumentiert, er behauptet — übrigens immer in offenbar gutem Glauben, wengleich nicht selten von Leidenschaft hingerissen. Immerhin erscheinen im vorliegenden Band gewisse — auf dem Kongreß von Saint-Etienne (11.—14. IV. 1909) abgegebene, offensichtlich auf übertriebener Generalisierung beruhende — Erklärungen über das Verschwinden des Kleingrundbesitzes, die Dauer der landwirtschaftlichen Arbeit, das Elend der Kleingüter nicht aufgenommen. Und es springt in die Augen, daß C.-M. diesmal bestrebt war, von der bäuerlichen Welt Frankreichs ein weniger düsteres und wahrheitsgetreueres Bild

zu liefern. Die Quellennachweise sind nicht sehr reichlich, aber ausreichend, die Darstellung einfach und klar — ja, zu klar, denn es gibt kein komplexeres gesellschaftliches Milieu als die Landwirtschaft.

Das Buch zerfällt in 3 Teile. Im I. werden die großen kapitalistischen und die kleinen bäuerlichen Betriebe miteinander verglichen und die verschiedenen Landarbeiterkategorien geschildert. Im II. wird die Stellung des P. S. F. gegenüber den bäuerlichen Eigentümern dargelegt; ferner untersucht, wie sich die kollektivistische Produktion in der Landwirtschaft organisieren ließe; endlich ein Programm unmittelbar durchzuführender Reformen entworfen. Im III., dem ausführlichsten Abschnitt (S. 145—449), wird departementweise der gegenwärtige Zustand der Landwirtschaft zur Darstellung gebracht. Dieser letzte Teil, der — wenn C.-M. in ihn seine persönlichen Beobachtungen und Erfahrungen hineingearbeitet hätte — der interessanteste hätte werden können, ist in Wirklichkeit lediglich die Zusammenfassung, zuweilen sogar bloß die — unkommentierte — Wiedergabe einiger Veröffentlichungen des Ackerbauministeriums aus jüngster Zeit. Dies ist um so überraschender, als C.-M. die letzteren sehr lebhaft kritisiert hatte.

Die Kapitel, die man mit größtem Nutzen liest, sind dasjenige, in dem sehr exakt die materiellen und moralischen Ursachen dargelegt werden, die der sozialistischen Propaganda auf dem Lande im Wege stehen, sowie dasjenige, in dem C.-M. Gegenwartsreformen vorschlägt.

Dieser Programmwurf besteht in der fast wortgetreuen Wiedergabe des alten — 1894 auf dem Kongreß von Nantes beschlossenen, von ENGELS mit Recht so streng verurteilten — Agrarprogramms des Parti Ouvrier Français. Auch diesmal handelt es sich nur darum, die Prinzipien und die propagandistischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen, um möglichst viel Wähler innerhalb der kleinbäuerlichen Bevölkerung zu gewinnen. Der Text der Einleitung ist nun abgeändert. C.-M. sagt nicht mehr, der Kleinbetrieb sei unvermeidlichem Untergang geweiht. Aber er wiederholt denselben inneren Widerspruch in neuer Form. Einerseits behauptet er nämlich: der kleinbäuerliche Betrieb unterliege der Konkurrenz des Großbetriebes; er lebe in Abhängigkeit von den Geldverleihern und kapitalistischen Kreditorganisationen; „die Lösung des sozialistischen Problems läge ganz und ausschließlich in der Kollektivierung und Vergesellschaftung aller Produktions-, Austausch- und Transportmittel.“ Andererseits aber schlägt er eine Reihe gesetzgeberischer Reformen vor, denen der sozialistische Charakter abgeht und die lediglich die schmerzvolle Agonie des Kleinbetriebes verlängern würden. Änderungen am Programm von 1894 erscheinen nur, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung der Bewegung im letzten Jahrzehnt, mit Bezug auf die Landarbeiter vorgenommen. In dieser Richtung werden neu gefordert: die Entwicklung gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Landarbeiter; Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf sie; der 8stündige Normalarbeitstag; ein wöchentlicher Ruhetag; sanitäre Vorschriften über die Arbeiterwohnungen; Regulierung der Kinder- und Lohnarbeit. Aber das ist auch der einzige Teil des Buches, in dem dieser Dinge Erwähnung geschieht! Die landwirtschaft-

lichen Lohnarbeiter haben in diesen 10 Jahren in mehreren ausgedehnten Regionen Syndikate gebildet, sie sodann föderativ und schließlich national zusammengeschlossen, Jahreskongresse abgehalten, durch Ausstände Lohnbewegungen sowie Verbesserungen im Arbeitsverhältnis erzwungen — aber man erfährt hiervon durch C.-M. nichts! Er ignoriert die persönliche Aktion des Proletariats und seine außerhalb der parlamentarischen Aktion erzielten Erfolge, und er will sie auch der Kenntnis des Lesers entziehen. So wird sein Buch zu einem wertvollen Beitrage bei der Beantwortung der Frage: inwieweit Sozialismus und Syndikalismus sich unterscheiden, getrennt marschieren, einander entgegengesetzt sind.

Paris.

MICHEL AUGÉ-LARIBÉ.

GEORGES BLONDEL, *Les embarras de l'Allemagne*. Paris, Plon-Nourrit & Co. 1912. 16°. VIII—316 S. (3.50 Fr.)

G. B. ist in Deutschland kein Fremder. Das gilt in doppeltem Sinne. Er ist ein ausgezeichnete Kenner deutscher Verhältnisse: er hat an deutschen Universitäten studiert und hat es sich seit mehr als einem halben Menschenalter zur Aufgabe gemacht, seinen Landsleuten die wirtschaftlichen und sozialen Zustände des Deutschen Reiches zu schildern, und zwar nicht auf der Grundlage toter Materialien, sondern *de visu*, wie er denn seine Kenntnisse von den Menschen und Dingen durch immer neuen Augenschein zu erweitern und zu verjüngen bestrebt ist. So sind entstanden: die vortrefflichen „*Etudes sur les populations rurales de l'Allemagne et la crise agricole*“ (1897); „*L'essor industriel et commercial du peuple allemand*“ (1898); „*Les transformations sociales de l'Allemagne contemporaine*“ (1898); „*Les transformations politiques et économiques de l'Allemagne*“ (1903) — lauter Arbeiten, die durch lichtvolle Darstellung, Objektivität und ernste Gründlichkeit charakterisiert sind. Sie haben denn auch außerhalb Frankreichs und speziell in Deutschland rege Beachtung gefunden, und die an erster Stelle genannten „*Etudes*“ haben eine deutsche Übersetzung erlebt.

Hatte B. in seinen früheren Arbeiten den ungeheuren materiellen Aufschwung Deutschlands seit 1870 geschildert, so setzt er nun hinter das gewonnene Bild ein Fragezeichen. Trotz aller unzweifelhaften Fortschritte, die das Deutsche Reich in den letzten vier Jahrzehnten gemacht hat, ist — konstatiert er — alle Welt mit dem Stande der Dinge in der Gegenwart unzufrieden. Deutschland erscheint ihm in ernsthafte Schwierigkeiten geraten, in Schwierigkeiten inner- wie außerpolitischer, materieller wie geistiger Art, Schwierigkeiten, die ihm die Feststellung gerechtfertigt erscheinen lassen: „*La civilisation germanique elle-même . . . ne se présente pas aujourd'hui sous un aspect satisfaisant*“. Und er bemüht sich, diese Verlegenheiten zu beschreiben und ihren Gründen nachzugehen.

In 13 Kapiteln, die durch 5 Anlagen weitere Illustration erhalten, prüft er: die Reichsverfassung und ihre Mängel, den Aufbau der politischen Parteien

und speziell das Wachstum der Sozialdemokratie, das Problem der preußischen Wahlreform, die Polen- und die elsässische Frage, die Fragen der äußeren Politik und das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu ihnen (I, III, VII, X, XI, XII); die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, die Lage der Banken und die Schwierigkeiten der Reichsfinanzen (IV, XIII, V, II); die Unzufriedenheit auf dem Lande und die Mängel der sozialpolitischen Gesetzgebung (VI, VIII); schließlich Probleme der ethischen und religiösen Entwicklung (IX). Es versteht sich von selbst, daß B. nur Skizzen bietet und keine ausgeführten Bilder. Wie wäre es auch möglich, auf so engem Raume so viele große und vielgestaltige Probleme im Detail zu behandeln? Aber vielleicht tritt gerade, weil er dies gar nicht versucht, ja vielfach nur bei der Fragestellung stehen bleibt, durch deren Art sein Zweifel an der festen Fundamentierung der Dinge in Deutschland um so schärfer hervor — und indem er diese mit denen seiner Heimat vergleicht, gelangt er zum Schlusse: „En dépit de nos misères on peut dire que dans la marche générale de la civilisation nous conservons sur nos voisins une certaine supériorité“ (S. 261).

Die B.sche Schrift enthält vieles, was gut gesehen und beherzigenswert ist. Das gilt auch von den uns im Rahmen dieser Zeitschrift zunächst interessierenden Ausführungen über die Arbeiterbewegung überhaupt und die sozialdemokratische insbesondere, sowie über die Wurzeln ihrer Kraft. Aber auch, wo man B. nicht zustimmen vermag, regt er fruchtbar an. Sein Buch, das in Frankreich in ganz kurzer Zeit zahlreiche Auflagen erlebt hat, verdient auch in Deutschland gelesen zu werden — gerade wegen der Kritik, die es an den deutschen Verhältnissen übt.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

GEORGES et HUBERT BOURGIN, *Le socialisme français de 1789 à 1848*. Paris, Hachette & Co., 1912. 12°. VIII—112 S. (2 fr.).

Die kleine, sehr elegant ausgestattete und durch 9 Gravüren, darunter die Bilder von BABEUF, BUONARROTI, FOURIER, SAINT-SIMON, ENFANTIN und CABET, illustrierte Schrift ist in der — für Unterrichtszwecke an den obersten Klassen der französischen Lyzeen bestimmten — Sammlung: „L'histoire par les contemporains“, erschienen, einer Sammlung, die wichtige Probleme der modernen Geschichte so darstellen will, wie sie sich in Frage und Antwort im Geiste der Zeitgenossen gespiegelt haben. Demgemäß kommen in erster Linie diese mit Auszügen aus ihren Schriften oder sonstigen programmatisch-wichtigen Kundgebungen zu Worte. Die Herausgeber selbst beschränken sich auf: ein- und überleitende Bemerkungen, die Erklärung schwer verständlicher Stellen und einzelner Ausdrücke, endlich kurze bibliographische Übersichten am Schlusse der einzelnen Kapitel. Ein glücklicher Gedanke, hinter dem die Art seiner Verwirklichung nicht zurücksteht.

Das besprochene Bändchen zerfällt in 5 Kapitel, in denen nacheinander zur Darstellung gelangen: die große Revolution (1789—1796); SAINT-SIMON

und FOURIER, sowie die Entwicklung ihrer Schulen von 1830—1848; die republikanisch-sozialistische Bewegung im ersten Jahrzehnt des Julikönigtums; die sozialistischen Theoretiker 1830—1848: CABET, PECQUEUR und VIDAL, LOUIS BLANC, PIERRE LEROUX, PROUDHON; endlich die kommunistische Bewegung 1838—1848, die in das Kommunistische Manifest mündet. Auch der Kenner wird es nicht ohne Vergnügen und Nutzen zur Hand nehmen. Vor allem aber sei es allen lebhaft empfohlen, die sich kurz und verlässlich über die Entwicklung und den gedenklichen Hauptgehalt des Sozialismus auf französischem Boden bis zur Februarrevolution unterrichten wollen.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

JULIEN HAYEM, Mémoires et documents pour servir à l'histoire du commerce et de l'industrie en France. Publiés sous la direction de. 2 vol. Paris, Hachette & Co., 1911/1912. Gr. 8°. XII—253 pp., XIII—287 pp. Avec 9 gravures hors texte. (à 7.50 Fr.).

Die beiden vorliegenden, von dem früheren französischen Handelsminister PAUL DELOMBRE einbegleiteten Bände enthalten 15 (8 + 7) von verschiedenen Verfassern herrührende, durchweg auf archivalischem Material aufgebaute Studien zur Wirtschaftsgeschichte Frankreichs, die sich vornehmlich auf das XVIII. Jahrhundert erstrecken, zum Teil aber auch einerseits bis ins XVI. zurückreichen und andererseits den Beginn des XIX. umfassen. Inhaltlich sind sie insgesamt Problemen der Industrie- und Handelsgeschichte gewidmet und erbringen über diese und jene eine Reihe sehr interessanter Aufklärungen, die sie für den Wirtschaftshistoriker wichtig machen. An dieser Stelle sollen jedoch nur jene hervorgehoben werden, die unmittelbaren Einblick gestatten in die Reflexwirkungen des aufkommenden Industrialismus auf das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, die hierdurch hervorgerufenen Bewegungen unter den letzteren und die Stellungnahme des Staates zu denselben. Hierüber handeln speziell die Beiträge von HAYEM selbst im I. Bande: Les grèves dans les temps modernes et particulièrement aux XVI^e et XVIII^e siècle (S. 73—92); La repression des grèves au XVIII^e siècle (S. 93 bis 136); Un règlement d'atelier en 1809 (S. 137—148). Besonders wertvoll ist der an zweiter Stelle genannte Beitrag, in dem eine Reihe von Streiks in verschiedenen Gewerbe- und Industriezweigen aus der Zeit von 1715 bis zur Revolution, ihre Ursachen und ihre Niederwerfung durch die Staatsgewalt beschrieben werden.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

ERNEST BELFORT BAX, The last episode of the french revolution being a history of Gracchus Babeuf and the conspiracy of the Equals. London, Grand Richards Ltd, 1911. 271 S. (Geb. 6 sh.)

PAUL ROBIQUET, Buonarroti et la secte des Egaux. D'après des documents inédits. Paris, Hachette & Co., 1910. 330 S. (3.50 fr.)

Um wie viel geringer als in Frankreich und Deutschland das Interesse für die Entwicklungsgeschichte des modernen Sozialismus bis in die jüngste

Zeit herein in England gewesen ist, lehrt auch ein Blick auf die BABEUF-Literatur. Wohl ist BUONARROTIS berühmtes Werk bereits 1836, also acht Jahre nach seinem Erscheinen, von dem Chartisten BRONTERRE u. d. T. „Buonarroti's history of Babeuf's conspiracy for equality“ ins Englische übersetzt und mit Anmerkungen, sowie mit einer biographischen Skizze von BUONARROTI versehen worden. Aus späterer Zeit aber ist — mir wenigstens — nur noch U. G. WEATHERLY'S Artikel „Babeuf's place in the history of socialism“ (1907) bekannt. Die BAXSche Schrift ist also die erste englisch geschriebene, selbständige Monographie über den Gegenstand. Sie ist, wie B. im Vorwort mitteilt, auf Wunsch seines Freundes WILLIAM MORRIS entstanden und will nur Popularisierungszwecken dienen. Sie beruht denn auch im wesentlichen auf dem bekannten Quellenwerk von VICTOR ADVIELLE, neben dem auch die Schriften von BUONARROTI und FLEURY benützt wurden. Das „Journal de la liberté de la presse“ und der „Tribun du peuple“ scheinen, wenn überhaupt, nur sehr flüchtig herangezogen worden zu sein. Und wie sie nirgends zu den Quellen hinaufsteigt, so läßt sie auch tiefer eindringendes Verständnis der Genesis jenes ersten „praktischen“ Versuches, die Privateigentumsordnung durch eine kommunistische zu ersetzen, vermissen. Ihren Zweck aber zu erreichen, das englische Publikum mit dem Schauplatz, auf dem er sich abspielte, und seinem Verlauf vertraut zu machen, ist sie sehr wohl geeignet.

Mit größeren Ansprüchen tritt die an zweiter Stelle genannte Untersuchung ROBIQUETS auf. Sie beruht auf bisher unverwertetem archivalischen Material und bringt eine Reihe bisher unbekannter Einzelheiten aus dem Leben BUONARROTIS, die das Bild des merkwürdigen Mannes ergänzen, der, ein Nachkomme MICHEL ANGELOS, in seiner Jugend Page am Hofe LEOPOLDS von Toskana, nachher mit seinem ganzen Herzen bei der französischen Revolution, als deren Agent tätig und in Frankreich naturalisiert, nach ROBESPIERRES Sturz als dessen Anhänger eingekerkert, sodann in die Verschwörung BABEUF'S verwickelt, mit diesem vor den Staatsgerichtshof in Vendôme gestellt und am 26. V. 1797 zur Deportation verurteilt wurde. Sehr interessant sind R.s urkundliche Mitteilungen über BUONARROTIS Leben von diesem Zeitpunkt an bis 1815: seine langen, aber vergeblichen Bemühungen, die Nichtigkeitserklärung des Vendômer Urteils zu erzielen; seine Haft im Fort National bei Cherbourg (1797—1800) und die Internierung darauf auf der Insel Oleron (1800), Sospello (1803) — nachdem erst von BONAPARTE seine Überführung nach Elba angeordnet worden war —, Genf (1806), Grénoble (1813); die wohlwollende Behandlung, die ihm die Konsular- und später die kaiserliche Regierung zuteil werden ließ. Flüchtig dagegen sind die Angaben R.s über die Beziehungen BUONARROTIS zu den italienischen Revolutionären nach 1815. In dieser Beziehung erfährt man von R. nicht mehr, als man aus dem — R. nicht bekannten — Buche von GIUSEPPE ROMANO CATANIA: „Filippo Buonarroti“ (Milano, 2. Aufl., 1902) längst weiß. Wohl aber bringt er manche neue Aufschlüsse über die Zeit bis 1830 und über die neuerliche Wirksamkeit BUONARROTIS in Frankreich, wohin dieser nach der Julirevolution zurück-

gekehrt war und wo er in Beziehungen zu der jungen Generation trat, die eine Renaissance des Babouvismus vorbereitete.

Das Material, das ihm zur Verfügung stand, hat R. offensichtlich nicht genügend ausgenützt. Bezeichnend ist z. B. seine Bemerkung auf S. 191, wo von Familienpapieren BUONARROTIS die Rede ist: „Les papiers de B. contiennent de nombreuses lettres en italien qui émanent sans doute de sa femme, et que je laisse aux curieux le soin de déchiffrer“. Wenig befriedigend, weil zum Teil überflüssig, zum Teil fragmentarisch und lückenhaft, ist ferner die Reproduktion einer Reihe von Texten im Anhang (S. 255 bis 328). Endlich läßt es R. an einem Versuch auch nur systematischer Zusammenfassung und Analyse der sozialen Anschauungen BUONARROTIS fehlen — was übrigens am wenigsten zu bedauern ist, da ihm das zur Lösung einer solchen Aufgabe nötige Verständnis der geschichtlichen Bedeutung des Sozialismus gänzlich abgeht.

Bietet nun aber auch das R.sche Buch weniger, als man von ihm erwartet, wenn man es zur Hand nimmt, so wird es doch niemand, der sich mit der Geschichte des Babouvismus befaßt, unberücksichtigt lassen können.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

LÉON DUGUIT, Les transformations générales du droit privé depuis le Code Napoléon. Paris, Alcan, 1912. II—206 S. (3.50 Fr.)

JOSEPH CHARMONT, Les transformations du droit civil. Paris, Colin, 1912. XV—294 S. (3.50 Fr.)

Das Erscheinen der angezeigten Werke innerhalb eines kurzen Zwischenraumes ist für die gegenwärtige Ideenbewegung in der französischen Rechtswissenschaft sehr charakteristisch. Allerdings zeigen sie bedeutende Verschiedenheiten. Das Buch des Rechtslehrers an der Universität Montpellier CHARMONT hält sich vielleicht mehr an das Tatsächliche und bringt reichere positive Aufklärung als das persönlichere, originellere, kühnere und ideenreichere des Professors an der Universität Bordeaux DUGUIT. Beide aber geben von dem Bedürfnis der Juristen Kunde, die Rechtsprinzipien und -begriffe der sozialen Wirklichkeit anzunähern, ihre Auffassungen den gesellschaftlichen Bedürfnissen anzuschmiegen, ihre Wissenschaft mit Leben, Bewegung, Entwicklung zu erfüllen. Beide bringen eine fragmentarische Geschichte der Sozialisierung des Rechts. Beide schließen sich endlich dem „Rechtssozialismus“ an und werden — übrigens ohne es zu wollen — zu dessen Repräsentanten: D. entschiedener und bewußter, CH. vermeinend, daß er auf die Einwirkung des demokratischen Geistes auf das Recht bloß hinweise, wenn er sie lobe.

CH. widmet seine Untersuchung dem Andenken RAYMOND SALEILLES, des großen Inspirators der gegenwärtigen juristischen Bewegung auf französischem Boden, dessen Gedanken und Methoden die jüngere Generation

entschieden beeinflußt haben. CH.s Untersuchung erstreckt sich bloß auf die Wandlungen des Familien-, Eigentums- und Schadenhaftungsrechtes seit der Revolution. Er zeigt (S. 29) die starken Rückwirkungen der gesellschafts-umbildenden Gleichheits- und Freiheitsprinzipien auf die Familie. Er schildert die seitherige Doppellentwicklung des Eigentumsrechts und zeigt, wie diese einerseits gleichzeitig mit der endgültigen Abstoßung der letzten Reste des Agrarkommunismus ausschließlichere und individualistischere Prägung erhalten hat, dabei aber andererseits immer mehr Gegenstand positiver und negativer Einschränkungen geworden ist; wie neue, praktisch einer Expropriation gleichkommende Rechte entstehen; wie die Garantien gegen Enteignung aus Gründen des öffentlichen Wohls geringer sind, als man gewöhnlich glaubt; wie der Begriff des „öffentlichen Wohls“ ständige Ausdehnung erfährt; wie neue Aneignungsformen sich gebildet haben, die als „Übergang des privaten Eigentums in soziales“ erscheinen (S. XIII f., 187, 198); wie eine Lehre vom Mißbrauch des Rechts entstanden ist, die solchen — auch in bezug auf das Eigentum als möglich erklärten — Mißbrauch haftbar macht und deren Einfluß auf Theorie und Praxis stetig wächst; wie Wert und Ausdehnung des Eigentumsrechts nun als im Wesen variabel gelten; wie andererseits unter dem Einfluß der Gedanken sozialer Gerechtigkeit der Haftungsbegriff erweitert worden ist und Personen zu Schadenersatz herangezogen werden, auch wenn kein Verschulden sie trifft, in betreff der Unternehmerhaftung für Betriebsunfälle nach dem Ges. v. 9. IV. 1898, welches mit dem traditionellen Grundsatz gebrochen hat, daß es keine andere als Vertrags- oder Delikts-haftung gebe. Diese hauptsächlichsten Wandlungen des Zivilrechts während des 19. Jahrhunderts hält CH. für wohlthätig und für einen Fortschritt. Und obschon dem Kommunismus feindlich (S. 124), billigt er sie doch, weil „sie jedem seinen Anteil am Recht sichern und hierdurch in der Welt Leid und Ungerechtigkeit mindern helfen“.

Im Gegensatz zu CH. präsentiert D. seine Lehre als sozialrechtlich und erklärt, die Rechtsentwicklung des 19. Jahrhunderts lasse sich als stetig fortschreitende Verdrängung eines individualistischen und metaphysischen Rechtssystems durch ein sozialistisches und realistisches kennzeichnen. Überhaupt scheint ihm unsere Gesellschaft von sozialistischen Tendenzen beherrscht, wobei er das Wort „Sozialismus“ in sehr weitem Sinne auffaßt und keineswegs sich als Anhänger der sozialistischen Partei deklariert. Verteidigt er ja vielmehr das Privateigentum, das ihm von unbestreitbarer Nützlichkeit scheint, verwirft den Kollektivismus sowie den Klassenkampfgedanken und glaubt, eine nahe Zukunft werde uns nicht die Vernichtung einer Klasse durch eine andere bringen, sondern das Regime einer Koordination der Klassen und ihrer hierarchischen Gliederung (S. 160, 168). Er versteht und untersucht also die Sozialisation des Rechts sowie die Entwicklung und Umgestaltung von individueller Freiheit, Eigentums- und Vertragsrecht, Schadenshaftung in einem besonderen Sinne. — Für ihn ist das Recht weit weniger eine gesetzgeberische Schöpfung als das ständige und spontane Ergebnis der tatsächlichen Zustände und der praktischen Bedürfnisse, mit denen es sich

unaufhörlich ändert, so daß die alten Gesetzestexte außer Übung kommen oder anders ausgelegt werden (S. 3—4). Im 19. Jahrhundert nun hat die Rechtsentwicklung einen dem Individualismus der Philosophen des 18. Jahrhunderts, der Redaktoren des Code Napoléon und der großen Mehrheit der französischen und außerfranzösischen Jurisprudenz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Beruhte das frühere Privatrecht auf rein individualistischer Auffassung, auf dem Gedanken subjektiver Befugnis des einzelnen, so gründet sich das moderne „sozialistische“ auf der Idee einer sozialen Norm, die den Individuen und Gruppen auferlegt wird (S. 8, 9, 13, 15, 16, 18, 19). Die einzelnen machen nicht mehr von Befugnissen Gebrauch, sondern haben soziale Pflichten zu erfüllen. Eigentum ist nicht mehr ein absolutes, ausschließliches Recht, sondern die Eigentumsausübung genießt nur Schutz, wenn sie sich als soziale Nutzbarmachung des Sondereigentumsrechtes darstellt. Alles neue Recht basiert auf dem sozialistischen Begriff der sozialen Funktion (S. 23) und den Bedingungen des Gesellschaftslebens, auf der Tatsache der sozialen Solidarität und gegenseitigen Abhängigkeit. In diesem Sinn gestalten sich alle privatrechtskonstitutiven Elemente um und haben selbst dort, wo die alte Bezeichnung der Rechtsinstitute fortdauert, einen nunmehr ganz neuen Inhalt. Diese Entwicklung vollzieht sich mit der Kraft eines Naturphänomens. Aus der neuen Auffassung der „Freiheit nicht mehr als eines subjektiven Rechts, sondern als einer Funktion“ erklären sich die gesetzliche Einschränkung der Dauer der Fabrikarbeit, die gesamte Fabrikgesetzgebung, die Gesetze über den obligatorischen Unterricht. Im Gegensatz zum revolutionären Individualismus begünstigt die sozialistische Tendenz des 19. Jahrhunderts die Assoziationen, Syndikate und die Kollektivbetätigung (Kap. III). Wenn die moderne französische Jurisprudenz trotz aller Widerstände des Rechtsindividualismus und trotzdem dieser die Begründung subjektloser Rechte perhorresziert, in der Richtung einer Anerkennung der Gültigkeit letztwilliger Stiftungen sich bewegt, so, weil diese durch ihr soziales Ziel gerechtfertigt erscheinen (Kap. IV). In bezug auf das Haftungsproblem spricht sich auch D. wie CH. dahin aus, daß das subjektive Verschulden dem Begriff des sozialen Risikos Platz mache (S. 137); und im Hinblick auf die Tierhaftung bemerkt er, daß der Eigentümer, der den Vorteil aus seinem Eigentum zieht, auch für die schädigenden Reflexwirkungen desselben aufzukommen habe (S. 144). — Endlich stellt er (Kap. VI) das Eigentum als Einrichtung dar, die, aus wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprungen, mit diesen sich entwickelt. Ohne im Sinne der kollektivistischen Theorien sich zu kollektivieren, verliert es doch den Charakter einer Einzelbefugnis, und die Fälle gültiger Zuwendung von Reichtum an Kollektivitäten werden immer häufiger; seine Unbeweglichkeit, unbegrenzte Dauer, Absolutheit, die Mißbrauchsbefugnis des Eigentümers schwinden und ebenso der diesem gewährte Rechtsschutz, wenn er von seinem Recht nicht einen sozial nützlichen Gebrauch macht; allmählich entsteht Eigentum ohne Eigentümer, das keineswegs mehr einem Individuum, sondern einem Zweck zugehört. Angesichts dieser Wandlungsfähigkeit des Rechts gilt es also, seine tatsächlichen Grund-

lagen ernsthaft zu untersuchen, statt vergilbte Texte zu kommentieren, der Verknöcherung der Rechtsformeln auszuweichen und sie immer den Lebensgestaltungen entsprechend zu verjüngen (S. 150, 157, 175, 184f.).

Die beiden Schriften D.s und CH.s bereichern in wertvoller Weise die Geschichte der Umgestaltung des modernen Rechts in sozialistischem Sinn. Allerdings begnügen sie sich mit der Feststellung und Beschreibung dieser Wandlungen, ohne sie auch zu erklären. CH. verknüpft sie sehr allgemein mit der Entfaltung demokratischen Geistes. D. wieder zeigt allerdings die Entwicklung des Rechts zu einer Funktion der sozialen und speziell der ökonomischen Bedürfnisse auf, präzisiert aber diese Zusammenhänge in keiner Weise und scheint der Meinung, daß die weitaus überwiegende Ursache der Privatrechtsumgestaltungen im 19. Jahrhundert durch den Sieg der positivistischen über die metaphysischen Ideen herbeigeführt, also durchaus ideologischer Natur sei. Allein die gleiche Entwicklung hat auch in Ländern stattgefunden, wohin der Positivismus nicht gedungen ist, und es ist unmöglich, den Grund einer so allgemeinen und tiefgreifenden Revolutionierung der Rechtsinstitute in den Ideen irgendwelcher Denker und nicht in der Entfaltung des Wirtschaftslebens, der Industrie und des Maschinismus, im Wechsel der Produktionstechnik, in der Lage der Bevölkerung zu erblicken. Hätten D. und CH. diesen Parallelismus statt bloß den „ideologischen Überbau“ berücksichtigt, so hätten sie — wozu sie gerade größere Fähigkeit besitzen als sonst jemand — ein Pendant schaffen können zu dem schönen Buch von DICEY über die Wandlungen des englischen Rechts im 19. Jahrhundert.

Paris.

EDMOND LASKINE.

MICHEL AUGÉ-LARIBÉ, L'évolution de la France agricole. Paris, Armand Colin 1912. 12°. XVIII—304 S. (3.50 fr.)

AUGÉ-LARIBÉ hat sich bereits durch mehrere agrarpolitische Schriften auf das Vorteilhafteste bekannt gemacht. In der 1902 erschienenen ersten: „Grande ou petite propriété? Histoire des doctrines en France sur la répartition du sol et la transformation industrielle de l'agriculture“¹⁾, stellte er sich für Frankreich ungefähr dieselbe Aufgabe, wie ich sie in meiner Studie: „Die Entwicklung der Ideen über die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion“²⁾ für Deutschland zu lösen versucht habe. Besonderen Nachdruck legte er schon damals einerseits auf den technisch-ökonomischen Umwandlungsprozeß in der Landwirtschaft und andererseits auf die Stellung der Nationalökonomie und des Sozialismus, der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hierzu. Vornehmlich die Frage nach Art und Maß jener

1) Montpellier, Coulet & Fils. Gr. 8°. 217 S. 2) Im II. Bde. von „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert (SCHMOLLER-Festschrift). Nr. XXI. S. 1—67. Leipzig 1908.

technischen Umwandlung auf dem Sondergebiete des Weinbaues und nach ihren wirtschaftlichen wie sozialen Reflexwirkungen beschäftigte ihn sodann in dem um fünf Jahre jüngeren Buche: „Le problème agraire du socialisme. La viticulture industrielle du midi de la France“ (1907)¹⁾, in dem auch die Resultate einiger Abhandlungen aus der Zeit zwischen 1903 und 1907 verarbeitet wurden. Und auf dem gleichen Boden bewegen sich seine Betrachtungen auch in dem vorstehend angezeigten Werke — mit Ausdehnung jedoch auf die gesamte landwirtschaftliche Produktion.

Diese, konstatiert A.-L. „industrialisiert“ und „kommerzialisiert“ sich seit etwa zwei Menschenaltern — nicht von innen heraus, sondern unter dem Druck von Faktoren, die von außen her auf sie wirken: der stetig steigenden städtischen und gewerblich-industriellen Nachfrage nach ihren Erzeugnissen, der Hineinziehung in den Wirbel der Marktkonjunkturen und der Abhängigkeit von mächtigen Interessentengruppen des Handels und der Industrie, der wachsenden Absorption menschlicher Arbeitskraft durch die letztere, des politischen Übergewichtes der städtischen Bevölkerung. Diese Annäherung des Landbaues an die industriell-kapitalistische Produktionsweise tritt zutage in technisch-besserer Ausrüstung der Betriebe, in Mehrverwendung auch von umlaufendem Kapital aller Art, in äußerster Intensivierung der gärtnerischen und sonstiger Spezialkulturen, in allgemeiner Zunahme der Erträge. Welche konkrete Ausdehnung aber hat sie gewonnen? Ist sie genereller und gleichmäßiger Art oder lokal und nach Kulturgattungen differenziert? Kann man sagen, daß sie in Maß und Tempo andauern und schließlich den technischen Abstand zwischen Industrie und Landwirtschaft vollkommen aufheben wird?

Gegen eine Bejahung der letzten Frage spricht das Wesen des Landbaues selbst und seine Abhängigkeit von den Naturgewalten, die auch höchstgesteigertes menschliches Können niemals in demselben Umfange wird ausschalten können wie bei der gewerblich-industriellen Produktion. Was aber die übrigen Fragen anbelangt, so erklärt A.-L. das zur Verfügung stehende statistische und beschreibende Material für zu lückenhaft, als daß es ihre direkte Beantwortung ermöglichte. So sucht er denn die Elemente zu ihrer Lösung auf indirektem Wege zu finden, indem er den wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen des Kapitalismus in der Landwirtschaft nachgeht.

Selbstverständlich stößt er hierbei sofort auf das Zentralproblem der Grundbesitz- und Betriebsverteilung. In der Tat, obwaltet zwischen landwirtschaftlichem Groß- und Kleinbetrieb in bezug auf technische Struktur, Arbeitsenergie, Produktivität und demgemäß auch Konkurrenzfähigkeit das gleiche Verhältnis wie in der gewerblich-industriellen Produktion? Kann man überhaupt davon sprechen, daß wie hier, so auch zwischen jenen Konkurrenz stattfindet? Und zeigt sich im Gefolge einer solchen eine analoge Verschiebung in der Schichtung der Betriebsgrößen? M. a. W. Stellt einerseits der landwirtschaftliche Großbetrieb unter dem Gesichtspunkt des Pro-

1) Paris, Giard & Brière. 8°. S. 362.

duktionsinteresses die allein wünschenswerte Betriebsform dar und steuert andererseits die Entwicklung der Verkehrswirtschaft selbsttätig ebenso der Sozialisierung der landwirtschaftlichen wie der gewerblich-industriellen Produktion zu?

Die Meinungen hierüber gehen wie bei uns auch in Frankreich sehr weit auseinander. Sind ja schon ihre elementarbegrifflichen Voraussetzungen nicht immer die gleichen. Zudem spielen neben ökonomischen Erwägungen auch soziale, religiöse, dauernd und vorübergehend politische entscheidend mit. Es bleibt aber für Befürchtungen, Hoffnungen, Wünsche umsomehr Raum, als die statistischen Aufnahmen, die uns in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge die Kenntnis des Konkret-Zuständlichen und seiner Bewegung vermitteln sollen, diese Aufgabe gar nicht zu erfüllen vermögen: weil die Erhebungsmethoden wechseln; weil die Erhebungsergebnisse lückenhaft sind; weil das zu erfassende Objekt zu komplex ist, um überhaupt über größere Gebiete hin erfaßt werden zu können. Jedes Urteil, das mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit auftritt, scheint denn auch A.-L. mit dem Makel unberechtigter Generalisierung von Sondererscheinungen behaftet.

Er lehnt seinerseits ein solches — nachdem er mit meisterhafter Klarheit das Untersuchungsgebiet abgegrenzt, die einander widersprechenden Argumente skizziert, die offizielle Statistik zergliedert und sie mit dem aus anderen Quellen fließenden Tatsachenmaterial zusammengehalten hat — ausdrücklich ab. Sicher sei nur, daß im Laufe der letzten 50 Jahre zwar das kleinbäuerliche Grundeigentum (nicht auch die Zahl der Kleineigentümer) nicht unbedeutende Ausdehnung erfahren habe, im ganzen aber ernsthaftere Verschiebungen weder in der Grundbesitz- noch in der Betriebsverteilung eingetreten seien. Die theoretische Überlegenheit des landwirtschaftlichen Großbetriebs sei demnach praktisch dem Kleinbetrieb gegenüber nicht in Funktion getreten und von einer Konkurrenz zwischen diesem und jenem sei gar keine Rede.

Sogleich aber knüpft er an diese Feststellung auch den Zweifel. Wird und muß es immer so bleiben? Oder hat vielleicht der Großbetrieb vorläufig den Kampf nur deshalb nicht aufgenommen, weil beim herrschenden Protektionismus und da das Normalquantum der nationalen Produktion die Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes nicht übersteigt, weder Sorge um den Absatz waltet, noch im Kampfe ein Preis winkt, der nicht auch kampfflos zufile! Ist dem so, dann muß jedoch gerade die wachsende Produktivität der industrialisierten und hochspezialisierten Landwirtschaft hierin automatisch Wandel bringen — in der Richtung auch, daß um der Eröffnung neuer Absatzmöglichkeiten auf fremden Märkten willen die Absperrung des nationalen erst gemildert und sodann aufgegeben werde. Dann und dann erst werde sich zeigen, ob die kleinen Betriebe den Wettbewerb mit den großen auszuhalten fähig sind.

Doch darf man bei der Beurteilung dieser Fragen auch anderer Kräfte nicht vergessen.

Vor allem nicht die Bewegung innerhalb der ländlichen oder genauer :

der in der Landwirtschaft berufstätigen Bevölkerung, die ihren Ausdruck findet einerseits im Rückgang der Geburtenziffer und anderseits im Zuge vom Lande weg. Jener ist eine Folge des relativen bäuerlichen Wohlstandes und hilft hinwiederum ihn wie den bäuerlichen Betrieb durch Vermeidung von Bodenzersplitterung konservieren. Überdies wird er durch die technisch bessere und arbeitersparende Ausrüstung der Kleinwirtschaften ebenso gefördert, wie er seinerseits sie begünstigt. Und natürlich ist er auch das Ergebnis einer gegen früher veränderten Mentalität und sittlichen Auffassung, die allerdings m. E. primär ökonomisch basiert ist. Nicht anders als die Landflucht. Soweit die Unselbständigen in Betracht kommen, wird sie hervorgerufen: durch die Schwere der Arbeitslast und die ungemessene Abhängigkeit vom Arbeitgeber; durch den Saisoncharakter der Verdienstgelegenheit und daher auch des Lohnes, der deshalb im ganzen unzureichend wird; durch die materielle Unsicherheit der Existenz und den Mangel an Aussicht auf sozialen Aufstieg; durch das Fehlen genügender Kranken- und Armenfürsorge. Sämtliche Schichten der Landbevölkerung aber lockt — unterstützt durch Schule und Militärdienst, durch Zeitungen und Bücher, durch Touristenstrom und Berührung mit städtischen Sommergästen — die Stadt, das städtische Wesen, die städtische Kultur. „Les forces mystérieuses qui liaient l'homme et la terre ont perdu le pouvoir de les retenir amicalement . . . , Les traditions sont rompues. . . . Au milieu du village désuni par la politique, ravagé par l'envie, le paysan se sent plus isolé, plus triste, plus malheureux que ses parents ne l'étaient autrefois dans leur pauvre chaumière au bord de la forêt“ (S. 147). Und die innerlich Stärksten und Entschlußfähigsten geben das Beispiel, indem sie neuen und besseren Geschicken außerhalb des Dorfes entgegenziehen. — Die Rückwirkungen aber hieraus auf die technische Konfiguration sowie auf die Besitz- und Betriebsverteilung sind natürlich ebenfalls nicht einheitlicher Art. Die Abwanderung bäuerlicher Wirte äußert sich zunächst nicht anders als der Geburtenrückgang, d. h. Kleinbetrieb konservierend; sie läßt jedoch auch Raum zunächst für Besitzkonzentration. Die Arbeiterflucht wieder und die damit verbundene Verteuerung der Produktion durch Steigerung der Arbeitskosten drängt auf die Dauer — wenn und soweit nicht fremdvolkliche Saisonarbeit billigen Ersatz bietet — zu technischem Fortschritt. Dann ist aber der Großbetrieb besser daran, wenn es nicht dem Kleinbetrieb gelingt, es ihm auf dem Wege genossenschaftlichen Zusammenschlusses gleich zu tun.

Viele erwarten denn auch von diesem, und zwar nicht allein auf wirtschaftlichem, sondern gleichermaßen auch auf sozialem und moralischem, alles und sicheres Heil. Aber, meint A.-L., „tant d'enthousiasme nous oblige à quelque défiance. Les institutions humaines n'atteignent pas d'ordinaire à cette perfection“ (S. 166). Und er schildert nüchtern die geschichtliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande, ihre Formen und programmatischen Ziele, ihre bisherige praktische Funktionierung und was mit ihrer Hilfe erreicht worden ist. Der Schluß, zu dem er gelangt, ist: man dürfe die Genossenschaften nicht unterschätzen, aber auch nicht über-

schätzen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Zahlreich sind die Hemmungen: aus dem kleinlich-kurzichtigen Individualismus der Genossenschaftler wie aus der Struktur der Genossenschaft selbst und der Autokratie ihrer Leiter, die nicht weniger durch die Passivität der Mitglieder genährt wird, als sie umgekehrt diese aller Initiative enthebt und sie von einer solchen fernhält; aus der Haltung der Dünger-, Maschinen- und sonstigen in Frage kommenden Industrien, die nach direkter Umgehung der Genossenschaft streben oder die Anhänglichkeit an diese dadurch zu untergraben bemüht sind, daß sie individuelle Preisrückvergütungen an die Mitglieder von den bezogenen Waren untersagen; aus dem Widerstand der Händler, die sich nicht depossedieren lassen wollen; aus dem Eindringen von Politik und auch von Klassenpolitik in die Gewerkschaftsbewegung, mit dem Ergebnis, daß nicht nur diese, statt sich zu vereinheitlichen, sich in zwei Strömungen gespalten hat — die aristokratische „Société nationale des agriculteurs de France“ und die demokratische „Société nationale d'encouragement à l'agriculture“ —, sondern daß auch von einer Harmonisierung der Klasseninteressen durch die Genossenschaften nichts zu verspüren ist.

Nirgends also eine klare und ungebrochene Entwicklungslinie, sondern überall ein unübersichtliches Durcheinander von Tendenzen, die sich kreuzen, sich gegenseitig ergänzen, einander aufheben, ein zögernd-langsameres Vergehen, ein ungewiß-tastendes Werden. Und zwiespältig wie all das, ist auch die Haltung des Sozialismus und der französischen Sozialdemokratie dem Agrarproblem gegenüber.

Die ländliche Demokratie Frankreichs, führt A.-L. aus, ist wohl längst nicht mehr die alte. Die Zeiten, da das Landvolk ebenso als Jungbrunnen der Volksgesundheit gelten durfte oder wenigstens tatsächlich galt, sind ebenso unwiderbringlich dahin wie sein ausgeprägter Sinn für Religion und für die Erhaltung des Bestehenden in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Um es aber in gleicher Art für den Sozialismus zu gewinnen wie die Industriearbeiterschaft, müßte in ihm die Überzeugung wachgerufen werden, daß das MARXsche Konzentrationsgesetz auch für die Landwirtschaft gelte. Von einer Konzentration der Betriebe aber sei bisher ebensowenig die Rede, wie von einer — parallelen — Proletarisierung der Leiter von Kleinbetrieben. Jedenfalls nicht in dem Sinne der Bildung eines landwirtschaftlichen Proletariats als Pendant und mit der psychologischen Verfassung des industriellen. Schon deshalb nicht, weil jenes in dem Maße, in dem es entsteht und sich vermehrt, mindestens größtenteils mit diesem — durch Abwanderung zu nicht-landwirtschaftlichen Arbeitsgelegenheiten hin — zusammenfließt. Was aber von ihm auf dem Lande bleibt, erblickt sein Ideal nicht im Kollektivismus, sondern in der Erringung oder Wiedererringung des Kleineigentums und der Kleinunternehmerstellung. Demgemäß müsse die Sozialdemokratie, wenn sie ländliche Wähler gewinnen wolle, ihrem kollektivistischen Programm in bezug auf den Kleinbesitz untreu werden — und thue dies auch. Ein Punkt, auf den A.-L. auch in der Besprechung des Buches von Com p è r e - M o r e l, „La question agraire et le socialisme en France“ (s. oben S. 122) nachdrücklich hinweist.

Größere Wichtigkeit mißt er bei der — neben dem Sozialismus und außerhalb der sozialistischen Partei einhergehenden — gewerkschaftlichen Bewegung der Landarbeiter, die er zum Schluß in ihrem bisherigen Verlauf unter Hinweis auf die Gegenorganisationen der Unternehmer schildert.

Niemand der sich für die einschlägigen Probleme interessiert, wird die lichtvolle Schrift A.-L.s unbeachtet lassen dürfen. Niemand wird sie ohne Nutzen aus der Hand legen: zum Teil auch gerade wegen des Widerspruches, den manche seiner Ausführungen auslösen, und der Widersprüche, in die er — wie eine aufmerksamere Lektüre der vorstehenden Skizze lehrt — nicht selten mit sich selbst gerät.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

GEORGES SENCIER, *Le Babouvisme après Babeuf. Sociétés secrètes et conspirations communistes (1830—1848)*. Paris, Marcel Rivière, 1912. 8°. 348 S. (6 fr.).

Der Verf. vorliegender Schrift hat sich nicht die Aufgabe gestellt, die Geschichte BABEUFs und des Babouvismus, über die bereits ausreichende Quellenstudien vorliegen, sondern vielmehr die der Epigonen BABEUFs und des Einflusses, den die Ideen der Gleichen auf die geheimen Gesellschaften und ihre revolutionären Theorien bis 1848 gehabt haben, zu schreiben. Sie ist ebenfalls auf dem Studium der Quellen aufgebaut und enthält eine Schilderung der Polemiken, Zeitungsgründungen, Prozesse und Taten der gezeichneten Gruppe. S. unterscheidet zwei Perioden des Babouvismus: die ursprüngliche, 1795 und Folgejahre, sowie die Renaissance des Babouvismus, 1830 bis 1848. Unter die Wortführer der Ideen BABEUFs rechnet S. auch CABET; in gewissem Sinne mit Recht, da auch CABET das über den Eigenbedarf hinaus erworbene Gut als gesellschaftlich schädlich und ethisch unerlaubt erachtet. Doch ist CABET wohl im ganzen mehr als von BABEUF von THOMAS MORUS beeinflusst worden. Jedenfalls ist aber richtig, daß die Doktrin CABETS eine Verweichlichung und Sentimentalisierung der kräftigen, männlichen — aber doch wohl nicht brutalen, wie S. meint (S. 7) — Sätze BABEUFs vorstellt. Die Darstellung des reichlich gesammelten Tatsachenmaterials ist im ganzen gut, wenn auch leider nur französischem Material entnommen. So kennt S. das bedeutende Buch von G. ROMANO CATANIA über FILIPPO BUONARROTI nicht, und es entgeht ihm deshalb die patriotische, vom Nationalitätenprinzip den Ausgang nehmende Filiation des Babouvismus. An theoretisch-kritischer Durchdringung des Stoffes weiß der mehr historiographisch gerichtete Verf. nichts zu geben. Auch stört der durchaus gegnerische, bisweilen selbst verständnislose Standpunkt, den er seinem Gegenstand gegenüber einnimmt und der oft in Randbemerkungen (vgl. die Episode der kommunistischen Frauenbewegung 1850, S. 301) zum Ausdruck kommt, häufig die an sich interessanten geschichtlichen Zusammenstellungen.

Turin.

ROBERT MICHELS.

GEORGES RENARD et ALBERT DULAC, *L'évolution industrielle et agricole depuis cent cinquante ans. Avec 34 gravures dans le texte.* Paris, Alcan, 1912. Gr. 8°. 458 S. (5 fr.)

Das angezeigte Buch bildet gleichzeitig den Einleitungs- und den Schlußband der von GEORGES RENARD herausgegebenen und auf 12 Bände berechneten „*Histoire universelle du travail*“, die aus der Feder namhafter Fachmänner Darstellungen bringen soll der Arbeit: im vorgeschichtlichen Zustande, in der griechischen, römischen und orientalischen Antike, im Mittelalter, im äußersten Orient, in Amerika und in den mohammedanischen Ländern und von der bereits außer dem vorstehenden auch der Band über die Arbeit in der Römerwelt erschienen ist¹⁾.

Für ein so großes Unternehmen war ein ausführliches Vorwort notwendig, das den Leser an den Beginn der Entwicklung stellt, ihn von vornherein über die Arbeitsbedingungen der Gegenwart unterrichtet und ihm so im Wege der Vergleichung tieferdringende Einsicht in die vorangegangenen Perioden, deren Beschreibung folgen soll, ermöglicht. Eine nicht leichte Aufgabe! Denn sie fordert großzügige Zusammenfassung der an landwirtschaftlichen und industriellen Umgestaltungen wohl reichsten Periode der Menschheitsgeschichte; dabei Exaktheit ohne Ballast ermüdender Einzelheiten; Festhaltung der allgemeinen Gesichtspunkte, ohne banal und langweilig zu werden; Hervorhebung charakteristischer Details, ohne ins Anekdotenhafte zu verfallen; Hinweis auf illustrative Statistiken ohne ein Übermaß an solchen; klare Schilderung einer gleichermaßen technischen, kommerziellen, sozialen, wissenschaftlichen und sogar politischen Entwicklung nicht nur Frankreichs allein, sondern der ganzen Welt; Umreißung der Bewegung des Wirtschaftslebens zur Zukunft hin, ohne gewagte Prophezeiungen. R. und D. sind nun dieser Schwierigkeiten meisterhaft Herr geworden. Ihre Arbeit ist populär, elegant und lebendig geschrieben, angenehm zu lesen und dabei doch stets lehrreich durch die Fülle von Tatsachen, deren Kenntnis es vermittelt.

Besondere Aufmerksamkeit haben die Verf. mit Recht der Schilderung der technischen Umgestaltungen in Landwirtschaft und Industrie zugewendet. Die physikalischen, chemischen, biologischen Entdeckungen haben im 19. Jahrhundert eine so große Rolle gespielt, daß man an ihrer Anwendung auf die Arbeit in Landwirtschaft und Industrie nicht vorbeigehen kann. Mit diesem Gegenstand befassen sich denn auch von den 10 Kap. des I., von R. bearbeiteten, der Industrie gewidmeten Teiles 5; von den 8 Kap. des II. Teils, den D. geschrieben hat und in dem die Landwirtschaft behandelt wird, 4. Die übrigen Kap. sind vor allem soziologisch und wirtschaftlich. In 4 derselben schildert R. die Entwicklung der Arbeitsweisen (Heim-, großbetriebliche usw. Arbeit), die industrielle Konzentration, den Einfluß der technischen Umwälzung auf Quantität, Qualität und Preise der Waren. D. aber beschreibt in 4 Kap. die Landwirtschaft nach: Austauschverkehr, Organisation der Pro-

1) PAUL LOUIS, *Le travail dans le monde romain. Avec 41 gravures dans le texte.* Ebenda 1912. 416 S. (5 fr.)

duktion (Besitz- und Betriebsverteilung), Genossenschaftsbildung und Fortschritten durch Fachunterricht, Wissenschaft und Staat.

Schriften wie die besprochene sind vor allem deshalb interessant, weil sie weniger Ergebnisse eigener Forschung bringen, als die fremder zusammenfassen. Sie repräsentieren die in gebildeten Kreisen herrschenden Anschauungen über den Gang der ökonomischen Entwicklung; sie fixieren so eine bestimmte Phase der öffentlichen Meinung; was ihnen Wert verleiht, sind die allgemeinen Ideen, die sie enthalten, und durch diese auch vermögen sie Widerspruch wachzurufen.

R. sieht den ausschlaggebenden Faktor der industriellen Entwicklung während der letzten 150 Jahre in der Ausbildung des Handels. Das gigantische Anwachsen des Marktes, die Erweiterung der Absatzgebiete über die ganze Erde hat die industriellen Umwälzungen ausgelöst und durch Erfindungen verwirklicht — also im Wege einer Art von wirtschaftlicher Notwendigkeit. Man erkennt hier MARX' Thesen aus dem Kommunistischen Manifest. Nun weiß ich wohl, wie groß ihr Anhang auch in wissenschaftlichen Kreisen ist. Trotzdem aber und trotz R.'s Erklärung, daß „ein Zweifel nicht gestattet sei“, glaube ich nicht, daß sie noch lange der Kritik standhalten werden.

Man kann vor allem sagen, daß in einer so komplexen Entwicklung nicht von einem „vorherrschendem“ Faktor, sondern nur von einer Multiziplicität aufeinanderwirkender Einflüsse die Rede sein könne. Will man aber schon durchaus einen diesen Faktoren herausheben, so müßte dieser m. E. der außerordentliche Fortschritt der industriell angewendeten Wissenschaften sein. Der Ausdehnung der Märkte kann für das letzte Jahrhundert nur eine sekundäre Rolle zugesprochen werden. Zunächst aus psychologischen Ursachen: nichts ist passiver als der Konsument; nicht die Bedürfnisse sind es, die die Produktion hervorrufen; vielmehr enthüllt der erfinderische Warenerzeuger dem Konsumenten seine latenten Bedürfnisse, indem er die Befriedigungsmittel schafft. — Sodann aus historischen Erwägungen: Erfindungen werden seit dem 17. und 18. Jahrhundert zahlreich nur, weil Physik und Chemie als Wissenschaften früher nicht vorhanden waren; um die industrielle Arbeit zu erleichtern, haben die Erfinder nicht erst auf den Außenhandel gewartet, und nach den ersten wissenschaftlichen Entdeckungen hat man sich auch sofort an ihre praktische Verwertung gemacht. Der Philosoph LOCKE war es, der um die Wende des 17. Jahrhunderts aus Anlaß physikalischer Experimente in sein Tagebuch schrieb: „sie würden zur Erfindung neuer und schneller arbeitkürzender und erleichternder Maschinen führen“; und PAPIN schrieb 1688 mit bezug auf seinen Plan, einen Kolben durch Schießpulver in Bewegung zu setzen: „Es ist zweifellos etwas Großes um den Gedanken, die Gewalt des Schießpulvers in den Dienst der Menschen zu stellen, die es bisher nur zu töten gedient hat.“ — Aus statistischen Gründen endlich: dem Außenhandel jener Zeit kommt keineswegs jene Wichtigkeit im Gesamtwirtschaftsleben zu, welche die ihr zugewiesene Rolle voraussetzt. Schon ADAM SMITH betont die unendlich größere Bedeutung des Binnenhandels. Wenn R., MAN-

roux folgend, auf die Entstehung der großen Vermögen im Kolonialhandel hinweist, so darf man doch nicht diesen als entscheidende Ursache der technischen Entwicklung ansehen. Was hat mit dieser z. B. der Negersklavenhandel zu tun, der doch den Reichtum von Nantes geschaffen hat? Und hat der Einfuhrhandel mit Gewürzen, Zucker und indischen Geweben nicht größere Reichtümer geschaffen als der Exporthandel? Der englische Produktionszensus von 1907 zeigt nach der außerordentlichen Ausdehnung des Handels seit einem Jahrhundert, daß von dem Jahreswert der Produktion per 1400 Mill. £, mehr als $\frac{2}{3}$, nämlich etwa 1 Milliarde, auf den Inlandskonsum entfallen. Wie war es erst einst, da England noch nicht den Großteil der Nahrungsmittel aus der Fremde bezog! Der Wert des gesamten Außenhandels Englands beim Ausbruch des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges überschritt nicht 30 Mill. £, wovon kaum die Hälfte im Export. Selbst wenn man einräumt, daß der Außenhandel die Produktion Englands zu Ende des 18. Jahrhunderts stark gefördert habe: den gleichen Einfluß auch für das ganze 19. Jahrhundert anzunehmen, erscheint mir unmöglich. Man muß sich eben damit abfinden, daß die Ursachen des industriellen Fortschritts im letzten Jahrhundert nicht ökonomischer, sondern geistiger Natur sind. Der Sozialismus und besonders der sehr weiterherzige Sozialismus R.s leidet in keiner Art, wenn er dies zugibt.

Angesichts der Überschätzung des kommerziellen Faktors ist es um so überraschender, daß R. einen anderen Hebel der industriellen Entwicklung im 19. Jahrhundert, der geradezu ihr charakteristisches Kennzeichen bildet, nicht einmal erwähnt, nämlich die Konkurrenz.

Die moderne Industrie entringt sich dem System korporativer Gebundenheit zu Ende des 18. Jahrhunderts, um zu Beginn des 20. der Trustierung und Kartellierung zu verfallen. In der Zwischenzeit aber besteht — vielleicht zum ersten Male in diesem Umfange — freier Wettbewerb. Wie immer man nun über diesen denken mag: seine ungemeine Bedeutung für die moderne Wirtschaftsgeschichte ist unleugbar. Die ganze sozialistische Literatur aus den ersten 60 Jahren des 19. Jahrhunderts beweist sie, welche die Konkurrenz als die eiserne Rute der Industrie, als die unheilvolle Macht, die gleichermaßen Unternehmer wie Arbeiter ergreift, darstellt. Die „Erfindung“, diese Waffe, deren Allmacht R. sehr wohl erkennt, ist ihr vornehmliches Werkzeug; unter ihrem unversöhnlichen Antrieb kommt es zu jenen praktischen, die Produktionskosten vermindern den Anwendungen der theoretischen Entdeckungen; sie hat es bewirkt, daß die individuelle Unternehmung schließlich unterlegen ist und nun in immer stärkerem Maße Kollektivunternehmungsformen Platz macht.

Hätte R. die Konkurrenz nicht mit Stillschweigen übergangen, so wären seine Bemerkungen über die Trusts und Kartelle verständlicher. Er sieht in diesen vor allem Phänome industrieller Konzentration. Das sind sie wirklich, aber mehr noch als das. Sie repräsentieren sich auch als Ansätze zu einer neuen Organisation der Industrie auf Basis der Vereinheitlichung einer ganzen Industriegruppe; als eine durch die wirtschaftliche Entwicklung gezeitigte Verdrängung des zu Beginn des 19. Jahrhunderts siegreich gewesenen öko-

nomischen Individualismus; kurzum, als die einzige praktische Form des Sozialismus, die wir kennen. Ein ganzer Industriezweig wird dank ihnen zu einem Organismus, von dem die Individualunternehmungen nur mehr Zellen sind. Ebendeshalb wäre es wohl am Platze gewesen, uns die Funktioneierung eines dieser großen Organismen aufzuzeigen, die weitaus interessanter sind als selbst so große Individualunternehmungen wie die von CREUZOT und KRUPP: z. B. des Westfälischen Kohlensyndikats, oder des amerikanischen Petroleumtrusts mit seinen europäischen Verzweigungen. Wie werden sie verwaltet? Wie passen sie die Produktion der Nachfrage an? Wie regen sie das Selbstinteresse ihrer Angestellten an? Das sind die Grundfragen des Regimewechsels in der Industrie, dessen Zeugen wir sind, und das Problem besteht darin: ob die durch eine wissenschaftliche Technik begünstigte wirtschaftliche Konzentration die lediglich vom Eigeninteresse getriebene zerstückelte und unabhängige Produktion dauernd ersetzen wird.

Es ist R. und D. als Verdienst anzurechnen, daß ihre sozialistische Auffassung die wissenschaftliche Objektivität in keiner Art alteriert hat. Man merkt kaum, welchen Lehrmeinungen ihre Sympathien gehören. Nur von einem sozialistischen Vorurteil — das auch die beschränktesten Agrarier beherrscht — scheinen sie sich nicht losmachen zu können: von dem Mißtrauen gegen den Handel und speziell den Börsengroßhandel, in dem sie nur ein Spekulationsinstrument erblicken. D. faßt die so merkwürdige Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens folgendermaßen zusammen: „On ignore les opérations de bourse sur les marchandises agricoles jusqu'en 1871 . . . A l'heure actuelle tous les grands centres capitalistes ont leur Bourse de commerce. L'influence des cotes sur lesquelles jouent les spéculateurs augmente parallèlement à la masse des affaires traitées. Les marchés fictifs multiplient à l'infini la pesée que les marchés à terme impriment au mouvement des cours. De gros opérateurs deviennent maîtres des prix“ (S. 383). Es sollte aber wirklich nicht mehr möglich sein, so von einer wichtigen Organisation, einer der sinnreichsten der modernen Volkswirtschaft, zu sprechen, dank welcher die Preise des internationalen Stapelartikel lokalen Einflüssen entzogen werden; dank der ferner allein der Handel seine Aufgabe zu erfüllen und durch den Mechanismus des Termingeschäfts die Preisschwankungen auszuhalten vermag; dank der schließlich die isolierten Produzenten mittelst der öffentlichen Kursnotierungen Schutz finden gegen die Ausbeutung ihrer Unwissenheit und Isoliertheit. Das sollten Sozialisten nicht vergessen! Was aber diese Beeinflussung der Kurse durch „Fiktivgeschäfte“ anbelangt, so ist dieses Argument durch die Preissteigerung der letzten 15 Jahre doch recht fadenscheinig geworden. Freilich schreiben die Protektionisten dem Terminhandel, den sie durch zwei Jahrzehnte für den Preisfall verantwortlich gemacht haben, nun die Schuld an der Hausse in die Schuhe. Es ist aber nur eines von beiden möglich: entweder die „Fiktivgeschäfte“ haben nicht den ihnen zugeschriebenen Einfluß und halten sich ihrerseits an die durch anderweitige Umstände bedingten Preise; oder es ist, wenn sie so allmächtig sind für die Baisse, die gegenwärtig dauernde Hausse unbegreiflich. Die Börsen sind eine verhältnis-

mäßig junge Einrichtung und haben sicherlich, wie auch andere noch, Mißbräuche gezeitigt. Ihre wirtschaftliche Rolle ist aber höchst heilsam. Und was die von D. mit Recht gebrandmarkten Spekulationen, wie etwa die von LEITER, anbelangt, so sind sie m. E. nicht durch die Organisation der Börsen verschuldet, sondern durch die Anhäufung enormer Kapitalmassen in unverantwortlichen Händen.

Montpellier.

CHARLES RIST.

GIOVANNI DOMANICO (*Le Vaghe*), *L'Internazionale dalla sua fondazione al congresso di Chaux-de-Fonds. Con Note e Documenti. Parte I^a, Volume 1. (1864—1870).* Firenze, Casa Editrice Italiana, 1911. XXXIX—209 S. (3 Lire).

Der erste, einleitende Band eines groß angelegten Programms, das die Geschichte des Sozialismus in 10 Bänden zu bringen beabsichtigt. Der Urheber des Planes und Verfasser des Bandes ist der Süditaliener D., der zu Beginn und um die Mitte der 90er Jahre eine kurze aktive Rolle im italienischen Sozialismus spielte, dann unter dem dringenden Verdacht des Spionentums, der in der Partei gegen ihn entstand, zurücktreten mußte und die letzten 20 Jahre mit steigender Intensität darangesetzt hat, seine Unschuld zu beweisen. Es ist schwer, in kurzen Worten die komplizierte Frage bündig zu erörtern, und zudem auch hier nicht der Ort dazu. Es genüge, darauf hinzuweisen, dass in dem Prozeß, den D. 1910 gegen seine Gegner anstrebte, die Methoden des Verfahrens dieser gegen ihn in ein sehr schiefes Licht gerückt wurden. Trotzdem steht Verf. auch heute noch außerhalb der Partei, und werden seine Schriften von ihr geflissentlich totgeschwiegen.

Der I. bisher vorliegende Band des großen Werkes umfaßt die Zeit von der Entstehung des proletarischen Sozialismus in Italien bis zum Aufschwung desselben nach der Pariser Kommune, also sozusagen die Vorjahre des italienischen Sozialismus. Er enthält allerdings nichts absolut Neues, aber doch eine gute Zusammenfassung des italienischerseits bereits Gebotenen. D. verfolgt dabei im ganzen die Absicht, das Verdienst der Italiener an der modernen wissenschaftlichen Theorie des Sozialismus gebührend ins Licht zu setzen, ein Vorhaben, das keineswegs des Interesses und der Aussicht auf Erfolg entbehrt. Bisweilen geht D. allerdings etwas weit. So, wenn er behauptet, CARLO PISACANES „Saggio“ (1859) enthalte bereits die gleiche Werttheorie und Genesis des Kapitals, die MARX 10 Jahre später in seinem „Kapital“ neu gefunden habe (S. XXVI), während die freilich bedeutungsvollen Andeutungen PISACANES doch nicht über geniale Intuitionen hinauskommen und jedenfalls MARX die Vaterschaft des Marxismus nicht streitig machen können. Im übrigen ist die Schilderung der inneren und äußeren Kämpfe des italienischen Sozialismus unter bakunistischem Gesichtspunkt, aber anschaulich und im ganzen richtig gehalten. Auf die Genesis des italienischen Sozialismus aus der Enttäuschung der Patrioten über die ersten mageren

Jahre nach der Begründung des Einheitsstaates und die Beteiligung der Arbeitergenossenschaften und Gewerkschaften an der neuen Partei legt D. mit Recht den gehörigen Nachdruck.

Turin.

ROBERT MICHELS.

TULLIO MARTELLO, *L'economia politica e la odierna crisi del darwinismo.* Bari, G. Laterza, 1912.

Vor nun zwei Jahrzehnten sind im „Giornale degli economisti“ einige anonyme Artikel erschienen, die großes Aufsehen erregten: sowohl durch Lebhaftigkeit der Form wie durch dialektische Schärfe und außerordentliche Gelehrsamkeit auf natur- und sozialwissenschaftlichem Gebiete. Die These, die sie vertraten, lautete: es klaffe ein tiefer Abgrund zwischen Tierwelt und Menschheit, und es existiere zwischen der Arbeit sowie den Assoziationsformen dieser und jener weder ein Verhältnis noch eine Analogie. Und in heftigster Weise bekämpfte der Anonymus alle Anwendungen des Darwinismus auf Menschheitsphänomene. Es regnete denn auch Erwiderungen aus der Feder von Biologen, Philosophen und Volkswirtschaftlern. Erst im letzten seiner Artikel lüftete der Verf. die Maske: es war der Professor der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bologna, TULLIO MARTELLO. Andere Schriftsteller nahmen das Thema von verschiedenen Standpunkten auf und gelangten dabei zu voneinander abweichenden Schlußfolgerungen, darunter MASE-DARI, Prof. der politischen Ökonomie in Modena; ENRICO MORSELLI, Prof. der Psychiatrie in Genua; PAOLO PELLACANI, Prof. der gerichtlichen Medizin in Bologna. MARTELLO aber hüllte sich dem von ihm entfesselten Sturm gegenüber im Schweigen. Jetzt erst, nach zwanzig Jahren, faßt er seine 1892 erschienenen Artikel zusammen, vervollständigt sie durch Beobachtungen, zu denen ihn seitherige tatsächliche Feststellungen und Theorien veranlaßt haben, und nimmt gleichzeitig zu den Angriffen der Gegner Stellung. So ist ein Buch von über 500 Seiten entstanden, das frisch und lebendig anmutet, als wäre es heute erst geschrieben und nicht, als wäre eine ebenso in die Breite wie in die Tiefe gehende wissenschaftliche Entwicklung seit seiner Entstehung verflossen; ein Buch, das man mit großem Genuß in einem Zuge liest, auch wenn man die Grundanschauungen des Verf. nicht teilt und die nicht immer berechnigte, jedenfalls aber in der Form unnötige Heftigkeit seiner Polemik mißbilligt.

Die Probleme, denen M. sein Talent und seine Gelehrsamkeit widmet, sind noch durchaus nicht gelöst. Sie sind noch immer Gegenstand lebhafter Erörterung und werden es lange noch bleiben. Gerade im September v. J. hat die British Association ihre Jahresarbeit mit einem Vortrag des berühmten Chemikers SCHÄFER eingeleitet, in dem der Nachweis versucht wird, daß der Unterschied zwischen Lebe- und Nicht-Lebewesen keineswegs so groß sei, wie es scheine, daß er quantitativ und nicht qualitativ sei, daß in den lebenden Körpern und vielleicht auch in der anorganischen Welt

keine Substanzen existieren, daß sie nicht hierin ihren Ursprung haben und nicht nach denselben Gesetzen ihre Wirksamkeit fortsetzen, und daß demnach die Entstehung des Lebens nichts anderes sei als ein chemisches Phänomen, das in einer gewissen Phase der thermochemischen Entwicklung unseres Planeten notwendig werde. In dieser Theorie ist von jenem von M. behaupteten Hiatus keine Rede!

In der Vorrede setzt sich M. in glänzender Weise mit seinen Vorgängern auseinander. Das Buch selbst zerfällt in 2 Teile. Deren I. ist den Sozialisten und den Sozialistoiden, den Ökonomen und Pseudoökonomen gewidmet; im II. werden einige Probleme der Wirtschaftspsychologie behandelt. In jenem bietet M. eine Übersicht der sozialistischen und volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, in der man einem Übermaß persönlicher Kritik und Urteilen begegnet, die in Lob und Tadel dem unparteiischen Leser gleich übertrieben erscheinen. Während M. seine Gegner, namentlich LORIA und LUZZATTI, allzustreng behandelt, hebt er mit offener Übertreibung die Verdienste seiner Anhänger in den Himmel. Der II. Teil enthält die fast wörtliche Wiedergabe jener Artikel von 1892, in denen, wie bereits erwähnt, der Darwinismus und seine Anwendungen auf die politische Ökonomie energisch bekämpft werden.

Wie immer man sich zu M.s Untersuchung stellen mag, die, wie alle kämpferischen Schriften, gleichermaßen Haß und Enthusiasmus entfesselt hat, so ist sie sicherlich der aufrichtige Ausdruck glühender Liebe zur menschheitlichen Freiheit, begeistert für deren Triumphe und voll Abneigung gegen jene, die sie — wie M. meint — in Theorie und Praxis in gewissem Sinne einschränken und irreführen möchten. Gerade auch wegen dieser starken Überzeugung verdient sie, der Aufmerksamkeit der Forscher empfohlen zu werden.

Siena.

FILIPPO VIRGILII.

F. E. GREEN, *The awakening of England*. London und Leipzig, Nelson & Sons, 1912. (2 sh. 6 d.)

Kein Engländer der Gegenwart wird überrascht sein, daß ein Buch über Erdbeeren und Schweine, über Geflügelzucht und Landvolk unter dem oben angeführten hohtonenden und allumfassenden Titel erscheint. England mag zu mancherlei Dingen erwachen: zu Kunst, Religion, Demokratie, Sozialismus. Was bedeutet das aber neben dem Problem des kläglichen Zustandes der ländlichen Bevölkerung!

Vor einer Reihe von Jahren hat der Verf., ein glühender Sozialist und Beamter einer weltberühmten Dampfschiffahrtsgesellschaft, beschlossen, London zu verlassen und sich auf einem kleinen Anwesen von wenigen Acres in einem winzigen Dorf in Surrey, etwa 25 Meilen von London, niederzulassen, um ein anständiges Leben im Schweiß seines Angesichts zu führen. Nun hat er entdeckt, daß für ihn der bequemste Weg, aus Bienen, Kühen und Äpfeln Geld zu machen, der ist, Artikel und Bücher über sie zu schreiben

und daß die Schriftstellerei für den, der sie effektiv zu betreiben vermag, weit gewinnbringender ist als Pflügen.

Andererseits ist es sehr symptomatisch für das moderne England, daß es einen aufnahmefähigen Markt bietet für die Publikationen eines Sozialisten, der da beschreibt: die Missetaten wildhegender Landlords, den Indifferentismus und die Nachlässigkeit der Eigentümer ungesunder ländlicher Wohnhäuser, den Mangel jeder Aussicht auf sozialen Aufstieg innerhalb der unterentlohten und niedergetretenen ländlichen Arbeiterschaft und die Bemühungen der Kleinbesitzer, den Wohlstand unter der Landbevölkerung zurückzubringen.

England ist endlich zum Bewußtsein von dem Unrecht wider den Bauernstand erwacht, obgleich dieser selbst, wie den Historiker bedünkt, so recht eigentlich nie geschlafen hat. Es ist eine lange und traurige Geschichte von der Erniedrigung des mittelalterlichen Siedlers zum Landproletarier der Gegenwart, die Geschichte vom Triumph der wirtschaftlichen Kräfte über den Willen von Krone und Parlament, von Gerichtshöfen und Philanthropen. Der Fortschritt in England vollzieht sich gar langsam, aber sehr sicher. Volle vier Jahrhunderte, von 1450 bis 1850, brauchte die Zerstörung der mittelalterlichen Grundherrschaft und ihres archaischen Wirtschaftssystems; und in der jüngsten Zeit ist eine ganze Literatur — zu nicht geringem Teil auch in deutscher Sprache — über diesen Umwandlungsprozeß zu verzeichnen. So W. HASBACH, Die englischen Landarbeiter in den letzten 100 Jahren (1894, engl. 1908); HERM. LEVY, Entstehung und Rückgang des landwirtschaftlichen Großbetriebes in England (1904); T. L. HAMMOND, Village labourer 1760—1832 (1911); R. H. TAWNEY, Agrarian problem of the sixteenth Century (1912). Sie vermitteln uns genaue Kenntnis jener Phase der englischen Wirtschaftsgeschichte, die neuerdings die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf sich zieht. Neuerdings, denn die langwierige Revolution, die als „Einhegungs“-Prozeß bekannt ist, war schon in der TUDOR-Epoche Gegenstand unzähliger Repressivgesetze.

Das alte grundherrliche System mit Dreifelderwirtschaft und Flurzwang hemmte jeden technischen Fortschritt. Nun hörte nach dem Bürgerkrieg die Fronwirtschaft auf, und die bäuerlichen Dienste wurden zu Geld geschlagen. Allein das Einströmen amerikanischen Silbers und die hierdurch parallel zur Geldentwertung unter EDUARD VI. (1547—1553) hervorgerufene Preissteigerung verringerte in hohem Maße die hergebrachten grundherrlichen Rentenbezüge. Da nun Wolle guten Absatz fand, so zogen die Landlords Schafe den Menschen vor. Damit begannen jene Einhegungen, die besonders im Südosten und Südwesten Jahrhunderte hindurch fortdauerten. Um die Mitte des 16. wurden sie zum nationalen Problem. Die Regierung stand auf seiten des Volkes gegen die einhegenden Lords: unzählige Gesetze wurden erlassen und häufige Kommissionen fanden statt, um die Pächter zu schützen und die „Entvölkerung“ des flachen Landes einzudämmen. Die — gewöhnlich bloß als Werkzeug königlicher Tyrannei betrachtete — Sternkammer sollte in Wirklichkeit auch die ländliche Bevölkerung gegen die räuberischen Lords schützen. Mit ihrer Beseitigung und dem Sturz KARLS I. hörten auch die

Versuche hierzu endgültig auf, obgleich CROMWELL gegen eine bedeutende Anzahl von Grundherren, die gesetzwidrige Einhegungen durchführten und dadurch, daß sie den Ackerbau durch Schafzucht verdrängten, das Land entvölkerten, harte Strafen verhängte. Zu Ende des 17. Jahrhunderts aber ist der Sieg der Einhegungspolitik entschieden. Es mußte auch so kommen. Denn wie sozial vorteilhaft das alte System auch immer gewesen sein mochte, ökonomisch war es unhaltbar.

Ungeachtet jahrhundertelanger Agitation, die in einer ganzen Pamphletliteratur und in ungezählten Seiten der Statutenbücher ihren Niederschlag fand, ist ein bedeutender Teil Mittelenglands uneingehegt geblieben, und eine ungefähr 150jährige Wirksamkeit der Enclosure Acts war notwendig, um die Umwälzung zu vollenden.

Sie verwandelte die Bauern in proletarische Lohnarbeiter, deren Löhne nie angemessenen Unterhalt gewährten. Schon 1603 strebt daher das ELISABETHINISCHE ARMENGESETZ ihre Hebung an, und während der nächsten zwei Jahrhunderte fallen die Geschichte der Armengesetzgebung und die Versuche, dem Elend im Gefolge des agrarischen Umwälzungsprozesses zu steuern, zusammen.

Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird mit einigem Erfolg durch Allotmentsgesetze die Ausstattung der Landarbeiter mit Landbesitz erstrebt; und eine der ersten Maßnahmen der Liberalen nach ihrem Siege von 1906 war die Erlassung der „Small Holdings Act“ von 1907, die im Jahre darauf in die „Small Holdings and Allotments Act“ umgewandelt wurde — Gesetze, die die Ansässigmachung der ländlichen Bevölkerung durch die County Councils bedeutsam gefördert haben. Freilich ist der Erfolg mancherorts auch ausgeblieben. Im ganzen aber erwacht nun England, wie GREEN meint, infolge der Erfolge dieses weittragenden Gesetzes und der — parallel zum Lautwerden des sozialen Gewissens — zunehmenden Besserung der Wohnungsverhältnisse zur Klarheit über das altgewurzelte Übel, die Entvölkerung des flachen Landes.

Der unermüdliche Schatzkanzler GEORGES LLOYD hat vor wenigen Monaten liberale Freunde zu einer Untersuchung der Lebensbedingungen auf dem Lande angeregt. Diese Untersuchung wurde zunächst als großes Geheimnis behandelt, sei es weil diejenigen, die sie unternommen haben, merkwürdig harmlos sind, sei es als schlaues angelegtes Komplott zur Mystifizierung und Beunruhigung der torystischen Landlords. Diese letztere Absicht ist denn auch erreicht worden. Der Schatzkanzler, nicht zufrieden, ihren Landbesitz zu schätzen und dessen unverdienten Wertzuwachs zu besteuern, will nun auch den Unflat ihrer Arbeiterwohnungen und die halbfeudale Tyrannei, unter der die ländliche Bevölkerung lebt, ans Tageslicht ziehen!

In der Tat, eben wird nun formlos angekündigt, als Resultat dieser Enquete werde eine Mindestlohn-Bill zugunsten der Landarbeiter eingebracht und es würden ziemlich weitgehende staatliche Maßnahmen zur Herbeiführung besserer sanitärer Zustände in den Landarbeiterwohnungen ergriffen werden.

Daß das Problem gesetzlicher Feststellung von Mindestlöhnen lösbar ist, hat das Beispiel Australiens gezeigt. Was Großbritannien anbelangt, so hat unser 1909 vom Parlament so gut wie einstimmig angenommenes Trade Board-Gesetz durchschlagenden Erfolg gehabt; Mindestlöhne sind ferner verschiedenen Kategorien von Schwitzarbeitern gesichert worden; und endlich ist 1912 das Gesetz über Mindestlöhne für Bergarbeiter verabschiedet worden. Nun muß der allgemeinen Überzeugung nach die Landwirtschaft an die Reihe kommen. England ist rasch zum Bewußtsein gelangt, daß der Grund und Boden ein Spielzeug für Millionäre geworden ist und ein Wildhegungsinstrument für alten Adel und für protzenhafte Parvenüs aus Johannesburg; daß, so groß auch sein Reichtum und so glänzend für den Augenblick sein Handel, der Zustand des Landes ungesund ist, wenn der Boden unterbebauet ist und die Menschen, die ihn bebauen, in die Städte, in die Kolonien oder nach Amerika auswandern müssen, weil die Landeigentümer Fasanen den Bauern und die Fuchsjagd dem Ackerbau vorziehen.

Den sichersten Fingerzeig, daß die Regierung selbst erwacht ist, bietet vielleicht die plötzliche Rückberufung des Gouverneurs von Jamaica, Sir SYDNEY OLIVIER, um das Sekretariat des Ackerbauamtes zu übernehmen. Sir SYDNEY ist der einzige in England als Sozialist bekannte hohe Staatsbeamte. Er war 1886—1889 Ehrensekretär der Fabiangesellschaft und damals einer der 7 Verfasser der „Fabian Essays in Socialism“, von denen 50 000 Exemplare abgesetzt worden sind. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Zürich (1893) war er Sekretär der britischen Delegation. Vor 6 Jahren ist er zum Gouverneur von Jamaica ernannt worden, um in die durch das Erdbeben hervorgerufene Verwirrung Ordnung zu bringen. Nun ist er nach seinem eigenen Wunsch an die Spitze des Departements gelangt, von dem aus den Übeln der ländlichen Bezirke gesteuert zu werden vermag. Diese bemerkenswerte Berufung ist also ein Unterpfand dafür, daß es der Regierung mit der Sache ernst ist.

Die Arbeiterpartei ist mit der Regierungspolitik im allgemeinen einverstanden. Das Agrarproblem ist allerdings nicht ihre Sache. Denn sie vertritt nicht die ackerbautreibenden Distrikte und hat genug mit Fragen zu tun, die die Städter angehen. Sie wird aber die Regierung bei ihren Maßnahmen zur Hebung der niedergetretenen Landarbeiter unterstützen. Wir haben die irischen Landarbeiter behaut — 40—50 000 Arbeiterhäuser sind mit Staatshilfe erbaut worden — und wir haben ihnen das Land ausbezahlt. Die Schotten. ihrerseits haben erstaunlich radikale Maßregeln zum Schutz des kleinen Siedlers ins Werk gesetzt. Nun ist die Reihe — und nicht zu früh — auch an den englischen Arbeiter gekommen, der die langen vergangenen Jahrhunderte hindurch unterdrückt worden ist und auf dessen Rücken alle Kämpfe ausgefochten worden sind.

London, im Januar 1912.

EDW. R. PEASE.

JESSIE WALLAC HUGHAN, Ph. D., *American Socialism of the Present Day*, with an introduction by JOHN SPARGO. London und New York, John Lane 1912. 281 S. (5 sh.).

Vor einigen Jahren noch bot der amerikanische Sozialismus das Schauspiel kläglicher Unfähigkeit. Zersplitterte doch die sozialistische Partei in einem von typischem Kapitalismus beherrschten und dabei in höchstem Maße demokratischen Lande ihre Kraft in mörderischen inneren Kämpfen und ver säumte es völlig, die — natürlich ausschlaggebende — einheimische Bevölkerung heranzuziehen und zu beeinflussen. Hierin ist nun glücklicherweise im Verlauf des letzten Jahrzehnts ein Wandel zum Besseren eingetreten. Die Mitgliederzahl der S(ocialist) L(about) P(arty), deren Doktrinarismus und intransigente Taktik dem gesunden Sinn des Volkes widerstrebten, ist in der Zeit von 1898 bis 1908 von 84204 auf 800—1000 Mitglieder zurückgegangen. Die verhältnismäßig junge S(ocialist) P(arty) dagegen konnte im Juni 1912 nicht weniger als 122589 zahlende Mitglieder verzeichnen. Bedauerlicherweise haben sich die Sozialisten doch noch nicht gleich mit den Gewerkschaften geeinigt. Die amerikanischen Trade Unions lehnen es nach englischem Muster ab, sich am politischen Parteileben zu beteiligen — eine Vorsicht, in der sie durch die bittere Feindschaft der S. L. P. bestärkt wurden, wie andererseits dieser Mangel an Anpassungsfähigkeit die S. P. nicht wenig von einer Heilung des Bruches zurückgehalten hat. Dieser Zwist ist teilweise auf Rechnung der sehr geringen sozialistischen Wahlerfolge zu setzen. Trotz des allgemeinen, in manchen Staaten auf alle Erwachsenen ausgedehnten Wahlrechts und trotzdem die gesamte Beamtenschaft durch Wahl bestellt wird, hatten die Sozialisten im Augenblick, da das angezeigte Buch erschien, lediglich einen einzigen Vertreter im Kongreß, einige wenige in den Staatenlegislativen und durch zwei Jahre, 1910—1912, die seither verlorene Majorität in der Munizipalverwaltung von Milwaukee. Verglichen mit Deutschland, Australien und sogar England ist das recht ärmlich!

Der Verf. steht außerhalb der Parteien und beschreibt für amerikanische Leser genau das Wesen der amerikanischen Sozialisten, ihre Ziele, ihre Taktik und ihre Organisation. Was den englischen Leser hierbei in Erstaunen setzt, ist das geringe Selbstvertrauen der Amerikaner. Sie wagen keinen Gedanken und keinen Schritt aus eigener Initiative. Ihre Bibel ist vor einem halben Jahrhundert geschrieben und ihr Credo festgelegt worden durch zwei in London lebende deutsche Verbannte. Nun wird jede Idee wie jede Handlung nach deren Wort beurteilt und muß eher durch Orthodoxie als durch Klugheitserwägungen gerechtfertigt werden. Amerika ist das letzte Land in dem man ein solches iurare in verba magistri erwartet, obgleich hinter der Anmaßung des typischen Amerikaners in Wahrheit ein gut Stück Mangel an Selbstbewußtsein steckt und keine Nation der Welt tatsächlich so empfindlich für ausländische Kritik ist wie die amerikanische.

In dieser Beziehung bildet Australien einen merkwürdigen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten. Auf der südlichen Hemisphäre sind Arbeiterparteien durch die Arbeiterklasse nicht in Übereinstimmung mit einem Buch geschaffen

worden, sondern weil sie sie brauchten. Der Erfolg hiervon war, daß der Common wealth von Australien nun durch ein Arbeiterministerium regiert wird, das das Staatsruder durch mehrere Jahre mit bemerkenswerter Geschicklichkeit führt. Aus eigener Kraft hat Australien seit Jahrzehnten Altersversicherung, staatliche Lohnregulierung, obligatorische Schiedsgerichte in Arbeitsstreitigkeiten, staatliche Industriekontrolle usw. ins Leben gerufen, ohne sich um die Meinung Europas zu kümmern und sich an irgendeine Theorie zu halten. Das ist nun allerdings kein Marxismus, wohl aber eine stärkere Annäherung an den Sozialismus als der 10 Studentag, den MARX selbst als großen Sieg eines großen Prinzips begrüßt hat. Jedenfalls ist diese Art von Gesetzgebung dem Volke nützlicher als die endlosen Streitigkeiten der sozialistischen Parteisektionen in Amerika über den Grad ihrer Orthodoxie.

London.

EDW. R. PEASE.

FRED HENDERSON, *The Labour Unrest. What it is and what it portends?*
1912.

Die sozialpolitischen Ereignisse im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts: politische Revolutionen im Osten, markante Fortschritte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus im Westen, sind Gegenstand zahlreicher Betrachtungen, Hypothesen und Theorien geworden, und auch im angezeigten Werke haben wir es mit einem Versuch zu tun, auf Grund der neueren englischen Arbeiterkämpfe die Tendenzen der modernen Sozialpolitik aufzudecken und zu begründen. H. hält dafür, daß die Arbeiterkämpfe der ersten Jahre des XX. Jahrhunderts sich als geschichtliche Grundlage von Dingen bewähren werden, die dem Verständnis der Zeitgenossen unzugänglich sind. Er ist demnach bestrebt, einmal die englischen Kämpfe historisch zu beurteilen und sodann ihre Tragweite zu skizzieren. Er bestreitet die Ansicht, daß die Streiks d. J. 1910/2 vorübergehende Ereignisse seien, die in den Besonderheiten der wirtschaftlichen und politischen Konjunktur wurzeln, und behauptet, die Kampf-ergebnisse: die Vereinbarungen unter den Streitteilen, lösten das in den Streiks sich abspiegelnde Problem nicht, da sie nur die aktuellsten Forderungen befriedigten und nichts zur Beseitigung der Streiks selbst, d. h. ihrer tiefen Ursachen, beitrügen. Und er gelangt zum Schlusse, „die Arbeiterkämpfe seien ein organischer Teil der sich ständig entwickelnden Bewegung in der Richtung einer Umwandlung des ‚privaten‘ Kapitalismus zur nationalen Industriekontrolle, deren letzte Phasen jetzt schnell durchgemacht werden“. Über den Sieg der Bewegung kann nach H. kein Zweifel bestehen. Es frage sich nur, ob „das neue soziale System friedlich oder im Wege bitterer Zusammenstöße und gewaltiger Aufstände sich durchsetzen werde?“ Die Lösung dieser Frage hängt nach H.s Meinung ganz vom Verständnis des Volkes ab, von seiner Fähigkeit, die letzten Ereignisse richtig zu deuten und zeitgemäße Maßnahmen zu treffen. Seine Behauptungen tiefer zu begründen, die wirtschaft-

lichen und politischen Zusammenhänge klarer festzustellen, hält er für überflüssig und die Darstellung bekommt dadurch einen naiv-axiomatischen, für einen englischen Sozialisten äußerst charakteristischen Anstrich. Dagegen widmet H. — für einen Engländer höchst typisch — einen beträchtlichen Teil seines Buches der Betrachtung ethischer Grundlagen der Arbeiterbewegung, resp. des Sozialismus. Von RUSKINS sozialetischen Gedanken ausgehend, schildert er die sozialistische Bewegung als eine „moralische Revolte“ gegen den Kapitalismus, gegen die unmenschlichen Verhältnisse, in die die menschliche Arbeit von diesem gestellt wird, gegen die kapitalistische Betrachtungsweise der Arbeitskraft als Ware. „Der Ursprung der Bewegung, erklärt H., ist in erster Linie ethisch und religiös.“

So weit geht die allgemeine Auffassung H.s über die Prinzipien, die die sozialistische Bewegung beseelen. Im folgenden sucht er dann den Leser mit der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung in kurzen Umrissen bekanntzumachen. Leider fehlt ihm jedoch die hierzu erforderliche Kenntnisse dieser Geschichte und namentlich ihrer Jugendepoche, wodurch sich eine Anzahl durchaus unzutreffender tatsächlicher Behauptungen des Verf. erklärt. So z. B., „die Gewerkschafter der Frühzeit hätten nicht im geringsten geahnt, daß ihre Bewegung eine Etappe in der Entwicklung des Angriffs auf das kapitalistische System sei“ (S. 84); oder, „der Gedanke der sozialen Reorganisation und einer kooperativen Gesellschaft sei ihnen nie aufgegangen“¹⁾. Vom Chartismus weiß H. nichts zu erzählen und geht gleich zu den Wahlreformen von 1867 und 1884 über, schildert wohlwollend das Auftauchen der sog. ersten „Lib-labs“ (liberalen Arbeitervertreter) und widmet seine weiteren Ausführungen der Labour Party. Diese kritisiert er recht entschieden und wirft ihren Führern vor: sie hätten im Parlament die Arbeiterinteressen nicht vertreten, mit Unternehmern Kompromisse abgeschlossen, sich mit den liberalen Sozialreformen befriedigt und keine sozialistische Politik getrieben. Nun seien „die Sozialreformen gewiß wünschenswert“, es sei aber „fehlerhaft, in ihnen die Befreiung der Arbeiter oder auch nur einen Schritt in diese Richtung hin zu erblicken“.

Diese Leugnung jeglichen Zusammenhanges zwischen Sozialreformen und dem Befreiungsprozeß der Arbeiterklasse kennzeichnet den radikalen Flügel der englischen Sozialisten und ist auch eine der Ursachen zahlreicher Konfusionen und Fehlgriffe in deren Tätigkeit. H. benützt diese Auffassung, um den Aufschwung der Arbeiterbewegung i. J. 1911 zu erklären, und behauptet demgemäß: „die Arbeiterkämpfe von 1911 bedeuteten die Zurücksendung der Sozialreformgesetzgebung der jüngsten Jahre an ihre Verfasser mit der Note „ungenügend“ (S. 134). Die Streikwelle von 1911 deutet H. als Willensausdruck der Massen, ihre Emanzipation auf revolutionärem Wege zu fordern. Diese Hypothese H.s bleibt jedoch unbewiesen und muß als recht kühn be-

1) Vgl. dazu meine Artikel: „Die Kooperation u. d. Sozialismus i. England“ etc. (in diesem „Archiv“ II, 330 ff.); und „Zur Geschichte d. Anfänge d. Trade Unionismus i. England (XIII. Ergzgsheft z. „Die Neue Zeit“ 1912).

zeichnet werden. Sie ist in Illusionen begründet, die jeder Aufschwung der englischen Gewerkschaftskämpfe in radikalen Kreisen erweckt.

Bei all dem und trotz der Widersprüche und Fehlschlüsse, denen man — wie in der gesamten Literatur dieser Kreise — auch in H.s Buch begegnet, bleibt dieses interessant, und zwar gerade dadurch, daß es mit den Gedankengängen der englischen „radikalen“ Sozialisten bekanntmacht.

London.

L. PUMPIANSKY.

Bydragen tot de Statistiek van Nederland. No. 175. (Beknopt overzicht van den omvang der vakbeweging op 1 Januari 1912.) 's Gravenhage 1912.

Seit einiger Zeit gibt das Niederländische Statistische Zentralbureau alljährlich kurze Übersichten der Gewerkschaftsbewegung im Königreiche heraus. Aus der jüngsten Veröffentlichung nebst anderen offiziellen Quellen ist zu entnehmen, daß — soweit dem Amt bekannt wurde — existierten:

	1904	
	Gewerkschaften	mit Mitgliedern
Insgesamt	1724	77645
und daß sich dieselben gliederten in:		
Protestant.	153	4573
Röm.-Kathol.	368	14373
Interkonnfess. u. }	7	687
Jüdische		
Nichtkonnfession.	1196	58012
	1912	
	Gewerkschaften	mit Mitgliedern
Insgesamt	2529	169144
und daß sich dieselben gliederten in:		
Protestant.	154	6209
Röm.-Kathol.	550	25758
Interkonnfess. u. }	121	6881
Jüdische		
Nichtkonnfession.	1704	130296

Im Jahre 1912 ist auf Initiative der Nationalen Handlungsgehilfen der Niederländ. Verband neutraler Gewerkschaften gebildet worden, dem außer der Organisation der Handlungsgehilfen sofort noch 4 andere Gewerkschaften sich angeschlossen haben und der im ganzen etwa 2900 Mitglieder zählt. Die Zahl der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen ist hierdurch von 5 auf 6 gestiegen.

Wie man sieht, tritt vorläufig die neu hinzugekommene Zentralorganisation an Bedeutung weit hinter den älteren zurück. Diese sind:

das (anarchist.) Nation. Arbeitersekretariat	mit	6 180
der (sozialdem.)Niederländ.Gewerkschaftsverband	„	52 195
die Nation. Federation d. Transportarbeiter	„	3 658
der Christl. Nation. Gewerkschaftsverband	„	7 792
das Bureau für d. röm.-kathol. Gewerkschaften	„	16 403

angeschlossenen Mitgliedern

Im letzten Jahre sind zwar auch die zwei letztgenannten Zentralorganisationen absolut gewachsen. Relativ aber haben sie den sozialdemokratischen und anarchistischen gegenüber einen Rückgang erfahren.

In bezug auf die interkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung ist zu bemerken, daß sie vom Episkopat keineswegs begünstigt wird. So ist im Laufe des J. 1912 den Katholiken die Zugehörigkeit zum Christlichen Textilarbeiterverband „Unitas“, der größten der interkonfessionellen Gewerkschaften, die nahezu ebensoviel protestantische als katholische Mitglieder zählte, untersagt worden, was zur Folge hatte, daß diese Gewerkschaft jetzt fast ausschließlich aus Protestanten besteht.

Neben den genannten allgemeinen Zentralen gibt es Zentral-Berufsverbände, und zwar:

27 röm. kath.	mit	434 Abtlgen	und	21 594 Mitgl.
9 protestant.	„	105	„	4 205
12 interkonn.	„	113	„	6 286
88 sonstige	„	1424	„	106 286

Diese Verbände umfaßten 81,81% aller organisierten Arbeiter gegen 79,57% im vorigen Jahre. Nur die protestantischen Zentralverbände sind relativ und absolut zurückgegangen.

Delft.

D. VAN BLOM.

1. H. P. G. QUACK, De Socialisten. Personen en stelsels (Personen und Systeme). 6 deele. 1—2 vierde, 3—6 derde herziene druk. Amsterdam, P. N. van Kampen & Zoon 1911/12. Gr. 8°. V—461, VI—403, VII—614, IV—432, VI—490, VI—581 S. (12-50, in Leinen gebd. 15-50 fl.)
2. B. K. PEKELHARING, Mr. H. P. G. Quack en zijn standaardwerk. (S. A. aus „Vragen des tijds“). Amsterdam 1912. Gr. 8°. 44 S.

Welcher Wertschätzung sich die Geschichte des Sozialismus von HENDRIK PIETER GOTTFRIED QUACK in dessen Heimatland erfreut, lehrt der einfache Hinweis auf die Tatsache, daß das Riesenwerk — 3000 Seiten engsten Druckes! — nunmehr in dritter, zum Teil sogar in vierter (durchgesehener) Ausgabe vorliegt. Ein nicht gewöhnlicher Erfolg! Er fällt um so schwerer ins Gewicht, als „De Socialisten“, stückweise entstanden, in langen Zwischenräumen (1875—1897) veröffentlicht worden sind und fast ein Menschenalter zu ihrer Vollendung gebraucht haben. Denn ihre Anfänge reichen in das Ende der Sechziger Jahre zurück: sie knüpften an an zwei in der Zeit-

schrift „De Gids“ erschienene Abhandlungen über VICTOR AIMÉ HUBER und FREDERICK MAURICE DENISON, sowie an eine Vorlesung über Sozialismus, die der — im Herbst 1868 aus praktischer Tätigkeit als Lehrer der politischen Ökonomie und der Wirtschaftsgeschichte an die Universität Utrecht berufene — Gelehrte 1874 gehalten hatte. Außerhalb Hollands und speziell in Deutschland sind sie jedoch wenig bekannt. Allerdings hängt dieses Schicksal des QU.schen Werkes nicht mit dessen innerem Wert, sondern mit äußeren Umständen zusammen. Hat ja z. B. „Le socialisme contemporain“ von 'EMIL LAVELEYE — eine Schrift, die an die QU.sche nicht entfernt heranreicht — sogar zwei deutsche Übersetzungen (von K. TH. und M. EHEBERG, 1884, und H. G. ORPEN, 1895) erlebt, während es „De Socialisten“ m. W. bisher nur zu einer einzigen flüchtigen Anzeige in deutscher Sprache („Dokumente des Sozialismus“ I, 288) gebracht haben. Freilich schrieb der Belgier französisch — wer aber liest bei uns holländisch? Und mußte nicht, auch abgesehen hiervon, der große Umfang der Arbeit QU.s mit dazu beitragen, ihr die Pforten der Weltliteratur zu verschließen und sie in die Enge des nationalen Sprachgebietes zu bannen?

Der Historiker des Sozialismus kann und darf jedoch an ihr nicht vorübergehen. Schon deshalb nicht, weil sie als entwicklungsgeschichtliche Gesamtdarstellung der sozialistischen Gedankenreihen die vollständigste und ausführlichste ist, die wir überhaupt besitzen. Denn sie reicht von der Antike bis zur unmittelbarsten Gegenwart, ohne jedoch in den Fehler zu verfallen, bei der Schilderung jener über den mittelmeerländischen Kulturkreis griechisch-römischer Prägung hinausgreifen zu wollen. Von ihrem reichen Inhalt mag folgende Übersicht eine Vorstellung geben.

Im ersten Bande verfolgt QU. die Spuren privateigentumsfeindlicher Theorien und kommunistischer Bewegungen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts: von den Hellenen und Römern, vorab in PLATOS „Staat“ und in den sozialen Reformbestrebungen der GRACCHEN, über Urchristentum, Mittelalter und Reformation, die englischen Puritaner und die Niederländer des 17. Jahrhunderts, die Utopienliteratur und die Geistesströmungen des revolutionären Frankreichs zur großen Revolution und der Verschwörung BABEUF'S. Hieran reiht sich ergänzend ein Überblick über den religiös orientierten Kommunismus bei den Jesuiten, Quäkern, Schäkern und Herrenhutern, sowie über GODWIN und Mary WOLLSTONECRAFT.

Der zweite Band ist der Periode bis 1830, der dritte und vierte der Entwicklung von der Julirevolution bis 1850 gewidmet. Nacheinander werden uns hier vorgeführt: SAINT-SIMON und der Saint-Simonismus (II, 12 bis 111; III, 13—112); FOURIER und die sozietäre Schule (II, 112—230; III, 113—212); OWEN und seine Anhänger (II, 231—358); FICHTE (II, 359 bis 387); die Flut sozialistischer Systeme, die sich unter dem Julikönigtum von den verschiedensten Quellen her über Frankreich ergoß: die Renaissance des Babouvismus und die an sie anschließende kommunistische und revolutionärsoziale, sowie die durch LOUIS BLANC verkörperte staatssozialistische Bewegung (III, 213—278; 380—416), der religiöse und philosophische, sowie

der Gefühlssozialismus der LAMENNAIS, BUCHEZ, PIERRE LEROUX, JEAN REYNAUD, GUÉPIN, AUGUSTE COMTE, LOUIS NAPOLÉON, FLORA TRISTAN u. a. (III, 279—379; 473—502), die Kollektivisten PECQUEUR, VIDAL, COLINS, HUET (III, 417—472), PROUDHON (III, 503—614); „die englischen Schriftsteller gegen die sich festigende Plutokratie“: CHARLES HALL, JOHN RUSSEL, PERCY RAVENSTONE, THOMAS HODGSKIN, WILL. THOMPSON, JOHN FRANCIS und CHARLES BRAY, JOHN GRAY, JOHN MINTER MORGAN, sowie der Chartismus (IV, 1—221; 222—274); endlich die Ausbildung des Sozialismus auf deutschem Boden bis zu seiner Ausmündung in das Kommunistische Manifest (IV, 275—432).

Mit dem fünften Bande setzt ein und wird im sechsten zu Ende gebracht die Schilderung der theoretischen und praktischen, vornehmlich vom Klassenkampf-Gedanken beherrschten Entwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und bis über die Schwelle des unserigen. Den erstgenannten Band füllen zur Gänze die deutschen Repräsentanten dieser Entwicklung: MARLO, ROBERTUS-JAGETZOW, LASSALLE, MARX und der Marxismus. Der VI. bringt sodann als Ergänzung hierzu einen Überblick über „die Verbreitung der sozialistischen Ideen im germanisch-romanischen Europa“, d. h. in den Hauptländern Deutschland, Frankreich und England, mit Einschluß der neuen Internationale. Er schließt mit einer Gegenüberstellung und Vergleichung der „drei Strömungen: des marxistischen Kollektivismus, des Anarchismus und des Syndikalismus“ (263—430). Daran reiht sich eine Biographie BAKUNINS (1—159) und einige Silhouetten zur Kennzeichnung des russischen Sozialismus: TSCHERNITSCHESKI, der Nihilismus und Terrorismus unter ALEXANDER II., STEPNIAK, KROPOTKIN, TOLSTOI (219—262). Zuletzt werden noch einige Fragmente zur Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geboten (160—218).

Nicht vergessen darf endlich werden des vortrefflichen, ebenso durch bis ins einzelne gehende Genauigkeit wie durch Übersichtlichkeit ausgezeichneten Registers (VI, 471—581).

Eine Detailwürdigung des ungeheuren von QU. verarbeiteten Stoffes ist natürlich im Rahmen einer Anzeige weder möglich noch bezweckt. Allerdings ließe sich darauf hinweisen, daß er doch in einigen Beziehungen fragmentarisch geblieben und daß namentlich die Schilderung der Sozialdemokratie räumlich zu eng abgesteckt ist. Allein QU. ist es — wie schon der Titel seines Werkes lehrt — von vornherein weniger auf die modernen Massenbewegungen, als auf die „Personen und ihre Doktrinen“, durch die er jene ausschlaggebend bestimmt glaubt, auf die Ideengeschichte also, angekommen. An Vollständigkeit dieser aber kann sich kaum eine andere Gesamtdarstellung mit der seinigen messen. — M. E. ließen sich auch gegen seine Art der Stoffgliederung und die systematische Gruppierung der einzelnen Schriftsteller und Lehren, sowie deren historische Wertung in nicht wenigen Punkten Einwendungen erheben. Was aber so beanjagt werden könnte, hängt vielfach mit QU.s Weltauffassung zusammen, von der noch gesprochen werden soll. — Man vermißt endlich unter den von QU. benützten Monographien zum

Gegenstand seiner Untersuchungen so manche wichtige, namentlich aus den letzten 15—20 Jahren. Auf der anderen Seite aber ist seine Literaturkenntnis eine geradezu erstaunlich umfassende, und nicht minder erstaunlich ist bei seinem hohen Alter (QU. ist am 2. VII. 1834 geboren) ihre Ergänzung bis in die allerjüngste Zeit herein. Zudem geht er überall auf die Quellen selbst zurück, die er — als Ganzes genommen — vollständiger beherrscht als wohl sonst ein lebender Historiker des Sozialismus, ohne dabei in unnützen Kleinkram und in eine blut- und leblose Literaturgeschichte nach bekannten abschreckenden Mustern zu versinken. Seine Darstellung ist vielmehr voll Leben und Leidenschaft: weil von einer starken idealistischen und demokratischen Weltanschauung getragen, die auch seine frühzeitige Abkehr vom ökonomischen Liberalismus bewirkte.

Dieser herrschte noch unumschränkt auch auf den niederländischen Lehrkanzeln als QU. nach Beendigung seiner Studien — Ende 1859 — ins praktische Leben trat. Als er aber neun Jahre später selbst das Lehramt an der Utrechter Universität übernahm, bereitete sich bereits — stark beeinflusst von Deutschland her — eine Wende vor, zu deren Verbreiterung und Vertiefung QU. nicht wenig beigetragen hat. Seine vorangegangene geschäftliche Tätigkeit, die Blicke, die er in das Getriebe von Produktion und Handel getan, hatten ihn nicht zur Überzeugung zu bringen vermocht und haben ihn auch späterhin, als er — seit 1894 vollständig von der Universität zurückgezogen — neuerdings in leitenden Stellungen der Praxis des Bank- und Eisenbahnwesens sich zuwandte, nicht überzeugen können: daß alles auf beste bestellt sei, wenn man nur den Dingen ihren freien Lauf lasse. Vielmehr lebte in ihm der Wunsch, „lauten Protest zu erheben gegen eine Ökonomie, die in der Tat eine Lehre der Plutokratie geworden war“ und gegen die „Maskierung des Egoismus der Plutokratie im Gewande der ‚Freiheit des Individuums‘.“ (VI, 469). Seine akademische Antrittsrede galt denn auch, wie PEKELHARING (2) in seiner mit liebevoller Hand gezeichneten biographischen Skizze QU.s berichtet, der Forderung von Brüderlichkeit und Gemeinschaft als Grundlagen der Gesellschaft. Und wie er „der erste Lehrer an einer niederländischen Juristenfakultät war, der die demokratische Richtung einschlug“, so ist er auch sein Leben lang idealistischer Demokrat geblieben, mit Neigung zum Mystizismus und verharrend im Glauben an Christus.“ (PEKELHARING, S. 5.)

Diese religiös gefärbte Grundauffassung mag auch durch die Beschäftigung des Studenten schon mit Problemen mittelalterlicher Geschichte gefördert worden sein — oder ihm umgekehrt die Beschäftigung mit solchen Problemen nahegelegt haben. Jedenfalls führte sie ihn zum Studium erst der christlichen Sozialreformer und sodann des Sozialismus schlechthin, schließlich zu dem Versuche, diesen in seinen in Zeit und Raum wechselnden gedanklichen und realen Erscheinungsformen zu erfassen und von ihm ein Vollbild zu geben. Ein objektives Vollbild! d. h. eines, dessen Plan und Ausführung nicht von dem Streben beherrscht wird, zu kritisieren, zu widerlegen, zu verunglimpfen, sondern vor allem das Gesehene in klaren

Umrisslinien aufzuzeigen, es selbst ursächlich zu begreifen und so begreifen zu lassen. Das ist QU. auch in hohem Maße gelungen. Und diese Objektivität leidet keineswegs darunter, daß er nirgends einen Zweifel darüber läßt, wo er mit seinen Sympathien steht; daß er nach wie vor nicht verstehen will, wie angesichts des furchtbaren Ernstes der Zeit — die Nationalökonomien in Forschung und Lehre soviel Raum gewähren „einer neuen mathematischen Wertlehre oder einer geistreichen Preistheorie“ (VI, 465); daß ihm, heute wie einst, „die soziale Frage in allererster Linie eine ethische Frage ist“ und „MARXENS Weltauffassung wahrlich nicht des Lebensrätsels letztes Wort“ (VI, 467), daß er also die materialistische Geschichtsauffassung und den Klassenkampf-Gedanken ablehnt.

Man würde QU.s großer Arbeit nicht vollständig gerecht, wenn man schließlich neben ihren sachlichen nicht auch ihrer formellen Vorzüge gedächte. Diese kommen gleichermaßen in der Schönheit und im lebendigen Fluß der Sprache wie in der Stoffverknüpfung und in den zusammenfassenden Überblicken zum Ausdruck: QU. zeigt sich in all dem als ein wahrhafter Künstler, dessen Leistung nicht weniger erfreut als sie belehrt.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

Materialy dlja biografii A. J. Herzena. Wypusk I. Otrywki is wospominanis M. K. REICHEL i pisma k nej A. J. Herzena. (Materialien z. Biographie A. Herzens Bruchstücke aus d. Erinnerungen von M. K. REICHEL u. Briefe an sie von A. Herzen. Mit 4 Bildern. Moskau, L. Buchheim, 1909, 128 S. (1 Rub.)

Noch während der Verbannung in Wiatka hat H. MARIJA KASPAROWNA ERN kennen gelernt. Sie war die Schwester eines Beamten, der in der Kanzlei desselben Gouverneurs TJUFIAJEFF arbeitete, den H. so drastisch in seinen Memoiren schildert. Auf des letzteren Rat schickte sie ihr Bruder nach Moskau, wo sie in nähere Beziehung zu H.s Vater JAKOWLEFF und dessen Familie trat. Später ging sie als Gesellschafterin von H.s Mutter mit dieser und H. ins Ausland und bewährte sich 1847—1852 als treue Freundin seiner Frau und als Pflegerin seiner Kinder. In Paris vermählte sie sich dann mit dem Komponisten ADOLF REICHEL, einem intimen Freunde BAKUNINS und blieb dort auch zurück, als H. nach dem tragischen Tode seiner Mutter und seiner Gattin nach London übersiedelte. Die freundschaftlichen Beziehungen mit H. dauerten aber bis zu dessen Ableben fort.

Vor einigen Jahren nun hat die jetzt 90jährige Greisin ihre Erinnerungen zu schreiben begonnen. Das rein Persönliche ist in ihnen auf das Notwendigste beschränkt. Schlicht und einfach erzählt Frau R. ihr Leben bis zur Bekanntschaft mit H. Ausführlicher wird sie erst bei der Schilderung des Milieus, in dem H. seine Jugend verlebte. Schon dieser Teil der Erinnerungen bildet einen wertvollen Beitrag zu H.s Biographie; und zwar um-

somehr, als das belletristische Element, das in den Erinnerungen von T. PASSECK, H.s Cousine, so stark hervortritt, vollständig zurückgedrängt erscheint. Ihr Hauptwert liegt in den Briefen H.s, die ausgiebig zitiert werden — leider nur bruchstücksweise und mit nicht immer genauer Datierung. Doch wird es dem Kenner nicht schwer, diese letztere selbst zu fixieren.

Aus den Briefen erfahren wir interessante Details über die Gründung der ersten russischen illegalen Druckerei im Ausland. Nachdem H. unter dem 24. II. 1853 über sie und die Abfassung des Aufrufs „An die Brüder in Rußland“ vom 21. II. 1853 berichtet hat, ist er in späteren Briefen bemüht, die Bedenken der Freundin zu widerlegen. „Ist das ganze Leben — schreibt er — auf Selbsterhaltung und stete Bedenken, also auf moralisches Philistertum reduziert, dann adieu Poesie, adieu beschleunigtes Herzklopfen, adieu Schönheit und Energie . . . Verstehen Sie doch . . ., daß diese Druckerei eine That ist, ein Ereignis! Die ganze Welt soll erfahren, daß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Verrückter, dessen Liebe und Glaube Rußland war, eine Druckerei für die Russen schuf und ihnen vorschlug, alles sogar gratis zu drucken, dabei sein Vermögen einbüßte und nichts als die eigenen nutzlosen Artikel herausbrachte. Ich will weder Europa über Rußland noch dieses über jenes täuschen. Vom gegenwärtigen Frühling an verzichte ich auf jede Einmischung in die westlichen Angelegenheiten, und vom nächsten vielleicht auch auf alle östlichen.“

Es ist jedoch anders gekommen. Gerade im Jahre 1853 beteiligte sich H. energisch am Leben der Londoner Emigration und geriet hierdurch in mancherlei Konflikte. Auf diese näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Nur auf zwei derselben sei hingewiesen, und zwar deshalb, weil H. in seinen unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse geschriebenen Briefen als ihren Anstifter einzig den russischen Emigranten GOLOWIN nennt, später aber MARX die Hauptrolle zuschob. Besonders interessant ist in diesem Punkte der Brief vom 18. II. 1855 mit dem Bericht über das bekannte Meeting in St. Martins Hall vom 27. II. 1855 und die Rede H.s auf demselben. „Der abscheuliche GOLOWIN — heißt es da — hat, soll vor Neid, im „Morning Advertiser“ eine Warnung veröffentlicht des Inhalts: ich sei ein deutsch-russischer Jude und er warne das Komitee, weil Leute wie ich die besondere Gunst der russischen Regierung genießen . . . (Er) glaubte, ich würde nicht den Mut haben, die Geschichte meines Familiennamens zu erklären. Ich habe aber dem Komitee den Sachverhalt auseinandergesetzt und gleich nachher im „Morning Advertiser“ folgende Erklärung publiziert:

„You have inserated in your volumes a letter in which the writer availing himself of my german name denies my russian orgin. — An illegitimote son of J. Jasowleff, I do not go by my father's name, but by the name he has thought proper to give me. — A russian by birth, a russian by education, aud, allow me to add, in spite or rather in consequence of the present state of affairs, a russian in heart, I think it's my duty to claim loudly in Europe a birth right. — As for the fact of my being elected by

the International Committee to represent the russian Revolutionary Party, I think the Committee themselves better calculated to answer for it“.

Man sieht: kein Wort von MARX — der aber nichtsdestoweniger in den nach H.s Tode erschienenen Erinnerungen über „Die Deutschen in der Emigration“ („Sbornik posmertnych statei“, Genf 1870) als der böse Geist vorgeführt wird, der H. die Suppe im „Morning Advertiser“ eingebrockt hätte.

Es ist zu bedauern, daß Frau R. nur Brieffragmente und auch nur einen Teil der in ihrem Besitze befindlichen Briefe H.s, nämlich bloß aus den Jahren 1853—1855, publiziert hat. Nicht minder erwünscht als eine Fortsetzung der Erinnerungen wäre daher die ungekürzte Veröffentlichung aller Briefe.

Wien.

N. RJASANOFF.

P. A. BERLIN, Karl Marx i jego wremja (Marx und seine Zeit). Moskau, Verlag „Polsa“ o. J. (1912). 235 S. (1 Rubel.)

Wahrscheinlich ist nirgends außer in Deutschland MARX' Name so populär und so stark in die Arbeitermassen eingedrungen wie in Rußland. Schon in den 70er Jahren, als die Ideologie der „Volkstümler“ noch unbeschränkt herrschte, war das „Kapital“ das meistgelesene nationalökonomische Buch, aus dem man die Argumente schöpfte gegen die Ausbeutung der arbeitenden Massen die man damals noch nicht in industrielles Proletariat und Bauerntum schied. Seit der Begründung der ersten sozialdemokratischen Gruppe unter Führung G. PLECHANOFFS in den 80er Jahren und besonders nach der Hungersnot von 1891—1892 wurde sodann der Marxismus in den Kreisen der russischen Intelligenz zur herrschenden Ideologie und drang von hier aus auch in die Arbeitermassen.

Der Einfluß MARX' beschränkte sich aber nicht nur auf die Arbeiter und revolutionäre Intelligenz. Wir begegnen seinen tiefen Spuren in der gesamten wissenschaftlichen Literatur Rußlands, vor allem auf dem Gebiete der Staatswissenschaften und der Geschichte. Eine Reihe bekannter Gelehrter, Lehrer und Schriftsteller sind durch MARX' Schule gegangen. Daher auch eine der reichsten Literaturen über MARX, wie sie nur in wenigen Ländern sonst anzutreffen ist. In den Jahren der Konterrevolution schwächer geworden, beginnt das Interesse für den Marxismus in der letzten Zeit wieder lebendiger zu werden. Hieraus erklärt sich auch, daß im Rahmen einer Sammlung populärwissenschaftlicher Schriften, die unter Mitwirkung namhafter Universitätslehrer wie M. KOVALEWSKY, P. VINOGRADOFF, M. ROSTOVZEFF zur Herausgabe gelangt, als einer der ersten Bände auch eine große Biographie von MARX erschienen ist.

Ihr Verf., ein gewissenhafter Kompilator, hat sich durch fleißige Arbeiten über „Deutschland am Vorabend der 1848er Revolution“ und über die

„Politischen Parteien in Westeuropa“ einen Namen gemacht. Auch die vorliegende bietet eine Kompilation und will russischen Lesern die Resultate der MARX-Forschung in Deutschland vermitteln. Seine Hauptquellen sind die Untersuchungen FRANZ MEHRINGS. Nur an einigen Stellen macht er kritische Bemerkungen. So meint er: der Übertritt von MARX' Vater zum Christentum lasse sich nicht durch freien Entschluß, sondern vielmehr durch äußeren Zwang — die Verschlechterung der Lage der Juden nach dem Übergang der Rheinprovinz in preußischen Besitz — erklären.

Vergleicht man B.s MARX-Biographie mit der unlängst erschienenen des Amerikaners SPARGO, so muß man gestehen, daß die russische nicht jene groben Mängel aufweist, von denen das SPARGOSCHE Machwerk wimmelt, obgleich auch sie nicht von Fehlern frei ist, die leicht hätten vermieden werden können. So wenn er erzählt, Marx habe die „Heilige Familie“ in Brüssel verfaßt: die Schrift wurde schon in Paris beendet und dem Druck noch im Dezember 1844 übergeben, also vor Marx' Ausweisung aus Paris. — B. überschätzt auch sehr stark PROUDHONS Einfluß auf MARX. Die PROUDHONSCHES „Philosophie de la misère“ war für MARX nur der Anlaß, seine schon früher gewonnene Ansichten denen PROUDHONS kritisch gegenüberzustellen. — Ferner hätte B. aus MARX Briefwechsel mit SORGE leicht erfahren können, daß von MARX nur einige Seiten in dem Pamphlet gegen BAKUNIN: „Alliance de la démocratie Socialiste et l'association internationale des travailleurs“ herrühren. Die eigentlichen Verf. sind ENGELS und LAFARGUE, die in den Kapiteln über die russische Tätigkeit BAKUNINS das von UTIN gesammelte Material verarbeitet haben. — Der Hauptmangel der B.schen Schrift liegt aber auf einem ganz anderen Gebiete. Ebenso wenig wie SPARGO versucht hat, MARX bedeutsame publizistische Tätigkeit auf amerikanischem Boden, z. B. die Mitarbeiterschaft an der „New York Tribune“ zu verfolgen, hat auch B. die Mühe gescheut, die — direkten und indirekten — Beziehungen zwischen MARX und Russen aufzuklären und seinen Einfluß auf die geistige Entwicklung der russischen Intelligenz darzustellen. Seine Mitteilungen hierüber sind höchst dürftig. Als frappanten Beweis des frühen Einflusses von MARX „Kapital“ in dem „fernen, mysteriösen, rückständigen“ Rußland auch in den Arbeiterkreisen, zitiert er einen Brief J. DIETZGENS. Nun ist dieser Brief zwar aus Petersburg (24. X./7. XI. 1867) geschrieben, und DIETZGEN war damals Meister der Wladimirischen Lederfabrik, mit der Geschichte der russischen Arbeiterklasse und der Eindringung des Marxismus nach Rußland hat er jedoch nichts zu tun. Er beweist bloß, wie intensiv aufmerksam DIETZGEN die literarische Tätigkeit von MARX verfolgte und wie stark des letzteren Einfluß in den 60er Jahren auf die fortgeschrittensten deutschen Arbeitern war. — Nicht minder dürftig ist auch die Schilderung des Kampfes zwischen MARX und BAKUNIN, soweit sich derselbe im russischen Milieu abgespielt hat. Mit moralischen Predigten kommt man nicht weit. Der prinzipielle Gegensatz zwischen den beiden Männern ist nirgends so schroff zum Vorschein gelangt wie in Rußland, wo BAKUNIN noch offener als in Italien und Spanien seinen Standpunkt entwickelte.

Das B.sche Buch ist nach all dem keine Bereicherung der europäischen Literatur über MARX. Es kann ihm jedoch lokaler Wert nicht abgesprochen werden: als einem Versuch, russischen Lesern MARX als Menschen und Politiker näher zu bringen.

Wien.

N. RJASANOFF.

Le Bounde (Vol. 3^e de „L'Internationale ouvrière et socialiste“. Brochure N^o 2). Gand, „Abonnement Germinal“ 1909. 12^o. 144 S.

Bekanntlich pflegen die dem I(nternationalen) S(ozialistischen) B(ureau) in Brüssel angeschlossenen Arbeiterparteien und Organisationen aus Anlaß der Internationalen Sozialistischen Kongresse an diese Berichte über ihre Entwicklung und Tätigkeit während der Zwischenperiode von einem Kongreß zum anderen zu erstatten. Seit dem Amsterdamer Kongreß (1904) werden diese Berichte u. d. T. „L'internationale ouvrière et socialiste“ vom I. S. B. zusammengefaßt und veröffentlicht. Die Berichte zum Amsterdamer Kongreß erschienen 1904 in einem Bande, die zum Stuttgarter von 1907 im gleichen Jahre in zwei Bänden.

In diese letzteren waren jedoch nicht aufgenommen die Berichte: der „Armenischen sozialistischen und revolutionären Partei in der Türkei „Daschnakzutun“ („Droschakisten“); der „Sozialdemokratischen Arbeitervereinigung“ in Bulgarien, „Der Proletarier“; der „Polnischen sozialistisch-revolutionären Partei (P. P. S. R.) in Rußland; endlich des „Bund“ („Allgemeiner Bund der jüdischen Arbeiter in Litauen und Russisch-Polen“). Sie waren, wie einige andere noch, nicht rechtzeitig erstattet worden. Das I. S. B. beschloß deshalb sie nachträglich — nach Maßgabe ihres Einlaufes — als besondere Hefte des „Germinal“ zur Veröffentlichung zu bringen. So erschienen denn jene drei erstgenannten Berichte als Heft I dieses Nachtragsbandes von „L'Internationale ouvrière et socialiste“ 1908 und der Bericht des „Bund“ als Heft II, 1909.

Nunmehr wird dieses zweite Heft in wortgetreuer deutscher Übersetzung im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“¹⁾ neuerdings publiziert, und zwar u. d. T.: „Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund zur Zeit der russischen Revolution“. Der Verf. nennt sich nicht.

Daran wäre nun nichts Besonderes — wenn nicht die Veröffentlichung von folgender redaktioneller Anmerkung begleitet wäre:

„Das im folgenden zum Abdruck gelangende Dokument stellt den „Bericht des ‚Bundes‘ an den Internationalen Sozialistischen Kongreß „zu Stuttgart (1907) dar, der jedoch damals nicht veröffentlicht

1) XXXVI/3 (Juni 1913), S. 822—860. Der Schluß soll in XXXI/1 (Juli 1913) erscheinen.

„wurde. — Die Arbeit schildert die Tätigkeit und den Einfluß der „Partei in der russischen Revolution und ist daher von größtem „Interesse für die Geschichte der Freiheitsbewegung in Rußland“.

Die letztere Bemerkung trifft zu; wobei man jedoch nicht außer acht lassen darf, daß man es nicht mit einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern eben mit einer Parteiäußerung zu tun hat. Neu aber ist diese jedenfalls nicht, da sie bereits seit vier Jahren gedruckt und allgemein zugänglich ist. Der Verf., wer immer es sei, hatte also auch kein Recht, sie für eine Originalarbeit auszugeben.

Wien.

CARL GRÜNBERG.

Chronik.

Juli 1911—Juni 1912.

IV. Groß-Britannien.

A. Nachtrag.

Zu Archiv II, 510.

31st Annual Conference of the S(ocial) D(emocratic) P(arty)
held at the Corn Exchange, Coventry. 14.—16. IV. 1911¹⁾.

Angenommen wurden — außer Resolutionen über die Wahl-taktik der Partei und speziell das Verhältnis zur L(abour) P(arty) sowie gegen das Osborne-Urteil und gegen die Verwendung der bewaffneten Macht in wirtschaftlichen Kämpfen — die folgenden:

1. The agricultural Question.

„That in the opinion of this Conf. the adoption of scientific, com-munal and national farming is the only solution of the rural problem which will adequately organise our food supply and effectively raise the status of the field workers to the level of that of the town labourers.“

2. Relations to Trade Unions and Industrial Organisations.

„This Conf. of the S. D. P., affirming the necessity for independent political action by the working class, and their industrial organisation in such manner that every opportunity may be seized to decrease working hours, increase wages and generally improve the conditions of employment, maintains that the power to be derived from industrial organisation must be used to support the action of the Socialist

1) Official Report, in „The S. D. P. News. The monthly Journal of internal affairs for members of the S. D. P.“ London. Vol. I. No. 10/12 v. Mai, Juni, Juli 1911.

working-class Party in politics, the economic power of the workers thus being directed towards enforcing their political demands. — This Conf. urges upon all Socialists who are also trade unionists the necessity for pursuing a vigorous propaganda in favour of the consolidation of the trade unions, and heartily welcomes the movement for the amalgamation of existing trade unions with a view to bringing all the workers in each industry into one union, and thereby creating an organisation sufficiently strong to fight effectively the powerful federations of the employing class which are to-day using their economic, political and judicial power to crush the unions of the workers.“

(Mit 56 gegen 2 Stimmen.)

3. Educational Policy.

„This Conf., recognising that the Educational System is not devised for the benefit of the vast majority of the nation, but is merely established by the governing class to further its own class interests, reaffirms its previous demand for all education to be free, secular, physical and compulsory for all classes; the immediate raising of the age of school attendance to 16; communal maintenance for all school children, the cost of such education and maintenance to be borne by the National Eschequer; and calls upon the trade unions and working class generally to bring all the pressure they can exercise upon their Parliamentary representatives to secure the immediate adoption of these measures.“

(Einstimmig.)

4. Armaments and Foreign Policy.

„That this Conf. expresses itself in entire agreement with the resolutions of the Intern. Soc. Congr. in favour of peace, the reduction of armaments, and the institution of universal international arbitration. Seeing, however, that war and armaments are the inevitable consequences of the rivalries innate in the modern commercial and industrial system, this Conf. is of opinion that a vigorous and persistent campaign against capitalism is the best way to carry on war against war; and, in the meantime, holds that the maintenance of an adequate Navy for national defence, the reorganisation of our military system on the basis of a national, citizen army and the discontinuance of all aggressive Imperialist policy are the immediate objects for which we should work to give effect to the decisions of the Int. Soc. movement.“

(Im Namen des Parteivorstandes von H. QUELCH eingebracht und mit 47 gegen 33 Stimmen angenommen).¹⁾

5. Socialist Unity.

„That this Conf. affirms its desire for a United British Socialist Party, and in order to achieve this desire the Executive Council be instructed to invite the co-operation of other bodies, such as the Socialist Representation Committees, the South-Eastern Counties and the Essex Socialist Federations, in the issuing of a circular of invitation to be despatched to every S. D. P. branch, I. L. P. branch, local Fabian Societies who believe in industrial and political action. The circular shall ask each body whether they are in favour of a United Socialist Party; if so, whether they are willing to take part in a Conference to be held at the earliest possible date, by which proper arrangements can be made with a view to formulating a common platform for the Socialist movement in this country; and to send in suggestions on the above-mentioned matters“²⁾.

1) Als Gegenantrag gegen den folgenden:

„Considering that all political rivalries to-day between the States, in whatever garb they may be clothed, are, at bottom, but rivalries between the respective capitalist classes for the commercial and financial exploitation of foreign and Colonial markets, and that all warlike preparations and wars resulting from these rivalries, so far from bringing any advantage to the working class, entail upon it great sacrifices, and impair the international solidarity which is essential to the effective pursuance of the struggle for the proletarian emancipation, this Conf. declares that the agitation for increased armaments which is being pursued in certain quarters merely furthers the predatory interests of the capitalist class, that it constitutes a danger not only to the peace of the world, but also to the cause of political and social reform and to the spread of Socialism, and that the spirit which it creates and feeds is calculated to demoralise the working class, and to increase the power of the capitalist and landlord classes. — The Conf., therefore, acting in accord with the Intern. Soc. Congr. at Stuttgart and Copenhagen, calls upon the organisation, its Executive, organ, and individual branches and members to combat, with their utmost energy, the demands for additional armaments, and to demand from the Government, as the best guarantee from the safety of these islands against any danger from other countries, the abandonment of all Colonial and financial aggression, and the cessation of any provocative or obstructive policy in its relations with the Powers“.

2) Mit Bezug auf diese letztangeführte Resolution der S. D. P. ist zu bemerken, daß die Versuche zu einer solchen Einigung zwischen der S(ocial) D(emocratic) F(ederation) (oder P(arty), und der I(ndependent) L(about)

B. Fortsetzung der „Chronik“ im Archiv II, 512.**Socialist Unity Conference**

held at Caxton Hall, Salford. 30. IX.—I. X. 1911¹⁾.

Erschienen waren zur Konferenz 220 Delegierte (von 251 angemeldeten), die sich folgendermaßen verteilten: 41 von Zweigorganisationen der I(ndependent) L(about) P(arty)²⁾; 32 von den Clarion Clubs and Fellowships; 12 von der British Socialist Party; 85 von der Social-Democratic Party; 50 von verschiedenen kleineren sozialistischen Gruppen und Verbänden. Die Delegierten vertraten etwa 35 000 Mitglieder. Außerdem hatten je 18 Mitgliedschaften der J. L. P. und der S. D. P., 4 Mitgliedschaften der Clarion Clubs and Grups und 6 andere Gesellschaften dem Programm der Einigung schriftlich zugestimmt, ohne Delegierte zu entsenden.

Zum Vorsitzenden wurde H. M. HYNDMAN, zum Schriftführer H. W. LEE bestellt.

Es wurde zunächst einstimmig folgende von H. QUELCH (S. D. P.) befürwortete Resolution angenommen:

„This Conference of Socialist organisations, believing that the difference of opinion and the adoption of dissimilar tactics, which have hitherto characterised the various sections of the British Socialist movement, have arisen from circumstances peculiar to its initial stages, is convinced that the time is now ripe for the formation of a United Socialist Party, and the delegates pledge their organisations to co-operate in the unification of their forces on the following basis of common agreement:

„The Socialist Party is the political expression of the working-class movement, acting in the closest co-operation with industrial organisations for the socialisation of the means of production and

P(arty) ins Jahr 1898 zurückreichen, aber vergeblich blieben. Dagegen zeitigte die Resolution vom 16. IV. 1911 einen praktischen Erfolg. Eine Zusammenstellung der betreffenden Beschlüsse und Schriftenwechsel in: The Social-Democratic-Party (S. D. F.) and Socialist Unity. With an Introduction by H. W. LEE, Secretary S. D. P. London o. J. (June 1910); und in „The S. D. P. News“, I. No. 10, S. 15/19.

1) Official Report of . . . London, The Provisional Executive Committee of the British Socialist Party 1911. 2) Die I. L. P. als solche war der Einladung zur Einigungskonferenz ebensowenig gefolgt wie die Fab. Society.

distribution — that is to say, the transformation of capitalist society into a collectivist or communist society. Alike in its objects, its ideals, and in the means employed, the Socialist Party is not a reformist but a revolutionary party, which recognises that social freedom and equality can only be won by fighting the class war through to the finish, and thus abolishing for ever all class distinctions“.

„The delegates of this Conference therefore appoint a Committee of . . . to draw up a constitution in accord with this common basis, a draft which shall be submitted to the bodies here represented, who pledge themselves on ratification of that constitution to cease their existence as separate organisations and to amalgamate in a united Socialist Party.“

Abgelehnt wurde mit großer Majorität ein Amendement von F. H. GORLE zu Abs. II der vorstehenden Resolution, lautend:

„The Socialist Party consists of those who pledge themselves to work for the social ownership and control of the means of the life. It is an independent political party established to further this object by representing the working class in its conflict with the owners of land and capital used for the production of profit.“

Ebenso das weitere Amendement von TOM GROOM:

„This Conference is of opinion that societies and individuals pledging themselves to the Socialist principle of the ownership and control of the means of life, and the establishment of an independent political party to further this object, shall be entitled to membership.“

Auf Antrag von G. MOORE-BELL war mit 85 gegen 77 Stimmen beschlossen worden, aus dem ursprünglichen Resolutionsentwurf — Abs. II, Satz 2, nach „Socialist Party“ — die Worte auszulassen:

„though striving for the realisation of immediate social reforms demanded by the working class“;

dagegen ein Amendement LEONARD HALL: im II. Abs., Satz 2, an Stelle der Worte nach „a revolutionary Party which“ zu setzen:

„working by revolutionary tactics supplemented by political action for the abolition of all class distinctions and the establishment of freedom and equality“

mit 192 gegen 62 Stimmen abzulehnen.

Ferner wurde auf Antrag von F. BURGESS beschlossen:

„That the only basis for Socialist Unity is to proclaim for Socialism only, and that there shall be no political alliance with any non - Socialist or Labor - body.“

Als Name der Geeinigten Partei wurde bestimmt: **B(ritish) S(ocialist) P(arty)**.

Die Anträge GORLE, GROOM wurden abgelehnt und die Anträge MOORE-BELL und BURGERS wurden angenommen, um jeden Zweifel an der Anerkennung des Klassenkampf-Prinzips auszuschließen; andererseits war die Ablehnung des Antrages HALL gegen den Syndikalismus gerichtet.

Provisorisches Statut der B. S. P.¹⁾

„Object. The object of the B. S. P. is the establishment of the Co-operative Common wealth — that is to say, the transformation of capitalist competitive society into a Socialist or Communist society.

Methods. The Education of the People in the principles of Socialism.

The closest possible co-operation with [industrial organisations tending towards the socialisation of the means of production]²⁾, and the advocacy of the industrial unity of all workers as essential [to effective organisation to that end]³⁾. — The establishment of a militant Socialist Party in Parliament and on Local Bodies, completely independent of all parties which support the capitalist system.

Immediate Action. The B. S. P. [supports all measures that tend to protect the life and health of the workers and to strengthen them in their fight against the capitalist class]⁴⁾.

„Provisional Rules. The A(nnual) C(onference) of delegates shall be the sovereign authority of the Party, subject to a ballot referendum of the whole membership if demanded by branches representing ten per cent of the members of the Party. A referendum of the Party may also be taken at any time the by E(xecutive) C(ouncil). The result shall have the same effect as a resolution of the A. C. Delegates shall vote according to the numerical strength of their respective branches.

The E. C. shall consist of nine members, [two-thirds of whom shall be nominated by grouped areas of branches, and one-third by the

1) Im definitiven Statut (s. unten S. 169) sind die eingeklammerten Stellen ersetzt durch die folgenden: 2) [trade union organisations]. 3) [to bring about the socialisation of the means of production]. 4) [will vigorously advocate and support all measures and activities that in the opinion of the Party will strengthen the workers in their fight against the capitalist interests].

members nationally nominated through the branches. (For the first year the whole of the E. C. shall be elected by the A. C.)¹⁾

The Conference shall elect its own chairman, but special consideration shall be given to nominations from groups in whose areas the Conference is held.

No member of E. C. shall held office for more than three years in succession. Ony year shall elapse before a member is again eligible for reelection. (This rule must, of course, be modified at the first two elections, so as to ensure a majority of the old members of the E. C. remaining in office. The rule shall not come into force till 1913, during which time the E. C. shall be elected by the delegates of the A. C.) Retiring members of the E. C. shall be available for consultative purposes.

The E. C. shall appoint the following officers: General Secretary, Treasurer, and Organising Secretary. The Council shall have power to appoint such other officials and committees as may be required for the work of the Central Organisation.

The E. C. shall have power to place resolutions upon the agenda paper of the A. C.

No branch of the B. S. P. shall be formed without the sanction of the E. C.

Branch members shall subscribe to the Constitution and Rules of the Party, and shall conduct the affairs of the branch subject to the general rules and requirements of the Party as a whole. The contributions from branches to the Central office shall be 1 s. per year per member paid quarterly.

Branch contributions shall be fixed by the members of each branch. Parliamentary contests shall receive the approval of the E. C.

12th Annual Conference of the L(about) (Party)

held in Birmingham 24.—26. I. 1912²⁾.

Vertreten waren 155 Organisationen mit (i. J. 1911) 1 539 092 Mitgliedern³⁾ durch 473 Delegierte. Beschlossen wurden folgende Resolutionen:

1) [all of whom shall be nominated and elected by grouped areas of branches]. 2) Report on the... London, The Labour, Party 1912. 3) Darunter 141 Gewerkschaften mit 1 501 783 Mitgliedern (gegen 151 mit 1 394 402 im Vorjahr — eine Folge der richterlichen Einhaltsbefehle auf Grund des Osborne-Urteils); die Ind. Lab. Party mit 28 000; die Fab. Society mit 3 404 Mitgliedern.

1. The use of Military in trade disputes.

Die — während des Eisenbahnerstreiks stattgefundene — Verwendung von Militär in wirtschaftlichen Kämpfen solle in Zukunft unterbleiben und Schritte zu deren Verhinderung unternommen werden.

„That tis Conference registers its opinion in favour of united action by all workers' organisations, in the event of any future attempt on the part of the Governement to overawe the workers on strike.“

(Einstimmig.)

2. Labour unrest.

Begrüßung der großen Kämpfe i. J. 1911 um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen und die hierbei bewiesene Solidarität.

„That this Conference . . . trusts that all Trade Unions will continue their activities to organise the workers of the United Kingdom, and to promote a stern fight for a more humane industrial and social life. In further ance of this end, the Conf. heartily supports the Parliamentary L. P. in claiming that at least 30 s. per week is necessary to maintain a family in decency and comfort.“

(Einstimmig.)

3. The right to Strike.

Gegen die Absicht der Regierung eine eigene Streitkpolizei einzuführen.

„The Conf. asserts that the right to strike is the one thing which distinguishes the free workman from the chattel slave, and that right must be jealously guarded and every attempt to impair must be energetically resisted.“

(Einstimmig.)

4. Trade Disputes Act.

Gegen jede Verschlechterung der Bestimmungen des Gewerkschaftsgesetzes (über das Streikpostenstehen), als ein „sinister attempt on the part of Capitalism to destroy Trades Unionism“.

(Einstimmig)¹⁾.

1) Abgelehnt wurde dagegen ein Zusatzantrag des Inhaltes: Für den Fall eines Versuches legislativer Verschlechterung des Ges. v. 1906 sei . . . „suggests that the whole of the United Kingdom be organised into convenient centres,

5. The Osborne Decision.

Für die unverzügliche Aufhebung jeder Beschränkung der Gewerkschaften in der — so lange vor dem Osborne-Urteil unangefochten bestanden — Freiheit, die Kosten für ihre Parlamentsvertretung zu bestreiten.

„... and until it is reversed we advise all Trade Unions affiliated to our Party to defy the law, and in this way prove that we are determined to use our funds according to the decision of the majority of our members.“

(Einstimmig.)

6. War.

„That this Conf., realising the menace to social progress and working-class welfare involved in War, and the terrible suffering, sacrifice of life, and waste of material resources which it involves, hereby, as in previous years, express itself against the growing burden of armaments and protests against Militarism and Compulsory Military Service in all its forms; and declares that national disputes should be settled by arbitration, and urges the workers of all lands to exert their utmost influence on behalf of peace and the brotherhood of nations. The Conf. is also of opinion that the most effective means of accomplishing this purpose is by increasing the Labour representation in the various countries so as to render it impossible for Governements to enter upon War“.

(Einstimmig.)¹⁾

Ferner:

„The Conf. in addition, express its approval of the proposal to investigate and report on whether and how far a stoppage of work, either partial or general, in countries about to engage in war would be effective in preventing an outbreak of hostilities; commends the whole subject to the consideration of every section of the movement; and asks the Executive to take such action as may be necessary to secure a full report for next year's Conference.“

(Mit 1 323 000 gegen 155 000 vertretenen Stimmen angenommen.)

with responsible executives, so that should any Bill be presented in the House of Commons with any hope of its being passed into law, a General Strike may be declared, with a view to compelling its immediate withdrawal“.

1) Der Zusatzantrag eines Delegierten aus dem Waffenfabrikort Barrow-in-Furness: es solle als Voraussetzung für Beseitigung der Rüstungen und vor ihr das Recht auf Arbeit und Subsistenz festgelegt werden, wurde abgelehnt.

7. Suffrage.

„That this Conf. . . . is of the opinion that the enfranchisement of all adult men and women should be included in the Reform Bill to be introduced by the Governement in the coming session of Parliament. It further requests the L. P. in Parliament to make it clear that no Bill can be acceptable to the Labour and Socialist Movement which does not include women.

(Mit 919 000 gegen 686 000 Stimmen angenommen.)

8. Nationalisation of Railways, Mines etc.

„That this Conf., being of opinion that the public ownership of the Railways and Mines is essential to the well-being of every class of Society and to the economic developement of the country, emphatically demands legislation for the early Nationalisation of the Railways, Canals, and Mines; and urges the L. P. in and out of Parliament, to do all they can to bring about this desirable result“.

(Einstimmig.)

Außerdem gelangten Resolutionen zur Annahme: gegen die überstrenge Bestrafung von Streikvergehen; gegen die Erschwerung der Lage der Gewerkschaften durch das Nationalversicherungsgesetz und die Verteilung der Beitragsleistungen nach demselben; über die Hinaufsetzung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre; gegen die Politik der Regierung in Persien.

1st Annual Conference of the B(ritish) S(ocialist) P(arty)
held in Manchester. 25.—27. V. 1912¹⁾.

Vertreten waren auf der Konferenz 186 Mitgliedschaften durch 250 Delegierte. Der Name der Partei wurde beibehalten und das provisorische Statut mit einigen Abänderungen²⁾ endgültig angenommen.

Ferner wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Official Report of . . . With an introduction by H. M. HYNDMAN. London, Brit. Soc. Party, 1912. 2) Die Abänderungen sind oben S. 165, Anm. 2—4, und 166 Anm. 1 angeführt.

1. The Policy of the B. S. P. Industrial and political.

„That this Conference of the British Socialist Party welcomes the growing discontent with present industrial conditions among the various sections of the working class, as evidenced by the recent strikes of seamen, transport workers, railwaymen, miners, and others, and takes this opportunity of pointing out to the organised workers of the country that the Socialist Party stands for the most complete and perfect form of industrial organisation, by means, wherever possible, of the amalgamation, or federation, of existing trade unions, and the strengthening of these bodies in every possible way in order to fit themselves more thoroughly for the administration of production in the Socialist community. The Socialist Party, therefore, is prepared to give its sincere sympathy and active support to the industrial organisation of the workers, as well in the task of consolidating their forces as in the conduct of any struggles in which they may be engaged.

„The main function of the Socialist Party, however, is the organisation of an independent political Party of the working class, aiming at the conquest of political power by that class, as the political expression of the working-class movement, and as a means to its final emancipation.

„The political and the industrial organisation of the working class must be complementary of each other. It is idle for the workers to strike or vote for better conditions of life unless they are prepared to take steps for the holding and working of the common means of life by and for the workers collectively. Therefore, we call upon all trade unionists to join the British Socialist Party, in order to be able to use their political power effectively; and we urge every member of the Party, who is eligible to become a member of a trade union, to join that union, and to work therein vigorously and loyally for the strengthening and consolidation of the present industrial working-class organisations in every way.

„We adjure all workers also, in trades where unions do not already exist, to establish and organise them as rapidly and effectively as possible; so that all grades of labour in each trade may work together in one solid mass and in one common interest. At the present time no more than 25 per cent. of the adult workers of Great Britain are brigaded in disciplined shape. It is the obvious duty of the Party to help in every possible way to bring together as class-conscious trade unionists and Socialists the remaining 75 per cent., or 6,000,000 adult men and women of the working class, who

will then, with the existing trade unions, absolutely control by their labour the entire industry of the country.

„Then, in co-operation with the political organisation of the British Socialist Party, the whole movement may march forward to the complete emancipation of Labour by the abolition of the class ownership of the great means of production, distribution, and exchange, and the establishment of the Co-operative Commonwealth.“

2. Relations of the B. S. B. with the I(ternational) S(ocialist) B(ureau).

Mit überwältigender Mehrheit angenommen. Ein Amendement LEONRAD HALL: die Eingangsworte des II. Absatzes („the main function“) zu ersetzen durch die Worte „one of the main functions“, wurde mit 100 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

„That the B. S. P. seek direct an independent affiliation to the I. S. B.“

(mit allen gegen wenige Stimmen angenommen; und zugleich ein Antrag auf indirekten Anschluß durch das British National Committee abgelehnt).

Außerdem stimmte die Versammlung mit 85 gegen 65 Stimmen folgenden von H. QUELCH entwickelten — jedoch nicht in Resolutionsform gebrachten — Thesen zu über:

3. Socialism and Patriotism.

„. . . they had heard a lot in the Socialist movement about anti-patriotism, anti-Imperialism and anti-nationalism. There was an idea that these were synonymous terms. That was not his opinion. It had been truly said that they were Internationalists, not Anti-nationalists. He was a Socialist because he did not believe that Socialism meant the suppression of all individual liberty, but the establishment of a condition of things in which the fullest possible individual liberty would exist, and the greatest opportunities would be afforded for the development of the individual. So also International Socialism claimed the fullest possible liberty for every individual nationality. So far from Imperialism being the same thing as Patriotism, Imperialism was the very opposite to Patriotism.“

„All rights and liberties depended ultimately upon force, and no nation could defend its rights that was not armed. Therefore, the International Socialist movement sought the abolition of all standing armies and the establishment of a National Citizen Force in all count-

ries, purely for purposes of national defence. This was not only compatible with anti-Imperialism, but was essential to it. National defence must be organised upon the basis of military training for all citizens, as one of their rights as well as one of their duties. So long as capitalism existed, there would always be a portion of the population at the disposal of the capitalist class to be organised into professional armies in the interests of capitalism. The more powerful would the capitalist class become so long as the bulk of the people were unarmed and untrained to the use of arms.“

Und in gleicher Weise von DAN IRVING vertretene Thesen über

4. Education.

„. . . from the point of view of direct action, of which they were all in favour, education was about the most direct action in which they could engage towards the definite end they had in view. Whilst Socialists, educationally speaking, were far in advance of all other parties, even Socialists were not educated to the extent they should be. Education was the only groundwork upon which any successful revolution could possibly be based. Even among Socialists there was a lack of a clear conception of what education really meant. They had largely accepted the common idea that education was a matter concerning the brain, whilst failing to understand that wider aspect of education which dealt with the physical development of the child. There was scarcely a child in the elementary schools that was not suffering from some physical defect, every one of them incipient in their present state, and practically the whole of them preventable, if they recognised education as dealing with the development of the child physically as well as mentally. Education was a matter of vital national concern. They had no right to subordinate the education of the child to any theories whatsoever. They had no right to subject the child to any form of education which had profit for its object or the dissemination of any particular kind of theological dogma. As revolutionary Socialists their greatest difficulty was to get the people to understand their theories. They had been unable to get the people to understand and see clearly the picture that was in their minds. Once they could do that there would be no difficulty getting the people to accept it.“

Endlich gelangten u. a. zur Annahme: Resolutionen zugunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter; und gegen: die Verfolgungen der Frauenstimm-

rechtlerinnen; die Verfolgung von TOM MANN, CROWSLEY u. a. wegen antimilitaristischer Äußerungen; die Ausweisung des Anarchisten ENRICO MALATESTA.

20th. Annual Conference of the I(ndependent) L(about) P(arty)
held at Mertyr. 27.—28. V. 1912¹⁾.

Vertreten waren 181 Zweigorganisationen durch 204 Delegierte. Beschlossen wurden folgende Resolutionen:

1. Parliamentary Policy.

„That this Conference recognises that the L(about) P(arty)²⁾, in order to effectually carryout its object, must continue to regard all the possible consequences and effects, immediate and otherwise, of any line of action before adopting it, bearing in mind that its decisions must be guided solely by consideration for its own interest as a Party, and be desire to increase its opportunities for attaining its ends.“

(Mit 195 gegen 73 Stimmen).³⁾

2. Nationalisation of Mines.

Beglückwünschung der Bergarbeiter zu der im Kampf um den Minimallohn bewiesenen Solidarität⁴⁾. Sodann:

1) Report of the ... London, Indep. Lab. Party, June 1912. 2) Der auch die 8 parlamentarischen Vertreter der I. L. P. angehören. 3) In der Debatte war die parlamentarische Haltung der L. P. im allgemeinen und der Vertreter der I. L. P. im besonderen lebhaft kritisiert worden: sie treibe keine selbständige und namentlich keine sozialistische Politik, sondern sei ein Anhängsel der liberalen Partei und Regierung. Es war denn auch der BeschlusAntrag eingebracht worden: „In order to establish the authority of the elected representatives of the people in Parliament as against the overwhelming political power of members of the Governement, who treat nearly every important division in the House of Commons as if it involded a possible resignation of the Ministry, and a consequential dissolution of Parliament the Labour Grup in the House of Commons be requested to ignore all such threatened consequences and declare their intention to vote steadfastly on the merits of the questions brought before them.“ Er wurde im Sinne der im Text zit. Resol. abgeändert. 4) Gemeint ist der Bergarbeiterstreik vom März 1912, an dem 1067213 Arbeiter beteiligt waren.

„Believing that the private ownership of mines involves a competitive warfare for profits regardless of the value and safety of the miner's life, or reward for his service, or the well-being of the community, this Conference ask the L. P. to introduce measures in Parliament to establish public property in mining rents and royalties, and to nationalise all coal mines.“

(Einstimmig.)

3. Nationalisation of Railways.

„. . . considers the present moment opportune for pressing forward propoganda in favour of railway nationalisation, and requests the L. P. to promote a Bill for the nationalisation of railways and canals.“

(Einstimmig.)

4. Minimum Wage and Eight-Hours Day.

„. . . believing that the only alternative to an endless succession of strikes is the prompt redress of working-class grievances by legislative action insists that Parliament should at once address itself to the removal of the glaring contrast between riches and poverty. Among other measures of social justice the Conference declares in favour of a minimum living wage for all workers by legal enactment and the establishment by law of an eight-hours working day for all industries and trades.

5. Franchise Reform.

„. . . offers strong opposition to the Governement's proposed Bill for Manhood Suffrage, and demands in its place an Adult Suffrage Bill.“

6. Land Nationalisation.

„. . . urges upon the L. P. and all I. L. P. representatives the necessity of giving immediate attention to the subject Nationalisation of Land.“

Ferner Resolutionen: gegen die militärischen Rüstungen und für die Ausdehnung der internat. Schiedsgerichtsbarkeit; gegen die Verwendung der bewaffneten Macht bei Arbeitsstreitigkeiten¹⁾; gegen die Ausweisung von ENRICO MALATESTA; zugunsten einer Ausdehnung des Trades Boards Act auf die Landarbeiter; zugunsten von Schulreformen u. a. m.

1) Im Hinblick auf die großen Verkehrs- und spez. Eisenbahnarbeiterstreiks im Spätsommer 1911.

V. Niederlande.

18. Congres der „Social-Demokratische Arbeiderspartij in Nederland“ in Leiden 7.—8. IV. 1912¹⁾.

Der Kongreß beschloß an Stelle des aus dem Jahre 1895 stammenden Parteiprogramms das folgende neue:

Parteiprogramm²⁾.

De ontwikkeling der maatschappij heeft geleid tot de kapitalistische voortbrengingswijze, waarin de massa der voortbrengers is gescheiden van de voortbrengingsmiddelen. Deze zijn voor hunne bezitters het middel om winst te maken uit den arbeid der arbeiders, die ter voor-

1) Verslag van het achttiende Congres der S. D. A. P. gehouden op. 7, 8 en 9 April 1912, te Leiden. Amsterdam, Brochurenhandel der S. D. A. P. (1912). 4°. 40 u. 35 S. 2) Mit Rücksicht darauf, daß der holländischen Sprache der Weltsprachencharakter abgeht, lasse ich die vollständige deutsche Übersetzung des Programms folgen:

„Die Entwicklung der Gesellschaft hat zur kapitalistischen Produktionsweise geführt, in der die Masse der Produzenten von den Produktionsmitteln geschieden ist. Diese sind für ihre Besitzer das Mittel, um Gewinn zu erzielen aus der Arbeit der Arbeiter, die zur Befriedigung ihres Lebensunterhalts genötigt sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Zwei Klassen, das Proletariat und die kapitalistische Klasse, stehen so in fortdauerndem Interessengegensatz einander gegenüber.

In diesem System zwingen Konkurrenz und Profitsucht zu fortwährender Verbesserung der Technik behufs Ersparung von Arbeitslohn. Es führt einerseits zur Aufhäufung von Reichtum bei der kapitalistischen Klasse, und andererseits zu Armut, Unsicherheit der Existenz und Abhängigkeit, abmattender, geisttötender und ungesunder Arbeit von Männern und Frauen, unmäßig langer Arbeitszeit neben Arbeitslosigkeit, Kinderarbeit, Vernichtung des Familienlebens und Rückgang des körperlichen Widerstandsvermögens beim Proletariat; zu fortwucherndem Pauperismus und Prostitution, Alkoholismus und Verbrechen. So fällt die Arbeiterklasse, wo der kapitalistische Profithunger nicht durch ihren Widerstand bezähmt wird, zunehmender Entartung und Elend zur Beute, die ihre Schranken nur finden in der natürlichen Grenze menschlicher Entbehrungsfähigkeit und den Anforderungen des kapitalistischen Interesses selbst. Das Mißverhältnis zwischen zunehmender Produktivität der Arbeit auf der einen und der geringen Kaufkraft der Masse und dem Mangel gesellschaftlicher Regulierung der Produktion auf der anderen Seite zeitigen immer wieder Wirtschaftskrisen, die jene mit dem Wesen der kapitalistischen Warenproduktion verknüpften Tendenzen noch verschärfen.

Das alles weckt den Widerstand des Proletariats, das sich sowohl in Gewerkschaften wie auf politischem Gebiete organisiert und dabei immer mehr

zienting in hun levensonderhoud verplicht zijn, hunne arbeidskracht te verkoopen. Twee klassen, het proletariaat en de kapitalistische klasse, staan aldus in duurzame belangentegenstelling tegenover elkaar.

zur Einsicht seiner Aufgabe gelangt: den Kapitalismus als System zu bekämpfen und die Leitung der Gesellschaft von der Kapitalistenklasse zu übernehmen. In ihrem Kampfe um politische Rechte und soziale Reform jedoch stößt die Arbeiterklasse, solange sie die Gesellschaft nicht beherrscht, auf die Übermacht der herrschenden Klasse, die nur notgedrungen, unter dem Einfluß der wachsenden Macht des Proletariats, dessen Forderungen entgegenkommt und dabei nicht weiter geht, als die Ausübung ihrer Herrschaft und das Wesen des kapitalistischen Systems gestatten.

Inzwischen schafft die kapitalistische Entwicklung selbst die ökonomischen Vorbedingungen für ein neues Produktionssystem, das nicht auf Ausbeutung einer Klasse durch eine andere beruht, sondern auf gesellschaftlichem Besitz und Verwaltung der Produktionsmittel, deren Zweck nicht Gewinn für Einzelne, sondern Befriedigung der Bedürfnisse aller ist.

Die Konkurrenz, im Bunde mit dem technischen Fortschritt zwingt immer mehr zur Produktion im Großen, verringert die gesellschaftliche Bedeutung des Kleinbetriebs und bringt die Kleinunternehmer in Abhängigkeit vom Großbetrieb oder degradiert sie zu Lohnarbeitern.

Obleich dieser Prozeß der Betriebskonzentration auf dem Gebiete der Landwirtschaft bis heute nicht in derselben Weise zutage tritt, wie in Handel, Verkehr und Industrie, zeigt sich doch in ihm zunehmende Macht des Kapitals, sowohl durch Ausbreitung des Pachtsystems, als auch durch den wachsenden Einfluß industrieller Unternehmungen in der Landwirtschaft und die Bewegung nach Monopolisierung des Marktes durch das Großkapital. Wo ferner der landwirtschaftliche Kleinbetrieb sich neben dem größeren erhält oder ausbreitet, geschieht dies nur dank Entbehrungen und Überarbeit derjenigen, die in ihm ihren Unterhalt suchen, derart daß er mit dem allgemeinen Drang nach einem höheren Lebensstandard in der Arbeiterklasse auf die Dauer unvereinbar erscheint. Überdies wird durch die Entwicklung des Fabrikwesens der eigentliche agrarische Betrieb in stetig wachsendem Maße auf das Gebiet der Industrie übergeführt.

Bei weiterer Entwicklung des Großbetriebs gefährdet die Konkurrenz den Profit und dies wieder zeitigt zunehmende Ausdehnung des kapitalistischen Monopols und Beschränkung des Gebietes der Konkurrenz. Mehr und mehr kommen Erzeugung und Verkehr unter die Herrschaft des Bankkapitals; die Profiterzielung wird unabhängig von jeder Funktion in Produktion und Tausch. Der Kapitalist verliert hierdurch die Bedeutung des Betriebsleiters und wird nur zum Parasiten an der Volkswohlfahrt. Der Betrieb wird auf einem Fuße eingerichtet, daß er für Übernahme durch die Gesellschaft reif wird. Hiermit ist die Grundlage gegeben, auf der das System der sozialistischen Erzeugung gegründet und von der aus es auf die

In dit stelsel dwingen concurrentie en winstbejag tot voortdurende verbetering der techniek ter besparing van arbeidsloon. Het leidt tot opeenhooping van rijkdom bij de kapitalistische klasse, tegenover

Erzeugung für die Allgemeinheit ausgedehnt werden kann. Inzwischen werden verschiedene Betriebe aus privater in öffentliche Verwaltung übergeführt und der Rahmen des Privatbetriebes auch durch das Genossenschaftswesen eingeengt.

Mit der zunehmenden Möglichkeit des Sozialismus geht Hand in Hand ein wachsender, mit Macht gepaarter Drang, ihn auch zu verwirklichen. Die ungeheure Reichtums- und Luxusvermehrung der Kapitalisten lassen auch die Arbeiter höhere Lebensanforderungen stellen, während auf der andern Seite die Steigerung der Wohnungsmieten infolge der Bevölkerungsanhäufung in großen Städten und die Preisbewegung ihre Lebenshaltung drücken. Durch und im Klassenkampf sowie als Folge der Erhöhung des Lebensstandards, den ein Teil des Proletariats sich zu erobern weiß, steigen seine Bedürfnisse immer höher, ohne befriedigt werden zu können. Die Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Klasse treten in den Hintergrund, je nachdem der Andrang der Arbeiter nach neuen Rechten und Reformen gefährlicher wird für ihre Herrschaft und das kapitalistische System selbst. Dies äußert sich in der Bildung von Unternehmervereinigungen gegenüber der Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter sowohl wie auf politischem Gebiete. Die Kapitalmagnaten an der Spitze der riesenhaften Kapitalskonzentrationen, die durch ihre Verfügungsgewalt über Rohmaterialien, Transportwesen und Betriebsmittel die ganze Gesellschaft tributpflichtig machen, wissen Verwaltung und Gesetzgebung ihren Interessen dienstbar zu machen und treiben die Regierungen auf den Weg des Imperialismus und der Kolonialpolitik, was wiederum mit progressiver Steigerung der Militärlasten und zunehmender Spannung in den internationalen Beziehungen verknüpft ist.

Zu gleicher Zeit wächst auch die Macht der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Parallel zur Betriebskonzentration nimmt das zahlenmäßige Übergewicht des Proletariats zu. Als neues Element entwickelt sich in ihm der „neue Mittelstand“, Techniker und Beamte des Großbetriebs, die es an Unsicherheit ihrer Existenz und Abhängigkeit von den Kapitalisten den Arbeitern gleich tun. Ihnen gesellen sich Gruppen, deren Interessen, wenn nicht direkt dem Kapitalismus entgegengesetzt, doch nicht an dessen Fortbestand gebunden sind. Das Proletariat erhält im Klassenkampf und durch ihn eine Erfahrung, eine wissenschaftliche und politische Bildung, eine gesellschaftliche und sittliche Hebung und eine Ausdehnung und Verstärkung seiner Organisation, die es nicht allein befähigen, den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen, sondern es auch für die Aufgabe reif machen, deren Platz einzunehmen. Bei dem Streben in diesem Sinn aber ist es unbesiegbar, weil es dabei seine historische Aufgabe erfüllt, die ganze Gesellschaft von einem System zu erlösen, das ökonomisch veraltet und sittlich verurteilt ist.

Das Proletariat kann den Widerstand der Kapitalistenklasse gegen die Überführung der Betriebsmittel aus privatem in gesellschaftlichen Besitz nur

armoede, onzekerheid van bestaan en afhankelijkheid, afmattenden, geestdoodenden en ongezonden arbeid van mannen en vrouwen, onmatig langen arbeidstijd naast werkloosheid; kinderarbeid; vernietiging van het gezinsleven en teruggang van het lichamelijk weerstandsvermogen bij het proletariaat; tot voortwoekerend pauperisme en prostitutie, alcoholisme en misdaad. Zoo is de arbeidersklasse, waar de kapitalistische winsthonger niet door haar tegenstand wordt gebreideld, ten prooi aan toenemende ontaarding en ellende, alleen beperkt door de natuurlijke grenzen van menselijke ontbering en door de eischen van het kapitalistisch belang zelf. De wanverhouding tusschen de toenemende productiviteit van den arbeid en de geringe koopkracht der massa, en het gemis aan maatschappelijke regeling der voortbrenging leiden telkens weer tot crisissen in het bedrijfsleven, die deze aan het wezen der kapitalistische warenproductie verbonden strekkingen nog verscherpen.

Dit wekt verzet bij het proletariaat, dat zich organiseert, zowel in vakverenigingen als op politiek gebied en daarbij meer en meer tot het besef komt van zijn taak, om het kapitalisme als stelsel te bestrijden en de leiding der maatschappij van de kapitalistische klasse over te nemen. Bij haar strijd om politieke rechten en sociale hervorming toch stuit de arbeidersklasse, zoolang zij de maatschappij niet beheerscht, op de overmacht der heerschende klasse, die niet dan noodgedwongen, onder den invloed der wassende macht van het proletariaat, aan zijne eischen tegemoet komt en daarbij niet verder gaat, dan de handhaving harer heerschappij en het wezen van het kapitalistische stelsel het gedoogen.

Intusschen schept de kapitalistische ontwikkeling zelve de economische voorwaarden voor een nieuw stelsel van voortbrenging, niet berustend op uitbuiting eener klasse door een andere, maar op maatschappelijk bezit en beheer der voortbrengingsmiddelen, waarvan het

durch Eroberung der politischen Macht brechen. Im Hinblick hierauf haben sich über die ganze Welt hin die Arbeiter, die zum Bewußtsein ihrer Aufgaben im Klassenkampf gelangt sind, organisiert.

Die S. D. A. P. in den Niederlanden stellt sich das Ziel, das niederländische Proletariat in einer selbständigen politischen Partei zur Teilnahme an diesem internationalen Kampfe der Arbeiterklasse zu organisieren. Sie strebt nach Einheit des proletarischen Klassenkampfes und unterstützt soviel wie möglich jede ökonomische und politische Bewegung der Arbeiter zur Erzielung besserer Lebensbedingungen in solcher Art, daß dadurch ihr Klassenbewußtsein und ihre Macht gegenüber der besitzenden Klasse gestärkt werden.“

doel niet is het maken van winst voor enkelen, doch voorziening in de behoeften van allen.

De concurrentie, in verband met den voortgang der techniek, dwingt steeds meer tot voortbrenging in het groot, vermindert de maatschappelijke beteekenis van het kleinbedrijf en maakt de kleinere ondernemers afhankelijk van het grootbedrijf of tot loonarbeiders.

Hoewel dit proces van bedrijfsconcentratie zich in de landbouwbedrijven tot heden niet op dezelfde wijze vertoont als in die van handel, verkeer en nijverheid, ziet men ook daarin de macht van het kapitaal toenemen, zoowel door de uitbreiding van het pachtstelsel als door den wassenden invloed van industriële ondernemingen op den landbouw en de beweging naar monopoliseering der markt door het grootkapitaal. Waar verder het agrarisch kleinbedrijf zich naast het grooter bedrijf handhaaft of uitbreidt, gaat dit gepaard met zoodanige ontbering en overarbeid van hen, die daarin hun bestaan vinden, dat het met den algemeenen drang naar een hooger levensstandaard in de arbeidersklasse op den duur onvereinigbaar is. Bovendien wordt door de ontwikkeling van het fabriekswezen een steeds grooter deel van het eigenlijk agrarisch bedrijf naar het gebied der industrie overgebracht.

Bij verdere ontwikkeling van het grootbedrijf brengt de concurrentie de winst in gevaar, hetwelk leidt tot toenemende uitbreiding van het kapitalistisch monopolie en beperking van het gebied der concurrentie. Meer en meer komen voortbrenging en verkeer onder de heerschappij van het bankkapitaal en wordt de winstheffing onafhankelijk van elke functie in voortbrenging en ruil. De kapitalist verliest daarmede de beteekenis van bedrijfsleider en wordt slechts een parasiet op de volkswelvaart. Het bedrijf wort ingericht op een voet, dat het voor overneming door de maatschappij gereed is. Hiermede is de grondslag gelegd, waarop het stelsel der socialistische voortbrenging kan worden gevestigd en van waar uit het over de voortbrenging in haar geheel kan worden uitgebreid.

Intusschen worden verschillende bedrijven uit particulier in publiek beheer overgebracht, terwijl ook door de coöperatie het terrein van het particulier bedrijf wordt beperkt.

Met deze toenemende mogelijkheid van het socialisme gaan gepaard een wassende aandrang en macht om het te verwezenlijken. De ontzagelijke vermeerdering van den rijkdom en de weelde der kapitalisten doen ook de arbeiders hogere levenseischen stellen, terwijl de opdrijving der woninghuren als gevolg van de opeenhooping der bevolking in de groote steden en de prijsbeweging hun levensstandaard drukken.

Door en in den klassenstrijd, mede als gevolg der verhooging van den levensstandaard, die een deel van het proletariaat zich weet te veroveren, stijgen zijn behoeften tot een peil, waarop hunne bevrediging in het kapitalistische stelsel niet is te bereiken. De tegenstellingen binnen de kapitalistische klasse treden op den achtergrond, naarmate de aandrang der arbeiders naar nieuwe rechten en hervormingen gevaarlijker wordt voor hare heerschappij en het kapitalistische stelsel zelf. Dit uit zich, zoowel in de vorming van patroonsbonden tegenover de vakorganisatie der arbeiders, als op politiek gebied. De kapitaalmagnaten aan het hoofd der reusachtige centralisaties van kapitaal, die door hunne beschikking over grondstoffen, vervoerwezen en bedrijfsmiddelen de geheele maatschappij aan zich schatplichtig maken, weten bestuur en wetgeving aan hunne belangen dienstbaar te maken en drijven de regeeringen den weg op van imperialisme en koloniale politiek met de daaraan verbonden voortgaande verzwaring van militaire lasten en toenemende spanning in de internationale verhoudingen.

Tegelijkertijd groeit ook de macht der arbeiders tegen het kapitalisme. Met de bedrijfsconcentratie gaat gepaard een toenemend overwicht in getalsterkte bij het proletariaat. Als nieuw element ontwikkelt zich daarin de „nieuwe middenstand“, technici en beambten van het grootbedrijf, die wat onzekerheid van bestaan en afhankelijkheid van den kapitalist betreft, met de arbeiders gelijk staan. Daarnaast moeten worden gevoegd die groepen, wier belang, zool niet direct tegengesteld aan het kapitalisme, toch niet betrokken is bij de handhaving daarvan. Het proletariaat verkrijgt in en door den klassenstrijd een ervaring, een wetenschappelijke en politieke ontwikkeling, een maatschappelijke en zedelijke verheffing en een uitbreiding en versterking zijner organisatie, die het niet alleen in staat stellen, den tegenstand der heerschende klasse te breken, doch het ook rijp maken voor zijne taak, om hare plaats in te nemen. Het is bij dit streven onoverwinnelijk, omdat het daarbij zijne historische taak vervult, de gansche maatschappij te verlossen van een stelsel, dat economisch verouderd en zedelijk veroordeeld is.

Het proletariaat kan den tegenstand der kapitalistische klasse tegen de overbrenging der bedrijfsmiddelen van particulier in maatschappelijk bezit slechts breken door de verovering der politieke macht. Voor dit doel hebben zich over de geheele wereld de arbeiders, die tot bewustzijn van hunne taak in den klassenstrijd zijn gekomen, georganiseerd.“

De S.-D. A.-P. in Nederland stelt zich ten doel het Nederlandsche

proletariaat te organiseren in eene zelfstandige politieke partij ter deelneming aan dien internationalen strijd der arbeidersklasse. Zij streeft naar eenheid van den proletarischen klassenstrijd en ondersteunt zooveel mogelijk elke economische of politieke beweging der arbeiders ter verkrijging van betere levensvoorwaarden zoodanig, dat daardoor hun klassebewustzijn en hunne macht tegenover de bezittende klasse worden versterkt.

Außerdem beschloß der Kongreß eine Resolution gegen die schutzzöllnerische Handelspolitik der Regierung.

VI. Italien.

XII. Congresso nazionale del P(artito) S(ocialista) I(taliano).

Modena. 15.—18. X. 1911¹⁾.

Vertreten waren 22 693 Stimmen. Die Hauptfrage, die den Kongreß fast zur Gänze ausfüllte und deren Erörterung sich zu einer solchen der reformistischen Taktik überhaupt auswuchs, war die: nach der Teilnahme von Sozialisten an der Regierung und nach der Unterstützung des Ministeriums GIOLITTI. Eine Frage, die akut dadurch geworden war, daß GIOLITTI im März 1911 LEONIDA BISSOLATI zum Eintritt in sein Kabinett aufgefordert und dieser sich dazu geneigt gezeigt hatte, dann aber angesichts des Widerstandes innerhalb der Partei, von der Ausführung seiner Absicht zurückgetreten war.

Eingebracht wurden 5 Resolutionsentwürfe.

I. Von reformistischer Seite 3 und zwar:

Ia. von TREVES, BUSSI, ZIBORDI, RIGOLA, TURATI (im Namen des reformistischen Blocks „kondordiert“):

„Il Congresso:

considerando che, ai fini del socialismo, è pregiudiziale assoluta il fatto di una sempre maggiore elevazione tecnica, morale, politica del proletariato e del consolidarsi ed estendersi della coscienza proletaria

1) Resoconto stenografico del . . . Milano, Società anonima editrice socialista 1912.

di classe, senza di che sempre ugualmente vane, e fonte di delusioni sempre rinnovatisi, riesciranno tutte le più accorte strategie politiche e parlamentari, in qualunque senso indirizzate;

che perciò il primo e più essenziale obiettivo del P. S. — nelle presenti condizioni d'Italia — dev'essere di rinforzare il lavoro interiore di educazione, di propaganda, di organizzazione socialista;

che, su questa base, è di supremo interesse del proletariato — e conforme ai fini intimamente e profondamente rivoluzionarii del divenire socialista — agevolare lo sviluppo di progressive riforme sociali, intese, maturate, volute dal proletariato; le quali esso può conquistare normalmente, con un atteggiamento di recisa opposizione agli istituti borghesi imperanti; accidentalmente, anche con opportune transazioni e collaborazioni;

come conseguenza di tali principii fondamentali e in relazione anche alle esperienze ed emergenze politiche dell'ultimo decennio, le quali chiarirono sperimentalmente come la collaborazione o la rallentata opposizione in Parlamento — perfettamente giustificate quando si trattò di consolidare le essenziali libertà proletarie o di aprire la via a quella vasta riforma del suffragio, onde il proletariato deve ripromettersi, soprattutto nel Mezzogiorno d'Italia, un poderoso risveglio di energie — meno giovassero, con l'eccessivo perdurare, allo sviluppo e all'unità combattiva delle forze socialiste nel Paese;

Il Congresso dichiara:

che, come il P. S. non può accettare una politica di opposizione gladiatoria e meccanicamente sempre uguale, che ridurrebbe al nulla l'azione parlamentare e condurrebbe logicamente all'utopia della violenza perenne e all'astensione elettorale; come il P. S. deve, sempre e più che mai, persistere nel combattere le fraseologie che, in fatto, carezzano e sollecitano la fiducia popolare in episodici movimenti impulsivi e convulsionarii, fatalmente sterili, anzi generatori di funeste reazioni; così esso, e con pari energia, deve ricusarsi allow illusione opposta ed equivalente: rifiutare cioè una politica socialista di patronato, la quale, in base al continuo riconoscimento dei fatti via via compiuti, per mantenere i contatti e le influenze sul potere e per l'ossessione assidua del „meno peggio“, praticamente — anche per effetto del presente grado di evoluzione della psicologia delle masse — ridurrebbe quasi tutta l'azione del P. all'azione dei più o meno abili accorgimenti di alcuni benintenzionati parlamentari;

che, pertanto, è assurdo un sistematico ministerialismo del Gruppo socialista parlamentare;

che, a maggior ragione, senza la pretesa temeraria di prevenire ed ipotecare tutte le possibili situazioni di un remoto avvenire, è da escludersi, nella presente fase storica italiana, la possibilità di una partecipazione di socialisti — che intendano continuare ad essere considerati tali — al governo borghese; partecipazione, la quale — come quella che implica una intima e continua solidarietà del P. in tutta l'azione di difesa della classe antagonista al proletariato — non potrebbe concepirsi se non in momenti ed a fini precisi quasi-revoluzionarii, oggi neppure prevedibili in Italia, e per la volontà espressa del P. e delle masse proletarie organizzate.

Il Congresso ritiene inoltre:

che, nell'impossibilità pratica di prevedere e codificare tutti i casi di possibile e conveniente appoggio al Governo;

libera rimanendo all'iniziativa e alla responsabilità dell'organo tecnico specializzato, ossia del Gruppo parlamentare, la scelta degli atteggiamenti tattici, dipendenti dalle improvvise e mutabili situazioni parlamentari; e dovendo escludersi la insulsa e inconcludente politica del „caso per caso“; che si risolve nel porre, colla più palmare ingenuità, le forze socialiste parlamentari a servizio dei peggiori avversarii del proletariato;

sia opportuno — allorchè trattisi, eccezionalmente e per gravi motivi, di concedere un'appoggio continuativo a un indirizzo di Governo — che la relativa deliberazione sia presa d'accordo — con forme e modalità da ragionevolmente concordarsi — fra il Gruppo Parlamentare e la Direzione del P., consultate le maggiori rappresentanze del proletariato, organizzato su direttive convergenti alle direttive socialiste.

Il Congresso infine:

considerando che la questione del suffragio universale è ormai irrevocabilmente posta, e la sua conquista non potrà subire notevoli e funesti ritardi se il proletariato fortemente lo vorrà e ne intenderà il valore, mentre il suo valore sarebbe minimo finchè fosse soltanto una generosa e forse interessata largizione dall'alto;

che la sorvenuta impresa di Tripoli, quali che ne siano stati i motivi determinanti e comunque possa venirne temperata l'estensione politica e militare — mentre repugna, anche per le forme in questo caso adottate, ai sentimenti fondamentali che sono ragione del socialismo — rappresenta, ad ogni modo, un arresto inevitabile di ogni seria politica di riforme interne, democratiche e sociali;

che il proletariato non può, in nessuna forma e dentro nessun limite, accordare a tal impresa la propria, neppure postuma, solida-

rietà; che la sua aperta e pugnace sconfessione è, anche praticamente, il miglior metodo di diminuirne, in quanto sia ancor possibile, gli effetti deleterii e prevenire ch'essa sia prodotta a maggiori conseguenze; che sarebbe politicamente assurdo, moralmente impossibile, mantenere viva ed efficace la protesta contro la nuova follia coloniale, e al tempo stesso proseguire accordi col Governo, che di essa continua ad essere l'agente, come ne è il più diretto responsabile;

esprime l'opinione:

non potere e non dovere più oltre il Gruppo parlamentare socialista sostenere sistematicamente, coi propri voti, l'attuale Gabinetto.“

Ib. von MODIGLIANI (für den unbedingt antiministeriellen Reformismus): der gleiche Wortlaut, unter Auslassung jedoch des Wortes „sistematicamente“ aus dem Schlußabsatz.

Ic. von BASILE (unter Wiederaufnahme eines ursprünglich von CAPERLE u. a. vom rechten reformistischen Flügel gestellten, dann aber fallen gelassenen Antrages)

„Il Congresso:

considerando che l'attuazione del suffragio universale è destinata a innovare dalle radici profonde la vita pubblica italiana e a spostare il fulcro della rappresentanza politica del Paese; — che tale allargamento del Suffragio, meglio che essere per sé medesimo una riforma, costituisce un fatto rivoluzionario e l'antifatto della Riforma; onde non può trovare dissenzione alcuna ideologica socialista nè alcuna frazione del Partito;

che la lotta per il Suffragio allargato (come strumento di riforma, di conquista e di purificazione nel Parlamento, nel Paese e nei governi locali) posto in mano ai milioni di lavoratori ancora oggi esclusi dalla politica nazionale, ha carattere pregiudiziale a qualsiasi discussione sulla tattica parlamentare per il conseguimento delle riforme in genere, e per la stessa rappresentanza politica del proletariato;

che una qualsiasi deliberazione presa nell'ora presenta in merito al futuro contegno del Gruppo parlamentare significherebbe sopraffazione oligarchica ai danni dell'immenso esercito proletario che aspetta di essere chiamato all'esercizio del diritto elettorale;

dichiara necessità primordiale la legge del Suffragio;

invita il Gruppo parlamentare a comportarsi secondo le contingenze politiche e parlamentari nel modo più adatto a prontamente conseguirla, e passa al ordine del giorno.“

II. von PESCETTI im Namen der Integralisten:

„Il Congresso in seguito all'atteggiamento politico preso da alcuni compagni, atteggiamento che determinò la convocazione straordinaria del Congresso medesimo;

afferma che il carattere e la finalità del P. S. non consentono appoggio a indirizzi del Governo, ma soltanto ed in via eccezionale, la difesa di un'azione concreta, profondamente rinnovatrice, sempre però con l'accordo della Direzione del P., e sentita la Conferderazione del Lavoro;

esclude ogni partecipazione di socialisti al Governo, anche in considerazione delle vigenti istituzioni politiche;

riafferma in tutti il dovere della disciplina e del rispetto ai deliberati del Congresso.“

III. von LERDA im Namen der Revolutionären:

„Il Congresso:

considerando che la partecipazione al Governo e l'appoggio ad un Ministero presuppongono una solidarietà d'interessi fra classe dominante e classe dominata, che è in contraddizione con concetto e con la pratica della lotta di classe;

considerando inoltre, che i parziali e passeggeri vantaggi che da tale partecipazione potrebbero pure ottenersi per certe categorie di sfruttati inducono e mantengono nel proletariato l'illusione che l'opera del Gruppo parlamentare possa da sola bastare a compiere il rinnovamento degli istituti sociali;

conferma l'ordine del giorno del Congresso di Bologna, che esclude ogni appoggio ad indirizzi di Governo;

invita il Gruppo parlamentare ad accentuare la sua opera di critica degli ordinamenti e dell'amministrazione borghese; e richiama il proletariato al lavoro per la propria educazione ed elevazione quale condizione principale di una vera opera di rinnovamento“.

Bei der Abstimmung entfielen von 21 217 abgegebenen Stimmen auf die Resolution:

Ia (TREVES)	7 818	} im ganzen also auf reformistische Resolu- tionen 11 550
Ib (MODIGLIANI)	1 746	
Ic (BASILE)	1 986	
II (PESCETTI)		1 037
III (LERDA)		8 594

Stimmen. Es sollte daher eine neuerliche Abstimmung über die beiden Resolutionen, die die größte Stimmenzahl auf sich ver-

einigt hatten: Ia (TREVES) und III (LERDA), stattfinden. Vor derselben gab jedoch MUSATTI im Namen der Revolutionären die Erklärung ab:

„... constatato il successo che abbiamo conseguito numericamente e moralmente . . . non so se quell' equivoco che tutti cercavamo di eliminare dalle deliberazioni del P. sia stato completamente eliminato. Noi abbiamo fatto tutto quello che potevamo per eliminarlo e . . . noi abbandoniamo la votazione di ballottaggio. . . .“

Die neuerliche Abstimmung entfiel daher.

Außerdem wurden einstimmig angenommen eine Resolution gegen das Tripolisunternehmen und folgende von ANNA KULIS-CIOFF eingebrachte über:

Suffragio universale e proletariato femminile.

„Constatando la sempre crescente estensione del lavoro delle donne nell' industria, nell' agricoltura, negli impieghi commerciali e nei servizi pubblici, e la sottovalutazione della mano d'opera femminile, che è tra le cause più salienti della depressione dei salari maschili; ritenuto che, senza la partecipazione attiva, alla lotta di classe, dei milioni di lavoratrici, la resistenza del proletariato organizzato allo sfruttamento capitalistico è paralizzata dalla concorrenza, sul mercato del lavoro, della massa disorganizzata e sfruttata delle lavoratrici;

il P. S. riconosce come suo alto dovere di organizzare il proletariato femminile in Sindacati misti, nelle industrie che impiegano uomini e donne, e in Sindacati femminili, accanto ai maschili, dove sono impiegate solo donne; e si propone di promuovere un' inchiesta sul lavoro a domicilio, e di ottenere che le condizioni del medesimo siano regolate con la fissazione di un minimo legale di mercede.

Considerando, inoltre, che l' industrialismo, rivoluzionando tutta la vita sociale, strappò la donna al focolare domestico e ne fece un valore sociale per la produzione della ricchezza nazionale, spostando il centro de' suoi interessi dalla vita di famiglia alla vita sociale, e creando per essa nuovi doveri e diritti, equivalenti a quelli che la moderna lotta di classe creò al proletariato maschile; che la lotta di classe spinge ovunque il proletariato a costituirsi e ad agire, come partito politico di classe, per la conquista di tutte quelle riforme politiche ed economiche, che spianano la via alla sua emancipazione e all' abolizione completa di capitalismo;

il P. S. proclama, anche per le donne lavoratrici, i cui interessi riconosce uguali a quelli del proletariato maschile, il dovere di partecipare alle lotte politiche e il diritto al suffragio politico e amministra-

tivo, e s' impegna a propugnarlo, chiamando le donne lavoratrici — le maggiori vittime del regime capitalistico — a combattere, accanto al proletariato maschile (con parità di diritti e di competenza professionale)¹⁾, per la difesa commune della loro vita, dei loro diritti, della loro discendenza; e dà mandato ai deputati socialisti die sostenere fin d' ora cotesto diritto in Parlamento, nella discussione della riforma elettorale imminente e soltanto in subordine e come primo passo, di chiedere per tutte le donne il diritto di suffragio amministrativo; dichiara in fine che contraporrà la più recisa opposizione, in Parlamento e nel Paese, a qualsiasi eventuale proposta di suffragio femminile limitato a determinate categorie, ravvisando in ciò un attentato ai diritti politici di tutti i lavoratori“.

VII. Frankreich.

Parti socialiste (Section française de l'Internationale ouvrière)
IX^e Congrès national tenu à Lyon les 18—21 Février 1912²⁾.

Auf der Tagesordnung standen u. a. die prinzipiell wichtigen Fragen: das Agrarproblem und die redaktionelle Feststellung des Municipalprogramms. Zu ihrer Erörterung kam es jedoch nicht: den Kongreß füllte zum größten Teile eine Debatte über die Haltung der Abg. GHESQUIÈRE und COMPÈRE-MOREL den Gewerkschaften gegenüber³⁾, die sich zu einer Besprechung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften weitete. Sie endete mit der Annahme folgender Resolution:

- 1) Dieser Satz wurde auf Antrag von LAZZARI eingefügt, weil i. J. 1910 im Fachblatt der „Federazione delle arti tessili“ den Textil-Arbeiterinnen das Recht auf eine Vertretung in den Organisationen bestritten worden war.
- 2) Compte rendu sténographique. Paris, au siège du Conseil National 1912.
- 3) Sie hatten am 2. XII. 1911 in Kammerreden — unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien — die taktischen Methoden der Gewerkschaften und insbesondere der Confédération Générale du Travail abfällig kritisiert. (Vgl. den Wortlaut der Reden im „Journal officiel“ vom 3. XII. 1911; auch reproduziert in „La vie ouvrière“ vom 20. XII. 1911 S. 782/806; die Haltung der beiden Abg. hatte in der Partei lebhaftesten — freundlichen wie feindlichen — Widerhall gefunden und die Fédération du Cher hatte sogar den Ausschluß G.s und C.-M.s aus der Partei beantragt.

„Le congrès reconnaît que, dans leur intervention à la Chambre . . . G. et C.-M. n'ont eu d'autre objet que de servir les intérêts de la classe ouvrière et qu'il n'a pu très-sérieusement leur paraître utile d'appeler l'attention des Travailleurs sur les périls d'une propagande d'anti-parlementarisme et de violence systématique. — Il rappelle les décisions prises au sujet de l'action syndicale et de l'action politique de la classe ouvrière dans les Congrès nationaux de Limoges, de Nancy, de Toulouse et au Congrès international de Stuttgart, et il invite tous les travailleurs à s'en inspirer pour l'oeuvre nécessaire de rapprochement.“

(Mit 2258 Mandatstimmen gegen 180, bei 144 Enthaltungen.)

Außerdem wurden folgende Resolutionen angenommen :

1. La politique de laïcité.

„Le but que poursuit le P. S. est l'appropriation collective des moyens de production et d'échange par l'expropriation politique et économique de la classe capitaliste. — Sa politique est donc plutôt une politique de lutte de classe. — Pour l'organisation des travailleurs en parti distinct, il fait appel à tous les exploités sans faire de distinction entre les sexes, les races, ni les religions.

Mais considérant que les églises organisées à l'intérieur de la nation, désireuses d'utiliser à leur profit la suprématie de l'Etat, mettant leurs représentants presque toujours au service de l'oppression capitaliste, sont amenées, à intervenir dans l'action politique quotidienne, et qu'elles légitiment par contre-coup l'intervention des partis qui veulent assurer la neutralité laïque, sauvegarde de la liberté de conscience; considérant que, sans jamais se prêter à la manœuvre de ceux qui chercheraient dans un anti-cléricalisme de façade une diversion aux problèmes sociaux, le P. S. doit défendre avec vigueur, avec passion, contre toutes surprises, contre toutes menaces, les institutions de laïcité; que si la séparation des Églises et de l'État est un fait accompli, la lutte pour la laïcité totale des services de la nation n'est pas close et doit être poursuivie sans défaillance et jusqu'à ce que les églises et leurs défenseurs se tiennent strictement sur le terrain de la conscience individuelle; le Congrès décide que les élus législatifs, départementaux ou municipaux ont à traduire la volonté formelle du Parti en repoussant tous crédits destinés à subventionner les divers cultes, en s'opposant aussi à la reprise de toutes relations officielles avec les représentants de ces cultes.

Le P. S. déclare en outre que la façon la plus sûre de protéger l'école laïque est de donner un enseignement scientifique aussi étranger

aux dogmes capitalistes et chauvins qu'au dogmes religieux, et de mettre tous les enfants, pour leur entretien, à la charge de la société représentée par l'État, les départements et les communes. Dans ce but, il faut établir un budget d'instruction publique qui ne soit plus dérisoire en face des budgets de la guerre et de la marine, afin de permettre l'augmentation du nombre des écoles et leur aménagement plus rationnel; faire que la tâche des éducateurs ne soit pas impossible en raison du trop grand nombre d'enfants qui leur sont confiés, donner au personnel enseignant l'indépendance et les droits nécessaires afin qu'il en use, notamment pour appliquer des méthodes pédagogiques sous le contrôle de l'État."

2. L'antisemitisme.

„Le P. S. dénonce la manœuvre antisémite, diversion grossière qui tend à pousser les travailleurs seulement contre le capital juif; déclare qu'il n'a pas à connaître les travailleurs en tant que juifs, catholiques ou autres, mais en tant qu'exploités, victimes du capitalisme qui n'est ni juif inchrétien; invite les Travailleurs de toutes les races, juifs ou autres, à se débarrasser des préjugés nationalistes et à rejoindre les organismes réguliers de lutte prolétarienne."

3. La Franc-maçonnerie.

„Le congrès, en rappelant aux travailleurs que leur devoir est de se grouper dans le P. S. qui est le seul parti de classe du prolétariat, déclare qu'il n'entend pas limiter à la seule action politique l'activité de ses membres du moment où celle-ci ne les met pas en contradiction avec la doctrine, les principes et les décisions du P.; il déclare particulièrement qu'il ne se préoccupe pas de savoir si ses membres adhèrent à des organisations d'ordre philosophique, éducatif et moral, telles que franc-maçonnerie, libre-pensée, Universités populaires, Ligues des Droits de l'Homme, qui n'ont pas pour but la conquête du pouvoir publique; il déclare en outre que, lorsque des défaillances individuelles se produisent, elles relèvent purement et simplement du contrôle réglementaire du P."

(Mit 1505 gegen 103 + 927 + 5 Mandatstimmen bei 32 Enthaltungen ¹).

1) Nur 103 Stimmen vereinigte auf sich der Gegenantrag: „Le Congrès, considérant que la franc-maçonnerie est, contrairement à ses affirmations, non une organisation philosophique et mutualiste, mais la véritable organisation

Das Alkohol-, das Agrar- und das Munizipalproblem wurden für den nächsten Parteitag zurückgestellt.

de classe de la petite bourgeoisie et du parti radical: Décide que les membres franc-maçons du P. devront démissionner de cette organisation dans un laps de temps de 6 mois au maximum“. — 927 Stimmen erhielt ein weiterer Antrag, der vor der Kräfteverschwendung warnt, die in der Zugehörigkeit zur Freimaurerei und ähnlichen Organisationen liegt, und die Parteiglieder mahnt „(de) consacrer tous leurs efforts à la propagande socialiste, à l'éducation, à l'organisation politique et économique du prolétariat.“ — 5 Stimmen schließlich der Antrag: „Les membres du P. ont le devoir d'appartenir au Syndicat ouvrier de leur profession, à la Coopérative de leur localité et à la franc-maçonnerie“.

Sozialistische Lyrik.

G. Herwegh. F. Freiligrath. H. Heine.

Von

Franz Mehring (Berlin-Steglitz).

Eine Geschichte der sozialistischen Lyrik ist noch nicht geschrieben worden, und es ist auch nicht zu erwarten, daß sie sobald oder überhaupt je geschrieben werden wird. Schwankt der Begriff des Sozialismus schon auf politischem und wissenschaftlichem Gebiete einigermaßen, so noch viel mehr auf ästhetischem. Es wäre ebenso unbillig, unter sozialistischer Lyrik nur Gedichte zu begreifen, die den Stempel irgendeiner sozialistischen Parteirichtung an der Stirn tragen, wie es unbillig sein würde, ihr alle Gedichte zuzuzählen, aus denen ein grollender Ton über die sozialen Zustände hervorklingt, innerhalb deren der Dichter lebt.

Will man von sozialistischer Lyrik sprechen, ohne ins Uferlose zu geraten, so muß man den Begriff zunächst enger umgrenzen. Es soll hier nur von drei deutschen Dichtern gesprochen werden, und von ihnen auch nur unter einem bestimmten Gesichtspunkt, denn so schlechthin lassen sich selbst HERWEGH, oder FREILIGRATH, oder HEINE nicht als sozialistische Lyriker bezeichnen. Aber sie haben in mehr oder minder naher Beziehung zu den führenden Größen der deutschen Sozialdemokratie gestanden, namentlich zu MARX und LASSALLE, und das ist nicht ohne Einfluß auf ihr dichterisches Schaffen geblieben. Eine Untersuchung dieser Zusammenhänge mag immerhin einen kleinen Beitrag zur Geschichte des deutschen Sozialismus liefern.

Den äußeren Anstoß dazu gaben einige neuere Veröffentlichungen: eine Biographie HERWEGHS, der Briefwechsel zwischen FREILIGRATH und MARX, endlich Briefe von und an HEINE, die aus dem Nachlaß dieses Dichters herausgegeben worden sind.

I.

Die Biographie HERWEGHS von VICTOR FLEURY¹⁾ ist eine fleißige und sorgfältige Arbeit, deren man sich deshalb nicht weniger freuen darf, weil ein französischer Schriftsteller einem deutschen Dichter die Ehrenschild abträgt, die ihm deutsche Schriftsteller längst hätten abtragen sollen.

In der Goldenen Klassikerbibliothek, die das Deutsche Verlagshaus BONG herausgibt, ist zwar eine gute und wohlfeile Ausgabe von HERWEGHS Werken erschienen, allein das Lebensbild, das sie einleitet, ist des Dichters nicht würdig; in den engsten Rahmen des neudeutschen Reichspatriotismus gespannt, wirkt es wie ein Zerrbild. Auch die Veröffentlichungen, die MARCEL HERWEGH aus dem Nachlaß seines Vaters gemacht hat, schädigen das Andenken des Dichters mehr, als daß sie es vor vermeintlichem oder wirklichem Unglimpf schützen; es war der denkbar unglücklichste Einfall, das herbe Schicksal des Dichters zu erhellen durch hämische Seitenblicke auf revolutionäre Kämpfer, die ein glücklicheres Los gezogen haben, als HERWEGH.

Alledem ist nun abgeholfen durch die Biographie FLEURYS. Sie ist mit umsichtiger Benützung aller irgend zugänglichen Quellen geschrieben und entbehrt nicht des kritischen Blicks, dessen eine ordentliche Biographie so wenig entraten kann, wie der Sympathie mit ihrem Helden. Im großen und ganzen bleibt der Eindruck dieses Dichterlebens überwiegend traurig. HERWEGH gehörte zu den glänzenden, aber unglücklichen Talenten, die mit ihrem ersten Wurf gleich ihr Bestes oder selbst schon ihr Alles geben. Seinem Dasein fehlte der heiße Sommer und der fruchtreiche Herbst und selbst das wärmende Herdfeuer des Winters. Es war ein kurzer strahlender Frühling, und danach kam eine lange Nacht, arm an Arbeit und arm an Freuden.

Die Gedichte eines Lebendigen, die im Sommer 1841 in Zürich erschienen, eroberten im Sturm die deutschen Herzen. Es war ihnen gegeben, zu singen und zu sagen, was ein großes Volk im ersten taumelnden Erwachen zu historischem Leben dachte und fühlte. Die brausende und gärende Unruhe, die

1) FLEURY, Le poète Georges Herwegh. Paris, Edouard Cornély 1912. Gr. 8°, 397 S.

durch sie zitterte, spiegelte nur allzu getreu die Stimmungen der Nation wieder, die sich auf sich selbst zu besinnen begann. Dazu eine glänzende Form, die nach der ästhetischen Verlotterung des Jungen Deutschlands wieder an die klassischen Überlieferungen anknüpfte, die an PLATENS strengen Rythmen geschult, doch oft aufs glücklichste den Ton des Volksliedes traf, die auf allen Saiten zu spielen wußte, von dem wilden Kampfliede: Reißt die Kreuze aus der Erden, Alle sollen Schwerter werden, bis zu der stimmungsvollen Elegie: Ich möchte hingehn wie das Abendrot, Und wie der Tag mit seinen letzten Gluten. In den feinen und formvollendeten Sonetten der Sammlung fanden sich wahre Perlen deutscher Dichtung, wie die Sonette an HÖLDERLIN und an SHELLEY und mancherlei Anklänge an die zeitgenössische Philosophie, denn HERWEGH, ein geborener Schwabe, war nicht umsonst ein paar Semester Tübinger Stiffler gewesen.

Er selbst schien nun freilich die nationale Bedeutung seiner Gedichte herabzusetzen, indem er sich bald nach ihrem Erscheinen zur Fahne der Partei bekannte. Es geschah in Anknüpfung an das Wort FREILIGRATHS, daß der Dichter auf einer höheren Warte stände, als auf den Zinnen der Partei. FREILIGRATH hatte damit im Grunde kein Prinzip oder Programm aufstellen, sondern nur rechtfertigen wollen, daß er den Tod eines spanischen Royalisten verherrlicht hatte. Aber er hatte es sich gefallen lassen, daß sein Wort gegen HERWEGHS politische Lyrik ausgenützt wurde, und so antwortete HERWEGH mit seinem Trutzliede auf die Partei, die ihm allein den Lorbeer flechten solle. Man muß diesen Dichterstreit nicht an heutigen Begriffen messen. Geschlossene Parteien gab es damals überhaupt nicht in Deutschland, und was HERWEGH als Kampf der Partei vertrat, war doch nur der Kampf gegen die absolutistisch-feudale Reaktion, die wie ein bleierner Druck auf dem deutschen Leben lastete.

Soweit sich jedoch in dieser anschwellenden Empörung schon einzelne Richtungen unterscheiden lassen, stand HERWEGH den radikalen Junghegelianern am nächsten. Zwar hatte FRIEDRICH VISCHER die Gedichte eines Lebendigen sehr scharf beurteilt, aber doch nur vom einseitig-ästhetischen Standpunkt aus. Dafür erhob sie RUGE in den Deutschen Jahrbüchern jubelnd auf den Schild, und die Rheinische Zeitung begrüßte

den jungen Dichter nicht minder freudig; in ihren Spalten erschien zuerst sein Lied auf die Partei. HERWEGH selbst gedachte — nach einem kurzen Aufenthalt in Paris, wo ihn HEINE als „eiserne Lerche“ begrüßte — in Zürich den Deutschen Boten herauszugeben, eine Monatsschrift von ähnlicher Tendenz, wie die Deutschen Jahrbücher. Um Mitarbeiter für die Unternehmen zu werben, unternahm er im Herbst 1842 jene Reise nach Deutschland, die sich zu einer ununterbrochenen Triumphfahrt für ihn gestaltete.

In Köln traf er just zur Zeit ein, wo MARX sich anschickte, aus dem hervorragenden Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung ihr leitender Redakteur zu werden. HERWEGH zählte damals 25, MARX 24 Jahre. Sie haben schnelle Freundschaft geschlossen, und ihre Schicksale verketteten sich alsbald in eigentümlicher Weise. In Dresden schloß HERWEGH nicht minder schnelle Freundschaft mit dem um 15 Jahre älteren RUGE, und beide reisten zusammen nach Berlin, wo sie mit BRUNO BAUER und dessen Gefolgschaft hart aneinander gerieten, den sogenannten Freien, die die zahmen Philister der preußischen Hauptstadt dadurch erschreckten, daß sie in einem zigeunerhaften Treiben die wild gewordenen Philister spielten.

Die Freien standen in mehr oder minder naher Verbindung mit der Rheinischen Zeitung, aber MARX, der schon in einem ernstesten politischen Kampfe steckte, der „von morgens bis abends die schrecklichsten Zensurquälereien, Ministerialschreibereien, Oberpräsidialbeschwerden, Landtagsklagen, Schreien der Aktionäre usw. usw. zu tragen“ hatte, war der „Berliner Windbeuteleien“ alsbald sattgeworden. Ein Brief HERWEGHS schlug dann dem Fasse den Boden aus. „Sie kompromittieren,“ so schrieb er in einem undatierten Briefe aus Berlin nach Köln, „durch diese revolutionäre Romantik, diese Geniesucht, diese Renommage unsere Sache und Partei; RUGE und ich haben ihnen dies unumwunden gesagt. Sie haben es uns übel genommen — immerhin! Ich möchte nicht gegen sie auftreten und bitte Sie daher um eine Notiz in der Rheinischen Zeitung, die die Sache in ihrem wahren Lichte zeigt. Wenn ich die Gesellschaft der Freien, die einzeln meistens treffliche Leute sind, nicht besucht habe, so geschah es nicht, weil ich etwa eine andere Sache verfechte, sondern es

geschah lediglich darum, weil ich diese Frivolität, diese Berlinerei in der Art ihres Auftretens, weil ich diese glatte Nachäfferei des französischen Klubs bei aller Achtung vor und Enthusiasmus für die französische Revolution als ein Mensch, der auch von der Autorität dieser Revolution frei sein will, hasse und lächerlich finde.“ MARX entsprach dem Wunsche HERWEGHS; am 29. November erschien in der Rheinischen Zeitung eine vom 25. November aus Berlin datierte Notiz, die ziemlich wörtlich die Sätze HERWEGHS wiederholte. MARX brach dadurch auch an seinem Teile mit den Berliner Freien und namentlich mit BRUNO BAUER, der bis dahin sein nächster Waffenbruder gewesen war. In eben diesen Tagen traf er zum erstenmal mit FRIEDRICH ENGELS zusammen, der auf der Reise nach Manchester die Redaktion der Rheinischen Zeitung besuchte; da ENGELS frisch aus dem Kreise der Berliner Freien kam, so begegneten sie sich sehr kühl.

Ehe noch die Rheinische Zeitung mit der Notiz HERWEGHS nach Berlin gelangen konnte, hatten die Freien schon ihre Rache an dem Dichter genommen. Sie spotteten über seine schnelle Verlobung mit der Tochter eines reichen Kaufmanns, nachdem er eben gesungen hatte, daß sein ganzer Reichtum sein Lied sei, und dieselben Leute, die später alle bei der offiziösen oder reaktionären Presse untergekrochen sind, spielten die raubbeinigen Republikaner, wegen der Audienz HERWEGHS beim König FRIEDRICH WILHELM IV.

Über der Vorgeschichte dieser Audienz liegt ein Dunkel, das nun auch wohl nicht mehr aufzuklären sein wird. Das Wahrscheinlichste ist noch immer, daß der König, der es liebte, bisweilen den Hof zu verblüffen und übrigens ästhetisch gebildet genug war, um die Gedichte HERWEGHS zu genießen, wie er auch für HEINES Buch der Lieder eine unverwüstliche Vorliebe hegte, von dem Verlangen geplagt war, den gefeierten Helden des Tages zu sehen. Sein Leibarzt SCHÖNLEIN, ein geborener Schweizer, dem HERWEGH Grüße aus Zürich überbracht hatte, hat dann die Gefälligkeit gehabt, dem königlichen Wunsche die Wege zu bahnen, indem er behauptete, HERWEGH trage ein ebenso großes Verlangen, den König zu sehen, wie der König den Dichter. Bei HERWEGH hat SCHÖNLEIN dann das umgekehrte Spiel gespielt, ihm den Wunsch des Königs aufs dringlichste

vorgestellt und ihn dadurch Breitgeschlagen, sich auf das Abenteuer einzulassen. Möglich immerhin, daß HERWEGH sich nicht allzu sehr hat bitten lassen, denn es mag ihn gekitzelt haben, von dem Könige, dessen Behörden seine Gedichte verboten hatten, vor aller Welt ausgezeichnet zu werden. Auch war er gerade jung genug, um noch mit dem Gedanken einer Marquis-Posa-Rolle zu spielen.

In diesem Sinne hat schon FRIEDRICH VISCHER HERWEGHS Verhalten erklärt. „Der unerfahrene junge Mann erwog nicht, daß er bloß antworten dürfe, wenn er gefragt werde, daß der andere Teil sich mit Bequemlichkeit vorbereiten und eine Szene durchführen könne, die, nachher in den Zeitungen verkündigt, ganz zu seinem Vorteil ausfallen mußte.“ Damit war der Punkt berührt, der zu den verhängnisvollen Folgen der an sich ja recht gleichgültigen Audienz führte. Der König ließ einige bunt befiederte Worte flattern, von denen die „gesinnungsvolle Opposition“, die er angeblich „liebte“, sich ja noch im Büchmann forterbt, während der Dichter auf eine betretene und verlegene Rolle beschränkt blieb. Darüber war unter den Berliner Freien des Spottens kein Ende.

Das war für HERWEGH um so bitterer, als er sonst von der Fülle der Huldigungen berauscht war. In Königsberg, wohin er seine Reise fortgesetzt hatte, erfuhr er nun gar, daß die preußischen Minister seine geplante Zeitschrift im voraus verboten hatten, noch ehe ein Blatt davon erschienen war, und nun verfiel er auf den unglücklichen Gedanken, in einem halb klagenden, halb trotzigem Briefe an den König, nachzuholen, was er in der Audienz hatte sagen sollen oder wollen, jedenfalls aber nicht gesagt hatte. Das „Wort unter vier Augen“ war nicht eben geschickt abgefaßt, und zudem gelangte es, wider den Willen HERWEGHS, in die Spalten einer Leipziger Zeitung, durch die Indiskretion eines Königsberger Freundes, dem HERWEGH den Brief abschriftlich mitgeteilt hatte.

Die sehr unkönigliche Antwort des Königs bestand in der Ausweisung HERWEGHS aus dem preußischen Staate und in neuen Fesseln, die der Presse angelegt wurden, nachdem ihr seit Jahr und Tag durch eine gemilderte Zensurinstruktion die Flügel ein wenig gelüftet worden waren. Nicht bloß geknebelt, sondern

totgeschlagen wurden die Deutschen Jahrbücher und die Rheinische Zeitung. Immerhin waren MARX und RUGE so ziemlich die einzigen Schriftsteller, die nicht mit wildem Berserkerzorn über HERWEGH als den Urheber des ganzen Unheils herfielen. „Ein schimpfender Bedientenschwarm und faule Äpfel statt der Kränze,“ wie HEINE spottete. Selbst FREILIGRATH beteiligte sich an dem wüsten Lärm. Keinem der sittlich Empörten kam der Gedanke, daß die etwas mildere Handhabung der Zensur, die seit Jahr und Tag bestanden hatte, einzig einer romantischen Laune des Königs zu danken war, die alsbald wieder einer anderen romantischen Laune weichen mußte. Daß diese Kulisse von sogenannter „Preßfreiheit“ schon bei einem so leichten Stoß umfiel, wie HERWEGHS Brief an den König schließlich war, zeigte doch nur, auf wie losen Füßen sie überhaupt stand, und die über HERWEGHS unreifen Brief zeterten, erwiesen sich als noch weit unreifer, indem sie ihren Groll auf den Dichter abluden, statt auf den König.

Für HERWEGH selbst ist diese elende Hetzjagd aber zum Verhängnis geworden. Er hat den tiefen Sturz aus ragender Höhe nie verwunden. Er war zu unerfahren, um sich klar zu machen, daß sein jäher Aufstieg und sein noch jächerer Abstieg im letzten Grunde dieselbe Ursache hatten: den Mangel der Nation an politischer Klarheit und Schulung. Jene heiter-stolze Zuversicht auf den Sieg der Freiheit, die seine ersten Gedichte beseelet, hatte er für immer verloren. Selten ist eine jugendliche Übereilung so schwer gebüßt worden, wie in diesem Falle; eine peinliche Mischung von fataler Blasiertheit und verknittertem Groll haftete fortan dem Tun und Lassen HERWEGHS und nicht zuletzt seinem Dichten an.

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz — im Januar 1843 — wurde er auch hier unsanft empfangen. In Zürich herrschten die Konservativen und wiesen ihn aus, aus Furcht vor dem Deutschen Boten, dessen Todesurteil damit besiegelt wurde; mit Mühe und Not erlangte HERWEGH im Kanton Basel-Land das schweizerische Bürgerrecht. Seine Heirat mit EMMA SIEGMUND, die im März 1843 stattfand, entthob ihn jedoch aller irdischen Sorgen; nach längeren Reisen siedelte er im Herbst desselben Jahres zu dauerndem Aufenthalt nach Paris über.

Hier traf er wieder mit MARX und RUGE zusammen, die sich zur Herausgabe der Deutsch-Französischen Jahrbücher zusammengetan hatten. HERWEGH war gewissermaßen der Dritte im Bunde, denn auch ihm war eine philosophisch-politische Zeitschrift schon im Keime zerstört worden. Aber er hat sich an dem neuen Unternehmen nur mit einem wenig bedeutenden Gedichte beteiligt. Was ihn zunächst beschäftigte, war eine neue Sammlung seiner Gedichte, die er Ende 1843 als zweiten Band der Gedichte eines Lebendigen herausgab, ohne damit entfernt den Erfolg des ersten Bandes zu erreichen. Bei einiger Aufmerksamkeit kann man in der Sammlung leicht unterscheiden, was vor und was nach der preußischen Katastrophe gedichtet worden ist; der Morgenruf, das Champagnerlied, das Flottenlied gehören noch ganz der ersten Periode an, auch die ergreifenden Gedichte vom Armen Jakob und der Kranken Lise, die man oft zur sozialistischen Lyrik gerechnet hat, wenn auch nicht mit größerem Recht als manche Gedichte BÉRANGERS oder auch CHAMISSOS. Zur zweiten Periode gehören dann namentlich die Xenien, die in diesem Bande ungefähr die Stelle einnehmen wie im ersten die Sonette. Es sind meist gepfefferte Spottverse, die durchaus nicht zu HERWEGHS sonstiger Art passen; man merkt ihnen nur zu sehr an, daß der Ärger, den der Dichter an anderen anläßt, schließlich doch nur der Ärger über sich selbst ist. Eine Ausnahme bildet jedoch das Schlußgedicht des ganzen Bandes: hier rechnet der Dichter in schwung- und wirkungsvollen Terzinen mit Friedrich Wilhelm IV. ab; in diesen Versen ist Klang und Mark und prophetische Wahrheit.

Inzwischen wenn HERWEGH an keiner gemeinsamen Arbeit mit MARX und RUGE teilnahm, so wurde er doch der Stein des Anstoßes, woran die gemeinsame Arbeit von MARX und RUGE zerschellte. Es scheint, daß HERWEGH, dessen „göttlichen Leichtsinn“ seine Freunde schon zur Zeit, wo er noch ein blutarmer Poet war, halb bedauerten und halb bewunderten, sich völlig gehen ließ, als ihm der Reichtum seiner Frau gestattete im Pariser Leben unterzutauchen. Die Einzelheiten, die RUGE darüber in seinen Briefen mitteilt, sind sehr unerbaulich, und RUGE, dem der Philister immer im Blute stak, mag übertrieben haben. Aber auch sonst ist gut bezeugt, so durch lustige Verse

HEINES, daß HERWEGH damals den modischen Gecken und Stutzer spielte, selbst wenn er seine Frau, die mit abgöttischer Liebe an ihm hing, nicht noch schwerer gekränkt haben sollte. So geschah es denn, daß RUGE im Gespräch mit MARX über den „Lumpen“ HERWEGH schalt, worauf MARX erwiderte, daß HERWEGH ein Genie sei und eine große Zukunft habe. Darüber kam es zum dauernden Zerwürfnis zwischen MARX und RUGE.

Natürlich war der Streit über HERWEGH nur der letzte Tropfen, der den Eimer überfließen ließ; der Bruch zwischen MARX und RUGE war innerlich längst aus sachlichen Gründen vollzogen, als die dünne Hülle, die ihn nach außen hin noch verbarg, an RUGES heftigem Wort über HERWEGH zerriß. Jedoch in seiner Art kennzeichnete dieser Streit auch die Art der Streitenden. RUGES wegwerfendes Urteil über den Dichter entsprang doch nur den engen Auffassungen eines nüchternen Spießbürgers, und MARX brauchte sich nicht zu schämen, wenn sein ungleich günstigeres, aus tieferer Auffassung geschöpftes Urteil schließlich durch die Erfahrung nicht bestätigt worden ist. Er hatte für echte Dichter immer sehr viel übrig, obgleich oder auch weil ihm selbst die Gabe der gebundenen Rede gänzlich versagt war. Hatte er sich in seinen jungen Jahren darüber getäuscht und nach einem Lorbeer getrachtet, den er nicht erreichen konnte, so bewahrte er der Poetenzunft doch eine lebhaftes Sympathie und große Nachsicht mit ihren kleinen Schwächen. Er meinte wohl, Dichter seien wunderliche Käuze, die man ihren Weg gehen lassen müsse, die man nicht mit dem Maße gewöhnlicher oder selbst ungewöhnlicher Menschen messen dürfe; sie wollten geschmeichelt sein, wenn sie singen sollten; mit einer scharfen Kritik dürfe man ihnen nicht kommen.

Bald darauf, im Januar 1845, wurde ein Dutzend deutscher Schriftsteller auf Betreiben der preußischen Regierung durch das Ministerium GUIZOT aus Frankreich verwiesen, wegen ihrer radikalen Gesinnung, darunter MARX, RUGE und HERWEGH. MARX ging nach Brüssel, RUGE rettete sich durch ein Zeugnis guter Gesinnung, das die sächsische Gesandtschaft dem ehemaligen Dresdener Stadtverordneten ausstellte, HERWEGH durch Berufung auf sein schweizerisches Bürgerrecht. Er blieb mit MARX in freundschaftlichem Briefwechsel, und es ist nur billig zu sagen,

daß er in allen Zerstreuungen der französischen Hauptstadt doch daran arbeitete, als Dichter neue Gesichtspunkte zu gewinnen. Er stürzte sich in philosophische und naturwissenschaftliche Studien, schloß mit LUDWIG FEUERBACH enge Freundschaft und studierte mit KARL VOGT an den Küsten des Mittelmeeres die kleinsten ozeanischen Lebewesen. Dann beschäftigte er sich mit einem Gedichte, das „so etwas von Odyssee, Don Quixote, Göttlicher Komödie und Don Juan zu gleicher Zeit sein“ sollte. Ans Licht gekommen ist davon freilich keine Zeile, und auch die naturwissenschaftlichen Studien HERWEGHS scheinen mehr die Verwunderung als die Bewunderung seiner näheren Bekannten erregt zu haben. HEINE sagte 1847 von ihm: „Er hatte nur ein gewisses Pfündchen, das er sehr hübsch geprägt verausgabte, und nun ist er arm und leer, ein heruntergekommener Verschwender. Er bleibt nun ewig stumm und wird bloß von seinem Ruhme zehren. Dann lacht HERWEGH nie, und ein Poet mit einem so verbitterten Gesicht hat nicht viel Verstand, es weist auf eine magere Einseitigkeit seines Lebensblickes hin“. Dies harte Urteil sollte sich leider auch als ein prophetisches Urteil erweisen.

Nach dem Ausbruch der Februarrevolution kehrte MARX nach Paris zurück, und nun kam es zum Bruch zwischen ihm und HERWEGH. MARX war vollständig im Rechte, wenn er sich dem abenteuerlichen Plane widersetzte, den HERWEGH sich von dem Allerweltsspitzel v. BORNSTEDT hatte einblasen lassen: an der Spitze der deutschen Arbeiter, die in Paris lebten, einen bewaffneten Einfall in Deutschland zu machen, um die deutsche Republik auszurufen. Das klägliche Ende des kläglichen Unternehmens ist bekannt; die angebliche Flucht HERWEGHS unter dem Spritzleder eines Wagens, den seine Frau kutschiert haben sollte, war eine reaktionäre Fabel, aber sie wurde allgemein geglaubt, und der Dichter tat nichts, um seinem „völligen Ruin in der öffentlichen Meinung“ zu steuern, vor dem ihn sein Freund VOGT warnte. Er hüllte sich in tiefes Schweigen, spielte in Genf den Aristokraten unter dem gemeinen Flüchtlingsgesindel und isolierte sich auch in der Emigration durch ein häßliches Abenteuer mit der Frau ALEXANDER HERZENS.

Später vereinigte er sich wieder mit seiner Frau, und beide lebten in Zürich, in geistig und künstlerisch angeregten Kreisen,

jedoch ohne daß die dichterische Schöpferkraft HERWEGHS wieder erwacht wäre. Die nicht zahlreichen Gedichte, die er noch veröffentlicht hat, waren mit wenigen Ausnahmen, achtbares Mittelgut, wie es sich in besseren Witzblättern auch sonst findet. Von den Gedichten HERWEGHS aus den fünfziger und sechziger Jahren sind in der Tat verhältnismäßig viele im Kladderadatsch veröffentlicht worden. Zwei schöne Gedichte zum Eidgenössischen Schützenfest und zur Schillerfeier in Zürich gehören dem Jahre 1859 an; in den nächsten Jahren hat HERWEGH einen Hauch der alten Kraft für GARIBALDIS Taten aufgeboten; das berühmteste seiner Gedichte aus seiner späteren Zeit — und im Grunde das einzige, das ihm einen dauernden Platz in der sozialistischen Lyrik sichert — ist das Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, aus dem Jahre 1863.

Ein paar Jahre früher hatte LASSALLE ihn auf einer Reise in der Schweiz kennen gelernt und lebhaftes Interesse für ihn gefaßt. Immer der Freund seiner Freunde, setzte LASSALLE seine ganze ungestüme Energie daran, den Dichter dem Zustand tatloser Verstimmung zu entreißen, aber gelungen ist es auch ihm nicht; er vermochte nicht einmal durchzusetzen, daß HERWEGH seine zerstreuten Gedichte in einer neuen Sammlung herausgab. Als er dann seine Agitation begann, ließ HERWEGH sich zwar gefallen, zum Generalbevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für die Schweiz ernannt zu werden, aber rührte deshalb nicht einen Finger für die Sache. Er lehnte selbst die Einladung auf einen schweizerischen Arbeitertag seines Wohnortes Zürich ab, und überließ den Gegnern LASSALLES das Feld; deshalb verspottet, antwortete er ausweichend, er habe die jetzige Arbeiterbewegung nicht abgewartet, um, über alle nationalökonomische Diskussion hinaus, aus dichterischem Recht, sich stets auf die Seite der 80, 90, 95, 97 Prozent Enterbten und vom Bankrott der Lebens Ausgeschlossenen zu stellen, möchten sie nun LASSALLE oder SCHULZE-DELITZSCH hoch leben lassen. Als ob es in diesem Falle nicht gerade auf die „nationalökonomische Diskussion“, auf die Wahl zwischen LASSALLE oder SCHULZE-DELITZSCH angekommen wäre!

Einen wirklichen Dienst hat HERWEGH der Agitation LASSALLES aber durch das Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Ar-

beiterverein erwiesen. Es ist erst nach monatelangem Mühen fertig geworden und lehnt sich allzu eng an ein bekanntes Gedicht SHELLEYS aus dem Jahre 1819 an: in der Form wie im Inhalt, worauf HERWEGH ehrlicher Weise selbst hingedeutet hat, indem er eine Zeile SHELLEYS, wenn auch aus einem anderen Gedichte des englischen Poeten, als Motto voransetzt. Aber in den Schlußstrophen ruft HERWEGHS Gedicht zum Kampfe auf, während SHELLEY die Männer Englands nur ihre eigene Gruft graben läßt:

Mann der Arbeit, aufgewacht!
 Und erkenne deine Macht!
 Alle Räder stehen still,
 Wenn dein starker Arm es will.

Dieser Vers des Bundesliedes ist in der deutschen Arbeiterbewegung lebendig geblieben. Sonst wurde es schon bald durch JACOB AUDORFS Arbeitermarseillaise verdrängt, die sich, bei ungleich geringerem dichterischen Werte, doch den augenblicklichen Bedürfnissen des proletarischen Emanzipationskampfes enger anschmiegte und sich durch die packende Melodie des Marseiller Marsches mehr einschmeichelte, als HERWEGHS Bundeslied durch die Komposition HANS v. BÜLWS.

Die schwache Beteiligung HERWEGHS an der deutschen Arbeiterbewegung erlosch mit dem Tode LASSALLES. Die Amnestie des Jahres 1866 gestattete ihm die Rückkehr nach Deutschland, und er hat noch bis zum Jahre 1875 in Baden-Baden gelebt, ganz vereinsamt; was er in den Jahren 1870 und 1871 gedichtet hat, verdiente nicht die Schmähungen eines satten und wohlfeilen Patriotismus, aber es konnte auch nicht in den Massen zünden, selbst wenn es nicht von einem allzu verbissenen Preußenhass gefärbt gewesen wäre. Ihnen griff FREILIGRATH tiefer ins Herz, indem er den namenlosen Toten der französischen Schlachtfelder das Trauer- und Trostlied sang, wie einst den namenlosen Toten der Berliner Barrikaden.

II.

Bei alledem liegt es auch auf FREILIGRATHS Andenken wie ein leichter Schleier. Den Einen mißfällt der Sänger der sozialen Revolution, den Anderen der patriotische Dichter, der

am Ende doch seine Harfe zu Ehren einer dynastischen Blut- und Eisenpolitik gestimmt zu haben schien. Mit dem Streite darüber, ob der echte FREILIGRATH hüben oder drüben zu finden sei, wurde die Sache nur immer verwickelter, schwankte das Bild des Dichters nur um so stärker, je mehr es von der Parteien Gunst und Haß verwirrt wurde.

Um es in klares Licht zu stellen, schien mir nichts geeigneter, als FREILIGRATHS Briefwechsel mit KARL MARX herauszugeben¹). Er ist nur zum Teil erhalten, aber vollständig genug, um die Beziehungen beider Männer klar erkennen zu lassen, insofern sogar zu vollständig, als viele Briefe namentlich FREILIGRATHS flüchtige, in freundschaftlichem Verkehr von Haus zu Haus geschriebene Zettel sind, die heute keinerlei Interesse mehr haben. Von ihrer Veröffentlichung habe ich denn auch abgesehen. Aber gerade die Briefe, in denen sich die beiden Männer kritisch über sozialistische Lyrik auseinandersetzten, sind fast unversehrt erhalten, und wenn sie jedem von beiden durchaus zur Ehre gereichen, so befreien sie namentlich das Dichterleben FREILIGRATHS von allen Schatten, die darauf gefallen sind oder fallen können.

FREILIGRATH hatte eine ganz andere Entwicklung als HERWEGH. Die Armut seines Vaters zwang ihn, das Gymnasium zu verlassen, als er die Reife für die Prima erreicht hatte, und den kaufmännischen Beruf zu ergreifen. Fünf Jahre lang hat er für die Honoratioren der westfälischen Kleinstadt Soest Kaffee und Zucker abgewogen. Dann lebte er ebenso lange als Kaufmannsdienener in Amsterdam. Harte Arbeit ist all sein Lebtage sein Los gewesen und den kaufmännischen Beruf hat er immer nur vorübergehend aufgeben können; den sechszigjährigen Mann hat noch die Auflösung eines Bankgeschäftes auf die Straße geworfen. Es kommt hier nicht darauf an, ob seine kaufmännische Tätigkeit nicht auch Lichtseiten für ihn gehabt und selbst, wie namentlich in der Amsterdamer Zeit, seine dichterische Entwicklung gefördert hat. Aber bis an sein dreißigstes Lebensjahr heran, bis in ein Lebensalter, wo HERWEGH schon wesent-

1) FRANZ MEHRING, Freiligrath und Marx in ihrem Briefwechsel. Ergänzungsheft Nr. 12 zur Neuen Zeit. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf., 1912.

lich abgeschlossen hatte — er war sieben Jahre jünger, als FREILIGRATH —, blieb dieser von allen philosophischen und politischen Einflüssen der Zeit unberührt, und selbst als sie ihn zu berühren begannen, zeigte er sich ganz unbeholfen; mit MENZEL lehnte er sich gegen das Junge Deutschland, mit den schwäbischen Dichterlein gegen HEINE auf. Mit anderen Worten: als revolutionärer Dichter, als sozialistischer Lyriker ist FREILIGRATH durchaus ein selbstgemachter Mann gewesen.

Er war eine Krafternatur in jenem echten und ursprünglichen Sinne, daß sich ihm das tiefste und weichste Empfinden unlöslich verschmolz mit dem Stolz und der Würde des Mannes, dem schon ein Joch von Spinnenweben den unbegleiteten Nacken wund scheuerte. Wie er sich noch in seinem letzten Briefe an MARX einen „Nationalökonom“ nur „mit dem Gemüt“ nannte, so ist ihm aus tiefem Mitleide der revolutionäre Trotz entstanden; „das Verbrechen, die Not, die Menschlichkeit, die Menschheit: in dieser Folge ist ihm emporgewachsen das Bewußtsein der Zeit und ihres Forderns“, wie GUIDO WEISS in seinem Nachruf auf FREILIGRATH treffend schrieb. Und es ist nur dieselbe Einheit im scheinbaren Widerspruch, wenn dieser Dichter, der mit seiner engsten Heimat so verwachsen war, daß der Greis nur noch den einen Wunsch hegte, auf den Höhen des Teutoburger Waldes begraben zu werden, wo einst seine Wiege gestanden hatte, als Jüngling damit begann, sein trunkenes Auge durch die fernsten und fremdesten Zonen schweifen zu lassen.

In demselben Jahre, das die erste deutsche Eisenbahn sah, erschienen FREILIGRATHS erste Gedichte, die in brennender Farbenpracht das Gebiet des Welthandels entrollten. Er selbst hat ihnen etwas später einen revolutionären Charakter zugesprochen; er hat gemeint, daß seine Löwen- und Wüstenpoesie schon die allerentschiedenste Opposition gegen die zahme Dichtung und die zahme Sozietät gewesen sei. Noch beweiskräftiger ist der gleichzeitige Jubelruf, womit ein Veteran der Romantik die ersten Gedichte FREILIGRATHS begrüßte: CLEMENS BRENTANO, dessen geborene Künstlerseele sich durch allen romantischen Dunst und Nebel rang, als er von FREILIGRATH schrieb, hier sei doch mal einer, der nicht eitel und treulos mit den eigenen Schmerzen krebse, wie der Bauer mit der Leiche seiner Frau.

Eben der revolutionäre Charakter schon der ersten Gedichte, die FREILIGRATH veröffentlicht hat, erklärt den gewaltigen Eindruck, den sie bei ihrem Erscheinen hervorriefen. Es war, als ob in einem dunklen Krankenzimmer voll verdorbener Luft die Fenster aufgerissen wurden und eine lachende weite Welt vor den Augen der Kranken lag. Aber freilich war dieser revolutionäre Charakter dem Dichter und seinen zahlreichen Bewunderern noch unbewußt; der preußische König spendete ihm eine kleine Jahrespension, um ihm ein sorgenfreies Schaffen zu ermöglichen, und FREILIGRATH lebte an den Ufern des Rheines ein fröhliches Poetendasein.

Damals hat er sich selbst dazu verleiten lassen, in das häßliche Konzert einzustimmen, das den ausgewiesenen HERWEGH über die preußischen Grenzpfähle geleitete. Was ihn an HERWEGHS Triumphfahrt abstieß, war gewiß seiner innersten Natur gemäß; er hat es stets mit seinem, gegen HERWEGH gerichteten Worte gehalten: Renommieren verdirbt die Renommee. Aber er durfte doch nicht über einen Dichter spotten, den preußische Gendarmen vertrieben, und nirgends ist er dafür ärger gezaust worden, als in der Rheinischen Zeitung, die KARL MARX leitete. Jedoch zeugt es wieder für den grundehrlichen Charakter FREILIGRATHS, daß er sich durch all den beißenden Hohn nicht in seinem Unrecht steifen ließ; es ist vielmehr wahrscheinlich, daß sein Fehltritt ihm schärfere Augen machte für die Sünden der vormärzlichen Reaktion. Jedenfalls ließ er in steter Entwicklung die revolutionären Keime reifen, die schon in seinen Jugendgedichten schlummerten, bis er sich ans Herz der Heimat werfen konnte, ein anderer und doch derselbe.

Es geschah in einer Sammlung von Zeitgedichten, die er 1844 veröffentlichte und als sein Glaubensbekenntnis betitelte. Sie bewegten sich noch wesentlich im Gedankenkreise der bürgerlichen Opposition, nur in einzelnen, wie in den Gedichten vom Harz und aus dem schlesischen Gebirge, kam schon das Elend der hungernden Massen zu erschütterndem Ausdruck. Doch noch fehlte der Kampfruf des proletarischen Trotzes. In Deutschland war nun des Bleibens für FREILIGRATH nicht mehr; er ging nach Brüssel, wohin sich auch MARX nach seiner Ausweisung aus Paris gewandt hatte. Sie sind sich hier im Februar 1845 zum

ersten Male persönlich begegnet und in freundlichen Verkehr getreten; mit dem Glaubensbekenntnis FREILIGRATHS war für MARX aller frühere Zwist ausgeglichen. Aber eine engere Geistesgemeinschaft ist auch damals noch nicht zwischen beiden entstanden, schon deshalb nicht weil FREILIGRATH einige Wochen später in die Schweiz übersiedelte.

Hier nun entwickelte sich FREILIGRATH überraschend schnell. Bereits im Jahre 1846 veröffentlichte sein *Ça ira*: eine Sammlung von sechs Gedichten, in denen er offen den proletarischen Klassenkampf verkündete. Es lag in FREILIGRATHS Art, einen Weg, den er einmal beschritten hatte, nun unbedenklich bis ans Ende zu gehen. Namentlich in dem Gedichte: Von unten auf, erreichte er schon den Gipfel der sozialistischen Lyrik, den überhaupt zu erreichen, ihm beschieden gewesen ist: in dem packenden Vergleiche des Staats mit dem Rheindampfer, auf dessen Deck der König in hellem Sonnenschein lustwandelt, während der Heizer im dunklen Maschinenraum das Feuer schürt und sich seiner Kraft bewußt wird:

Du bist viel weniger ein Zeus, als ich, o König, ein Titan!
Beherrscht' ich nicht, auf dem du gehst, den allzeit kochenden Vulkan?
Es liegt an mir: — Ein Ruck von mir, Ein Schlag von mir zu dieser Frist,
Und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist!

Der Boden birst, aufschlägt die Glut und sprengt dich krachend in die Luft!
Wir aber steigen feuerfest aufwärts ans Licht aus unserer Gruft!
Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte morsche Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorn sind bis jetzt das Proletariat! —

Dann schreit' ich jauchzend durch die Welt! Auf meinen Schultern, stark
und breit,
Ein neuer Sankt Christophorus, trag' ich den Christ der neuen Zeit!
Ich bin der Riese, der nicht wankt! Ich bins, durch den zum Siegesfest
Über den tosenden Strom der Zeit der Heiland Geist sich tragen läßt.

Gleichwohl hatten ENGELS und MARX an diesen Gedichten FREILIGRATHS manches auszusetzen. Der Aufsatz, worin es geschah, ist von ihnen zwar nicht veröffentlicht worden, aber doch nur deshalb nicht, weil sie schon unter dem Mangel an Verlegern zu leiden begannen. In der Sache erklärt sich ihre ablehnende Haltung daraus, daß sie eben damals ihre neu gewonnene Weltanschauung aus dem Wirrwarr des „wahren“

Sozialismus herausgearbeitet hatten und allzu verächtlich auf alles herabblickten, was für sie ein überwundener Standpunkt war. Dabei übersahen sie das Recht des Dichters, in seiner eigenen Sprache zu reden, die sich an logischer Schärfe mit der wissenschaftlichen Sprache nicht messen darf und kann.

Von der Schweiz setzte FREILIGRATH seinen Flüchtlingsstab nach England, von wo ihn, als er sich eben anschickte, in die Vereinigten Staaten überzusiedeln, die Märzrevolution in die rheinisch-westfälische Heimat zurückrief. Er ließ sich in Düsseldorf nieder und beteiligte sich lebhaft an der revolutionären Bewegung, doch wesentlich nur als Dichter; für all den Kleinkram, der mit einer politischen Agitation nun einmal unzertrennlich verbunden ist, fehlte ihm Neigung und Verständnis. Bezeichnend genug, wie sein gewaltigstes Revolutionslied, worin er die Toten des 18. März gegen die Lebenden heraufbeschwor, entstanden ist oder doch entstanden sein soll. Bei einer Beratung über die schweren Finanznöte des Demokratischen Vereins in Düsseldorf schaute FREILIGRATH gleichmütig in die lachende Rheinlandschaft hinaus und zog sich dadurch eine Rüge des Vorsitzenden zu; hierdurch erzürnt, schrieb der Dichter jenes Lied, dessen reißen der Absatz die Kasse des Vereins sofort füllte.

Daneben trug es seinem Verfasser freilich eine Anklage wegen Hochverrats ein, von der ihn die Geschworenen am 3. Oktober 1848 unter allgemeinem Jubel der Bevölkerung freisprachen. Gleich darauf trat FREILIGRATH in die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung ein, die MARX herausgab. Von nun an beginnt die enge Freundschaft beider Männer. Hatte FREILIGRATH den Höhepunkt seiner sozialistischen Lyrik schon erreicht, ehe er näher mit MARX bekannt wurde, so hat MARX nun doch einen sichtbaren Einfluß auf die Revolutionslieder FREILIGRATHS ausgeübt; manche von ihnen knüpfen unmittelbar an das an, was MARX in der Zeitung ausgeführt hatte. Auch in den Bund der Kommunisten trat FREILIGRATH ein, und es ist ein thörichtes Unterfangen, wenn bürgerliche Biographen des Dichters behaupten wollen, daß er dabei halb ahnungslos in eine Gesellschaft dunkler Ehrenmänner geraten sei. FREILIGRATH hat sich eifrig an der Agitation des Bundes beteiligt, aber allerdings wieder nur als Dichter; es ist wohl möglich und selbst wahrscheinlich, daß er

das Kommunistische Manifest in seinen historischen Zusammenhängen nicht so gründlich verstanden hat, daß es ihm ein bleibendes Besitztum gewesen wäre.

Im Londoner Exil hielten FREILIGRATH und MARX so eng und treu zusammen, wie in den Tagen des revolutionären Kampfes. Beide dachten gleich hoch von einander, und nächst ENGELS ist es FREILIGRATH gewesen, der dem stets von nagenden Sorgen bedrängten MARX die schweren Tage der Verbannung hat durchwettern helfen. Mit seinen kaufmännischen Kenntnissen konnte er, wenngleich nur in harter Frohn, eher die alltägliche Misere überwinden, als der große Denker, der in verzehrender Arbeit an einem großen wissenschaftlichen Werke schuf. In anderer Beziehung litt FREILIGRATH wieder schwerer unter dem Exil als MARX; diese „Heimat der Guten“ konnte ihm doch zu keiner zweiten Heimat werden. Der deutsche Dichter war zu eng mit dem deutschen Leben verwachsen, und da er nun des geliebten Weibes Heimweh sah, da er der Kinderschar den Weihnachtsbaum auf fremder Erde anzünden mußte, rann ihm die Quell der Dichtung selten und spärlich. Er litt darunter und empfand es wohlthätig, daß sich die Heimat ihres berühmten Dichters allmählich wieder erinnerte.

Trotz aller ungetrübten Freundschaft bahnte sich eine stille Entfremdung zwischen dem Denker und dem Dichter an. Sie trat zum ersten Male im Jahre 1859 hervor, als sich auf dem europäischen Kontinente neues Leben zu regen begann. Alte Gegensätze brachen in mannigfach verschobener Form auf; der Dezembermann in Paris unterstützte die nationale Bewegung in Italien, im Kampfe gegen die Vormacht des Deutschen Bundes; in den Reihen der europäischen Demokratie wurde die Frage, wie sie sich zu diesem Streit der illegitimen mit der legitimen Kontrerevolution zu halten habe, in der verschiedensten Weise beantwortet. Dazu der bevorstehende Thronwechsel in Preußen, an den ein Teil der deutschen Emigration überschwängliche Hoffnungen knüpfte. Dieser „Amnestiewütigkeit“ trat FREILIGRATH schroff entgegen; er meinte: „Der Revolutionär kann sich einstweilen nirgends mit Anstand begraben lassen, als im Exil“. Überhaupt blieb er politisch in völligem Einklang mit MARX, aber sich in verzwickten politischen Situationen zurechtzufinden, war seine Sache nicht, und nur als Dichter griff er in die neue Bewegungen ein.

Der hundertste Geburtstag Schillers wurde im Jahre 1859 als nationales Fest gefeiert, an dem sich alle Parteien und alle Schichten der Nation beteiligten. Für die Feier der Deutschen in London schrieb nun FREILIGRATH das Festlied, und das nahmen ihm MARX und ENGELS gewaltig übel. Sie waren dadurch gereizt, daß der „amnestiewütige“ Teil der deutschen Emigration das Fest für seine eigennützigen Zwecke auszunützen suchte und daß sonst auch allerlei Elemente daran teilnahmen, deren Begeisterung für Schiller recht ernsthaften Bedenken unterlag. FREILIGRATH erkannte nun zwar an, daß die Sache sehr ihre zwei Seiten habe, er wollte sich auch nicht allzutief darauf einlassen. Aber er meinte, als deutscher Poet könne er sich nicht ganz fern halten. Das spreche doch für sich selbst. Man werde es, und mit Recht, unbegreiflich finden, wenn er sich ausschließen wolle. Es komme bei der Sache doch zuletzt auf mehr an, als auf die Nebenzwecke einer Fraktion, wenn sie überhaupt welche habe.

In der Tat urteilten MARX und ENGELS viel zu streng über FREILIGRATHS Beteiligung an der Schillerfeier der Londoner Deutschen. MARX selbst hatte vor wenigen Jahren an einen Gesinnungsgenossen in Amerika geschrieben: „Unser FREILIGRATH ist der lebenswürdigste, anspruchloseste Mann im Privatleben, bei dem das Pathos wahr ist, ohne ihn deshalb unkritisch oder abergläubisch zu machen. Er ist ein wirklicher Revolutionär und ein durch und durch ehrlicher Mann, ein Lob, das ich nur wenigen zuteilen möchten. Nichtsdestoweniger bedarf ein Poet, er mag als homme sein, was er will, des Beifalls, der admiration. Ich glaube, daß das im Genre selbst liegt. Ich sage dir dies alles bloß, um dich darauf merksam zu machen, daß du in deinem Briefwechsel mit FREILIGRATH nicht vergessen sollst den Unterschied zwischen Dichter und Kritiker“. Eben diesen Unterschied ließ MARX selbst außer acht, als er das Gedicht FREILIGRATHS zur Schillerfeier tadelte; man braucht nicht einmal irgend ein Beifallsbedürfnis bei FREILIGRATH vorauszusetzen, wenn er bei diesem Anlaß nicht schweigen wollte.

Unglücklicherweise kamen zur selben Zeit noch einige Zufälle hinzu, den Zwiespalt zwischen FREILIGRATH und MARX zu verschärfen: ein Artikel der Gartenlaube, worin MARX als der böse Dämon des — sonst verherrlichten — Dichters verdächtigt

wurde, und die ebenso gehässigen wie unwahren Angriffe KARL VOGTS gegen MARX, die sich an den Streit über die Stellung der Demokratie zum französisch-österreichischen Kriege von 1859 knüpften. FREILIGRATH war in beiden Fällen unbeteiligt, aber eben die Reserve, die er sich auferlegte, empfand MARX als eine Kränkung der alten Freundschaft. Wesentlich durch die Schuld Dritter entstand eine gereizte Stimmung zwischen ihnen.

In einem Briefe an FREILIGRATH vom 23. Februar 1860 schüttete MARX sein Herz aus und schrieb dann zum Schluß: „Wenn wir beide das Bewußtsein haben, daß wir, jeder in seiner Weise, mit Hintansetzung aller Privatinteressen, und aus den reinsten Motiven, jahrelang das Banner für die classe la plus laborieuse et la plus misérable hoch über den Philisterköpfen schwangen, so würde ich es für eine kleinliche Sünde gegen die Geschichte halten, sollten wir uns wegen Lappalien — alle in Mißverständnisse auflösbar — entzweien“. MARX schloß mit der Versicherung seiner „aufrichtigsten Freundschaft“ für FREILIGRATH.

In seiner Antwort vom 28. Februar erwiderte FREILIGRATH diese Versicherung nicht minder aufrichtig; aber er machte einen Unterschied zwischen der Person MARX und der Partei MARX. Er sei dem Banner der classe la plus laborieuse et la plus misérable immer treu geblieben und werde ihm immer treu bleiben, aber der Partei habe er seit der Auflösung des Kommunistenbundes nicht mehr angehört. „Der Partei habe ich diese sieben Jahre hindurch fern gestanden, ihre Versammlungen sind von mir unbesucht, ihre Beschlüsse und Handlungen sind mir fremd geblieben. Faktisch war also mein Verhältnis zur Partei längst gelöst, wir haben uns gegenseitig darüber nie getäuscht, es war das einer Art stillschweigender Konvention zwischen uns. Und ich kann nur sagen, daß ich mich wohl dabei befunden habe. Meiner, und der Natur jedes Poeten, tut die Freiheit not. Auch die Partei ist ein Käfig, und es singt sich, selbst für die Partei, besser draus als drin. Ich bin Dichter des Proletariats und der Revolution gewesen, lange bevor ich Mitglied des Bundes und Mitglied der Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung war! So will ich nun auch ferner auf eigenen Füßen stehen, will nur mir selbst gehören und will selbst über mich disponieren!“ Diese Ab-

sage FREILIGRATHS an die Partei war kein Abfall von seiner Vergangenheit, sondern was in ihm zum lebhaften Ausdruck kam, war der alte Widerwille des Dichters gegen den Kleinkram der politischen Agitation. Er trieb es darin selbst bis zur Gespensterfurcht, denn in den sieben Jahren, in denen er sich in den Versammlungen, Reden und Beschlüssen der Partei nicht beteiligt haben wollte, hatten solche Versammlungen, Reden und Beschlüsse überhaupt nicht stattgefunden.

Darauf wies MARX umgehend hin, und nachdem er nochmals alle sonstigen Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen bemüht gewesen war, schloß er, an ein Lieblingswort FREILIGRATHS anknüpfend: „Trotz alledem und alledem wird Philister über mir für uns stets ein besserer Wahlspruch sein, als Unter dem Philister. Ich habe offen meine Ansicht gesagt, die du hoffentlich im wesentlichen teilst. Ich habe ferner das Mißverständnis zu beseitigen gesucht, als ob ich unter Partei einen seit acht Jahren verstorbenen Bund oder eine seit zwölf Jahren aufgelöste Zeitungsredaktion verstehe. Unter Partei verstand ich die Partei im großen historischen Sinne“. Damit war der Friede zwischen beiden Männern hergestellt.

Aber obgleich ihr Briefwechsel nun wieder ganz die alte Form annahm und den alten Geist atmete, so wuchs doch im Stillen die Entfremdung zwischen dem Dichter und dem Politiker. Nicht als ob FREILIGRATH in seinen revolutionären Anschauungen geschwankt hätte! Er verschmähte es, die Amnestie von 1861 anzunehmen und wollte auch 1866 nicht durch den Teufel in den Himmel kommen. Ganz einig war er auch mit MARX in dem ungünstigen Urteil über die Agitation LASSALLES, mit dem FREILIGRATH in den Revolutionsjahren ebenfalls freundschaftliche Beziehungen angeknüpft hatte. LASSALLES „unablässige Keilversuche“ um ein Lied für die deutsche Arbeiterbewegung fand FREILIGRATH „gar zu plump“; erst dem toten Agitator hat er durch ein Telegramm zu LASSALLES Totenfeier in Genf gehuldigt.

Allein so wenig wie für die Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, hat FREILIGRATH etwas übrig gehabt für die Agitation der Internationalen Arbeiterassoziation, in der MARX seit 1864 die treibende Kraft war. Die wiedererwachende

Arbeiterbewegung nahm neue Formen an, denen MARX mit seiner Kritik gewachsen war, aber FREILIGRATH nicht mit seiner Phantasie. Dem proletarischen Emanzipationskampf, namentlich den, wie MARX einmal sagt, „Halbheiten, Erbärmlichkeiten und Schwächen seiner ersten Versuche“ fehlen die dramatischen Effekte der bürgerlichen Revolution; ihm fehlte auch in den sechziger Jahren der Farben- und Gestaltenreichtum der Volkskämpfe von 1848 und 1849, in denen FREILIGRATH die Revolution als wildschöne Siegerin mit ehernen Sandalen und flatterndem Haar gesehen hatte.

Zudem geriet der alternde Dichter in schwere Bedrängnis, als sich die Bankfiliale auflöste, die er eine Reihe von Jahren geleitet hatte. Was ihm dann einen sorgenfreien Lebensabend schuf, die nationale Spende, die seine Bewunderer für ihn sammelten, zeigte von neuem, daß Dichter und Politiker unter verschiedenen Sternen leben. Was FREILIGRATH in allen Ehren annehmen konnte, hat MARX selbst in den ärgsten Nöten als „öffentliche Bettelei“ verschmäht. Darüber kam es natürlich zu keiner neuen Spannung. Der letzte Brief, den FREILIGRATH kurz vor seiner Rückkehr nach Deutschland, am 3. April 1868 an MARX schrieb, ist ganz in dem alten herzlichen Tone gehalten, wenn er auch ohne Absicht und Wissen des Verfassers den weiten Abstand zeigte, der ihn immer schon von MARX trennte. Er enthält den Dank des Dichters für den ersten Band des Kapitals, den FREILIGRATH durch die Behauptung zu rühmen glaubte, daß am Rheine sich viele junge Kaufleute und Fabrikbesitzer für das Buch begeisterten und daß es nebenbei auch als Quellenwerk für die Gelehrten unentbehrlich sein werde. Ein so grobes Mißverständnis dessen, was MARX mit seinem wissenschaftlichen Hauptwerk erreichen wollte, wäre unerklärlich, wenn FREILIGRATH je das Kommunistische Manifest verstanden hätte.

Von Deutschland aus, wo FREILIGRATH noch acht Jahre lebte, hat er in keinem Verkehr mehr mit MARX gestanden. Doch ist weder hüben noch drüben eine verbitterte Erinnerung an die alte Freundschaft zurückgeblieben. Es lag auch schlechterdings kein Grund dazu vor. In den Gedichten, die FREILIGRATH in den Kriegsjahren 1870 und 1871 veröffentlichte, ist er sich

durchaus treu geblieben; sie stehen in keinem inneren Widerspruche mit seinen Revolutionsliedern von 1848 und 1849, obgleich oder vielmehr weil sie in einem inneren Zusammenhange damit stehen, daß FREILIGRATH der neuen Arbeiterbewegung kein Lied gesungen hat. In dem deutsch-französischen Kriege trat ihm wieder ein Stück Revolution im Geklirr der Waffen entgegen; trotz aller diplomatischen Machenschaften und reaktionären Tendenzen BISMARCKS war der Krieg insoweit ein Volkskrieg, als die Massen der deutschen Nation in ihn strömten, um endlich einmal Herren im eigenen Hause zu sein. Diesen Massen hat FREILIGRATH seine Lieder gesungen, und das war im wesentlichen die gleiche Auffassung des Krieges, wie sie auch MARX in den Manifesten der Internationale niedergelegt hat, nur freilich in kritischer Prosa, und nicht im poetischen Schwunge.

Ein Streit über FREILIGRATH ist nur möglich, wenn man ihn entweder zu einem modernen Reichspatrioten oder einem modernen Sozialdemokraten machen will. Er ist weder das eine noch das andere gewesen. Aber wenn er in seinem Sinne auf einer höheren Warte gestanden hat, als auf den Zinnen der Partei, so ist er im großen historischen Sinne, wie MARX sagte, ein Dichter der Partei gewesen.

III.

Ungleich umstrittener noch, als das Andenken FREILIGRATHS, ist das Andenken HEINES. Um den Lebenden hat der Kampf nicht heftiger getobt, als er um den Toten tobt.

Eine neue Veröffentlichung ¹⁾ will zwar das Bild des Dichters auf neuem Grunde entwerfen, erreicht das Ziel aber in keiner Weise. In der Hauptsache besteht sie aus Briefen, die der Dichter aus seiner Matratzengruft in bitteren Geldsorgen an seinen Bruder GUSTAV gerichtet hat, dessen Sohn die Herausgabe dieser „Heine-Reliquien“ veranlaßt hat. Er will dadurch seinen Vater in ein besseres Licht rücken, als worin dieser bisher gestanden hat; tatsächlich wird durch die Briefe nur der Dichter in ein schlechteres Licht gerückt, ohne daß sein, der Nachwelt sehr

1) Heine-Reliquien. Neue Aufsätze und Briefe Heinrich Heines. Berlin, Karl Curtius 1911. Gr. 8°, 357 S.

gleichgiltiger Bruder etwas dadurch gewinnt. Es ist nicht der erste, aber hoffentlich der letzte Versuch der Familie HEINE, mit der Leiche ihres berühmten Verwandten zu krebzen, dem sie bei seinen Lebzeiten so bitteres Leid angetan hat.

Insbesondere die Wutausbrüche, die sich in diesen Briefen des Dichters gegen LASSALLE finden, hätten nicht an die Öffentlichkeit gezogen werden sollen. HEINE jammert über LASSALLES „schändliche Ränke“ gegen den Grafen HATZFELDT; er nennt LASSALLE „einen der furchtbarsten Bösewichte“, der des Mordes, der Fälschung, des Diebstahls fähig sei, der eine an Irrsinn grenzende Willensfähigkeit besitze usw. Alles das nur wegen pekuniärer Verluste, die den Dichter bedrohten, als Folge einer Kapitalanlage, zu der ihn LASSALLES Schwager, ein gewisser FRIEDLAND, verleitet hatte. LASSALLE, der diesen Schwager gründlich verachtete, viel gründlicher, als leider HEINE selbst, war daran ganz unschuldig. Er wird deshalb von HEINES Scheltreden in keiner Weise betroffen; vielmehr machen sie einen für den Dichter selbst ungünstigen Eindruck, wobei man jedoch billiger Weise berücksichtigen muß, daß Heine sich in den Qualen einer entsetzlichen Krankheit und in Geldnöten, die allerdings der Schwager LASSALLES veranlaßt hatte, zu ihnen hat hinreißen lassen.

LASSALLE selbst hat als die Ursache seines Bruchs mit HEINE die Beziehungen angegeben, in die der Dichter durch seine französische Pension mit GUIZOT geraten war, der durch irgendwelche Zwischenglieder zugunsten des Grafen HATZFELDT beeinflußt worden sei. Dies wird mittelbar durch die Klagen HEINES über die angeblich „schändlichen Ränke“ LASSALLES gegen den Grafen HATZFELDT bestätigt. Was übrigens die französische Pension angeht, so ist auch HEINES öffentliche Behauptung unrichtig, daß MARX ihn im Frühjahr 1848 in Paris besucht habe, um ihn über die Angriffe zu trösten, die damals wegen der französischen Pension gegen ihn gerichtet wurden. Doch hat MARX die Sache laufen lassen und den totkranken Dichter nicht durch eine öffentliche Berichtigung gekränkt.

Viel wichtiger, als diese persönlichen Reibungen, sind die geistigen Beziehungen, die zwischen dem Dichter und den beiden Sozialisten bestanden haben. Oder genauer zwischen HEINE und MARX, denn LASSALLE zählte erst zwanzig Jahre, als er im

Jahre 1845 mit HEINE bekannt wurde, und ist damals dem Dichter wesentlich doch nur in dessen verzweifelter Erbschaftsstreit ein tapferer Helfer gewesen. In dem berühmten Brief an VARNHAGEN kündigte HEINE mit beredten Worten die künftige Bedeutung des Jünglings an; erlebt hat er aber weder die wissenschaftlichen Werke noch die Arbeiteragitation LASSALLES.

Auf viel breiterer Grundlage entspann sich im Herbst 1843, zur Zeit der Deutsch-Französischen Jahrbücher, ein vertrauter Verkehr zwischen HEINE und MARX. Noch hatten sich die Fluten sittlicher Entrüstung nicht verlaufen, die HEINES Denkschrift über BÖRNE nicht zuletzt unter den deutschen Radikalen erregt hatte, und RUGE nahm sofort eine feindliche Stellung zu HEINE ein. Im schroffen Gegensatz zu ihm urteilte MARX, eine tölpelhaftere Behandlung als HEINES Schrift über BÖRNE von den christlich-germanischen Eseln erfahren habe, sei kaum in einer anderen Periode der deutschen Literatur anzutreffen, obgleich es keiner an Eseln gefehlt habe. Er beabsichtigte selbst über das Buch zu schreiben, ist dann aber nicht dazu gekommen.

Heute ist seine Stellung in dem Streit zwischen BÖRNE und HEINE verständlich genug. Sieht man von einigen persönlichen Ausfällen nicht sowohl gegen BÖRNE selbst, als gegen eine Freundin BÖRNES ab, die sich nicht rechtfertigen lassen und von HEINE selbst später bedauert worden sind, so verfielt sein Buch über BÖRNE durchaus eine höhere Weltanschauung gegenüber dem bornierten kleinbürgerlichen Radikalismus, den BÖRNE vertrat. Und selbst die schärfsten Ausfälle HEINES erscheinen in einem milderen Licht angesichts des Klatschkrieges, den BÖRNE jahrelang in der gehässigsten Weise gegen HEINE geführt hatte, obendrein meist hinter dessen Rücken. Gerade als MARX in Paris lebte, waren die literarischen Erben BÖRNES übel genug beraten, die Beweisstücke dieses Klatsches zu veröffentlichen, den BÖRNE schon begonnen hatte, als er mit HEINE noch Schulter an Schulter stand. Das steht mit dem unbestreitbar ehrlichen Charakter BÖRNES auch keineswegs im Widerspruch. Es gibt im öffentlichen Leben nicht leicht ärgere Jesuiten, als die beschränkten und buchstabengläubigen Radikalen, die, in den fadenscheinigen Mantel ihrer Tugendhaftigkeit gehüllt, vor keinen Verdächtigungen der feineren und freieren Geister zurückscheuen, denen es ge-

geben ist, die tieferen Zusammenhänge des historischen Lebens zu erkennen.

Diese Fähigkeit besaß HEINE in hervorragendem Maße. In dem Sinne, wie schon die Alten den Dichter einen Seher nannten, war er ein Weissager kommender Dinge. Schon wenige Jahre nach der Julirevolution, in den Jahren 1833 und 1834, wies er nach, daß die deutschen Handwerker und Arbeiter die Erben unserer großen Philosophen seien, führte er aus, es komme nicht „auf das Äußerliche der Revolution“, sondern auf ihre „tieferen Fragen“ an. „Diese Fragen betreffen weder Formen noch Personen, weder die Einführung einer Republik, noch die Beschränkung einer Monarchie, sondern sie betreffen das materielle Wohlbefinden des Volkes. Die bisherige spiritualistische Religion war heilsam und notwendig, so lange der größte Teil der Menschheit in Elend lebte und sich mit der himmlischen Religion trösten mußte. Seit aber durch die Fortschritte der Industrie und der Ökonomie es möglich geworden, die Menschen aus ihrem Elend herauszuziehen und auf Erden zu beseeligen, seitdem — Sie verstehen mich. Und die Leute werden uns schon verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß sie in der Folge alle Tage Rindfleisch statt Kartoffeln essen sollen, und weniger arbeiten und mehr tanzen werden. Verlassen Sie sich darauf, die Menschen sind keine Esel“. Das waren doch andere Leistungen, als wenn BÖRNE auf den gereimten Knecht GOETHE und den ungereimten Knecht HEGEL räsonierte. HEINES rastlose Bemühungen, den Franzosen die deutsche Philosophie und den Deutschen den französischen Sozialismus zu vermitteln, gingen weit über den Horizont BÖRNES hinaus.

Freilich sah HEINE immer nur als Dichter den Dingen auf den Grund. Ein Politiker war er nicht und noch weniger ein Parteimann. Er hatte ein ästhetisches Grauen vor jeder Massenherrschaft, die für ihn die Herrschaft eines unerträglichen Bananensentums war. Er verschmähte jeden Verkehr mit dem Häuflein der deutschen Flüchtlinge, das sich nach der Julirevolution in Paris gesammelt hatte und in BÖRNE sein Orakel verehrte. In diesem Punkte stimmte der geniale Dichter ganz mit dem Philister RUGE überein, während umgekehrt sich MARX ganz auf die Seite BÖRNES schlug, ebenso wie dieser um einen Anhang unter den flüchtigen Arbeitern und Handwerksburschen warb.

Seit dem Februar 1840 schrieb HEINE wieder Pariser Berichte über Politik, Kunst und Volksleben für die Allgemeine Zeitung in Augsburg, nachdem zehn Jahre früher seine Tätigkeit für dieses Blatt durch den Einspruch METTERNICHS gehemmt worden war. Er selbst hat später gesagt, daß sich die Prophezeiungen vom Siege des Kommunismus durch seine Berichte wie ein roter Faden gezogen hätten, während ihm von feindlicher Seite vorgeworfen worden ist, er habe in seinen Pariser Briefen das Bürgerkönigtum verteidigt oder ihm — aus Rücksicht auf seine Pension — wohl gar geschmeichelt. Diese Unterstellung ist ganz unhaltbar, aber so schlechthin läßt sich auch nicht sagen, weder daß HEINE den Kommunismus, noch daß er die Herrschaft LOUIS PHILIPPS verteidigt habe.

Da ihm die alte Monarchie mit ihren Rittersn und Heiligen vom Grunde der Seele aus verhaßt, aber auch die Republik wegen der gefürchteten Massenherrschaft ein Gegenstand des Grauens war, so wäre allerdings die monarchisch-konstitutionelle Staatsform, wie sie damals im Bürgerkönigtum bestand, logischerweise seine Sache gewesen. Aber HEINE war doch ein zu tief angelegter Geist, um nicht auch in ihr eine Form der Klassenherrschaft zu erkennen, und zwar die nicht am wenigsten verächtliche. Schon in den jungen Tagen des Bürgertums hatte ihn der St.-Simonismus mächtig ergriffen; von ihm hatte er jene Gegenüberstellung des Spiritualismus und des Sensualismus, der christlichen Entsagungs- und der heidnischen Genußlehre, der mageren Nazarener und der fetten Hellenen übernommen, wie sie namentlich von ENFANTIN vertreten wurde, dem HEINE die französische Ausgabe seines Buches über die Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland gewidmet hat. Aber die St.-Simonisten waren am Ende nur eine philosophische Schule, die beim ersten leichten Zusammenprall mit der rauhen Außenwelt zerstob, und nicht anders stand es um die anderen sozialistischen Sekten. Je mehr sich das Bürgerkönigtum als die Herrschaft eines eigensüchtigen Kapitalismus entpuppte, umsomehr sah HEINE diese Herrschaft von anderen und gewaltigeren Mächten bedroht.

„Ich spreche von den Kommunisten, der einzigen Partei in Frankreich, die eine entschlossene Beachtung verdient. Ich würde für die Trümmer des St.-Simonismus, dessen Bekenner

unter seltsamen Aushängeschildern noch immer am Leben sind, sowie auch für die Fourieristen, die noch frisch und rührig wirken, dieselbe Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, aber diese ehrenwerte Männer bewegt doch nur das Wort, die soziale Frage als Frage, der überlieferte Begriff, und sie werden nicht getrieben von dämonischer Notwendigkeit, sie sind nicht die prädestinierten Knechte, womit der höchste Weltwille seine ungeheuren Beschlüsse durchsetzt. Früh oder spät wird die zerstreute Familie St.-SIMONS und der ganze Generalstab der Fourieristen zu dem wachsenden Heere des Kommunismus übergehen und, dem rohen Bedürfnis das gestaltende Wort leihend, gleichsam die Rolle der Kirchenväter übernehmen.“ So schrieb HEINE am 15. Juni 1843, und in demselben Jahre noch wurde er der Freund des Mannes, der das vollbringen sollte, was HEINE von den St.-Simonisten und Fourieristen erwartete.

Damals war MARX freilich noch in dem Mauserungsprozeß nicht mehr von der Philosophie zur Politik, aber doch von der Politik zum Sozialismus begriffen. Noch waren die Grundzüge seiner neuen Weltanschauung nicht klar herausgearbeitet. Es war noch kein Meister-, sondern nur erst ein Lehrjahr, wenngleich das fruchtbarste seiner Lehrjahre, das er in nahem Verkehr mit HEINE verlebte. Für HEINE aber war es wohl das reichste seiner Dichtjahre, das Jahr des Wintermärchens und des Weberliedes, in denen er am schärfsten als sozialistischer Lyriker hervortritt. Wenn RUGE anders zutreffend berichtet, hat MARX den entscheidenden Anstoß zu den politischen und sozialen Zeitgedichten gegeben, die HEINES Namen länger in der Weltliteratur erhalten werden, als seine Liebeslyrik, eine Mitteilung, die immerhin insoweit anfechtbar erscheint, als RUGE selbst sich einen durchaus fragwürdigen Anteil an dieser Entwicklung des Dichters zuschreibt. Sicher bezeugt ist jedoch, daß MARX damals den regsten Anteil an HEINES Dichtarbeit genommen hat; der einzige Brief HEINES an MARX, der sich erhalten hat, legt dem Freunde die Sorge für das Wintermärchen ans Herz und schließt mit den Worten: Wir brauchen ja wenige Worte, um uns zu verstehen.

Dieser Brief ist aus Hamburg geschrieben, wo sich HEINE mehrere Monate des Jahres 1844 aufhielt, so daß beide Männer nicht einmal ein volles Jahr miteinander gelebt haben. Im

Januar 1845 wurde MARX aus Paris ausgewiesen und ging nach Brüssel. „Ich möchte Sie gern mit einpacken“, schrieb er dem Dichter und mahnte ihn, den gemeinsamen Kampf in einer deutschen Vierteljahrsschrift fortzusetzen, die damals geplant war. Aber derweil steckte HEINE schon in dem „Hamburger Sukzessionskriege“, dem widerwärtigen Erbschaftsstreite, der durch den im Dezember 1844 erfolgten Tod seines Oheims SALOMON entzündet worden war, und aus ihm ging der schon länger kränkelnde Dichter als eine körperliche Ruine hervor.

Es ist bekannt, wie wunderbar frisch sich seine dichterische Kraft in dem mehr als zehnjährigen furchtbaren Leiden erhalten hat. Aber seine Entwicklung als sozialistischer Lyriker war abgebrochen. Er hat nichts mehr davon erfahren oder doch nichts mehr davon verstanden, daß MARX und mit ihm ENGELS nunmehr die von ihm prophezeite Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Sozialismus vollzogen, daß sie in dem Elend von heute die die Hoffnung auf morgen erkannten, daß sie nachwiesen, wie der Kampf des Proletariats gegen seine Entmenschung durch das Kapital gerade die Elemente seiner menschlichen Wiedergeburt enthalte. HEINE blieb auf seinem alten Standpunkt stehen, oder vielmehr er fuhr fort zu schwanken zwischen der instinktiven Ahnung des Sehers von dem unaufhaltsamen Siege des Kommunismus und dem ästhetischen Abscheu des Dichters von jeder Massenherrschaft, nur daß sich, wie es bei solchem Stillstande zu gehen pflegt, der Widerspruch immer krasser hervortat. In dem Liede von den Wanderratten verspottet HEINE die Angst der Philister vor dem Siege des Kommunismus:

Die Bürgerschaft greift zu den Waffen,
Die Glocken läuten die Pfaffen,
Gefährdet ist das Palladium
Des sittlichen Staats, das Eigentum.

Aber das Bild, das er von den siegreichen Kommunisten entwirft, ist auch nichts weniger als schmeichelhaft:

Es haben diese Käuze
Gar fürchterliche Schnäuze;
Sie tragen die Köpfe geschoren egal,
Ganz radikal, ganz rattenkabl.

Der sinnliche Rattenhaufen,
 Er will nur fressen und saufen,
 Er denkt nicht, während er säuft und frißt,
 Daß unsere Seele unsterblich ist.

Bis an seinen Tod hat den Dichter das für ihn unlösbare Problem beschäftigt. Zwei Jahre vorher, im Jahre 1854, sprach er seine Abscheu aus „vor dem schauderhaft nacktesten, ganz feigenblattlosen, kommunen Kommunismus“. Er will seine Scheu nicht verwechselt sehen mit der Furcht des Glückspilzes, der für seine Kapitalien zittere oder mit dem Verdruß der wohlhabenden Gewerbsleute, die in ihren Ausbeutungsgeschäften gehemmt zu werden fürchteten: „nein, mich beklemmt vielmehr die geheime Angst des Künstlers und des Gelehrten, die wir unsere ganze moderne Zivilisation, die mühselige Errungenschaft so vieler Jahrhunderte, die Frucht der edelsten Arbeiten unserer Vorgänger, durch den Sieg des Kommunismus bedroht sehen“.

Und ganz ähnlich noch ein Jahr später, in dem französisch geschriebenen Vorwort zur französischen Übersetzung einer seiner Schriften: „Nur mit Abscheu und Grauen denke ich an die Epoche, wo diese finsternen Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden; mit ihren schwieligen Händen werden sie ohne Erbarmen die Marmorbildsäulen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden all jenes phantastische Flitter- und Spielwerk der Kunst zerstören, das der Dichter so sehr liebte; sie werden meine Lorbeerhaine fällen und an ihrer Stelle Kartoffeln pflanzen; die Lilien, die nicht spannen und nicht arbeiteten und doch so herrlich gekleidet waren, wie König Salomo in all seiner Pracht, sie werden aus dem Boden der Gesellschaft ausgerauft werden, es sei denn, daß sie etwa die Spindel zur Hand nehmen wollen; die Rosen, die müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Los ereilen; die Nachtigallen, diese unnützen Sänger, werden verjagt werden, und ach! mein Buch der Lieder wird dem Gewürzkrämer dienen, um daraus Tüten zu drehen, in die er Kaffee oder Tabak schütten wird für die alten Weiber der Zukunft“. Aber, so fügt HEINE hinzu, dieser Kommunismus, der allen seinen Interessen und Neigungen so feindselig sei, übe auf seine Seele einen Zauber aus, dessen er sich nicht erwehren könne: zwei Stimmen erhoben sich für ihn in seiner Brust, die

Stimme der Logik, denn wenn alle Menschen das Recht hätten zu essen, so sei der Kommunismus unwiderleglich, und die Stimme des Hasses, denn der Kommunismus werde ihn rächen an den patriotischen Philistern, die ihm das Leben so sauer gemacht hätten. Das hat der Kommunismus nun zwar getan, aber eben deshalb verwüstet er nicht, sondern schützt die Lorbeerhaine des Dichters.

Wie für FREILIGRATH und nun gar HERWEGH, so blieb auch für HEINE der wissenschaftliche Sozialismus ein Buch mit sieben Siegeln. Allein was ihre Schwäche als Denker sein mochte, war doch auch wieder ihre Stärke als Dichter. Solange der Kommunismus eine Aussicht, eine Hoffnung, eine Sehnsucht war, die der Phantasie den weitesten Spielraum boten, hatte die sozialistische Lyrik ihren Tag; sobald er die klare Erkenntnis einer Notwendigkeit wurde, die sich in einem weltgeschichtlichen Ringen durchzusetzen sucht, bestätigte sich die alte Wahrheit, daß unter den Waffen die Musen schweigen.

Der patriotische Sozialismus oder sozialistische Patriotismus bei Carlo Pisacane.

Von

Robert Michels (Turin).

Weit weniger noch als in Deutschland und Frankreich haben sich der Patriotismus im landläufigen Sinn — als (stets angriffslustiger) Verteidiger der ethnischen Sonderheit und Hervorkehrung der eigenen (Rassenkampf) — mit dem Sozialismus — als Verteidiger einer bestimmten, jedes Volk in zwei scharf von einander geschiedene, antagonistische Teile spaltenden Klassenidee (Klassenkampf) — in Italien berührt. Die Geschichte Deutschlands weist die Episode des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins auf, dessen Wortführer, erst FERDINAND LASSALLE, später JOHANN BAPTIST VON SCHWEITZER, entschieden als borussophile Großdeutsche, die dem nationalen Gedanken die weitgehendsten Konzessionen machten, angesehen werden können. Vielleicht wird ihnen die spätere Geschichtschreibung auch einen beträchtlichen Teil der heutigen Sozialdemokraten von BEBEL bis VOLLMAR und NOSKE hinzufügen. In der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung besitzen wir die Episode der Kommune, die von Männern geleitet wurde, deren Ideologie man wohl als die eines proletarisch-kleinbürgerlichen, etwas lokal gefärbten Patriotismus bezeichnen möchte. In Italien hingegen haben sich, wenn wir von den allerletzten Zeiten, welche den Tripolis-Sozialismus hervorgebracht haben, absehen, proletarischer Sozialismus und völkischer Patriotismus unvereint und unvereinbar schroff gegenüber gestanden. Den einzigen Ausnahmefall bildet die Theorie PISACANES¹⁾: allerdings ein allein stehender Fall, da in ihm zum ersten Male in der Ge-

1) Im folgenden mit P. abgekürzt.

schichte des Sozialismus einer praktischen Vereinigung von Patriotismus und Sozialismus das Wort geredet wurde. Indes die Vereinigung der beiden Termini ist hier weit inniger als bei den erwähnten Parallelen aus den Begebnissen der deutschen und französischen Arbeiterbewegung. Denn sie stellt einen theoretischen Versuch dar und darf auch deshalb die Aufmerksamkeit des Historikers in besonders hohem Grade beanspruchen.

Die Lebensgeschichte P.s sei mit wenigen Strichen gekennzeichnet. Nicht weil sich über sie nicht vieles sagen ließe, aber weil sie mehr in das Gebiet der politischen Geschichte, denn in das der Arbeiterbewegung, mit der diese Zeitschrift sich allein beschäftigt, hineingehört.

Der Lebenslauf P.s, romantisch wie selten einer, harrt noch immer eines liebevollen Biographen¹⁾. Hier sei nur so viel über ihn vermerkt, als zum Verständnis seiner Theorien durchaus nötig ist. Geboren am 22. August 1818 in Neapel aus herzoglichem Geblüt — sein Vater war der Duca GENNARO DI SAN GIOVANNI, seine Mutter entstammte dem adeligen Hause der BASILE DE LUCA — wurde CARLO P. 1831 in das Collegio Militare della Nunziatella gesteckt, diente vier Jahre als Page am königlichen Hofe und trat 1839 als Pionieroffizier, zu welchem Berufe ihn seine mathematischen Kenntnisse drängten, ins Heer. Im Auftrage der Regierung war er an der ersten Eisenbahnlinie, die in Italien gebaut wurde, der zwischen Neapel und Caserta, tätig. Ein nächtlicher Überfall, in dem er das Opfer einer Räuberbande wurde, kostete dem jungen Offizier beinahe das Leben. Gesundet, vertiefte sich P. mehr und mehr in die nationalen und sozialen Probleme seiner Zeit. Wie so viele unter den Besten seiner Epoche

1) Bisher existieren nur einige flüchtige Skizzen. So: F. S. MERLINO, Carlo Pisacane. Milano 1878; E. ZUCCARINI, Pisacane e il socialismo moderno. Napoli 1887; N. CONVERTI, Brevi cenni su Pisacane (ristampato sulla „Questione Sociale“, Paterson 1895); LUIGI FABBRI, Carlo Pisacane, la vita, le opere, l'azione rivoluzionaria. Roma 1904; Pisacane e i Mazziniani („Questione Sociale“ di Firenze, 29. XII. 1883); Carlo Pisacane. Numero unico. Napoli 1884; Il testamento politico di Pisacane („Avvenire“ di Modena, 8. VI. 1878, und „In Marcia“ di Pesaro, 8. I. 1881); L'idea politico-sociale di Pisacane. Rivendicazione“ di Forli 1887, N^o. 45, 48, 55); G. Rensi, Carlo Pisacane („Critica Sociale“ 1. u. 10. IV. 1901); P. Orano, I patriarchi del socialismo. Pisacane („Il Socialismo“ 1904. S. 265 ff.).

von Erkenntnisdrang und Abenteuerlust zugleich getrieben, beschloß er 1847 seinen Abschied zu nehmen und die geregelte Stellung und sichere Laufbahn des Offiziers mit dem Leben eines Studiosen und Emigranten zu vertauschen. Er begab sich nun nach London, begleitet von seiner Geliebten, die er schon von seinem zwölften Lebensjahre an geliebt hatte und die seinetwegen ihrem Manne entflohen war und fortan alle Wechselfälle seines reichen Lebens mit ihm teilen sollte. Obschon mit den Ideen der Völkerbefreiung bereits vertraut, eilte er kurz darnach nach Paris und machte als Offizier der Fremdenlegion den Krieg in Algier mit, dadurch für das von ihm selbst propagierte Nationalitätenprinzip ein Unverständnis bekundend, das freilich von jeher die Mehrzahl der Patrioten fremden Völkern gegenüber gekennzeichnet hat. Beim Ausbruch der italienischen Revolution 1848 kehrte der neapolitanische Feuerkopf spornstreichs nach Italien zurück, nahm in Mailand in der Freiwilligenlegion BORRA Dienste und focht tapfer gegen die Österreicher in Tirol. In der Lombardei lernte er CARLO CATTANEO, den großen Föderalrepublikaner, kennen, dessen gelehriger Anhänger und Schüler er wurde. Nach dem unglücklichen Ausgang der Revolution gegen Österreich floh P. nach der Schweiz, wo er die Bekanntschaft MAZZINIS machte, dessen persönlicher Bewunderer, wenn auch häufig theoretischer Gegner er sein Leben lang blieb. Inzwischen hatte er seine bedeutenden militärischen Kenntnisse in einer revolutionären Gelegenheitsschrift: „Momentaneo ordinamento dell' Esercito Lombardo del 1848“ niedergelegt. Nach einem kurzen Aufenthalt in Piemont, wo er ebenfalls Kriegsdienste gegen Österreich zu nehmen beabsichtigte, eilte er auf die Kunde von dem geglückten Aufstand in Rom nach der heiligen Stadt, der er sofort seinen Degen zur Verfügung stellte. Er wurde auch vom Triumvirat gleich mit Freuden aufgenommen, zum Mitglied der Commissione di Guerra, später zum Chef des Generalstabs ernannt und mit der Einexerzierung der Miliztruppen betraut. Hier nahm er an allen Gefechten gegen die Franzosen teil. Stets in gutem Einvernehmen mit MAZZINI, konnte P., dessen Berufssoldatentum sich gegen den, wenn auch genialen Dilettantismus GARIBALDIS auflehnte, nicht umhin, die Maßnahmen dieses Generals auf das Unerbittlichste zu kritisieren. Nach der Einnahme Roms durch die Franzosen wurde P. wiederum

obdachlos. Nach einem kurzen Aufenthalt in Lausanne, wo er an der Redaktion von MAZZINIS Zeitung „L' Italia del Popolo“ mitwirkte, wo aber auch sein Gegensatz zum Theokratismus des großen Republikaners immer schärfer hervortrat, begab sich P. nach London. Dort war es, wo er, sich mit sozialen und ökonomischen Studien befassend, seine Entwicklung zum Sozialisten vollendete. Von nun ab war in ihm die Fusion zwischen Sozialismus und Patriotismus begründet. Doch der Geist der Unruhe trieb P. weiter. Er begab sich nach Lugano, und von dort 1850 nach Genua. Hier verbrachte er fünf Jahre, in angestrengtester Tätigkeit mit der Ausarbeitung seiner Theorien beschäftigt. 1855 war er mit einem vierbändigen großen Werke fertig, das er „Saggi storico-politici-militari sull' Italia“ nannte und das in folgende 4 Teile zerfiel: 1. Cenni Storici. 2. Cenni storico-militari. 3. La Rivoluzione. 4. Ordinamento dell' esercito Italiano. Indes konnte P. für diese seine Schriften keinen Verleger finden.

Es drängte ihn aber inzwischen wieder zur praktischen Befähigung seiner Ideen. Er begann eine Verschwörung anzuzetteln, an der auch die süditalienischen Patrioten GIUSEPPE FANELLI und ROSOLINO PILO beteiligt waren und die bezweckte, im Neapolitanischen eine Revolution zu erregen, den König zu verjagen, die Republik zu erklären und dann Italien zu einen. Am 24. Juni 1857, am Vorabend seiner Abreise von Genua, schrieb P. sein „Testamento politico“, in welchem er sich als Anhänger der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Freiheit erklärte und die Formel „Libertà e associazione“ prägte. Mit einer handvoll Gefährten (25) gelang es ihm, sich durch Handstreich der Insel Ponza zu bemächtigen, den Gouverneur gefangen zu nehmen, 300 Soldaten zu entwaffnen und die Insassen der dort befindlichen großen Gefängnisse zu befreien. Tags darauf landete er an der Küste bei Sarni, das Volk im Namen der Freiheit zu den Waffen rufend. Aber die Hilfe aus Neapel, auf die man gerechnet, blieb aus. Das Landvolk der Umgegend hingegen, das man auf seiner Seite zu haben glaubte, griff, über die Befreiung der Gefangenen erbittert, die kleine Schar der Patrioten, die bis zum letzten Moment voll süßer Hoffnung und rührendsten Optimismus blieb, an. P. teilte das Schicksal der meisten seiner Mitkämpfer, er fiel am 2. Juli unter den unerbittlichen Sensenhieben

derselben Bauern, die er als das Hauptkontingent zur Befreiung des Vaterlandes betrachtet und liebevoll behandelt hatte. Der Sozialist starb den Heldentod des Patrioten. Seine einzige Tochter wurde später vom Baron GIOVANNI NICOTERA, seinem besten Freunde und Kameraden, an dessen Seite er bei Capri gefallen war und der einige Jahre darauf Ministerpräsident des geeinten Königreichs Italien werden sollte, erzogen und an Kindesstatt angenommen.

Nun, nachdem sein Tod die Augen von ganz Italien auf P. gelenkt, wurde auch sein erwähntes Hauptwerk veröffentlicht (1858—1860). Da die Exemplare schnell vergriffen waren und heute buchhändlerisch äußerst selten geworden sind, sind einzelne Teile von ihnen später in Neuausgaben erschienen. Wir erwähnen hier die drei hauptsächlichsten. Erstens den „Saggio sulla Rivoluzione“ (Bologna 1894, 269 S.), mit Vorrede von NAPOLEONE COLAJANNI, dem großen Politiker und bekannten Statistiker an der Universität Neapel. Dieser Band erschien als Nr. 1 einer „Biblioteca socialista“, die von drei jungen sozialistischen Intellektuellen, Dr. OLINDO MALAGODI (heute Chefredakteur des Regierungsblattes „La Tribuna“ in Rom), Dr. ANGELO OLIVERO OLIVETTI (dem heutigen Syndikalisten und Patrioten) und Dr. Graf ANTONIO GRAZIADEI (heute Professor der Nationalökonomie an der Universität Modena und sozialdemokratischer Abgeordneter in der Kammer), herausgegeben wurde. Die Schrift P.s wurde von ihnen mit einem kurzen Vorwort versehen, in welchem sie hervorhoben, dieses Werk sei ein weiterer Beweis dafür, in wie bewundernswerter Weise sich gerade Männer aus den hohen Klassen Italiens am Werke der theoretischen Entwicklung des Sozialismus beteiligt hätten. Ferner das Bändchen „Ordinamento e costituzione delle milizie Italiane ossia come ordinare la Nazione armata“, mit Vorrede von GIUSEPPE RENSI („Biblioteca Rara“ t. IV., 157 S., Palermo 1901). Endlich eine Broschüre „Rapido Cenno sugli ultimi avvenimenti di Roma dalla salita della Breccia al 15 Luglio 1849“ („Biblioteca Democratica Educativa“, Nr. 1, Roma 1892).

* * *

HERZEN nannte P. ein lebendiges Zeugnis für die Lebensfähigkeit und den Edelsinn des italienischen Volkes. Er meinte,

Menschen wie P. hätten etwas so Imponierendes an sich, durch die Größe ihrer düsteren Poesie und ihrer furchtbaren Gewalt, daß sie eine Kritik oder gar eine Verurteilung ihrer Handlungsweisen gar nicht aufkommen ließen. „Ich kenne keinen Fall eines großartigeren Heroismus, weder bei den Griechen und Römern, noch bei den Märtyrern des Christentums und der Reformation“¹⁾. P. selbst war von der gleichen Meinung über sich durchdrungen und stand tief unter dem Eindruck von der Bedeutung seiner Mission. In jenem Abschiedsschreiben, das er seinen Freunden bei der Abreise zu seinem Todesmarsch hinterließ und das er selbst als politisches Testament bezeichnete, heißt es stolz und selbstbewußt: „Möge ein anderes Volk nur suchen, ob es Männer findet wie uns, welche ihr Leben der Freiheit zum Opfer bringen. Nur wenn sie solche aufzuweisen vermöchten, könnten jene Länder sich mit Italien vergleichen. Und doch ist Italien bis heute noch in Ketten“²⁾.

P. war kein Mann der Wissenschaft. Seine Schreibweise ist abgebrochen, sprunghaft, ungeordnet, häufig naiv, seine ökonomischen Kenntnisse sind gering. Er war vor allem Soldat. Auch als Schriftsteller. Indes bei allen diesen Mängeln bleibt er doch ein genialer Mensch. Seine Konzeptionen sind groß, mächtig. Auch im einzelnen läßt er es keineswegs an vielen treffenden Bemerkungen, die auf weiter Beobachtungsgabe und umfassenden, wenn auch nicht tiefen Kenntnissen beruhen, fehlen. Zumal aber steht der Leser auch heute noch, seitdem fast siebenzig Jahre nach der Niederschrift der Blätter vergangen sind, unter dem Eindruck der Herzenswärme und, in vielleicht noch höherem Grade, der Rechtschaffenheit, welche das ganze Werk des neapolitanischen Granden durchdringen und beherrschen. So ist die Lektüre der Schriften P.s denn nicht nur historisch überaus interessant, sondern auch rein menschlich anregend und sympathisch.

* * *

Die Auffassungen P.s bewegen sich auf folgender theoretischer Grundlage:

1) ALEX. HERZEN, Erinnerungen. Berlin 1907. II. Bd. S. 78/79.

2) PISACANE, Saggio sulla rivoluzione. Bologna 1894. Libr. Treves S. 269.

Die Tatsache der Existenz einer klaren und radikalen Philosophie in einem Volke ist völlig ohnmächtig, an den bestehenden Verhältnissen irgendwelche Änderungen herbeizuführen, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht auf sie hindrängen. Zum Beweis für diese These zieht P. die politisch-soziale Wirkungslosigkeit der Doktrin GIORDANO BRUNOS heran und verweist auch auf das ebenso gelehrte wie gemächliche Deutschland, in dem Gedanke und Handlung in keinem Kontakt zueinander stehen, in dem man heute den Rationalismus BRUNOS in noch weit abstrakterer Form wieder neu erstehen sehe, und wo man einerseits zwar selbst den Begriff der Realität leugne, dafür aber im Leben der Realität desto serviler begegne und auf logischem Wege in der Praxis dazu gelange, als Ideal des Staates gar den Konstitutionalismus zu betrachten¹⁾. Der Gedanke könne sich nie von den Dingen lösen, oder bleibe doch wenigstens für das Geschehnis völlig bedeutungslos. Sobald der menschliche Geist zur Verwirklichung seiner Ideen schreiten wolle, geschehe es, daß die Ideen sich den Tatsachen anpassen, und nicht etwa, daß die Tatsachen von ihnen ausgehen. Es sei deshalb absurd anzunehmen, eine Revolution könne erst in den Köpfen vor sich gehen und dann in die Tatsachenwelt übertragen werden. Sie sei im Gegenteil nur die Folgeerscheinung der tatsächlichen Beziehungen und Daseinsbedingungen, unter denen die Menschen leben. Die Idee komme erst in die Köpfe, wenn sie bereits latent in der Gesellschaft vorhanden sei.

Wie stellt sich nun P. die italienische Erhebung, das Ziel seines Lebens, vor?

Zur Erzeugung des Aufstandes genügt der Haß, den ganz Italien gegen seine Bedrücker atmet. Um den Aufstand aber zu unterhalten und einem glücklichen Ausgang entgegen zu führen, ist es nötig, in den Kämpfern einen Grad von Leidenschaft zu erzeugen, der sie befähigt, die Mühen und Wagnisse des Krieges guten Mutes auszuhalten. Der Wunsch nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit und die Liebe zum Vaterland reichen daher auf die Dauer nicht aus. Ihnen müssen sich wirksamere Elemente hinzugesellen²⁾.

1) Ebenda S. 4, 132.

2) Ebenda S. 144.

P. war der Ansicht, daß die Befreiung Italiens erst dann gesichert sei, wenn die Bewegung auch das flache Land ergriffen habe. Italien werde erst dann triumphieren, wenn seine Bauern freiwillig den Pflug mit dem Schwerte vertauscht haben würden. Um diesen Zweck aber zu erreichen, müsse man die Bauern zu packen wissen. Vaterland und Ehre seien Begriffe, die ihnen fremd seien. Zudem dränge sich ihnen die nicht von der Hand zu weisende Erwägung auf, daß, wie immer der Ausgang des Krieges sei, ihr Los unabänderlich das gleiche bleiben werde: Knechtschaft und unerträglicher wirtschaftlicher Druck. Um sie zum Kriege dauernd zu begeistern, bedürfe es deshalb neben der idealen einer materiellen Zielsetzung, neben der der Befreiung des Vaterlandes, die der Befreiung ihrer selbst. Dieses zweite, konkretere Ziel aber könne nur heißen: der Sozialismus. P. führt wörtlich aus: „Der Sozialismus oder, sofern man einem anderen Wort den Vorzug gibt, die völlige Reform der sozialen Verhältnisse ist das einzige Mittel, denen, die da leiden, zu zeigen, daß es wirklich die Eroberung einer besseren Zukunft gilt, und sie dadurch zu bewegen, am Kampf teilzunehmen. Die erste Schlacht zur Errichtung des Vaterlandes wird von der gebildeten Jugend, den Studenten, geschlagen werden. Aber der zweite entscheidende Vorstoß wird doch nur durch unser Landvolk gewonnen werden können.“ Als NAPOLEON III. in Frankreich den berüchtigten Staatsstreich (1851) vollführte und es ihm glückte, ohne erheblichen Widerstand des Proletariats sich der Herrschaft zu bemächtigen und die Republik wiederum in eine diktatorische Monarchie zu verwandeln, schrieb P. an DELL' ONGARO, auch aus diesem Ereignis ersehe man, daß die Massen, aus Besorgnis durch ihren Widerstand gegen die Gelüste des BONAPARTE letzten Endes doch wieder bloß dem Ehrgeiz einiger weniger neuen Demagogen zu dienen, sich überhaupt nicht mehr zur Wehr setzten¹⁾. „Die Massen — schrieb er — werden nur dann noch in Bewegung gesetzt werden können, wenn sie dazu durch den Wunsch nach Besserstellung ihrer materiellen Lage gedrängt werden. Die einzige Revolution, die heute noch in Europa möglich ist, ist die große Sozial-Revolution, die Enteignung (la spogliazione) der Bourgeoisie, in der Art, wie

1) EMILIO DEL CERRO, Fra le quinte della storia. Roma 1899, S. 145.

1789 der Adel enteignet wurde. Glaubst du, daß in der Lombardei die Massen heute noch zu den Waffen greifen würden, wie sie es 1848 taten? Das sind eitle Hoffnungen! Die Fahne, die sie in Aktion setzen kann, ist einzig und allein die, auf welcher die Abschaffung des Privateigentums geschrieben steht. Auch 1848 hofften sie (die Massen) auf Besserung ihrer Lage, die dann nicht eintrat. Auf die Briefe, die uns von dort her zugehen, darf man nicht rechnen. Sie sind nur der Ausdruck der Meinung einiger Individuen“. Und später noch, unter dem 15. August 1852, schreibt P. an den gleichen Freund, seiner Enttäuschung über die bürgerliche Demokratie überhaupt Ausdruck gebend: „Du hättest es wohl gern gesehen, wenn das Volk die Worte Liberté, Egalité, Fraternité kräftiger verteidigt hätte. Mit diesen Worten macht man aber keine Revolution, genau so wenig als MAZZINI die seine mit den Worten Dio e Popolo machen wird. Nur wenn die Massen des französischen Volkes wirklich am Boden liegen werden, ihre Lage ihnen wirklich unerträglich geworden sein wird und sie die Überzeugung gewonnen haben werden, daß BONAPARTE ein untauglicher Kopf ist, genau so wie auch die Republik und LOUIS PHILIPPE sich als unfähig erwiesen hatten, nur dann werden die Massen den Umsturz machen und sich befreien. Sag mir doch, glaubst du denn wirklich, daß ein ganzes Volk sich für seine „nationale Ehre“, etwa aus Ritterlichkeit erhebt? Hältst du es für einen Paladin, der sich im Duell schlägt?“ Und ferner: „Ich glaube und hoffe, daß der Kanonendonner in Italien wieder grollen wird. Aber frei wird Italien nur dann werden können, wenn wir Sozialisten werden wollen. Wollen wir Formalisten bleiben, so wird Italien von neuem besiegt und in Ketten gelegt werden“. Diese Worte stehen in dem letzten bekannt gewordenen Briefe aus P.s Hand.

Zur Motivierung seiner Ansicht bezog sich P. in echt wissenschaftlicher Weise auf die Geschichte und die ethnische Differenzierung der Völker, die zugleich deren Ursache wie deren Wirkung ist. Nur ein altes kriegerisches Volk mit großer militärischer Vergangenheit, führt er einmal aus, schlägt sich um des Krieges willen, aus Selbstzweck, aus Freude an der Ernte nationaler Gloire, wie die Franzosen zur Zeit des ersten Napoleon. Für die italienischen Soldaten, die keinen militärischen Drill besitzen,

bedeutet eine Niederlage nur die ersehnte Gelegenheit, nach Hause zurückzukehren. Aber noch etwas anderes fehlt den Italienern, um tout court gute Soldaten zu sein: die Unkultur. Sie wissen zu gut, welche Gefahr in der Disziplin liegt und daß der Gehorsam im Grunde genommen unter die Reihe der negativen Tugenden gehört. Die Nationen Nordeuropas schlagen sich nicht aus Ruhmgier wie die Franzosen. Sie schlagen sich aus Disziplin. P. sagt: Sie sind dumm und tapfer, und also sehr dazu geeignet, sich gleich einer trägen Masse vor die Kanonen der Feinde führen zu lassen, aber andererseits völlig unfähig zur Vollbringung mutiger Taten, welche nur die freiwillige Entschlossenheit eingibt und wie sie nur auf geistigem Wege, auf Grund von die Massen ergreifenden großen Gedanken und Leidenschaften vollbracht werden können. Diese letzteren, militärischen, auf den Individualismus aufbauenden Fähigkeiten besitzen aber die Italiener in höchstem Grade, nur den alten Griechen darin vergleichbar. Damit diese Fähigkeiten im italienischen Heere der Zukunft, das die Aufgabe hat, die Fremden aus dem Lande zu jagen, aber Raum zur Entwicklung erhalten können, dazu ist es nötig, daß das Heer hohe Ziele gesetzt bekommt¹⁾. Hier schließt die Gedankenkette P.s also wieder mit dem alten Refrain des *Caeterum censeo*, welcher, in die Sprache des neapolitanischen Patrioten übersetzt, also lautete: Nur der Glaube und die Hoffnung auf den Sozialismus kann dem Vaterland die Befreiung bringen. Als königliche Soldaten, welche im Dienste einer (sei es auch einheimischen) Dynastie und aus Gründen, die sie nicht verstehen, fechten, würden die Italiener das schlechteste Heer Europas abgeben. Wenn sie aber für eine von ihnen als gerecht empfundene und volkstümliche Sache ins Feld rücken, werden sie unbesiegbar werden“²⁾.

Es ist ein böses Netz von Widersprüchen, in welches, wie bei der Erörterung so vieler anderer Fragen, die er aufwirft, P. sich hier verwickelt. Er ruft den Sozialismus als Helfer in der Not des Vaterlandes an. Das ist klar. Aber ruft er ihn an als ideelle oder als materielle Stütze? Hier steht in schroffer

1) PISACANE, Saggio sulla rivoluzione, S. 148.

2) Ebenda S. 148.

Unüberbrückbarkeit Aussage P.s gegen Aussage P.s. Ist der Sozialismus dem italienischen Insurgentenheere nötig, um es, wie wir eben hörten, mit hohen Idealen zu füllen, ohne welche der Kulturitaliener die Widerlichkeiten des Menschenschlachtens nicht zu überwinden vermag? Oder ist der Sozialismus vielmehr nur dazu da, um dem ungreifbaren Vaterlandsgedanken eine greifbare Basis zu verleihen, da, wie wir vorher aus dem gleichen Munde vernahmen, die großen Massen des Landvolkes ohne das Inaussichtstellen materieller Vorteile sich nicht dazu bereit finden lassen würden, das Vaterland von der Fremdherrschaft zu säubern? Es ist kaum möglich, beide Argumente in logischer Synthese mit einander zu vereinigen. Der Ursprung der offenbaren Antinomie liegt im Wesen P.s, in dem brennenden Wunsche, zwei ihm gleichmäßig am Herzen liegende Probleme nach Möglichkeit gleichzeitig zu lösen, und dieser Lösung durch eine innige theoretische Verkettung vorzubauen. Daß dieser Verkettung mit zwei Logiken das Wort geredet wird, von der die eine die andere ausschließt, ist theorethisch bedauerlich, nimmt aber der Grundkonzeption P.s nichts von ihrer Kühnheit und ihrer politischen Tragweite.

Im Zentrum der praktisch-politischen Ideen des Neapolitaners steht der Grundsatz, daß die nationale Idee weder theoretisch denkbar noch praktisch überhaupt durchführbar sei ohne gleichzeitige Anregung, ja Weckung und energische Anbahnung der Lösung der sozialen Frage. Italiens völkischer Befreiungskampf wird nur dann von Erfolg gekrönt werden können, wenn die Freiheitskämpfer Sozialisten werden und es nicht mehr nur die Säuberung des Vaterlandes von der Fremdherrschaft und den einheimischen Duodezdespoten gilt, sondern zugleich die Schaffung eines Staates sozialer Gerechtigkeit, für den es sich lohnt, sein Blut herzugeben und der Idealist wie der Realist in gleichem Maße sich einzusetzen vermögen. P.s Theorie gipfelt also in der innigen Verquickung von Patriotismus und Sozialismus. Es ist unzweifelhaft diese Note, die ihr die Würze der Neuheit und der Originalität verleiht.

Wir sagten bereits, daß sich P. durch diese Gedankengänge von seinen Zeitgenossen abhebt und sich beträchtlich über sie erhebt. Auch nach seinem Tode wagte es jahrelang niemand, sie sich

zu eigen zu machen oder gar sie zu bekennen. Wie bekannt, vernachlässigte der in der italienischen Demokratie fast allmächtige MAZZINI immer mehr über den brennenden Notwendigkeiten der nationalen Frage die Dringlichkeit der Arbeiterfrage. Die Kämpfe, die 1871 in Frankreich in der Commune entbrannten, sollten MAZZINI völlig à l'autre côté de la barricade treiben, auf die Seite der nationalen Bourgeoisie gegen das internationale Proletariat, zu dessen Verteidigung, auch in Italien, wiederum ein Mitglied des Hochadels, wenn auch diesmal ein Russe, auftreten mußte: BAKUNIN¹⁾. Zudem hatte inzwischen die Geschichte selbst die Theorie P.s, wenigstens soweit sie sich auf die Prophezeiung von der Vollstreckung der italienischen Einheit bezog, Lügen gestraft. Italien war von oben geeint worden, fast ohne jedes Zutun der Arbeiter und zumal der Bauern, durch den Opfermut der Bourgeoisie, insbesondere der Studenteska, sowie eines Teils des niederen Adels. Erst nach den Kämpfen der Pariser Kommune wurde der Grundgedanke P.s, wenn auch in anderer Form, wieder aufgenommen und die Notwendigkeit eines brüderlichen Zusammengehens von städtischer und ländlicher Arbeiterschaft betont. Es waren vor allem die süd- und mittelitalienischen Sozialrevolutionäre, die später P.s Bahnen weiterwandelten.

P.s Theorie fußte auf einer Beobachtung, die in ähnlichen Verhältnissen später u. a. BAKUNIN²⁾ und, wenn auch in anderer Weise, ALPHONSE DAUDET³⁾ in Frankreich 1870/71 machten: der völligen Apathie der Bauern und ihrer gänzlichen Gleichgültigkeit gegenüber der vaterländischen Befreiungsbewegung. Sie hineinzuziehen schien P. aber die erste Sorge. Es war seinem Auge nicht verborgen geblieben, daß auch den sozialen Problemen der Neuzeit, insbesondere der modernen Arbeiterbewegung und dem Sozialismus gegenüber sich die Bauernschaft feindlich, im besten Falle interesselos verhielt. Daher bei P. die Betonung der Notwendigkeit der Vereinigung der zwei Elemente Bauern und Vaterland durch den Sozialismus. Mit sicherem Blick wußte er den Wert des

1) MICHELE BAKOUNINE, *Il Socialismo e Mazzini*. Roma 1905. 64 Seiten.

2) Vgl. BAKOUNINE, *L'Empire Knouto-Germanique* (Oeuvres, t. 2. Paris 1907), S. 315.

3) Vgl. ALPH. DAUDETS Erzählung Robert Helmont. Aufl. Paris 1891 S. 123.

ersten dieser drei Elemente zur Erreichung der beiden andern einzuschätzen. In diesem Punkte dem großen Theoretiker KARL MARX, der von seiner Studierstube am British Museum die zukünftige Entwicklung mit dem Maße des Industriefortschrittes maß und sich die soziale Revolution unter völliger Zurücksetzung und Außerachtlassung des ländlichen Elementes vorstellte, überlegen, hatte der italienische Pionieroffizier, etliche fünfzig Jahre vor EDUARD DAVID und COMPÈRE-MOREL die Unentbehrlichkeit der bäuerlichen Kreise zum großen Werke vollauf erkannt und rundweg ausgesprochen:

Nur die Bauern werden uns die Gesellschaft der Zukunft, den Sozialismus bringen, lautete das laute Mahnwort P.s. Aber gleichzeitig rief P. auch: Nur die Bauern werden uns das geeinte und befreite Vaterland bringen. Hier berühren sich eben, dem Dualismus des Sozialisten und Patrioten entsprechend, bei P. Mittel und Zweck. Es ist seine Hoffnung, daß aus der Erweckung sozialistischer Gedanken in den Bauernköpfen und die dadurch geschaffene persönliche Interessenahme Italien befreit erstehen werde, und zugleich sein Wunsch, daß das Werk der politisch-nationalen Befreiung des Landes auch dem Volke jene Grundbedingungen gedeihlichen Wohlergehens schaffen möge, welche er, seinen Überzeugungen entsprechend, nur im Kommunismus gewährleistet sah.

Um das zu verstehen und die patriotisch-sozialistische These P.s vollauf historisch zu würdigen, ist es nötig, zu untersuchen, welches die Ingredienzien waren, die den Begriff Patriotismus der westeuropäischen Patrioten der damaligen Zeit überhaupt bildeten. Nur so wird es angängig sein, über den inneren Gehalt der Theorien der neapolitanischen Revolutionäre ein billiges Urteil abzugeben.

Der Patriotismus P.s war nicht allein ethnischer Natur. Man kann sogar sagen, daß seine einzigen Versuche, ihn zu begründen, ganz überwiegend auf staatsrechtlichem und psychologischem Gebiete lagen. Man muß sich, um P.s Auffassung in dieser Hinsicht richtig begreifen und würdigen zu können, die Metamorphose vor Augen halten, welche die Bezeichnung „Patriot“ im Laufe der letzten 150 Jahre durchgemacht hatte. Heute pflegt man, zumal in Landen deutscher Zunge, unter diesem Terminus

den mehr oder weniger konservativen Anhänger der bestehenden, historisch gewordenen Zustände in seinem Vaterlande zu verstehen. Der heutige Patriot ist — wenigstens in Monarchien — monarchisch gesinnt, seine einzige Freude besteht darin, bisweilen diese Gesinnung noch schärfer zu betonen als der Monarch selbst und seine direkten Vertreter im Staate, und eine aggressive, kriegerische, expansive Politik zu befürworten, die über das Maß der von der Krone jemals beliebten weit hinausgeht. Zur Zeit P.s indes war der Patriot ein Demokrat, ein Rebell. Sein Kennzeichen war die stets bewußte, prinzipielle Opposition zur althergebrachten Staatsordnung. Er war Republikaner, Revolutionär, etwa in dem Sinne, wie es in dem Liede zum Ausdruck kommt, mit welchem die Sanskulotten der Schreckensherrschaft in der französischen Revolution die Hinrichtung ihrer aristokratischen Gegner begleiteten:

„Samson n'est pas fatigué
De couper les têtes . . .
Pour un patriote, ô gué,
C'est un jour de fête!)!“

Übrigens, eins ist bei aller Veränderung seiner Bedeutung dem Worte Patriot doch geblieben, die vorzugsweise wohl innerpolitische und subjektive Bedeutung. Patriot war und ist, wer sein Vaterland nach seinen Ideen umschaffen, seine Bewohner nach bestimmten Grundsätzen glücklich machen will, vaterlandslos, wer vielleicht von seinem Standpunkt aus das gleiche Resultat erstrebt, aber in der Minderheit ist, der Antipatriot, der Vaterlandsfeind, dem je nachdem die Guillotine oder der Tod vor dem Standgericht gebührt. Festzuhalten ist freilich, daß für die Demokraten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur derjenige ein Patriot war, für den es wie es eben im Liede heißt, ein Festtag war, wenn die Köpfe der Aristokraten vom haarscharfen Fallbeil getroffen in den Sand rollten.

Die Grundideen, welche wir in der ersten Hälfte der französischen Revolution vom Wesen des vaterlandsliebenden Mannes entwickelt finden, spiegeln sich in den Theorien P.s deutlich wieder. Er meint, daß wie zur Individualität ein gewisser Grad von Un-

1) Chants populaires et nationaux de France. (Paris 1894.) S. 29.

gebundenheit gehöre, so gehöre zum Begriffe der Nationalität politische Freiheit. Eine Nation kann nur da vorhanden sein, wo sich ihren Kollektivrechten keinerlei mit Sonderrechten ausgerüstete Individualität von Rechtswegen siegreich entgegenstellen darf. Ohne volle und absolute Freiheit gibt es keine Nation, noch kann die Nation je die Existenz privilegierter Stände, Klassen und Individuen, deren Willen als Richtschnur zu gelten hätte, in ihrem Schoße zulassen. Darum würde ebenso wie das von harter Fremdherrschaft zerstückelte, auch ein unter der Form einer absoluten Monarchie geeintes Italien völlig außerstande sein, eine Nation darzustellen ¹⁾.

Dem Gedanken eines unter dem Szepter eines einheimischen Herrscherhauses geeinten Vaterlandes, dem in der Zeit der Niederschrift des P.schen Werkes die besten Geister Italiens anhängen und der sogar unter den Republikanern immer mehr an Boden gewann, war P. mit ganz besonderer Beständigkeit abgeneigt, fast noch mehr, will es manchmal scheinen, als der von ihm so bitter gehaßten Hegemonie des Auslands selbst. In P. vereinigten sich in hohem Grad die überzeugte Anhängerschaft an die Lehren CATTANEO'S mit der Antipathie der süditalienischen Hocharistokraten gegen den halbfranzösischen Emporkömmling aus dem dem altitalienischen Kulturkreis nur knapp angehörigen PIEMONT, der schon damals als der mutmaßliche künftige Beherrscher des national befreiten Italiens galt, kurz, der Demokrat mit dem Neapolitaner. P. führt für die Schädlichkeit einer monarchischen Zentralgewalt in Italien auch Beweggründe kultureller Art ins Feld: „Wie jedwede Regierung,“ ruft er aus, „so ist auch der Despotismus bisweilen, sei es auch nur, um den Zeitgeist zu versöhnen, oder weil es die Geistesrichtung des Fürsten erheischt, imstande, sich zum Beschützer der Wissenschaften aufzuwerfen und sich der Hilfe bedeutender und genialer Männer zu bedienen. Man kann deshalb sagen, daß je größer die Zahl der Regierungen in einem Lande ist, desto mehr auch die Wahrscheinlichkeit wächst, daß die allgemeine Dunkelheit der Tyrannen wenigstens durch etliche Fackeln in etwas erleuchtet werde.“ Und unser Autor exemplifiziert diesen Gedanken auf Italien: „Dieses Land —

1) Saggio, S. 73.

sagt er — würde weder einen BECCARIA, noch einen PAGANO, noch einen FILANGIERI, noch einen ROMAGNOSI hervorgebracht haben, wenn es eine einheitliche Monarchie in ihm gegeben haben würde¹⁾.“ Insofern hat die Fortexistenz des Königreichs der beiden Sizilien, des Großherzogtums Toscana, und selbst — BECCARIA! — des Österreich angegliederten, lombardo-venetischen Königreichs ihre nicht zu unterschätzenden „guten Seiten“. Trotzdem kann P. indes nicht umbin, sich an anderer Stelle als Gegner des Föderalismus zu bekennen und einen solchen Zustand höchstens als Zwischen- und Vorbereitungsstadium zu einer Anbahnung völliger Einheit gelten zu lassen²⁾. Freilich kann dieses Einheitsideal nur eine republikanische Basis haben. Denn der Schrecklichste der Schrecken ist und bleibt für P. die Monarchie, und das Allerschlimmste die Einheitsmonarchie. „Zwar sind wir in viele Kleinstaaten zerspalten, aber das ist immer noch besser, als wären wir alle Untertanen eines und des gleichen Tyrannen“ sagt er an einer Stelle mit vollem Brustton der Überzeugung. Aber auch dieses Opfer, das Opfer des Patriotismus und der nationalen Einheit, ist wiederum keine Ausgeburt der Laune, sondern ein logischer Ausfluß der nach innen gerichteten und auf dem Begriff der Freiheit aufgebauten Konzeption des Vaterlands, die die Theorien P.s leitete.

Wie aus der Darstellung der Theorie von der nationalsozialen Revolution erhellt, ist P.s Auffassung der Dinge wohl in den Hauptzügen, aber nicht immer im einzelnen klar. Einerseits hat er die Gefahren der Demokratie richtig erkannt. Ja er überschätzt sogar beträchtlich die seiner Ansicht nach vom Volke gewonnene Einsicht vom oligarchischen Wesen der Demokratie und den Trugschlüssen von der Bedeutung reiner politischer Massenbewegungen. Ihm zufolge war das Proletariat des aufgeklärten Westeuropa bereits von tiefer Skepsis gegen die bürgerliche Demokratie beherrscht; er schreibt diesem Umstände sogar das Gelingen reaktionärer Gegenbewegungen zu. Aber wenn er auch einerseits jede auf bloß politische Ziele gerichtete, also lediglich die Autokratie durch die Demokratie, oder die Fremd-

1) Ebenda, S. 74.

2) Ebenda S. 104.

herrschaft durch die Nationalherrschaft zu ersetzen bestrebte Bewegung von vornherein zum Tode verurteilt glaubt, weil er es als unmöglich erachtet, daß sich die Massen des Volkes nochmals für derartige, nicht die tiefsten Tiefen der wirtschaftlichen Verhältnisse aufrührende Zwecke einsetzen, so leitet er den Rückfall in undemokratische Zustände doch nicht nur aus diesem bewußten Indifferentismus der Massen, sondern auch aus dem Servilismus ab, dem ihm zufolge das Proletariat mehrerer Länder verfallen sei, der aber doch beim besten Willen nichts mit der Einsicht in die relative Nutzlosigkeit der Demokratie zu tun hat.

Diese Betrachtungen führen uns zur Stellung des italienischen Patrioten und Demokraten zu Frankreich. Wir können wohl sagen, daß er einen hohen Begriff von der Größe dieser Nation hatte. Die Geschichte Frankreichs, meinte er, sei nie die Geschichte eines freien Volkes gewesen, sondern bestehe in der Chronik eines sittenlosen Volkes, selbst dann, wenn sie an kulturellem Gehalt anscheinend den besten Zeiten der italienischen Geschichte gleichkäme, wie das *Siècle de LOUIS XIV.*, das in vieler Hinsicht dem italienischen Quattrocento gleiche. Die Geschichte Italiens hingegen sei die Geschichte freier Männer. Die französische Geschichte stehe in Parallele zu derjenigen der Despoten Asiens, die italienische hingegen weise viele Berührungspunkte mit der Geschichte von Hellas auf. Dieser historische Unterschied zwischen beiden Nationen erkläre sich durch die Verschiedenheit ihrer wesentlichsten Charaktereigentümlichkeiten. Dank ihrer offenen und klugen Art (*l'indole svegliata*) und ihrem Hange zur Unabhängigkeit haben sich die Italiener nie dazu hergegeben und werden sich nie dazu hergeben, gleich einer blöden Herde willig dem Schicksal einer Dynastie zu folgen¹⁾. Die Freiheit und nicht der Zwang werde Italien die Einheit bringen. Frankreich hingegen gebe sich, auch wenn es sich zeitweise frei gemacht, stets von neuem neue Tyrannen²⁾. Das Franzosenvolk selbst sei somit sklavisch. Jeder Ursurpator verfüge dort über einen so großen Anhang, daß er mit Leichtigkeit die Herrschaft erringe. Die Hauptstadt sei alles, die übrigen Städte lägen wie vertrocknete

1) Ebenda S. 74.

2) Ebenda S. 76, 201, 138.

und schmerzhaftes Glieder eines siechen Körpers darnieder. Und wiederum ruft P. triumphierend aus: Mit diesen verglichen sind die Übel, an denen wir Italiener kranken, sogar gering zu nennen.

In einem besonderen Kapitel vergleicht P. den französischen und den italienischen Nationalcharakter¹⁾. Ebenso einfach und bieder die Sitten in Italien, ebenso pomphaft und übertrieben luxuriös seien sie in Frankreich. Roman und Theater seien in Italien rein, dem Idealen zustrebend, in Frankreich verdorben. Hie, in Frankreich, kirchliche Bigotterie, dort, in Italien, Freigeisterei, hie politisches Strebertum, Erraffen von petites fortunes im Amte, dort ehrliche, stille Arbeit. Gewiß, in Italien herrsche, durch die österreichische Bedrückung hervorgerufen, unverfälschte Reaktion. Aber um Frankreich stehe es schlimmer, denn was sich dort breit mache, sei nichts als unechter Liberalismus. In Italien sei, von einigen besoldeten Beamten abgesehen, das ganze Volk in allen seinen Klassen — Adel, Bourgeoisie, Volk — im Innern freiheitsliebend gesinnt. In Frankreich, wo man die äußeren Bedingungen der Freiheit genieße, gebe es keine Volksschicht, die nicht eine glänzende Knechtschaft einer freien selbständigen Entwicklung vorzöge.

Derartige Ansichten, wie wir sie hier als die Äußerungen P.s entwickelt haben, waren damals in weiten Kreisen westeuropäischer Demokratie verbreitet. Wir können sie in Schriften zeitgenössischer Schriftsteller, von MAZZINI²⁾ bis HERZEN³⁾ und später ALBERTO MARIO⁴⁾ in der gleichen Schärfe und der gleichen Energie wiederfinden. Es muß daran erinnert werden, daß sowohl der religiöse Glaube Vieler an die Zukunft Italiens als auch die Skepsis der freiheitlichen Entwicklung und der Charakterfestigkeit des Franzosenvolkes gegenüber sich vornehmlich aus den geschichtlichen Ereignissen der Epoche, in welcher jene Gedankengänge entstanden, von selbst ergaben. Die Theorie war, wie so oft, auch in diesem Falle das gegebene Produkt der die Theoretiker umgebenden Verhältnisse. Der Glaube an Italiens hohe zivilisatorische Zukunft, dessen erste

1) Ebenda S. 136.

2) MAZZINI, Scritti editi e inediti. Roma, vol. XVII. S. 5, 73 ff.

3) HERZEN, Erinnerungen. II. S. 176.

4) MARIO, Italia e Francia. Roma 1889 (Neuauf.).

Ursprünge wohl den Schriften des piemontesischen Geistlichen VINCENZO GIOBERTI: *Del Primato Morale e Civile degli Italiani* (1843)¹⁾ und des piemontesischen Grafen CESARE BALBO über die *Speranze d'Italia* (1844) zu verdanken waren, entsprang bei P. und seinen Freunden nicht mehr allein, wie bei den konservativen Nordwestitalieniern, einem kulturhistorisch verbrämten italienischen Patriotismus. Es lag ihm auch eine demokratisch-empirische Note zugrunde; wie erwähnt, wurde der Gesichtswinkel P.s ja von HERZEN, der Russe war, geteilt. Er gründete sich zumal auf geschichtliche Erfahrung. In der Tat war die Summe der Opfer, welche die freiheitliebenden Italiener ihrem Ideal brachten, übermenschlich groß und nötigte selbst dem Ausland Achtung ab. Die Wucht, mit der die italienischen Patrioten, aller Mißerfolge ungeachtet, von heiligem Zorn erfüllt, stets von neuem sich die Köpfe an den ehernen Mauern der Fremdherrschaft und der einheimischen Duodezwirtschaft blutig stießen, stach günstig ab gegen die Schwäche, mit der sich die Franzosen jedesmal, wenn sie sich die Republik und die politische Freiheit eben erst errungen hatten, nach kurzer Zeit wieder freiwillig unter die Ägide der Militärdiktatur begaben. Auf die Julirevolution von 1830, welche der Herrschaft der Bourbonen ein Ende bereitet hatte, war die Installierung der jüngeren Zweige derselben Dynastie, der ORLÉANS, gefolgt. Die Februarrevolution, die LOUIS PHILIPPE verjagte, proklamierte die provisorische Regierung, diese die Republik und diese wiederum innerhalb weniger Monate erst die Präsidentschaft auf Lebenszeit, dann die erbliche Monarchie des Präsidenten. Der Napoleonismus, der, wenn er auch sozial eine Ära von Reformen, die in manchen Punkten den Bestrebungen, die unter dem Stichwort Sozialreform in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts seitens der preußischen Regierung in Angriff genommen wurden, ähnelte, einleitete, so doch der politischen Freiheit des Volkes einen blutigen Garaus machte, hatte seine Quelle im Willen der Massen selbst, welche ihm mittelst des Referendum, des sogenannten Plebiszit, die Bahn ebneten, in welchem sie alle seine Taten und Missetaten nachdrücklich guthießen. Das Volk selbst schien also in Frankreich mit Recht als der Helfershelfer der

1) Vgl. auch VITTORIO CIAN, *Lettere di Vincenzo Gioberti a Pier Dionigio Pinelli 1833—1849*. Torino 1912.

Reaktion betrachtet werden zu können. Nicht genug damit, war auch das diplomatische und militärische Auftreten der Franzosen in den Verwicklungen der ausländischen Politik derart, daß die gallophoben Gefühle der Demokraten jener Zeit vollauf gerechtfertigt erscheinen. Das hervorstechendste Ereignis, auf das sich die geringe Achtung vor dem demokratischen Ernst und Gehalt des Franzosentums stützte, war aber das Eingreifen Frankreichs in die Freiheitsbewegung der Römer. Bekanntlich hatten die Römer 1849 den Papst-König PIUS IX. aus der heiligen Stadt vertrieben und die freie Republik proklamiert und wären sie als leuchtendes Beispiel für die künftige Befreiung Gesamtitaliens geblieben, hätte nicht die französische Schwesterrepublik sich wider alles Erwarten und alle äußere Logik dazu veranlaßt gesehen, den General OUDINOT mit einem starken Heere nach Italien zu beordern und Rom nach blutigen Kämpfen mit den italienischen Freiheitshelden im Sturm erobern und der weltlichen Herrschaft des Papstes zurückgeben zu lassen. In Rom ist dann bis 1870 eine französische Besatzung geblieben. Das war ein Freiheitsraub, begangen vom ganzen französischen Volk, dessen tiefer Eindruck im italienischen Volksbewußtsein auch dadurch nicht verwischt werden konnte, dass die Pariser Opposition die Regierung ob dieses brudermörderischen Zuges scharf angriff und ein junger französischer Idealist, der Maler LAVIRON, in edelster Bevorzugung des keine Grenzen kennenden Gerechtigkeitsgefühles vor dem der engeren sog. Vaterlandsliebe sich sogar unter die Verteidiger Roms mischte und im Kampfe gegen die fremden Eindringlinge, seine Landsleute, den Heldentod starb. Wie bekannt, war P. einer der obersten Befehlshaber der römischen Armee und wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir in diesen Erlebnissen des Menschen eine, wenn auch nur eine, Ursache der Ansichten des Schriftstellers, soweit sie seine Beurteilung der Franzosen und der Italiener betreffen, zu erblicken glauben. Der italienische Patriot konnte nicht vergessen, daß es Franzosen waren, die den ersten Traum italienischer Einheit blutig vernichtet und auf den Mauern des befreiten Rom das Banner des Papa Re aufgepflanzt hatten. Daher wird denn die patriotische These P.s vollauf verständlich: Italien hat zwei Feinde: Österreich, den offenen, der „unsern Haß verdient“ und Frankreich —

England, die geheimen, die sich zu ihren eigenen Zwecken unserer bedienen, die aber „unseren Haß und unsere Verachtung zugleich verdienen, weil sie nur insgeheim unsere Feinde sind“¹⁾. Mit diesen wird sich die junge italienische Einheit so gut auseinandersetzen müssen, wie sie es vorher mit jenen wird getan haben. In diesem Punkte aber berührt sich P. bereits mit einigen ganz modernen italienischen Schriftstellern rein nationalistischen Geblütes, die ebenfalls von der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung Italiens mit seinen Nachbarländern, Italiens, der großen Proletarierin, mit den weit reicheren Großmächten, Frankreich wie Österreich, Deutschland wie England erfüllt sind²⁾.

1) Saggio S. 80.

2) ENRICO CORRADINI: Il volere d'Italia. Napoli 1911. S. 206.

Bakunin¹⁾ und die Internationale in Spanien 1868–1873.

Von

Max Nettlau (London).

I.

Das unbedingte Vorwiegen der anarchistischen Ideen in der spanischen Arbeiterbewegung seit mehr als vierzig Jahren muß in der Disposition dieser Arbeiter und der Geschichte des Landes seine dauernde Stütze finden; eines ersten Anstoßes aber bedurfte es auf jeden Fall und der ging, durch die Reise des Italieners G. FANELLI, von MICHAEL B.s engstem Kreis aus (Winter 1868-69). Die damals gegründete Internationale hatte von Anfang an ihre tätigsten Propagandisten in Personen, die die von B. formulierten anarchistisch-kollektivistischen Ideen vollständig akzeptierten und, von der Episode LAFARGUE (1872—73) abgesehen, wurden bis in die 80er Jahre keine anderen Ideen propagiert als diese; dann begann sich der kommunistische Anarchismus aus kleinen Anfängen zu verbreiten und absorbierte allmählich die meisten Anhänger des alten Kollektivismus, wie man ebenso die alte starre Organisation durch freie Gruppen ersetzte. Diese Bewegung vertrat auch von Anfang an die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter, so daß sie zeitweilig Zahlen von 50—70 000 ihr affilierten Arbeitern aufweist.

Die Geschichte dieser Entwicklung steht in ihren äußeren Hauptpunkten fest, was aber den der inneren Geschichte der Bewegungen Nachgehenden noch wenig befriedigt. Für letztere konnte noch nicht viel geschehen, und es ist zum Teil zu spät. Viele sind tot oder verschollen und die noch lebenden stehen

1) Im folgenden mit B. gekürzt.

stets in neuen Bewegungen, sind neuen Verfolgungen ausgesetzt. B.s Beziehungen beschränkten sich auf einen so kleinen Kreis ernster Leute, mit denen ihr Geheimnis gestorben, wie ihr Nachlaß, wenigstens für mich, verschollen ist. Zum Glück ist auf B.s Seite einiges wertvolle Material erhalten geblieben, das ich in meiner Biographie desselben (1896—1900) und deren Supplement (1901—5) zusammengestellt¹⁾ habe und hier benutzte.

Eine eigentümliche Komplikation erfährt diese schon schwierige Situation durch den bekannten Einbruch LAFARGUES in die spanische Internationale, der er das Geheimnis ihrer Beziehungen zu B. um jeden Preis zu entreißen suchte (1872). Es gelang ihm nicht, aber er begnügte sich mit Scheinergebnissen, die ja zu Anklagezwecken und unloyaler Polemik genügen. Darauf baut sich nun eine mit Applomb auftretende, in der Londoner Brochure „L'Alliance de la démocratie socialiste . . .“ (1873), von FRIEDRICH ENGELS und LAFARGUE, den Höhepunkt erreichende Pseudogeschichtschreibung auf, die von so vielen den Verhältnissen Fernstehenden und dem Marxismus blind Ergebenen kritiklos nachgeschrieben wird. Tatsächlich ist fast jedes Wort dieser Broschüre als unrichtig oder tendenziös nachweisbar und der SORGESCHE Briefwechsel (1906) ermöglicht jetzt wahrhaft erschreckende Blicke in das Milieu, in dem dieser Bericht der Haager Untersuchungskommission entstand. Wie leicht hätte man sich besser orientieren können! Denn schon 1873 stellte in dem „Mémoire de la Fédération jurassienne . . .“ JAMES GUILLAUME allen Anfeindungen der freiheitlichen Richtung in der Internationale eine ruhige Darstellung der wirklichen Verhältnisse entgegen, ein Werk, an dem alle Geschichtschreiber des Sozialismus gewissenhaft vorübergingen. Das „Bulletin de la Fédération jurassienne“ (15. II. 1872—25. III. 1878) enthält dann eine Fülle spanischen Materials, das GUILLAUME an vielen Stellen seines Hauptwerks „L'Internationale“ (4 Bde. Paris, 1905—10) excerpirt, resumiert und nach seinen Erinnerungen kommentiert hat. Ich bemühte mich gleichfalls, in der BAKUNIN-Biographie alles erreichbare spanische Material zusammenzustellen und jede Behauptung von LAFARGUE und ENGELS nach Möglichkeit zu prüfen.

1) Im folgenden als Biogr. zitiert.

Deshalb kann ich im folgenden auf viele Einzelheiten auf diesem Gebiet verzichten, muß aber doch auf die zu fest eingewurzelten Hauptlinien dieser falschen Geschichtschreibung Rücksicht nehmen, indem ich sie von Grund aus zu widerlegen suche. Es würde sich empfehlen, in der ENGELS-LAFARGUESCHEN Schrift „L'Alliance“, das Kapitel L'Alliance en Espagne (S. 30—40) vorher zu lesen, um zu verstehen, warum ich in den einzelnen Fällen den dokumentarischen Beweis gewisser Tatsachen für notwendig hielt. Ich bedaure noch, daß ich die späteren Vorgänge nur kurz berühren konnte, aber es schien mir besser, zunächst den Anfängen und der ersten Entwicklung eine möglichst sichere Grundlage zu geben¹⁾.

1) Literatur: Del nacimiento de las ideas anárquico-colectivistas en España („Revista social“, Madrid, 27. XII. 1883—28. II. 1884); Del desarrollo de las ideas anárquico-colectivistas en España (ebda. 20. III. 1884 ff.). Vgl. Biogr. S. 426; ANSELMO LORENZO, El Proletariado militante. Memorias de un Internacional. Barcelona, 1901, 446 S., die genaueste Darstellung vom Herbst 1868 bis zum März 1872; die Fortsetzung ist noch ungedruckt.

MAGALHÃES LIMA, O Socialismo na Europa. Lissabon 1892, S. 312 bis 337, nach spanischen Quellen. — Kürzere Darstellungen: RICARDO MELLA, Le Socialisme en Espagne („L'Humanité nouvelle“. Paris I. (1897) 521—535; ARNOLD ROLLER (Pseudonym), Blätter aus der Geschichte des spanischen Proletariats (Berlin 1907, 40 S., mit kurzer Bibliographie) etc.

Für Spanien fehlt es nicht an Serien länger erscheinender Zeitschriften, Kongreßberichten, Zirkularen der Organisationen etc., eine Literatur, von der mir für die Zeit der Internationale leider nur Vereinzelttes erreichbar war. Vgl. auch Biogr., Anm. 2106.

Zu warnen ist, wie erwähnt, vor der auf LAFARGUE zurückgehenden Literatur, so dessen Broschüre A los Internacionales de la Región Española (Madrid, 27. VI. 1872, 16 S.), der damaligen „Emancipación“ etc. Vgl. dazu Cuestion de la Alianza (Barcelona, Herbst 1872, 6 S. in Fol.) — Ebenso sind die Ereignisse von 1873 in FR. ENGELS' Artikeln Die Bakunisten an der Arbeit („Volksstaat“ 31. X., 2. XI. 1873) mit ärgster Gewissenlosigkeit entstellt. Vgl. dazu Biogr. S. 756—757 und Anm. 3687, J. Guillaume, L'Inter., III S. 150—158, und den leicht erreichbaren Bericht der spanischen Föderalkommission an den Genfer Kongreß der Internationale (Compte rendu officiel du VI^e Congrès général. Locle, 1874, S. 13—26, vom 19. VIII. 1873). — Ganz unter dem Einfluß LAFARGUES steht auch das Buch seines spanischen Genossen FRANCISCO MORA, Historia del Socialismo Obrero Español. Madrid 1902.

Während die älteste Liste der Sekretäre des Central Provisional Council der Internationale nur Namen für Deutschland, Italien, Polen, die Schweiz und Frankreich enthält, erscheint in dem zweiten Druck der Address and Provisional Rules of the International Working Men's Association . . . (Printed by the Westminster Printing Company, LAFARGUE als Sekretär für Spanien¹⁾ und so jahraus, jahrein, noch am 30. XI. 1869, bis nach seiner Abreise nach Paris der Franzose SERRAILLIER als Sekretär erscheint²⁾, dem, als auch er nach Paris ging, ENGELS folgte, der ja dann am 1. VIII. 1871 auch Sekretär für Italien wurde. Auf welche Weise LAFARGUE, der 1866 noch „Paul Lafargue, mulâtre“ unterzeichnete³⁾ und sich der französischen Bewegung widmete, sich von 1866–1868 um die spanische Internationale bemüht hat, ist nicht bekannt geworden; eine solche bestand damals überhaupt nicht und die Geschichte ihrer ersten Anfänge (Ende 1868), wie die von LAFARGUES Auftreten in Spanien (1871–72) enthält nicht die leiseste Andeutung früherer Londoner Beziehungen, als deren ersten, erfolglos verhallenden Ausdruck man einen Appell des Generalrats an die spanischen Arbeiter⁴⁾ nach der Septemberrevolution 1868 (Vertreibung ISABELLAS) betrachten mag⁵⁾.

Wenn B. am 19. VII. 1866⁶⁾ auch Spanien unter den Ländern nennt, in denen seine geheime Organisation (die *Fraternité internationale*) Freunde habe, so kann ich dies nur durch

1) Diese Liste enthält auch den spanischen Namen ORRIGA als Mitglied des Central Council; dies war aber, wurde mir gesagt, der Name eines französischen Schneiders von spanischer Herkunft.

2) Am 14. V. 1870 als „Secrétaire suppléant pour l'Espagne“; am 23. VI., 9. IX. als Sekretär für Spanien, Belgien und Holland.

3) *Tribune du Peuple*, Bruxelles, 19. IX. 1866.

4) Eine Adresse einer jurassischen Delegiertenversammlung in Neuchâtel (unterz. FRITZ HENG, A. SCHWITZGUÉBEL), 25. X. 1868 und eine nicht unterzeichnete Adresse französischer Arbeiter enthält die *Voix de l'Avenir* (*La Chaux de Fonds*), 1. XI. 1868.

5) Auf dem Kongreß von Brüssel fand sich ein Spanier, SARRO MAGALLÁN, ein, Mitglied eines Arbeitervereins von Barcelona „La Legion Ihericu“, dessen Anwesenheit auch der dem Generalrat so freundliche F. MORA (a. a. O., S. 47) als zufällig, rein persönlich und für die Internationale in Spanien ganz bedeutungslos bezeichnet.

6) Briefe (russ.), S. 170–171. Vgl. dieses Archiv II, S. 286.

Hinweis auf FERNANDO GARRIDO stützen, den A. RICHARD¹⁾ mit TALANDIER zu den ersten Londoner Mitgliedern der Fraternité rechnet, den B. zweifellos kannte und zuletzt in London 1864 gesehen haben kaun. GARRIDO war der bekannteste Mann des älteren spanischen Sozialismus, der, von den Fourieristen JOAQUIN ABREU, PEDRO LUIS UGARTE u. a. in Cádiz und Madrid für ihre Ideen gewonnen, 1846 die erste spanische, sozialistische Zeitschrift, *La Atracción*, herausgab und dann in Spanien und im Exil beständig für allgemeinere sozialistisch-republikanische Ideen tätig war. Er stand in engem Kontrakt mit einem Teil der republikanischen Partei und wurde in England durch die Kooperation (Rochdale Pioneers etc.) fasziniert, so daß er theoretisch und praktisch B.s revolutionären Zielen fernstand; man begreift aber, daß für die Fraternité auch seine allgemeine Sympathie und in einzelnen Fällen vermittelnde Hilfe ihren Wert hatte, wie sich 1868 in gewissem Grade ergab²⁾.

Nach dem Berner Kongreß (IX. 1868) begann für B. eine Zeit großer Tätigkeit in der Genfer Internationale und für die Verbreitung der *Alliance de la Démocratie socialiste*. Seine Propaganda hatte solchen Erfolg, daß das ihm später so feindliche Comité central der Genfer Internationale eine Adresse an die spanischen Arbeiter unterzeichnete, die, von PERRON entworfen, von B. retouchiert³⁾, genau die Ideen wiedergibt, die diese beiden und ihre Freunde in der Internationale vertraten. Dies ist:

L'Association internationale des Travailleurs de Genève aux Ouvriers d'Espagne. (Genève, le 21 X 1868), Supplément au No. 44 de la „Liberté“ (II^e année; Genève, 24. X.; 2 S., 4^o; ebenso als separate Flugschrift⁴⁾).

1) *Revue de Paris*, 1. IX. 1896, S. 121.

2) GARRIDOS Schriften ist viel über den älteren spanischen Sozialismus zu entnehmen, besonders seiner *Historia del Reinado del ultimo Borbon de España* (Barcelona, 1868—1869, 3 vol.); so II. 938 f., III. 126, 136—137, 193, 213, 264, 267, 298, 359, 392, 393, 535 ff., 849 ff., 1251, 1261 ff. 1276 ff., 1291, 1305; *Historia de las clases trabajadoras*. Madrid 1870 etc.

3) Dies geht jetzt aus B.s und PERRONS eigenen Angaben hervor, die zuerst in J. GUILLAUMES *L'Internationale I*, 92 mitgeteilt sind; früher galt B. als der alleinige Verfasser.

4) Abdruck im *Mémoire* (jurassien, 1873), p. j. S. 40—45. Deutsch im „Vorbote“ (Genf) und als Flugschrift: *Der internationale Arbeiterbund von Genf an die Arbeiter Spaniens* (Genf).

Es heißt darin: das spanische Volk

„proclamera la république basée sur la fédération des provinces autonomes, seule forme de gouvernement qui, transitoirement et comme moyen d'atteindre une organisation sociale conforme à la justice, offre des garanties sérieuses à la liberté populaire“; . . . „il portera ainsi un coup fatal au pouvoir autoritaire et absorbant de l'Etat“. Aber auch: „Le doute aujourd'hui n'est plus permis: la liberté sans l'égalité politique, et cette dernière sans l'égalité économique n'est qu'un leurre“. . . . „L'égalité réelle qui consiste à ce que tous les individus sont en possession des mêmes droits, c'est-à-dire sont également en possession des capitaux acquis par les générations passées, cette égalité . . . ne peut être obtenue que par la révolution sociale“.

„Faites donc la révolution sociale“.

Der Kongreß der Internationale (Brüssel, 1868) habe

„tracé à la révolution sociale la route qu'elle doit suivre: Plus de propriété héréditaire; la terre à ceux qui travaillent la terre de leurs bras — aux associations agricoles; les instruments de travail, tous les capitaux industriels à ceux qui travaillent la matière première — aux associations industrielles“ . . .

„Ouvriers, battez le fer pendant qu'il est chaud, fédéralisez-vous révolutionnairement pour devenir invincibles et puisque vous avez la force, détruisez tout ce qui vous est hostile, tout ce qui est contraire à la justice populaire, les choses encore plus que les hommes, et que votre révolution devienne le signal et le commencement de l'affranchissement de tous les opprimés dans le monde“¹⁾.

Gewiß stand diese Adresse schon in Zusammenhang mit der projektierten Reise eines der intimsten Genossen B.s nach Spanien. B. wünschte sehr, daß ELISÉE RECLUS, der den Berner Kongreß (21.–25. IX.) besuchte, dorthin reise; dieser aber lehnte ab²⁾. Er war auch eher geneigt, seinem Bruder ELIE von dieser Reise ab-, als zu ihr zuzureden³⁾; ob ELIE RECLUS, der GARRIDO gut kannte, den Entschluß zu der Reise allein faßte, oder von B. angeregt, lassen die Briefe ELISÉES nicht erkennen, doch ist mir ersteres wahrscheinlicher, wenn er auch bald mit B. darüber korrespondierte⁴⁾. Neben ihm wollte auch ARISTIDE REY reisen⁵⁾, ebenso FANELLI. B. mußte bei aller Sympathie für die Brüder RECLUS wissen, daß dieselben seinem engeren Einfluß doch entgingen; er wendete sich, als A. TUCCI (wie mir

1) Vgl. auch EGALITÉ (Genf), I, 9 (20. III. 1869).

2) ELISÉE RECLUS, Correspondance I (Paris 1911), S. 294.

3) Ebenda S. 292 f.

4) Ebenda S. 294.

5) Ebenda S. 294 f.

derselbe erzählte) ausschlug, an FANELLI¹⁾, der akzeptierte. Offen gesagt, handelt es sich für B. angesichts der spanischen Revolution, die noch nicht abgeschlossen schien, um anderes als die Gründung kleiner Gruppen, aus denen einmal die spanische Internationale hervorgehen sollte. Nach TUCCI stellte er sich die Revolution noch in vollem Gange vor und hoffte, es werde möglich sein revolutionär zu handeln, auch Mittel zu gewinnen, die Revolution oder wenigstens die Propaganda auf andere Länder auszudehnen, eine Frage, die ihn damals recht beschäftigte, als er so viele Propagandamöglichkeiten durch äußere Umstände gehemmt sah²⁾. FANELLI war nun seinem ganzen Wesen nach nicht der Mann zu solcher Initiative und tat nichts in diesem Sinn, was B. recht verdroß, der den auf anderem Gebiet liegenden Erfolg der Reise FANELLIS nicht gleich gesehen haben soll³⁾.

ELIE RECLUS, REY und FANELLI trafen sukzessive in Barcelona ein; die ersteren reisten mit GARRIDO und anderen Republikanern in Catalonien, kamen später auch bis Malaga, während FANELLI sich vielleicht nur auf der Reise von Barcelona über Valencia nach Madrid in ihrer Gesellschaft befand. Die *Revue politique et littéraire* P. CHALLEMEL-LACOURS, Band II und III (Winter 1868—69) und ELISÉE RECLUS Briefe (Band I), vermutlich auch die russische *Revue Djelo* und radikale Pariser Zeitungen, nebst der spanischen republikanischen Presse unterrichten uns über diese Reisen und lassen erkennen, daß eine sozial vorgeschrittene Föderativrepublik ELIE RECLUS das nächste Ziel schien; betreffs der Mittel schrieb ihm ELISÉE Ende 1868⁴⁾: „Je suis de l'avis de Rey: c'est par l'audace révolutionnaire seulement, que le parti républicain peut triompher. S'il fait des transactions et des compromis, il est perdu,“ was eben beweist, daß nicht alle Faktoren dieser Ansicht waren.

FANELLIS Vorbereitung der Reise und erste Erlebnisse sind aus einer Anzahl von Briefen B.s an GAMBUIZZI, FANELLIS an

1) Ich setze die Beziehungen dieser Italiener zu B. als bekannt voraus; vgl. dieses Archiv II, S. 275—329.

2) Vgl. seinen Brief an JOUKOWSKI, 10. XI. 1868, Biogr. S. 293.

3) Nach TUCCI, Vgl. Biogr. Anm. 3958.

4) Correspondance I, 315.

B. usw. ersichtlich¹⁾. Er war erst nach Neapel gereist, teilte mit, daß sich vielleicht CENERI ihm anschließen würde, was nicht geschah, war am 5. XI. noch in Genua, traf etwa Mitte November mit den andern in Barcelona zusammen und fuhr mit ihnen über Valencia nach Madrid (24. XI.). Im Januar²⁾ reiste er nach Barcelona und war am 20. II. schon in Genf zurück, wo er am 27. II. in der öffentlichen Sitzung der Alliancesektion über die Gründung der Internationale in Spanien berichtete: „Le rapport écrit est déposé dans nos archives“ (Sitzungsprotokoll)³⁾. Am 13. III. noch in Genf reiste er bald nach Florenz und grollte B., was diesen kränkte (Briefe vom 23. V. und 9. VIII 1869). Denn wie seine Briefe zeigen, war er durch Ausbleiben von Geldsendungen in die größte Verlegenheit und bitterste Stimmung geraten, da er sich, was B.s leichteres Temperament nicht verstehen konnte, absolut nicht zu helfen wußte. So bedeutungslos dies jetzt scheinen mag, gingen doch Verstimmungen daraus hervor, die in dem kleinen Kreis, in dem es auf den guten Willen jedes Einzelnen ankam, größere Bedeutung hatten, als man glauben mag.

In der Sitzung des Komitees der Alliancesektion vom 5. III. 1869 wurde, in Abwesenheit B.s, bemerkt: „que l'on ne sait pas au juste si le citoyen Fanelli avoit parlé de l'Alliance ou bien de l'A. i. des T.“⁴⁾. Einen ähnlichen Eindruck bewahrte B., der im Frühjahr 1872 nach Spanien schrieb⁵⁾:

„En vous aidant à jeter les premiers fondements tant de A. [Internationale] que de Y. [Alliance] chez 7896 [in Spanien], Christophe [Fanelli] a commis une faute d'organisation dont vous ressentez maintenant les effets. Il a confondu l'Internationale avec l'Alliance et par là même il a provoqué les amis 3521 [von Madrid?] à fonder l'Internationale avec le programme de l'Alliance. Au premier abord cela a pu paraître un grand triomphe; en réalité cela devient une cause de confusion et de malorganisation pour l'une comme pour l'autre“.

Hierzu sei bemerkt, daß, als FANELLI seine Reise antrat, hauptsächlich die von der „minorité socialiste“ der Friedens- und Frei-

1) S. Anm. 4403 des Suppl. meiner Biogr.

2) Nach F. MORA, a. a. O., S. 52 wäre es erst kurz nach dem 24. I. gewesen.

3) Biogr., S. 311. Das Dokument ist verschollen.

4) Biogr., S. 311.

5) Ebenda, S. 285 f.

heitsliga gegründete internationale Alliance de la Démocratie socialiste in Form einer Section centrale bestand, welche ihr provisorisches Bureau central eingesetzt hatte und eine „branche de l'Association internationale des Travailleurs dont elle accepte tous les statuts généraux“ sein wollte. Diese Section centrale hatte das vielgenannte Programm akzeptiert: „L'Alliance se déclare athée“ etc.¹⁾. Bekannt ist, daß der Generalrat am 22. XII. 1868 die Nichtaufnahme dieser internationalen Alliance beschloß, eine Resolution, die dem Bureau derselben mit großer Verzögerung zugeing, so daß der Antwortsentwurf PERRONS erst vom 26. II. 1869 datiert ist²⁾. FANELLI, dessen spanische Tätigkeit zwischen Dezember und Februar liegt, erfuhr dort augenscheinlich von der Stellungnahme des Generalrats gegen die Alliance noch gar nichts und trat als Unterzeichner der „Protestation collective des membres dissidents du Congrès“ [de Berne] und „fondateur“ der Alliance für das erwähnte Programm ein, wozu noch zu bemerken ist, daß es ein Programm der Internationale, von den considérants der Statuten abgesehen, überhaupt nicht gab.

War so der Eindruck von FANELLIS Tätigkeit für B. unter mehreren Gesichtspunkten nicht ganz zufriedenstellend, so zeigt das in jene Zeit fallende Auflösungsdocument der Fraternité internationale³⁾, daß B.s Unzufriedenheit mit ELIE RECLUS und REY eine sehr große war; es heißt darin:

... „Quelques uns des nôtres sont allés en Espagne et au lieu de s'attacher à grouper les éléments socialistes qui, nous en avons la preuve matérielle, sont déjà très nombreux et même assez développés dans les villes comme dans les campagnes de ce pays, ils y ont fait beaucoup de radicalisme et un peu de socialisme bourgeois... Les frères oublieux du but qu'ils poursuivaient ou qu'ils étaient censés poursuivre ont embrassé la cause de ce pauvre républicanisme bourgeois qui s'agite avec tant d'impuissance et de bruit en Espagne; ils l'ont défendu dans les journaux, tant espagnols que français et ont poussé le dédain de tous nos principes jusqu'à prêter les mains à des tentatives de rapprochement avec Esparteros et avec Prim lui-même au besoin“.

Ich halte diese Kritik B.s für sachlich berechtigt; derselbe hatte sich eben über den Grad, in welchem ELIE RECLUS (mit

1) I S., 4^o, Genf, Impr. Czerniecki, beginnend: „La minorité socialiste“....

2) Biogr., S. 320—326.

3) Biogr., S. 277—278 (in PERRONS Handschrift).

sätze als jetzt. In LORENZOS Buch¹⁾ wird der Gegensatz der Regierungsstadt Madrid ohne größere Industrie zu dem Industriezentrum Barcelona, wo schon seit 1840, besonders die Textilarbeiter organisiert waren, in sehr anschaulicher Weise dargestellt. Und doch muß LORENZO, der so ganz auf Seite der Arbeiter steht und noch jetzt in seinem hohen Alter unter ihnen wirkt, bemerken, daß der so vorwiegende Arbeitercharakter Cataloniens nicht ausgereicht hätte, die spanische Bewegung ins Leben zu rufen. Er meint damit, daß sie sich nicht über den gewerkschaftlichen Kampf erhoben hätte und daß die Intelligenz und Energie einer Anzahl junger Leute der gebildeten Klassen dazu gehörte, der Internationale den wahren Anstoß zu geben. Er sagt²⁾:

„Si no hubieran estado en Barcelona Viñas, Soriano, Meneses y Ferrán, andaluces y privilegiados todos, si Rafael Farga no hubiera ido al Congreso de Basilea donde recibió la sugestión directa de Bakounine, además de inspirarse en la grandeza de las ideas de los fundadores y cooperadores de La Internacional; si non hubiera estado presente Gaspar Sentiñon, que con sus grandes y enciclopédicos conocimientos y su constancia supliera las deficiencias, reemplazara á los perezosos y por su aspecto venerable fue como la personificación de la idea; si, en fin, no se hubieran agrupado los inteligentes, los activos, los buenos en la sección de le Alianza de la Democracia Socialista, y hubiera debido esperarse que las corporaciones obreras por sí mismas, por evolución efectuada por sus propios medios hubieran entrado en La Internacional, los obreros catalanes no hubieran sido jamás internacionales“.

Er glaubt auch, daß FANELLIS Tätigkeit, wenn auf das industrielle Barcelona beschränkt geblieben, gescheitert wäre und daß sie auch in dem politischen Zentrum Madrid einzusetzen hatte, was ja geschah.

„Creo, pues, — fährt er fort — que la misión de Fanelli, limitada á la Barcelona puramente obrera, hubiera fracasado, mientras que en Madrid fondó un verdadero apostolado que, aun sin conseguir la organización de los trabajadores madrileños, ni siquiera modificar en nada sus detestables costumbres ha difundido por todas partes la propaganda y ha fijado la atención de la burguesía política central y del proletariado de provincias, definiendo las ideas y destruyendo preocupaciones con periódicos sostenidos casi sin interrupción desde La Solidaridad en 1870, pasando por La Emancipación, El Condenado, El Orden (clandestino), La Revista Social, La

1) El Proletariado militante, S. 59—64.

2) A. a. O. S. 62—63.

Bandera Roja, La Anarquía, hasta La Idea Libre en 1896, ... La Revista Blanca y su Suplemento... "[und Tierra y Libertad etc.]

In Madrid hatten sich intelligente junge Arbeiter im Fomento de las Artes (einer Art Klub und université populaire) und durch die Septemberrevolution kennen gelernt; FANELLI wurde durch republikanische Bekannte an diese Kreise gewiesen und war so glücklich, bald in TOMÁS GONZÁLEZ MORAGO¹⁾, einem selbständigen Graveur, einen für alles radikale enthusiastischen, vielfach bekannten und tätigen Mann zu finden, der die besten Leute zu Besprechungen mit ihm einlud. Bei dem Republikaner RUBAU DONADEU sprach FANELLI zum erstenmal in eindrucksvoller Weise über die soziale Frage und die Internationale²⁾. Nach 3 oder 4 solchen Abenden und vielen Gesprächen, bei denen er die Statuten der Internationale, das Programm und Règlement der Alliance, Statuten Schweizer Arbeitervereine [jedenfalls von Genfer Fachsektionen und Kooperativen], einige Zeitschriften, darunter den französischen Kolokol mit B.s Berner Reden vorlegte, wurden am 21. XII. 1868³⁾ von 21 Personen⁴⁾ der Núcleo organizador provisional gebildet und Statuten akzeptiert⁵⁾. Aus ihrer Zahl nenne ich (weil diese Namen später wiederkehren) ANGEL CENEGORTA, FRANCISCO MORA, ANTONIO CERRUDO, ENRIQUE BORREL, ANSELMO LORENZO, JOSÉ POSYOL, JULIO RUBAU DONADEU, ANGEL MORA, BENITO RODRIGUEZ, FRANCISCO CÓRDOBA Y LÓPEZ (periodista), JUAN JALBO, TOMÁS GONZÁLEZ MORAGO⁶⁾.

Am 24. I. 1869 versammelte man sich zur Annahme des Programms [d. h. der Statuten und considérants] der Internationale und Konstituierung des Núcleo provisional fundador de

1) Über diesen in den marxistischen Publikationen so beschimpften, in Spanien bis heute hochgeschätzten Mann vgl. LORENZO a. a. O. S. 26—29, GUILLAUME, a. a. O. II, 54 n. 2; meine Biogr. Anm. 2126.

2) LORENZO a. a. O., S. 35—37.

3) MORA a. a. O., S. 50.

4) Ihre Namen LORENZO a. a. O., S. 38—39.

5) MORA a. a. O., S. 50.

6) Die meisten dieser Gründer des Núcleo und FANELLI sind auf einer Gruppenphotographie (LOR. S. 38) zu finden, die in La Huelga General, Barcelona, I, n. 5 (25. XII. 1901) mit einer prägnanten Charakteristik der Gruppe, wohl aus LORENZOS Feder, reproduziert ist.

la Asociación Internacional, der in 3 Kommissionen von je 7 Personen zerfiel: für lokale, provinzielle und internationale Beziehungen, für Propaganda und die Gründung einer Zeitschrift und zur Statutenausarbeitung; Präsident wurde ANGEL CENEGORTA, Sekretäre ENRIQUE BORREL und FRANCISCO MORA¹⁾. Nun traten in dem noch sehr gemischten Núcleo innere Schwierigkeiten ein²⁾. RUBAU DONADEU suchte Anschluß an republikanische Führer; einige „iniciados en el carbonarismo andaluz . . . querían fundar una organización autoritaria y secreta con objeto de imponer carácter revolucionario socialista á la futura república, que juzgaban muy próxima“³⁾; andere waren von der Freimaurerei fasziniert; doch wurden all diese Strömungen überwunden.

Nach LAFARGUE⁴⁾ klagten nun dessen Genossen in der Madrider Versammlung vom 9. VI. 1872 „que se habian remitido desde Ginebra cartillas con título de sócios á Morago, á Cordova y Lopez . . . y a Rubau Donadeu“, worauf der damalige Präsident der Sektion Madrid, Jalvo [Jalbo], demissioniert habe, „porque no queria formar parte, segun dijo, de una sociedad dentro de la qual existia otra sociedad secreta cuyo objeto le era desconocido“; ebenso MORA (S. 55) („graves disensiones“); FANELLI „dejó . . . algunos afiliados á la Alianza; pero . . . no se constituyó ninguna sección“ S. 53; MORA besitzt ein solches „Mandat“, das vom 5. III. 1869 aus Genf datiert und von B. als Präsident der „Alianza“ unterzeichnet sei (S. 126, n. 1).

Hier handelt es sich um Mitgliedskarten der internationalen Alliance de la Démocratie socialiste, der vom Generalrat am 20. XII. 1868 nicht anerkannten Organisation, die sich aber erst nach Erhalten des Londoner Briefs vom 20. III. 1869 als solche auflöste, so daß B., der Präsident des Bureau, noch am 5. III. nach Angaben FANELLIS, der damals bei ihm war,

1) Näheres MORA a. a. O., S. 51—52, nach La Solidaridad N^o 1—2; die Genfer Adresse vom 21. X. 1868 wurde dann beantwortet, s. Egalité, Genf, 20. III. 1869.

2) Ebenda S. 64 ff., 72—82, MORA a. a. O. S. 54—55.

3) Ebenda S. 72.

4) A los Internacionales de la Region Española (Madrid, 27 de Junio de 1872). Madrid, in-16^o, S. 23.

diese Karten, denen eine mündliche Aufnahme durch FANELLI vorausgegangen sein mag, ausstellen konnte¹⁾.

Im Juli 1869 wählte sich der Núcleo ein einheitliches Komitee und am 20. IX. wurde das Statut der Sección organizadora central provisional de España akzeptiert, die sich der Organisation der Internationale in ganz Spanien widmete²⁾.

Wo blieb der Londoner Generalrat? Er rührte sich nicht; denn:

„no recuerdo, schreibt LORENZO, S. 116, cuanto tiempo pasamos, mucho sin duda, sin saber nada del Consejo general, ni obtener contestación á nuestras comunicaciones; tengo sobre el particular muy vagos recuerdos, pero juraría que de Londres no nos vino por entonces ni un consejo, ni una chispa de excitación entusiástica, . . .“³⁾.

MORAGO ist der Verfasser des Manifests vom 24. XII. 1869, eines glühenden Appells für die Internationale:

Manifiesto de los trabajadores internacionales de la sección de Madrid á los Trabajadores de España (Madrid, 1869, 2 S., fol. 4).

Am 15. I. 1870 erschien La Solidaridad, deren Programm

1) Die Protokolle der Alliance-Sektion enthalten folglich über diese Aufnahme der Spanier nichts; wohl aber wurden ihre Namen in die Listen der Sektionsmitglieder hinübergenommen; diese enthalten (Biogr. S. 308): CORDOVA Y LOPEZ, JOSÉ RUBAU [DONADEU] und „Cena Gorta, tailleur“ [ANGEL CENEGORTA, sastrer] und keinen anderen Namen; denn MORAGO wurde erst am 27. XI. 1869 Mitglied der Sektion. — Am 11. III. 1869 läßt B. auch an die vier hier genannten den Progrès (Loche) schicken (GUILLAUME, a. a. O. I. 139, note 3); ferner an die beiden PELLICER in Barcelona, RAFAEL ESCARDÓS Y GARCIA in Tortosa (bei Barcelona) und ALFONSO SALVADOR in Valencia; dies sind also alle, die er damals in Spanien für die Internationale interessieren zu können glaubte, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß er auch die französischen Sprachkenntnisse der einzelnen im Auge haben mochte.

2) Näheres bei MORA a. a. O., S. 55—57.

3) FRANCISCO MORA wird von VIÑAS daran erinnert, daß er „hablándome de sus primeras correspondencias, me decia que se le (dem Generalrat) habia dado una buena leccion al contestarle“ (Brief vom 3. VIII. 1872, Cuestión de le Alianza, [Herbst 1872], S. 2).

4) Vgl. LORENZO a. a. O., S. 116—123, MORA a. a. O., S. 59—60; meine Biogr. Anm. 2126; von den Komiteemitgliedern hebe ich hervor: ANGEL MORA, FELIPE MARTÍN, ENRIQUE BORREL, HIPÓLITO PAULY, ANSELMO LORENZO, FRANCISCO MORA und MORAGO.

LORENZO schrieb¹⁾. In einem mit F. GARRIDO abrechnenden Artikel wird jede Wahlpolitik seitens der Arbeiter absolut zurückgewiesen²⁾;

„... Los trabajadores hoy no debemos hacer otra cosa que organizarnos y propagar los principios de La Internacional.“ Wenn diese Ideen allgemein akzeptiert seien, dann werde man sich der von GARRIDO vorgespiegelten Posten (der politischen Macht) bemächtigen — „no para ocuparlos, sino para destruirlos, destruyendo con ellos todo gobierno autoritario, é implantando sobre sus ruinas la Anarquía, ó seu la libre federación de libres asociaciones obreras agricolas é industriales“³⁾.

Die Internationale breitete sich nun in Spanien schnell aus⁴⁾, so daß FRANCISCO MORA die Idee eines Kongresses faßte, welchen Vorschlag die Sektion Madrid am 14. II. 1870 akzeptierte⁵⁾.

Beziehungen mit B., FANELLI etc. sind aus dieser ganzen Zeit nicht bekannt; nur MORAGO schrieb am 24. X. 1869 um Aufnahme in die Genfer Alliancesektion⁶⁾. Am 13. I. 1870 werden mehrere Briefe von ihm verlesen: er fragt um

„notre avis sur la marche qu'il veut suivre comme membre de l'Internationale [et] de l'Alliance et qui conseille à suivre aux autres membres de... concernant la question jusqu'à quel point les deux... associations ont à se mêler de la politique ou si elles n'ont pas du tout à s'en mêler“.

Es wird ihm im Sinn von Ausführungen PAUL ROBINS in strikt antipolitischen Sinn geantwortet⁷⁾, daß beide Gesellschaften

„ne doivent se mêler que de la politique destructive, pour mettre à la place de l'ordre social actuel un nouvel ordre social où le travailleur jouira plein et entier du fruit de son travail, ce qui ne sera pas possible aussi longtemps que l'édifice gouvernemental politique actuel ne sera pas remplacé

1) LORENZO a. a. O., S. 124—126. Unterzeichnet von ihm, H. PAULY, F. MORA, MORAGO und drei andern.

2) LORENZO a. a. O., S. 128—133.

3) Die letzten Worte „la libre federación...“ wurden bekanntlich von B. oft und oft gebraucht.

4) LORENZO a. a. O., S. 137; MORA a. a. O., S. 61—62.

5) LORENZO a. a. O., S. 137 f.

6) Biogr., S. 308, 386, 400, 431. Sein an FANELLI gerichteter Brief kam erst am 27. XI. dem Komitee zu, das ihn akzeptierte; in der Liste erscheinen B. und SENTINON als seine Garanten. — Am 4. II. 1870 schreibt ihm CELSO GOMIS (für das Komitee der Sektion) „en lui demandant note des individus de l'Alliance de cette ville (Madrid)“, der beste Beweis für das Fehlen direkter Beziehungen mit denselben.

7) 14. I. 1870, Biogr. S. 386.

par une autre organisation basée sur l'égalité la plus absolue". — (Am 20. V. 1870 wurde ihm wieder geschrieben.)

Die wahrscheinlich vom X. 1869 datierende Chiffrenliste ¹⁾, die B., was Spanien betrifft, augenscheinlich mit SENTIÑON und FARGA PELLICER damals persönlich vereinbarte, enthält neben diesen beiden und J. L. PELLICER (Barcelona) die Madrider Namen von RUBAU DONADEU, CÓRDOVA Y LÓPEZ, ANGEL CENEGORTA, dann BENITO RODRIGUEZ, LORENZO ASPRILLO, POSYOL und MORAGOS Namen in seiner ursprünglichen Form Tomás González, dann ANTONIO CERRUDO, alle vom ersten Núcleo. Dies sind vielleicht nur die von FANELLI am meisten hervorgehobenen Personen? ²⁾

Auf solche vereinzelt Fälle scheinen sich, wie ihre nähere Betrachtung zeigt, die Madrider „bakunistischen“ Beziehungen bis Anfang 1870 zu beschränken, während die Ideen der die spanische Bewegung damals so kräftig fördernden Madrider Internationale ganz die B.s und seiner Freunde waren.

* * *

Die Anfänge der Internationale in Barcelona erzählt der Republikaner JUAN SALAS, die einzige mir bekannte direkte Quelle ³⁾. Dort, wo seit vielen Jahren Gewerkschaften bestanden, hatte sich das Centro Federal de las Sociedades Obreras gebildet (X. 1868 ⁴⁾), das noch an den Wahlen mit den foederalistischen Republikanern teilnahm, die einen Arbeiter, P. ALSINA, zuließen, der den Madrider Internationalen nichts weniger als imponierte ⁵⁾. FANELLI kam nach Barcelona (I. 1869) mit Madrider Empfehlungen, besonders RUBAU DONADEUS und sammelte 20—25 Per-

1) O. TESTUT, *L'Internationale et le Jacobinisme au ban de l'Europe*. Paris 1872, I, S. 131—138; vgl. GUILLAUME, a. a. O. I. 244—246.

2) Daß SENTIÑON, der in Barcelona lebte, besondere Madrider Beziehungen gehabt hätte, könnte höchstens aus B.s Brief vom 23. X. 1870 an ihn geschlossen werden, in welchem B. ihm rät „à tous nos amis de Madrid“ zu schreiben, jetzt nicht nach Frankreich zu kommen, wo die Revolution fehl geschlagen hatte. Doch war dies lange nach der Reise der Madrider zum Kongreß von Barcelona.

3) In MAGALHÃES LIMAS, *O Socialismo na Europa*. 1892. S. 311 ff.

4) Vgl. den Bericht der Delegierten derselben, R. FARGA PELLICERS und G. SENTIÑONS an den Basler Kongreß (C.-r du IV^me Congrès . . ., S. 44—48)

5) LORENZO a. a. O., S. 64—66.

sonen um sich, darunter JOSÉ LUIS PELLICER, RAFAEL FARGA PELLICER, VILARDAGA, RAMON CARTANA u. a., mit denen er in J. L. PELLICERS Atelier die erste Versammlung abhielt und den Núcleo bildete, dessen Präsident und Sekretär die beiden PELLICER wurden.

Diese Gruppe verstärkten bald der Arzt GASPAR SENTIÑÓN¹⁾, der Student der Technik von Sevilla TRINIDAD SORIANO, die Mediziner GONZÁLEZ DE MENESES [Y FERRÁN] aus Cádiz und J. GARCIA VIÑAS aus Malaga und der catalonische Advokat RIUS²⁾; diese und die beiden PELLICER organisierten sich geheim als Alianza³⁾. — Während der Kongreß des Centro vom 13. XII. 1868 die Unterstützung politischer Parteien freigestellt, habe sich der von (Ende) 1869 für die Internationale erklärt und auf R. FARGA PELLICERS, SENTIÑONS und ANTONIO MARSAL ANGLORAS Antrag die der Politik freundlichen Beschlüsse aufgehoben. Das Centro wandelte sich dann in das Centro local der Internationale um (4. II. 1870) etc.

FANELLI ging also wie in Madrid vor und fand besonders in RAFAEL FARGA PELLICER eine glänzende Kraft⁴⁾. Während in Madrid bald ein journalistischer Streber, JOSÉ MESA, sich der Internationale beigesellte und sie zur Politik hinüberleiten wollte,

1) SENTIÑÓN und mehrere der nächsterwähnten werden in LAFARGUES spanischer Broschüre und in L'Alliance, der Broschüre von ENGELS—MARX—LAFARGUE—UTIN, persönlich verunglimpft, was meist im einzelnen an vielen Stellen meiner Biographie B.s und in GUILLAUMES L'Internationale beleuchtet und richtig gestellt ist. Ich kann daher all diese Anwürfe hier bei Seite lassen. Wenn aus SORIANO, Techniker, der Ingenieur wurde, den LAFARGUE als „professor de ciencias“ bezeichnet, die Alliance-Broschüre (S. 40, Anm.) „professeur de sciences . . . occultes“ macht, so sieht man, wie dieses Spiel des Schimpfens um des Schimpfens willen betrieben wurde. — Ich muß auch auf biographische Angaben aus wirklichen Quellen aus Raum-mangel verzichten.

2) LORENZO (S. 146) nennt HERRÁN (Student aus Andalusien, S. 183) SORIANO, SENTIÑÓN, VIÑAS, RIUS, HUGAS Y MENENDEZ. MORA (S. 53) nennt die von J. SALAS genannten, diesen sichtlich kopierend, aber doch dadurch diese Quelle anerkennend.

3) Vgl. unten S. 236 oben.

4) Die Listen der Allianzesektion enthalten die beiden PELLICER als „fondateurs“ und notieren ferner „2 livrets délivrés à FARGA PELLICER sans noms“ (Biogr., S. 308, 309).

schließen sich in Catalonien und Südspanien junge Studenten der Bewegung an und bleiben ihr, wie VIÑAS, durch viele Jahre unter den schwierigsten Verhältnissen treu.

Am 2. V. 1869 konstituierte sich die Sektion Barcelona¹⁾, am 1. VIII, begann als Organ des Centro La Federación zu erscheinen, die sich in der ersten Nummer noch für die Föderativrepublik erklärte²⁾. Diese Lage, in welcher eben ein kleinerer Teil der Arbeiter den übrigen schon voranging, ohne einen Bruch zu provozieren, um eben alle vorwärtszubringen (was ja auch gelang), — diese Lage also, schildert R. FARGA PELLICERS Brief vom 1. VIII. 1869 an B., den ich 1903 veröffentlichte, in klarster Weise³⁾.

B. hatte an RUBAU DONADEU und R. FARGA PELLICER geschrieben, augenscheinlich für die Gruppen von Madrid und Barcelona, ohne wohl zu wissen, daß RUBAU nicht die in der Sektion Madrid damals schon durchgedrungene, wirklich sozialistische Richtung vertrat. Es handelte sich zunächst um Beschickung des Basler Kongresses und FARGA legte den Brief dem Centro Federal vor, dessen Sekretär er war und für welches ja dann auch er und SENTIÑON als Delegierte in Basel erschienen. Die Erklärungen, die er B. gibt, zeigen, daß dies sein erster Brief an ihn ist. Er schildert den allmählichen Übergang des Centro zum Sozialismus, durch ihn und einige Freunde befördert, aber noch nicht definitiv erfolgt, wie auch die „Federación“ den Sozialismus „de una manera prudente“ vertreten werde; doch will er B.s Schriften aus dem „Progrès“ abdrucken und bittet um Artikel über die Abschaffung des Staates, des Erbrechts etc. — Er war auch Sekretär der Sektion Barcelona der Internationale, die noch keinen Delegierten schicken könne, „porque somos pocos y pobres“; auch die Kotisation war noch nicht nach London geschickt worden.

1) *Egalité* (Genf), 22. V. 1869; MORA a. a. O., S. 53—54. — S. auch *Progrès* (Locle), 1. V. 1869.

2) *Egalité* 14. VIII. 1869; LORENZO a. a. O., S. 123.

3) *Almanaque de La Revista blanca y Tierra y Libertad para 1904* (Madrid), S. 44—47; Carta inédita di R. FARGA PELLICER á MIGUEL BAKOUNINE.

„En la sesion del domingo próximo comunicaré á mis amigos de l'Internationale (seccion de Barcelona) vuestra carta y vuestro deseo que los mas demócratas, socialistas y radicales formen parte de la Alianza. Por lo que á mi toca, acepto completamente todo lo consignado en el librito que me ha enviado.“

Hier handelt es sich, was die Alliance betrifft, einfach um den Eintritt in die Genfer Sektion, deren neuerschienenes Mitgliedsbuch und Beitrittsformel (adhésion) damals verbreitet wurden¹⁾. Dieser Brief beweist also klar, wie sich B. und die spanischen Internationalen noch fremd gegenüberstanden, so nahe sich die Hauptvertreter der letzteren B.s Ideen fühlten.

Als dann Ende VIII. 1869 R. FARGA PELLICER und G. SENTIÑON B. in Genf kennen lernten, müssen sie sich desto schneller persönlich völlig geeinigt und befreundet haben. Am 28. VIII. wird SENTIÑON im Komitee der Sektion von B. und PAUL ROBIN eingeführt und am 29. nimmt ihn die Sektion auf und wählt ihn zu ihrem Delegierten zum Basler Kongreß, über den er am 18. IX. der Sektion berichtet. Wichtiger ist, daß er und FARGA PELLICER in B.s intimen Kreis traten²⁾, also volle Gelegenheit hatten, über das Verhältnis von Internationale und Alliance und die engere Tätigkeit der „alliés“ oder „frères“ unterrichtet zu werden. Trotz der formellen Ausdrücke in der damaligen Chiffrenliste³⁾ nehme ich an, daß seit den Vorgängen in Chaponeyre, Anfang 1869, schon seine große unmittelbare Schweizer und

1) Section de l'Alliance de la Démocratie socialiste. Livret de membre. (Genève, 20 und 4 S., 8^o), enthaltend das am 24. IV. angenommene Règlement. Die Sektion konstituierte sich definitiv am 26. VI., wobei alle Mitglieder die adhésions unterzeichneten. ECCARIUS' Brief vom 28. VII. teilte der Sektion ihre einstimmige Aufnahme durch den Generalrat mit. — Am 29. VII. schreibt B. an A. RICHARD in Lyon, daß ihm durch PERRON die verlangten „20 échantillons et carnets“ geschickt wurden; am 9. VIII. schrieb er an C. GAMBIZZI, daß diesem, FANELLI und FRISCIA, große Pakete mit beiden Drucksachen geschickt wurden, etc.

B. tat in diesen Wochen das möglichste zur Vorbereitung des Basler Kongreßes; so schreibt er an A. RICHARD (29. VII.): „j'ai écrit absolument à tous nos amis, partout, pour leur donner rendezvous pour le 6 septembre“ (Tag des Kongreßbeginns). Von sich selbst hatte er schon am 13. VIII. im Komitee der Sektion gesagt, „que son départ de [Genève]... aura lieu aussitôt après le Congrès de Bâle“ (Protokoll; Biogr., S. 316).

2) GUILLAUME, a. a. O. I., 220, 353.

3) O. TESTUT, a. a. O., I. S. 134.

russische Tätigkeit (Egalité, Jura, Netchaev etc.) B. davon abhielten, der geheimen Alliance einen formellen Charakter zu geben. Dies war ein Ziel für später; das nächstliegende war, tüchtige Leute für seinen intimsten Kreis wirklich zu gewinnen, wie z. B. damals J. GUILLAUME in Locle, und diesen eine ähnliche Tätigkeit naheulegen, d. h. direkten Verkehr mit den Intimen an anderen Orten und die Heranziehung tüchtiger, lokaler Elemente zu einem engeren, lokalen Kreis (alliés secret international, national, provincial, local). Mit solchen Anregungen reiste nun FARGA PELLICER nach Barcelona zurück, während SENTIÑON eine Reise nach Deutschland und Belgien machte, um sich über Waffenbeschaffung für eine Insurrection in Catalonien zu orientieren, wie GUILLAUME erzählt ¹⁾, den er nachher im Jura besuchte und mit dem er Anfang Dezember nach Lyon reiste und von dort nach Spanien. Beim Fehlen sonstiger Briefe erwähne ich, was B. am 11. I. 1870 an A. RICHARD schreibt:

„Je reçois des lettres très intéressantes de M. et de M^{me} E. F. [SENTIÑON, FARGA PELLICER²⁾]. — Ils marchent bien, très bien — tout à fait dans la ligne droite la seule pratique, la seule féconde. —“

Am 7. II.: „Faut-il te dire les personnes dont je suis le plus content à cette heure, moins naturellement nos amis de M. A. S. [Rußland] — ce sont M. et M^{me} E. F. [SENTIÑON, FARGA PELLICER] — ils ont compris que pour constituer une puissance il faut l'action collective, que celle-ci est impossible sans organisation sérieuse, qui à son tour est impossible sans l'observation du règlement. — Ils l'observent et ils font des progrès inouis . . .“ Ähnlich an JOUKOWSKI am 5. V.³⁾.

Man kann die damaligen Ideen der beiden Spanier aus ihrem Brief an den Kongreß von La Chaux de Fonds (Barcelona, 31. III. 1870) und aus SENTIÑONS Brief an VARLIN (10. IV.) näher kennen lernen:

„nous voulons voir la justice établie le plus tôt possible, en cinq ou dix ans, et pour cela nous marchons droit au but sans dévier en ne nous occupant d'autre chose que de l'organisation des sociétés ouvrières . . .“⁴⁾.

Waren also jetzt einige der hervorragendsten Internationalen in Barcelona in vollem Kontakt mit B., so konnte man in Madrid,

1) A. a. O., I. 242—245; Biogr., Suppl. Anm. 4386.

2) Die Chiffrenliste (O. TESTUT, a. a. O., I 131—138) ermöglicht das Verständnis dieses Briefes.

3) Biogr. S. 401.

4) La Solidarité (Neuchâtel), 23. IV. 1870; O. TESTUT, a. a. O. I., 412—413.

seit dem Frühjahr 1870 wenigstens über die Genfer Alliance-sektion unterrichtet sein, da deren zeitweiliger Sekretär CELSO GOMIS im Mai Sekretär der Propagandakommission der Sektion Madrid war; doch ist mir über sein weiteres Verhalten nichts bekannt¹⁾. Das wesentliche ist der große Aufschwung der Bewegung, die rapide Verbreitung der Internationale in jenem Winter, die überall die anarchistisch-kollektivistischen Ideen zum Ausdruck brachte. So schrieb z. B. damals oder etwas später El Obrero, das Organ der Föderation von Palma (Insel Mallorca): „somos en política anarquistas, en economía colectivistas y en religión ateos²⁾.“ Das Programm der Alliance hatte den Spaniern eben gerade das geboten, was sie selbst am meisten fühlten und wünschten: Abwendung vom Staat und den politischen Strebern aller Nuancen — Herrschaftslosigkeit und Föderation; Bekämpfung der ökonomischen Ausbeutung — Kollektiveigentum; Vernichtung des geistigen Druckes — Geistesfreiheit, Atheismus.

II.

Dies war die Situation, als FR. MORA einen Kongreß anregte, der in der Sitzung der Madrider provisorischen Zentralsektion vom 14. II. 1870 für den ersten Sonntag im Mai nach Madrid einberufen wurde³⁾. In Barcelona und Palma tadelte man aber diesen etwas vorschnellen Beschluß, der die vorhandenen Organisationen zu befragen vergessen hatte; die Madrider gaben nach

1) La Solidarité, 21. V. 1870; LORENZO, a. a. O., S. 248—249, 261. Die föderalistische Insurrektion von Ende 1869 brachte den jungen Catalanier CELSO GOMIS als Flüchtling nach Frankreich (s. Le Réveil, Paris 1869), dann nach Genf, wo er am 13. I. 1870 Aufnahme in die Alliancesektion wünscht, am 23. aufgenommen und in das Komitee gewählt, am 23. Sekretär des Komitees wird; am 18. III. ist er schon abgereist.

Unbekannt ist, wer der junge Spanier war, der gleich nach dem 4. XII. 1869 B. in Locarno besuchte, wo sich auch FANELLI befand und dann nach Genf reiste. SENTINON war damals schon über Lyon abgereist. War es etwa GOMIS und erklärt dies, wie schnell er das Vertrauen der Alliancesektion gewann? — Unbekannt ist auch der am 7. IV. 1870 von B. im Komitee der Allianzesektion vorgestellte PAULO, der über Spanien sprach, wenn er überhaupt diesen Kreisen angehörte.

2) LORENZO, a. a. O., S. 135. Vgl. auch Biogr. S. 432.

3) LORENZO, a. a. O., S. 138—139; MORA, a. a. O., S. 63—64.

und beschlossen am 13. III. eine Abstimmung durch die drei Zeitschriften von Madrid, Barcelona und Palma. Diese ergab Ende V. 15216 Stimmen von 153 Sektionen in 26 Orten; Barcelona erhielt 10030 Stimmen, Madrid 3730¹⁾, Saragossa 964, Valencia 448 etc., so daß der Kongreß nach Barcelona für den 19. VI. einberufen wurde²⁾.

Der Kongreß zählte 90 Delegierte von 150 Gesellschaften in 36 Orten, zirka 40000 Mitglieder umfassend. Unter dem Vorsitz ANDRÉ BASTELICAS³⁾, damals aus Marseille geflüchtet, eröffnete er zur vollständigen Annahme der Statuten und Kongreßbeschlüsse der Internationale, was dem Generalrat, der Grüße geschickt, freundlich mitgeteilt wurde⁴⁾. Aus R. FARGA PELLICERS Begrüßungsrede hebe ich hervor⁵⁾: „Queremos que cese el imperio del capital, del Estado y de la Iglesia, para construir sus ruinas la Anarquía, la libre federación de libres asociaciones de obreros“. LORENZO⁶⁾ bespricht den Kongreß im einzelnen; in der Minderheit blieben die republikanischen und kooperativen Richtungen. Die Internationale gab sich eine sehr feste Organisation, indem jede Fachsektion mit den übrigen lokalen Fachsektionen und der gemischten Sektion zur lokalen Föderation gehörte und mit den Sektionen desselben Fachs an allen Orten ebenfalls föderiert war; die Föderation all dieser lokalen Föderationen war die Federación Regional Española, für die der Kongreß einen Consejo federal wählte; Referent war der junge Student MENESES (Cádiz)⁷⁾. Die F. R. E. sollte am 1. IX. 1870 definitiv konstituiert werden, wofür Musterstatuten verfaßt wurden, die mit den von B. für die Fédération Romande Ende 1868 ausgearbeiteten an uns heute so beengend erscheinender Genauig-

1) Damals hatte die Madrider Internationale etwa 2000 Mitglieder (F. MARTIN in *Cuestion de la Alianza*, S. 3).

2) LORENZO, a. a. O., S. 140—141; MORA, a. a. O., S. 64, 69.

3) BASTELICA war bekanntlich B.s Vertrauensperson in Marseille; doch ging er wohl vor allem seine eigenen Wege und zeigte sich später in London etc. nicht als Charakter. Einige Briefe von ihm (TESTUT, a. a. O., I. S. 353—356) beleuchten sein etwas unstetes Wesen. Er war im VIII. 1870 noch in Spanien.

4) LORENZO, a. a. O., S. 155.

5) Ebenda S. 150.

6) Ebenda S. 141—221.

7) Ebenda S. 178—185.

keit und Striktheit wettzueifern scheinen¹⁾. Das Referat über das Verhältnis der Internationale zur Politik enthält die schärfste anarchistische Kritik des Staates und schlug eine zum Teil der Resolution des Kongresses von La Chaux de Fonds fast wörtlich entlehnte Resolution vor, die nach heftiger Diskussion, an der die Madrider Delegierten MORAGO, FR. MORA, LORENZO und BORREL großen Anteil hatten, mit 50 von 85 Stimmen angenommen wurde²⁾. (Dieser Resolution entsprechend waren die Spanier auch bereit, in dieser Frage dem allgemeinen Kongreß der Internationale, der in Mainz, IX. 1870, stattfinden sollte, vorzuschlagen, daß

„le Congrès déclare que la classe ouvrière doit employer toute son activité au mouvement social, en préparant les moyens de renverser la société actuelle et en jetant les fondements de la société future.“³⁾)

Der Consejo Federal wurde nach Madrid verlegt, bestehend aus den vier Madrider Delegierten MORAGO, FRANCISCO MORA (Sekretär), LORENZO, BORREL und MORAS Bruder ANGEL.

So war achtzehn Monate nach FANELLIS Reise die spanische Föderation wohlgegründet und man kann nur staunen, wie der selbst des spanischen unkundige Italiener in wenigen Wochen die richtigen Leute zu finden gewußt. B.s Person war nicht hervorgetreten, aber das von ihm formulierte Programm der Alliance entsprach ganz den Wünschen der spanischen Arbeiter, denen die Versprechungen der Politiker und die sozialen Reformvorschläge wie blutiger Hohn erschienen. Aus den beiden kleinen Nuclei drangen diese Ideen in hunderte von Sektionen, aber es ist begreiflich, daß die theoretische Erkenntnis mit der numerischen Verbreitung doch nicht Schritt halten konnte und dies führte, um das Programm in seiner Reinheit zu erhalten und für seine Verwirklichung durch die Internationale bewußt zu wirken, sozusagen mit Naturnotwendigkeit zur Gründung der spanischen

1) Reglamentos Típicos aprobados por el primer congreso obrero de la Región Española de la Asociación Internacional de Trabajadores celebrado en Barcelona á 19 Junio de 1870 (Barcelona, 1870, 48 S., 8°).

2) LORENZO, a. a. O., S. 186—198; GUILLAUME, a. a. O., II. 15, 54.

3) La Federación (Barcelona), übersetzt in La Solidarité (Neuchâtel), 3. IX. 1870; auch GUILLAUME, a. a. O., II. S. 77—78.

Alianza, die „unos dos meses antes del Congreso de Barcelona“¹⁾ (also im IV. 1870) in Barcelona stattfand.

Wer den bisherigen Ausführungen gefolgt ist, wird diese Gründung ansehen wie eine reife Frucht, die vom Baum fällt und über die MARXSche Gespensterseherei lachen, die in dem allen die Ausführung der Befehle mysteriöser Zentren in Genf oder Locarno sieht.

Die Verbreitung der Internationale in Catalonien, Andalusien, etc. und die Nähe des ersten Kongresses legten eine solche Gründung nahe, zu der Name und Programm schon vorhanden waren, ebenso in RAFAEL FARGA PELLICER und G. SENTIÑON Personen, welche B.s intime Gedanken und Wünsche auf diesem Gebiet kannten. — Nur als ganz persönliche Vermutung spreche ich aus, daß die recht willkürliche Einberufung des Kongresses nach Madrid durch die dortige provisorische Zentralsektion die Catalonier und ihre südspanischen Freunde veranlaßte, sich zusammenzuschließen, um sich gegen Majorisierung oder sonstige Beeinflussung durch die Madrider zu schützen? Die erste Kraftprobe (zirka 10 000 für Barcelona, 3000 für Madrid), war sie schon eine Folge dieses Zusammenschlusses oder wurde man durch diese Vorgänge unwillkürlich dazu gebracht, sich dauernd zu organisieren? Die Kongreßelaborate wurden schon in der Alianza vorbereitet;

... „en la preparación del Congreso en el seno de la Alianza de la Democracia Socialista, donde se elaboron los dictámenes, proposiciones de necesidad probable y reglamentos, cuyo trabajo era imposible que lo realizara un congreso que debía durar ocho días“²⁾ ...

Der Kongreß nahm einen so glücklichen Verlauf, daß jedenfalls die Alianza an Prestige gewann und durch zurückkehrende Delegierte im Lande weiter verbreitet wurde. Daß es sich nicht um eine Beherrschung der Internationale handelte, zeigt wohl, daß die sicher in der Mehrheit befindlichen und über die Alianza

1) Cuestion de la Alianza, S. 4. Die ersten Propagandisten, heißt es dort in längeren Worten, sahen, daß es, angesichts der Hindernisse, notwendig war, daß sie sich untereinander verständigten, um durch die Gleichzeitigkeit ihrer Bemühungen deren Wirkung zu vervielfältigen. Dadurch existierte also die Alianza de facto schon vor ihrer formellen Gründung.

2) LORENZO, a. a. O., S. 181.

verfügenden Catalonier die Madrider Delegierten zum Föderalrat wählten.

Programm und Statuten der *Alianza de la Democracia Socialista* wurden, aus später zu besprechenden Gründen, in der *Federación* (Barcelona), 4. VIII. 1872, daraus in *La Razón* (Sevilla), 10. VIII., *El Condernado* (Madrid), 12. VIII. und in *Cuestion de la Alianza* (Barcelona, Herbst 1872, 6 S., fol.) veröffentlicht¹⁾, unterzeichnet von den Mitgliedern der Gruppe von Barcelona: J. GARCIA VIÑAS, PEDRO GAYU, ALERINI, A. MARINÉ, G. ALBAJÉS, JUAN SANCHEZ, J. PADRÓ, JOSÉ PAMÍES, JAIME BALASCH, R. FARGA PELLICER, MIGUEL BATLLE, F. ALBAJÉS, ANTONIO PELLICER (Barcelona, 1. VIII. 1872)²⁾.

Das Programm der früheren *Alliance internationale*, teils übersetzt, teils sorgfältig verbessert liegt dem der *Alianza* zugrunde:

„1. La Alianza quiere ante todo la abolicion definitiva y completa de las clases y la igualdad económica y social de los individuos de ambos sexos. Para llegar á este objeto, pide la abolicion de la propiedad individual y del derecho de heredar, á fin de que en el porvenir sea el goce proporcionado a la produccion de cada uno, y que, conforme con las decisiones tomadas por los últimos Congresos de Bruselas y de Basilea, la tierra y los instrumentos del trabajo como qualquier otro capital, llegando á ser propiedad colectiva de la sociedad entera, no puedan ser utilizados mas que por los trabajadores, es decir, por las asociaciones agricolas e industriales.

2. (Erziehung), unverändert.

3. Enemiga de todo despotismo, no reconoce ninguna forma de Estado³⁾, y rechaza toda accion revolucionaria que no tenga por objeto inmediato y directo del triunfo de la causa de los trabajadores contra el capital; pues quiere que los Estados políticos y autoritarios actualmente existentes se reduzcan á simples funciones administrativas de los servicios públicos en sus paises respectivos, estableciéndose la union universal de las libres asociaciones, tanto agricolas como industriales.

1) Auch in *Revista social* (Madrid), 7. II. 1884 und daraus in meiner *Biogr.*, S. 429—430. Vgl. auch J. GUILLAUME, I. c., II., S. 270 ff.

2) G. SENTIÑÓN gehörte der Gruppe seit Mitte 1871 nicht mehr an und ALERINI, heißt es, war acht Monate in Spanien (er war im IV. 1871 aus Marseille geflüchtet), bevor er, also Ende 1871, in die ihm bis dahin unbekannte Gruppe aufgenommen wurde (ebenda).

3) Der französische Urtext sagt hier: „ne reconnaissant d'autre forme politique que la forme républicaine et rejetant absolument toute alliance réactionnaire“.

4. (Internationale Solidarität), unverändert.

5. La Alianza se declara atea; quiere la abolición de los cultos, la sustitución de la ciencia á la fé y de la justicia humana á la justicia divina (unverändert).

Nach den Statuten besteht die Alianza aus Mitgliedern der Internationale „y tendrá por objeto la propaganda y desarrollo de los principios de su programa, y el estudio y práctica de todos los medios propios para alcanzar la emancipación directa é inmediata de la clase obrera“ (1). „A fin de conseguir los mayores resultados posibles y de no comprometer la marcha de la organización social, La Alianza será eminentemente secreta“ (2). Aufnahme auf Vorschlag eines Mitglieds, nach einer Enquête, durch Stimmenmehrheit (3) und Akzeptierung des Programms (4). „La Alianza influirá cuanto pueda en el seno de la federación obrera local, para que no tome una marcha reaccionaria ó antirevolucionaria (5). Wöchentliche Versammlungen (6), mit einem Präsidenten für die Sitzung und einem Sekretär, der sein Amt bis zur nächsten Sitzung behält (7). Mehrheitsbeschlüsse sind für alle bindend (8). Ausschluß durch Mehrheitsbeschluß ohne Angabe von Gründen (9). Gegenseitiger Schutz (10). Wochenbeitrag von 50 centavos (11). Für hier nicht bestimmtes gelten die Regeln aller demokratischen Vereine (12). Statutenveränderungen bedürfen einer Zweidrittelmajorität (13).

Es wird noch bemerkt¹⁾, daß „La Alianza era completamente democrática, pues ni aun comité regional tenía, sino que todas las secciones se comunicaban y consultaban entre sí.“ Es bestanden also nur an den verschiedenen Orten numerisch sehr schwache Gruppen, die unter sich, durch Briefe und Zirkulare, die aktuellen Fragen der Propaganda, Taktik etc. besprachen, zu Mehrheitsbeschlüssen gelangten und dann im Sinn derselben in der lokalen Internationale tätig waren, was ihr gutes Recht war. Was selbst LAFARGUE²⁾ von der Tätigkeit seiner Freunde in der Alianza sagt, gilt eben von allen: daß sie

„no veían en la Alianza otra cosa que un medio de agrupar y organizar los elementos más enérgicos de la clase trabajadora, á fin de que, se sonaba la hora de las persecuciones, hubiese formados grupos de hombres decididos á resistirla, á mantener el fuego sagrado y á reconstituir la Internacional tan luego como las circunstancias lo permitiesen.“

* * *

„La Alianza“ — sagen ihre früheren Mitglieder³⁾ — „ha influido sobre la marcha de La Internacional en España . . . por la bondad y el radicalismo

1) Cuestión, S. 5.

2) A los Int., S. 25 (27. VI. 1872).

3) Cuestión, S. 5.

de las soluciones que ha adoptado y que sus miembros han propuesto á sus respectivas federaciones. Ellos son los que fundaron las primeras y mas importantes federaciones locales, ellos los mas perseguidos en épocas críticas, de ellos han salido los proyectos de la organizacion que existe en España.“

Ich habe hier nicht die zerstreuten Bruchstücke über die Alianza zu sammeln, die uns deren verlorene, reiche innere Geschichte nicht ersetzen können. Das meiste, das bekannt wurde, bezieht sich auf Streitfragen, weil es eben bei deren Erörterung teils in skandalöser, denunziatorischer Weise, teils zur Abwehr ans Licht gebracht wurde; daneben läuft natürlich die ganze regelmäßige Tätigkeit der Alianza und ihrer jeweiligen späteren Form, von der wir nur das Resultat in der sehr großen Verbreitung der Internationale in Spanien, in ihrem einmütigen Festhalten am kollektivistischen Anarchismus und in ihrer Auferstehung (in anderer Form) nach mehr als siebenjähriger Unterdrückung und geheimem Weiterbestehen sehen.

„Après le Congrès . . . à Barcelone . . . l'Alliance s'établit à Palma, Valencia, Malaga et Cadix. En 1871, des sections se fondèrent à Séville et à Cordoue¹⁾“, schreibt die ENGELS-LAFARGUESCHE Broschüre L'Alliance (S. 30—31), eine interessante Angabe, wenn aus guter Madrider Quelle stammend, doch zeugen ENGELS' Äußerungen über Spanien im Briefwechsel mit F. A. SORGE und in seinem offiziellen Bericht an den New Yorker Generalrat²⁾ von solcher Flüchtigkeit, daß jede seiner Angaben einer Nachprüfung bedarf und, wo wie hier das Material für eine solche fehlt, die Angabe eben nur als der denkbar trübsten Quelle entstammend betrachtet werden kann.

Mich beschäftigt hier die Frage des Verhältnisses B.s zu dieser Alianza, die eben die marxistischen BAKUNINFRESSER ganz als ein Werkzeug in dessen Hand darstellen. Feststehend ist, daß der in der Verteidigung der freiheitlichen Richtung der Internationale neben B. an erster Stelle stehende JAMES GUILLAUME, der in jenen Jahren mit B. in engster Verbindung war und allen romanischen Bewegungen mit besonderer Vorliebe

1) Äußerungen der Internationale von Cadiz, Córdoba, Barcelona, Palma und Villa-Cárlos (Mallorca) über die Tätigkeit der Alianza liegen in Cuestion, S. 5 vor.

2) Briefe an F. A. SORGE. Stuttgart 1906. S. 66 ff.

folgt, auch der Sprachen kundig und noch heute interessante Zeitschriften redigierend, von der Alianza bis zu LAFARGUES Denunziation derselben, resp. den von mir erwähnten Angaben ihrer Mitglieder selbst, nichts wußte¹⁾. R. FARGA PELLICER und G. SENTIÑON, bis Ende 1871 die einzigen Spanier in B.s Intimität, waren beides ernste und reservierte Männer²⁾, die auch B., der in Fragen der spanischen lokalen Bewegung ihnen nicht wesentlich helfen konnte, nur allgemeine Angaben über die Existenz der Alianza gemacht haben mögen, ohne ihn, bis Ende 1871 mindestens, in die Verhältnisse im einzelnen einzuweihen. Viel eher werden sie B. die so wechselnde spanische politische Situation mit ihren revolutionären Möglichkeiten geschildert haben und er mochte die Teilnahme der Spanier an seinen Versuchen, revolutionäre Bewegungen in mehreren Ländern zu kombinieren, wünschen und anregen³⁾ — was im VIII. 1870 während des Krieges, bestimmtere Formen annahm. Damals schrieb er ja vom 9. bis 11., einem Plan, der sich in ihm gebildet, mit Fieberfeuer Folge gebend, nicht weniger als 23 lange Briefe⁴⁾, von denen mir nur ein kürzerer an A. RICHARD (10. VIII.) bekannt ist, in welchem es nach den in Anm. 3 angeführten Worten heißt:

„Mon ami, si tu veux nous sauver tous de la ruine, il faut y mettre la main aujourd'hui — j'ai écrit dans ce sens à Augustin [G. Blanc] une très longue lettre, — à James [Guillaume], à Edouard [Gambuzzi] et à François [Sentiñon] aussi. — J'ai écrit à ce dernier qu'il engage beaucoup Jérôme [Bastelica in Barcelona] à retourner chez lui [Marseille], afin d'activer cette affaire, naturellement après s'être entendu avec toi. — J'ai écrit aussi à François [Sentiñon] qu'il vienne absolument lui-même et aussi vite que possible. J'attends également Edouard [Gambuzzi] et Beppe [Fanelli]⁵⁾.“

1) GUILLAUME, a. a. O., II., 273; Mémoire jurassien.

2) GUILLAUME, a. a. O., I., S. 244, II., S. 353.

3) Vgl. z. B. B.s Brief an A. RICHARD (Lyon), Locarno, 10. VIII. 1870: „D'ailleurs voilà une belle occasion pour réaliser l'affaire que James et François [Sentiñon] t'avaient proposée à Lyon, vers la fin de l'année passée [Anfang XII. 1869] en mon nom, celle d'une grande affaire et entreprise commerciale [d. h. revolutionäre Bewegung] embrassant la Suisse, l'Italie et l'Espagne [neben Frankreich], Biogr., Suppl., Anm. 4435.

4) Brief an OGAREV, 11. VIII., Briefe (russ.), S. 300.

5) Nach einem Brief B.s vom 16. VIII. an A. RICHARD (a. a. O. Anm. 4436) schrieb FANELLI für sich und GAMBUIZZI aus Neapel, daß man in

Es ist nur bekannt, daß SENTIÑON im X. 1870 in Lyon war¹⁾, als B. sich schon, nach dem Fehlschlag der dortigen Bewegung vom 28. IX., verbergen und an seine Flucht denken mußte, die ihn, wie er am 16. X. an OGAREV schreibt²⁾, nach Barcelona oder nach Genua (Locarno) bringen mochte. Am 23. X. schrieb er an SENTIÑON in Lyon³⁾:

... „je me suis décidé de partir. Je verrai notre ami Farga avant toi, car quand tu auras reçu cette lettre, je serai en route et tout près de Barcelone et peut-être même déjà à Barcelone. Je t'y attendrai“ ...

So hätten die Ereignisse B. beinahe nach Barcelona verschlagen, wo er im Kreis der dortigen Internationale sofort eine neue revolutionäre Heimat gefunden hätte; doch kam es, aus mir unbekanntem Ursachen, zur Abreise nach Genua und von dort in die Einsamkeit von Locarno, wo ihn sofort sein großes Buch absorbierte, dessen als *Dieu et l'Etat* nach seinem Tode veröffentlichtes Bruchstück (1882) seine Ideen einer neuen Generation übermittelte.

* * *

Anfang 1871 beginnen die täglichen Notizen⁴⁾ über seine Arbeiten, Korrespondenz etc., die ich seit 1903 für das Supplement meiner Biographie benutzen konnte; sie ermöglichen eine unabhängige Prüfung, ob das bis jetzt von mir über B.s spanische Beziehungen ausgeführte im allgemeinen richtig ist:

Erst am 23. IV. 1871: (décidé de partir mardi [25.] pour Genève. Neuchâtel). — Lettre à Pellicer Farga. — Am 1. VI., aus dem Jura zurückgekehrt: trouve lettre de ... Sentiñon ... 2. écrit lettres ... à Sentiñon. 24. lettres

Italien bereit sei und selbst allein beginnen wolle. „Ils ne méconnaissent pas d'ailleurs l'immense utilité qu'apporterait une coopération générale, la formation d'une grande compagnie internationale. — Et ils me demandent si les capitalistes [d. h. révolutionnaires] du Midi de la France, de l'Espagne et d'une certaine partie de la Suisse ne voudront pas apporter aussi leurs capitaux dans cette affaire.“

1) Vgl. auch GUILLAUME, a. a. O., II, S. 111—112.

2) Briefe (russ.), S. 313.

3) Biogr., S. 516—517. B. hält die Bewegung für verloren und schreibt an SENTIÑON, „d'écrire à tous nos amis de Madrid de ne pas venir en France“. — SENTIÑON war etwa am 8. XI. in Barcelona wieder eingetroffen, während B. am 28. X. schon in Locarno war.

4) Bis Ende 1872 reichend, die Zeit vom 26. IV.—31. V. 1871 ausgenommen.

à . . . Sentiñon par Princesse¹⁾. 27. lettre . . . de Beppe [Fanelli, in Locarno] à Pellicer Farga. 3. VII. lettre de Sentiñon in der Festung [russisch]. 11. commencé lettre à Sentiñon. 12. lettre à James [Guillaume] (avec lettre de Sentiñon) par Zurich, Ponomaroff, envoyées²⁾. 24. lettre de Sentiñon. 18. VIII. écrit . . . à Sentiñon; 19 envoyé . . . mon livre à Sentiñon [L'Empire knoutogermanique]. 23 envoyé . . . Réponse à Mazzini [die italienische Broschüre *Risposta* . . .]³⁾, à Barcelone⁴⁾. 1. IX. lettre de Sentiñon. 2. XI. lettre . . . en Espagne; 15. lettre de Sentiñon.

Die Korrespondenz beschränkte sich also auf FARGA PELLICER und SENTIÑON, von denen der letztere damals aus der spanischen Bewegung ganz zurücktrat, viel angefeindet wurde, aber, wie LORENZO bezeugt, den Ideen bis zu seinem Tode (1905) treu blieb⁵⁾.

Die Vorgänge in Spanien selbst bestätigen dieses Ergebnis, indem dort eine gewisse Stagnation eingetreten war. Erst im XII. 1871, als B. sich für eine Verbreitung und Erklärung des Jurazirkulars mit solchem Eifer einsetzte⁶⁾, leben seine spanischen Beziehungen wieder auf, um dann allerdings lebhaft und dauerhaft zu werden.

III.

Die Entwicklung der spanischen Internationale vom VI. 1870 bis zur Konferenz von Valencia (IX. 1871) zeigt eine Verlangsamung⁷⁾, zu der eine industrielle Krise und Epidemien in Catalonien beitrugen. Über die Tätigkeit des Consejo Fede-

1) Die Familie MROCKZOWSKI-OBOLENSKI, die sich 1870 in Barcelona aufgehalten, war mit SENTIÑON näher bekannt.

2) GUILLAUME, a. a. O., II., S. 156.

3) Vgl. dieses „Archiv“, II., 305.

4) Dort erschien die *Respuesta de un Internacional a Mazzini*, jedenfalls aus der *Liberté* direkt übersetzt, schon in der „*Federación*“ vom 27. VIII.

5) Ich muß auf einen sein Wesen und seine Auffassung der Situation während der Pariser Kommune charakterisierenden, auch seine Isolierung zum Teil erklärenden Brief vom 17. IV. 1871 an JOUKOWSKI verweisen (Biogr., Anm. 2115), der sich auch interessant über MORAGO, damals auf einer Propagandatour in Barcelona, „un Castelar socialiste“ (als Redner), äußert. S. auch Anm. 2124 (aus ALERINIS Brief vom 2. I. 1872) und GUILLAUME a. a. O., II., S. 164, 271, Note 2 (LORENZO).

6) Vgl. dieses „Archiv“, II., 314.

7) LORENZO, a. a. O., S. 206–207. MORA, a. a. O., S. 77.

ral, die Madrider Propaganda etc., berichtet LORENZO¹⁾. Ich muß mich hier auf die Besprechung der Verhältnisse beschränken, unter denen die die ganze Internationale in jenen Jahren beherrschende Frage, der Kampf der autoritären und der freiheitlichen Richtung auch in die bisher in ihren freiheitlichen Anschauungen so einmütige spanische Internationale Eingang fand.

Personenfragen, die Verschiedenheit der Charaktere und deren Umwandlung durch den gewohnten Besitz einer gewissen Macht, Herrschsucht der einen, Apathie der andern und Empörung gegen eine solche Entwicklung bei den dritten, solche Verhältnisse scheinen die Mitglieder des Consejo Federal in Madrid und Lissabon (wohin drei von ihnen im VI. 1871 übersiedeln mußten) unter sich getrennt zu haben. Noch bevor es zum Bruch kam, ließ sich in FR. MORA²⁾ der professionelle Arbeiterpolitiker erkennen, dem Amt und Gehalt Hauptsache werden und der unfehlbar der Politik zusteuert, während LORENZO, der grundehrliche Optimist und Idealist den Dingen ihren Lauf läßt und MORAGO, der temperamentvolle Enthusiast sich empört und seine eigene Wege geht. ANGEL MORA und E. BORREL folgen F. MORAS Führung; ihre Eigenart ist mir nicht näher bekannt.

Manche Schuld trug das Milieu von Madrid, das durch den häufigen Kontakt mit Politikern in den „an die Spitze“ der der Arbeiter gebrachten Ehrgeizigen die Idee der Arbeiterwahlpolitik auslösen mochte. Ein Mann aus journalistischen Kreisen, JOSÉ MESA³⁾, wußte in die Madrider Internationale einzudringen und bereitete den Nährboden vor, auf dem dann LAFARGUE, allerdings recht kümmerlich, gedieh.

1) A. a. O., S. 201—275.

2) Ich beurteile MORA nach den Äußerungen seines eigenen engeren Genossen VICTOR PAGÉS (s. Cuestion de la Alianza, S. 2), seinem Zynismus und seiner Nachlässigkeit, die in Lissabon zum Bruch mit MORAGO führten (ebenda), nach den Einblicken in sein Wesen, die VIÑAS' Brief an ihn (3. VIII. 1872) gibt (ebenda) etc. und nach seinem Buch über den Sozialismus in Spanien (1902), das sich z. B. durch das Kapitel über die Alliance (S. 112—125) ganz auf das Niveau des unnennbaren deutschen Buchs über die Internationale stellt. — Für die Beurteilung LORENZOS und MORAGOS sind viele Umstände ihres Lebens und Mitteilungen lebender, welche sie kannten oder kennen, meine Quelle.

3) Über ihn vgl. Äußerungen seiner späteren Genossen V. PAGÉS a. a. O. MORAGO traute MORA und MESA nicht (VIÑAS, ebenda).

Endlich paßte MORA und seinen Freunden, als sie selbst der Föderalrat waren, die Existenz der Alianza augenscheinlich von Anfang an nicht, während MORAGO, der einzige, der damals mit dem Programm derselben ganz übereinstimmen mochte, für dieselbe wirkte; für MORA war sie eben eine Einschränkung und Kontrolle seiner persönlichen Macht, für MORAGO die Stütze und Stärke der Propaganda und Aktion.

Nach LAFARGUE¹⁾ wurde am 9. VI. 1872 in der Madrider Internationale erzählt, daß:

„cuando lau commencement de 1871] VIÑAS, el delegado de la Alianza de Barcelona, vino para fundar la Seccion de Madrid, de acuerdo con MORAGO que pertenecia ya á la Alianza, los individuos que componian el antiguo Consejo [F. MORA, A. MORA, A. LORENZO, BORRELL etc., L'All.] y varios otros que fueron convocados al efecto, se opusieron á su constitucion, considerándola un peligro si era secreta, y una organizaci6n inútil si era pública; que el delegado de Barcelona se volvió sin haber conseguido establecer la seccion de Madrid, y que desde este momento se empezó á notar una friedad marcada . . . entre MORAGO y los otros, hasta el punto de que BORRELL . . . al salir de aquella reunion pronunció estas palabras proféticas: „Desde hoy toda confianza la muerto entre nosotros“.

Als nach dem Fall der Commune von Paris Verfolgungen der Internationale bevorzustehen schienen, übersiedelten MORA, LORENZO und MORAGO mit den Papieren der Gesellschaft nach Lissabon²⁾, beschlossen am 3. VI.³⁾; auf die beiden in Madrid zurückbleibenden Mitglieder war nicht mehr zu rechnen⁴⁾. In Lissabon seien dann, nach der von LAFARGUE wiedergegebenen Darstellung MORA und LORENZO von der Idee überzeugt worden „que solo la Alianza podia salvar la organizaci6n en aquellos momentos de peligro“; durch ihre Initiative und mit ihrem Beitritt sei damals (von Lissabon aus) die Sektion Madrid gegründet worden; — MORAGO aber, der den Anstoß gab und allein Beziehungen mit der Alianza gehabt, hätte in die neuen Elemente kein rechtes Vertrauen gehabt, was sich aber schon auf die Zeit nach dem Eintritt des ganzen neuen Consejo Federal in die Madrider Alianza bezieht⁵⁾.

1) A los Int., S. 23—24. (L'Alliance [1873], S. 31).

2) LORENZO a. a. O., S. 276 ff.

3) MORA a. a. O., S. 86.

4) LORENZO a. a. O., S. 298; MORA a. a. O., S. 86.

5) S. unten S. 278.

Jedenfalls schien damals MORA für die Alianza gewonnen, wie sein Brief vom 10. VIII. 1871 (Lissabon) an die Alianza-sektion von Valencia zeigt¹⁾, eines der wenigen bekannt gewordenen Dokumente aus dem inneren Leben der Alianza:

„Queridos MONTORO, ROSELL y demás miembros de la A. Despues de vencer las dificultades que á ello se oponian, hemos logrado constituir una seccion de la A. en esta ciudad [Lissabon], á la qual seguirá pronto la constitucion de la federacion local lisbonense de la Asociacion Int. de los Trabajadores. Este será el gérmen de la nueva idea en la región portuguesa, y esperamos que dé escelentes resultados, pues las noticias que tenmos de Oporto, Coimbra, Ebra y otros puntos, son buenas.“

Der Brief schließt: „Convencione que los A(liados) estrechen sus relaciones entre sí, tanto per ponerse de acuerdo sobre los asuntos pendientes, como para fundar nuevas secciones en las federaciones locales que no las tienen.“

Dies der Rat des Sekretärs des Consejo Federal, die Alianza recht auszudehnen, desselben Mannes, der sich ein Jahr später mit LAFARGUE über die Verschwörung der der Internationale feindlichen Alliance so zu entrüsten scheint! Die Alliance-brochüre (ENGELS-LAFARGUE) berichtet die soeben in MORAS eigenen Worten angeführten Lissaboner Vorgänge so S. 31:

„A Lisbonne, quelques Portugais, membres de l'Internationale, furent affiliés à l'Alliance par Morago“, der dann noch eine andere Gruppe aus den schlechtesten Elementen gebildet habe, was die Portugiesen, (die ja 1872 von LAFARGUE besucht wurden) der Alliance abwendig gemacht habe²⁾.

LORENZO schildert die der Bildung des Núcleo in Madrid ganz ähnlichen Vorgänge, die ersten Beziehungen mit FONTANA und ANTHERO DE QUENTAL etc. und bemerkt: „dos entidades surgieron allí: el núcleo organizador de La Internacional y el grupo de la Alianza . . .“ (S. 278—283). Ihre Elemente wurden dem schon bestehenden Centro Promotor (wie in Madrid dem Fomento de las Artes) entnommen, erzählt NOBRE FRANÇA³⁾, Mitglied des ersten von FONTANA und ANTHERO gegründeten grupo iniciador. „A organização d'este grupo era secreta

1) CUESTION, S. 4.

2) Dies geht auf einen Brief aus Lissabon in der „Emancipación“, Nr. 60 (3. VIII. 1872) zurück, der von LAFARGUE selbst herzurühren scheint (Biogr., S. 677).

3) Vgl. MAGALH^AES LIMA, O Socialismo na Europa 1892. S. 334 ff.

e moldada pelo estatuto da Allianza da democracia socialista.“ Diese Gruppe gründete im Februar 1872 den „Pensamento social“ und die Organisation Fraternidade Operaria mit FONTANAS Statuten, die in einem Jahr in Lissabon 10 000 Mitglieder zählte¹⁾. — So erhielt tatsächlich die portugiesische Bewegung durch die drei Spanier, die ganz nach FANELIS Muster vorgingen, ihren ersten Anstoß. Von der angeblichen zweiten Sektion MORAGOS ist aber nirgends die Rede²⁾; dagegen wird der „Emancipacion“ (3. VIII. 1872) geschrieben:³⁾

„La otra tentativa ha sido hecha por... Bakounine, que valiendose de Alerini, obtuvo las direcciones de los internacionales de Lisboa, y escribió una de esas largas notas secretas en las cuales solo se ocupa de atacar al Consejo General. Disgustados de estas intrigas, los portugueses no se degnaron contestar al jefe de la Alianza“.

LORENZO hatte mit Schmerz zwischen MORA und MORAGO Feindschaft entstehen sehen⁴⁾. MORAGO trat aus dem Consejo Federal aus (16. VIII.⁵⁾; er blieb in Lissabon, als die andern am 23. VIII. nach Madrid und dann zu der am 17. VIII. einberufenen Konferenz von Valencia reisten (IX.). Ein neuer Stern schien aufzugehen, JOSÉ MESA⁶⁾, der für die Madrider Föderation in Valencia erschien⁷⁾. Die von ihm redigierte

1) All diese Vorgänge sind, mit Angabe weiterer portugiesischer Quellen, in meiner Biogr., S. 676—678 ausführlich besprochen; vgl. auch MORA a. a. O., S. 88—89.

2) Bezeichnend ist, daß in dem Brief an die „Emanc.“ (3. VIII.) der Quelle der Alliance-Broschüre, die erste, durch MORAS Brief etc. sicher bezeugte Sektion nicht erwähnt wird, so daß es sich wohl nur um eine einzige Sektion gehandelt haben wird, die, wie schon die Cuestion, S. 4 bemerkt, in MORAS Brief und in dem Blatt seiner Freunde so verschiedene Farben annimmt.

3) Dies ist insofern korrekt, als B. tatsächlich Anfang VI. 1872, als er lange Briefe nach Spanien schrieb, auch den einzigen Brief nach Portugal schickte, von dem je die Rede ist: 7. VI.: „écrit lettre à Fontana; 10. copie lettre à Fontana. GIUSEPPE FONTANA, ein Tessiner, 1840—1876, hinterließ einen guten Namen (vgl. z. B. O Protesto Operario, 4. IX. 1887). Damals mögen die Portugiesen durch die eben erschienene Generalratsbroschüre Les prétendus scissions... verblüfft gewesen sein und kurz darauf kam LAFARGUE nach Portugal, wo er ja mehr Gläubige fand als in Spanien.

4) A. a. O., S. 298 f.

5) MORA a. a. O., S. 86 f., 91; Cuestion S. 2.

6) LORENZO a. a. O., S. 299 ff.

7) Cuestion S. 3.

„Emancipación“ (Madrid, 19. VI. 1871 bis 12. IV. 1873) be-
nahm sich damals durchaus korrekt, änderte nichts an den Ideen
und doch war mit MESA der erste bewußte Streber in die Inter-
nationale gedrungen, der seine eigenen Ziele noch nicht kennen
mochte und sich zunächst Macht verschaffte, indem er beitrug,
die autoritären Einrichtungen zu verstärken. Der Kongreß, der
schon im April hätte stattfinden sollen¹⁾, konnte nur als geheime
Konferenz in Valencia vom 10.—18. IX. 1871 stattfinden; nur
13 Delegierte (11 Föderationen), nebst MORA und LORENZO er-
schienen²⁾. Die Ideen blieben dieselben, doch zeigt ihr Aus-
druck für mich hie und da einen Mißklang³⁾:

„... la Anarquía, ó sea la abolición de los Estados políticos y jurídicos,
constituyendo en su lugar Estados obreros [sic], cuyas funciones sean pura-
mente económicas.“

„... que la verdadera República democrática federal [sic] es la propiedad
colectiva, la Anarquía y la Federación económica, ó sea la libre federación
universal de libres asociaciones obreras agrícolas é industriales“.

Die Organisation wurde wesentlich verändert⁴⁾ und eine Zeit
großen Aufschwungs begann, die die Zahl der Föderationen von
11 auf 62 im IV. 1872 brachte. Auf die Alianzamitglieder⁵⁾,
die, wie alle Delegierten, nicht zahlreich gewesen sein können,
wußte MORA Einfluß zu gewinnen, so daß ihre Majorität beschloß,
daß die Mitglieder des neuen Consejo Federal in die Alianza
aufgenommen werden sollten; sie traten in die Sektion Madrid
ein, in der sie dadurch die Mehrheit hatten. Denn der neue
Consejo Federal war numerisch zahlreich und bestand aus

1) Nach einem Brief von SENTINON an JOUKOWSKY (Barcelona, 16. I.
1871), Biogr., Anm. 3037.

2) In Del nacim. de las ideas an.-col. (1884) wird die damals
sehr gesunkene Zahl der Mitglieder auf 3000 angegeben; im IV. 1872: 12 000;
im XII.: 25 000; zur Zeit der größten Blüte, 1873, kurz vor der Bewegung
von Alcoy: 30 000. Zehn Jahre später zählt die Federacion de Traba-
jadores de la Region Española (die spätere Form der Internationale)
60 000 Mitglieder.

3) „Emancipación“, 25. IX. 1871; LORENZO a. a. O., S. 305 f.

4) Vgl. LORENZO a. a. O., S. 304 f. Ich kenne nur die Statutenausgaben
von 1872 (88 pp.) und 1873 (96 pp.); ihre Titel in meiner „Bibliographie
de l'Anarchie“ (1897), S. 139.

5) MORA; S. 91—95; LORENZO, S. 301—304, schildert von ihnen MONTORO
(Valencia) und N. A. MARSELAU (Sevilla) näher.

P. IGLESIAS, J. MESA, H. PAULY, V. PAGÉS, F. MORA (den Redakteuren der „Emancipación“), I. CALLEJA (deren Drucker), ANGEL MORA und V. SÁENZ, dazu dem der Intrigue fernstehenden A. LORENZO.

MORAGO war über dieses Vorgehen entrüstet, kehrte nach Madrid zurück und sagte MORA und MESA seine Meinung (L'All., S. 32), was glaubhaft ist¹). Er hätte dann eine neue Sektion gegründet (ebenda), die aber nach LAFARGUE selbst (29. VI. 1872) „hasta hoy ha permanecido en el más riguroso secreto“ und von ihm und seinen Freunden nur erschlossen wird²). Die Situation war jedenfalls eigentümlich, da es denselben Personen gelungen war, den Consejo Federal, die Redaktion einer wichtigen Zeitschrift und die Majorität in einer Alianza-sektion in ihren Händen zu vereinigen, alles in der festen Hand des JOSÉ MESA zusammenlaufend, bei ausgesprochener Feindschaft der wirklichen Revolutionäre gegen diese Zustände³) und LORENZOS verhängnisvoller gutgläubiger Friedfertigkeit. So waren alle Elemente zu einem Zusammenstoß gegeben, den dann LAFARGUES Wirksamkeit in kürzester Zeit zum Ausbruch brachte.

IV.

B.s Beziehungen zu Barcelona hatten sich so gelockert, überhaupt waren die großen Ereignisse des Krieges und der Kom-

1) Nach MESA (a. a. O.) hätte er diesem im I. 1872 einen Brief B.s gezeigt, nach welchem: „l'Alliance doit exister en apparence dans l'Internationale, mais réellement à une certaine distance d'elle, pour mieux l'observer et la diriger. Pour cette raison les membres qui appartiennent aux Conseils et Comités des sections internationales, doivent toujours être en minorité dans les sections de l'Alliance“. — MORAGO erhielt zwar vor dem V. oder VI. 1872 keinen Brief von B. und die Korrespondenz bis zum I. 1872 behandelt noch nicht innere Fragen der Alianza, aber es könnte sich ja um eine Stelle in einem zu anderer Zeit nach Barcelona gerichteten Brief B.s handeln, wenn MESA glaubwürdig ist? Die Echtheit der Stelle vorausgesetzt, verweise ich auf meine längere Besprechung derselben, Biogr., S. 430, 671. Es ist möglich, daß BAKUNIN in dem Brief an MORAGO (V.—VI. 1872), von dem ich ja nur ein Fragment des Entwurfs kenne, sich in diesem Sinn äußerte und daß I. ein Irrtum für VI. ist; nur würde mich wundern, daß damals MORAGO und MESA noch miteinander gesprochen hätten.

2) A los Int., S. 24—25.

3) MORAGO, MONTORO (Zirkular vom 30. I. 1872, nur durch die Erwähnung in L'All. S. 32 bekannt) und gewiß manche in Barcelona, wie VÍÑAS.

mune dazwischengetreten, daß man in Spanien von den Streitfragen innerhalb der Internationale, mit denen MARX durch die Londoner Konferenz (IX. 1871) auf seine Art abrechnen wollte, nichts rechtes mehr wußte und LORENZO mit ungetrübter Freude, endlich einmal sich an den gemeinsamen Beratungen der Internationale zu beteiligen, von Valencia nach London reiste, wo ihn alles, was er sah, so grausam enttäuschte. Neben PAUL ROBINS *Mémoire justificatif* (18 S. 8^o), einer in wenigen Exemplaren vervielfältigten, im „*Mémoire*“ jurassien, in meiner „*Biographie*“ und in GUILLAUMES „*L'Internationale*“ so gut wie ganz reproduzierten Schrift ist LORENZOS Kapitel *La Conferencia de Londres* (S. 311—323) die schlagendste Brandmarkung jener Vorgänge; LORENZO selbst wurde von MARX und ENGELS mit übertriebener Freundlichkeit behandelt, die ihn erst bezauberte, dann aber um so mehr verletzte, als er ihr Ziel durchschaute, die spanische Föderation dem Generalrat gewogen zu erhalten. Sonst sah er nur Herrschsucht, Zank und Streit¹⁾.

Trotzdem vermochte er nicht die lang gesponnene Intrigue zu durchschauen, deren Vertreter mit jenem Applomb sprachen, den uns die Alliancebroschüre, die Briefe an SORGE und vieles andere so getreu aufbewahrt haben. Er war in der Lage eines ehrlichen Mannes, dem es unmöglich ist, zu glauben, daß andere so lügen können und so faßte er sein Urteil über das Gehörte in Worte zusammen, die er, über die Konferenz berichtend, an den intimen Kreis in Barcelona schrieb, von wo sie im IV. 1872 in folgender Form an B. gelangten: „*Si Outline a dit vrai à Londres, Bakounine est un misérable. Si ce n'est pas vrai, Outline n'est qu'un vil calomniateur*“²⁾.

Da man in Barcelona nicht wissen konnte, um was es sich bei so schweren Beschuldigungen eigentlich handelte und UTIN in den Genfer und russischen Angelegenheiten (NETCHAEV) unerschöpflichen Stoff zur Verleumdung B.s zu finden pflegte und dies auch der Konferenz dargetan hatte, kam in den betreffen-

1) Er bezeichnete damals den Generalrat als „*corte de Carlo Marx*“; auch MORA tadelte die Konferenz (VIÑAS' Brief, *Cuestion* S. 2).

2) Erster Briefentwurf B.s an LORENZO (24. IV. 1872), *Biogr.* S. 589. In LORENZOS Buch steht MARX für UTIN; doch dürfte die obige Fassung die genauere sein. — Vgl. auch MORA a. a. O., S. 96—97.

den Kreisen eine bedauerliche Stimmung zur Geltung, die, als von Genf aus den Kreisen der Section de propagande et d'action socialiste (französische Flüchtlinge und Mitglieder der früheren Alliancesektion), ein scharfes Vorgehen gegen den Generalrat (wegen der Londoner Konferenz) auch in Spanien angeregt wurde¹⁾, in dem (nach L'All. S. 32, Anm.) „au nom du groupe barcelonais“ de l'Alliance von ALERINI an BASTELICA (in Neuchâtel) gerichteten Brief vom 14. XI. 1871 zum Ausdruck kam, von dem wir nur die ad hoc exzerpierten Stellen kennen²⁾. Sie besagen einfach, daß sich die spanische Föderation nicht so ohne weiteres von der unzufriedenen Genfer Sektion zum Bruch mit dem Generalrat mitreißen lassen wolle, der ohnehin durch den nächsten Kongreß beseitigt würde, während ein öffentlicher Bruch jetzt der ganzen Internationale schaden würde. Einige hätten gedacht, ob nicht neben der Prinzipienfrage auch Personenfragen

1) Vgl. hierzu GUILLAUME, a. a. O. II. 224, Anm. 3, 245, 246. Nach der „Federacion“ (19. XI.; „Révolution sociale“, Genf, 23. XI.) hatte ein Delegierter der Genfer Sektion die Spanier aufgesucht, die freundliches Entgegenkommen äußern. Aber dies war wohl nur ein in Barcelona wohnender Franzose, der einen Brief aus der Schweiz überbrachte, auf den der Brief vom 14. XI. die eigentliche Antwort bildet, die BASTELICA in Neuchâtel am 18. XI. erhielt (Brief an JOUKOWSKI, 20. XI., Biogr. S. 585); hier schreibt er: „nous [er, SPICHTIGER und andere] avons même décidé en principe d'envoyer un délégué à Barcelone, si la nécessité vient à s'en faire par trop sentir; mais notre avis est qu'il faut attendre encore. Michel nous annonce de son côté une lettre de Sentiñon“ (B. hatte am 15. XI. diesen Brief erhalten und am 16. an GUILLAUME geschrieben). Es ist naheliegend zu vermuten, daß man sich an SENTIÑON gewendet hatte, um mit den Spaniern in Verbindung zu treten, ohne eben zu wissen, daß dieser, wie ALERINI am 2. I. 1872 an JOUKOWSKI schrieb (Biogr., Anm. 2124) damals schon außerhalb der intimen Kreise der Bewegung stand.

2) CHARLES ALERINI, Korse, im Lauf der Bewegung von Marseille, Herbst 1870, in B.s Kreis getreten, doch ohne dauernde Beziehungen damals, lebte seit dem IV. 1871 als Flüchtling in Barcelona. Wenn er nach Cuestion de la Alianza die ersten acht Monate der Alianza nicht angehörte, also bis XII., ist dies doch wohl ein Irrtum um einige Monate, da die Worte des Briefs vom 14. XI. „nos amis de la Péninsule qui inspirent les Conseils locaux“, deren Meinung man sich fügen würde (das Mehrheitsentscheidungsprinzip der Alianza) sich nicht anders auffassen lassen. Der vollständige Text des Briefes, der sich unter den Londoner Papieren der Internationale befinden dürfte, wird dies vielleicht aufklären.

vorlägen, „des questions de rivalité par exemple, entre notre ami Michel et Karl Marx, entre les membres de l'ancienne A. (die Genfer Alliancesektion oder die internationale Alliance) et le Conseil général“¹⁾).

Die Spanier wurden bald besser aufgeklärt, da mit der Verbreitung des Jurazirkulars (seit Ende XI.) auch B. seine spanischen Beziehungen wieder aufnahm und bald erweiterte.

Nachdem er für Italien intensiv tätig gewesen²⁾ schrieb er am 18. und 19. XII. eine „grande lettre à Sentiñon et Farga“; 3. I. 1872: lettre de Sentiñon; 12. II.³⁾: lettres aux Espagnols et . . . ; 13. envoyé lettres à . . . Sentiñon, Soriano, Farga et Alerini (Alerini und Soriano zum erstenmal genannt). 24. lettre de Sentiñon. 26. lettre d'Alerini. 27. lettre à Alerini.

31. III.: lettre à Alerini; 1. IV.: fini et envoyé grande lettre chargée à Alerini; 2. lettre d'Alerini; 5. lettre d'Alerini; lettre aux Espagnols; 6. même chose et chiffre pour Alerini; 7. fini et envoyé lettre chargée à Alerini avec dictionnaire, chiffre et lettres à Fr(ancisco) Mora⁴⁾. 22. lettre d'Alerini⁵⁾. 27. écrit aux alliés d'Espagne. 3. V.: commencé lettre chiffrée à Alerini — soir . . . lettre chiffrée à Alerini — 4. . . continué. 5. ebenso. 6. fini et envoyé lettre à Alerini — écrit lettre à Lorenzo (zuerst erwähnt). 8., 9. écrit et terminé lettre à Lorenzo — copierai demain — 10. lettre à Lorenzo toujours — 11. envoyé lettre à Ross avec première feuille lettre à Lorenzo [zum kopieren] — 12. écrit grande lettre à Lorenzo — (soir) écrit lettre (à) Lorenzo mais pas assez — indisposé. 13. toujours lettre à Lorenzo, ebenso 14.; 15. lettre à Lorenzo fini; 16. écrit et envoyé avec Manuilo [Hrvaćanin] à Neuchâtel lettre à Lorenzo à James, (s. auch 25. VI.).

17. V. (schickt einen Brief Alerinis in den Jura); 18. ebenso Briefe von Sentiñon und Farga Pellicer; 18. lettre à Morago (zuerst genannt); 19. lettre grande à Morago; (soir) lettre à Morago. 28. belle et longue lettre d'Alerini — nous la lisons avec Armando [Cafiero]. 29. lettre à Alerini. 30. fini lettre

1) Die Alliancebroschüre (S. 32) sucht den Eindruck hervorzurufen, als ob dieser Brief vom 14. XI. die Aufnahme des Jurazirkulars in Spanien charakterisiere, — während dieses doch vom 12. XI. datiert ist und erst Ende XI. gedruckt war und verschickt wurde (GUILLAUME a. a. O. II, 241, 244). Bis dahin hatte, seit dem Frühjahr, der Jurarichtung jede Vertretung in der Presse gefehlt; die Genfer „Révolution sociale“ hatte diese Fragen in einem den Jurassiern fremden Ton besprochen, dem der lebhaften Pariser Zeitungspolemik, der auch den Spaniern nicht gefiel. JOURKOWSKIS Entwurf einer Antwort, s. Biogr. S. 586.

2) Vgl. dieses Archiv II, S. 314.

3) Vom 30. I. bis 12. II. war B. krank.

4) Der in L'Alliance, S. 135—137 gedruckte Brief.

5) Nicht erwähnt ist der erste kurze Brief an LORENZO, 24. IV., der nicht abgeschickt wurde (Text Biogr. S. 589).

à Alerini avec Cafiero. 31. envoyé longuissime lettre à Raoul [Alerini] — Adrien [unbekannt, ob ein Spanier?] — envoyé lettre à Oscar longue aussi [unbekannt ebenso].

2. VI. lettre à Morago, 3. ebenso; 4. lettre à Ross avec une lettre espagnole — lettre à Morago; 5. ebenso; 7. terminé lettre à Morago et écrit lettre à Fontana [in Lissabon] — 8. envoyé grande lettre à Morago par Alerini — 9. lettre à Pellicer Farga; 10. ebenso; soir fini lettre à Farga et copie lettre à Fontana; 12. lettre à Alerini sur la circulaire [des Generalrats, Les prétendues scissions]; 12. lettre à James avec lettre de Cafiero à Engels et avec lettre Pellicer Farga. 13. lettre à Alerini à propos société secrète — finie. 17. envoyé lettre collective [Fanelli und Cafiero waren in Locarno] aux alliés contre circulaire — à Alerini —; 25. lettre à Burbero [V. Pezza in Mailand] chargée avec premières feuilles de lettre à Lorenzo. —

17. VII. [in Genf] commencé lettre à Alerini; 18. fini; 19. [in Neuchâtel James m'apporte lettre de Pellicer Farga, . . .]; 30. [in Zürich] lettre à Pellicer Farga; 31. écrit et envoyé à James lettre pour Farga.

3. VIII.: écrit et envoyé lettres à James avec lettre à Alerini, avec documents italiens et manuscrits. — 13. lettres à Cerretti, à Pezza avec grande lettre collective, dont copie à eux deux, à Farga et à James. — 28. lettre de James avec lettre de Morago à Beppe [Fanelli]; — 29. lettre aux amis jurassiens et espagnols pour leur être remise par Armando [Cafiero] qui part demain [zum Haager Kongreß].

Dieser merkwürdige Einblick in eine rastlose Tätigkeit vom Jurazirkular bis zum Haager Kongreß wird nie völlige Aufklärung finden, da in Spanien noch keiner dieser Briefe zum Vorschein gekommen ist, da FARGA PELLICER, ALERINI u. a. ohne ihre Erinnerungen zu hinterlassen, starben und da auch die Korrespondenz mit JAMES GUILLAUME, die sich, wie die Liste zeigt, auch mit Spanien beschäftigte, verloren ist. Doch sind die Entwürfe einiger dieser Briefe vorhanden und mir bekannt und mit deren Hilfe läßt sich einiges vollkommen aufklären, anderes vermuten.

Durch den großen Brief an FARGA PELLICER und SENTIÑON (18. und 19. XII. 1871) wurden diese völlig über das Jurazirkular und die Notwendigkeit und Bedeutung des Kampfes gegen die Beschlüsse der Londoner Konferenz und den den allgemeinen Kongreß verzögernden Generalrat aufgeklärt. Am 31. XII. bringt schon die „Federación“ (Barcelona) das Jurazirkular mit sympathischen Begleitworten. Am 2. I. 1872 beruhigt ALERINI JOUKOWSKI in Genf; sein Brief gibt einen etwas indiskreten, aber uns jetzt willkommenen Einblick in die Handlungsweise der Alianza:

„A vrai dire les sections n'ont pas encore pris de résolutions à ce sujet [baldige Einberufung des allgemeinen Kongresses]. Mais les hommes d'initiative parmi nous une fois d'accord il n'y a pas de doute que quand les sections seront saisies officiellement de la question, elles ne se prononcent dans le même sens que ceux-ci. Avant de soumettre la chose à leur jugement ces hommes ont dû l'étudier et la traucher d'abord, afin qu'une résolution une fois prise, ils puissent tous faire la même propagande pour son bon succès.

... Les groupes actifs ici ont pris l'engagement moral de n'avoir rien de caché entre eux. Je n'eus pas connaissance de la correspondance échangée à Votre sujet entre Barcelone et Séville, et quelques soupçons me firent penser qu'elle ne vous était pas favorable. Un moment de froideur a régné quelques instants ici parmi nous... Mais nous avons fini par nous entendre et j'en suis heureux...“¹⁾.

Damals (Dezember bis Februar) korrespondierten augenscheinlich die Alianzgruppen unter sich über die Situation, wobei, nach L'Alliance (S. 33) zu schließen, die erwähnten Consejo federal, Alianzasection und „Emancipación“-redaktion in sich vereinigenden Personen in Madrid schon die ersten Schritte gegen die freiheitliche Richtung taten²⁾; Barcelona (Brief von FARGA PELLICER, 24. II. ebenda) und Palma waren für dieselbe.

Noch am 14. II. schrieb B. an JOUKOWSKI, er wisse wenig über Spanien, aber nach einem Brief und nach aller Wahrscheinlichkeit (den früheren Kongreßbeschlüssen) könne es nur unsere Partei nehmen³⁾. Seine Briefe vom 12. und 13. II. an SENTIÑON, FARGA und zum erstenmal an ALERINI (den er von Marseille 1870 gut kannte) und SORIANO (in Sevilla) mögen also einer nochmaligen Erörterung der ganzen Situation gegolten haben und durch sie wurde wohl das Eis gebrochen. Denn jetzt antwortet ALERINI, einige Briefe werden gewechselt und vom 5.—7. IV. wird viel nach Spanien geschrieben, mit einer Chiffrenliste für ALERINI und einem kleinen Brief an FR. MORA, dem einzigen der zahllosen Briefe B.s, der dessen Feinden in der Internationale ausgeliefert wurde.

Nach ALERINIS Brief an JOUKOWSKI zu schließen (2. I.) wird derselbe B. in ähnlicher Weise über die Alianza informiert

1) Biogr., S. 588.

2) Als Consejo federal billigten sie ALERINIS Brief vom 14. XI. (L'Alliance S. 32, Anm.) oder erklärten sich des Urteils zu enthalten (MORA a. a. O. S. 97—98). In der „Emancipación“ wurde das Genfer Gegenzirkular abgedruckt.

3) Biogr., S. 588.

haben, vermutlich mit Personenangaben, die aber, was Madrid betrifft, entweder ALERINIS noch geringe Vertrautheit mit dem Wesen der einzelnen Personen beweisen oder, wenn sie die Auffassung in Barcelona wiedergeben, zeigen, daß man dort noch die beste Meinung von Personen hatte, die schon Feinde waren und als solche vorgingen, wie für die Alianza speziell die *Affaire der Defensores*¹⁾ dies zeigt²⁾. Wäre all dies anders gewesen, hätte nicht ALERINI noch Ende III. B. empfohlen, an FRANCISCO MORA zu schreiben, dem dieser dann am 5. IV. voll Vertrauen den durch MORAS Verrat bekannt gewordenen Brief schrieb (*L'Alliance*³⁾ S. 135—137). Man kann sich vorstellen, wie LAFARGUE, ENGELS und MARX, als sie diesen Brief sahen, sich unendlich freuten, ein so „belastendes“ Dokument zu erhalten; hoffte doch ENGELS, seine Allianzbrochüre werde „wie eine Bombe unter die Autonomisten fahren und wenn überhaupt jemand kaput zu machen ist, den B. maustot machen“⁴⁾. Dabei täuschten sie sich in mehr als kläglicher Weise über den Wert und die Bedeutung ihres Materials, hatten aber nie den leisesten Zweifel an ihrer Penetration all dieser Verhältnisse und setzen dadurch und durch ihre Flüchtigkeit und Ungenauigkeit alles in ein so schiefes Licht, daß man sich nur wundern kann —, auch wenn man nur das trümmerhafte Material kennt, das heute noch erreichbar ist, — wie eine mit solch kaltblütiger Gewissenlosigkeit erhobene Anklage vor die Öffentlichkeit treten konnte; freilich erfolgte im Moment ihres scheinbaren Triumphs (Haager Kongreß) auch ihr vernichtender Sturz.

Am 22. IV. erfährt B. von ALERINI LORENZOS Äußerung über ihn nach seiner Rückkehr von London (s. o.); er schreibt am 24. an LORENZO: er bedauere, daß derselbe die Sache nicht sofort durch FANELLI aufklären ließ; er wünscht genaue Angaben über das in London gegen ihn und seine Freunde gesagte⁵⁾.

1) Vgl. unten S. 294.

2) MORAS Duplizität zeigt VISAS' Brief an ihn (*Question*, S. 2); man täuschte sich in Barcelona über ihn, den man noch im Februar oder März dort gesehen, oder wollte ihn durch B. aufmuntern lassen.

3) Vgl. die Analyse dieses Briefs bei GUILLAUME a. a. O. II. 288—289.

4) Brief an SORGE (26. VII. 1873), a. a. O. S. 116.

5) Auch in diesem Brief, wie in dem an FR. MORA, nennt sich B. *allié*. „Je vous prie seulement de ne pas dire un seul mot de l'Alliance dans Votre

Diesen kurzen Brief ersetzte er durch ein längeres Manuskript¹⁾, in dem er seine Tätigkeit in der Internationale und die Angriffe gegen ihn erörtert und das er am 16. V. vollendet. LORENZOS Antwort (Vitoria), 24. VIII.) kam spät und war unbefriedigend, aber damals war dieser Zwischenfall durch das Erscheinen der *Prétendues scissions* (Anfang VI.) schon überholt²⁾.

Im II. und III. 1872 ungefähr spielt eine Madrider Intrigue gegen die *Alianza*, die die Broschüre *L'Alliance* (S. 33) vollständig zugibt:

„... le Conseil fédéral espagnol [alles Alianzamitglieder] comprit qu'il y avait urgence à se débarrasser de l'Alliance. Les persécutions du gouvernement [Zirkulär Sagasta, 17. I., MORA, S. 100—101] lui en fournirent le prétexte. Pour pourvoir au cas où l'on dissoudrait l'Internationale, il proposa de former des groupes secrets de „Défenseurs de l'Internationale“ dans lesquels devaient se fondre insensiblement les sections de l'Alliance. L'introduction de nombreux membres devait fatalement en modifier le caractère, et elles devaient définitivement disparaître, avec les groupes, le jour où la persécution cesserait. Mais l'Alliance, devinant le but caché de ce plan, le fit échouer...“³⁾

Die *Alianza* durchschaute wirklich diesen Plan; in der *Cuestion* (Herbst 1872) heißt es von der Reise MORAS und LORENZOS (S. 4)⁴⁾:

„... el viaje... teniendo por objeto principal el constituir una sociedad secreta á que dieron el nombre de Defensores de la Internacional,

réponse parceque l'Alliance est un secret qu'aucun de nous ne saurait ébruiter sans commettre une trahison.“

1) Entwürfe vom 6., 7., 10. V. Vgl. Biogr., S. 586—590.

2) S. Biogr., S. 590; GUILLAUME a. a. O. II. 292, Anm. 2, S. 293, Anm. 1 und LORENZO, a. a. O., S. 322—323. LORENZO erkennt an, gegen B. hart gewesen zu sein; persönliche Verbitterung des damals selbst gekränkten Mannes und der unangenehme Eindruck, daß B., bei der Analyse vom Marx' Charakter wie so oft von dessen Judentum sprach, waren die Ursache. B.s Brief wird in den Pariser Oeuvres von GUILLAUME ganz veröffentlicht werden.

3) Aus einem Zirkular der Alianzasektion von Sevilla, 25. X. 1871 wird, a. a. O. S. 34, als Vorschlag jener Gruppe angeführt: „si l'on nous met hors la loi, il serait utile de donner à l'Internationale une forme extérieure qui pourrait être admise par le gouvernement, et que les conseils locaux fussent comme les noyaux secrets qui, influencés par l'Alliance, imprimeraient aux sections une marche complètement révolutionnaire“.

4) Über ihren ostensiblen Zweck s. MORA a. a. O., S. 102—103.

por medio de la que se proponian influir en la region, siendo comité central de la misma, cuyo propósito manifestaron, alegando como razon: que para dar mas unidad de accion y rapidez á la marcha general, convenia que el Consejo federal — que lo eran ellos — fuese el comité central de los Defensores. Agréguese á esta pretension el cuidado que tuvieron, comprendiendo que La Alianza habria siempre contrariado toda marcha bastarda ó reaccionaria, para asegurarse su dominio, proponiandose considerarla, en cuanto se refriese á los grupos de Defensores, como uno de tantos, con la cual quedaban ellos dueños de La Alianza; pues siendo fácil el constituir mas grupos de Defensores que grupos de aliancistas existian, y prometiéndose ellos el poder manejarlos siendo su comité central, claro que, quedando en minoria La Alianza, era absorbida por los grupos, y por lo tanto bajo el dominio de ellos¹⁾.

LORENZO (a. a. O. S. 426—438)²⁾ beschreibt die Ziele der Defensores als lokale Aktionsgruppen, ohne die Alianza zu erwähnen. Er reiste guten Glaubens, in Erwartung einer republikanischen Insurrektion, für diese Ziele im Süden, besuchte Sevilla, Jerez, Cádiz, Málaga, Granada etc., während MORA Catalonien und die Balearen besuchte. Die Alianzagruppe in Sevilla (SORIANO, MINGOANCE, MARSELAN, MIGUEL RUBIO etc.), billigte die Idee, die von Málaga (DEOMARCO, GUILINO, OJEDA, MIGUEL PINO etc.) und Cádiz ebenso, daneben die Internationalen kleinerer Orte; von LORENZO versah man sich eben nichts arges.

All diese Verhältnisse und öffentliche Vorgänge in Madrid müssen die freiheitlichen Alianzamitglieder bewogen haben, auf ihre Organisation in dieser Form zu verzichten, wobei die unmittelbaren Motive und näheren Vorgänge dunkel sind. Die Alianza von Barcelona, also nur diese lokale Gruppe, „se disolvio de hecho antes de la celebracion del Congreso de Zaragoza, y . . . lo efectuó con toda formalidad á la semana siguiente de su celebracion“ (Mitte IV. 1872; Erklärung der Mitglieder, 1. VIII., Cuestion, S. 1). Von den 42 Delegierten des Kongresses gehörten 9 der Alianza an, nebst 7 Mitgliedern des

1) Eine Wiederholung des Manoeuvre von Valencia also, durch das sich diese Leute bereits die Majorität in der Madrider Alianza verschafft hatten, in die sie MORAGO vergebens wiedereinzutreten einluden (Cuestion, S. 4), um ihn dann durch ihre Majoritätsbeschlüsse lenken zu können.

2) Ebenso bei GUILLAUME a. a. O. II, S. 274—275.

Consejo Federal¹⁾: G. ALBAJÉS, J. PAMIAS (Barcelona), FR. MARTINEZ, P. MONTORO (Valencia), T. SORIANO, E. MUÑOZ (Sevilla), MIGUEL PINO (Malaga), FR. TOMÁS (Palma), MORAGO (Madrid) neben FR. MORA, J. MESA, V. PAGÉS, I. CALLEJA, H. PAULY, P. IGLESIAS und A. LORENZO. Letztere wünschten, die Auflösung vorzuschlagen, behaupten aber, daß ihr Vorschlag, eine Sitzung darüber abzuhalten, von den anderen abgeschlagen wurde, die im Privatgespräch die Notwendigkeit der Auflösung anerkannt hätten²⁾. Dagegen scheinen die 9 Alianzamitglieder selbst unter sich die Auflösung beschlossen zu haben, — nach einer Rede MARSELAUS im Haag, weil die lokalen Föderationen fest gegründet waren und die Internationale im Tageslicht arbeiten konnte³⁾. — Ich habe das gedruckte Kongreßprotokoll nicht zur Verfügung, aber auch aus LAFARGUES spanischer Broschüre, die einiges daraus anführt, geht hervor, daß in Organisationsfragen etwa MORAGO und ALBAJÉS oder FR. TOMÁS, alles Alianzamitglieder auf sehr verschiedenem Standpunkt standen, so daß ein einheitliches Vorgehen der Alianzamitglieder nicht mehr stattfand.

*
*
*

Von all dem hörte B., der eben (5.—7. IV.) die Chiffrenkorrespondenz mit ALERINI organisiert, vielleicht durch dessen am 22. erhaltenen Brief? „Ecrit aux alliés d'Espagne“, 27. April, bezieht sich dann vielleicht auf einen Brief, von dem ein undatiertes Bruchstück, der Schluß, vorliegt⁴⁾:

... „Telle est donc la pensée, le but et la constitution de l'Alliance. C'est une société de frères, solidaires jusqu'à la mort et n'ayant plus d'autre but que de faire triompher notre révolution. Nous devons être très indulgents, et en même temps très sincères et toujours vrais les uns vis-à-vis des autres . . .

Est-ce ainsi que vous êtes organisés? Il paraît que non, puisqu'il vous a été possible de vous dissoudre et de vous séparer. La vraie Alliance est indissoluble. Frères! et quel moment avez-vous choisi pour vous séparer? Celui où la question de vie et de mort est posée pour le prolétariat de l'Europe tout entière — N'est-ce pas une trahison contre la révolution?

1) Cuestion, S. 4. — Nach L'Alliance, S. 35 „au moins douze“, aber meine Vergleichenungen aller Listen ergeben gerade 9 (Biogr., S. 680).

2) Emancipación, 17. VIII. 1872.

3) Näheres s. Biogr., S. 680—681.

4) Angeführt meine Biogr. S. 673.

La révolution gronde en Espagne et à la veille de la grande lutte vous vous êtes séparés? Et pour quelles raisons? Non pour des raisons de principes, mais pour satisfaire des vanités et des ambitions personnelles!

Mais, si peu nombreux que vous soyez, vous serez forts non pour vous mêmes, mais pour le triomphe de la révolution . . . Car rappelez-vous le bien, le temps des triomphes individuels est passé, notre temps est celui des grandes collectivités populaires qui emporteront tout et noyeront toutes les individualités quelque puissantes qu'elles s'imaginent et qu'elles soient.

Au nom de tous nos frères, au nom de la révolution sociale, au nom de notre religion, de notre passion, au nom de vous-mêmes, de votre honneur, de votre conscience, de votre devoir, je conjure ceux de vous qui n'ont pas menti à eux-mêmes et aux autres en demandant à entrer comme des frères de l'Alliance de reconstituer l'Alliance vraie parmi vous, en oubliant, en vous pardonnant mutuellement tous vos griefs et toutes vos fautes passées, et en noyant toutes vos petites passions individuelles dans la grande passion révolutionnaire, dans votre pensée et dans votre action collective.

Michel Bakounine
membre fondateur de l'Alliance."

Ob dieser und die folgenden Briefe in der Form, die ihre Fragmente zeigen oder etwas modifiziert abgeschickt wurden, macht wenig aus; je ursprünglicher der Entwurf ist, desto mehr zeigt er die unmittelbaren Gedanken und Gefühle des Verfassers. — Ebenso ist es relativ gleichgültig, ob das Fragment (die 5. und 6. Seite eines Briefs) damals oder einen Monat später geschrieben wurde, denn in jene Zeit fallen drei andere größere Brieffragmente ähnlichen Inhalts:

à Paulo (ce 21. V. 1872 — Locarno), inhaltlich sicher zu dem langen Brief an MORAGO gehörend (18., 19. V. und 2.—7. VI.), 6 S. 4⁰)¹).

Ein diesen Brief dem Inhalt nach fortsetzendes Manuskript, das aber eine Anzahl Chiffren verwendet, 4 S. 4⁰)²);

Aux Frères de l'A. en Espagne, 18 S. 4⁰ (Schluß fehlt)³).

B. führt sich stets in gleicher Weise ein:

(À PAULO [MORAGO]). Cher frère — j'ai le droit de vous appeler de ce nom d'abord comme l'un des plus anciens frères fondateurs de l'Alliance, et ensuite comme l'ami le plus intime, le vrai frère de celui que nous appelons

1) Text in meiner Biogr., S. 673—674, 283—285.

2) Text ebenda, S. 285—287.

3) In allen wesentlichen Teilen angeführt Biogr. S. 674—675, 287—291, 69, 70).

Christophe [Fanelli] et qui, envoyé par nous, est venu . . . en Espagne et a été en réalité le premier fondateur tant de l'Internationale que de l'Alliance, d'abord à Madrid, plus tard à Barcelone“.

(Aux Frères de l'A. en Espagne.)

Frères — je suis un ancien et intime ami, je puis dire le frère de Christophe, l'ami et le frère dont certes beaucoup d'entre vous n'ont pas perdu le souvenir. Avec lui j'ai été l'un des premiers fondateurs de l'A. Et c'est à ce double titre que je m'adresse à vous, Frères de l'A.“¹⁾

Er schreibt an MORAGO (21. V. 1872):

„ . . . Une triste nouvelle nous est arrivée: l'Alliance à Madrid aussi bien qu'à Barcelone se dissout, et en partie déjà s'est dissoute. Nous considérons cette dissolution comme un grand malheur, au point de vue de la solidarité révolutionnaire de tous les pays, et ceux qui ont été cause de cette dissolution et de la publication des secrets de l'Alliance, de son existence même qui doit rester secrète et invisible toujours . . . sont de grands coupables“;

aux Frères de l'A. en Espagne:

„ . . . Des dissidences malheureuses produites par des luttes d'amour propre entre des frères . . . ont eu pour résultat la dissolution de l'A. madrilène“²⁾

1) GUILLAUME (a. a. O. II., 293) ist zu der Ansicht gelangt, daß B. sich über die spanischen Verhältnisse derart im Irrtum befand, daß er die spanische Alianza mit der Fraternité internationale verwechselte, der SENTIÑON angehört hatte. „B. parle à Morago, — schreibt mir J. Guillaume — semble-t-il comme à un frère international (ce que celui-ci n'était pas), et en laissant aller à son imagination, lui fait un tableau d'une organisation qui n'a existé que théoriquement dans l'esprit de Bakounine, à l'état de rêve caressé avec complaisance, de chimère formée dans les nuages de la fumée de ses cigarettes . . .“ Ich glaube nicht, daß B. sich in einem wirklichen Irrtum befand; er sah, daß die Verhältnisse der Alianza gründlich verfahren waren, und suchte durch eine glänzende Schilderung der Alliance, dessen, was sie sein könnte und sollte, eine Rekonstitution der Alianza herbeizuführen, wozu ihm ein Appell an MORAGO, der zu sehr seine eigenen Wege zu gehen schien (SARAGOSSA, Organisationsfrage) zweckmäßig schien, ebenso ein Appell an die Gesamtheit der Alianzamitglieder. — Daß er sich auf FANELLI und die alte Alliance internationale berief, zeigt nur, daß sonst keine Beziehungen zwischen ihm und den so bekannten Spaniern, denen er so schrieb (MORAGO, LORENZO . . .) bestanden hatten. — Er faßte, denke ich, die Alianza nicht anders auf als die privaten Beziehungen der „militants“ in den Jurasektionen, von denen er wußte, ohne die einzelnen zu kennen, wie in Spanien. — Er irrte sich nur in der Beurteilung von Personen und Verhältnissen, indem seine Bemühungen noch unternommen wurden, als eine Versöhnung nicht mehr möglich war; sein Hauptziel übrigens war die Rekonstruktion der Gesellschaft und diese erreichte er doch.

2) Diese fand am 2. VI. statt, durch ein von J. MESA, V. PAGÉS, FR. und A. MORA, P. IGLESIAS, I. CALLEJA, V. SÁENZ, LUIS CASTILLON, H. PAULY

B. rät MORAGO (21. V.):

„... que les vrais coupables, ceux qui ont trahi l'Alliance par méchanceté et par une incurable faiblesse doivent être à jamais éloignés, mais que les bons, les énergiques, les intelligents, les dévoués, les zélés, les impersonnels, ceux qui ne cherchent pas leur gloire mais le triomphe de la révolution, ceux qui sont capables de noyer leur individualité dans la pensée et dans l'action collective, les passionnés jusqu' à la mort et en même temps les discrets — ceux-là doivent reconstituer l'Alliance, en s'imposant une loi suprême: celle de n'y admettre plus que des hommes très sérieux, tant au point de vue de l'intelligence que de la passion révolutionnaire, mais surtout au point de vue du caractère éprouvé.“

„Sous ce rapport la dissolution qui a eu lieu dans quelques centres d'Espagne peut être considérée en quelque sorte comme heureuse, puisqu'elle permet de reconstituer l'Alliance chez vous sur des bases nouvelles, beaucoup plus sérieuses qu'auparavant... Je vous propose donc d'adopter dorénavant et de vous imposer une règle qui est passée dans la pratique des groupes de l'Alliance de tous les pays... c'est que chaque groupe... ne reçoive désormais en son sein un membre nouveau qu'à l'unanimité, jamais seulement à la majorité des voix...“

... Notre but c'est de créer une collectivité révolutionnaire puissante mais toujours invisible; une collectivité qui doit préparer la révolution et la diriger, mais qui jamais, même en pleine révolution, n'occupera ni elle en masse, ni aucun de ses membres quelque position officielle, publique ou gouvernementale que ce soit“,

... doch ich muß auf weitere Auszüge verzichten; die Manuskripte enthalten im weiteren die genaueste Definierung des Verhältnisses von Internationale und Alliance. „L'une a pour mission de réunir les masses ouvrières, les millions de travailleurs, à travers les différences des nations et des pays... en un seul corps immense et compact; l'autre, l'Alliance, a pour mission de donner à ces masses une direction réellement révolutionnaire...“

All diese, im Kap. 35 meiner Biographie gesammelten Gedankengänge liegen B.s Tätigkeit in der Internationale zugrunde und so sehr er sie unermüdlich den ihm mit Vertrauen und Interesse entgegenkommenden erklärte und wiederholte, so sehr blieben sie seinen Gegnern unbekannt, denen vor allem, so überzeugte Sozialisten sie sein mochten, der Wille zur Revolution, um mich so auszudrücken, die stete Bereitschaft zum wirklichen Kampf, fehlte; und um diese Fragen der revolutionären Möglichkeiten handelte es sich sicher auch in seiner spanischen Korrespondenz. Im III. 1872 schrieb er an CELSO CERRETTI ¹⁾.

unterzeichnetes Schriftstück (LAFARGUE, A los Int., S. 21—22); das waren eben die Leute der Emancipación, des Consejo federal und LAFARGUES.

1) Société nouvelle (Brüssel), II. 1896). Vgl. dieses „Archiv“ II, 322—23.

„Des lettres . . . m'annoncent, en effet, que les ouvriers socialistes de l'Espagne . . . et non seulement les ouvriers, mais les paysans d'Andalousie ¹⁾, parmi lesquels les idées socialistes ont été très heureusement propagées, se proposent de prendre une part très active à la révolution qui se prépare, donnant cette fois la main aux partis politiques, sans toutefois se confondre avec eux, et avec l'intention bien arrêtée d'imprimer à cette révolution un caractère franchement socialiste. Nous attendons tous avec anxiété les événements qui s'annoncent.“

B.s Schuld war es nicht, wenn solche Gelegenheiten vorübergingen ²⁾).

Weitere Briefe im Sommer 1872 beschäftigten sich wohl mit der Aktion des Generalrats (Zirkulär *Les prétendues scissions*) und zuletzt sicher mit der Stellung der Spanier zum Haager Kongreß; FARGA PELLICER tritt hier wieder mehr hervor, während MORAGO nur an FANELLI schreibt. Belle et longue lettre d'Alerini (28. V.); lettre à Alerini à propos société secrète (13. VI) — dies zeigt wohl, daß die Besprechungen zur Rekonstruktion der *Allianza* guten Verlauf nehmen mochten. B. sucht Spanier, Italiener (CAFIERO) und Jurassier einander näherzubringen; kurz, ohne daß man diese Briefe kennen würde, sieht man ihr Resultat in der Solidarität der Spanier mit den antiautoritären Föderationen der Internationale und in dem engen Bund, den sie nach dem Haager Kongreß in Zürich mit B. und seinen Freunden schließen. Von der Stagnation und Indifferenz nach der Londoner Konferenz (IX. 1871) bis zu den geheimen und öffentlichen Solidaritätspakten in Zürich und St. Imier (IX. 1872) war ein weiter Weg, den zu bahnen B. das seine getan. Betrachten wir nun die Hindernisse, die die Spanier im eigenen Land zu überwinden hatten, um diese Entwicklung ganz beurteilen zu können.

V.

Die öffentlichen Äußerungen der Madrider Gruppe (C. F., *Emancipación*, etc.) entfernten sich zunächst nicht von den Ideen der spanischen Internationale. Aus den von LORENZO ³⁾ an-

1) B. war also von LORENZOS Reise in Andalusien (GUILLAUME, a. a. O. II, 274) gut unterrichtet.

2) Zu den hier in Frage kommenden Ereignissen, vgl. meine Biogr. S. 592 f., 670 f.

3) Ä. a. O., S. 334—376.

geführten Artikeln, Manifesten etc. hebe ich nur hervor: den Programmartikel der *Emancipación* (19. VI. 1871), von LORENZO¹⁾; die *Declaración* (I. 1872, von demselben, der Redaktionssekretär des Blattes war²⁾,

„... Queremos la abolición de todo poder autoritario, ora revista la forma monárquica, ora la republicana, poco nos importa.

En su lugar estableceremos la libre federación de libres asociaciones agrícolas é industriales...“

In dem Manifest des Consejo federal (31. I. 1871³⁾,

... „queremos... que el mundo se convierta en una inmensa federación de libres colectividades obreras de una localidad, federándose entre sí, formen una federación local completamente autónoma, que las federaciones locales de una misma comarca formen la federación comarcal, que las diversas federaciones comarcales de una región constituyen la federación regional, y por último, que entre todas las federaciones regionales del mundo formen la gran federación internacional.“

„... Este es el socialismo que proclama La Internacional, cuyas dos afirmaciones principales son, en economía el colectivismo; en política, la anarquía. ... La anarquía, es decir la abolición de los gobiernos, ó sea su conversión en simples administradores de los intereses colectivos.“

Letzteres Dokument unterzeichnen J. CALLEJA, P. IGLESIAS, JOSÉ MESA, A. LORENZO, H. PAULY, V. PAGÉS, FR. MORA am 31. I. 1872, als sich LAFARGUE schon einen Monat in ihrer Mitte befand. Diese kollektivistisch-anarchistischen Ideen, die bis dahin (und auch später) jede der zahlreichen Äußerungen der spanischen Internationale durchdringen, durch marxistische Ideen zu ersetzen und vor allem die blühende spanische Bewegung zu einem *parti ouvrier*, einer Arbeiterwahlpartei zu machen, ihre ungeschriebene Solidarität mit der freiheitlichen Richtung der Internationale zu brechen und bei dieser Zerstörung des eigensten Wesens einer ihm fremden Bewegung Waffen zu suchen, die anderswo (in London und auf dem Haager Kongreß) zur Vernichtung des von MARX und ENGELS tödlich gehaßten B. dienen sollten, — das waren die Ziele, die sich LAFARGUE gesteckt, wie seine ganze Tätigkeit zeigt. Ich kann nur die wesentlicheren Etappen dieser Intrigue berühren und muß auf meine „Biographie“, für die viele Nummern der „Emancipación“ benützt

1) Ebenda, S. 354—357.

2) Ebenda S. 372—376.

3) Ebenda S. 343—353.

sind, auf das „Bulletin“ (jurassien) und GUILLAUMES „Internationale“, auf die Cuestion de la Alianza u. a. betreffs sehr vieler Details verweisen.

LAFARGUE, seit Weihnachten 1871 etwa in Madrid, zeigte sich zuerst in der Madrider Versammlung der Internationale vom 7. I. 1872 und mußte gleich den Schmerz erleben, daß das Jura-zirkular vorgelesen, das Genfer Gegenzirkular (ein wirklich nichts-sagendes Schriftstück) unverlesen blieb; er machte sofort den Gegenzug, eine Untersuchung zu veranlassen, ob „alguna vez el Consejo general ha ejercido la menor presion sobre la Federacion Española“, was er mit voller Sicherheit tun konnte, da die Beziehungen des Generalrats zur spanischen Internationale so gut wie null waren¹⁾. Er mußte, um einer Ausweisung oder Internierung zu entgehen, von da ab vermeiden, sich öffentlich zu zeigen²⁾, und nannte sich PAULO FARGA; er setzte sich in der Redaktion der „Emancipación“ fest, befreundete sich vom ersten Moment an mit MESA, beide waren unzertrennlich³⁾; später rettete er zweimal mit seinem Geld die „Emancipación“ vor dem Eingehen⁴⁾. Der Zweck des ganzen Vorgehens war zu klar, er suchte Einfluß zu gewinnen, was ihm bezüglich der Consejo federal-mitglieder, besonders MESAS und MORAS gelang, LORENZO ausgenommen; MORAGO scheint ihn von Anfang an als Feind betrachtet zu haben.

Nach Del nacimiento de las ideas an.-col. en España⁵⁾ hätte LAFARGUE sich zu allererst mit PÍ Y MARGALL, dem Führer der föderalistischen Republikaner, über die Gründung eines parti ouvrier besprochen, der ihm die Aussichtslosigkeit

1) A los Int., S. 1—2, wo LAFARGUE selbst die ganz anders gemeinte Bemerkung der „Razón“ (Sevilla), No. 66 anführt: „por nuestra parte vemos que nada, absolutamente nada ha hecho el Consejo general por la propaganda y organización de la Int. en nuestra region“ . . .

2) Ebenda, S. 3—4.

3) Cuestion, S. 4; „Mora decia, cuando estuvo en Barcelona por febrero, que no podian quitárselo de encima, y que muchas veces se encontraban contrariados por su presencia en las sesiones del Consejo regional“ (ebenda, Anm. 5).

4) Ebenda, S. 2.

5) Revista social (Madrid), 24. und 31. I. 1884; exzerpiert in Biogr. S. 675—676.

dieses Projekts angesichts der bekannten Ideen der spanischen Internationale gezeigt habe. — Er habe dann in einer sehr langen Sitzung dem Consejo Federal „el programa del . . . partido obrero“ vorgelegt [also vermutlich, indem er ihnen, was er nur wußte, vom Marxismus, der Sozialdemokratie etc. erzählte und den Anarchismus widerlegte], „pero todos, absolutamente todos los individuos del C. F. rechazaran dicho programa per considerarlo contrario á las ideas de la A. I. de los T.“¹⁾.

Hierauf begann jedenfalls die Bearbeitung der einzelnen C. F.-mitglieder durch LAFARGUE, der sich bei der „Emancipación“ nützlich machte und immer zur Stelle war. Ihr Resultat sehen wir in zwei Vorgängen, deren ihnen unterliegende Absicht die Alliancebroschüre ohne weiteres eingesteht. Um „se débarasser de l'Alliance“, sollten die Defensoresgruppen gebildet werden, eine geheime Gesellschaft, die die Alianza majorisieren und absorbieren sollte (s. o.), und nicht ohne Ursache jedenfalls würden so FR. MORA, der noch nicht gewonnen sein mochte und LORENZO, der nicht zu gewinnen war, einen Monat (Februar—März) auf die Reise geschickt. Unterdessen tat man in Madrid den ersten Schritt „de constituer, en Espagne, un grand parti ouvrier“ (L'Alliance, S. 34).

Dies geschah dadurch, daß die Redakteure der „Emancipación“ „adressèrent aux représentants du parti républicain fédéraliste, réunis en Congrès à Madrid, une lettre dans laquelle ils leur demandèrent des mesures pratiques et les sommèrent de se déclarer sur le programme de l'Internationale“ (25. II., Emancipación 3. III.). Am 23. VI. 1871 hatte der Consejo Federal eine diesbezügliche Einladung derselben Republikaner absolut abgelehnt²⁾. In Barcelona war man der gleichen Meinung („La Federación“)³⁾; es hatte 1869—70 so viel Mühe gekostet, sich von den Republikanern loszureissen, daß die Anregung mit den Politikern in Kontakt zu kommen, als Schlag ins Gesicht empfunden wurde. Deshalb schrieb der Consejo local von

1) Sofort von der Überredung zur Schmeichelei übergehend habe LAFARGUE ausgerufen: Jetzt habe ich mich überzeugt, daß die spanischen Arbeiter die revolutionärsten auf der Welt sind! (Ebenda.)

2) Motivierter Brief (F. MORA) etc., s. LORENZO, a. a. O., S. 221—226.

3) LORENZO, a. a. O., S. 226—228, 371—372.

Madrid den Republikanern, daß der erwähnte Vorschlag nicht von der Internationale ausgehe und ihren früheren Beschlüssen zuwiderlaufe (7. III.), eine Rectifikation, die MESA in schroffster Weise in der „Em.“ zu drucken sich weigerte, worauf er einen von ihm selbst als Interimsekretär des Consejo Federal unterzeichneten Brief schrieb, nach welchem der C. F. den Brief an die Republikaner durchaus billige (9. III.)¹⁾. Dies führte zur Ausschließung der Redakteure der „Emancipación“ aus der Madrider lokalen Föderation. Der Kongreß von Saragossa beschloß, daß beide Teile den Streit ruhen lassen sollten (Resolution XVIII) und am 5. V. erfolgte die Wiederaufnahme der sechs Ausgeschlossenen, deren Feindseligkeit unvermindert blieb.

Zur Erklärung des Briefs an die Republikaner erzählt die Alliance-Broschüre (S. 34), was GUILLAUME²⁾ mit Recht einen „roman abracadabrant qu'ils offrent à la crédulité de leurs lecteurs“ nennt: man hätte dadurch den Pseudosozialismus der Republikaner entlarven und ihrer Partei einen schrecklichen Schlag zufügen wollen, den die mit den Republikanern verbündete Alianza abgeschwächt habe! — Ich kann die dessous dieser zwischen LAFARGUE, MESA und vermutlich unbekannt gebliebenen Dritten spielenden Intrigue nicht enthüllen, bin aber überzeugt, daß es sich um den ersten Versuch einer Anknüpfung mit den bürgerlichen Politikern handelte, der eben erfolglos blieb, weil auch diese sehen mußten, daß MESA und LAFARGUE nicht im stande waren, ihnen die spanischen Arbeiter zuzuführen.

Auf dem Kongreß von Saragossa (IV. 1872 fanden PABLO FARGAS (Lafargues) Organisationsvorschläge keinen Anklang, worauf derselbe dem Antrag von FR. TOMÁS (Palma) die Organisation von Valencia beizubehalten, mit MONTORO, MARTINEZ, LORENZO, SEGUÍ u. a. beistimmte, gegenüber dem weitergehenden Vorschlag MORAGOS (der die Musterstatuten perhorreszierte); auf Seite MORAGOS finden wir SORIANO, MIGUEL PINO, P. CASTRO. Hieraus ist schon ersichtlich, daß der neue Föderalrat: P. MONTORO, FR. MARTINEZ, FR. TOMÁS, A. LORENZO und (an Stelle MORAS,

1) Beide Briefe erschienen schließlich in der „Emancipación“ vom 16. III.; näheres Cuestion S. 1—2.

2) A. a. O., II., 275, Anm. 2.

der ablehnte) S. ALBARRACÓN einer gemäßigten Nuance angehörte; er sollte in Valencia seinen Sitz haben, wo er durch V. ROSELL, V. TORRES, V. ASENSI, C. MARTÍ ergänzt wurde¹⁾.

LAFARGUE machte einen letzten Versuch, Einfluß zu gewinnen, indem den Mitgliedern des neuen Consejo federal, MONTORO, FR. MARTINEZ und LORENZO, bei einer Zusammenkunft in seiner Madrider Wohnung vorgeschlagen wurde, die „Emancipación“ nach Valencia zu verlegen, aber von Madrid aus zu redigieren²⁾. Dies muß nach dem Kongreß von Saragossa gewesen sein und die drei genannten, seine Gäste, gehörten der Alianza (von Valencia und Madrid) an. In Saragossa hatte aber LAFARGUE schon seine „diferentes observaciones“ über die Alianza gemacht, die ihn (wie er sich einbildete) „pusieron al corriente de todo“, worauf „yo me creí en el deber de denunciar la existencia de esta sociedad secreta en el seno de la Internacional y escribí con esto objeto“³⁾ drei aus Saragossa (9., 12. und 20. IV.) datierte Korrespondenzen an die Brüsseler „Liberté“ (28. IV.; 5. und 19. V.)⁴⁾. In der zweiten Korrespondenz wird die Alliance als société secrète direkt, wie LAFARGUE selbst sagt, „denunziert“, — die erste Enthüllung ihrer Existenz in der Öffentlichkeit durch einen Internationalen.

Man kann sich LAFARGUES Haß gegen die Alliance erklären, wenn man an das Milieu denkt, in dem er als Schwiegersohn von MARX lebte, wo alles, selbst die jüngste Tochter ELEONOR⁵⁾, damals nur gegen die Alliance wütete⁶⁾. Er wußte jedenfalls, daß das der Öffentlichkeit nie ernstlich entzogene circulaire privée

1) Biogr., S. 670, 680. Nach LORENZOS Rücktritt wurde FR. TOMÁS Sekretär; später war R. BLANCO das neunte Mitglied.

2) Cuestion, S. 4.

3) Seine eigenen Worte, A los Int. (29. VI. 1872), S. 8. — Auf dem Haager Kongreß von einem spanischen Delegierten über diese Briefe und die Broschüre zur Rede gestellt, sagte er „que ello era un arma que el habia empleado para combatir“ (Cuestion, S. 2); selbst FR. MORA war über die Briefe entrüstet (ebenda).

4) S. auch seinen Brief in der Genfer Egalité, 1. VI.

5) GUILLAUME, a. a. O., II., 313—315.

6) Nach dem Ton, der in den Briefen an SORGE herrscht, hört man auf, sich über etwas zu wundern, und faßt auch den armen LAFARGUE als Opfer des Milieu auf.

des Generalrats (Genève, Imprimerie coopérative, 39 S.), 5. III. 1872, im Druck war und erreichte es, die Alliance noch einen Monat (5. V.) vor jener Broschüre (Anfang VI.) zu „enthüllen“. Aber für die Falschheit, mit der er vier Monate lang mit den Spaniern verkehrte, die er dann denunzierte und Verfolgungen preisgab, wofür ihn in Spanien bis heute die allgemeine Verachtung getroffen hat, fehlte ihm jedes Gefühl. Seine Stellung in Spanien wurde übrigens, je mehr er den Kampfplatz erweitern und alles in den Streit hineinreißen wollte, nur desto aussichtsloser.

Die Haltung der „Emancipación“, speziell ein Artikel vom 1. VI.¹⁾, führte zu einer Anklage derselben durch FELIPE MARTIN (der nicht Allianzist war) in der Sección Varia (Madrid, 3. VI.) und der Ausschließung von dreien ihrer Redakteure (MESA, PAGÉS und FR. MORA). Am 9. VI. fand jene langwierige Versammlung der Madrider Föderation statt, in welcher die Ausgeschlossenen und ihre Freunde so viele ihrer Erinnerungen über die Alianza preisgaben und LAFARGUE neue Beobachtungen sammelte; die Ausschließung wurde bestätigt und veröffentlicht. Der Consejo Federal (Valencia) erklärte sich für nicht kompetent zu einer Einmischung und die Ausgeschlossenen zeigten ihm am 8. VII. die Gründung der Nueva Federación madrileña an, die er den Statuten gemäß nicht anerkennen konnte (16. VII), während sie das Schoßkind des Generalrats wurde (15. VIII.), der sich in dieser Frage um die Statuten wenig kümmerte²⁾. In einer Erklärung (El Consejo local de la Federación madrileña á las federaciones de la Region Española, Madrid, 20. VII.) stellte dann die Madrider Internationale an den Pranger: PAUL LAFARGUE, J. MESA, FR. MORA, V. PAGÉS, I. CALLEJA neben P. IGLESIAS und H. PAULY.

Inzwischen hatten dieselben Personen (MESA etc.) die Auflösung ihrer Madrider Alianzasektion verfügt und dasselbe den anderen Sektionen geraten (2. VI.), worin ihnen nur die Sektion

1) Vgl. FIDEL (pseud.), Pablo Iglesias en el Partido Socialista (Madrid, 1905) S. 14—16.

2) S. ENGELS in SORGES Briefwechsel, S. 69; Biogr. S. 683—684. — Alle anderen Angaben im Text sind in meiner Biogr., S. 681—686 belegt; auch die Zusammenfassungen in GUILLAUMES Buch sind zu berücksichtigen.

Cádiz folgte. LAFARGUE schlug in der Versammlung vom 9. VI. eine allgemeine Enquête über die Alianza vor, die aber ihm selbst und seinen Freunden in ihren Publikationen zu machen überlassen blieb. Er sah seine Denunziationen allgemein verurteilt und als die „Razón“ (Sevilla) einen Brief von ihm nicht aufnahm, machte er seinem Herzen Luft in der Broschüre: A los Internacionales de la Region Española (Madrid, 27. VI. 1872, 32 S. in 16°); ebenso wimmelt nun die „Emancipación“ von Angriffen gegen die Alianza und B.¹⁾

Einen Gipfelpunkt erreichte diese Verfolgung der Alianza, als am 27. VII. H. PAULY, V. PAGÉS, A. MORA, J. MESA, V. SÁENZ, I. CALLEJA, FR. MORA, P. IGLESIAS in der „Emancipación“, das Weiterbestehen der Alianza behauptend, die ihnen bekannten Namen von Alianzamitgliedern der Öffentlichkeit preisgaben (32 Namen)²⁾.

Darauf erwiderte die Alianza von Barcelona durch Bekanntgeben ihrer Statuten und der Namen aller Mitglieder (1. VIII.; „Federación“, 4. VIII.) und Herausgabe der Cuestion de la Alianza (Barcelona, Herbst 1872, 6 S. in fol.), welche auch die Resultate lokaler Enquêtes in der Internationale über die Tätigkeit der Alianza mitteilt.

1) Z. B. „Podrán decirnos los amigos de Bakounine de qué vive ese señor, cómo vive y dónde vive? Misterio!“ (Emancipación 20. VII.); ein „centro misterioso“ in der Schweiz „que no sabemos por quien está influido (quizás por los gobiernos burgueses“ (27. VII.); „tenemos noticias de otras dos sociedades existentes en el seno de la misma Alianza, y que se titulan, una „Los Anarquistas“ y otra „La Justicia del Pueblo“ (27. VII., 17. VIII.); worauf F. MORA am 24. VIII. schon von „la Alianza y sus diversas modificaciones (Los Anarquistas, La Justicia del Pueblo etc.) schreibt, Fiktionen, von denen man nie wieder hört und die, wie das beständige Fabeln von dem „mysteriösen Zentrum“ zeigen, zu welchen Mitteln man griff, um die spanischen Arbeiter gegen die Alianza aufzuhetzen, der aber alle nur die beste Erinnerung bewahrten. (La Justicia del Pueblo soll wohl Netschaev's Narodnaja Rasprava [Volksrache] sein. Die Frage betreffs B.s Existenzmitteln zeigt, daß LAFARGUE von dem von MARX damals vorbereiteten Schlag gegen B. in der geheimen Kommission des Haager Kongresses wußte?)

2) In Madrid, Valencia, Barcelona, Malaga, Sevilla, Cádiz, Cordoba und Palma (Mallorca). — VIÑAS und SORIANO sollen ferner der „seccion de Suiza“, (Alliancesektion, Genf) angehören, wovon in den Dokumenten dieser Sektion, soweit ich sie kenne, keine Spur zu finden ist.

Beinahe gleichzeitig verlangte ENGELS vom Consejo federal (Valencia) eine Liste der Alianzamitglieder, eine Enquête über die Alianza und allerlei anderes, umgehend, bei Strafe der Suspension (24. VII.), was er auszuführen von H. JUNG gehindert wurde¹⁾. Der Consejo federal antwortete ENGELS: „Vous reclamez de nous ni plus ni moins que l'office qu'un chef d'Etat demanderait à son département de la police.“

Der Consejo federal, den LORENZO, der sich zwischen Hammer und Ambos sah²⁾, da er die früheren schönen Leistungen seiner Madrider Freunde nicht vergessen und doch ihre jetzige Haltung nicht billigen konnte, nach kurzer Zeit gekränkt verlassen hatte, empfahl die kollektive Wahl von Delegierten zum Haager Kongreß, mit einem imperativen Mandat, — eine Idee, die vielleicht in B.s Briefen angeregt wurde³⁾. MARSELAU und MORAGO wurden gewählt, daneben R. FARGA PELLICER und ALERINI für Barcelona.

Der Haager Kongreß ist in meiner Biographie (Kap. 62) und im II. Bde. von GUILLAUMES Werk so ausführlich beschrieben, ebenso ist dort (Kap. 63—65, resp. in Bd. III) alles die Folgen desselben betreffende zusammengestellt, daß ich auch auf die kürzeste Erzählung dieser Vorgänge hier verzichten kann. Es genügt zu bemerken, daß die Spanier sich den Erklärungen der Minorität und dem Solidaritätspakt von St. Imier anschlossen, daß der Kongreß von Cordova (XII. 1872) diese Haltung billigte, daß die zu einer „Nueva Federacion Española“ auf dem Papier erweiterten LAFARGUESchen Gruppen in wenigen Monaten ein ebenso klägliches Ende nahmen, wie all die Trümmer und Fetzen der Internationale, aus denen sich die Haager Majorität zusammensetzte, daß die spanische Föderation den Kongreß der freiheitlichen Internationale in Genf (IX. 1873) und die folgenden Kongresse beschickte und trotz ihrer Unterdrückung als öffentliche Organisation (I. 1874) als geheime Organisation durch Jahre weiterbestand, bis sich eine Form fand, unter der sie, in der alten Stärke und mit unver-

1) Vgl. GUILLAUME, a. a. O., II., 308—310.

2) Seine eigenen Worte (1905), ebenda, II., 307—308.

3) Vgl. meine Biogr. S. 686.

änderten Ideen, wieder an die Öffentlichkeit treten konnte (Kongreß von Barcelona, IX. 1881). Liest man diese an Kämpfen reiche Geschichte und wirft daneben einen Blick auf ENGELS Briefe an SORGE (1872/73), so begreift man das absolute Fiasko LAFARGUES, muß sich aber nur immer wieder wundern, daß es diesen Leuten je möglich war, in der Arbeiterbewegung eine Rolle zu spielen. Die kleine Madrider Gruppe von parti ouvrier-Leuten hielt übrigens bis heute zusammen, da sich eben keinem derselben die Reihen der Internationale und ihrer Fortsetzer je wieder öffnen werden; man nannte sie lange die „mikroskopische Partei“; seit 1879 nennen sie sich Partido Socialista Obrero Español und P. IGLESIAS, ihr Führer, ist endlich Cortesabgeordneter geworden. Den Kämpfen und Plänen des spanischen Proletariats stehen sie mit derselben starren Feindseligkeit gegenüber wie in LAFARGUES Zeit¹⁾.

VI.

Es ist unbekannt, ob die Alianza außer in Barcelona, Madrid (und Cádiz) sich irgendwo formell auflöste; ihrem Wesen nach, als private Verständigung zwischen den „militants“, bestand sie jedenfalls, mit oder ohne den Namen, weiter und wurde eben in dieser Zeit der Abwehr der LAFARGUESchen Dominierungsversuche von den unzuverlässigen Elementen befreit. Ebenso sahen die Spanier die Notwendigkeit einer internationalen Abwehr der MARXschen Beherrschung der Internationale ein und so besprachen sie sich schon am 8. IX. 1872 in Amsterdam, nach dem Haager Kongreß, mit GUILLAUME und CAFIERO²⁾, reisten dann nach Zürich zu B. und den Italienern³⁾.

1) Ihre Geschichte schrieben ihre Parteianhänger FR. MORA, a. a. O., S. 178—208 und FIDEL (Pseud.), a. a. O. Ich will annehmen, daß MORA die eigene Parteigeschichte richtig darstellt, aber was er S. 209 ff. über die spanische Internationale nach 1874 sagt, ist in größter Weise irreführend, was selbst ich als Fernstehender, auf Grund der Kenntnis mancher Quellen über diese dunkle Periode behaupten kann, deren Darstellung, wie sie etwa LORENZO geben könnte, eine wirkliche Lücke ausfüllen würde.

2) GUILLAUME, a. a. O., II., 353. Ein Delegierter von Bordeaux, „VILMART“ (Pseudonym), der ein antiautoritäres Mandat hatte, aber mit den MARXisten stimmte (Biogr., Anm. 3276), erfuhr etwas von der Absicht der

11. IX.: soir arrivent Armand (Cafiero), Adhémar (Schwitzguébel), Morago, Justus (Farga Pellicer), Marselau, Raoul (Alerini) — inquiétude et défiance dans l'air. 12. X. Matin et soir lecture et discussion des statuts [der Alliance, vgl. 3. 4. 5. IX.]; 13. accepté — baiser fraternel et serrement de main solennel). Bei weiteren Diskussionen, nach dem Kongreß von St. Imier, in Zürich, am 18., 19. — discussion sur moyens — platonisme doctrinaire de Marselau; 20. explications avec Marselau¹⁾ — tout concilié; 21. système de correspondance; 22. Espagnols partis.

Die täglichen Notizen B.s bis Ende 1872 enthalten dann:

2. XI.: écrit par Justus [Farga Pellicer] lettre collective à tous les H. [hermanos, frères] Espagnols; 3. écrit et envoyé grande lettre collective aux E[spagnols] et lettre à Justus; — à Morago; — à Marselau [nach ähnlichen „grandes lettres collectives“ seit dem 24. X., an andere nationale Gruppen]; — 6., 7. XI.: circulaire No. 2 (chiffree) de Hugo [Bakunin] à Ermani [hermanos, aux frères]; 8. écrit et fini seconde circulaire; — 11. lettre bonne d'Alerini; 13. dictionnaire — fini France, Espagne et Portugal [Chiffren]; 16. lettre à Alerini; 17. ... à James, avec lettre d'Alerini; — lettre collective à Alerini; 18., 19., 20. ebenso; 23. lettre de Marselau; 4. XII.: commence à écrire aux Espagnols; 7. lettre à Marselau; 8. lettres d'Alerini, Pellicer; fini et envoyé lettre ... à Marselau; 11. und 13. die Briefe der drei Spanier in den Jura geschickt; 15. écrit aux Espagnols; 16. envoyé lettre collective avec conseils aux Espagnols, pour Cordoue [Kongreß von Cordoba, der spanischen Föderation] à Pellicer lettre chargée; soir copie grande circulaire pour Espagnols; 17. copié grande circulaire réponse à Barcelone; 18. lis à Zaicev lettres aux Espagnols; soir copie circulaire aux Espagnols; 19. copie soir lettre circulaire aux Barcelonnais; 20. bis 23. aux Espagnols [soir arrivent Cafiero et Palladino, später andere Italiener, so daß bis 31. XII. von dem langen Brief nach Barcelona nicht mehr die Rede ist; die Fortsetzung der Notizen, 1873, 1874, ist mir unbekannt und wurde wahrscheinlich von CAFIERO 1874 vernichtet²⁾].

Erklärungsversuche dieser Stellen müßten die übrige gleichzeitige Korrespondenz, die Vorgänge in der Internationale etc.

Spanier, „die Allianz wieder zu organisieren“ (angeblich von GUILLAUME in Brüssel), und meldete es LAFARGUE (ENGELS an SORGE, 21. IX. und 5. X. 1872, S. 63, 65).

3) Vgl. dieses „Archiv“ II, S. 327—328.

1) Über ihn s. LORENZO, a. a. O., S. 302—304, 430. GUILLAUME, a. a. O., II, 356; III, 126. Biogr., Anm. 3288 und Suppl. zu 4606, wo dieses erklärt wird.

2) Ob B. damals neben den Italienern auch Spanier besuchten, wie ihn SOKOLOV in seinen Memoiren sagen läßt (s. Biogr., S. 754), der auch selbst Spanier in Locarno bei B. gesehen haben will — in den ersten Monaten von 1873 — (ebenda, S. 755), ist aus anderen Quellen nicht festzustellen.

mit in Betracht ziehen; hier genügt ihre Anführung als Nachweis der Art, Ausdehnung und Häufigkeit der Korrespondenz, die der mit Italien z. B. weit nachstand. Für 1873 ist, vermutlich infolge von CAFIEROS Vernichtung von Papieren (Sommer 1874) das mir bekannt gewordene B.-material ein wesentlich spärlicheres; die spanischen Beziehungen dauerten fort und dehnten sich vielleicht auch auf PAUL BROUSSE und GARCIA VIÑAS in Barcelona aus. Jetzt war die Streitfrage in der Internationale durch das totale Verschwinden der Gegner, das sich in ENGELS Briefen an SORGE mit so tödlicher Sicherheit vor unseren Augen vollzieht, erledigt und es handelte sich um die revolutionäre Aktion in Spanien, zu der die politische Lage drängte und die auch in vielfacher Form erfolgte (Alcoy, San Lucar de Barrameda etc.).

„Nous eûmes d'abord — schreibt B. in einem seiner intimsten Dokumente, das ein großer Zufall in einer Kopie vor der Zerstörung bewahrte — [im Sommer 1873] la pensée d'y envoyer un ami [sc. en Espagne], puis sur les instances de nos amis Espagnols, je me décidai de m'y rendre moi-même.“ Dies war als „la révolution Espagnole semblait prendre un développement tout à fait victorieux“ (B., ebenda), nach den ersten Nachrichten über Alcoy (10. VI.) (nach E. MALATESTA). Der Plan scheiterte am Geldmangel, da eine ziemlich bedeutende Summe für eine geheime Reise über Italien erforderlich gewesen wäre. E. MALATESTA, der damals bei ihm war, wurde aus Locarno zu CAFIERO nach Barletta (Apulien) geschickt, wo er aber sofort verhaftet wurde und eingesperrt blieb (VII. 1873—I. 1874). CAFEIRO, brieflich verständigt, wollte B. nicht abreisen lassen und ermöglichte die Reise nicht¹⁾.

Alles weitere ist unbekannt²⁾; die sukzessive Erdrückung aller revolutionären Elemente in Spanien in den Insurrektionen von 1873 ermöglichte die monarchistische Restauration von 1874; die Internationale konnte vom I. 1874 an nur als geheime Gesellschaft weiterbestehen, was ihr die Alliance ermöglichte, die, wie sie an ihrer Wiege stand und ihr ihre Ideen schenkte, sie auch

1) Näheres Biogr., S. 757 und GUILLAUME, a. a. O., III., 98, Anm. 1.

2) B. kam noch im IX. 1873 in Bern mit FARGA PELLICER, VIÑAS, ALERINI und PAUL BROUSSE zusammen (GUILLAUME, a. a. O., III., S. 141).

in diesem kritischen Momente, als sie hätte verschwinden sollen, rettete und das Weiterbestehen der Bewegung sicherte, die nach Jahren des Schweigens 1881 in der Federacion de Trabajadores de la Region Española als die damals größte proletarische revolutionäre Organisation wieder ans Licht trat.

B.s Beziehungen zur spanischen Internationale waren, — möchte ich als meinen Gesamteindruck angeben, — äußerlich weniger zahlreich und häufig, als man hätte glauben mögen, aber sie wußten so tüchtige Männer zu treffen, die so selbständig und ausdauernd zu arbeiten verstanden und die ihnen im Wege der Propaganda mitgeteilten, von B. formulierten, anarchistisch-kollektivistischen Ideen vom ersten Augenblick an ganz zu den ihren machten, wie sie gleichfalls B.s Arbeitsmethode, das Wirken durch einen engeren Kreis intimster Genossen, adoptierten — mit einem Wort, B.s Ideen und Anregungen fielen in Spanien auf so guten Boden, daß, wie für Italien und in größerem Umfang und dauernder als dort, diese Tätigkeit eines einzelnen Mannes und seines kleinen Kreises zu einem die revolutionäre Geschichte des Proletariats eines Landes wesentlich bestimmenden Faktor geworden ist.

August Bebel.

Persönliche Erinnerungen

VON

Franz Mehring.

In seinen Denkwürdigkeiten spricht BEBEL von dem geselligen Verkehr, den er, zur Zeit des Norddeutschen Reichstags, Ende der sechziger Jahre, mit den Leuten um JOHANN JACOBYS „Zukunft“, mit GUIDO WEISS, ROBERT SCHWEICHEL, WILLIAM SPINDLER, dem „damals noch sehr jungen FRANZ MEHRING“ u. a. unterhalten habe.

Er fügt dann hinzu: „Blieben LIEBKNECHT und ich über Sonntag in Berlin, so trafen wir in der Regel mit mehreren der Genannten, unter denen sich auch öfter PAUL SINGER befand, in einer Weinstube zusammen. Nach stillschweigender Übereinkunft tranken wir alle einen billigen Moselwein, sogenannten Kutscher, den Schoppen zu 50 Pfennig. Nachher ging es nicht selten noch in ein Bierhaus. Meine Leistung im Trinken war allezeit eine minimale, aber SCHWEICHEL, LIEBKNECHT, GUIDO WEISS, MEHRING waren trinkfeste Mannen. Mehr als einmal gingen wir, doch stets aufrechten Hauptes, nach Hause, als schon die Sonne hell leuchtend am Himmel stand“. Es ist eine der nicht allzu zahlreichen Stellen in BEBELS Denkwürdigkeiten, wo sie das sind, was man im eigentlichen Sinne des Wortes Memoiren zu nennen pflegt: persönliche Erinnerungen, aus verklärter Ferne gesehen.

Trotz seiner minimalen Trinkfähigkeit verschmähte BEBEL einen guten Tropfen nicht, aber den Rückzug trat er doch immer in den bergenden Schatten der Nacht an. GUIDO WEISS und ROBERT SCHWEICHEL waren freilich fröhliche Zecher des alten Schlages, die es ungern an einem angebrochenen Abend bewenden ließen, wobei der Eine es bis dicht an die achtziger Jahre und der Andere noch ein gutes Stück darüber hinaus gebracht hat. Aber wenn uns der Sonnengott zur Heimkehr leuchtete, schlief BEBEL längst den Schlaf des Gerechten, während LIEBKNECHT, sonst kein Mann des Kompromisses, eine gewisse Mittellinie zwischen seinem alten Freunde SCHWEICHEL und seinem jungen Freunde BEBEL innehielt.

In seiner Lebensführung war BEBEL stets der solide Kleinbürger, trotz seiner proletarischen Abstammung. Seine kümmerlichen Jugendjahre hat er in seinen Denkwürdigkeiten geschildert, und er sprach auch schon bei unseren bescheidenen Symposien gern davon. Damals meinte er auch, sein in Ostrowo

aufgewachsener Vater sei geborener Pole gewesen; ich bin dieser Tatsache ganz sicher, da GUIDO WEISS sie in einem Artikel der „Wage“ wiederholte, worin er Einiges von BEBELS Mitteilungen verwertete, ohne daß dieser widersprach. Erst als ich ein paar Jahrzehnte später in meiner Parteigeschichte seinen Vater einen „geborenen Polen“ nannte, bat BEBEL mich, die Angabe in den späteren Auflagen zu streichen; er sei seiner deutschen Abstammung sicher. Es ist mir jedoch zweifelhaft geblieben, ob es ihm dabei nicht ein wenig der Humanist HEINRICH BEBEL und namentlich der Buchdrucker JOHANN BEBEL in Basel angetan hatten, der 1518 die erste deutsche Übersetzung der Utopia MORES herausgab. Vor einigen Jahren sprach ich mit BEBEL noch auf einer gemeinsamen Fahrt nach Leipzig darüber. Tags vorher hatte die Kölnische Zeitung eine etymologische Abhandlung über polnisch-deutsche Familiennamen veröffentlicht und darin die polnische Wurzel der in Polen verbreiteten Namen Bebel nachgewiesen. Ich hatte ihm das Blatt mitgebracht, aber er wollte nichts davon wissen. Dabei erzählte er, daß er seiner Abstammung nachgeforscht habe und rühmte das Entgegenkommen der Pfarrämter, die er gebeten hatte, alte Kirchenbücher nachzuschlagen. Viel war nicht dabei herausgekommen, doch zog er aus der Tatsache, daß der Name Bebel schon im 17. Jahrhundert in Polen vorkomme, die sonst nicht weiter begründete Schlußfolgerung, daß die Bebel zur Zeit der Reformation aus dem südwestlichen Deutschland in Polen eingewandert sein möchten.

Ein Freund „polnischer Wirtschaft“ — wenn es gestattet ist, dies landläufige Schlagwort eines heute mehr denn je ungerechten Vorurteils zu gebrauchen —, ist BEBEL jedenfalls nie gewesen. Als Mensch und Staatsbürger war er stets der ehrsame Handwerksmeister von peinlicher Pünktlichkeit, darin wie in so vielem anderen seinem Freunde LIEBKNECHT ganz unähnlich, der — bei gleich bescheidener und selbst frugaler Lebensführung — wenig von den Tugenden eines würdigen Hausvaters besaß. Dafür hatte LIEBKNECHT eine künstlerische Ader, die seinen Lebenserinnerungen, so viel er davon in einzelnen Bruchstücken hinterlassen hat, viel mehr Farbe und Leben gibt, als die Denkwürdigkeiten BEBELS aufzeigen. Es wäre verwegen, auf jede Tatsache, die LIEBKNECHT beispielsweise in seinem Büchlein über MARX berichtet, einen körperlichen Eid abzulegen, aber trotz allen Fabulierens und gerade in ihm schildert LIEBKNECHT viel lebendiger und wahrer, als BEBEL, im Sinne des österreichischen Dichters:

Hast du nur deinem Werke eben
Aus eignem Ich was zugegeben,
So gibts ein Bild.

Es heißt nun aber weit übers Ziel hinausschießen, wenn aus der Farblosigkeit, die den Denkwürdigkeiten BEBELS ohne Zweifel bis zu einem gewissen Grade anhaftet, der Schluß gezogen worden ist, daß er im Grunde eine arme und dürftige Natur gewesen sei. Man findet dieselbe Farblosigkeit nicht zwar in allen, aber in den weitaus meisten der Nachrufe, die ihm gerade auch in der Parteipresse gewidmet worden sind. Bei allem gerechten Lobe, das sie dem unvergänglichen Verdienste BEBELS um die Arbeiter-

bewegung spenden, geben sie doch kein eigentliches Bild des Mannes, und ein jüngerer Parteigenosse, der ihn liebte und verehrte, wie einer, und der eine Gedenkrede auf ihn halten sollte, sagte mir jüngst: Es ist eine verzweifelte Sache; wenn man über BEBEL sprechen will, kommt man sofort in die Geschichte der Partei, und dann kann man nur erzählen, was schließlich jeder Parteigenosse weiß.

Damit war der springende Punkt berührt. Man pflegt in den Nachrufen auf jeden langjährigen Parteiführer zu lesen, daß seine Geschichte sich nur schreiben lasse, als Geschichte seiner Partei, aber bei BEBEL hat die landläufige Wendung einen tieferen Sinn. Macht man die selbstverständliche Voraussetzung, daß seine historische Tätigkeit ohne ganz ungewöhnliche Gaben des Geistes und des Charakters nicht möglich gewesen wäre, so muß man doch sagen, daß er unter den modernen Arbeitern, die ihre Namen in das Buch der Geschichte einschreiben durften, nicht der begabteste gewesen ist. Er besaß nichts von dem genialen Zuge eines WEITLING, wenig von der theoretischen Erkenntnisschärfe eines ECCARIUS, und wenn man ihn nur an denen mißt, die, unter ähnlichen Verhältnissen emporgekommen, Schulter an Schulter mit ihm gekämpft haben, so war AUER unstrittig die reichere Persönlichkeit. Aber BEBEL war, wie kein anderer vor ihm und mit ihm, der getreueste Dolmetsch der Massen. Er war, wie kein anderer vor ihm und mit ihm, mit der Arbeiterbewegung verwachsen und sein Denken, Fühlen und Streben haftete mit allen Wurzeln so tief in ihrem Boden; aus diesem Boden sog er so ausschließlich die Kräfte seines Lebens, daß jede besondere Eigentümlichkeit seines Wesens darin erlosch. Was die Schwaben von UHLAND zu sagen pflegen, das sagten und sagen die deutschen Arbeiter von BEBEL: Jedes Wort, das er gesprochen hat, ist uns gerecht gewesen.

Hierin liegt BEBELS eigentümliche historische Bedeutung, die in der Geschichte aller Massenbewegungen kaum ihresgleichen hat. Hierin wurzelte das ungeheure Maß von Autorität, das er besaß und bis an sein Lebensende behauptet hat. Hieraus erklärt sich dann auch die Farblosigkeit seiner Denkwürdigkeiten, die so vielfach verkannt worden ist. Wenn seine Person darin so sehr zurücktrat, so war das nicht erkünstelte Bescheidenheit, denn er war sich seiner Arbeit wohl bewußt; es war nicht einmal wirkliche Bescheidenheit, so sehr sie ihm in all den schweren Belastungsproben, denen sie in den letzten Jahrzehnten seines Lebens ausgesetzt war, treu geblieben sein mochte: es war seines Wesens Wesenheit, daß ihm seine Person völlig in seiner Partei aufging. Nun konnten seine Denkwürdigkeiten freilich auch keine Geschichte der Partei geben, da ihm die Fähigkeiten des Historikers fehlten, und so haben sie bei Lesern, die BEBELS Art nicht verstanden, den ungerechten Vorwurf hervorgerufen, er sei eine arme und dürftige Natur oder mindestens ein greisenhaft langweiliger Erzähler gewesen.

Seinen größten Ruhm hat BEBEL als Redner und namentlich als parlamentarischer Redner davon getragen. Eben jetzt geht eine Notiz durch die Zeitungen, wonach BISMARCK ihn als den einzigen Redner des Reichstags gelobt haben soll. Etwas anders lautet eine vor Jahren schon verbreitete

Notiz, wonach BISMARCK gesagt haben soll, BEBEL möge ja ein guter Redner sein, aber was sei viel dabei, wenn jahrzehntelange Übung den Meister mache, im Anfange habe es sehr mit BEBEL gehapert. Von den beiden angeblichen Äußerungen BISMARCKS ist die zweite die besser beglaubigte und die innerlich wahrscheinlichere, obgleich oder auch weil sie gänzlich daneben haut. BEBEL erwies sich schon in seinen Anfängen als ein Meisterfechter auf parlamentarischem Boden; selbst als er der einzige Vertreter der Partei im Reichstage war, setzte er bei einem Zusammenstoß LASKER, den damals gewandtesten Parlamentarier, und sogar SIMSON, den „geborenen Präsidenten“ platt auf den Boden. Allein selbst wenn BISMARCK von BEBEL als dem einzigen Redner des Reichstags gesprochen haben sollte, so hat er es schwerlich in anerkennendem Sinne getan.

Für BISMARCK war alle Beredsamkeit nicht mehr als Schall und Rauch. Wenn D'ALEMBERT ihre Wirkungen als das vielleicht glänzendste Zeugnis der Überlegenheit eines Menschen über die anderen gepriesen, KANT sie aber eine Betrügerin gescholten hat, weil sie in Dingen, die die Vernunft zu entscheiden habe, der ästhetischen Empfindung das letzte Wort lasse, so stand BISMARCK ganz auf Seiten des deutschen Denkers. Ohne schwerlich viel von KANT zu wissen, hat er die Beredsamkeit, namentlich in politischen Dingen, die immer eine kaltblütige Überlegung erforderten, mit den Gründen KANTS als unheilvoll bekämpft. Er bezog sich wiederholt auf eine Rede, die RADOWITZ im Jahre 1849 im preußischen Abgeordnetenhaus gehalten hatte. Sie hätte das ganze Haus hingerissen, einen Kollegen, der neben ihm saß, sogar bis zu Tränen gerührt. BISMARCK erzählte dann weiter, er habe diesem Kollegen den gedruckten Wortlaut der Rede vorgelegt, und ihn gebeten, nun doch zu zeigen, wo denn so Erhabenes und Rührendes darin enthalten sei. Der aber habe nach Lesung der Rede verlegen erklärt, ja im Grunde stünde wirklich nichts darin.

Von diesem Standpunkt aus konnte BISMARCK am wenigsten die Reden BEBELS bewundern. Sie zeichneten sich weder durch künstlerische Form, noch durch geistreiche Einfälle und am wenigsten durch neue Gedanken aus, die in parlamentarischen Reden ja überhaupt so selten vorkommen, wie weiße Raben. Die wohl berühmteste Rede BEBELS war die sogenannte „Kaiserrede“ vom 23. Januar 1903. Nach seinem Tode wurde sie von mehreren Blättern abgedruckt und wenn man sie nun las, so begriff man freilich nicht, daß sie einst mit Sturmesgewalt über ein atemlos lauschendes Haus hinweggefegt war und selbst die widerwilligsten Hörer in ihren Bann gerissen hatte. Solche Wirkungen der Beredsamkeit führte BISMARCK auf das — grob ausgedrückt — komödienthaffte Gebahren der Redner zurück; bei RADOWITZ auf den Denkerblick, das andächtige Auge, die Stimme voll Klang und Gewicht, bei WALDECK auf den weißen Bart und die gesinnungstüchtige Geste.

Er war ein guter Hasser, wie ihm auch BEBEL bezeugt hat, und mit dem Späherblick des Hasses hat er der parlamentarischen Beredsamkeit, die so oft seine Kreise störte, ihre Schattenseiten abgesehen. Allein darüber

hinaus verschob er die Frage auf ein falsches Gebiet. Die parlamentarische Beredsamkeit will nicht nur auf das ästhetische Empfinden wirken, sondern sie ist eine Waffe im Kampf gegen die Macht. Darin hat sie D'ALEMBERT unter vorgeschrittenen Verhältnissen viel richtiger erkannt, als sein Zeitgenosse KANT. Spekuliert sie auf die Lachmuskeln oder die Tränendrüsen, so wird sie mißbraucht und hat ihren Lohn dahin; die berufsmäßigen Heiterkeitsmacher werden schließlich selbst nicht ernsthaft genommen, ebensowenig die feierlichen Leichenredner, die von pathetischen Gemeinsätzen triefen. Aber das einfache und ungeschminkte „Aussprechen dessen, was ist“, um dies viel mißbrauchte Schlagwort LASSALLES einmal am richtigen Orte anzuwenden, kann die parlamentarische Beredsamkeit zu einer wuchtigen Waffe im proletarischen Klassenkampfe machen, und niemand hat diese Waffe so geschickt zu handhaben gewußt, wie BEBEL.

Er besaß wenig von jenen äußeren Hilfsmitteln der Rhetorik, auf die BISMARCK gern alle Wirkungen der parlamentarischen Beredsamkeit zurückgeführt hätte; nur der helle Klang seiner Stimme wirkte schon wie der Ruf der Trompete zur Schlacht. Auch an Bildung und Wissen mochten ihm manche Redner der gegnerischen Parteien überlegen sein. Aber gleichwohl hatte er das Ohr des Reichstags wie kein anderer. Aus jedem Worte sprach eine Überzeugung, von der jeder Hörer wußte, daß sie nicht erlernt, sondern erlebt, daß sie in Arbeit und Kampf dreimal gehärtet war; aus jedem Worte sprach ein Wille zur Macht, von dem jeder Hörer wußte, daß es kein müßiges Begehren, sondern der klare Entschluß von Millionen war.

Die alte Erfahrung, daß gute Redner selten gute Schriftsteller und gute Schriftsteller selten gute Redner sind, bewährte sich auch an BEBEL. Er schrieb, wie er sprach, was zwar nicht geringere Größen der Literatur, als GOETHE und LESSING, empfohlen haben, aber was deshalb nicht weniger ein sehr zweideutiges Lob ist. LESSING hat in dem glorreichen Alter von vierzehn Jahren seiner Schwester den altklugen Rat erteilt: Schreibe wie du redest, so schreibst du schön, und GOETHE hat, ohne von LESSING zu wissen, in nicht viel höheren Semestern, ebenfalls seiner Schwester mit fast denselben Worten den gleichen brüderlichen Wink gegeben. In den Zeiten eines unglaublich verschnörkelten Briefstils hatte dieser Wink auch seinen guten Sinn und zeigte schon die Klauen der jungen Löwen. Aber für alle schriftstellerische Tätigkeit bleibt es bei dem lakonischen Worte VISCHERS, daß eine Rede keine Schreibe sei. Eine gewisse Breite und Gemeinverständlichkeit, die für den Redner ganz unentbehrlich ist, kann für den Schreiber zu einer gefährlichen Klippe werden. Auch hat BEBEL seinen schriftstellerischen Stil nie gepflegt; seine Beziehungen zur schönen Literatur waren meines Wissens überhaupt nur lose. So läßt sich unter rein literarischem Gesichtspunkte manches gegen BEBELS Schriften einwenden.

Allein der rein literarische Gesichtspunkt ist, wie gegenüber seinen Denkwürdigkeiten, so auch gegenüber seiner sonstigen Schriftstellerei, nicht angebracht. Sie war ihm nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Seine historischen Schriften, die die Kritik am stärksten herausfordern, sind Ge-

fängnisarbeiten, geschrieben, um auch die erzwungene Muße zum Besten der Arbeiterbewegung auszunützen; seine Schrift über die Lage der Bäckereiarbeiter wollte dieser Proletarierschicht ein menschenwürdigeres Los schaffen und hat diesen Zweck erreicht; seine Hauptschrift, das Buch über die Frau und der Sozialismus, traf mit BEBELS nie irrendem Klasseninstinkt den Punkt, wo ein neuer und mächtiger Hebel der Arbeiterbewegung eingesetzt werden konnte. Dies Buch ist bekanntlich das verbreitetste Erzeugnis der sozialistischen Literatur und in fast alle modernen Sprachen übersetzt worden. Die fachmännische Kritik hat es ein „durch und durch unwissenschaftliches Buch“ genannt, jedoch in gewissem Sinne hat es durch die sorgsame Bearbeitung, der N. RJASANOFF die fünfzigste Auflage unterzogen hat, eher verloren als gewonnen. Freund RJASANOFF wird diese Bemerkung nicht mißverstehen: er hat das Buch gegen die Einwürfe der fachmännischen Kritik viel hieb- und stichfester gemacht, aber der historische Rost dieses menschlichen Denkmals ist dadurch zum Teil zerstört worden.

Was BEBEL als Agitator und Organisator geleistet hat, das läßt sich nicht wohl ohne tieferes Eindringen in die Parteigeschichte darstellen, und ich wäre auch nicht der Berufenste, darüber zu schreiben. Obgleich wir gewöhnlich in allen Parteifragen übereinstimmten, so führte uns unsere Parteitätigkeit doch selten persönlich zusammen, und auch in unseren Mußestunden, die ihm wie mir spärlich gemessen waren, trafen wir uns nicht oft; „wenn des Abends sinkt die Sonnen“, erfrischt sich der Eine mehr an dieser, der Andere mehr an jener Form der Geselligkeit, wie BEBELS Scherz über seine minimale Trinkfähigkeit und meine Trinkfestigkeit in immerhin scherzhafter Form andeutet. Am häufigsten war unser Verkehr in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes und in den ersten Jahren nach dessen Aufhebung. Der schönste Schmuck seines Hauses war seine Frau. Sie war ein ganz einfaches Naturkind, aber in schweren Kämpfen und Opfern mit ihrem Mann gewachsen, und sie beriet ihn auch wohl in politischen Fragen nachhaltiger, als ihr überaus anspruchsloses Wesen vermuten ließ. Sah man sie in ihrer behaglichen Häuslichkeit um ihn walten, so dachte man an das Lied des schottischen Volksdichters: Woman, lovely woman, heaven destined you to temper man. Ich habe selten in meinem Leben eine Frau von gleich bestrickender Liebenswürdigkeit des Herzens kennen gelernt. Im Alter noch eine stattliche Erscheinung, mußte sie in ihrer Jugend sehr schön gewesen sein; als ihn einst ein Witzblatt, um seine Auffassung der Frauenfrage zu verspotten, an der Seite einer wenig anziehenden Frauengestalt abgebildet hatte, meinte er mit einem Anfluge von Ärger: Na, so viel könnten sie mir doch lassen, daß ich mir eine hübsche Frau ausgesucht habe.

Seit der Mitte der neunziger Jahre trat allmählich eine Entfremdung zwischen uns ein, die ich hier berühren darf, da sie auf rein sachlichen Gegensätzen beruhte, noch dazu in einer rein historischen Frage. In meiner Parteigeschichte hatte ich die alte Legende von SCHWEITZERS Verrat an der Arbeiterbewegung zerstört, auf Grund einer wissenschaftlichen Untersuchung, deren Ergebnis seitdem von allen Historikern, bürgerlichen wie sozialistischen,

die sich mit dieser Geschichtsperiode beschäftigt haben, bestätigt worden ist. Mögen die Ansichten über SCHWEITZERS Person und Tätigkeit im einzelnen noch auseinandergehen, so herrscht darin doch völlige Übereinstimmung unter allen Forschern, die die Dinge selbst untersucht haben, daß die Legende von SCHWEITZERS durch BISMARCKS Gold erkauften Verrat eben eine Legende ist.

BEBEL hielt an dieser Legende aber hartnäckig fest, wenn auch gewiß nicht aus persönlichen Gründen. Er hat wohl im leidenschaftlichen Kampf manchem Gegner und auch manchem Parteigenossen Unrecht getan; er war ein guter Hasser, wie BISMARCK, aber von BISMARCKS nachtragender Gehässigkeit durfte er sich mit Recht freisprechen. Nachdem die bis dahin feindlichen Fraktionen sich 1875 geeinigt hatten, hat BEBEL mit manchem der früheren Lassalleaner, der ihn viel ärger beschimpft hatte als SCHWEITZER, seinen ehrlichen Frieden gemacht. Mit kleinlichen oder niedrigen Beweggründen hatte es nichts zu tun, wenn er gegenüber SCHWEITZER selbst eine Unversöhnlichkeit bewies, an der alle Gründe wirkungslos abprallten. Diese Unversöhnlichkeit hing vielmehr mit seiner stärksten Seite zusammen, mit seinem völligen Aufgehen in der Bewegung der Arbeiter. Er konnte sich nicht vorstellen, daß ein Gegner, der ihm innerhalb dieser Bewegung selbst entstanden war und ihn jahrelang die schwersten Kämpfe gekostet hatte, von andern als unlauteren Beweggründen geleitet gewesen sein.

Unser Gegensatz in dieser Frage war nicht zu überbrücken und brach von Zeit zu Zeit wieder auf, wenn auch dazwischen lange Jahre des Friedens lagen. Den entscheidenden Schlag wollte BEBEL in seinen Denkwürdigkeiten führen. Sie waren überhaupt das Schoßkind seines Alters, und er hat später selbst das Kapitel über SCHWEITZER als dasjenige bezeichnet, das ihm vor allen andern am Herzen gelegen habe. Als wir vor Jahren einmal am dritten Orte zusammentrafen und er in seiner beredten Weise im allgemeinen Tischgespräche auseinandersetzte, wie unzuverlässig das Gedächtnis sei, so daß selbst Vorgänge, die sich einem tief eingepreßt hätten, im Laufe der Jahre unter allerlei Suggestionen eine ganz andere Gestalt gewinnen könnten, rief ich ihm zu: Das ist ja gerade Ihr Fall mit SCHWEITZER. Er stutzte einen Augenblick, wehrte dann aber lebhaft ab: Warten Sie nur meine Memoiren ab. Ich werde mit keinem Worte gegen Sie polemisieren, aber mit Ihrem SCHWEITZER wird es dann vorbei sein.

Als der erste Band der Denkwürdigkeiten im Anfang des Jahres 1910 erschien, reichte er schon tief in die Periode SCHWEITZERS hinein, berührte diesen aber wenig. Ich machte nun noch einen Versuch der Verständigung, in dem Aufsatz über die Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung (in diesem „Archiv“ I, 101). Ich sandte ihm einen Abzug zu und sprach die Hoffnung aus, daß wir uns näher gekommen seien. Das gab er in seiner Antwort zu, hatte auch freundliche Worte für meine Arbeit, aber er fügte hinzu, in dem Hauptpunkte, in der Stellung SCHWEITZERS zur Politik BISMARCKS, blieben wir uneinig. Er fuhr dann fort: „Ich habe den zweiten Band: Aus meinem Leben, trotz der sehr schmerzlichen Sorgen und Erregungen, die mir die Krankheit und schließlich der Tod meiner unvergess-

lichen Frau verursachten, im vorigen Jahre nahezu fertiggestellt. Der erste Abschnitt dieses Bandes befaßt sich mit SCHWEITZER. Ich habe mich bemüht, objektiv zu sein, und muß nun abwarten, ob es mir nach Ansicht der Leser gelungen ist, meine Ansicht über die Rolle SCHWEITZERS in der Politik seine Zeit auskömmlich zu begründen. — Nach wie vor erkenne ich an, daß in bezug auf Talent und Geschick er der bedeutendste Führer war, den bis heute die Sozialdemokratie hatte, aber seine schlimmen Charaktereigenschaften und seine Leidenschaften führten ihn auf Abwege. Wäre er wirklich ein ehrlicher Mann gewesen, der ehrlich der Bewegung dienen wollte, er wäre bis zum letzten Tage seines Lebens der erste Führer der Partei geblieben. Niemand hätte wagen dürfen, einen Stein auf ihn zu werfen. Es würde sich auch niemand dazu gefunden haben. Welche Verehrung haben gerade nach ihrem Tode die LIEBKNECHT, die AUER, die SINGER erfahren, denen er geistig überlegen war. SCHWEITZER war einer von den genialen Menschen, die das Größte leisten könnten, wären sie eben nicht die Sklaven ihrer Leidenschaften und die Opfer ihres schlechten Charakters. Zu denen gehörte er. Mehr aber, als in jeder anderen politischen Partei kommt es in der sozialdemokratischen auch auf den Charakter der Führer an. Es steht für die Masse zu viel auf dem Spiel, und da vertraut sie lieber mehr der Ehrlichkeit als der Genialität.“ Der Satz kennzeichnet den Mann, der nichts von Genialität, aber um so mehr von Ehrlichkeit besaß. Im allgemeinen freilich zerbricht der kahle Gegensatz von Ehrlichkeit und Genialität an der unendlichen Bedingtheit des historischen Lebens; zwischen beschränkter Ehrlichkeit und genialem Lumpentum gibt es zahllose Zwischenstufen, und auf einer von ihnen hat auch BEBEL selbst gestanden, denn mit der Ehrlichkeit allein hat auch er nicht sein Lebenswerk vollbracht.

Im Herbst 1911 erschien der zweite Teil seiner Denkwürdigkeiten, mit dem Kapitel über SCHWEITZER, das 137 Seiten umfaßte. Leider hielt darin BEBEL sein Wort, nicht gegen meine Auffassung zu polemisieren; er hatte meine Darstellung vor der Niederschrift seines Kapitels nach seiner eigenen Angabe nicht einmal angesehen, um mich nicht in die fatale Lage zu bringen, auf Angriffe nicht an der Stelle, wo sie erhoben seien, antworten zu können. Damit war jede sachliche Erörterung des Problems von vornherein abgeschnitten. Wenn historische Quellenkunde und namentlich Quellenkritik ohnehin nicht seine Sache war, so wiederholte BEBEL einfach die alten Behauptungen über SCHWEITZER, die von mir und anderen gerade als legendär nachgewiesen worden waren. Hätte sich die gegnerische Presse nicht der Sache bemächtigt und nunmehr ihre alte Mär, wonach BISMARCK bei der Gründung der deutschen Sozialdemokratie die Hand im Spiel gehabt haben sollte, als erwiesene Tatsache behauptet, die ich wider besseres Wissen bestritten hätte, so würde ich keinen Anlaß gehabt haben, mich mit der Sache nochmals zu befassen. So aber war ich gezwungen, wenigstens in aller Kürze nochmals meinen nach wie vor entgegengesetzten Standpunkt zu betonen. Es geschah in so zurückhaltender Form, daß die gegnerischen Blätter meine Ausführungen als „lahme Ausreden“ verspotteten. Aber BEBEL selbst antwortete nunmehr in schroff ablehnender Weise. Weder das ihm immer ver-

dächtige Lob der Gegner, noch die Spärlichkeit der Zustimmung, die sein Kapitel über SCHWEITZER in der eigenen Partei fand, konnten ihn in seiner Überzeugung erschüttern.

Er hat an ihr bis an sein Lebensende festgehalten. Seine letzte Betätigung in der Parteipresse war ein lang ausgesponnener Streit über SCHWEITZER, nicht mit mir, sondern mit einem andern Parteigenossen, wobei jedoch für mich bittere Worte abfielen. Ich habe sie nicht erwidert, aber bei einer letzten persönlichen Begegnung, die aus anderem Anlaß ein paar Wochen vor seinem Tode stattfand, ergab sich ein Maß von Verstimmung, das jede Möglichkeit einer Einigung auch für die Zukunft ausschloß.

Bei diesem Abschied fürs Leben ahnte ich nicht, daß seine Lebensfrist nur noch kurz bemessen sei. Nichts verriet, daß schon die Fittiche des Todes über ihm schwebten; so lebhaft und munter sprach er, ganz wie in seinen gesunden Tagen. Nach seinem Ableben haben die Ärzte festgestellt, daß seine körperlichen Kräfte völlig aufgezehrt gewesen seien, so daß die lange Erhaltung seines Lebens fast wie ein Wunder erschiene. So hat sich an ihm das Dichterwort erfüllt: Es ist der Geist, der sich den Körper baut, und er selbst hätte sich keinen besseren Nachruf gewünscht, als daß der Geist, der in seinem schwächtigen Körper Großes gewirkt hat, der Geist der kämpfenden Arbeiterklasse gewesen ist.

Zur Biographie von Johann Philipp Becker*).

Sein Curriculum vitae bis 1856.

Mitgeteilt und erläutert von

N. Rjasanoff (Wien).

J. PH. B., dessen Name so eng mit der Geschichte der deutschen und schweizerischen, sowie der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt verknüpft ist, hat noch bis jetzt keinen Biographen gefunden. Nach seinem am 7. XII. 1886 in Genf erfolgten Tode erschienen wohl in sozialdemokratischen Zeitungen Nachrufe und Nekrologe — der beste darunter war FRIEDRICH ENGELS **). Die Angaben, die wir in ihnen finden, sind aber oft sehr dürftig und auch die ENGELSSchen nicht frei von Fehlern. Später versuchte B.s Freund, R. RÜEGG, den höchst umfangreichen Nachlaß des Veterans der europäischen Arbeiterbewegung biographisch zu verwerthen. Allein er erzählt mehr über die zahlreiche Freunde B.s, als über diesen selbst. Und doch begegnet man in der Revolutionsgeschichte des XIX. Jahrh. wenig Männern, die ein so bewegtes Leben aufweisen, wie dieser klassische Typus eines homme d'action.

„B. — schreibt ENGELS — war ein seltener Mann. Ein einziges Wort bezeichnet ihn ganz — das Wort: kerngesund; an Körper und Geist war er kerngesund bis zuletzt. Ein Hüne von Gestalt, von riesiger Körperkraft, dabei ein schöner Mann, hatte er seinen ungelehrten, aber keinswegs ungebildeten Geist, dank glücklicher Anlage und gesunder Tätigkeit, ebenso harmonisch entwickelt, wie seinen Körper. Er war einer von den wenigen Menschen, die nur ihrer eigenen instinktiven Natur zu folgen brauchen, um richtig zu gehen. Daher wurde es ihm auch so leicht, mit jeder Entwicklung der revolutionären Bewegung Schritt zu halten und im achtundsiebzigsten Jahre noch ebenso frisch in der ersten Reihe zu stehen wie im achtzehnten. Der Knabe, der 1814 schon mit den durchziehenden Kosaken gespielt und 1819 SAND, den Erdolcher KOTZEBUES, hatte hinrichten sehen***), entwickelte sich vom unbestimmten Oppositionsmann der 20er Jahre immer weiter und stand noch 1886 vollständig auf der Höhe der Bewegung. Dabei

*) Der Name wird im folgenden abgekürzt mit J. PH. B. wiedergegeben.

***) ENGELS, Dem Gedächtnis Johann Philipp Beckers (Züricher „Sozialdemokrat“, 17. XII. 1886).

****) Beruht vielleicht auf einer Erzählung, die ENGELS von B. gehört hat. Wir kennen keine andere Angabe B.s, die sich auf diese Episode bezieht.

war er kein finsterner Gesinnungslümmel wie die meisten „ernstlichen“ Republikaner von 1848, sondern ein echter Sohn der heiteren Pfalz, lebenslustig, liebte Wein, Weib und Gesang trotz dem Besten. Erwachsen auf dem Boden des Nibelungenliedes, in Worms, sah er noch auf seine alten Tage aus wie eine der Gestalten aus unserem alten Heldengedicht: heiter und spottvoll den Gegner anrufend zwischen den Schwerterhieben, Volkslieder dichtend, wenn es nichts zu schlagen gab — so und nicht anders muß er ausgesehen haben, Volker der Fiedeler.“

Von 1830 an nimmt B. an den Freiheitskämpfen von drei Generationen teil. Hambacher Fest, Sonderbundskrieg in der Schweiz, badischer Aufstand und Reichsverfassungskampagne, Internationale Arbeiter-Assoziation — das sind die allgemein bekannte Hauptphasen seiner revolutionären Wirksamkeit. Aber eine Reihe interessanter Details aus diesem Leben blieben bis jetzt vollständig vergessen. Das kleine untenfolgende — aus MARX' Papieren stammende — Curriculum vitae bietet nun neue Auskünfte und wichtige Anhaltspunkte für eine Biographie B.s. Es ist ein Brief an MARX, in dem B. von 1830 an Jahr für Jahr die Taten seines Lebens bis 1856, dem Zeitpunkt seiner Übersiedelung nach Paris, aufzählt. Es ist wahrscheinlich 1860 geschrieben — in dem Jahre, in dem MARX sich an verschiedene Mitglieder der Emigration in der Schweiz und Frankreich um Auskünfte für seine Schrift „Herr Vogt“ gewandt hatte.

„Ich kenne diesen Herrn Marx — schrieb B. damals an einen deutschen Kaufmann in London, R. . . — weder persönlich, noch war ich mit ihm in irgendeiner Berührung, kenne dagegen den Herrn Vogt und seine Familie schon seit mehr als 20 Jahren und stehe daher in gemütlicher Beziehung dem letzteren bei weitem näher.“ MARX begleitet diesen Brief mit einigen Worten, aus denen ersichtlich ist, daß er B.s Curriculum vitae bei der Abfassung jenes Buches in der zweiten Hälfte von 1860 schon in Händen hatte. Der erste uns bekannte Brief von MARX an B. ist vom 23. I. 1860 datiert und im folgenden, vom 9. IV. 1860, schreibt er: „Zunächst meinen herzlichsten Dank für Ihren Brief, ihre mündliche Mitteilungen an S. und die Übersendung der Correspondenz. Der Angriff des Sieur Vogt wäre — von allem anderen abgesehen — schon deswegen von mir als ein glückliches Ereignis zu betrachten, weil er mich in näheres Verhältnis mit dem Veteranen unserer Revolution in der Emigration gebracht hat.“

In meinen — aus Gründen der Übersichtlichkeit dem Curriculum vitae nachgesetzten — Anmerkungen habe ich leider nicht sämtliche Angaben B.s kontrollieren können. Ich habe mich jedoch bemüht, zahlreiche, weithin zerstreute Aufschlüsse und Hinweise zu sammeln, die als Materialien für eine Biographie B.s dienen können. Die dürftigen und trockenen Mitteilungen dieses selbst atmen eine Wahrheitsliebe, wie man ihr in derartigen Auto-biographien selten zu begegnen pflegt.

Kritisch beleuchtet und weiter verfolgt werfen diese Bekenntnisse ein neues Licht auf verschiedene Phasen der europäischen Arbeiterbewegung. B. bildet ein lebendiges Bindeglied zwischen dem alten Preßverein und der

späteren Internationale. Der „Freiheit und deutsche Einheit tümelnde“ Bürstenmacher von 1832 hat sich zu einem der einflußreichsten Führer der Internationale entwickelt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob bereits der Frankenthaler Auszug der Heidelberger Burschenschaft von 1828 den Anstoß zu Beziehungen zwischen den Repräsentanten der revolutionären Intelligenz und den Handwerkern in der Pfalz — B. war ein Frankenthaler Handwerker — gegeben hat, oder ob diese Annäherung auf anderem Wege zustande gekommen ist. Jedenfalls aber hat nur dieses Bündnis zwischen einem Teil der Burschenschaft und der Arbeiterschaft, durch den Einfluß der Julirevolution gestärkt, den Ausgangspunkt einer ganz neuen Entwicklung gebildet, die durch den „Bund der Geächteten“ zu dem „Bund der Kommunisten“ führt, in dem die Vereinigung der deutschen Ideologie, der Theorie, und der deutschen Arbeiterbewegung, der Praxis, den ersten Ausdruck gefunden hat. Es ist nur zu bedauern, daß B. — vielleicht um kurz zu sein — eine Reihe von Tatsachen und Namen, die uns aus anderen Quellen bekannt sind, mit Schweigen übergeht.

1830. 21 Jahre alt, Freiheit und deutsche Einheit tümelnder Kaufbold, Familienvater, 3 Kinder, Bürstenmacher ¹⁾.

1831. Gründer eines Revolutionsklubs junger Leute ²⁾. Korrespondent des „Westboten“ Dr. Siebenpfeiffers ³⁾.

1832. Gründer des Vereins zur Unterstützung der freien Presse in Frankenthal und Umgegend ⁴⁾. Eine Reise durch die Pfalz und teilweise Rheinpreußen, Propaganda für das Haubacher Fest. Reden daselbst: Aufruf zu den Waffen ⁵⁾. Den Jakob Benedek aus dem Gefängnis befreit ⁶⁾. Fruchttravall. Die Stadtbehörde verläßt das Rathhaus. Das Komitee des Pressevereins nimmt ihre Stelle ein. Kommandant der Sicherheitswehr ⁷⁾. Mit Brüggemann im Gefängnis, des Hochverrats angeklagt ⁸⁾. Verbindung zu einer Volkserhebung in Mittel- und Süddeutschland ⁹⁾.

1833. Vor den außerordentlichen Assisen in Landau mit Dr. Wirth, Siebenpfeiffer usw. Zuchtpolizeigericht in Frankenthal, Appellationsgericht in Zweibrücken. Einige Tage nach meiner Freilassung den Dr. Siebenpfeiffer befreit ¹⁰⁾. Reise nach Zweibrücken um die Befreiung Dr. Wirths zu bewerkstelligen, welcher jedoch nicht befreit sein wollte ¹¹⁾.

1834. Zur Befreiung der Gefangenen in Frankfurt (3. April 1833 Attentat) mitgewirkt ¹²⁾. Abgeordneter zu Versammlungen in Osthafen (Hessen), in Dürkheim und Frankenstein (Pfalz) ¹³⁾. Korrespondenz mit Armand Carrel, Gottfried Cavaignac und Lafayette: Sie möchten bei ihrem Volke die Eier nach dem Rhein bekämpfen, damit nicht der alte Nationalhaß erwache ¹⁴⁾.

1835. Veranstalter eines Freischießens in Frankenthal zu politischen Zwecken. Wiederholte Reise nach Frankfurt. Befreiung der letzten Gefangenen dort ¹⁵⁾.

Auf Vorschlag Dr. Hepps in einer Versammlung (1834) beauftragt, die Pfalz zu bereisen und bewaffneten Widerstand zu organisieren für den Fall, daß Pfälzer gegen Geseß nach Bayern gebracht werden sollten ¹⁶⁾.

1836. Verschiedene Prozesse vor dem Zuchtpolizeigericht. Freisprechungen. Gastwirt.

1837. Reisen, Süddeutschland und die Schweiz. Propaganda. Neue Prozesse. Beurteilung ¹⁷⁾.

1838. Neue Prozesse. Übersiedlung in die Schweiz. (18. Mai) Bern ¹⁸⁾. Mitgewirkt zur Errichtung einer Freischar gegen Frankreich, das die Ausweisung des Bürgers Louis Bonaparte verlangte ¹⁹⁾. Affoziation mit Siebenpfeiffer.

1839. Übersiedlung nach Biel (Kant. Bern). Rheinwein- und Uhrenhandel.

1840. Korrespondent der „Deutschen Volkshalle“ von Dr. Wirth ²⁰⁾. Errichtung einer Rheinweinwirtschaft in Bern. Mittelpunkt der Professoren, Studenten, Literaten und Flüchtlinge.

1840. Herausgeber einer Schrift: „Ein Wort über die Fragen der Zeit“ (Orientalische Frage ²¹⁾). Wiederholte Versuche, die Koryphäen der franz. Presse zu bestimmen, die Eroberungsjucht zu bekämpfen. Lied gegen die Säger des Rheinliedes von R. Becker ²²⁾. Mitglied verschiedener Schützengesellschaften ²³⁾.

1841. Polemik mit den protestantischen Pfaffen. Holzhandel. Reorganisation vieler deutschen Arbeitervereine ²⁴⁾. Wiederholte Reisen durch die ganze Schweiz ²⁵⁾.

1842. Agitation gegen die Ultramontanen. Korrespondent mehrerer Schweizer Journale. Zigarren- und Tabakfabrikant.

1843. Mit Ochsenbein den ersten Freischarenzug nach Luzern organisiert und an der Spitze des Fähnleins von Biel ausgezogen.

1844. Heftige Agitation, Reden auf Volksversammlungen und Schützenfesten. Zweiter Freischarenzug ²⁶⁾.

1845. Mitarbeiter der *Juraz Zeitung*, entschieden Opposition gegen die Berner und andere laue Kantonsregierungen. Sägemühle, mechanische Werkstätte. Fabrikation von Balanzier für Uhren, Landwirtschaft. Mit der Ausweisung aus der Schweiz bedroht. Mitgründer der *Berner Zeitung*.

1846. Sturz der Berner und anderen Kantonsregierungen ^{26a)}. Besitzer des bisher verweigerten Schweizer Bürgerrechts ^{*}). Mitglied der Längendorfer Schützengesellschaft, die aus einer lokalen zu einer eidgenössischen organisiert wurde und die revolutionärsten Kräfte der Schweiz in sich vereinigte, die Bundesverfassung (1815 Bund) zu stürzen ^{26b)}.

1847. Stifter und Präsident des großen Schützenfestes in Biel, das die tatkräftigsten Männer der Schweiz in Biel vereinigte, während die Tagsatzung: ob Krieg oder Friede? mit dem Sonderbund zu entscheiden hatte. Die entschiedensten Adressen dieser bewaffneten Volksversammlung an die Tagsatzung, um zum Kriegsbeschluss zu demonstrieren. Organisation von Freiwilligen zum ersten Auszug. Adjutant und Staatssekretär von Ochsenbein. Verfasser des Divisionsberichts ²⁷⁾.

Mein ältester Sohn diente im Sonderbundskrieg als Leutnant vom 42. Bataillon.

1848. In der Revolution im Kanton Neuenburg zur Verjagung des preussischen Regiments und zu völligem Anschluß an die Schweiz ²⁸⁾. Organisation einer deutschen Legion durch die ganze Schweiz mit großer Begünstigung fast aller

^{*}) Variante: das seit bisher verweigerte Schweizer Bürgerrecht erlangt.

Kantonsregierungen²⁹⁾. Führer bei der ersten Volkszählung in Baden³⁰⁾. Gründung des Wehrbundes „Hilf dir“. Präsident mit diktatorischer Befugnis³¹⁾. Gründung eines Organs desselben „Die Revolution“³²⁾. Pässe für die Mitglieder³³⁾, republikanische Staatsschuldscheine³⁴⁾. Diplom und Medaillon erhalten, sowohl bei der landwirtschaftlichen als industriellen Ausstellung in Bern. Offener Brief an das Vorparlament in Frankfurt. „Ihr wälzt den Stein des Sisyphus und das Parlament wird Euch ablösen, die unfruchtbare Arbeit fortzusetzen.“ Adressen an die konstituierenden Versammlungen in Berlin, Wien, Pest und Turin vom Standpunkt der Völkerverbüderung. Verbannung aus dem Kanton Bern auf 1 Jahr, und zwar auf Einfluß der auswärtigen Regierungen.

1849. Kapitulation mit den provisorischen Regierungen in Sizilien und Rom auf dem Prinzip der Solidarität der Völker. Im Falle einer Revolution in Deutschland darf die ganze Legion (Infanterie, Kavallerie, Artillerie) völlig ausgerüstet in Deutschland einrücken. Sammelpflanze: Genf, Genua, Marseille. Die Ausfahrt von Marseille, Neuaussendung einiger Offiziere nach Rom wird durch die Expedition der Franzosen nach Rom verhindert³⁵⁾. Ich eile nach Karlsruhe, wo die Revolution ausgebrochen war. Hier Oberbefehlshaber und Oberinstrukteur sämtlicher Volksheere. Bruch mit Brentano. Chef der V. Armeedivision während des Krieges. Greife im hessischen Odenwalde zweimal bei Hirschhorn und einmal bei Sidelbrunn die Reichstruppen unter Plüker an mit der Absicht, auf eigene Faust bis an den Main vorzurücken und der Revolution neue Impulse zu geben. Mächtlicher Marsch, um Heidelberg von dem von den Preußen schon begonnenen Angriff zu retten. Die Preußen zurückgeworfen. Das Gros der Armee retiriert von Baghäusel her über Heidelberg. Ich decke den Rückzug, kommandiere das Gefecht bei Durlach (siehe Militärwochenschrift in Berlin), sowie an dem Federbach, bei Rauenthal und Kuppenheim. Decke den Rückzug, nehme den Mecklenburgern die Haubize bei Dos. Dringe von Offenburg durchs Ringital über den Schwarzwald an die Württemberger Grenze. Proklamation an das württembergische Volk. Durch den übereilten Rückzug Sigels bloßgestellt, vereinigte ich mich wieder mit demselben nach zweitägigen, unerhörten (wie die Berliner Militärwochenschrift sagt) Gebirgsmärschen mit Artillerie und Bagagetroß, in Flanken und Rücken die Preußen, bei Thiengen am Rhein. Lagerkommandant der Trümmer der Armee. Rückzug in die Schweiz³⁶⁾. Mit Esfelen³⁷⁾ Verfasser der Geschichte der Süddeutschen Mairevolution.

1850. Abergift. (Vulgo: Zum roten Degen) Flüchtlingskaserne.

1850. Reise durch die Schweiz und einen Teil Frankreichs. Gemüse-Gärtner.

1851. Handelsagent. Flüchtlings Uff³⁸⁾. Strich durch die Rechnung.

1852. In Genf ausgewiesen und nach 2 Monaten dahin zurückgekehrt. Porträts (Nichtbilder).

1853. Gründe das Office de Renseignements und ein Tagesblatt „Le Messenger du Léman“³⁹⁾. Entschiedene Opposition gegen Fazy⁴⁰⁾

Mitstürzer von Fazy. Druckereibesitzer.

1854 und 1855. Mägliches Leben.

1856. Zu industriellem Unternehmen nach Paris⁴¹⁾.

Manuskript: Mein ältester Sohn, jetzt Redakteur in Amerika, diente als Stabs-offizier in meiner Division⁴²⁾. Von 22 Kindern (16 Knaben und 6 Mädchen) leben jetzt nur 7, d. h. 3 Knaben und 4 Mädchen.

Grundsätze:

Gleichberechtigung aller Menschen nach Maßgabe ihrer intellektuellen Kräfte, Fähigkeiten und ihrer Latkraft. Ebenbürtigkeit aller Rassen (Nationalitäten) nach gleichem Maßstabe.

Geistiger und materieller Genuß ist Lebenszweck.

Der gemeinschaftliche, in jeder Richtung zu veredelnde Genuß der einzige Kultus. Die Freiheit ist Mittel und Ziel, die Revolution in Permanenz.

Organisch gegliederte Einheit der Menschheit, völlige Beseitigung Gottes und reine Anarchie, das Endziel und der Triumph.

Joh. Ph. Becker.

1) B. geboren in Frankenthal, Pfalz, 19. III. 1809, war der Sohn eines Schreinermeisters. Er heiratete im Alter von 18 Jahren. (Vgl. R. RÜEGG, Aus Briefen an J. Ph. Becker, in „Neue Zeit“ 1888, S. 450—451; Biographie des alten Veterans der Freiheit Joh. Ph. Becker. Zürich 1889; R. SEIDEL, J. Ph. Becker, im „Grütli-Kalender“ für 1900.

2) Beide Tatsachen in den biographischen Skizzen nicht erwähnt. „Auf einer Reise — erzählt RÜEGG (a. a. O. S. 451) — durch die zu Bayern geschlagene Pfalz berührte König LUDWIG I. auch Frankenthal: Während die Bewohner den Landesherrn begrüßten, stellte sich B. mit einigen kecken Kameraden unter den von seinem Großvater 1793 gepflanzten Freiheitsbaum . . . und intonierte die revolutionäre Hymne.“

3) Der „Westbote“ oder „Bote aus Westen“ erschien seit Ostern 1831 bei J. RITTER in Zweibrücken und wurde von SIEBENPFEIFFER redigiert. (Vgl. G. ADLER, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland, Breslau 1885, S. 10; G. SCHNEIDER, Der Press- oder Vaterlandsverein 1832—1833, Berlin 1897, S. 11; W. HERZBERG, Das Hambacher Fest. Geschichte d. revol. Bestrebungen in Rheinbayern um das Jahr 1832. Ludwigshafen 1908, S. 28—73; L. SALOMON, Geschichte des deutschen Zeitungswesens, III. Bd., Leipzig 1906, S. 447—452; K. GLOSSY, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, Wien 1912, S. 81—82.

4) Über die Gründung der Lokal- und Filialkomitees des Pressvereins in Rheinbayern, vgl. SCHNEIDER, a. a. O. S. 28 f.; HERZBERG, a. a. O. 75 f.

5) Über Proteste gegen das Festverbot in Hambach, darunter aus Frankenthal, vgl. HERZBERG, a. a. O. S. 97 f. B.s Name wird nicht erwähnt. Unter den Rednern auf dem Hambacher Fest zit. HERZBERG (S. 108) auch B. „Ebenso wurden die Reden Brüggemanns und Beckers, die beide durch ihre Schlichtheit und überzeugende Einfachheit wohltuend aus der buntscheckigen Auffälligkeit der übrigen hervorstachen, mit großem Beifall aufgenommen. Die Rede Beckers muß besonderen Eindruck gemacht haben. Denn die offizielle Festbeschreibung begleitet sie mit folgenden Worten: „Dank dir, freiheitsglühender Bürger Frankenthals! Denken und sprechen nur einmal Tausende wie du, dann ist die Wiedergeburt Deutschlands vollendet, ein freies deutsches Vaterland errungen.“ (S. 120 f.) B. forderte die Versammelten

zu sofortiger Volksbewaffnung auf: „Hoffet nichts von Fürsten und protestiert nicht mehr, denn hinter den Verfügungen der Regierungen sind Bajonette, hinter unseren Protestationen aber ist nichts. Darum können die Regierungen gehen, soweit sie wollen, und aus uns machen, was sie wollen. Es bleibt klar, daß nur die Waffen der Bürger vor solem Unheil das Vaterland bewahren, daß nur bewaffnete Bürger kompetente Richter gegen Laune und Willkür sein würden. Die Deutschen sind Sklaven, seitdem der Bürger keine Waffe mehr trägt. Die Waffe war die Zierde des freien Mannes, jetzt tragen sie nur Knechte. — Sind wir bewaffnet, so werden die Regierungen nicht mehr so keck sein, gesetzwidrige Verfügungen zu erlassen. Dann können die Regierungen nicht mehr gehen, soweit sie wollen, und nicht mehr aus uns machen, was sie wollen. Unser Losungswort sei: Das Beste hoffend, aufs Schlimmste gefaßt sein. Es steh' Einer für Alle und Alle für Einen im heiligen Kampfe!“

43 Jahre später erzählt B. in seinen Erinnerungen (Etwas über das Hambacher Fest 1832, in „Der arme Kourad“ für 1876, S. 34—36) folgendes: „Doch waren auch Scharen junger Männer, namentlich von der studierenden Jugend angelangt, die zuversichtlich hofften, es werde dort schließlich auch Ernst gemacht werden und — ‚losgehen‘. Auch ich war mit meinen Freunden in dieser beseeligenden Illusion von Frankenthal aus dahin gezogen. Wir sagten uns: die ergrauten Volksfreunde, die grundgescheiten Doktoren und Professoren werden schon dafür gesorgt haben, daß die ungeheuerer Versammlung nicht abläuft wie das Hornberger Schießen, und es werden wohl aus irgendeinem Winkel der umfangreichen Schloßruine verborgene Waffen und Munition zur Verteilung gelangen. Als aber bis gegen Abend des zweiten Festtags (Montag den 28. V.) kaum von etwas anderem als Protestationen gegen die Beschlüsse des deutschen Bundestags und die ungesetzlichen Verordnungen der Regierungen gesprochen und dabei immer der gesetzliche Weg betont wurde, so war mir doch mein Geduldfaden völlig ausgegangen. Sofort bestieg ich heiligen Eifers ein großes leergetrunkenes, neben der Rednertribüne umgestürztes Weingefaß, rief gleich einem mit seinen Gesetzllichkeitstiraden nicht enden wollenden Sprecher zu: ‚Halt endlich's Maul dort drüben mit deinem Legalitätsschmus‘, und überschrie ihn dann derart, daß er alsbald verstummte und ich das Wort allein behielt, um nun direkt unter allgemeinem Beifallsjubel zur allgemeinen Bewaffnung aufzufordern. Meine kurze Rede drehte sich um den von mir aufgestellten Satz herum: ‚Hinter den Verfügungen der Regierungen stehen Bajonette und Kanonen, hinter unseren Protestationen aber steht nichts; darum werden die Verfügungen der Regierungen vollzogen und bleiben die Protestationen des Volkes lächerliche Vorstellungen‘, wollen wir daher mit Erfolg protestieren, so müssen hinter unseren Protestationen ebenfalls Bajonette und Kanonen stehen.“

In dieser Erzählung erkennt man gleich den Einfluß einer späteren Enttäuschung, die bei B. erst später eingetreten ist. Und 7 Jahre später urteilt B. in dem „Offenen Brief an die deutschen Parteigenossen“ bei Gelegenheit der 50jähr. Gedenkfeier des Hambacher Festes, Genf, 27. Mai 1882“ (gedruckt in Zürich) viel milder: „Wohl weiß ich jetzt, daß die

gemäßigte Haltung der meisten der damaligen Wortführer viel Berechtigung hatte, denn sie wußten, daß das übrige Deutschland bei weitem nicht so revolutionsbereit war wie die Pfalz . . . Auch ich begriff damals noch nicht, daß sich Revolutionen weder herdekretieren, noch wegdisputieren lassen, sondern daß sie eben aus dem Schoß der geschichtlich wirkenden Tatsachen unaufhaltsam herauswachsen und sich, wenn sie reif, gleichsam von selbst erfüllen.“ Man muß in Betracht ziehen, daß diese neue Fassung aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammt. Obwohl B. seine Rede genau wiedergibt, ist er nun doch gegen die Justemileu-Politiker, wie er sie jetzt nennt, nachsichtiger geworden. Er vergißt aber wieder, zu erwähnen, daß in demselben Sinne wie er auch der Vertreter der Heidelberger Burschenschaft, BRÜGGEMANN, gesprochen hat.

SCHNEIDER (a. a. O. S. 49), der alle Redner zitiert, erwähnt B. nicht. Offenbar aus Versehen. Denn aus DEIDESHEIMER, Kaufmann aus Neustadt, und B., Bürger aus Frankenthal, macht er einen „Deidesheimer, Bürger aus Frankenthal“.

Über das Hambacher Fest vgl. auch G. H. DICKREITER, Das Hambacher Fest. Beiträge zur deutschen Revolutionsgeschichte, im IX. Bde. von „Aus der Waffenkammer des Sozialismus“. Frankfurt 1907; TREITSCHKE, Deutsche Geschichte im XIX. Jahrhundert. IV. Bd., S. 247—266; A. STERN, Geschichte Europas 1815—1871, IV. Bd., S. 312—317; F. MEHRING, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. I. Bd., S. 79—82; ED. DIETZ, Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg. Heidelberg 1895; R. T. HEIGEL, Das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832. („Histor. Zeitschrift“ III. F. 15. Bd.).

6) JAKOB VENEDEY wurde wegen seiner Agitation für den Preßverein und seiner Beteiligung am Hambacher Fest in Mannheim verhaftet. „Der Transportweg führte ihn nach Frankenthal, wo er zum Weiterschub der bayerischen Polizei übergeben wurde und im Kantonsgefängnis einige Raststunden und Freikost genießen sollte. Mit Hilfe seines Veters, des Gefängnisarztes Dr. ZÖLLER, und einiger Freunde ist es B. gelungen, VENEDEY zu befreien. (Vgl. BECKER, Aus meinen Erinnerungen, in „Der arme Conrad“ 1879, S. 33—38; WERMUTH u. STIEBER (Die Kommunisten-Verschörungen des XIX. Jahrhunderts, II. Bd., S. 131), die VENEDEYS Befreiung erwähnen, nennen B., der ihnen, wie andere Teilnehmer, offenbar unbekannt geblieben ist, nicht.

7) Über den Fruchtkrawall in Frankenthal siehe HERZBERG a. a. O., S. 142—143.

8) BRÜGGEMANN ist am 24. VI. verhaftet, am 25. VI. freigelassen und am 29. VII. wieder in Arrest genommen. Vgl. ED. DIETZ, Das Frankfurter Attentat vom 3. IV. 1833 und die Heidelberger Studentenschaft, Heidelberg 1906, S. 19—20. Sehr wahrscheinlich, daß B. mit den Heidelberger Burschenschaften seine Bekanntschaft noch 1828, während des sogenannten Frankenthaler Auszuges (vgl. ED. DIETZ, Die deutsche Burschenschaft in Heidelberg 1895, S. 42—43) geschlossen hat.

9) Als Frucht dieser Verbindung kann man das Frankfurter Attentat vom 3. IV. 1833 ansehen. B. konnte nicht daran teilnehmen, weil er noch

im „Loche“ saß. „Was mich nun betrifft, so durfte ich schon mit dem Frühjahr 1833 einen rechten und echten Freiheitsmai und meine Erlösung aus dem Kerkerloch erwarten. Leider brach aber der Sturm, bei dem mir eine Führerrolle zugehört war, durch bedauerliche Umstände veranlaßt, einige Wochen zu früh los (Attentat auf den Bundestag am 3. IV. 1833 in Frankfurt a. M.) und erblickte hienach die Maisonne nur noch größere „Demagogenjagden und massenhaftere Einkerkungen“. Vgl. H. WENDEL, Frankfurt a. M., von der großen Revolution bis zur Revolution von oben (1789—1866). Frankfurt a. M. 1910, S. 72—75.

10) Vor die Assisen in Landau kam B. zusammen mit WIRTH, SIEBENPFEIFFER, HOCHDÖRFER, SCHARPFF, ROST, BAUMANN, EIFLER, GROSSE, PISTOR, SCHÜLER, SAVOYE und GEIB. Die Hauptanklage gegen B. war seine Hambacher Rede. Die Verhandlung, bei der als B.s Verteidiger Advokat GOLSEN-Zweibrücken fungierte, dauerte vom 29. VII.—16. VIII. und endete mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Fast alle mußten sich sodann wegen derselben Beschuldigungen vor dem Zuchtpolizeigericht in Frankenthal und dem Appellgericht in Zweibrücken noch einmal verantworten. B. wurde am 30. VIII. 1833 von jenem freigesprochen, obwohl der Staatsprokurator eine 6monatliche Freiheitsstrafe beantragt hatte. Das Gericht beschloß, B. in Freiheit zu setzen. Aber da die Staatsbehörde opponierte, mußte er in Haft behalten werden. Kurze Zeit darauf wurde die Opposition zurückgezogen und B. wurde frei. Der Freispruch wurde in II. Instanz am 13. X. 1833 bestätigt. SIEBENPFEIFFER wurde vom Zuchtpolizeigericht zur Höchststrafe von 2 Jahren Gefängnis verurteilt; es gelang ihm aber am 15. XI. 1833 mit BECKERS Hilfe aus dem Gefängnis in Frankenthal zu entfliehen, u. zw. bekanntlich zuerst nach Weissenburg und später in die Schweiz. (Vgl. Geschichte d. konstitutionellen und revolutionären Bewegungen im südl. Deutschland 1830—1834. Charlottenburg 1845. S. III, 304—325.)

11) „WIRTH wurde vom Zweibrücker Zuchtpolizeigericht ebenfalls zu 2jährigem Gefängnis verurteilt und Ende IV. 1834 aus Zweibrücken nach dem Zentralgefängnis in Kaiserslautern gebracht. Als der Wagen nachts in der Gegend von Bruchmühlbach anlangte, wurde er überfallen. Ein Pferd wurde erschossen. Der Gendarmierleutnant, der den Transport befehligte, wurde durch einen Schuß am Arm verletzt. WIRTH war befreit, aber er lehnte die Flucht ab, weil er nur durch Urteil frei werden wollte. Die Befreier WIRTHS sind nie bekannt geworden. (Vgl. HERZBERG, a. a. O. S. 209.)

In der von J. VENEDY in Paris herausgegebenen Zeitschrift „Der Geächtete“ 1834, I. Heft, S. 32—33 finden wir folgende Erzählung, die offenbar HERZBERG unbekannt geblieben ist: „Am Abend des 22. IV. selbst erfuhr rein durch Zufall ein junger Mann in Zweibrücken, daß WIRTH in derselben Nacht abgeführt werden sollte. Er teilte diese Nachricht ein paar Freunden mit, und er mit drei anderen — vier und nicht zwölf oder fünfzehn — entschlossen sich, WIRTH auf Gefahr ihres Lebens zu befreien. Sie nahmen, was sie an Waffen eben hatten, — etliche paar Pistolen und eine Jagdflinte — und begaben sich an einen Ort, wo sie ihr Vorhaben ausführen zu können

glaubten. Der Wagen, in welchem WIRTH war, kam endlich an jener Stelle an, und einer der jungen Leute, KURZ, „Kandidat der Theologie“, sprang vor, und griff dem ihm zunächst gehenden Postpferde in die Zügel, hielt es auf, und schnitt die Stränge ab. Jetzt sprang der Leutnant NEUMANN aus dem Wagen, zog den Säbel und versetzte dem Kandidaten KURZ einen Säbelhieb, der von diesem mit einem Pistolenschuß beantwortet wurde. Beide verwundeten sich gegenseitig. Auch der Wachtmeister war unterdes aus dem Wagen gesprungen, ob, um wegzulaufen, oder sich zur Wehre zu setzen, ist zweifelhaft, da er nicht Zeit hatte, dies oder jenes zu bekunden, denn der Schuß eines der Angreifenden, der das zweite Pferd außerstand setzen sollte, den Wagen weiter zu ziehen, verwundete dieses nur leicht und brachte eine entgegengesetzte Wirkung, als die beabsichtigte, hervor. Das Pferd wurde wild und flog mit Windeseile davon. Der Herr Leutnant und der Herr Wachtmeister hatten nichts Besseres zu tun, als ebenfalls einen Ort zu verlassen, wo für sie nichts mehr zu holen war, als Wunden, und sie liefen in derselben Richtung weg. — Alles das war die Sache von höchstens ein paar Minuten.“ Nach einer Verteidigung der vier Angreifer gegen die „deutschen Hof- und Zensoren-Zeitungen“ fährt dann der Korrespondent fort: „WIRTH hat die Freiheit nicht ausgeschlagen, denn wie die Erzählung des Vorfalles zeigt, hatte er nicht Zeit dazu.“

12) Am 2. V. 1834 abends wurde ein Versuch unternommen, einige Gefangene, die am 3. IV. 1833, unter Führung RAUSCHENPLATTS, an dem Angriff auf die Konstabler Wache in Frankfurt a. M. teilgenommen hatten, zu befreien. Nur dem Stud. ALBAU ist es gelungen, zu entkommen. Andere waren wieder verhaftet worden. Vgl. ED. DIETZ, Das Frankfurter Attentat usw., S. 43—44.

13) Inwieweit B. an dem sogen. „Männerbund“ beteiligt war, ist schwer festzustellen. Ebenso wenig kann man Bestimmtes über die Versammlungen in Osthafen, in Dürkheim und in Frankenstein finden. Aus der „Darlegung der Hauptresultate aus den wegen der revolutionären Komplotte der neueren Zeit in Deutschland geführten Untersuchungen“ (Frankfurt a. M. 1838, S. 58—60) folgt, daß der „Männerbund“ oder die „Union“ sich über Frankfurt a. M. und benachbarte Städte erstreckte und bei völliger Einheit mit dem Preßverein sich nur durch eine straffere Organisation und stärkere Beteiligung der Handwerksesellen unterschied, habe. „Impuls und Leitung der am 2. V. bewirkten Befreiung der Gefangenen ging von höher stehenden Gliedern der Union aus.“

14) Über die Verbindungen mit dem Ausland, insbesondere Frankreich, vgl. die zit. „Darlegung“ S. 60—61; SCHNEIDER, a. a. O. S. 82—83; HERZBERG, a. a. O. S. 246—247; G. WEILL, Histoire du parti républicain en France de 1814 à 1870, Paris 1900, S. 69—134; S. TCHERNOFF, Le parti républicain sous la monarchie de Juillet, Paris 1901; L. BLANC, Geschichte der zehn Jahre. Zürich 1844. IV. Bd. S. 66—83; C. ANDLER, Introduction historique et commentaire, zu seiner Ausgabe des Kommunistischen Manifestes, Paris 1901, S. 5—8. Möglich ist, daß B. wieder das genaue Datum verschiebt. Daß

eine solche Korrespondenz mit den französischen Republikanern in den Jahren 1832 und 1833 wirklich geführt worden ist und daß man sich bemüht hat, zu einer Verständigung in der Frage des linken Rheinufers zu kommen, ist auch aus BÖRNES Briefen bekannt. Jedenfalls war dieser Briefwechsel und seine Tendenz B. wohl bekannt. In einem Briefe SIEBENPFEIFFERS (zit. bei HERZBERG, a. a. O. S. 247) heißt es hierüber:

„Nichts kann, meinem Ermessen nach, der Sache Frankreichs, welche die des gesamten Europas ist, so viel Schaden bringen, als diese ewigen Angriffe gegen die Nationalität und die Unabhängigkeit der Nachbarn. Es wäre wohl an der Zeit, daß die Völker sich endlich einmal als Brüder betrachteten, die kein dringenderes Interesse haben, als sich zu einigen, statt einander zu erwürgen und eines das andere den Händen der Aristokratien, dieses gemeingefährlichen Feindes, zu überliefern, der nur durch einen enggeschlossenen Bund gegen die Sache der Völker stark ist.“ Vgl. auch GLOSSY, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz, S. 1—110. B. stand wahrscheinlich in ständiger Korrespondenz auch mit VENEDEY, der damals in Paris mit SAVOYE und dem Kreis der „Geächteten“ in engerster Fühlung mit französischen Republikanern sich befand und in eifrigster Weise die Beziehungen mit den heimischen Verschwörern unterhielt. Wie ein Polizeibericht sagt, nach den Worten SAVOYES „sei Rheinbayern das einzige deutsche Land, wo trotz der strengsten Aufsicht der Regierung in jedem Dorfe und Weiler monatliche Beiträge zur Erreichung gemeinsamer Zwecke des deutschen Vaterlandes auf das geheimste noch immer gesammelt und ihrer Bestimmung zugeführt werden“. Vgl. auch GLOSSY, a. a. O. S. 18 bis 19; O. WILTBERGER, Die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg, 1830—1849, Berlin 1910, S. 22—29, 122.

15) Die Befreiung der letzten Gefangenen in Frankfurt — FRISS, SARTORI, MATHIAE, ZEHLER, HANDSCHUH, OBERMÜLLER — fand erst am 10. I. 1837 statt. Frankenthal diente für die Flüchtlinge als Station. Vgl. DIETZ, Das Frankf. Attentat, S. 49—50, 58, 60, 65, 67. Aus den Polizeiberichten folgt, daß B.s Freunde in Paris den Plan gefördert haben: „Für die Flucht der Frankfurter Gefangenen hat man in Paris Sammlungen unter den Ouvriers des Faubourg St. Antoine veranstaltet, sie ist von der Propaganda im ganzen und großen geleitet. Rauschenplatt, heißt es, sei zu jener Zeit diesseits des Rheines gewesen“ (Frankfurt, 14. II. 1837). VENEDEY soll aus Paris ausgewiesen worden, weil man ihm zur Last legte, die kräftige Opposition der französischen Presse gegen die Absicht, die Frankfurter Gefangenenwärter, die mit den Gefangenen entflohen, organisiert zu haben. Vgl. GLOSSY a. a. O., S. 103—104, 109.

16) Dr. HEPP, der auch mit WIRTH, SIEBENPFEIFFER und B. unter Anklage wegen Hambach gestellt, aber später außer Verfolgung gesetzt worden war, wurde am 19. II. 1834 in Neustadt durch eine aus Speyer herübergekommene Eskadron Chevaulegers verhaftet und nach München transportiert. Bei seiner Verhaftung wurden die Chevaulegers mit Steinen beworfen, ohne daß die Täter zu eruierten waren. HEPP wurde in Verbindung mit dem Frankfurter Attentat gebracht, aber in München bald freigelassen.

17) Über B.s Prozesse i. d. J. 1836—1837 ist uns nichts Näheres bekannt. Daß seine Existenz inzwischen vollständig ruiniert war und er seinen Handwerksberuf aufzugeben gezwungen war, beweist schon der Versuch, sich als Gastwirt zu etablieren.

18) RÜEGG (a. a. O. S. 451) schreibt, daß B. sich gleich nach seiner Übersiedlung in die Schweiz in Biel etabliert hat. B.s Angabe, daß er zuerst nach Bern gegangen sei, und sich dort mit SIEBENPFEIFFER, der inzwischen Professor an der Universität in Bern geworden war, wieder liiert habe, ist auch schon wegen seiner alten Verbindungen mit SIEBENPFEIFFER wahrscheinlicher.

19) Der sogen. „Prinzenhandel“ ist nach dem eidgenössischen Freischüssen in St. Gallen (VII. 1838), für das der spätere NAPOLEON III. einen Preis stiftete, ausgebrochen. Am 1. VIII. forderte Frankreich NAPOLEONS Ausweisung. Vielen Schweizern „erschien es als eine Sache der Ehrenhaftigkeit, jemanden, der ein Schweizerbürgerrecht erworben habe, darin zu schützen, und ihn nicht, fremdem Befehle gehorchend, des Landes zu verweisen, selbst wenn er ein Prinz sei. Zahlreiche Volksversammlungen sprachen sich so aus, darunter eine in Langenthal, welche vom Nationalverein veranstaltet war, 6000 Teilnehmer zählte und die Bildung von Freischaren beschloß.“ Vgl. TH. CURTI, Geschichte der Schweiz im XIX. Jahrhundert, S. 463. In Bern gestaltete sich die Frage zu einem Kampf der Opposition gegen die Regierung, der mit einem Sieg der Opposition endete. Bekanntlich hat NAPOLEON es vorgezogen, die Schweiz freiwillig zu verlassen und sich nach London zu begeben.

20) 1839 übersiedelte WIRTH nach dem Thurgau und redigierte von dort aus die bei VANETTI in Konstanz erscheinende „Deutsche Volkshalle“, die schon zu Ostern 1844 einging.

21) Ein Wort über die Fragen der Zeit seinen Mitbürgern zum Geschenk. Von JOH. PH. BECKER, einem deutschen Bürger aus dem Gewerbsstande. Buchdruckerei der „deutschen Volkshalle“, in Belle-Vue bei Konstanz. 1841. — In einem Vorwort bittet WIRTH, dem Schriftchen des „achtungswürdigen Mannes aus dem Gewerbsstande“ wohlwollende und aufmunternde Teilnahme zu schenken. Das höchst seltene Büchlein (von dem sich ein Exemplar im Archiv der Deutschen Sozialdemokratie in Österreich befindet) enthält eine Vorrede des Verfassers, drei Artikel — 1. Die große Hauptfrage, verwischt durch die Verblendung der Franzosen; 2. Die Orientalische Frage; 3. Krieg oder Frieden — und ein Gedicht: An unsere Feinde.

Deutschlands Aufgabe definiert B. in folgenden Sätzen: „Zunächst die innigste Vereinigung aller deutschen Kräfte; die Entfernung alles russischen Einflusses; die Sanktionierung der Völkergleichheit und Gerechtigkeit als Staatsprinzip; die Verhinderung der Eroberungspläne Rußlands und Frankreichs; die Herstellung eines Griechenlandes (Konstantinopel zur Hauptstadt); die Herstellung Polens; die Aufrechterhaltung eines unabhängigen Ägyptenreiches, und die Aufrichtung eines ebenso unabhängigen Staates in Syrien.“

22) Über diese „Eroberungssucht“ vgl. die spätere Schrift von B.: *Wie und wann? Ein ernstes Wort über die Fragen und Aufgaben der Zeit. Der deutschen Nation gewidmet*, Genf 1862: „Und wie hat der leidige Nationaldünkel selbst einen verdummenden Druck auf das Hirn sonst wackerer Republikaner ausgeübt und haben GOTTFRIED CAVAIGNAC und ARMAND CARREL (ehemalige Redaktoren des ‚National‘ (dem erregsamem ‚JACQUES‘ eine Säbelrepublik vorphantasmagorirt“ (S. 221). — Das Lied ist uns unbekannt. Auch R. RÜEGG („Zum Jubiläum eines vergessenen Liedes“ in „Neue Zeit“ IX/1, S. 149—152) erwähnt nicht das Gedicht seines alten Freundes. Vielleicht ist es mit dem oben erwähnten: „An unsere Feinde“, identisch?

23) Die eidgenössischen Schützenfeste bildeten während der 30er und 40er Jahre die Brennerherde der zentralistischen und radikalen Agitation.

24) Ein deutscher Arbeiterverein ward schon vermutlich in Basel 1832 gegründet. Ihm folgten noch andere, darunter einer 1833 eben in Biel von ERNST SCHÜLER. Auf Verlangen ausländischer Regierungen wurden sie schon 1834 drangsaliert und nach dem 20. VII. 1836 insgesamt aufgelöst. Erst 1840 entstanden neue Vereine und i. d. J. 1841 fällt die Reorganisation der meisten Arbeitervereine, die in der Schweiz den Boden für WEITLINGS Propaganda schuf. Auffallend ist, daß B. nichts von Beziehungen zu WEITLING erzählt — ein Beweis dafür, wie fern er noch damals dem Kommunismus stand. (Vgl. R. MEYER, *Der Emanzipationskampf d. vierten Standes*, II. Bd., Berlin 1875, S. 10 ff.; G. ADLER, a. a. O. S. 76 f.; BERGHOFF-ISING, *Die sozialistische Arbeiterbewegung i. d. Schweiz*, Leipzig 1895, S. 3 ff.; O. LANG, *Der Sozialismus i. d. Schweiz*; H. SCHMIDT, *Die deutschen Flüchtlinge i. d. Schweiz . . . 1833—1836*, Stuttgart 1897; F. HEEB, *Der deutsche Arbeiterverein Basel, 1832—1907*; *Zum 50jährigen Stiftungsfest d. Arbeiter-Bildungsvereins „Eintracht“ in Zürich*, 1891; *Festschrift zur Halbjahrhundertfeier d. deutschen Arbeitervereins*, Genf 1893; O. SCHNEEBERGER, *Entstehung und Verlauf d. schweizerischen Arbeiterbewegung* („Schweiz. Blätter f. Wirtseh.- und Sozialpolit.“, 1912); J. BRUPBACHER, *Die helvetische Revolution und d. Arbeiterbewegung i. d. Schweiz*, Zürich 1912, S. 26 f.

25) Über B.s wiederholte Reisen, während deren er, auf die politische „Wühlerei“ mehr Zeit als auf sein Geschäft verwandte, vgl. JOH. PH. BECKER, *Aus meinen Erinnerungen* („Der Republikaner“, *Volkskalender* auf d. J. 1878, hrsg. von R. RÜEGG, Zürich).

26—26 a) Die beiden mißlungenen Freischarenzüge zur Austreibung der Jesuiten fanden im XII. 1843 und IV. 1845 statt. Vgl. CURTI, a. a. O. S. 505 bis 514. Auf die Ereignisse der J. 1843—1846 kommt B. in dem Artikel „Lustige Fahrt“ („Der Republikaner“, 1877) zurück: „Hatte doch gerade das Mißlingen dieser zwei Schilderhebungen den wertvollen Erfolg, dem Schweizervolk seine zeitweilige Aufgabe zu klarerem Bewußtsein zu bringen und es wuchtiger zu gemeinschaftlichen und einheitlichen Bestrebungen anzuregen. Mehr als je sah man jetzt ein, daß nur durch eine radikale Umwälzung einer schweizerisch-nationalen, wahrhaft freiheitlichen Entwicklung sichere Bahn geschaffen werden könne, und daß zu diesem Behufe die von

der ‚heiligen Allianz‘ der Schweiz aufgezwungene 1815er Bundesakte, welche den Kantonen eine fast absolute Souveränität garantierte und alle Entfaltung gesunden Gemeinlebens verunmöglichte, durch jedwede Mittel beseitigt und demgemäß die ‚Bundesreform‘ auf den Schild gehoben werden müsse. . . . Im Kanton Bern, welcher durch seine Größe und bewaffnete Macht eine maßgebende Stellung in dieser allgemeinen Bewegung cinnahm, wurde der Revisionskampf zum Sturze der Regierung um so gründlicher und verbitterter durchgeführt, als eben diese Regierung, welche die Freischarenzüge seinerzeit heimlich begünstigte, nun nach deren Scheitern nur Eselstritte und Verfolgungsmaßregeln für sie hatte.“

26 b) Die Längendorfer Schützengesellschaft, die sogen. „Rutzen“ in Solothurn.

27) Als der Krieg gegen den Sonderbund beschlossen war, bildeten bernische Reserven die 7. Division unter ULRICH OCHSENBEINS Kommando, der auch B. zugeteilt war. Sie spielte eine große Rolle bei der Einnahme Freiburgs (14. XI. 1847), die eine entscheidende Bedeutung für den Ausgang des Sonderbundskriegs hatte. Ebenso tätig war die Division OCHSENBEINS während des Zuges gegen Luzern.

28) Die Revolution in Neuenburg ist schon am 1. III. 1848 ausgebrochen.

29—30) „Gleichzeitig warb für Deutschland J. PH. B. Freiwillige an, meist Deutsche, die in der Schweiz lebten. B., ein flüchtiger Pfälzer, hatte in Biel das Bürgerrecht erworben, an den Freischarenzügen Anteil genommen und im Sonderbundsfeldzug OCHSENBEIN als Adjutant begleitet. Man könnte ihn einen Großrevolutionär nennen; überall war er dabei und überall voran. Jetzt führte er ganze Züge von Blusenmännern über die Rheingrenze“ (CURTI, a. a. O. S. 535. RÜEGG, a. a. O. 453ff). Die deutsche Legion, die B. bildete, sollte sich mit derjenigen, die HERWEGH in Paris organisierte, vereinigen. Im letzten Artikel des vereinbarten Statuts hieß es: „Der Ausschuß wird die Legion einem volkserwählten deutschen Parlament, nach Umständen dem Obmann des benachbarten badischen Volksvereins, oder einer sonstigen aus dem Volkswillen hervorgegangenen, republikanischen Oberbehörde zur Verfügung stellen und unverzüglich mit dem Kommando der deutschen Legion in Paris ins Einvernehmen sich setzen.“ Die HECKERSCHEN Truppen erreichte B. schon nach der Niederlage der Republikaner bei Scheidegg (21. IV. 1848) und war daher gezwungen, nachdem er sich mit SIGEL vereinigt und an den letzten Scharmützeln teilgenommen hatte, rasch nach Biel zurückzukehren. Die projektierte Vereinigung mit HERWEGHS Legion mißlang (Niederlage bei Dorsenbach am 27. IV. 1848).

31) Der hauptsächlich aus Handwerkern bestehende republikanische Wehrbund „Hilf dir“ war im Herbst 1848 gegründet worden.

32) Die „Revolution“ wird in keinem uns bekannten Katalog erwähnt. RÜEGG schreibt, daß die Zeitung später einen zahmeren Titel, nämlich „Evolution“, führte, aber gleich radikal blieb und die Zertrümmerung der bestehenden Institutionen, die Aufhebung des Privateigentums, die Übernahme der Hinterlassenschaft der sterbenden Bourgeoisie durch die Proletarier pre-

digte. Im Hinblick hierauf hatte das bernische Obergericht B. auf 4 (?) Jahre, seinen aus Mainz gebürtigen Kollegen HATTEMER auf 6 Monate ins Exil geschickt. „Der Wegweiser auf dem Gebiete der sozialdemokratischen Literatur Deutschlands, IV. bis XII. 1849, vermehrte Auflage, S. O. Weller, Leipzig, 1850“ und ihm folgend STAMMHAMMER (Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus, III. Bd.) erwähnen, daß die „Evolution“ von J. Ph. B. in Biel nur vom 5. I. bis 30. III. 1845 (11 Nummern) erschienen ist.

33) Als Pässe bezeichnet B. die Mitgliedskarten, die exakte Signalements der betreffenden Mitglieder enthielten und die Devise trugen: „Freiheit, Wohlstand, Verbrüderung. Gehorsam den Oberrn, Schweigsam nach Außen, Brüderlich nach Innen. Alle für Jeden, Jeder für Alle.“

34) Es sind die „deutsch-republikanische Schuldscheine“ von 70 Gulden oder 40 Talern mit fünf vom Hundert verzinslich. Oben prangte ein schwarzrotgoldenes Schild und darunter stand: Freiwillige Anleihe zu Gunsten der deutschen Republik. Die Gesellschaft deutscher Republikaner, in deren Namen der Präsident des Wehrbundes „Hilf dir“. J. Ph. BECKER. Biel im November 1848. — Freiheit, Bildung, Wohlstand. — Die Bruderhand allen Völkern. — S. G. SAMUEL 8, 10, 17.“ — „Die Ausgabe dieser Scheine — sagt eine Notiz von B. — wurde im Spätsommer 1848 in einer Versammlung deutscher Republikaner in Baden im Aargau auf meinen genau formulierten Antrag beschlossen und ich mit der Ausführung betraut“ (RÜEGG, a. a. O. S. 454).

35) „B. — schreibt er selbst in seiner ‚Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution‘ (S. 148f.) — kam gerade von Marseille, von wo er mit einer von ihm gebildeten republikanischen Legion nach Rom zur Unterstützung des Freiheitskampfes ziehen wollte. Sein Freund HOFFSTETTER, ein tüchtiger Offizier aus Hohenzollern-Sigmaringen, dessen Bekanntschaft er zurzeit des Sonderbundskrieges gemacht hatte, war ihm schon vorausgeeilt, um in Rom die nötigen Einleitungen zu machen. Schwierigkeiten der Überschliffung verzögerten die Ausführung des Planes; der Aufstand in der Pfalz rief B. nach seiner speziellen Heimat zurück. Auf seiner Durchreise durch Karlsruhe, am 18. Mai, traf er mit STRUVE zusammen, der ihn bat, zu bleiben, und sich im Kriegsministerium verwenden zu lassen.“

36) Die offizielle Ernennung B.s zum Organisator und Oberbefehlshaber sämtlicher Volkswehren erfolgte am 19. V. 1849. BRENTANO ließ B. am 6. VI. verhaften. Nach seiner Befreiung durch AMAND GOEGG bildete B. aus verschiedenen Freikorps eine Division, deren Kommandant er während des ganzen Krieges blieb. Das Gefecht um Hirschhorn fand am 15. VI. 1849 statt. Die Niederlage bei Waghäusel erfolgte am 21. Das Gefecht bei Durlach — am 25. VI., Federbach, Rauenthal und Kuppenheim — 26. 29. VI., bei Oos — 30. VI. Der Zug nach Kinzigthal — 2. VII. Der Abmarsch SIGELS von Freiburg fand in der Nacht vom 4. auf den 5. VII. statt. Vereinigung mit SIGEL erfolgte am 7. VII. Der Rückzug in die Schweiz geschah am 14. VII. (Vgl. BECKER und CHRISTIAN ESSELEN, Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution, Genf 1849—1850; AMAND GOEGG.) Nach-

träglich authentische Aufschlüsse über die Badische Revolution von 1849, deren Entstehung, politischen und militärischen Verlauf. Zürich, 1876; F. ENGELS, Die deutsche Reichsverfassungskampagne. (Aus d. liter. Nachlaß v. MARX, ENGELS und LASSALLE. Hrsg. v. F. MEHRING. Bd. III, 289—383.) In seiner Biographie B.s (Züricher „Sozialdemokrat“) schildert ENGELS B.s Tätigkeit viel günstiger; W. BLOS, Vom alten Becker („Neue Zeit“, V. 1887); Derselbe, Badische Revolutionsgeschichten aus 1848 und 1849. 1910, Denkwürdigkeiten des Generals Franz Sigel aus den Jahren 1848 und 1849. Hrsg. v. W. BLOS. 1902.

Vgl. R(ÜEGG), Der Übertritt der badisch-pfälzischen Insurgenten auf Schweizerboden im Juli 1849. („Der Republikaner“, 1878); S. BORKHEIM, Die Hanauer Turner im deutsch-pfälzischen Aufstand von 1849. (Volksstaat-Kalender 1875.)

37) Über ESSELEN schreibt F. A. SORGE in seinen „Erinnerungen eines Achtundvierzigers“, „Neue Zeit“ XVII/2, 318: „Christ. Esselen, ein begabter Literat, verband sich mit Joh. Ph. Becker, um die Geschichte der süddeutschen Mairevolution zu schreiben. Esselen war dem Trunke ergeben, konnte keine Feder führen, ohne eine bestimmte Quantität Alkohol genossen zu haben, und mußte selbst nachts Getränke bereit stehen haben. Kenntniereich und sozial, war er ein geschätzter Gesellschafter bei allen möglichen Gelagen, ging nach den Vereinigten Staaten und gründete eine geachtete Monatsschrift „Atlantis“, starb aber bald an den Folgen der Trunksucht.“ In der „Fortsetzung seiner Erinnerungen“ (im New Yorker „Pionier“, Volkskalender für 1900), wo SORGE seine Erlebnisse in New York erzählt, rechnet er ESSELEN zu der, wie er sie nennt, vagierenden Gruppe der Kommunisten, Eklektikern, die sich später als Kommunistenklub organisierten (vgl. auch B. FAUST, The german Element in the United States, New York 1909, I., S. 523; H. SCHLÜTER, Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika, Stuttgart 1907, S. 131, 153).

38) Wann B. seinen Wohnsitz in Genf aufgeschlagen hat, ist schwer festzustellen. In diese Zeit fällt seine nähere Bekanntschaft mit ALBERT GALEER. B. war Mitglied des Arbeitervereins und hatte, als Veteran der Emigration, großen Einfluß in den Reihen der zahlreichen Flüchtlinge. Leider enthält sein Nachlaß aus dieser Periode beinahe nichts. Er selbst schildert seine Rolle in der Emigration folgenderweise: „Bei meinem damaligen Aufenthalt in Genf hatte ich nicht nur durch meine Stellung von vornherein alle Gelegenheit das Tun und Lassen der Emigration zu beobachten, sondern die allgemeine Sache im Auge, hatte ich als älterer Mann, das spezielle Interesse, allen Bewegungen derselben mit Aufmerksamkeit zu folgen, um womöglich vorkommendenfalls alberne Unternehmungen, die bei dem durch das Unglück so gereizten und oft verzweifelten Zustande der Gemüter so verzeihlich, zu verhüten und zu verhindern.“ (Aus einem, in MARX, Herr Vogt, London 1860, S. 22 abgedruckten, Brief.) Bei SORGE („Erinnerungen“, in „Neue Zeit“ XVII/2, 285) lesen wir folgendes: „Einen sehr starken Anziehungspunkt in Genf bildete für uns Freischärler und Legionäre die Anwesenheit

unseres alten Führers, des Obersten Joh. Philipp Becker, gewöhnlich bloß Jean Philipp genannt. Dieser alte Kämpfe, der seine Sporen 1847 im Sonderbundskrieg erworben hatte, war nach dem Übertritt der badischen Armee in die Schweiz nach Genf übersiedelt, da er sein Anwesen in Biel und sein kleines Vermögen in den Revolutionskämpfen verloren hatte. Literarische Arbeiten, in jener Zeit schlecht genug honoriert, konnten ihn nicht über Wasser halten, und so griff er zu dem letzten Mittel, der Gründung einer Schankwirtschaft an der Ecke der Rue du Perron. An Gästen fehlte es unserem alten Befehlshaber nie, denn außer seinem Rufe und seiner ehrenvollen Vergangenheit bildete seine große Familie, prächtige, zahlreiche Söhne und Töchter, einen starken Magnet. Aber während es ihm nie an Gästen fehlte, fehlte es seinen Gästen fast immer an Mitteln, an Geld, und die Gutmütigkeit unseres braven Jean Philipp führte recht bald das Ende des Unternehmens herbei, den Bankerott.“ — Unter „Flüchtlings Ulk“ versteht B. die berühmte „Schwefelbände“ und die „Bürstenheimer“, die 1859 von CARL VOGT mit einem solchen Aufwand von Entrüstung dem deutschen Publikum vorgeführt worden waren. (Vgl. VOGT, Mein Prozeß gegen die Allgemeine Zeitung, Genf 1859, S. 133—184; MARX, Herr Vogt, S. 1—25; C. ART, Vogt und Marx, oder die Bürstenheimer, Beilage zu Nr. 39 der „Stimmen der Zeit“ v. 27. IX. 1861; W. RÜEGG, Erinnerungen eines Achtundvierzigers [S. BORKHEIM], i. „Neue Zeit“ VIII; LIEBKNECHT, Anno 1849. Aus der Schweizer Flüchtlingszeit, i. „Neue Welt-Kalender“ 1899.)

39) „Ich gründete damals (1853) ein Office de renseignements und ein Tagblatt: Le Messenger du Léman.“ (B.s Brief, i. MARX, Herr Vogt, S. 23.)

40) Über den Kampf gegen FAZY erzählt B. ausführlich in einem Brief (i. MARX, Herr Vogt, S. 132—137): „Bei den Wahlen also (ich glaube es war im November 1853), wobei noch viele Radikale, sogar Regierungskollegen Fazys zu den Demokraten übergingen, wurde der Held von 1846 mit großer Mehrheit vom Präsidentenstuhle gestürzt.“

41) Aus B.s „Neue Stunden der Andacht. Psalmen in Reimform“ (Genf 1875) wissen wir, daß sein Aufenthalt in Paris vier Jahre — von 1856 bis 1860 — dauerte. Im Frühjahr 1857 ist er Opfer eines Unfalls geworden. „Mich damals in Paris mit gewerblicher Chemie, speziell Metallurgie, befassend, hatte ich durch eine, der Unvorsichtigkeit eines Gehilfen verdankende Explosion einer starken Dosis, von mir selbst dargestellten Knallgoldes, plötzlich das Augenlicht verloren, so war ich stumm, taub und blind in ein Spital gebracht worden.“ Nach einigen Monaten hat B. seine Sehkraft wiedergewonnen. Im Jahre 1860 ist er nach Italien gegangen, um sich am Befreiungskampfe zu beteiligen. (B., Erlebnisse einer Nacht in Paris, „Der arme Konrad“, 1877.)

42) GOTTFRIED BECKER redigierte zuerst das Hauptorgan der deutschen Turner in Nordamerika, hierauf den „Hochwächter“ in Cincinnati, nahm später an dem Kriege gegen die Sklavenstaaten teil und ist seinen in demselben empfangenen Wunden erlegen.

Ein Brief Lassalles an den Minister von Bodelschwingh.

Mitgeteilt von

Gustav Mayer (Zehlendorf-Berlin).

In seiner ausgezeichneten Biographie LASSALLES erzählt ONCKEN, daß dieser zu Anfang des Jahres 1848 mit der Gräfin HATZFELDT nach Berlin gekommen sei und daß das Paar sich in der Hauptstadt so lange aufgehalten habe, bis es wegen des höhern Ortes gegebenen Anstoßes von der Polizei entfernt wurde. Um den 20. II. sei LASSALLE alsdann im Auftrag der rheinischen Gerichte in Potsdam verhaftet und nach Köln abgeführt worden ¹⁾. Anschauliches Licht auf diese erste Ausweisung LASSALLES aus Berlin wirft der folgende Brief, den ich im dortigen Geheimen Staatsarchiv mit manchen anderen für die Biographie LASSALLES interessanten Einzelheiten bei den Zensurakten über die in der HATZFELDTschen Angelegenheit erschienenen Druckschriften aufgefunden habe.

„Ew. Excellenz zeige ich hiernit ergebenst an, daß soeben zwei Polizeisergeanten mit einem Polizeikommissar ohne Angabe irgend eines Grundes in mein Zimmer drangen und mir im Auftrage des Herrn Polizeipräsidenten anbefohlen haben, sofort abzureisen. Selbst auf meine Erklärung, mich erst beschwerdeführend an Ew. Excellenz wenden zu wollen, will man mir nicht gestatten, die Antwort Ew. Excellenz hier abwarten zu dürfen, sondern droht, ohne die an Ew. Excellenz eingelegte Beschwerde zu respektieren oder ihr eine siltierende Wirkung einräumen zu wollen, mich mit körperlicher Gewalt noch heut Abend aus Berlin zu entfernen.

Von dieser höchsten Gewalt bedrängt kann ich nur kurz und flüchtig Ew. Excellenz wenigstens um Siltierung dieser Maßregel bis es mir möglich weitere Anträge an Ew. Excellenz ergebenst zu richten, stellen. [sic!]

Ew. Excellenz gehorsamster F. Lassalle.

Berlin 15. Februar 1848.

NB. Ew. Excellenz werden mir verzeihen, daß ich mir erlaube ein Postscriptum hinzuzufügen; die außerordentlichen Umstände indeß — zwei Polizeibeamten, die mich drängen — werden dies entschuldigen. Ich will nachträglich Ew. Excellenz

1) BERNSTEIN, datiert in den Intimen Briefen F. L.s den ersten Brief aus dem Gefängnis irrthümlich schon aus dem Januar. Vgl. dort S. 38.

noch bemerken, daß ich einen von Ew. Excellenz unterzeichneten noch auf neun Monate gültigen für alleß In- und Ausland ausgestellten Ministerialpaß besitze, der eine so grundlose Ausweisung, wie ich hoffe, unmöglich macht. d. D.

Mit dem Ministerialpaß hatte es seine Richtigkeit. Am 28. VIII. 1847 meldete Polizeidirektor MÜLLER aus Köln an BODELSCHWINGH, LASSALLE habe die Erteilung eines Passes nach Frankreich, Österreich, Italien und der Schweiz auf die Dauer von zwei Jahren beim Polizeipräsidium in Breslau nachgesucht, und dieses habe mit dem Bemerkten, daß es nichts dagegen einzuwenden hätte, das Gesuch nach Köln, als dem bisherigen Aufenthaltsort des Antragstellers, überwiesen. Auch in Köln habe man nichts gegen die Erteilung eines solchen Passes. Dem Schreiben des Polizeidirektors lag ein Signalement LASSALLEs bei, das für die Ausstellung des Ministerialpasses benutzt werden konnte. Es hatte den Wortlaut: „Größe: 5 Fuß 6 Zoll, Haar: braun, Stirn: frei, Augenbrauen: braun, Augen: dunkelbraun, Nase und Mund: proportioniert, Kinn: rund, Gesicht: länglich, Statur: schlank. — BODELSCHWINGH antwortete hierauf am 20. IX., daß dem Antrag nicht Genüge geleistet werden könne, bevor geprüft worden wäre, ob LASSALLE seine Militärpflicht erfüllt habe oder davon entbunden worden sei. Auch möge man anzeigen, ob der LASSALLE derselbe wäre, welcher zu der Gräfin HATZFELD in Beziehungen stünde und bei den Unternehmungen dieser Frau zur Besitznahme der Schlösser des Grafen HATZFELDT mehrfach genannt worden sei. Wäre dies der Fall, so würde zu erkunden sein, ob aus diesem Verhältnis nicht möglicherweise eine Verantwortlichkeit geltend gemacht werden könne, welche der Erteilung eines Passes entgegenstünde. Am 30. IX. meldete hierauf der Kölner Polizeidirektor nach Berlin, daß LASSALLE auf die Erteilung eines Ministerialpasses vorläufig verzichtet habe. Doch schon am 22. X. mußte er anzeigen, daß das Gesuch erneuert worden war. Er fügte jetzt hinzu, daß LASSALLE durch Entscheidung der Königlichen Departements-Ersatz-Kommission vom 3. VIII. des Jahres als Halbinvalide anerkannt wäre und daß zufolge einer Mitteilung der Kölner Regierung ihn keine strafrechtliche Verantwortlichkeit wegen der Vorgänge auf den HATZFELDTschen Schlössern trafe. Nach dieser Auskunft konnte BODELSCHWINGH die Erteilung des erbetenen Ministerialpasses um so weniger noch verweigern, als er jetzt daran erinnert wurde, daß er LASSALLE bereits im Juni einen solchen mit achtmonatlicher Gültigkeit auf Empfehlung des Generals Grafen KALKREUTH gewährt hatte. —

Aber so wenig wie den früheren hatte LASSALLE den späteren Ministerialpaß zu dem Zweck verwandt, für den er ihn sich hatte ausstellen lassen. Die Prozesse der Gräfin HATZFELDT hielten ihn fortgesetzt im Lande zurück. Schon das rücksichtslose Auftreten des weiteren Kreisen bis dahin unbekanntem jungen Israeliten gegen einen der mächtigsten preußischen Standesherren hatte an hohen und höchsten Stellen peinlich berührt. Noch weniger war seine seither erfolgte Verwicklung in einen schmutzigen Kriminalprozeß geeignet, den preußischen Minister des Innern, zumal in einer Zeit steigender politischer Erregung, milder gegen ihn zu stimmen. BODELSCHWINGH beant-

wortete also LASSALLES Reklamation umgehend in abschlägigem Sinne: es bestehe für ihn kein Grund der vom Polizeipräsidenten angeordneten Entfernung entgegenzutreten; LASSALLE habe in Berlin kein Domizil, und sein aus mehreren Untersuchungen hervorgehendes früheres Betragen leihe nach den für die Residenz bestehenden besonderen Bestimmungen hinlängliche Veranlassung, ihm hier keinen ferneren Aufenthalt zu gestatten.

Aber selbst wenn diese Ausweisung jetzt unterblieben wäre, würde LASSALLE nicht in die Versuchung gekommen sein, an den Barrikadenkämpfen der Märztage teilzunehmen. Denn bereits beim Ausbruch der Pariser Februarrevolution saß er unter dem Verdacht der Beihilfe an dem Kassetten- diebstahl in Köln in Untersuchungshaft.

Zur Geschichte des Sozialismus in England.

Von

Eugen von Philippovich (Wien).¹⁾

Die innere und äußere Entwicklung Englands beruht auf Gewalt. Im Innern gründet sich der wachsende Reichtum der Minderheit auf die Beraubungen, welche seit dem 16. Jahrhundert die großen Grundbesitzer, gestützt auf ihre politische Macht, an dem ausgedehnten Gemeinland vornahmen, so daß die Bauern keine Möglichkeit der Existenz mehr hatten und als Proletariat herumvagierten, bis man sie wegen Landstreicherei aufhängte. In der Industrieentwicklung von der Mitte des 18. Jahrhunderts an sind es die proletarisierten Bauern, die zugrundegegangenen Handwerker, die Hausindustriellen und durch Auflösung der Manufakturen brotlos Gewordenen, welche die Stufen abgeben, auf denen die Minderheit zu Reichtum und Macht hinaufsteigt. Auch in der auswärtigen Politik ist Raub und Gewalt das Mittel der Ausdehnung englischer Macht und Reichtums. Mit Ausnahme der verloren gegangenen Kolonien in Nordamerika und der Strafkolonien in Australien und Neuseeland ist der ganze Kolonialbesitz Englands auf Raub gegründet. Zuerst wird die Ausdehnung des spanischen und portugiesischen Kolonialbesitzes gehemmt, hierauf Holland seiner kontinentalen Besitzungen in Nordamerika und einiger Inseln in Westindien und Ostasien beraubt. Hierauf beginnt der Kampf mit Frankreich, der von 1688—1816 64 Kriegsjahre umfaßt, bis Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts in Nordamerika und Ostindien geschlagen ist. Während der napoleonischen Kriege nimmt England vom Kap, Gibraltar und Malta Besitz, um durch die Annexion von Egypten und des Burenlands im 19. Jahrhundert seinen Raubzug abzuschließen.

Diese Entwicklung kommt deutlich in der Geschichte des Sozialismus zum Ausdruck, wie sie nunmehr vollständig auf Grund von Quellenstudien in den beiden eingangs genannten Schriften von BERNSTEIN und BEER vorliegt.

Schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts entsteht unter Führung von

1) ED. BERNSTEIN, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. 2. durchges. Aufl. Stuttgart, Dietz, 1909. 8°. XVI — 367 S. (3.50, geb. 4 M.).

M. BEER, Geschichte des Sozialismus in England. Ebenda 1913. gr. 8°. XII — 512 S. (6.50, geb. 7.50 M.).

ROBERT KET eine Bewegung unter den Bauern, welche ihr Recht auf den Gemeinboden verteidigt und darüber hinaus das Privateigentum am Boden überhaupt verwirft. „Sie (die Großgrundbesitzer) haben uns das Blut aus den Adern und das Mark aus den Knochen gesogen; die Gemeindeländer, die uns unsere Vorräther zum Gebrauch für uns und unsere Familien hinterließen, sind uns genommen; das Land, das in der Erinnerung unserer Väter offen war, ist jetzt mit Hecken und Gräben umgeben, und die Weidegründe sind eingehegt, so daß niemand sie betreten kann.“ „Lieber wollen wir die Waffen ergreifen und Himmel und Erde in Bewegung setzen, als solche Ungeheuerlichkeiten erdulden. Sintemalen die Natur dieselben Früchte für uns hervorbringt, wie für jene, und uns auch eine Seele und einen Leib gegeben, möchten wir wissen, ob dies alles ist. Warum soll denn ihre Lebensweise, ihr Los so völlig verschieden sein von unserem?“ Der Aufstand, den KET veranlaßte, wurde unterdrückt und er an der Spitze eines Turmes aufgehängt, „bis der Körper von selbst herabfallen werde“.

JOHN LILBURNE nimmt im 17. Jahrhundert die Bewegung wieder auf, aber ohne Erfolg. 1638 wurde er auf dem ganzen Weg von der Fleetbrücke bis Westminster mit dreisträhnigen Peitschen auf den entblößten Rücken geschlagen und an Händen und Füßen mit Ketten gebunden in dem „für die niedrigsten und gemeinsten Verbrecher“ bestimmten Teil des Gefängnisses in Einzelhaft gehalten. Die Revolution von 1641 befreite ihn, und immer weiter verbreitete sich der Gedanke, daß eine gleiche Verteilung des Grund und Bodens verlangt werden müsse. Aber er wurde wieder gefangengenommen und für sieben Jahre in den Tower gesperrt. Inzwischen hat sich eine Vereinigung „umstürzlerischer Gleichmacher“ gebildet — die Gesellschaft der „Leveller“. Sie wollte einen „Volksvertrag auf Grund gleichen Rechtes, um alle vorurteilslosen Leute zu vereinigen“. 1649 verlangt der Arzt P. CHAMBERLAIN die „Nationalisierung alles bisherigen Kron- und Kirchen- und sonst verfallenen Landes als Patrimonium der Armen“. Während LILBURNE und andere Führer der Leveller im Tower saßen, tauchten eines Sonntags 1649 Anhänger von ihnen auf, die unbebautes Land umzugraben begannen, um Korn und andere Früchte zu bauen und zu beweisen, „daß das arbeitende Volk auf dem öffentlichen Lande grabe, pflüge, pflanze und wohne, ohne es zu mieten oder an irgend jemanden Pacht zu geben“. Aber sie wurden als „gewalttätige Lärm-macher“ verjagt. Vergebens wandten sie sich in Druckschriften an das Parlament, in Flugschriften an das Volk. Ihre Pläne gingen immer weiter. Sie stellten ein sozialistisches Programm auf, das den Warenverkehr, das Kaufen und Verkaufen untersagte. Unter den Soldaten erregten die Anhänger dieser Lehre einen Aufstand, der blutig unterdrückt wurde. LILBURNE selbst wurde auf eine Insel verbannt.

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts kamen den Gleichmachern philosophische Gedanken zu Hilfe. 1651 erschien der „Leviathan“ von HOBBS. Dieser lehnt individuelle Rechte ab. Er anerkennt das Eigentum als Recht eines einzelnen, alle anderen Untertanen vom Gebrauche einer Sache auszuschließen, aber er darf nicht seinen „Souverän“ ausschließen. JAMES

HARRINGTON antwortet HOBBS mit seiner Utopie „Oceana“. Er schildert darin England als einen Idealstaat, in dem niemand Boden im Werte von mehr als 2000 £ besitzen dürfe. Die Verwaltung des Staates solle von allen geführt werden, die ein nach der Größe des Einkommens abgestuftes Einkommen hätten. Um dieselbe Zeit, 1659, erschienen zwei Pamphlete von PETER CORNELIUS von Zürikkzee, die aus der Bevölkerung ländliche und industrielle Genossenschaften bilden wollten, die gemeinsam produzierten und das Produzierte verteilten. Der Gedanke wurde von dem Quäker JOHN BELLES (gest. 1725) aufgenommen, der Vorschläge zur Errichtung eines Arbeitskollegs aller nützlichen Gewerbe und der Landwirtschaft machte. Der Ertrag der Arbeit würde größer sein als früher. Aber alle diese Bemühungen blieben ohne Erfolg. Die sozialistischen Ideen, die Vorstellung vom Gemeineigentum am Boden blieben eine Utopie.

Während dieser ergebnislosen Kämpfe der Landlosen gegen die herrschenden Grundbesitzer von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum Ende des 18. nimmt die Volkswirtschaft Englands einen ungeheuren Aufschwung. In fortwährenden Kriegen dehnt es seine politische Gewalt über immer neue überseeische Gebiete aus, die Seeschifffahrt wächst unter dem Einfluß der Navigationsakte von 1651, der auswärtige Handel nimmt zu, die Industrie entwickelt sich, namentlich in den Textil- und Metallverarbeitungen. Das Handwerk geht in die Manufaktur über, die Manufaktur in die Fabrik, in der der Maschinenbetrieb (Dampfmaschine 1765—1768, Kokshochöfen 1740, 1741 Spinnmaschine, 1775 Verbesserungen daran, 1784—88 mechanischer Webstuhl, 1789 Dampfwebstuhl) immer mehr zunahm. Die Arbeitskräfte für diesen industriellen Aufschwung wurden aus den Landproletariern, aus der Hausindustrie, aus den zugrundegehenden Handwerkern genommen. Es war eine elende Masse von ungeschulten, hungernden, körperlich und sittlich herabgekommenen Menschen. Nach den Zeugnissen englischer Wirtschaftshistoriker war die Lage der Arbeiter in keiner Zeit der Geschichte Englands so trostlos wie in der Zeit von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die Armensteuern betragen 1748—1749/50: 689 971 Pfund jährlich; 1819/20: 7 329 594 Pfund. Durch den Agrarschutz und die Grundsteuern wurden alle Lebensmittel ungeheuer verteuert. Während ihre Preise von 1760—1820 um 233 % stiegen, wuchsen die Geldlöhne in derselben Zeit nur um 100 %. Dazu kam der Wechsel in den arbeitenden Personen, indem durch den Maschinenbetrieb viele Arbeitsverrichtungen für Frauen und Kinder möglich wurden, so daß oft die Männer zu Hause saßen und strickten, während die Familie in der Fabrik arbeitete. Aber auch diese Arbeit war nicht gesichert, weil Krisen den regelmäßigen Gang der Fabrik unterbrachen. Das Armengesetz mit der Bestimmung eines Zuschusses bei niedrigen Löhnen wirkte lohndrückend und demoralisierend, und das Elisabethische Gesetz über behördliche Lohnfixierung wurde gegen die Arbeiter angewandt. So baute sich der Reichtum der wenigen auf einem unbeschreiblichen Elend der Massen auf.

Die Folge war, daß die ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts von Klassenkämpfen erfüllt sind. In der Klasse der Reichen sieht man die Armut

als gesellschaftliche Notwendigkeit an. COLQUHOUN (Treatise of Wealth, 1814) erklärt in richtiger Erkenntnis einer Grundwahrheit, daß alle Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung auf der Arbeit der großen Massen beruht. Damit diese arbeiten, müsse aber Armut herrschen. „Jede Nation wird erhalten durch Armut; ohne die Existenz einer zahlreichen Klasse von Armen würde kein Land zu Reichtum gelangen können, da der Reichtum das Kind der Armut ist und die Arbeit nur die Folge der Armut sein kann. Die Armut ist deshalb ein höchst notwendiger und absolut unentbehrlicher Bestandteil der Gesellschaft; ohne Armut könnten die Länder und Nationen nicht der Segnungen der Zivilisation teilhaftig werden.“ So verwirrt waren die Meinungen in diesem Zeitalter des Chaos und der Anarchie. Vom Jahre 1800 bis 1816 saßen über ein Dutzend parlamentarischer und ernannter geheimer Kommissionen und untersuchten die verschiedensten ökonomischen Fragen. Wolle und Baumwolle, Kohle und Eisen, Lohn und Profit, Papiergeld und Gold, Kornzölle und Kornpreise gaben den Anlaß zu Berichten und Zeugenvernehmungen. Aber kein Licht erstrahlte, um das Chaos zu beleuchten. Erst RICARDO schuf Klarheit. Er eröffnete in seinen „Principles“, in seinen Schriften „On the influence of low prices of corn, „On protection of agriculture“ Einblicke in die Gesetzmäßigkeit des wirtschaftlichen Lebens, in die Wirkungen der industriellen Revolution auf Wert und Preis, in das Wesen der Bewegungen des Arbeitslohnes, in das Verhältnis zwischen Profit und Rente und in den Gegensatz zwischen den Interessen des Industriekapitales und den Interessen der Grundherren. Neben RICARDO war es THOMAS ATWOOD (The Remedy of the present distress, 1816; A Letter to Vansittart on the Creation of Money, 1817), der die Grundlehren einer neuen Gesellschaftsauffassung verbreitete. Das Wohlergehen eines Landes hänge hauptsächlich von der Leichtigkeit ab, mit der Kapital gegen Gewerbetreibend und Konsumtion gegen Produktion ausgetauscht wird. Das Mittel dazu sei das Geld. Dieses müßte ebenso vervielfältigungsfähig, ebenso elastisch sein, wie die übrigen menschlichen und ökonomischen Faktoren. Daher müsse die Regierung ein Papiergeld schaffen, dessen Menge dem Bedürfnis des Landes angepaßt werde. Diese Lehren haben großen Eindruck gemacht und gelangten durch OWEN und GRAY in die sozialistische Arbeiterbewegung.

Eine solche war schon Ende des 18. Jahrhunderts unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Revolution entstanden. THOMAS HARDY, ein Schuhmacher, gründete 1791 einen politischen Verein für die unteren Volksklassen, die „L(ondon) C(orresponding) S(ociety). Sie vertrat die Meinung, daß es ein Recht des Bürgers sei, an der Regierung teilzunehmen. „Das Volk Großbritanniens ist zum größten Teil im Parlament nicht vertreten und von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen. Die Folgen der beschränkten ungleichen und deshalb ungenügenden Vertretung sowie der Wahlkorruption sind: erdrückende Steuern, ungerechte Gesetze, Beschränkung der Freiheit und Verschwendung der Staatsgelder. Das einzige Hilfsmittel gegen diese Übel ist die allgemeine und gerechte Vertretung des Volkes im Parlament. Die L. C. S., ist entschlossen, für dieses Ziel energisch zu wirken

„aber sie verurteilt alle Gewalttaten und Anarchie; ihre Waffen sind einzig „und allein Vernunftgründe, Festigkeit und Übereinstimmung.“

In Regierungskreisen war man bestürzt und warnte vor „auführerischen Schriften“. Aber die Bewegung verstärkte sich. THELWALL (1764—1834), JOHN RICHTER, WILLIAM GODWIN (Political Justice, 1793), THOMAS HOLCRAFT, FRANCIS PLACE, der bis in die Chartistenbewegung hinein wirkte, wirkten auf die Arbeiter ein und vergrößerten die Zahl der „Jakobiner“ und „Leveller“ (Gleichmacher), wie man sie nannte. In Schottland wurde ihr Anwalt THOMAS UNIR, 1793 wegen Hochverrats zu 14 Jahren Verbannung nach der australischen Strafkolonie Botany-Bai verurteilt. Die Hinrichtung des französischen Königs stärkte die Bewegung. Man berief einen allgemeinen britischen Konvent nach Edinburgh, um das allgemeine Wahlrecht und jährliche Legislaturperioden zu erlangen. Der Konvent trat im November 1793 zusammen. Am 4. Dezember 1793 erhielt er die Aufforderung von der Regierung, sich aufzulösen. Da der Konvent sich nicht darum kümmerte, wurde er mit Gewalt aufgelöst, und die Führer wurden vor Gericht gestellt. Die Angeklagten wurden zu je 14 Jahren Verbannung nach den australischen Strafkolonien verurteilt. Die Agitation ließ aber nicht nach. Mai 1794 wurden HARDY, RICHTER, THELWALL, HORNE, TOOKE u. a. festgenommen, in den Tower gesperrt und des Hochverrates angeklagt. Darauf stand Todesstrafe. PITT verlangte vom Parlament die Aufhebung der Habeascorpusakte, und sie wurde mit 240 gegen 31 Stimmen bewilligt. Die Angeklagten wurden aber von den Geschworenen freigesprochen. Immerhin machte die Anwendung der Polizeigewalt durch Aufhebung der Habeascorpusakte die Tätigkeit in London unwirksamer, dagegen breitete sie sich auf dem Lande aus. Der revolutionäre Gedanke, verbunden mit Antimilitarismus, breitete sich immer weiter aus. Die Hinrichtung eines Revolutionärs 1797 half nichts. Weite Kreise von Arbeitern, Handwerkern und Kleingewerbetreibenden waren von revolutionären Ideen erfaßt. Nun wurden die Ausnahme Gesetze verschärft. 1799 unterdrückte man die Debattierklubs, verbot die schriftliche Verbindung politischer Vereine, so daß keine Zweigvereine gebildet werden konnten; 1800 und 1801 erfolgten Koalitionsverbote. Trotzdem wuchs die Agitation der Arbeiterklasse für Demokratie und Sozialreform. Diese Bewegung war begleitet von einem Kampf gegen die neue Maschinenteknik. Die Maschinenstürmer (Ludditen genannt nach einem der ersten, NED LUDD, der einen Strumpfwirkstuhl zerstörte) wurden nach einem Gesetz von 1769 mit dem Tode bestraft. Aber bis 1811/12 blieb der Luddismus eine Massenbewegung, die sowohl politische wie wirtschaftliche Ziele verfolgte, so daß 1812 die Regierung wieder ein Gesetz zur Bestrafung der Maschinenzerstörung mit dem Tode einbrachte. Vergebens sprach Lord BYRON dagegen. Noch 1813 wurden 18 Ludditen auf das Schafott gebracht.

Inzwischen hatten sich unter dem Einflusse des Naturrechtes in gebildeten Kreisen die Anschauungen über das Eigentum geändert. JOHN LOCKE, Lord BOLINGBROKE, W. PALEY traten dafür ein, daß das Gemeineigentum natürlich und glückfördernd sei, daß Arbeit der einzige Rechtstitel auf Besitz

sei, daß die Natur von selbst eine Ordnung in der Gesellschaft schaffe. Auch EDMUND BURKE (*A Vindication of Natural Society*, 1756) verwarf den gegebenen Gesellschaftszustand, der den Reichtum auf die Armut aufbaute, und forderte die natürliche Gleichheit aller Menschen. Größeren Einfluß hat ROBERT WALLACE gewonnen. Seine Dissertation „On the Numbers of Mankind“ (1753) enthält vor MALTHUS eine Bevölkerungslehre. Solange die Bevölkerung gering ist — führte er aus —, lebt man im Naturzustande frei und glücklich. Mit dem Wachsen der Bevölkerung entsteht der Ausschluß eines Teiles vom Gebrauch der Erde und damit der soziale Gegensatz von Besitzenden und Nichtbesitzenden. — Der Schuhmacher THOMAS SPENCE (1750 bis 1814) vertrat „die wirklichen Menschenrechte“ (1793) und verkündete „den Sonnenhöhenpunkt der Freiheit“ (1796) in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft. WILLIAM OGILVIE (1736—1819) kritisierte in seiner Schrift: „An Essay on the Right of Property in Land“ (1782)¹⁾ das Privateigentum am Boden vom Standpunkte des Naturrechtes. Rückkehr zum Naturrecht, Feudalsystem, zu kleinbürgerlichen Pachtungen ist sein Ideal. — WILLIAM GODWIN (*Political Justice*, 1793) lehrte, daß der Mensch durch die Gerechtigkeit geleitet werde, wenn er seine Talente und seinen Besitz darauf verwendet, die Freiheit, die Erkenntnis und die Tugend, die die Glückseligkeit aller erzeugen, zu fördern. Eine andere Forderung darf die Gesellschaft nicht an ihn stellen. Die heutige Verteilung des Reichtums ist schlecht. Er verleitet die Menschen, den Gelderwerb zum eigentlichen Ziele zu machen, um nach dem Muster der Reichen mit seinem Vermögen prahlen zu können. — Auf eine Agrarreform arbeitete THOMAS PAINE (*Rights of Man. Agrarian Justice*, 1797) hin. Die Reichen wären zu besteuern und mit dem Ergebnis wäre den Besitzlosen Grund und Boden zu verschaffen. — CHARLES HALL (*Effects of Civilisation on the People of European States*, 1805) erklärt, daß die Gesellschaft in zwei Teile zerfalle: die Reichen und die Armen. Der Gegensatz zwischen ihnen ist ein zweifacher. Erstens kann es keinen Reichtum geben ohne Gewaltmittel gegen die Armen. Zweitens kann dieser Gegensatz nicht behoben werden durch die Konkurrenz der Reichen, weil diese sich koalieren, was den Armen verboten ist.

Die sozialen Zustände wurden nicht besser. Seit dem Herbst 1816 befand sich das ganze Land in einem Zustand der Rebellion. Politische Demonstrationen, lokale Aufstände, Aufleben der SPENCESCHEN Agitation, Hochverratsprozesse und Hinrichtungen, Ausnahmegesetze und Spitzelwirtschaft machten das Jahr 1817 zu einem der aufgeregtesten in der Geschichte Englands. Aber es fehlte nicht an geistigen Kräften, welche eine neue Zeit vorbereiteten. In dieselbe Zeit fällt die journalistische Tätigkeit WILLIAM COBDENS für Freiheit und Demokratie, die schriftstellerische und agitatorische Nachlese der Spenceaner, das kirchenfeindliche und sozialistische Auftreten

1) In deutscher Übersetzung u. d. T. „Das Recht auf Grundeigentum“ von AD. M. FREUND. Leipzig 1906 (VII. Heft der „Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik“. Hrsg. C. v. G. ADLER).

OWENS, die Herausgabe der christlich-sozialen „Lay Sermons“ von COLERIDGE, endlich das Erscheinen der epochemachenden ökonomischen Werke DAVID RICARDOS. Um ihre Bedeutung zu verstehen, ist ein Blick auf den Rahmen, in dem sie wirkten, notwendig.

Vertreter des neuen Standes, des reichen Bürgertums hatten sich 1812 zu einem Klub zusammengetan, der Wahlreform zum Ziele hatte. Unter den Arbeitern begannen wieder Insurrektionsversuche. 1817 wurden 3 Führer hingerichtet, 11 zu lebenslänglicher Verbannung, 3 zu 14 Jahren Verbannung, 6 zu Gefängnisstrafe verurteilt. Wieder wurde die Habeaskorpusakte suspendiert (1817/1818) und mit Aufruhrgesetzen und Preßprozessen das politische Leben unmöglich gemacht. 1818 trat eine Senkung der Getreidepreise und damit eine Ackerbaukrise ein. Während der Kriegsjahre waren die Getreidepreise ungeheuer hoch gestiegen, nun, im Frieden, sanken sie, und die letzten kleinen landwirtschaftlichen Existenzen gingen zugrunde. Sie wanderten in die Industriegebiete und verstärkten dort das Elend. Nun begannen wieder Agitationen. Im Juli 1819 versammelten sich 15000 Personen in Birmingham, die beschlossen, nicht auf Parlamentreform zu warten, sondern zwei Reformer ins Parlament zu wählen. Die Wahl fand statt, aber die Gewählten wurden verhaftet. Am 16. August 1819 fand eine Versammlung von 80000 Demonstranten gegen die Kornzölle in Manchester statt. Aber kurz nach der Eröffnung ritten Husaren ein; sie und die Yeomanry verfolgten die Flüchtenden, stachen und säbelten Männer, Frauen, Mädchen und Jünglinge nieder und trampelten auf ihren Körpern herum. Artillerie stand hinter ihnen zu ihrem Schutz. Nach 10 Minuten war das St. Petersfeld menschenleer, nur Tote und Verwundete lagen herum. Aber erfolglos war die Energie der Arbeiter doch nicht. Die Unternehmer fingen nun an, die Arbeiterorganisationen mehr zu respektieren, und 1824 wurde in Anerkennung der bestehenden Zustände das Koalitionsverbot aufgehoben. Allerdings waren erst 1819 neue Ausnahmegesetze im Parlament durchgepeitscht worden, aber die Schriften der Denker zugunsten einer den Arbeitern günstigen Gesetzgebung und Verwaltung mehrten sich. THOMAS SPENCE hatte 1812 einen Verein von Philanthropen gegründet. Dieser publizierte 1818 eine Broschüre, welche die kommunistische Gründung Rapps, Harmony, in Pennsylvanien schilderte. ROBERT OWEN reiste hinüber und erwarb sie. In England selbst bereiteten hervorragende Schüler von SPENCE, EVANS, HUNT, THISTLEWOOD, eine anarchistische Revolution vor. Zu einer organisierten, offenen Revolution fehlten die Mittel, also mußte man zu Attentaten greifen. Man lockte sie in eine Falle, indem man in die Presse eine Notiz gab, daß an einem bestimmten Tage abends ein Diner für die Minister in Grosvenor Square gegeben würde. THISTLEWOOD wollte diese Gelegenheit benutzen, und er und seine Freunde drangen bewaffnet in das Lokal ein. Nach kurzem Kampf wurden sie gefangen genommen. THISTLEWOOD und 4 seiner Freunde wurden gehängt, 6 zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

Diese Bewegungen sind natürlich nicht ohne Einfluß auf die Politiker und Publizisten geblieben. HENRY HUNT (geb. 1779), WILLIAM COBBETT

(geb. 1762) sind die ersten, welche die englische Arbeiter- und sozialistische Presse einleiteten. Ihnen folgten WILLIAM HONE (1780—1842), THOMAS JONATHAN WHEELER (1786—1853), RICHARD CARLILE (1790—1843), JOHN WADE (1819). Zu den einflußreichsten Persönlichkeiten gehört ROBERT OWEN (1816—1825), der in seinen eigenen Fabriken eine Besserung der Lage der Arbeiter herbeiführte, für eine gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages eintrat — und auch ein Kinderschutzgesetz durchbrachte —, vor allem aber die Beseitigung einer auf Profit gegründeten Wirtschaftsordnung forderte. Dies sollte geschehen durch Vereinigung der Arbeiter in Produktivgenossenschaften, welche gegenseitig ihre Produkte nach der auf sie verwendeten Arbeit austauschten. Seine praktischen Versuche scheiterten, aber sein Grundgedanke, den Profit durch Assoziation zu beseitigen, blieb lebendig und wirkt im Genossenschaftswesen bis auf den heutigen Tag. Ihm traten individualistische (anarchistische) Sozialisten zur Seite (PIERE RAVENSTONE, THOMAS HODGSKIN, ABRAM COMBE, JOHN GRAY, WILLIAM THOMPSON).

Die ganze Geschichte der englischen Arbeiterbewegungen und die Schriften der theoretischen Denker wirkten zusammen, um schließlich eine sozialrevolutionäre Bewegung hervorzurufen. In den Jahren 1825—1830 entsteht sie, 1831—1834 erreichte sie ihren theoretischen Höhepunkt, 1837—1842 wirkte sie praktisch, 1849—1854 siecht sie dahin. Ihr Ziel war: Erlangung politischer Macht durch das allgemeine Wahlrecht und sodann Reform der Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter. Die Städte waren durch die Industrie gewachsen; diese selbst war nunmehr die Grundlage des englischen Reichthums, aber sie hatten keine parlamentarische Vertretung. Die Mittel zur Erreichung des Zieles sollten in der Anwendung von Gewalt bestehen und es stand ein allgemeiner Generalstreik bevor. Inzwischen erfolgte eine Wahlreform (1832), welche die befriedigte liberale bürgerliche Partei von den Arbeitern trennte. Die folgenden Gesetze und die Aufhebung der Armengesetze verschlimmerten die Lage der Arbeiter; die Versuche, durch Tauschmärkte und Kooperation den Verkehr zu umgehen, mißlangen, und der Radikalismus griff unter den Arbeitern um sich. Da versammelten sich 1834 die Delegierten der Trades Unions in London und beschlossen ein Programm, das ein Kompromiß zwischen owenistischen und tradeunionistischen Bestrebungen war, aber doch das Ziel verfolgte, „die Arbeiter vollständig von der Tyrannei des Kapitals zu befreien“.

1838 wurde die „Charter“ beschlossen, welche das Programm formuliert enthält: „Die Frage des allgemeinen Wahlrechtes ist, alles in allem genommen, eine Messer- und Gabelfrage, eine Brot- und Käsefrage“. Am 4. Februar 1839 trat ein allgemeiner Konvent neben dem Parlament in London zusammen. Die Teilnehmer konnten sich aber nicht einigen, und so tagte am 13. Mai in Birmingham ein Rumpfparlament. Das Parlament verwarf die Petition um Einführung des allgemeinen Wahlrechtes. Dies hatte einen Aufstand zur Folge, der mit Kavallerie unterdrückt wurde. 1840 bildeten die Chartisten eine selbständige Vereinigung, trennten sich von den bürgerlichen Liberalen und bildeten eine eigene Arbeiterpartei, die 1842 eine neuerliche Petition über-

reichte. Da dies alles nichts half, verlangte die Organisation Demokratie und Sozialismus. 1848 ward eine neue Petition überreicht, aber das Feuer der Mitglieder war erloschen. Die Petition erhielt nicht die versprochene Zahl von Unterschriften, und statt mit einer Massendemonstration wurde sie in Wägen zum Parlament geführt. Damit war die liberale Bewegung begraben. Nunmehr beginnt eine liberale Reformbewegung. Die Gewerkvereine waren inzwischen erstarkt. Konsumvereine entwickelten sich; die Christlich-Sozialen vermittelten zwischen dem Bürgertum und den Sozialisten. Arbeiterschutzgesetze und freiere politische Gesetze wurden erlassen: 1833 das erste wirkliche Fabrikgesetz für Kinder und Jugendliche, 1842 das erste Bergwerksgesetz für Kinder und Frauen, 1847 der Zehnstundentag, 1836 die Befreiung der Presse, 1837 Milderung des Strafrechtes, 1846 Abschaffung der Kornzölle. Die Arbeiter wurden ruhig. CORDEN schildert ihren Zustand noch 1863 als den der politischen Stumpfheit. Aber schon zwei Jahre später sehen wir die Arbeiter in London reformpolitisch tätig, 1866 in einem mächtigen Kampf begriffen, 1867 im Besitz des Wahlrechtes. Dieser Erfolg ist eine Nachwirkung der alten OWENSchen und chartistischen Ideen und des Einflusses, den KARL MARX und der Internationalismus gewonnen hat. Es fehlte der aufsteigenden Bewegung aber der revolutionäre Charakter. Gesetzgebung und Gewerkvereine hatten die Lage der Arbeiter verbessert; das Industriemonopol, das damals noch in den Händen Englands lag, ebenso wie dessen Welthandelsmonopol steigerten die Gewinne der Unternehmungen und wirkten mit, die Löhne zu erhöhen.

Nun wollten die Arbeiter aber auch auf legalem Wege eine Vertretung im Parlament erhalten. Zwischen 1866 und 1895 gab es drei politische Vereinigungen, welche sich dieses Ziel stellten und die Gewerkvereine in die Politik führten: der Londoner Arbeiterverein (1866—1869), die Liga für Arbeitervertretung (1869—1880), die Arbeiterwahlassoziation (1886—1895). Dazu muß man noch den seit 1866 bestehenden und noch existierenden jährlichen Trade-Unions-Kongreß rechnen, auf dem die reinen Gewerkschaftsfragen hinter den politischen zurücktreten. Die genannten drei politischen Organisationen haben keinen großen Erfolg gehabt. Als selbständige, wirkungsvolle Partei konstituierten sich die Arbeiter erst nach dem Wiederaufleben der sozialistischen Agitation. Der Einfluß von KARL MARX, Anregungen von J. St. MILL und HENRY GEORGE wirkten darauf ein. 1881 wurde eine „Sozialdemokratische Föderation“ (S. D. F.) gegründet; vorübergehend wurde der Versuch gemacht, eine selbständige „Sozialistische Liga“ mit etwas abweichendem Programm zu gründen. Die S. D. F. beteiligte sich 1885 an den Wahlen, aber mit einem vollständigen Mißerfolg. Bis gegen das Ende des Jahrhunderts gelang es ihr nicht, einen besonderen Erfolg zu erzielen. Inzwischen waren andere sozialistische und sozialreformatrische Organisationen entstanden, welche der politisch sozialistischen Bewegung den Boden bereiteten. Die einflußreichste darunter ist die „Gesellschaft der Fabier“ (F. S.), gegründet 1884, um den Sozialismus zu studieren und zu verbreiten. Die bedeutendsten in ihr tätigen Persönlichkeiten sind SIDNEY WEBB und seine Frau. Die Grundgedanken ihres Programmes sind die folgenden:

1. Der soziale Kampf ist nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen der übergroßen Mehrheit der Nation und den Rentenaneignern zu führen.
2. Da die Rente oder der Wertzuwachs das Ergebnis gesellschaftlicher und historischer Faktoren ist, so müßte er der ganzen Gesellschaft zugutekommen.
3. Die soziale Reform müßte daher in erster Linie darauf gerichtet sein, den Wertzuwachs zugunsten von Gemeinde und Staat in Beschlag zu nehmen, teils durch Steuerpolitik im Sinne MULLS, teils durch Munizipalisierung und Verstaatlichung. Die Aufgabe der Gesellschaft ist es, für diese Ideen Propaganda zu machen, ihre Verwirklichung durch Reformen, auch im kleinsten Stile, zu unterstützen, die Menschen und Organistationen psychisch, ethisch und technisch für die Reform vorzubereiten und diese selbst zu fördern. Da die Führer der Gesellschaft durch gründliche Bildung und Kenntnis der deutschen, französischen, englischen sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Literatur ausgezeichnet sind, ist ihr erziehender Einfluß auf die öffentliche Meinung wie auf die Arbeiterkreise ein großer.

Neben der F. S. sind in neuerer Zeit unabhängige Arbeitervereine entstanden. Der erste größere derartige Verein war die Labour Union von Bradford, die aus einem umfangreichen Streik 1890 entsprungen ist. Dieser Typus vermehrte sich, und schon 1892 gelang es, unabhängige Arbeiterkandidaten und Sozialisten ins Parlament zu bringen. 1893 vereinigten sich die verschiedenen selbständigen Arbeitervereine zur Unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party) und erzielten bereits bei den Wahlen von 1894 nennenswerte Erfolge, die sich 1895 in bezug auf die Stimmenzahl, wenn auch nicht in bezug auf die Zahl der Gewählten, wiederholten. Eine Unterstützung erhielt die Bewegung durch die Mißerfolge der Gewerkvereine und durch eine ungünstige Gestaltung des Gewerkschaftsrechtes in den neunziger Jahren. 1897 und 1898 unterlagen die Mechaniker und wallisischen Bergleute in lange dauernden Streiks. Seit 1896 wurden auf Grund richterlicher Urteile die Gewerkschaften vermögensrechtlich haftbar gemacht für den Schaden, der den Unternehmungen durch Aufstellung von Streikposten und Störung des Betriebes erwächst. 1900 wurde bei einem Eisenbahnerstreik (Taff-Vale-Streik) der Gewerkverein zur Zahlung von 675 000 K Schadenersatz verurteilt.

1899 hatte ein allgemeiner Trades-Unions-Kongreß in Plymouth stattgefunden, auf welchem eine Resolution mit 112 000 Stimmen Mehrheit angenommen wurde, daß der Kongreßausschuß sich mit allen anderen Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen solle, um ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen. So wurde der Grund gelegt zu einer einheitlichen Arbeiterpartei (Labour Party). Im Februar 1900, 63 Jahre nach der Versammlung des Londoner Arbeitervereins, traten in London 120 Delegierte zusammen, welche über eine halbe Million gewerkschaftlich oder sozialistisch organisierter Arbeiter vertraten. 1906 zählte die Vereinigung bereits 900 000 Mitglieder und beteiligte sich mit 50 Kandidaten am Wahlkampf, von denen 29 erfolgreich waren. Ihr erster Erfolg war die Beseitigung des Taff-Vale-Entscheides. Unter dem Kabinett Campbell-Bannermann wurde ein Gewerkschaftsgesetz

durchgesetzt, das den Wünschen der Gewerkvereine vollständig entsprach. Neue sozialpolitische Gesetze folgten: Achtstundengesetz für Bergleute, Alterspensionen aus Staatsmitteln, Mindestlohnämter für vier Heimarbeitszweige, erhebliche Verbesserung der Unfallsentschädigungen, Kranken- und Invaliditätsversicherung für 12 Millionen Personen, Arbeitslosenversicherung für 2,4 Millionen Personen, Stärkung der Demokratie durch Abschaffung des Vetorechtes der Lords, Diäten für die Abgeordneten (400 Pfund jährlich). Die Parteimitgliedschaft wuchs infolge dieser Errungenschaften auf 1 539 092 im Jahre 1911.

Das Problem, das heute zu lösen ist, ist das des Verhältnisses der Trades Unions zu der Labour Party. Die Trade Unions sind keine politische Vereinigung. Die Beiträge ihrer Mitglieder dürfen nach dem sog. Osborne-Urteil (1908), nach Entscheidung der Appellinstanz und des Hauses der Lords als oberster Instanz nicht für andere als wirtschaftliche, also nicht für politische, Zwecke verwendet werden. Trotzdem blieben die Gewerkvereine ungeschwächt. Die Jahre 1906—11 waren eine große Gefahr für sie. Die Erschütterung der Arbeiterpartei und S. D. F., Niederlagen bei den Wahlen, Verteuerung der Lebensmittel führten zu großen Streiks: dem der Hafen- und Transportarbeiter (Juni-Juli 1911), dem Massenstreik der Eisenbahnarbeiter (August 1911), dem Generalstreik der Bergarbeiter (März und April 1912) und dem Londoner Hafenarbeiterstreik (Juni und Juli 1913). Die sozialistisch und syndikalistisch gesinnten Arbeiter einigten sich am 1. Oktober 1911 in Manchester zur Gründung einer Britischen Sozialistischen Partei, die mit Sozialreform nichts mehr zu tun haben will, da diese einen antirevolutionären Einfluß habe. Ihre Mitgliederzahl ist etwa 40 000. Sie spielt also keine Rolle als Vertreterin der Arbeiter. Diese wird nach wie vor von der L. P. vertreten, die mit einer Minderheit der Liberalen, die eine freiheitliche, sozialreformatorsche und friedliche äußere Politik anstrebt, in Verbindung steht. Beide Richtungen sind antiimperialistisch.

Ich habe im vorgehenden die Geschichte der Entwicklung sozialistischer Gedanken und Organisationen im engen Anschluß an BERNSTEIN und BEER geschildert. Es ist daraus zu ersehen, daß in England der demokratische Gedanke der materiellen Gleichheit, insbesondere an den Früchten des Bodens, schon um vieles früher verbreitet war, als auf dem Kontinent; daß die ganze Arbeiterbewegung niemals frei war von sozialistischen Gedanken und daß die Gewerkschaftsbewegung nicht in einem Gegensatz zum Sozialismus steht, sondern als ein Mittel zur Verwirklichung seines möglichen Inhaltes angesehen wird. Der stete furchtbare Klassenkampf, der nun schon zweiundeinhalbes Jahrhundert Englands soziale Verfassung fortgesetzt in Frage stellt, zeigt, daß daselbst die jeweils gegebenen sozialen Mächte rücksichtslos nach Geltung in der Politik streben und sie auch ihrem Kräfteverhältnis entsprechend erlangen.

Literaturbericht.

FRANZ OPPENHEIMER, Theorie der reinen und politischen Ökonomie. Ein Lehr- und Lesebuch für Studierende und Gebildete. Berlin, Georg Reimer, 1910. gr. 8°. XXVI. 738 S. II. Auflage 1911. (gbd. 18 M.)

So umfangreich das angezeigte Werk O.s ist, so soll es doch nur den I. ökonomischen Hauptteil eines noch größeren Werkes bilden, das er „Der liberale Sozialismus als System der Soziologie“ betiteln will und von dem alle seine früheren Arbeiten nur Kapitel sind. Vom II. Hauptteil dieses geplanten Systems, dem staats-, geschichts- und rechtsphilosophischen, bildet O.s Buch „Der Staat“ (1908) ebenfalls ein Kapitel, dem die übrigen bald folgen sollen. Das vorliegende Werk, dem ein „Nachtrag für Fachmänner“ mit literar- und dogmenhistorischen Nachweisen und kritischen und anti-kritischen Exkursen folgen soll, faßt nicht nur die Summe dessen rekapitulierend zusammen, was O. in seinen bisherigen Schriften seit 1896 niedergelegt hat, sondern baut die dort in den Grundzügen entwickelte Lehre weiter aus, so daß der I. Teil seines großen Systems damit im wesentlichen als vollendet angesehen werden kann. Freilich — nur im wesentlichen. Denn die außerordentlich große Fülle von zum Teil sehr schwierigen und viel umstrittenen Einzelproblemen, die O. in ihm behandelt, läßt trotz der Weite des gesteckten Rahmens eine völlige und gleichmäßig erschöpfende Durcharbeitung eines jeden derselben nicht zu. Bei der enorm produktiven Begabung O.s bleibt aber zu hoffen, daß er, sei es auch nur bei weiteren Neuauflagen, die noch verbliebenen Lücken mit der Zeit ausfüllen wird, ohne die Fertigstellung des II. Hauptteils dadurch allzusehr zu verzögern.

Um den vorliegenden I. Hauptteil zu verstehen, muß man den Blick zunächst auf das Ganze richten. Im System des „liberalen Sozialismus“ faßt O. seine soziologischen Gesamtanschauungen zusammen. Er nennt ihn geradezu ein „Gesellschaftsideal“, dessen baldige Verwirklichung er bestimmt erwartet. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser neuen Ordnung sind nur eine, wenn auch sehr wichtige Seite derselben. Daher auch die Zerteilung des soziologischen Gesamtwerkes. Im ökonomischen Hauptteile gelangt er zu diesem Ideale auf Gedankenbahnen, die zwar andere vor ihm eingeschlagen haben, die er aber sehr viel weiter und schließlich zu einer neuen, kühnen Höhe emporführt. Nach der von ihm selbst darüber gegebenen Rechenschaft knüpfte er überall und unmittelbar an A. SMITH an. Von den

beiden Bestandteilen, die SMITHS Werk nebeneinander, oft gegeneinander, umschließt, der „pseudoliberalen bürgerlichen Klassentheorie“ und der „wahrhaft liberalen sozialen Menschheitstheorie“, geht nach O. je eine theoretische Richtung aus: die Bourgeoisökonomik, ergänzt durch MALTHUS' Bevölkerungsgesetz zur dismal science des tiefsten soziologischen Pessimismus, und die sozialliberale Richtung. Die erstere gipfelt in RICARDO, von dem wieder zwei divergente Richtungen ausgehen: die Vulgärökonomik der Epigonen und der Kollektivismus von MARX. Die letztere hat JONES als Vorläufer, CAREY als ersten großen Vertreter. Durch DÜHRINGS Weiterführung wird sie zum liberalen Sozialismus, den HERTZKA wertvoll ergänzt, aber durch utopistische Projizierung der zukünftigen Ordnung unwissenschaftlich behandelt.

O. will dieses System in „wissenschaftlichen“ Sozialismus in MARX Sinne umwandeln, indem er es „nicht aus dem Kopfe erfindet, sondern aus den immanenten Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft selbst“ ableitet — aber freilich mit einem ganz anderen Inhalt als das System von MARX. Dieser sah nur den Pseudoliberalismus des Großbürgertums, darum waren ihm Liberalismus und Sozialismus ewige Gegensätze. O. dagegen „erscheint der echte Liberalismus, der keiner Klasse, sondern der Menschheit dient, soweit sie an Recht und Freiheit gekränkt ist, als identisch mit dem Sozialismus“. Er meldet daher Berufung vor dem Forum der Wissenschaft gegen das einst wider den Liberalismus ergangene Verdammungsurteil an, nimmt dessen Gedanken in vollem Umfange auf und hofft, sie zum Siege zu führen. Mit dem Liberalismus verlangt er Beseitigung aller durch außerökonomische Gewalt, also gegen das Naturrecht entstandenen Machtpositionen, mit ihm verheißt er, daß dann die Harmonie aller wirtschaftlichen Interessen eintreten werde. Jene traditionell für eine naturrechtliche Bildung gehaltene, in Wahrheit naturrechtswidrige und daher zu beseitigende Machtposition ist die Aussperrung des Bodens gegen die Siedlungsbedürftigen durch das Großgrundeigentum. Ohne das letztere wäre selbst heute noch auf Jahrtausende hinaus freies Land vorhanden für jeden, der es nutzen will, und gebe es daher keine Arbeiter ohne eigene Produktionsmittel, mithin auch keine kapitalistische Produktionsweise. Die Bodensperre hat mithin das Kapitalverhältnis „produziert“ und reproduziert es fortgesetzt. Wird sie gelöst, durch Beseitigung des Großgrundeigentums, so kann es weder eine Arbeiterklasse noch ein Kapitalverhältnis mehr geben. Dann aber wird der „rationelle Sozialismus“ O.s Wirklichkeit: eine Gesellschaftswirtschaft, in der es nur eine Einkommensart gibt, den Arbeitslohn, während Grundrente und Kapitalprofit bis auf wenige unschädliche „Splitter“ verschwunden sind. Die sich in ihren Grundlagen von der unsrigen nur (!) dadurch unterscheidet, daß niemand mehr Boden besitzt, als er selbst nutzt. In der vollsten Freiheit des wirtschaftlichen Wettbewerbs und Selbstinteresses allein die Marktbeziehungen regelt und dennoch die volle Harmonie aller wirtschaftlichen Interessen besteht. Also der Sozialismus (in O.s Sinne), erreicht auf dem Wege des Liberalismus. Der unveränderte Organismus unserer Wirtschaft, nur

befreit von einer ihn fast mörderisch einschnürenden Schlinge und nun erst gesundend.

Betrachten wir in einem kurzen orientierenden Überblick den Aufbau des neuen Systems. Vorausgeschickt sei, daß O. im wesentlichen auf der Grundlage von DÜRRINGS „rationellem, volkswirtschaftlich sozialitärem System“ sein Gedankengerüst, doch in durchaus selbständiger Weise aufbaut. Das erste der 4 Bücher hat die psychologische, staats- und geschichtsphilosophische und methodologische Grundlegung der Ökonomik zum Gegenstande. Ihm geht voran eine von der Einheit aller Wissenschaft ausgehende soziologische Einleitung, die das Gebiet der Soziologie und innerhalb desselben die Grenzen der Ökonomik und ihrer Nachbargebiete absteckt und die bewegenden Kräfte der Soziologie, nämlich den Trieb der Lebensfürsorge und seine Verzweigungen untersucht. Als „ökonomischer Trieb“ erscheint dabei der Trieb, mit Dingen, die und zugleich weil sie etwas kosten, also mit „Werten“ zu wirtschaften, d. h. solche nach dem Prinzip des kleinsten Mittels zu beschaffen und zu verwalten; als „Kosten“ die Arbeit, d. h. der Aufwand an Körperenergie oder an wirtschaftlichen Gütern. Die beiden Mittel des ökonomischen Triebes sind das politische und das ökonomische. Unentfaltetes politisches Mittel ist der Raub, entfaltetes der durch eine Reihe erkennbarer Stadien aus dem räuberischen Grenzkrieg entstandene Staat. Den Staat definiert O. nach GUMPLOWICZ als „eine von einer erobernden Menschengruppe einer unterworfenen Menschengruppe aufgezwungene Rechtseinrichtung, mit dem Inhalt, die Unterworfenen zugunsten der Sieger derart zu besteuern, daß die Bedürfnisse der Herrenklasse mit möglichst geringem Aufwande ihrer eigenen Arbeit möglichst vollkommen befriedigt werden“. Die Herrenklasse übernimmt daher den Grenzschutz nach außen und den Rechtsschutz nach innen, letzteren teils zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Untertanen, teils zu ungestörtem Bezug des „Herreneinkommens“. Jenes Steuerrecht objektiviert sich einmal im Eigentum am Menschen selbst und mithin an seiner Arbeitskraft, der Quelle aller Güter; sodann im Großeigentum am Boden, der Bedingung aller Güterbeschaffung. Dieses doppelte Gewalteigentum wirkte noch auf höchster Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung als „Monopol“ nach.

Diesen Zusammenhang völlig verkennend sieht die Lehre von der „ursprünglichen Akkumulation“ ein kleines Volk von lauter freien Gleichberechtigten in einem weiten fruchtbaren Lande. Hier kann es in der Tat, wie TURGOR richtig erkannt und klar ausgesprochen hat, keine Lohnarbeiter geben, ehe nicht das Land völlig okkupiert ist. Solange dieser freie Zugang zum Lande besteht, kann aber auch kein Großgrundeigentum entstehen. Denn okkupieren wird der einzelne Ursiedler vom freien Lande noch nicht einmal soviel, als seiner und seiner Familie Arbeitskraft entspricht, sondern nur bis zum Maximum des Selbstbedarfes, da Produktionsüberschüsse in der marktlosen Zeit zwecklos, überdies dem Verderben ausgesetzt sind. Die Bildung eines dieses bescheidenen Maß übersteigenden Bodeneigentums ist also ausgeschlossen, solange freies Land noch verfügbar ist. Der Zustand aber,

in dem bei ungestörter „naturrechtlicher“ Aneignung alles Land okkupiert wäre, ist selbst heute und selbst in den dichtbesiedelten Kulturstaaten Westeuropas noch lange nicht erreicht. Die Zahl der landwirtschaftlich genutzten Hektare, dividiert durch die Zahl der im Hauptberuf landwirtschaftlichen Bevölkerung, ergibt überall eine Zahl, größer als die der in Urzeiten pro Kopf genutzten Ackerfläche. So kamen 1907 in Deutschland auf den Kopf rund 2 ha oder auf die 5köpfige Familie rund 10 ha = 40 Morgen. Die altgermanische Hufe umfaßte aber nur 30 Morgen. In der naturrechtlichen Spekulation fallen nun aber die nationalen Grenzen weg, da sie von freier Wanderung und Okkupation ausgeht. Es ist daher die Summe des überhaupt erreichbaren freien Landes durch die Zahl der überhaupt vorhandenen Bevölkerung zu dividieren. Dieser Quotient geht noch weit über das Maß einer bäuerlichen Nahrung hinaus. Noch nicht die Hälfte der Erde wäre dann okkupiert, selbst wenn alle Menschen Bauern wären. Die von TURGOT aus dem Naturrecht konstruierte Okkupation könnte daher selbst heute nicht zur Entstehung eines Großgrundeigentums und einer besitzlosen Arbeiterschaft führen. In Wirklichkeit kann das große Grundeigentum nur entstanden sein, weil aller erreichbare Boden durch eine rechtliche Machtposition nämlich den Staat gegen die wirtschaftliche „Okkupation“ der selbstwirtschaftenden Bauern gesperrt ward.

Diese Darstellung ist der Ausgang für alle weiteren Darstellungen und Ableitungen o. s. Denn wie die falsche Annahme von der „ursprünglichen Akkumulation“ nach ihm die Wurzel aller groben Irrtümer ist, in denen sich die Soziologie bis heute hilflos drehet, so ist die nach O. richtige Annahme für ihn die Wurzel, aus der sein ganzes System aufwächst.

Das ökonomische Mittel dient zur Güterbeschaffung da, wo das politische nicht anwendbar ist. Unentfaltetes ökonomisches Mittel ist die Arbeit, die der unmittelbaren Güterbeschaffung, der Tausch, der der mittelbaren dient. Entfaltetes ökonomisches Mittel ist die um einen Markt zentrierte Wirtschaftsgesellschaft. Von ihr, der höchsten Gestaltung des ökonomischen Triebes, handelt das II., „ökonomische Soziologie“ betitelte Buch. Sie ist überall da gegeben, wo mehrere Individuen sich zur gemeinsamen Beschaffung und Verwaltung kostender Dinge zusammenschließen und in Arbeitsteilung und -Vereinigung kooperieren. Ihre Entwicklung durch alle Stadien der Differenzierung und Integrierung wird als ein gewaltiger Entfaltungsprozeß vorgeführt. Größtmögliche Förderung der Kooperation muß das Ziel aller praktischen Ökonomik sein. Sie kann nur erfolgen durch Herstellung der vollen Rechtsgleichheit und Bürgerfreiheit und Beseitigung aller künstlichen Verkehrsschranken.

Als höherer Organismus besteht die Wirtschaftsgesellschaft aus Elementarorganen, die aber selten isoliert die Träger eigenen ökonomischen Lebens, in der Regel vielmehr zu wirtschaftlichen Gruppen zusammengefaßt sind und in dieser Form die „Organe“ des großen Supraorganismus bilden. Jene Elementarorgane sind die „ökonomischen Personen“, diese „Organe“ sind die kleineren Marktgesellschaften, aus denen die große Marktgesellschaft sich

zusammensetzt. Im „Aufbau der höheren Wirtschaftsgesellschaft“ werden daher die ökonomischen Personen — Individuen, Familie, Kollektivperson — abgehandelt, während das unmittelbar anschließende III. Buch, Sozialökonomik betitelt, die um einen Markt zentrierte Gesellschaftswirtschaft der entfalteten Wirtschaftsgesellschaft zum Gegenstande hat. In jedem seiner Abschnitte werden die Auswirkungen des ökonomischen Mittels streng von denen des politischen gesondert. Zu diesem Zwecke unterscheidet O. die reine von der politischen Ökonomie und Ökonomik. Die reine Ökonomie oder reine Wirtschaft ist eine Deduktion aus dem Prinzip des kleinsten Mittels, nämlich das Gedankenbild der Gesellschaftswirtschaft einer Wirtschaftsgesellschaft, die gedacht ist als entstanden und lebend ohne jede Einwirkung des politischen Mittels — das „rein gedachte“ ökonomische Mittel in seiner Entfaltung. In annähernder Reinheit hat sie nach O. im hohen Mittelalter Deutschlands, etwa von 1000 bis 1370, sodann in allen jungen Kolonien mit reichem fruchtbarem Lande, z. B. neuerdings in Neuseeland und Utah, bestanden. Die Lehre von ihr ist die reine Ökonomik. Die politische Ökonomie ist dagegen der Inbegriff der Gesellschaftswirtschaft aller historisch gegebenen Wirtschaftsgesellschaften. Die Wissenschaft von ihr ist die politische Ökonomik.

Die Sozialökonomik zerfällt in die Personalökonomik oder Lehre von der Personalwirtschaft, und die Nationalökonomik oder Lehre von der Marktwirtschaft. In jener werden die Objekte der Personalwirtschaft, die Werte untersucht. Als solche erscheinen die Arbeitskraft, die wirtschaftlichen Güter (Beschaffungs-, Verwaltungs- und Verwendungsgüter) und die gesellschaftlichen Machtpositionen, die sich in Rechte und Verhältnisse gliedern. Mittel der Beschaffung dieser Werte sind in der reinen Ökonomie: Arbeit, Tausch (Verkauf und Vermietung) und das Monopol. In der politischen Ökonomie tritt zu diesen ökonomischen Mitteln das politische hinzu, d. h. die unentgeltliche Aneignung. Das entfaltete politische Mittel umfaßt das öffentlich-rechtliche Klassenmonopol der Staatsverwaltung und das privatrechtliche des Gewalteeigentums. Das letztere ist primäres, d. h. gewaltsam okkupiertes, oder sekundäres, d. h. alles Großeigentum an Produktionsmitteln in einem Wirtschaftskreise, dessen gesamter Boden angeeignet ist. Das sekundäre umschließt also außer dem Bodeneigentum auch alles Kapital. Kapital und Kapitalprofit sind m. a. W. sekundäre Wirkungen der Bodenspernung. Wo das Klassenmonopolverhältnis zugleich mit politischer Freiheit und Freizügigkeit besteht, da muß die Arbeiterklasse sich den Besitzern von Boden und „Werkgut“ für einen Lohn anbieten, der den Anwendern ihrer Arbeitskraft einen Gesamtmehrwert läßt, dessen Größe sich bestimmt nach der Kraft, mit der das Monopolverhältnis auf die Arbeiter drückt. Dieser Monopoltribut fließt als Einkommen an die Besitzer solchen „rentierenden Sacheigentums“. Wer Großeigentum an unbeschafften Boden besitzt, bezieht ihn (mit einziger Ausnahme des „Grenzbodenbesitzers“, der nur den die Basis aller Profite bildenden Profit eines im Boden investierten Kapitals empfängt) als Grundrente. Wer Großeigentum an „beschafften Beschaffungsgütern“ besitzt, bezieht ihn als Kapitalprofit, sei es direkt als Unter-

nehmerprofit, sei es als mittelbaren Anteil im Zins des Kreditkapitals, dessen Darlehung die Unternehmung ergiebiger macht und daher durch Abtretung eines Teiles jenes Tributes vergolten wird. Denn die Freizügigkeit verteilt die Arbeiter über das gesamte Gebiet der Gesellschaft. Sie konkurrieren miteinander um die Beschäftigung bei jedem Mitglied der Oberklasse, das sie an seinem produktiven Eigentum beschäftigen kann und will, oder, wie SMITH sich ausdrückt, zwei Arbeiter laufen immer einem Meister nach.

In dieser Darstellung erscheint das Kapital als verhältnismäßig harmlos gegenüber dem „hinter den Kulissen als Regisseur des Dramas herrschenden Grundeigentum, das den weitaus größten Teil des Gesamtmehrwerts an sich zieht“. Immerhin ist es nach O. ein respektabler Faktor in der gegenwärtigen Wirtschaftsgesellschaft, ja der eigentliche Motor ihres Wachstums, während das Grundeigentum nichts anderes als ein gefräßiger Parasit ist, der die besten Säfte an sich saugt.

Das IV. Buch enthält eine scharfe Kritik der klassischen Distributions-theorien, nämlich der Lohnfondstheorie, des MALTHUSSchen Bevölkerungsgesetzes, der klassischen Grundrentenlehre usw., und läßt in einer sozialphilosophischen Ausleitung die Gedankenfolge der Gesamtdarstellung ausklingen.

Eine Kritik dieses von O. in großen, kühnen Zügen entworfenen und doch mit reichster, fein gegliederter Detaillierung und scharfsinniger Durchdringung des gesamten, gewaltigen Stoffkomplexes ausgebauten Systems müßte, auch nur versuchsweise unternommen, unter der Hand zu einem Bande anschwellen. Seine hier besonders interessierende Stellung zum Sozialismus ist zudem in meiner Besprechung seines neuesten Werkes „Der Sozialismus und die soziale Frage“ (in diesem „Archiv“ III, 536 ff.) bereits näher beleuchtet worden, wobei bemerkt wurde, daß das letztere sich zu dem hier vorliegenden Werke etwa wie der Quer- zum Längsschnitt verhält.

Auf sie kann daher, namentlich auch hinsichtlich der Monopollehre O.s, seines Lohnbestimmungsgesetzes und seiner Anschauung von dem infolge Zunahme der Landflucht und Steigens der Löhne zu erwartenden Zusammenbruch des Bodenmonopols und damit eintretenden Fortfall seiner schädlichen Wirkungen verwiesen werden. Von den Grundzügen der „reinen Wirtschaft“, der alsdann der Zukunft gehören soll, kann hier nur soviel gesagt werden, daß sie im Grunde nur ein von allen Auswüchsen dauernd befreiter, zu vollster und sicherster Wirksamkeit gesteigerter und systematisch ausgebauter ökonomischer Liberalismus ist. Privates Eigentum und private Haushaltungen wie auch die harmlosen Personalmonopole bestehen in ihr fort. Es gibt aber nur noch reines Arbeitseinkommen, wenn auch differenziert nach der Qualifikation des Arbeiters. Denn nur die Ausbeutung, nicht auch die Einkommensunterschiede sollen wegfallen. Mit letzteren bleibt auch der Sporn des berechtigten Selbstinteresses, der zur höchsten Leistung anfeuert, wirksam. Der Bürgerehrgeiz kann ihn nicht ersetzen, wie die Kollektivist, die schlechte Psychologen

sind, wähen. In der reinen Wirtschaft besteht volle Harmonie aller Organe: Produktion und Nachfrage decken sich stets, Einzel- und Gesamtinteresse laufen immer parallel, die Vorteile der steigenden Kooperation kommen allen arbeitenden Mitgliedern der Gesellschaft zugute, zwischen Produktion und Distribution gibt es keine groben Störungen aus wirtschaftlichen Ursachen, der Wohlstand der Gesellschaft wächst andauernd. Sie hebt sich mithin glänzend ab von der dunkeln Folie der bestehenden „pathologischen“ Wirtschaft, der politischen Ökonomie des Kapitalismus.

Ein großartiger Optimismus leuchtet aus allen Zügen dieses Bildes entgegen, ein unerschütterlicher Glaube an die Reinheit des Willens wie an die Stärke der Kraft der befreiten Menschheit. „Die freie Menschheit kann und wird diesen Planeten bewohnen als ein Geschlecht von Fürsten, die sich von den Elementen bedienen lassen.“ Das Glück dieser Zukunft wie die gegenwärtigen, vom Bodenmonopol verschuldeten Übel erscheinen beide aufs höchste gesteigert. Diesem hohen Idealismus paart sich, scheinbar unvermittelt, ein äußerst scharfsinniger Kritizismus und das besondere Geschick höchst kunstvoller Fügung der Materialien des hohen, weiträumigen Gedankenbaues zu einem einheitlichen, sinnreich und doch natürlich gegliederten, in allen Zügen klar und plastisch hervortretenden Ganzen. Es ist ein hoher Genuß, den Gedankenreihen O.s in ihrer Entwicklung von Stufe zu Stufe zu folgen, so lang auch ihr Weg sich hinzieht. Diese Eigenschaften sowie die Präzision und Reinheit des Stiles, die Anschaulichkeit und die auch da, wo die Phantasie mitwirkt, doch stets gezügelte Lebhaftigkeit der Darstellung machen es möglich, ein Werk solchen Umfangs und zugleich tiefen Gehaltes als ein einheitliches Ganzes zu erfassen, sich nicht in der Fülle seiner Gedankengänge zu verlieren, sondern in ihm emporzusteigen unter immer erweitertem Gesichtskreis bis zum beherrschenden Gipfel, der die weitumfassende Rundschau entfaltet.

Im einzelnen wird dabei freilich manches anfechtbar erscheinen. So, um nur einiges besonders Wichtige hervorzuheben, wenn O. das Arbeitsvermögen als Teil des Nationalvermögens ansieht, wodurch die unumgängliche Auseinanderhaltung der Persönlichkeit und der Güterwelt verwischt wird. Aus gleichem Grunde ist „Kauf von Arbeitskraft“ irreführend, da wohl deren Nutzung mit einer Ware verglichen werden kann, die Arbeitskraft selbst aber integrierender Teil der Persönlichkeit ist. Die grundsätzliche Ausschließung aller unwirtschaftlichen Handlungen aus der Ökonomik ist bedenklich, da z. B. der Raubbau bei der Bestellung überseeischen Bodens ein auf die Konkurrenz des überseeischen Getreides mit der Zeit erschwerend einwirkendes Moment von großer Bedeutung ist. Auch die völlige Umwälzung der Wertlehre ist geeignet, manche starken Zweifel und Einwendungen auszulösen. Daß endlich das Wachstum der „unproduktiven“ Staatsschulden (für Heer usw.) ein „Raubbau am Volkswohlstande“ sei, wird, zumal bei jeder neu eintretenden Kriegsgefahr, durch die Tatsachen hinlänglich widerlegt.

Als Ganzes aufgefaßt leidet O.s System der Ableitung aller wirtschaftlichen und sozialen Übel aus dem Großgrundeigentum unter dem Eindruck

starker Einseitigkeit. Gern wird man den streng wissenschaftlichen Charakter seiner Beweisführung anerkennen. Ist aber schon die Ableitung des gesamten enormen Komplexes aller Disharmonien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus einer einzigen — gleichviel welcher — Wurzel eine schier erdrückende Substantiierung der vor dem Forum der Wissenschaft erhobenen Klage auf Repatriierung des ökonomischen Liberalismus, so bedarf die Beweisführung O.s im einzelnen sehr exakter Nachprüfung, die in erster Linie dem Wirtschaftshistoriker zufallen dürfte. Denn die „Bodensperrung“ durch das Großgrundeigentum ist ein großer geschichtlicher Prozeß, dessen Verursachung, Verlauf und „Verumständung“ sehr viel eingehenderer Analyse bedürfen, als die gelegentliche Skizzierung durch O. sie bietet, und einer sorgfältigen Durchprüfung der in zwei früheren Werken O.s niedergelegten Belege, auf die er sich bezieht. Wieweit diese Nachprüfung ihm Recht geben wird, ist nicht vorauszusagen. Daß sie es nicht schlangweg tun wird, kann als sicher gelten. Es sei dafür auf folgendes hingewiesen. Im hohen Mittelalter, etwa von 1000 bis 1370, soll nach O. die „reine Wirtschaft“ in Deutschland „in allen charakteristischen Erscheinungen“ bestanden, dann aber eine neue politische Okkupation und zugleich eine kapitalistische Wirtschaft eingesetzt haben, indem bei fortbestehender Freizügigkeit das seit etwa 1000 verschwundene Klassenmonopolverhältnis neu begründet wurde durch Sperrung allen freien Bodens östlich der Elbe im Kolonisationsgebiet und in den Slavenländern seitens des Grundadels. Bis zum Verfall der „Grundherrschaft“ und der Entfaltung des Rittergutes soll diese nahezu „reine Wirtschaft“ bestanden haben. Indessen gerade die „Grundherrschaft“ ist die Zeit größter „Sperrung“ des Bodens durch das in eben dieser Form sich bildende Großgrundeigentum. Die „Grundherrschaft“ wird z. B. von KÖTZSCHKE („Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert“, S. 58) definiert als ein „Komplex von Rechten, die auf der rechtlichen Verfügungsgewalt über Grund und Boden, welcher nicht der eigenen Sondernutzung vorbehalten war (!), beruhten. Ferner fällt die Hauptzeit der Grundherrschaft nicht mit dem von O. angegebenen Zeitraum zusammen, sondern umfaßt das VII.—XII., ihre Blüte das X. und XI. Jahrhundert. Obwohl sonach Bodensperrung darstellend, ist die Grundherrschaft aber doch nicht bloß Entfaltung des „politischen Mittels“, sondern zugleich auch das „ökonomische Mittel“ der Erschließung des Bodens zu erstmaliger oder zu höherer Kultur mit der jener Zeit dafür zur Verfügung stehenden und daher ihr gemäßen Kräften und Mitteln. „Die der grundherrlichen Organisation des früheren Mittelalters eigene Verbindung von Herrschaft und Freiheit, führt KÖTZSCHKE (a. a. O. S. 65) aus, machte es möglich, daß kraft herrschaftlicher Einrichtungen manch wirtschaftlicher Fortschritt durchgeführt zu werden vermochte und auch die landarbeitende Bevölkerung bei dem ihr gewährten Maße wirtschaftlicher Selbständigkeit Anteil daran gewann, ja daß sich schon die Keime einer über jene Wirtschaftsepoche hinausführenden Entwicklung — — entfalten konnten . . . Somit gewann die Grundherrschaft große Bedeutung für die Herausgestaltung eines neuen Zustandes nicht mehr rein ländlicher Wirtschaftskultur. Zugleich aber stützte sie in ihrer Weise die Landes-

verteidigung und staatliche Verwaltung ihrer Zeit und verwendete reiche Überschüsse für erhabene Zwecke der Kunst und des höheren Geisteslebens.“

Anderseits hatte der Verfall der Grundherrschaft eine Bauernbefreiung in Form von Frondebeseitigung, Freikauf und selbst Freilassung von Hörigen zur Folge, die sich vielfach als verhängnisvoll für die ländliche Bevölkerung erwies, ähnlich wie die spätere Bauernbefreiung durch die STEIN-HARDENBERGSche Agrarreform. Die freigewordenen Bauern konnten sich, dieser Freiheit ungewohnt, wirtschaftlich nicht halten und ließen sich auskaufen. Oft erfolgte die Freilassung, weil der Herr sich die volle Verfügung über sein Gut wieder sichern wollte. „So stellt sich die Form der Bauernbefreiung, die leicht als die vollkommenste erscheinen könnte, in der harten Wirklichkeit des XII. und XIII. Jahrhunderts als ungünstig für die davon Betroffenen, mit der Freiheit Beschenkten heraus (KÖTZSCHKE, S. 108). Das hatte wiederum eine größere Ungleichmäßigkeit der Besitzverhältnisse zur Folge: Teilung und Zersplitterung der Hufen, Vermehrung der kleinen, mit nur geringem Grundbesitz ausgestatteten ländlichen Anwesen, schärfere Sonderung der Besitzklassen. „So gab es also einerseits ein behäbiges Bauerntum, eine bäuerliche Aristokratie, anderseits eine Menge wirtschaftlich ungünstig dastehender Kleinstellenbesitzer“ (S. 109). Diese Nachteile traten neben die großen Vorteile des Verfalls der Grundherrschaft für die Bauern: die größere wirtschaftliche Freiheit und den Genuß der steigenden Grundrente wegen Festwerdens der Grundabgaben. Sie fallen daher störend mitten in die von O. gerühmte Periode der „reinen Wirtschaft“.

Was aber den deutschen Osten betrifft, so sei verwiesen auf ein Urteil DIETRICH SCHÄFERS („Unser Recht auf die Ostmarken“, 1911). Nichts sei falscher und ungerechter, so führt er aus, als die verbreitete Annahme, daß wir die dortigen kolonialen Erfolge allein roher Kriegerkraft und angeborener Räuberlust verdanken. „Nicht das Schwert des Ritters, sondern der Pflug des Bauern eroberte das Land. So hat es ein Forscher auf dem Gebiete unserer mittelalterlichen Kolonialgeschichte zusammengefaßt und damit in der Hauptsache das Richtige getroffen.“ „Der ganze Hergang, wie er sich besonders von der Mitte des XII. bis zum Ende des XIII. und hinein ins XIV. Jahrhundert abspielte, ist in seinem Hauptverlauf ein durchaus friedlicher. Die Siedler sind gekommen auf Wunsch der Landesherrn, und die erdrückende Mehrzahl von ihnen hat den Boden, den sie dann bebauete, aus der grünen Wurzel herausgerodet.“ Diese Darstellung schmeckt nicht nach dem politischen, sondern rein nach dem ökonomischen Mittel. Und bei KÖTZSCHKE heißt es: „Eigentliche Latifundien sind im Verlaufe der ostdeutschen Kolonisation nicht entstanden.“

An diesen Beispielen soll nur gezeigt sein, daß vornehmlich die wirtschaftshistorische Kritik die geschichtlichen Tatsachen zu prüfen haben wird, welche für O. die Prämisse seiner Schlußfolgerungen bilden. Von vornherein weit günstiger steht für ihn dagegen die Frage der Ersatzzufuhr von ausländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeitern. Von wohlunter-

richteter Seite wird darüber in einem O.'s tatsächliche Ausführungen durchaus bestätigenden Sinne berichtet.

Alles in allem genommen ist O.'s Buch in höchstem Maße geeignet, eine gründliche wissenschaftliche Diskussion über die von ihm angeregten Hauptfragen in die Wege zu leiten; ja, es fordert eine solche geradezu heraus. Aber auch abgesehen von dieser bedeutenden Wirkungskraft ist es das von jeder konventionellen Behandlung des gewaltigen ökonomisch-soziologischen Stoffkomplexes völlig freie Werk eines eigene Wege wandelnden, scharfen und klaren Forschers, der im sicheren Gefühle seines festen Besitzes an erkämpfter Erkenntnis diesen dem wissenschaftlichen Forum unterbreitet. Wie dieses auch entscheiden mag, O.'s Werk hat jedenfalls das Verdienst, eine Fülle neuen und eigenartigen Lichtes über weite Gebiete der sozial-ökonomischen Wissenschaft zu verbreiten und eine Reihe schwierigster Probleme der Lösung näher zu führen.

Marburg a. d. Lahn.

H. KÖPPE.

ERNST HEILMANN, Geschichte der Arbeiterbewegung in Chemnitz und dem Erzgebirge. Chemnitz, Verlag d. sozialdem. Vereins für d. 16. sächs. Reichstagswahlkreis (MAX MÜLLER) o. J. (1912). 8°. 310 S. Mit vielen Illustrat. (3 M.)

Diese Schrift gräbt nicht so tief, wie LAUFENBERGS (in diesem „Archiv“ III, 317/19 besprochene) Geschichte der Hamburgischen Arbeiterbewegung. Sie ist zur Begrüßung des sozialdemokratischen Parteitag verfaßt worden, der im Herbst 1912 zu Chemnitz tagte, und der Verf. sagt selbst, daß ihm nur die knappe Zeit von drei Monaten zur Verfügung gestanden habe, um sie abzufassen.

Gleichwohl ist sie mehr als eine bloße Gelegenheitsschrift. Als geistiger Leiter der Chemnitzer Volksstimme ist H. mit den erzgebirgischen Arbeiterzuständen seit Jahren wohl vertraut, so daß er in dieser Beziehung umfassender Vorarbeiten überhoben war. Seiner Arbeit fehlt deshalb keineswegs der geschichtliche Unterbau, der sie über den Rang einer örtlichen Chronik erhebt.

Nicht ganz so früh, aber doch auch nicht viel später als das bergisch-märkische Industrie- und das niederelbische Städtegebiet ist Chemnitz und seine Umgebung in die moderne Arbeiterbewegung getreten. Die beiden einzigen Arbeiterkandidaten, die schon bei den konstituierenden Wahlen zum Norddeutschen Reichstage im Frühjahr 1867 siegten, BEBEL und SCHIRAPS, kamen, wenn nicht aus Chemnitz selbst, so doch aus seiner Umgebung, aus Glauchau-Meerane und Zwickau. Sie behaupteten ihre Mandate bei den Wahlen, die im Herbst desselben Jahres zum ersten und, wie sich alsbald zeigen sollte, einzigen ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes stattfanden, und dazu gewann ihr Gesinnungs- und Kampfgenosse LIEB-

KNECHT den Wahlkreis Schneeberg, während in Chemnitz selbst nun auch schon der Arbeiterkandidat FÖRSTERLING siegte. Wie Chemnitz und seine Umgebung der Sozialdemokratie in erster Reihe zu ihrer ersten parlamentarischen Vertretung halfen, so ist es lange Zeit dabei geblieben, daß sie einen großen Teil, vielfach die Hälfte der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestellt haben. Und doch hat es nicht minder lange gedauert, etwa bis zum Anfange dieses Jahrhunderts, bis Chemnitz und das Erzgebirge an organisatorischer Kraft die Hochburgen der sozialdemokratischen Partei eingeholt haben und auch jetzt noch nicht ohne empfindliche Nackenschläge, wie bei den Reichstagswahlen von 1907.

Will man dieser Erscheinung auf den Grund gehen, so gibt schon ein Blick auf die siegreichen Arbeiterkandidaten von 1867 die ersten Fingerzeige. BEBEL, LIEBKNECHT und SCHRAPS waren zwar Arbeiterkandidaten, aber Anhänger der Sächsischen Volkspartei, einer radikal demokratischen, jedoch noch nicht ausgesprochen sozialdemokratischen Partei; ihr Sieg erklärte sich aus den revolutionären Überlieferungen des Erzgebirges, die wachgehalten und immer wieder erfrischt wurden durch den entsetzlichen Todeskampf der Hausindustrie mit der Maschinenarbeit, wie er sich gerade damals in Glauchau-Meerane und den Nachbarkreisen vollzog. Dagegen war FÖRSTERLING bereits ausgesprochener Sozialdemokrat, allein ein Anhänger der Sekte, die die Gräfin HATZFELDT gestiftet hatte. Diese Sekte kam der preußischen Annexionspolitik ebenso entgegen, wie die Sächsische Volkspartei ihr widerstrebte, und ihr krampfhaftes Festhalten an dem ehernen Lohngesetz in der Fassung LASSALLES verleidete ihr Arbeitseinstellungen und Gewerkschaftsorganisationen, die durchaus auf den Wegen der Sächsischen Volkspartei lagen.

Einen tieferen Einblick in diese Zusammenhänge gewährt die ökonomische Struktur des Chemnitzer Industriegebietes. Es handelt sich wesentlich um zwei Industrien: Textilindustrie und Maschinenbau. Die Weberbevölkerung bot zunächst den günstigsten Boden für die sozialdemokratische Agitation. In der Textilindustrie, wo binnen weniger Jahre Tausende von Handwebestühlen stillgesetzt wurden — in Glauchau-Meerane schrumpften sie von 1863 bis 1880 von etwa 30 000 auf etwa 3 000 zusammen —, zeigte sich die Macht des Großbetriebes und die revolutionierende Wirkung des Kapitalismus am greifbarsten. Aber neben der aufrüttelnden machte sich auch eine niederziehende Tendenz geltend. Namentlich Chemnitz litt unter dem Zuzug aus dem erzgebirgisch-böhmischen Hinterlande, wo über alle Maßen elende Lebensverhältnisse bestanden; die Scharen, die von daher nach Chemnitz kamen, brachten die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ mit und hinderten das Chemnitzer Proletariat, um die Verbesserung seiner Lebenshaltung zu kämpfen. Sobald ihnen sozialistische Erkenntnis aufdämmerte, war es natürlich, daß sie sich vor allem an das eherne Lohngesetz LASSALLES klammerten. Die nationale Frage trat um so mehr in den Hintergrund, als darin hüben und drüben gesündigt wurde. Mutete doch LIEBKNECHT bei den Stichwahlen im Frühjahr 1867 seinen Wählern in Schneeberg zu — H. teilt die Briefe wörtlich mit —, lieber für einen hartgesottenen Reaktionär von sächsischem Par-

tikularisten, als für einen alten Kameraden ROBERT BLUMS und immer noch entschiedenen Fortschrittler zu stimmen, nur weil dieser den Norddeutschen Bund als gegebene historische Tatsache anerkannte.

Anders wie um die Weber stand es um die Maschinenbauer. Wohl waren im Maschinenbau die Betriebe von vornherein massiger, und das angelegte Kapital stand organisch auf einer höheren Stufe. Aber die Metallgroßindustrie trat nicht so sehr an die Stelle vernichteter Eigen- und Kleinbetriebe, weil sie in weitem Umfange Arten der Metallbearbeitung einfuhrte, die man vorher nicht gekannt hatte. Damit fehlte der heftigste und unmittelbarste Antrieb zum Kampfe gegen das Kapital. Wie sich schon bei LASSALLES Lebzeiten die Wochenschrift des Nationalvereins damit tröstete, daß nur rückständige Zunftgesellen, nicht aber moderne Fabrikarbeiter auf seine Stimme hörten, so ist seitdem durch eine Reihe von Einzeluntersuchungen für Hamburg, Hanau, Offenbach usw. nachgewiesen worden, daß die Agitation LASSALLES in das moderne Proletariat der großen Industrie viel langsamer eindrang, als in die untergehenden Handwerkerschichten. Von Berlin war es ohnehin längst bekannt, daß die Maschinenbauer von allen Arbeiterschichten dem proletarischen Emanzipationskampfe den längsten und zähesten Widerstand entgegengesetzt haben.

Ähnlich in Chemnitz. Aber hier kam noch ein Umstand hinzu, der das sächsische Manchester unvorteilhaft von allen deutschen Industriezentren auszeichnete: das war die gewissenlose Rücksichtslosigkeit, womit die ganz ungebildeten Emporkömmlinge von Fabrikanten die aufkeimende Arbeiterbewegung unterdrückten. Keine Stadt in Deutschland stand unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer so niedrigen Kulturstufe wie Chemnitz; unter den mannigfachen Zeugnissen für diese Tatsache sei nur ein ganz unverdächtiges hervorgehoben. Der Handelskammersekretär ERAS — es ist derselbe, der später die Kathedersozialisten mit dem netten Verslein ansang: Zum BEBEL und zum LIEBKNECHT fehlt ihnen nur der Mut — redigierte im Jahre 1865 eine Industriezeitung in Chemnitz, stand also mitten im wirtschaftlichen Getriebe der Stadt, wußte aber nicht genug über den Kastengeist, die Rohheit und die Unbildung der dortigen Fabrikanten zu klagen; für einen geistig regsamen Menschen sei — so meinte er — Chemnitz das elendeste Nest im ganzen Deutschland. Die Chemnitzer Unternehmer — und im Bunde mit ihnen die Polizei — sind vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um jeden noch so schüchternen Versuch der Arbeiter, sich zu organisieren, schon im Keime zu ersticken; noch in diesem Jahrhundert sind Arbeiter sofort entlassen worden, weil sie — natürlich unorganisiert — bei ihren Kameraden Unterschriften gesammelt hatten, mit denen sie um eine Aufbesserung der Löhne bitten wollten.

Alle diese Umstände haben zusammengewirkt, um der organisatorischen Entwicklung der Arbeiterklasse in Chemnitz und dem Erzgebirge einen unregelmäßigen und unruhigen Gang zu verleihen. Es ist bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts ein fortwährendes Hinauf und Hinab, ein rasches Anschwellen und ein ebenso rasches Abflauen. Man kann sich keine größeren

Gegensätze denken, als die beiden Männer, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nacheinander an der Spitze der Chemnitzer Arbeiterbewegung standen: JOHANN MOST und JULIUS VAHLTEICH. MOST, in seinen jüngeren Jahren ein Agitator von hinreißendem Feuer und unermüdlicher Ausdauer, aber von so ungestümem Tatendrange, daß er nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes sich bekanntlich in den wildesten Anarchismus verlor; VAHLTEICH ein bedächtiger, kühler Zweifler, der noch vor einigen Jahren eine Schrift über oder richtiger gegen LASSALLE veröffentlichte, um zu beweisen, daß Charaktere wie LASSALLE für jede Arbeiterbewegung eine Gefahr seien, vor der niemals genug gewarnt werden könne. Beide, MOST wie VAHLTEICH, haben sich denn auch gegenseitig beschuldigt, die Chemnitzer Arbeiterbewegung verwüstet zu haben, während sie tatsächlich nur die Träger und Vorkämpfer von Tendenzen waren, die in der Bewegung selbst miteinander rangen.

In der Schilderung der inneren Parteikämpfe beweist H. eine anerkennenswerte Unparteilichkeit; wie alle Forscher, die sich nach wissenschaftlichen Grundsätzen mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie beschäftigt haben, verzichtet er auf die Legende von SCHWEITZERS zweideutiger Augenblickspolitik oder gar Bestechlichkeit. Ein gewisser Lokalpatriotismus ist natürlich von einer Fest- und Jubelschrift dieser Art untrennbar, doch macht er sich nirgends in aufdringlicher Weise breit, und in den Kapiteln, die die sozialistengesetzliche Zeit behandeln, ist das Eingehen ins einzelne und einzelste sogar notwendig und nützlich.

Auch in der Form ist die Darstellung durchaus zu loben.

Berlin-Steglitz.

FRANZ MEHRING.

ROSA LUXEMBURG, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1913. gr. 8°. VIII—446 S. (geh. 6, geb. 8 M.).

Obgleich das Buch erst wenige Monate alt ist, hat es doch schon seine Geschichte und eine recht bewegte dazu. Vom marxistischen Gesichtspunkte aus geschrieben, ist es innerhalb der marxistischen Kreise der Gegenstand der lebhaftesten Erörterungen geworden. Während die einen es als eine völlig mißlungene Arbeit zurückweisen, ja als eine wertlose Kompilation brandmarken, sehen die andern in ihm die bedeutendste Erscheinung der sozialistischen Literatur, seitdem MARX und ENGELS selbst die Feder aus der Hand gelegt haben.

Ref. gehört durchaus zu der zweiten Gruppe. Er sieht in dieser Schrift ein Werk, das am ehesten sich an Fülle der Kenntnisse, Glanz der Sprache, logischer Schärfe der Untersuchung und Unabhängigkeit der Denkarbeit neben die wissenschaftlichen Werke von MARX und ENGELS stellen kann. Doch hält er es an dieser Stelle nur für seine Aufgabe, über den Stand des Streites

zu berichten, indem er die Verf. und ihren namhaftesten Widersacher, jeden möglichst mit eigenen Worten, sprechen läßt.

Das Buch behandelt ein altes Problem der politischen Ökonomie, das seit hundert Jahren aufs Vielfachste und Vielseitigste in Frankreich, England, Deutschland und Rußland erörtert worden ist. Wie vollzieht sich die Akkumulation und erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals?

Weder die einfache noch die erweiterte Reproduktion ist eine Eigentümlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Die eine wie die andere findet in jeder menschlichen Gesellschaft statt, sobald die Beherrschung der Natur durch die Menschen eine Höhe erreicht hat, die einen regelmäßigen Kreislauf von Produktion und Konsumtion gestattet. Sobald eine Produktionsperiode abgelaufen ist, müssen Rohstoffe, Werkzeuge, Arbeitskräfte da sein, um eine neue Produktionsperiode zu beginnen. Und diese neue Produktionsperiode muß sich auf erweiterter Stufenleiter vollziehen, wenn anders eine geschichtliche Entwicklung stattfinden soll.

In der kapitalistischen Gesellschaft nehmen einfache und erweiterte Reproduktion aber eine besondere Form an. In ihr findet überhaupt keine planmäßige Produktion für gesellschaftliche Zwecke statt, sondern zahllose Individuen produzieren auf eigene Faust, nicht um die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um Mehrwert zu erzielen. Die Erzeugung von Mehrwert ist die treibende Kraft der kapitalistischen Produktionsweise. Der einzelne Kapitalist wirft ein bestimmtes Kapital in den Kreislauf des Produktionsprozesses, um Mehrwert zu gewinnen. Den Mehrwert selbst verwendet er teils für die Befriedigung seiner Bedürfnisse, teils schlägt er ihn zu seinem Kapital, um in größerem Umfange Mehrwert zu produzieren. Das ist keineswegs in sein Belieben gestellt, sondern es handelt sich dabei um seine ganze Existenz. In dem allgemeinen Konkurrenzkampfe der einzelnen Produzenten kann er sich nur durch stete Erweiterung seiner Produktion oben erhalten: ein Stillstand wäre für ihn der wirtschaftliche Tod.

So vollzieht sich die Akkumulation des Kapitals, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage der erweiterten Reproduktion bildet und insoweit besteht kein Streit, wenigstens unter den Marxisten nicht. Aber nun entsteht die Frage: Wo sind die Käufer für den akkumulierten Mehrwert? Denn so wenig die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Zweck der kapitalistischen Produktion ist, so sehr ist sie doch ihre Voraussetzung. Der kapitalisierte Teil des Mehrwerts besteht zunächst in Waren, die verkauft, versilbert werden müssen, wenn er in den Kreislauf des Produktionsprozesses geworfen werden soll. Unter dem Gesichtspunkt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals kann weder die Kapitalisten- noch die Arbeiterklasse die notwendigen Käufer stellen. Die Kapitalistenklasse nicht, denn sie will ja eben diesen Teil des Mehrwertes nicht konsumieren, sondern kapitalisieren. Die Arbeiterklasse nicht, weil sie als solche — wenn auch in der Ware, die der einzelne Arbeiter vom Kapitalisten kauft, ein Teil des Mehrwertes versilbert werden mag — doch keinen Pfennig mehr in die Taschen des Kapi-

talisten zurückfließen lassen kann, als im günstigsten Falle die Löhne, die ihr von den Kapitalisten aus deren Kapital vorgeschossen worden sind.

Man hat die Frage durch den Hinweis auf die Menge „dritter Personen“ lösen wollen, auf die Bevölkerungsschichten, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft neben Kapitalisten und Proletariern finden: die liberalen Berufe, Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, die Kirche mit ihren Dienern, den Staat mit seinen Beamten und Soldaten: „König, Pfaff, Professor, Hure, Kriegsknecht“, wie MARX, der diesen Einwand schon selbst abgetan hat, in seiner drastischen Weise sagt. Alle diese Bevölkerungsschichten können die Nachfrage nicht stellen, die zur Erweiterung der Produktion notwendig ist, einfach deshalb nicht, weil sie selbst von der kapitalistischen Gesellschaft ernährt werden: sie sind Mitverzehrter, sei es des Mehrwertes, sei es des Arbeitslohnes. Und auch der Hinweis auf den auswärtigen Handel beantwortet die Frage nicht, sondern verschiebt sie nur von einem ins andere Land.

Seit einem Jahrhundert hat dies schwierige Problem die politische Ökonomie beschäftigt, was die Verf. im zweiten Abschnitt ihres Buches ebenso anschaulich wie anziehend schildert: die Waffengänge in Frankreich und England zwischen SISMONDI-RICARDO und den Ricardianern, in Deutschland zwischen ROBBERTUS-KIRCHMANN, in Rußland zwischen den „Volks-tümlern“ WORONZOW und NICOLAJ-ON auf der einen, den „legalen Marxisten“ STRUVE, BULGAKOW und TUGAN-BARANOWSKI auf der andern Seite. Sie selbst knüpft ihre Untersuchung im ersten Abschnitt ihres Buches an die Lösung an, die MARX gefunden zu haben glaubte.

Um das Problem in seiner Reinheit zu erfassen, ging MARX von der Unterstellung aus, daß die kapitalistische Produktionsweise allein und ausschließlich auf der Erde herrsche, und demgemäß die einzigen Vertreter der gesellschaftlichen Konsumtion die Kapitalisten und die Arbeiter seien. MARX schied nun die kapitalistische Produktion in zwei Teile: die Erzeugung von Produktionsmitteln und die Erzeugung von Konsumtionsgütern, und suchte durch mathematische Schemata nachzuweisen, daß die Reproduktion des Kapitals sich vollziehen könne, wenn zwischen den beiden Produktionszweigen bestimmte Quantitätsbeziehungen beständen. Sie würden hergestellt durch die Krisen, die MARX nicht als die Folgen zufälliger Mißverhältnisse in der Produktion, sondern als unvermeidliche Phasen in der Reproduktion des Kapitals auffaßte, weil nur durch sie die notwendigen Größenbeziehungen zwischen den beiden Zweigen der gesellschaftlichen Produktion hergestellt werden könnten. Es ist jedoch zu bemerken, daß die Abschnitte im zweiten Bande des Kapitals, die sich mit dieser Frage beschäftigen, nur aus Bruchstücken bestehen, aus Ansätzen zur Selbstverständigung, aus Entwürfen, die MARX selbst schon als der Durcharbeitung „dringend bedürftig“ bezeichnet hat.

Die Verf. weist nun eingehend nach, daß MARX in der Tat nicht die Schwierigkeit des Problems bewältigt hat. Gegen MARXENS Schemata wendet sie ein, daß, was mathematisch richtig sein möge, deshalb noch nicht ökonomisch richtig zu sein brauche. Nicht auf mathematische Gleichungen, die auf dem geduldigen Papier zu erstaunlich glatten Ergebnissen führen könnten,

käme es an, sondern auf die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich die Akkumulation des Kapitals vollzöge. Die Verf. behauptet, daß die Frage, so wie sie MARX stelle, überhaupt nicht zu lösen sei. Unter der Voraussetzung, daß die kapitalistische Produktionsweise überall herrsche und die kapitalistische Gesellschaft in zwei schroff geschiedene Klassen spalte, in Lohnarbeiter, die Mehrwert produzieren, und in Kapitalisten, die Mehrwert aneignen, sei der Kapitalismus unmöglich. Als alleinherrschende Wirtschaftsform sei er undenkbar, weil ihm die Möglichkeit fehlen würde, den in Produkten enthaltenen Mehrwert zu versilbern.

Die Lösung des Problems, die die Verf. gefunden zu haben glaubt — im Widerspruch mit einem einzelnen Kapitel bei MARX, aber im Einklang mit allen übrigen Teilen seiner Lehre, sowie mit der historischen Entwicklung und der täglichen Erfahrung der kapitalistischen Produktionsweise —, liegt in dem dialektischen Widerspruch, daß die kapitalistische Akkumulation zu ihrer Bewegung nichtkapitalistischer Formationen als ihrer Umgebung bedürfe, im ständigen Stoffwechsel mit ihnen fortschreite, und nur so lange existieren könne, als sie diese Umwelt vorfinde. Die Existenz nichtkapitalistischer Abnehmer des Mehrwerts sei direkte Grundbedingung für das Kapital und seine Akkumulation; als geschichtlicher Prozeß sei diese Akkumulation in allen ihren Beziehungen auf nichtkapitalistische Gesellschaftsformen und Gesellschaftsschichten angewiesen.

Den Beweis ihrer Sätze schöpft die Verf. aus der Geschichte im dritten Abschnitt ihres Buches. Sie unterscheidet drei Phasen: den Kampf des Kapitals mit der Naturalwirtschaft, den Kampf des Kapitals mit der Warenwirtschaft und den Konkurrenzkampf des Kapitals auf der Weltbühne um die Reste der Akkumulationsbedingungen. An den Schicksalen Indiens, Algiers, Ägyptens, Amerikas, Chinas wird nachgewiesen, wie die kapitalistische Akkumulation sich immer weiteren Spielraum schafft und ihren inneren Lebensbedingungen nach schaffen muß, indem sie nichtkapitalistische Gesellschaftsformen niederbricht, gewaltsam zerstört oder durch die Einfuhr von Waren, durch Schuldenwirtschaft, durch Errichtung von Fabriken zersetzt, damit aber ihr eigenes Grab schaufelt.

Die dritte Phase ist die geschichtliche Periode des Imperialismus. Ihre besonderen Operationen sind: auswärtige Anleihen, Eisenbahnbauten, Revolutionen und Kriege. Das letzte Jahrzehnt, 1900 bis 1910, kennzeichnet besonders die imperialistische Weltbewegung des Kapitalismus, namentlich in Asien und in den an Asien angrenzenden Teilen Europas: Rußland, Türkei, Persien, Japan, sowie in Nordafrika. Die Verf. faßt sich dahin zusammen: „Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus. Geographisch umfaßt dies Milieu heute noch die weitesten Gebiete der Erde. Gemessen jedoch an der gewaltigen Masse des bereits akkumulierten Kapitals der alten kapitalistischen Länder, das um die Absatzmöglichkeiten für sein Mehrprodukt, wie um die Kapitalisierungsmöglichkeiten für seinen Mehrwert ringt, gemessen

ferner an der Rapidität, mit der heute Gebiete vorkapitalistischer Kulturen in kapitalistische verwandelt werden, mit andern Worten: gemessen an dem bereits erreichten hohen Grad der Entfaltung der Produktivkräfte, des Kapitals, erscheint das seiner Expansion noch verbleibende Feld als ein geringer Rest. Demgemäß gestaltet sich das internationale Vorgehen des Kapitals auf der Weltbühne. Bei der hohen Entwicklung und der immer heftigeren Konkurrenz der kapitalistischen Länder um die Erwerbung nichtkapitalistischer Gebiete nimmt der Imperialismus an Energie und Gewalttätigkeit zu, sowohl in seinem aggressiven Vorgehen gegen die nichtkapitalistische Welt, wie in der Verschärfung der Gegensätze zwischen den konkurrierenden kapitalistischen Ländern. Je gewaltiger, energischer und gründlicher der Imperialismus aber den Untergang nichtkapitalistischer Kulturen besorgt, um so rascher entzieht er der Kapitalakkumulation den Boden unter den Füßen. Der Imperialismus ist ebenso sehr eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals, wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen. Damit ist nicht gesagt, daß dieser Endpunkt pedantisch erreicht werden muß. Schon die Tendenz zu diesem Endziel der kapitalistischen Entwicklung äußert sich in Formen, die die Schlußphase des Kapitalismus zu einer Periode der Katastrophen gestalten.“

So die leitenden Gedanken des Buches, selbstverständlich nur in ihren allgemeinsten Umrissen. Die Anfechtungen, die es gefunden hat, sind zum großen Teil gerade vom marxistischen Standpunkt aus hinfällig. Wenn der Verf. eingewandt worden ist, der Imperialismus sei keine innere Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, sondern eine zufällige Tatsache, so wird damit die marxistische Weltanschauung überhaupt verworfen. Umgekehrt geht man zwar vom marxistischen Standpunkte aus, wenn man bestreitet, daß die kapitalistische Maschine arbeiten werde, bis der letzte Kleinbürger und der letzte Bauer in Lohnarbeiter verwandelt seien, um dann plötzlich stille zu stehen, aber das oben angeführte wörtliche Zitat beweist schon, wie weit entfernt die Verf. von dieser automatisch-mechanischen oder, wie sie selbst sagt, pedantischen Anschauung entfernt ist. Der heißeste Kampf ist dann um die Schemata von MARX entbrannt, die durchaus und durchum richtig gerechnet sein sollen. Dem mag so sein oder nicht so sein, aber der Streit geht ja eben darum, ob die mathematischen Gleichungen, selbst wenn sie auf dem Papier vollkommen stimmen, ein getreues Bild der ökonomischen Möglichkeit und Wirklichkeit geben.

Unter den marxistischen Gegnern des Buches hat OTTO BAUER (Wien) am ruhigsten und sachlichsten geurteilt (in der „Neuen Zeit“ vom 7. u. 14. III. 1913). Er gibt zu, daß die Schemata von MARX nicht frei von Widersprüchen seien und entwirft deren neue, begnügt sich aber nicht mit dieser mühsamen Rechnerei, sondern sucht darzulegen, daß sich die Akkumulation des Kapitals auch in der isolierten kapitalistischen Gesellschaft ohne Störung vollziehen könne, sofern sie nur in einem bestimmten Größenverhältnis bleibe, einerseits zum Wachstum der Bevölkerung, andererseits zur Entwicklung der

Produktivkraft, die sich in dem Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals ausdrücke. Allerdings treibe die Entwicklung die Akkumulation immer wieder über diese Grenze hinaus, aber sie werde immer wieder in ihre Grenze zurückgeführt durch die periodischen Krisen, in deren Gefolge Arbeitslosigkeit, Lohndruck, steigendes Massenelend, wachsende Erbitterung und Empörung der Arbeitermassen einhergehen.

Die Erklärung des Imperialismus durch die Verf. hält OTTO BAUER demgemäß für falsch, erkennt ihr aber doch einen echten Kern zu. Der Imperialismus sei zwar kein Mittel, die Akkumulation des Kapitals überhaupt zu ermöglichen, aber doch ein Mittel, ihre Grenzen weiter zu spannen und die Überwindung der Krisen zu erleichtern, die periodisch aus der Überakkumulation entstehen. Dies Streben sei in der Tat eine Wurzel des Imperialismus, wenn auch nicht seine einzige. Zum Schluß erhebt dann OTTO BAUER freilich auch den — unberechtigten — Vorwurf einer „mechanischen“ Auffassung gegen das Buch, das hier angezeigt wird.

Es wird nunmehr abzuwarten sein, was die Verf. in der besonderen Schrift, die sie ihrerseits angekündigt hat, ihren Kritikern zu antworten haben wird.

Berlin-Steglitz.

FRANZ MEHRING.

DAVID KOIGEN, Die Kultur der Demokratie. Vom Geiste des volkstümlichen Humanismus und vom Geiste der Zeit. Jena, Diederichs 1912. 307 S. (5 Mk.)

In diesem von EDUARD BERNSTEIN eingeleiteten Werke wird der Versuch gemacht, eine Philosophie der Demokratie zu entwickeln; sie erscheint unter dem Gesichtswinkel des Kulturproblems. Hierbei faßt der Autor den Begriff der Demokratie nicht als eine geschichtliche oder staatsrechtliche Erscheinung, sondern als eine bestimmte Auffassung der Beziehungen von Mensch zu Mensch, ja von Mensch zu Gott. Es soll der demokratische Gedanke in seinem ganzen Umfange entwickelt werden, nicht dessen zufällige historische Erscheinungen. Der allgemeine Name „volkstümlicher Humanismus“ charakterisiert am besten das demokratische Denken. Auf S. 123 bemerkt der Verf.: „Eine fingierte Demokratie auf den eigenen Lebenspfaden, dies war es, was ich anstrebte“.

Das I. Hauptstück des Werkes führt den Titel: Die Demokratie und die Humanität. Hier wird ausgeführt: In dem Kampfe gegen das Titanentum, gegen die Willkür und die Launen des Gewaltmenschen und des Heros ist der demokratische Kulturgedanke geboren; er ist zugleich mit dem Rechte entstanden. Die Geschichte der antik-griechischen Rechtsidee bleibt noch immer die wichtigste Quelle demokratischer Kultur. In Anlehnung an die Schrift von R. HIRZEL: „Themis, Dike und Verwandtes“, versucht K. den Nachweis eines inneren Zusammenhangs zwischen der griechischen Demokratie und der Rechtsidee. Er hätte sich dafür auch auf den Mythos berufen

können, welchen PROTAGORAS in dem gleichnamigen Dialoge PLATOS erzählt. Hier wird die Berechtigung des Gleichheitsstaates geradezu darauf gestützt, daß alle Menschen mit Rechtsgefühl und sittlicher Empfindung ausgestattet wurden (vgl. darüber meine Abhandlung in der „Zeitschrift f. Politik“ III, 205 ff.).

Die II. geschichtliche Wurzel des demokratischen Gedankens findet K. mit Recht im Geiste des Christentums. Doch übersieht er, daß die demokratische Wirklichkeit nur in einem etwas losen Zusammenhange mit der in erster Linie auf das jenseitige Leben gerichteten religiösen Lehre steht. Dem katholischen Mittelalter liegt, von ganz vereinzelt Ausnahmen abgerechnet, der demokratische Gedanke vollkommen fern. Aber auch die Begründer der Reformation, deren Aussprüche der Verf. häufig zitiert, können schwerlich als die geistigen Urheber der modernen Demokratie angesehen werden. Nicht so sehr der offizielle Protestantismus als die Sekten der Wiedertäufer, Mennoniten, Levellers usw. predigen die demokratische Doktrin, und haben selbst SPINOZA, wie ich an anderer Stelle ¹⁾ näher ausgeführt habe, stark beeinflusst.

Die folgenden Erörterungen des I. Hauptstücks führen die Überschriften: Die Geschieke des demokratischen Gewissens; Vom demokratischen Denken und Werten; Von den traditionellen Erlebnissen des Volkes. Ihr Inhalt läßt sich schwer in Kürze wiedergeben. Es handelt sich um die Beziehungen des demokratischen Geltungsprinzips zur Philosophie, zur Moral, zum sozialwirtschaftlichen Denken und zur Geschichtsauffassung. FICHTE als der Ich-Philosoph erscheint als der charakteristische Vertreter des Autonomie-Gedankens. Ferner erblickt K. in der modernen, kulturgeschichtlichen und kollektivistischen Geschichtsauffassung eine Wirkung des vordringenden demokratischen Gedankens. Alle diese Erörterungen sind geistreich, aber in Einzelheiten anfechtbar. Es soll aber nicht vergessen werden, daß bereits der große Geschichtsphilosoph VICO den allerdings unvollkommenen Versuch gemacht hat, eine alle Kulturfaktoren heranziehende Charakteristik der Geschichtsphasen auszuarbeiten; auch bei ihm wird die höchste Epoche als die der Humanität bezeichnet.

Das II. Hauptstück führt den Titel: Die Demokratie und die Staatsgewalt. Hier wird ausgeführt, daß der demokratische Gedanke, nämlich das autonome Geltungsprinzip, mit jedem Zwange von außen, also insbesondere mit der Staatsgewalt im Widerspruch stehe. Es handelt sich also darum, der Wirklichkeit Rechnung zu tragen und jene beiden Faktoren zu versöhnen; dies erfolge durch Anwendung der demokratischen Methode im Bereiche der Politik. Je mehr alle bloße Macht und Gewalt in Recht und Gesetz umgewandelt werde, desto leichter vollzieht sich die Brückenschlagung zwischen Staat und Demokratie. Diese Darlegungen K.s scheinen mir der Klarheit zu entbehren. Nur in einer Frage haben sie sich zu einem konkreten Vorschlag verdichtet. Es handelt sich um die Schaffung von Fachparlamenten neben dem politischen Zentralparlamente (S. 149 ff.).

1) SPINOZA und die Kollegianten, i. „Arch. f. Gesch. d. Philos.“ XV. 275 ff.

„Allmählich geht der Gedanke auf, daß das parlamentarische Staatssystem weiter ausgebaut werden müßte. Die enzyklopädisch angelegten Zentralparlamente versagen. Die Art, wie in den Parlamenten gearbeitet wird, weist auf den Weg hin, den man hier zu gehen hat. In den der breiten Öffentlichkeit verborgen bleibenden Leistungen der Kommissionen erschöpft sich im Grunde die fruchtbare Arbeit der Kammer. Die Mitglieder der Kommissionen rekrutieren sich aber aus der Menge derselben politischen Enzyklopädisten und Dilettanten, die das Gros der Abgeordneten ausmachen. Daß diese keinen besonderen Respekt den immerhin fachmännisch geschulten regierenden Männern einzuflößen vermögen, versteht sich von selbst. Wie anders würde sich die Arbeit der Kommissionen gestalten, wenn sie zum großen Teil von speziellen Fachparlamenten verrichtet würden . . . Es müssen ebensoviele qualifizierte Parlamente ins Leben gerufen werden, als es Ministerien gibt. Es versteht sich von selbst, daß die Mitglieder derselben nicht nach den gleichen Prinzipien gewählt werden können, wie es bei der Besetzung des Zentralparlaments der Fall ist. Das Wahlrecht kann also nur denen verliehen werden, die in den betreffenden Fächern tätig sind.“

Dieses „parlamentarische Pluralitätssystem“, wie es K. nennt, ist ein interessanter, aber erst einer näheren Ausführung bedürftiger Gedanke. Welche Machtbefugnisse jenen Körperschaften zustehen und welches Verhältnis sie zum allgemeinen Zentralparlamente staatsrechtlich besitzen sollen, läßt der Verf. im Dunklen. Aber abgesehen davon ist der Übelstand, welcher durch K.s Vorschlag bekämpft werden soll, nämlich die mangelnde Fachkenntnis der Parlamente, nicht von entscheidender Bedeutung; sie bewirkt keineswegs eine starke Abhängigkeit von den mit Fachmännern besetzten Regierungsorganen. Das Hauptgebrechen des Parlamentarismus dürfte eher umgekehrt darin zu finden sein, daß die ganze Staatsverwaltung immer mehr in Abhängigkeit gerät gegenüber den Wünschen der politischen Parteien und der einzelnen Parlamentarier, wie dies namentlich die Verhältnisse in Frankreich vor Augen führen.

Auch kann man die Frage aufwerfen, ob der demokratische Gedanke, wie ihn K. formuliert hat, sich mit dem Vorschlage vereinigen läßt, daß besondere Fachmänner in Gesetzgebungsfragen entscheidende Beschlüsse fassen. In der griechischen Demokratie ist bekanntlich die gleiche Befähigung aller Aktivbürger der leitende Grundsatz gewesen. Die Angriffe eines SOKRATES und PLATO gegen den Demos Athens stützen sich ja gerade darauf, daß die Leitung des Staates besondere Fachkenntnisse verlange. Ebenso wenig wie man Ärzte, Baumeister oder Steuermänner durch Wahl oder Los berufe — das ist die immer wiederkehrende Redewendung —, ebenso widersinnig sei es auch, daß Gesetzgebung und Verwaltung ohne Rücksicht auf die besondere Befähigung von jedem Bürger ausgeübt werden können. In dem Erfordernisse einer besonderen Qualifikation für die aktive Beteiligung am Staatsleben liegt daher m. E. ein antidemokratisches Prinzip.

Das III. Hauptstück behandelt unter dem Titel „Die Demokratie und die Gesellschaftsmächte“ zunächst die Erziehung der Demokratie zur Macht.

Der Verf. bemerkt hier (S. 167): „Die Geschichte hat die Demokratie mit einem allgemeinen Talente bedacht. Dem Talente, wir alle sind freie Menschen, der Geltung fähig und würdig gesellte sich eine zweite, folgenreiche Begabung hinzu: wir alle sind fähig, Macht zu produzieren, Macht auszuüben.“ Wenn K. mit diesem „Sich-hinzu-gesellen“ einen geschichtlichen Vorgang andeuten will, so kann dies nicht als richtig zugegeben werden. Ohne Produktion von Macht hätte die Demokratie niemals ins Leben treten können. Nur eine rein begriffliche Deduktion, wie sie eben gerade die Methode K.s charakterisiert, gibt dem obigen Ausspruch einen vernünftigen Sinn. Es entsteht aber hier — wie auch an manchen anderen Stellen des Buches — der Zweifel, ob eine solche metaphysische Untersuchung eines sozialen Problems zur Vermehrung unserer Kenntnisse wesentlich beiträgt.

Das IV. Hauptstück behandelt die Demokratie und die individuellen Kulturkräfte. K. erblickt in der Demokratie die Grundlage einer permanenten Renaissance, einer Erneuerung der Religion, der Moral, der Kunst und der Schaubühne. Unwahr sei insbesondere die Behauptung, daß das Talent in Gefahr sei. „Die Wahrheit ist: keine Zeit ist für die Entwicklung der Talente so günstig als die demokratischen Epochen, wo sich das Leben von Grund aus umgestaltet. Der Massenaufschwung bringt es mit sich. Übrigens ist das Durchschnittstalent im Volke ein höheres als in der Aristokratie.“ Andererseits gesteht der Verf. zu, daß die Demokratie gegenüber der genialen Originalität taub und blind ist, weil sie lediglich an den sichtbaren Erfolg glaubt (S. 289). Die Schrift schließt mit einem optimistischen Hymnus „Der Glaube an die Geschichte“. Dieser sei die letzte Voraussetzung der Demokratie, die ihrem Ziele, ein Volk zu werden, ein Volk zu bilden, zustrebt. Schwung und Idealismus kennzeichnen die schöne Bekenntnisschrift von DAVID KOIGEN.

Wien.

AD. MENZEL.

GUSTAF F. STEFFEN, Die Demokratie in England. Einige Beobachtungen im neuen Jahrhundert und ein Renaissanceepilog. Jena, Eugen Diederichs, 1911. 228 S. (3 M.)

DERSELBE, Das Problem der Demokratie. Ebenda 1912. 152 S. (1.80 M.)

In diesen beiden Schriften unternimmt der bekannte schwedische Soziologe eine Darstellung und Kritik der demokratischen Bewegung der Gegenwart, insbesondere in Beziehung auf die sozialdemokratische Doktrin. Er bekennt sich insofern zum Sozialismus, als er in der Beseitigung der Massenarmut die Voraussetzung einer Gesellschaftsreform erblickt. Allein er findet nicht, daß die Abschaffung des Privateigentums der einzige Weg sei, um dieses Ziel zu erreichen; eine scharfe Kontrolle über das Privateigentum und der Ausbau der Arbeiterfürsorge können diese Reform herbeiführen. Vor allem aber müsse eine Hebung des geistigen und sittlichen Niveaus der

Massen Hand in Hand gehen mit einer wirtschaftlichen Hebung des Proletariats.

Erst die Zukunft werde die echte Demokratie bringen, wenn jene Voraussetzungen erfüllt sind. Die bisherige rein politische Demokratie sei eigentlich im höchsten Grade undemokratisch. Das Volk ist bisher nicht in der Lage, jene Führer und Repräsentanten zu wählen, welche den Willen und die Fähigkeit besitzen, die allgemeinen Interessen wahrzunehmen. Das Volk unterliegt der Hypnose ehrgeiziger und skrupelloser Agitatoren; ihm fehlt bisher die Fähigkeit, uneigennützig und tüchtige Repräsentanten zu bezeichnen. Erst eine Selbsterziehung des Volkes werde eine echte Repräsentation und damit auch die echte Demokratie herbeiführen. Diese letztere bildet keinen Gegensatz zur wahren Aristokratie, in welcher die Tüchtigsten die Herrschaft innehaben. Es genügt, wenn die politische Führung auf der Zustimmung des Volkes beruht; für die Gesetzgebung und Verwaltung im einzelnen ist die Repräsentation durch sorgfältig ausgewählte und streng kontrollierte Vertrauenspersonen die passende Einrichtung. Weder das Institut des Gesetzes-Referendums noch die Beseitigung des Oberhauses (Senats) sind geeignete Mittel für die Herstellung einer wahrhaften Demokratie.

Die an erster Stelle genannte Schrift S.s enthält übrigens nur zu einem kleinen Teile politische Erörterungen. Der Verf. schildert die Eindrücke, die er nach längerer Abwesenheit bei einem Besuche in England erhalten hat. Er konstatiert, daß, obwohl das äußere Bild Londons sich wenig verschoben hat, Veränderungen in der Tiefe vor sich gegangen seien. Die amerikanische Hast des Erwerbes und die allgemeine Nervosität haben auch die Engländer ergriffen. Andererseits zeigt sich auch in einem Kreise ausgewählter Personen das energische Bestreben, eine innere Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialem, religiösem und ästhetischem Gebiete herbeizuführen. S. analysiert insbesondere die Schriften von H. G. WELLS und BERNARD SHAW, welche ihm als die führenden Geister der englischen Gegenwart erscheinen. Der letzte Abschnitt „Ästhetische Lebenswerte“ enthält kunstgeschichtliche Exkurse im Anschluß an einen Aufenthalt in italienischen Städten. Das politische Thema ist eigentlich nur im Kapitel „Die Probleme des Demokratismus“ (S. 31—78) behandelt. Ich hebe daraus folgende Bemerkungen hervor.

Eine politische Wahlkampagne in England zeigt dasselbe Bild wie in den Vereinigten Staaten. Es herrscht dasselbe System, die Wähler zu beschwindeln und zu bestechen. Sie werden durch freie Bewirtung in Wirtschaftshäusern in eine politische Partei hineingelockt. Die gewerbsmäßigen Agitatoren spielen die Rolle politischer Massenhypnotiseure; unterstützt von den Partei-Zeitungen suchen sie den Wählern die Vorstellung aufzuzwingen, daß der Bestand der sittlichen Weltordnung allein davon abhängt, daß der eine und nicht der andere Kandidat gewählt werde. Von einer selbständigen politischen Denktätigkeit ist keine Rede. Muß es immer so bleiben? S. glaubt, daß es zwar immer Führer und Geführte im politischen Leben geben wird, daß sich aber die politischen Geisteskräfte der Volksmassen weiter entwickeln

und ermöglichen werden, an Stelle der Hypnose eine einsichtige Auswahl von Vertrauensmännern zu setzen. Leider läßt uns der Verf. den Weg zu diesem schönen Ziele nicht klar erkennen. Mit dem Schlagworte von der Selbsterziehung des Volkes erscheint das Problem nicht gelöst.

Weiter führt S. aus: Den wahren Gegensatz zur Demokratie bildet nicht die Aristokratie, sondern der Despotismus. Die echte Aristokratie basiert auf einer Auswahl aus den Besten des ganzen Volkes. Dieses ganze Volk bildet den Mutterschoß derjenigen Aristokratie, derzufolge die wichtigsten Kulturfunktionen von den für diese Aufgabe am meisten begabten Individuen ausgeübt werden. Der Demokratismus muß seine Echtheit zeigen durch die Anerkennung der Tatsache, daß die Menschen in ihrer ursprünglichen Ausrüstung mit Geisteskräften nicht gleichgestellt sind und durch den tatkräftigen Willen jeder starken Begabung eine freie Wirksamkeitssphäre zu geben. Daher besteht eine vollkommene Übereinstimmung der beiden scheinbar entgegengesetzten politischen Prinzipien der Demokratie und Aristokratie. Das klingt sehr schön und erinnert an Gedanken PLATONS, dürfte aber bei den Anhängern der modernen Demokratie schwerlich Zustimmung finden.

In der zweitgenannten Schrift S.s werden diese Ideen noch weiter ausgeführt unter besonderer Rücksicht auf das Verhältnis zur sozialdemokratischen, marxistischen Lehre. Besonders beachtenswert erscheinen mir die Ausführungen auf S. 135 ff. über „Leitende und ausführende Arbeit“. Hier wird überzeugend nachgewiesen, daß das Unternehmertum auch bei einer Sozialisierung der Produktionsmittel insofern fortwirken müßte, als die leitende Arbeit der Ingenieure und wirtschaftlicher Organisatoren besonderen dazu geeigneten Personen anvertraut werden müßte. Diese würden sich über die gewöhnlichen ausführenden Arbeiter erheben und eine Stellung beanspruchen, welche von der der heutigen Unternehmer nicht wesentlich verschieden wäre. Ein großer Erfinder und ein großer wirtschaftlicher Organisator könne Millionen Menschen einen großen Teil der Arbeitslast ersparen und werde daher auch im sozialistischen Staate — wenn ein solcher jemals wirklich kommen sollte — eine Sonderstellung einnehmen.

Beide Schriften S.s zeichnen sich durch lebhaftes und anziehendes Darstellung aus und können wärmstens empfohlen werden.

Wien.

AD. MENZEL.

Dr. HERMANN REHM, Professor d. Rechte zu Straßburg i. E., Deutschlands politische Parteien. Jena, Fischer 1912. 131 S. (4 M).

Eine wissenschaftliche Darstellung der politischen Parteien ist eine schwierige Aufgabe; besteht doch immer die Gefahr, mindestens unbewußt, die Grenzen objektiver Schilderung zu überschreiten. Um so größer ist das Verdienst R.s, der es verstanden hat, ein überaus reiches Material nach historischen und logischen Gesichtspunkten in knapper, aber doch erschöpfender Zusammenfassung zu gliedern.

Nach einer Einleitung über den Begriff und die Arten der politischen Parteien im allgemeinen folgt eine Darstellung der Geschichte und des Wesens der Parteien Deutschlands. Daran schließt sich eine Schilderung der Systeme des Wahlrechts und des Wahlverfahrens, wobei jedoch nicht bloß die deutschen Verhältnisse, sondern auch die Einrichtungen aller Kulturstaaten herangezogen werden. Das Wesen der politischen Partei erblickt der Verf. in der gemeinsamen Gesinnung, die wieder aus den gemeinsamen Interessen entspringt; nur müssen diese Interessen nicht immer wirtschaftlicher Natur sein. Die offiziellen Parteiprogramme sind dafür keineswegs maßgebend (§ 1). Dem Endziele nach zerfallen die Parteien in Erhaltungs- und Entwicklungs-Parteien. Erst von sekundärer Bedeutung ist die Unterscheidung von doktrinären und opportunistischen, von Regierungs- und Oppositionsparteien und dgl. (§ 2). Unter den deutschen Parteien haben nur die konservativen und die fortschrittlichen einen rein politischen Charakter; die Zentrums- und die sozialdemokratische Partei wirtschaftlich und konfessionell (§ 37). Die Geschichte und Entwicklung dieser Parteien wird vortrefflich geschildert, besonders ausführlich das Zentrum, dessen neueste Spaltung (Berliner und Kölner Richtung) eingehend besprochen wird (S. 49 ff.). Bei der Darstellung der Sozialdemokratie wird natürlich der Gegensatz zwischen dem radikalen Flügel und den Revisouisten beschrieben; R. glaubt an einen Sieg der letzteren (S. 76). Als Eigenart des deutschen Parteiwesens wird die Vielzahl der Parteien bezeichnet; daraus folgt die Notwendigkeit eines taktischen Zusammenwirkens, die Bildung von Blocks. In der Zukunft werden höchstwahrscheinlich nur ein bürgerlicher Großblock und die Sozialdemokratie sich gegenüberstehen (S. 91). Für die theoretisch beste Partei hält R. nach ihren Zielen die Nationalliberalen und die Reichspartei, also die Mittelparteien zwischen rechts und links (S. 93). Die Richtigkeit ihrer Ziele ergebe sich daraus, daß Staaten auf die Dauer nicht zu konservativ und zu fortschrittlich regiert werden können; so laute das historische Entwicklungsgesetz. Es wird jedoch zugegeben, daß die Geschichte manchmal Seitensprünge mache (S. 94).

Mehr referierend als kritisch verhält sich der Verf. in dem von den Wahlrechtssystemen handelnden Teile des Buches. Wenn er dabei behauptet, daß für den österreichischen Reichsrat das allgemeine und ungleiche Wahlrecht gelte, weil die Wahlkreise verschieden groß gebildet sind (S. 103), so hat er prinzipiell Recht, der gewöhnliche Sprachgebrauch stimmt jedoch damit nicht überein. Besonders verdienstlich ist die überaus klare Darstellung der verschiedenen Systeme des Proportionalwahlrechtes (S. 109—130).

Wien.

AD. MENZEL.

Dr. JUDITH GRÜNFELD. Die leitenden sozial- und wirtschaftsphilosophischen Ideen der deutschen Nationalökonomie und die Überwindung des Smithianismus bis auf Mohl und Hermann. (IX. Heft der „Studien zur Sozial-, Wirt-Archiv f. d. Geschichte des Sozialismus IV, hrsg. v. Grünberg. 24

schafts- und Verwaltungsgeschichte“, herausgegeben von Prof. KARL GRÜNBERG). Wien, Carl Konegen (Stülpnagel) 1913. Gr. 8°. X—114 Seiten. (3 Mk.)

Die vorgenannte Untersuchung ist ein interessanter Beitrag zur Literaturgeschichte der deutschen Nationalökonomie. Leider ist die Pflege dieses Zweiges unserer Wissenschaft eine geringe, wir haben eigentlich keine ausreichende Literaturgeschichte der Nationalökonomie. Jede neue Belehrung auf diesem Gebiete ist daher zu begrüßen, zumal, wenn sie in so durchsichtiger und klarer Weise erfolgt, wie dies in der hier besprochenen Abhandlung der Fall ist. Die Verf. teilt ihre Schrift in 2 Abschnitte ein, von denen der I. die Überwindung der Wohlfahrtstheorie in der deutschen Staatsphilosophie am Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts behandelt, der II. die deutsche Nationalökonomie unter dem Einfluß der individualistischen Ideen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. Eine kurze Schlußbetrachtung faßt die Ansicht der Verf. dahin zusammen, daß die deutsche Nationalökonomie dieser Zeit eine nicht geringe Zahl von Schriften aufweist, welche auf KANT-FICHTES Freiheitsbegriff fußend, nicht die Idee der absoluten individuellen Freiheit vertraten, sondern die Freiheit des Individuums so auffassen, daß sie zugleich vom Bewußtsein der Pflicht begleitet ist, die Freiheit der anderen anzuerkennen, die ferner die Gemeinschaft der Menschen als eine natürliche Organisation betrachten, in der der einzelne Beschränkungen im Interesse der Entwicklung der anderen und des ganzen sich gefallen lassen müsse. Der Freiheit des einzelnen tritt daher der Staat zur Seite mit der Satzung eines Rechtes, welches nicht bloß frei geschlossene Verträge schützt, sondern Ziele verfolgt und ausspricht, daß etwas geschehen soll oder nicht geschehen dürfe. In letzter Linie sei in den von der Verf. angeführten Schriften von SARTORIUS, LUDEN, SODEN, HUFELAND, LOTZ, JAKOB, OBERNDORFER, CÖLLN, SCHELLING, ADAM MÜLLER der Gedanke vorherrschend, daß die Nationalökonomie und die Wirtschaftspolitik nicht bloß den Güterreichtum und die Vermehrung der Geldvermögen (möglichst große Tauschwerte nach SMITH) ins Auge fassen dürfen, sondern auch Rücksicht zu nehmen haben auf die Erhaltung der Persönlichkeit und die Bedürfnisbefriedigung der Gesamtheit. Die soziale Stellung der großen Menge der Arbeitenden und kleinen Besitzer werde durch die freie Konkurrenz herabgedrückt und die Bedürfnisbefriedigung der Massen gefährdet. So dringe in den deutschen Gegnern SMITHS schon früh, vor SISMONDI, der ethische Gehalt der Volkswirtschaft hervor.

Die Verf. beschränkt sich darauf, diese Gedankenreihen jenen der dogmatischen Anhänger von ADAM SMITH entgegenzustellen, und zeigt damit, daß die deutsche Nationalökonomie schon früh einen selbständigen Weg einschlug. Sie will also nicht eine Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts schreiben, sondern einen Beitrag dazu. Diese Absicht hat sie in anerkannter Weise durchgeführt. Aber es hätte wohl ADAM MÜLLER, dessen „Elemente der Staatskunst“ ja bis auf den heutigen Tag die Grundgedanken der Gegner des wirtschaftlichen Liberalismus: die Verselbständigung der nationalen Wirtschaft auf agrarischen Grundlagen, die

Wertung des persönlichen Momentes, die Behandlung der ökonomischen Erscheinungen nicht bloß als solche, die materielle Werte, sondern als solche, die soziale Werte schaffen sollen, mehr Raum verdient. Und wünschenswert wäre es gewesen, stärker zu betonen, daß die deutschen Nationalökonomien, wie ihre Lehrbücher, namentlich die RAUS, zeigen, noch immer unter dem Einflusse der „kameralistischen“ Tradition standen. Die Deutschen haben diesen geschichtlichen Einfluß nie verläugnet. Es ist dies, wie ich glaube, ein interessantes psychologisches Problem. Systeme wissenschaftlich zu vertreten, die die geschichtlich gewordenen Institutionen über den Haufen werfen, die auf naturphilosophischen Anschauungen ruhend, neue Gesellschaftsformen ins Auge fassen, ist nicht Sache der Deutschen. Die Romanen und die kühl über alle Hindernisse hinwegschreitenden Engländer sind uns darin überlegen. Die deutsche Nationalökonomie hat nie ihren Ursprung aus der Kameralistik, der wirtschaftlichen Verwaltungslehre, verläugnet. Auch ist es etwas einseitig, von einer „Überwindung“ der SMITHSchen Ideen zu sprechen, da es doch in der ganzen deutschen Nationalökonomie bis auf HILDEBRAND keinen gab, der nicht die theoretische Auffassung SMITHS vertrat. Und in der Praxis herrschte seine Auffassung doch noch bis in die 70er Jahre. Im Grunde haben wir ihn auch heute noch nicht überwunden, sondern versuchen nur, seine Lehre geänderten sozialen, technischen, politischen Bedingungen der Wirtschaft besser anzupassen — was er sicherlich selbst getan hätte, wenn er die Umwälzung hätte erleben können, in denen wir stehen.

Wien.

EUGEN VON PHILIPPOVICH.

ROBERT LEVY, *Histoire économique de l'industrie cotonnière en Alsace*. Paris, Alcan 1912, gr. 8°. 313 S. (8 fr.).

Die elsässische Baumwollindustrie gliedert sich in drei große Zweige: Spinnerei, Weberei und Druck. Ihr aller Entwicklung von ihrem Ursprung, d. h. der Mitte des 18. Jahrhunderts an bis zur Gegenwart bildet den Gegenstand der vorstehend angezeigten — auf reichem urkundlichem Material aus den elsässischen Archiven und dem Pariser Nationalarchiv, sowie auf sehr lehrreichen Statistiken aufgebauten — Untersuchung. Und magert auch — mit den archivalischen Quellen — die Darstellung für die Zeit nach 1870 sehr ab, so bietet doch L.s Werk eine Fülle von Aufklärungen, die für den Wirtschaftshistoriker wertvoll und bisher unzugänglich gewesen sind.

L. zeigt zunächst, wie sich der Kottondruck außerhalb des Zunftzwanges entwickelt und bald auch die Spinnerei und Weberei nach sich gezogen hat. Die ersten Betriebe entstanden — mit Unterstützung schweizerischen, vor allem Baseler Kapitals — in Mühlhausen und Umgebung und gelangten Dank den günstigen natürlichen und politischen Verhältnissen bald zu großer Blüte.

Im I. Buche seines Werkes untersucht L. die innere Organisation der Produktion: Art und Qualität der Produkte, Erzeugungsmenge, Wichtigkeit

der Produktionsfaktoren, Arbeit und Maschinen. Bis 1870 ist der Umfang der Spinnerei stetig gewachsen: von 466 000 auf 1 874 000 Spindeln; der deutsch-französische Krieg bringt sodann einen starken Rückgang, der bis 1885 andauert. Von da ab beginnt ein neuerlicher Aufstieg, aber noch 1909 war das Produktionsquantum von 1871 nicht wieder erreicht.

Die Fortschritte des Kottondrucks hörten um 1856 auf. Damals beschäftigte er 10 000 Stoffdrucker, die jährlich 600 000 Stücke zu 80 m erzeugten; 1910 waren es nur mehr 4700 Arbeiter, die die gleiche Stückanzahl erzeugten wie 1856. Nur die Weberei hat sich ständig fortentwickelt, von 1000 m i. J. 1800 auf über 40 000 für 1910. Doch hat m. E. der Verf. die Gründe dieser so abweichenden Entwicklung der drei Zweige der elsässischen Industrie nicht ganz zutreffend erfaßt.

Ihre geographische Verteilung, über die zwei interessanten Karten Auskunft geben, ist von Anfang an so gut wie unverändert geblieben. Dank den — zu motorischen und zu Bleichungszwecken — notwendigen Wasserkraften, sowie der relativ billigen Lohnarbeit hat sich die Industrie nicht in der Ebene, sondern in der Gebirgsregion angesiedelt.

Das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat in den drei untersuchten Industriezweigen sehr verschiedene Wandlungen erfahren. In der Spinnerei ist das Übergewicht des Kapitals ein absolutes geworden. Im 18. Jahrhundert zählte man auf jeden Arbeiter 1 Spindel, jetzt finden wir ihrer 100. Anders in der Weberei: im 18. Jahrhundert fiel auf den Arbeiter 1 Stuhl, jetzt erscheint diese Zahl bloß verdoppelt. Wie sonst überall, so hat auch im Elsaß in der Weberei die Handarbeit sich länger erhalten als in der Spinnerei und reicht bis in das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts. Da die elsässische Industrie hierin keine Besonderheit aufweist, so hätte L. sie ganz leicht mit der Geschichte derjenigen des übrigen Frankreichs, Englands und Deutschlands vergleichen können und m. E. auch vergleichen sollen.

Ebensowenig zeigt auch die Entwicklung der Formen der Industrie besondere Originalität. Der Übergang von der Heim- zur Fabrikarbeit hat sich im Elsaß in gleicher Weise wie anderwärts vollzogen, und die ebenso exakte wie detaillierte Schilderung L.s lehrt daher nichts Neues. Sehr interessant ist die graphische Darstellung der Ungleichheit in der Konzentration. In der Spinnerei tritt sie besonders scharf zutage. Sie ist jedoch hier nicht etwa durch die Ausschaltung der schwächeren Betriebe erfolgt — nur die kleinsten unter ihnen sind fast vollständig verschwunden — sondern vielmehr durch Vergrößerung der bereits vorhandenen, ohne deren numerische Zunahme. 1845 zählte man 56 Spinnereien mit zusammen 14 000 — 1910 53 mit 32 000 Spindeln. Weit weniger markant ist die Konzentration in der Weberei: 1856 gab es 58 Betriebe, darunter bloß 1 mit 1200 Stühlen — 1910 aber 81, darunter 8 mit 1200 und mehr Stühlen. Andererseits aber haben die kleinen Betriebe mit 100—400 Stühlen sich ebenfalls vermehrt: von 31 i. J. 1856 auf 45 i. J. 1910. Nur die mit weniger als 180 Stühlen sind von 12 auf 5 zurückgegangen.

Die Arbeitsteilung ist im Elsaß weit weniger entfaltet als z. B. in England. Die Verbindung der Spinnerei und Weberei dauert vielfach fort und nicht minder die Erzeugung zahlreicher Garne, wie Gewebe-Typen und Qualitäten in jedem Betrieb. Die sehr genaue Schilderung der Arbeitsteilung durch L., wobei er sich der geistreichen, aber m. E. etwas subtilen und wenig bequemen BÜCHERSCHEN Terminologie bedient, fördert auch in diesem Punkte nichts dem Untersuchungsgebiete Eigentümliches zutage.

Im letzten Abschnitt behandelt L. die kommerziellen Verhältnisse der elsässischen Kottonindustrie. Hier aber klappt merkwürdigerweise eine große Lücke. L. beschreibt zwar auf das genaueste den direkten und den indirekten Verkauf; beim Börsenhandel aber macht er Halt und wir erfahren daher weder etwas über die Art, wie die Mühlhausener Industriellen sich mit Baumwolle versorgen und sie verkaufen, noch darüber ob der Terminhandel gebräuchlich ist oder über die Verbindungen des Elsaß mit den Börsen in Havre und Liverpool. Hat der Verf. diese Seite des Problems nicht erfaßt oder sie absichtlich unbeachtet gelassen?

Die vorstehende flüchtige Inhaltsangabe zeigt den Reichtum des L.schen Werkes an nützlichen Daten. Besonders dankbar wird man die ausführliche Wiedergabe eines großen Teils des von ihm aufgefundenen archivalischen Materials begrüßen. Sicherlich aber hätte die Arbeit an Wert gewonnen, wenn der Verf., statt sich bewußt auf das Elsaß zu beschränken, auch die anderen Baumwollindustrie-Gegenden der Welt in den Kreis seiner Betrachtungen zum Zwecke der Vergleichung einbezogen hätte. Er hätte dies um so leichter tun können, als es an ausgezeichnet-instruktiven Untersuchungen über den Gegenstand nicht fehlt. Ich erinnere nur an die von AFTALION über Nordfrankreich, von SCHULZE-GÄVERNITZ über England, sowie an jene von JAFFÉ, FUCHS, JANNASCH, R. MARTIN, die aber L., mit Ausnahme derjenigen von SCHULZE-GÄVERNITZ unbekannt geblieben zu sein scheinen. An ihrer Hand hätte er vielleicht die Fragen beantworten können, die sich dem Leser ständig aufdrängen: Worin besteht im Grunde das Eigentümliche der elsässischen Baumwollindustrie? Was ist ihr mit der Entwicklung der anderen Baumwollindustriecentren der Welt gemeinsam, und worin unterscheidet sie sich von denselben? Und wie sind ihre charakteristischen Merkmale zu erklären? So aber bleiben diese Probleme ungelöst.

Hätte sich L. mit der Geschichte der außerelsässischen Kottonindustrie mehr befaßt, so hätte er wohl auch nicht vieles als neu beschrieben, was schon oft und oft geschildert worden ist, wie z. B. Typen der Hausindustrie oder von Verkaufsorganisationen, dafür aber nicht — was höchst merkwürdig ist — den menschlichen Faktor vollkommen übersehen. Schließlich ist doch alle Industrie das Werk von Menschen, und nichts scheint mir für ihre Geschichte bestimmender als der Charakter der Unternehmer und der Arbeiter, ihre technische und kommerzielle Geschicklichkeit, ihre Intelligenz und ihr methodischer Geist, ihre Initiative und ihr Erfindergenie, ihr sittlicher und sozialer Habitus. Von all dem findet man bei L. kein Wort. Offenbar hat er mit voller Absicht, aber meines Erachtens zu Unrecht, jene großen elsäs-

sischen Familien, deren Namen mit der Geschichte der elsässischen Industrie eng verknüpft sind und die sie geschaffen haben, die DOLLFUS, KOEHLIN HEILMANN und MIEG aus seiner Darstellung ausgeschaltet.

Die Erklärung hierfür gibt wohl das Vorwort, in dem der begabte junge, Soziologe MAUNIER die Methode auseinandersetzt, die L. auf seinen Rat befolgt hat. Danach hat der Sozialforscher das Wirtschaftsleben nicht im Hinblick auf praktische Ziele zu untersuchen, sondern lediglich um auf gewisse präzise Fragen Antworten zu finden, die ihrerseits die Unterlage für wissenschaftliche Generalisationen abgeben sollen. L.s Studie z. B. soll lehren: ob die industrielle Konzentration eine Funktion der Ausdehnung des Marktes, oder ob die letztere tatsächlich die bestimmende Ursache der Arbeitsteilung sei usw. Verstehe ich recht, so soll also die L.sche Arbeit einen Beitrag bilden zu einer Art von Industriemorphologie, deren wissenschaftliche Gesetze induktiv auffindbar wären. So hätte also L. aus diesem Grunde sich jeder Überschreitung des ihm vornherein festgelegten Fragebogens ferngehalten.

Nun wohl, wie MAUNIER meine auch ich, daß die ökonomische Forschung wissenschaftliches Gepräge tragen müsse; und ich bedaure nicht weniger als er die von ihm gekennzeichnete, durch zahlreiche zeitgenössische Volkswirtschaftler vertretene Reaktion hiergegen, den Überkultus der Tatsachen und die Überschätzung der praktischen Gesichtspunkte. Andererseits darf man aber nicht vergessen, daß das Ziel, das man auf dem Wege streng wissenschaftlicher Methode erreichen will, so auch erreichbar sein, und daß das Ergebnis auch der Mühe lohnen muß. Das aber scheint mir, aufrichtig gesagt, im diesem Fall nicht zuzutreffen.

Die monographische Methode wird nicht unsere Kenntnis von den Ursachen der Arbeitsteilung oder der industriellen Konzentration, sondern höchstens von ihren Formen erweitern. Die Ursachen sind bekannt. Sie sind sehr allgemeiner Natur und relativ einfach. Im realen Leben ist ihre Wirksamkeit so sehr mit der anderer Einflüsse kombiniert, daß die strengen Methoden der Konkordanz oder Diskordanz, wie MAUNIER sie fordert, sich als durchaus unanwendbar erweisen.

Auch ich glaube an wirtschaftliche und statistische Gesetze; sie sind aber von denen, die MAUNIER im Auge hat, ganz verschieden. Daß das Studium so komplexer Erscheinungen wie die industrielle Organisation (die durch einzeln an sich einfache aber in unendlichen Kombinationen auftretende Ursachen ursächlich bestimmt ist) uns die Kenntnis interessanter „Gesetze“ vermitteln könne, ist eine wissenschaftliche Fata morgana, wie wir solchen häufig in der Ideengeschichte begegnen. Was hier interessant ist, ist nicht das abzuleitende soziologische Gesetz, das stets entweder eine wertlose Trivialität oder eine unbeweisbare Hypothese bleiben wird, sondern die Beschreibung und Analyse eines jener konkreten Resultate der Wirklichkeit unter Myriaden von möglichen Kombinationen, sowie die Vergleichung dieses konkreten Resultates mit anderen analogen. Eine derartige Beschreibung unter Berufung auf eine anfechtbare sozialtheoretische Auffassung willkürlich begrenzen, scheint mir weniger nützlich als bequem. Die auf diesem Felde

richtige Methode ist vielmehr die alte geschichtskritische, die der Wißbegierde des Forschers dem Gegenstand gegenüber volle, durch kein apriorisches Schema beengte Bewegungsfreiheit läßt. Mit anderen Worten MAUNIER fordert geometrischen Geist dort, wo der — von PASCAL so richtig gekennzeichnete — „Geist der Feinheit“ mir am Platze scheint.

Diese kritische Bemerkungen richten sich jedoch, wie ich nochmals betonen möchte, nicht gegen den stofflichen Wert des L.schen Buches. Dieser ist hoch zu veranschlagen.

Montpellier.

CHARLES RIST.

Le Socialiste-révolutionnaire. Revue politique et littéraire (russisch).

Herausgegeben von VICTOR TSCHERNOW. Paris. t. 1—4. 1910/1912. 16^o. 315, 317, 305, 332 S. (à 3-50 fr.).

Der Sozialismus ist in Rußland in Theorie und Praxis durch zwei vielfach voneinander abweichende Strömungen, die sozialdemokratische und die sozialrevolutionäre, vertreten. Steht jene durchaus auf dem Boden des orthodoxen Marxismus, der bereits vor etwa einem Menschenalter als fertiges Produkt aus Westeuropa in Rußland Eingang gefunden hat, so knüpft die sozialrevolutionäre Richtung bewußt an die sozialistische Tradition an, wie sie sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf russischem Boden selbst herausgebildet hatte. Faßt man diese bewegte Epoche des sozialistischen Denkens in Rußland näher ins Auge, so erscheint es berechtigt, von einem russischen Sozialismus zu sprechen, wie er von den HERZEN, OGAREW, TSCHERNISCHEWSKI, LAWROW und zuletzt MICHAJLOWSKI repräsentiert wurde, wobei wir hier von den großen Anarchisten Rußlands, BAKUNIN und KRAPOTKIN, absehen.

Zwei Probleme von höchster Tragweite für das gesamte russische Leben waren es, die dem Sozialismus in Rußland in Ausgangspunkt und Ziel, Struktur und Kampfmitteln ein eigentümliches Gepräge gaben: die Agrarfrage einerseits und der politische Absolutismus andererseits. Geradeso wie die Leibeigenschaft, die bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts andauerte, zeugte auch der extreme Absolutismus davon, daß die Geschichte Rußlands der gewaltigen Emanzipationsarbeit, wie sie in Westeuropa im 18. Jahrhundert geleistet wurde, entbehrte. Und unzweideutig bewies das Leben in allen seinen Äußerungen, daß Rußland in das Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität, des gewaltigen Aufschwunges der materiellen und geistigen Kultur mit allen ökonomischen und politischen Fesseln der Vergangenheit eingetreten war. Der Bauer war kaum von der strengen Leibeigenschaft (freilich damit nicht auch schon von allen Überresten des Feudalismus) befreit, als auch schon die kapitalistische Ära begann. Allein es fehlte in Rußland ganz jenes kräftige Bürgertum, das seinerzeit dem Absolutismus in Westeuropa die Stirne geboten und den politischen Befreiungskampf geführt hatte. Vielmehr geriet die russische

Bourgeoisie, wie auch der russische Kapitalismus in seinem Anfangsstadium ins Schlepptau des bürokratischen Absolutismus, dem er sich in jeder Beziehung nur allzurasch assimilierte. Mit Recht konnte daher der bekannte Soziologe N. K. MICHALOWSKI von jener Zeit behaupten: es sei schwer zu bestimmen, wo der „Staatsraub“ aufhöre und der „Privatraub“ beginne. Gleichzeitig bildete der russische Adel in seiner Majorität den Vorposten des alten Regimes: der zarischen Selbstherrschaft, der adeligen Bevorrechtung und der Hintanhaltung jeglicher Volksfreiheit.

So lagen die Dinge, als Hand in Hand mit der Bauernemanzipation in einem Teil der russischen Intelligenz sich sozialistische Ideen zu regen begannen. Und es ist nur allzu begreiflich, daß angesichts der angedeuteten sozialen Struktur Rußlands jener Zeit sich dort in der sozialistischen Literatur ein ganz eigenartiger Begriff von „Volk“ (narod) und „arbeitendem Volk“ (trudowoi narod) herausbildete. Nicht etwa im Sinne der großen französischen Revolution, wo das aufstrebende Bürgertum sich und seine Interessen mit denen des ganzen Volkes identifizierte. Ganz im Gegenteil! In Rußland teilte eine tiefe Kluft das „arbeitende Volk“ von Bürokratie, Adel und Bourgeoisie, die sämtlich als die „ewigen Ausbeuter des arbeitenden russischen Volkes“ erklärt wurden.

Stand aber an der Wiege des westeuropäischen Sozialismus das städtische Proletariat, so war es hier das nach vielen Millionen zählende Bauerntum, das noch vielfach im „Mir“ — Gemeineigentum am Boden im Rahmen der Dorfgemeinde — zusammenlebte und von Vorstellungen beseelt war, die dem Privateigentum an Grund und Boden abhold waren. „Der Grund und Boden gehört niemandem, er ist Gottes,“ tönte es aus den Tiefen des Bauerntums heraus. Und dieses einfache Glaubensbekenntnis fand stärksten Wiederhall in den Seelen jenes Teils der Intelligenz, deren Väter und Urväter Großgrundbesitzer gewesen waren und die Leibeigenschaft der Bauern im vollen Maße auszunützen verstanden hatten. Die Enkel aber wurden zu selbstlosen Beobachtern der grausamen Wirklichkeit, fühlten sich beladen mit der „unbezahlbaren Schuld“ der Vorfahren, warfen von sich adelige Abstammung und Privilegien, um als einfache Volksmänner dem „Volke“ zu leben und es durch Propaganda und Beistand dem Reiche der „Wahrheit und Gerechtigkeit“, der „Volkeherrschaft und des Sozialismus“ entgegenzuführen. Es begann jene heroische „Bewegung der Intelligenz ins Volk“, die den Beginn der revolutionären und sozialistischen Kämpfe in Rußland kennzeichnete. Es war nichtsdestoweniger ein recht friedlicher Anfang. Beseelt vom Wunsche, dem Volke zu dienen, gingen die „Narodniki“ vereinzelt in die Dörfer, um den Samen der friedlichen Volksaufklärung zu streuen.

Wie es dazu kam, daß diese friedliche Bewegung späterhin zum politischen Terrorismus der „Narodnaja Wolia“ gedrängt wurde, wie sehr diese und die folgenden Entwicklungsphasen der russischen revolutionär-sozialistischen Bewegung in gordischen Wirrnissen des russischen Lebens selbst begründet waren, das schildert uns S. NETSCHETNYI in seinen „Studien zur Geschichte der S(ozial-) R(evolutionären) P(artei) [Otscherki po istorij P. S.-R.“ t. IV, 1—101].

Mit HERZEN und TSCHERNYSCHIEWSKI gingen die ersten Narodniki in ihrem Programm auf die Tatsache des „Mir“ zurück. In einer ihrer ersten Flugschriften heißt es: „Wir wollen, daß der Boden nicht Personen, sondern dem Lande gehöre; daß jede Gemeinde ihren Anteil an ihm erhalte, daß es keine Einzelgrundeigentümer gebe . . ., daß jeder Bürger, wer er auch sein möge, Mitglied einer landbesitzenden Gemeinde werden könne . . .“ Späterhin gab das Zentralorgan der Narodniki, die „Semlia i Wolia“ (Nr. 1 vom 25. X. 1878), diesem Gedanken folgende Formulierung: „Zu allen Zeiten, wo und in welchem Umfange auch, das russische Volk sich erhoben hat, forderte es Erde und Freiheit (Semlju i Wolju)! Boden, als das allen, die ihn bearbeiten, Zukommende, und Freiheit, als allgemeines Selbstbestimmungsrecht aller Menschen!“

War nun eine solche Agrarverfassung das einmütige Ideal der Narodniki, so blieb doch die Frage nach dessen Verwirklichung die Hauptsache. Die oben erwähnte Periode der vereinzelt propagierten Propaganda ließ die Notwendigkeit der Organisation und Koordination aller Kräfte erkennen. Es entstand die große Organisation der „Semlia i Wolia“, die in ihrer Tätigkeit das Hauptgewicht auf die „Bildung einer volkstümlichen revolutionären Kampforganisation zur Verwirklichung der Volkserhebung in der nächsten Zukunft“ legte. Allein die unerbittlichen Verfolgungen seitens der Regierung lenkten die Aufmerksamkeit der Parteiangehörigen, „Semlewolzy“, auf die politischen Zustände des Landes und ein Teil von ihnen begann im Despotismus das Haupthindernis jeglicher ökonomischen Reform im Interesse des „arbeitenden Volkes“ zu erblicken. Aus dieser Erkenntnis heraus bildete sich die berühmte Organisation der „Narodnaja Wolia“. Sie sah in der politischen Umwälzung die Hauptbedingung für jegliche radikale ökonomische Reform. Der Kampf gegen die „volksfeindliche Organisation des Staates, der in alle Sphären des Lebens eindringt“ (Narodnaja Wolia, Nr. 4 vom 5. XII. 1880) rückte so an die erste Stelle.

Wenn aber die „Narodnaja Wolia“ mit aller Schärfe in ihrer politischen Theorie und Praxis den russischen Staat bekämpfte, so lag ihr dabei — was NETSCHETNYI zu betonen unterläßt — jede anarchistische Tendenz absolut fern. Die „Narodnaja Wolja“ war es ja gerade — und hier lag ihr großes geschichtliches Verdienst —, die die Unfruchtbarkeit des politischen Absenteismus der früheren „Narodniki“ erkannte und zugleich die volle Unanwendbarkeit, ja direkte Schädlichkeit der anarchistischen Tendenzen in der russischen Freiheitsbewegung hervorhob. Denn waren die „Narodniki“ ihrem Ideale nach Sozialisten, so blieben sie doch in ihrer Taktik, in ihrem naiv-rationalistischen Glauben an die Macht der Aufklärung, in ihrer Ignorierung der gewaltigen reaktionären Widerstandskraft des russischen Staates reine Utopisten. Erst die „Narodnaja Wolja“ brachte in die revolutionäre Bewegung politischen Realismus im besten Sinne dieses Wortes und lieferte zugleich eine scharfe Analyse der eigentümlichen politischen und ökonomischen Wirklichkeit Russlands.

Damit bewirkte sie die bedeutsame Läuterung des russischen Sozialismus

von seinem utopischen Beigeschmack. Nicht dem Staate als solchem erklärte sie erbitterten Kampf — wenn sie auch den Klassencharakter des modernen Staates ausdrücklich betonte —, sondern lediglich dem russischen Staate, dessen wesentliche Unterschiede von den europäischen sie scharf hervorhob. „Rußland stellt eigentlich eine Art immenses Latifundium dar, das einer Kompagnie unter der Firma ‚russischer Staat‘ angehört“, heißt es in der II. Nummer der „Narodnaja Wolja“. Zugleich zog sie die Konsequenzen aus dem Umstande, daß „der russische Staat als Privateigentümer die Hälfte des russischen Territoriums besitze und mehr als die Hälfte der Bauern zu Pächtern habe.“ So waren es also nicht bloß die gewaltigen Regierungsrepressalien gegen die Aufklärungstätigkeit der „Narodniki“, die die „Narodnaja Wolja“ in die Bahnen heftigen politischen Kampfes führten, sondern unter anderem auch die Erkenntnis, daß der russische Staat als solcher der Klassengegner des „arbeitenden Volkes“, des „vielleidenden“ Bauerntums sei. Als revolutionäre und sozialistische Partei, die auf ihre Fahne „Boden und Freiheit“ schrieb und die Neugestaltung der Eigentumsordnung im Interesse des Bauern und städtischen Proletariers anstrebte, stieß sie auf den Staat als Hauptgegner. Diesem galt nunmehr ihr Kampf in erster Linie. Die Umstände brachten es aber mit sich, daß dieser Kampf die Form des Terrors annahm, und daß die Partei, die „die Propaganda der sozialistischen Ideen“ beabsichtigte und die „moralische Fühlung mit den breiten Schichten des Volkes“ suchte, in die Bahnen der Geheimbündelei gedrängt wurde. Fehlte doch jede Möglichkeit offenen Kampfes! Waren doch bereits die Gefängnisse gefüllt mit den „Narodniki“, die durch Verbreitung ihrer Ideen zu wirken suchten, von der Regierung aber massenweise zu Todesstrafe und Zwangsarbeit in der Katorga verurteilt wurden!

Die „Narodnaja Wolja“ sah ein, daß in Rußland, kraft seiner besonderen geschichtlichen Entwicklung, der sozialistischen Partei die Aufgabe erwachse, jenen politischen Kampf auszukämpfen, der in Westeuropa meistens durch die bürgerlichen Parteien vor dem Beginn der sozialistischen Bewegung ausgefochten worden war. Indem aber die „Narodnaja Wolja“ im Wege zentralen politischen Terrors in einen Zwickkampf mit dem russischen Absolutismus trat, vergaß sie andererseits auch die sozialistische Propaganda nicht und war voller Zuversicht, daß ihre terroristischen Akte, ihre „action directe“, eine starke und siegreiche Volksbewegung entfachen würden. Nur von diesem Glauben beseelt, entschloß sie sich nach langen inneren Kämpfen zur terroristischen Taktik, die in dem Akte des 1. III. 1881, der Ermordung Alexander II., ihren Höhepunkt erreichte. Die folgenden Ereignisse jedoch enttäuschten die Erwartungen der „Narodnaja Wolja“ aufs bitterste: das Volk blieb teilnahmslos; die Reaktion wütete; für eine Reihe von Jahren blieb das russische Leben im alten Bann.

* * *

Was vermachte aber die „Narodnaja Wolja“ ihren revolutionären Nachfolgern, und wie führte der Weg von ihr zur modernen sozialistisch-revolutionären Partei?

Neben der politischen Reaktion machte sich zu jener Zeit eine geistige Reaktion auch in der russischen Intelligenz bemerkbar. Enttäuscht wandte man sich ab von den Lehren, die der Tätigkeit der „Narodnaja Wolja“ zugrunde lagen. Das bedeutete zugleich die Abkehr vom Grundgedanken des russischen Sozialismus überhaupt, der in allen Schattierungen und Richtungen jener Zeit die Hauptthese aufstellte, daß die russische Agrarverfassung, der tief eingewurzelte Bauern-„Mir“, mit seiner kollektivistischen Bodenbesitzform und seiner Praxis der periodischen Bodenverteilung und -Zuteilung nach dem Prinzip der Gleichheit, den unvermittelten Übergang zum Sozialismus, ohne notwendig vorhergehende kapitalistische Entwicklungsphase, wahrscheinlich erscheinen lasse. Bekanntlich gab auch MARX in einem Brief an TSCHERNJSCHIEWSKI diese Möglichkeit zu. Allein gleichzeitig mit der Niederlage der „Narodnaja Wolja“ trat ein Umstand ein, der diesen Grundsatz ins Schwanken brachte. Und zwar der Aufschwung des russischen Kapitalismus in den 90er Jahren verbunden mit einer entsprechenden Zunahme des städtischen Proletariats.

Es war nur allzu begreiflich, daß die enttäuschte und niedergedrückte russische Intelligenz unter solchen Umständen sich dem Marxismus zuwandte, der in der mächtig aufblühenden sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands seine glänzende Probe lieferte. Man wandte sich vom Bauern ab, um alle Hoffnungen auf das städtische Proletariat zu konzentrieren — trotz dessen verschwindender Minderzahl im Vergleich mit den vielen Millionen Bauern; man hob hervor, daß der Bauer sich zuerst im „proletarischen Kessel auskochen müsse“, bevor er der sozialistischen Propaganda zugänglich werde; man vertraute ausschließlich auf den „objektiven und immanenten Gang der Geschichte“ und negierte gänzlich die Rolle der schöpferischen Initiative der Persönlichkeit und der „bewußt handelnden Minorität“, auf die die „Narodnaja Wolja“ viel Gewicht legte; man wollte die Rolle des persönlichen Faktors in der Geschichte überhaupt sehr gering bewertet wissen.

Diese Epoche der allgemeinen Reaktion drückte auch den Anfängen des russischen Marxismus ihr Gepräge auf. Man brach jede geistige Gemeinschaft mit der revolutionären Vergangenheit und huldigte der „Evolution“. Nach dem Zeugnis des Sozialdemokraten AXELROD zeichnete sich jene marxistische gesinnte Intelligenz in Rußland durch höchsten politischen Indifferentismus aus. Teilnahmslos stand man den bittersten Leiden der Volksmassen gegenüber und versumpfte zuletzt in einem platten „Ökonomismus“ und „Streikertum“, man nahm seine Zuflucht einzig und allein zum ökonomischen Streik.

Andererseits fanden schon in den 70er Jahren die rein ökonomischen Lehren von MARX unter den russischen Sozialisten lebhaftesten Anklang. Einer der „Narodniki“ jener Zeit vergleicht den starken Eindruck des damals erstmals in russischer Übersetzung erschienenen I. Bandes des „Kapital“ auf die intelligente russische Jugend mit demjenigen, den seinerzeit DARWIN hervorgerufen hatte. Allein, während die russischen Marxisten der 90er Jahre einem äußerst orthodoxen, resp. ökonomischen Marxismus huldigten, nahm ein anderer Teil der Intelligenz, der der revolutionären Tradition der „Narodnaja Wolja“

eingedenk blieb, die MARXschen Ideen kritisch auf, bei voller Würdigung des wissenschaftlichen Fortschritts, den sie bedeuteten.

Gleichzeitig begann bereits in Deutschland die Kritik gewisser marxistischer Lehren. Aber während sie dort vom rechten Flügel der Sozialdemokratie, den Revisionisten, ausging, kam die russische Kritik gegen jene Verflachung des russischen Marxismus einerseits und gegen den einen oder den anderen Grundsatz des ökonomischen Materialismus andererseits, von links her. Und so konnte einer der späteren Leader der jetzigen sozial-revolutionären Partei, VICTOR TSCHERNOW (Pseudonym für JUL. GARDENIN), damals schreiben: „Weder der orthodoxe Marxismus mit seinem Mißtrauen gegen die subjektiven ‚Ideale‘ und ‚Ideologien‘ noch der kritische Marxismus mit seiner Zurückdrängung des Ideals hinter die nächstliegende, alltägliche praktische Arbeit . . . können den russischen Revolutionär befriedigen, der in sich das Bedürfnis nach der lebendigen Synthese des revolutionären Idealismus mit der nüchternen Wertung der Wirklichkeit trägt. Daher auch die Neigung der russischen Revolutionäre zum soziologischen Subjektivismus, zur dynamischen Soziologie, zu einer Soziologie, die vor allem die Philosophie der revolutionären Tat wäre“. In verschiedenen Gruppen der russischen Intelligenz erlebte somit der revolutionäre Geist der „Narodnaja“ Wolja“ seine Renaissance.

Hatten aber die „Narodowolzy“ in heroischer Selbstaufopferung gewährt, durch zentralisierten politischen Terror die ersten entscheidenden Schläge gegen den Absolutismus zu führen, so erkannten ihre Nachfolger, die Sozialrevolutionäre, bereichert durch die Erfahrung der Vergangenheit, daß der Kampf mit dem Absolutismus von der breiten Masse „des arbeitenden Volkes“ seinen Ausgang nehmen müsse und auf diese Weise zum Siege führen werde, wenn sie auch ihrerseits, wie wir gleich sehen werden, auf den politischen Terror nicht verzichteten. Hatten andererseits die Marxisten der 90er Jahre vom politischen Kampf sich losgesagt, so war es die anbrechende sozialrevolutionäre Bewegung, die dem politischen Kampfe, wie er von der „Narodnaja Wolja“ als notwendig erkannt wurde, zur Bedeutung verhalf und somit die sozialistische Bewegung in breitere Bahnen hinüberleitete. Wenn nun ferner die Marxisten lediglich das städtische Proletariat zum Objekte ihrer Propaganda wählten und von ihm allein den Sieg der Revolution erhofften, so betonten die Sozialrevolutionäre die immense Bedeutung der Agrarfrage und des zahlreichen Bauerntums für den Sieg der russischen Freiheitsbewegung.

Im Jahre 1896 äußerte sich E. K. BRESCHKOWSKAJA, die wegen ihrer langjährigen revolutionären Tätigkeit als „Großmutter der russischen Revolution“ bezeichnet wird, folgendermaßen: „Das Vorhandensein von 80 Mill. Bauern ohne Boden, nur mit dessen Schatten, und ohne Bürgerrechte, bestimmt wie zuvor die Notwendigkeit der Propaganda und der organisatorischen Arbeit unter dem russischen Bauer, der auch nicht im Begriffe war, sich von seinem Rechte auf den Boden, wie seiner agrarkommunistischen Weltanschauung, die der sozialistischen Lehre Tür und Tor eröffne, loszusagen“. Mit dieser Meinung stand die Kennerin der Bauernwelt, BRESCHKOWSKAJA, nicht vereinzelt. Nach einer Periode der Verzweiflung an dem russischen

Bauer und dessen revolutionären Potenzen, brach sich wieder die Erkenntnis Bahn, daß von seiner Stellungnahme der Sieg der russischen Befreiungskämpfe abhängt, da das städtische Proletariat immerhin nur eine relativ verschwindende Größe darstelle.

Hier lag auch auf dem programmatischen Gebiete der Hauptscheidungs- punkt zwischen den zwei großen Strömen des Sozialismus in Rußland: dem sozialdemokratischen und dem sozialrevolutionären, wie es in bezug auf die taktischen Methoden der politische Terror war. In der Theorie führte es zu einem heftigen Streit über das Schicksal des „Mir“ und des Kapitalismus in Rußland und letzten Endes für und gegen den Marxismus, oder richtiger: gegen die einseitige Verbohrtheit des damaligen russischen Marxismus. Die Einen erblickten nur im städtischen Proletariat den Träger des Sozialismus, die anderen stellten neben diesen auch das „arbeitende Bauerntum“, sowie das Proletariat innerhalb der Intelligenz, insofern ein großer Teil der letzteren durch Jahrzehnte des Märtyrertums seine Treue zum Sozialismus dokumentiert hatte. Gemäß den konkreten Verhältnissen des russischen Lebens haben somit die Sozialrevolutionäre in ihrem Programm den Begriff der Klasse, die bestimmt sei, sozialistisch zu wirken, auf einen breiteren Unterbau gestellt. Dem entsprach auch eine abweichende Auffassung der Klasse als ökonomischer Kategorie. In der 1900 in London erschienenen Schrift „Unsere Aufgaben“ (Naschi sadatschi), einer der ersten sozialrevolutionären Publikationen, wird in der verschiedenen Begriffsbestimmung der „arbeitenden Klasse“ die Demarkationslinie zwischen Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären erblickt: „Die Vertreter der Arbeit heißt es dort — sind in der MARXschen Klassifikation entzweit. Der Arbeiter und der Proletariat können danach sich in zwei feindlichen Lagern befinden, während die Gesellschaftsklassifikation, die den russischen Sozialismus charakterisiert, und die Grundlage seiner Klassenkampftheorie bildet, die Gesellschaft nur in zwei entgegengesetzte Lager teilt: der Arbeitenden einerseits und derjenigen, die von fremder Arbeit leben, andererseits“.

Ferner übertrugen die einen die marxistische Vorstellung von der kapitalistischen Evolution und deren Begleiterscheinungen von der Industrie auch auf die Landwirtschaft. Die anderen wiederum akzeptierten zwar MARX' Klassen- und Mehrwerttheorien sowie die Analyse der kapitalistischen Produktion auf dem Gebiete der Industrie, bestritten jedoch die volle Gültigkeit der Proletarisierungstheorie auch für die Landwirtschaft überhaupt und speziell für die russische. Sie forderten eine — vom Fatalismus der damaligen Behauptungen des russischen Marxismus unbeeinflusste — Analyse der Landwirtschaft sowie ihrer geschichtlichen und ökonomischen Eigentümlichkeiten. Sie waren selbst bestrebt, eine solche Analyse zu liefern, indem sie scharf betonten, daß es Typen des Industrie- und Agrarkapitalismus gebe, wie andererseits auch nationale Typen des industriellen Kapitalismus selbst mit ganz ungleichen Proportionen der positiven, organisatorischen und sozial-negativen Folgen und Wirkungen. Der russische Kapitalismus zeichne sich — meinten sie — infolge seiner besonderen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen

durch ein enormes Überwiegen der negativen, volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen über dessen positiven Begleiterscheinungen aus.

Die Konsequenzen dieser Meinungsverschiedenheiten traten auch in den Programmen des sozialdemokratischen wie der sozialrevolutionären Partei zutage. Jene stellte — von manchen unwesentlichen Forderungen abgesehen — kein Agrarprogramm auf. Diese, die sich 1901 aus den im ganzen Reich zerstreuten Gruppen und Organisationen einheitlich konstituiert hatte, formulierte hingegen — in Anlehnung an den „Mir“ und dessen Funktionierung — in ihrem Minimalprogramm eine Reihe radikaler, sozialistisch gefärbter Forderungen, die die Neugestaltung des „Mir“ zur Voraussetzung hatte. Außerdem unterschieden sich die Sozialrevolutionäre von der Sozialdemokratie programmatisch ¹⁾ auch durch „die allgemeine Auffassung des historischen Entwicklungsprozesses und des Charakters des Kapitalismus in Rußland, sowie durch die Behauptung der für Rußland vorhandenen Möglichkeit eines Übergangs zum Sozialismus, ohne den Kelch der kapitalistischen Entwicklung bis zur Neige leeren zu müssen“ ²⁾. Bei aller Anerkennung der Wichtigkeit der Ökonomik lehnten sie es doch ab, in ihr die einzig treibende Kraft aller geschichtlichen Änderungen zu erblicken. Die Persönlichkeit erschien ihnen hierbei nicht als quantité négligable, vielmehr waren sie Anhänger der Theorie des „aktiven Fortschritts“ und schrieben der kritisch-denkenden Persönlichkeit eine ansehnliche Rolle im geschichtlichen Prozess zu. „Der soziale Fortschritt der Menschheit — erklärten sie —, der im Kampfe und in der Zunahme der gesellschaftlichen Solidarität und der allseitigen, harmonischen Entwicklung der menschlichen Individualität zum Ausdruck kommt, setzt nicht nur die Entwicklung der unpersönlichen Klassengegensätze voraus, sondern auch die Intervention bewußter Kämpfer um Wahrheit und Gerechtigkeit.“

Im Zusammenhang damit stand die Anerkennung des politischen Terrors als Kampfmittel, aber unter ausdrücklicher Ablehnung des Agrar- und Fabrikterrors, bzw. jeglichen ökonomischen Terrors. Der politische Terror gegen den russischen Absolutismus gehörte zur Tradition der „Narodnaja Wolja“. Während er aber zeitweise tatsächlich, wenn auch gegen die ursprüngliche Absicht der „Narodnaja Wolja“, deren einzige Betätigung gebildet hatte, sank er, nachdem die großen Meinungsverschiedenheiten und -Streitigkeiten im sozialrevolutionären Lager beigelegt waren, zu einem Kampfmittel neben vielen anderen herab und trat hinter den Massenkampf weit zurück. Formuliert wurde dies folgendermaßen: „In Erwägung, daß die S.R.P. die radikale soziale Umwälzung mit Hilfe der arbeitenden Massen erstrebt; in weiterer Erwägung, daß sie als sozialistische Partei die menschliche Persönlichkeit und deren Recht auf Existenz hoch wertet und deswegen stets darauf bedacht ist, alle möglichen friedlichen Mittel der Organisation und des Kampfes auszunutzen, — scheut sie nichtsdestoweniger vor Waffengewalt nicht zurück, wenn die Feinde des arbeitenden Volkes seinen Forderungen Gewalt und Repressalien entgegenstellen, und ist der Meinung, daß die Anwendung von

1) Gedenkbuch der Sozialrevolutionäre, S. 1.

Gewaltmittel in der Form des Terrors bedingt sei durch die politische Verfassung, die der Partei das Recht der freien Verbreitung ihrer Ideen und der Organisation der Massen im Namen dieser Ideen nimmt.“ (Gedenkbuch, S. 47.) Auf diesem Standpunkte beharrt die Mehrheit der Partei auch jetzt — trotz der starken Opposition gegen den Terror, die sich in ihren Reihen nach der Entlarvung ASEWS geltend machte.

* * *

Unter den geschichtsphilosophischen Theoretikern der sozialrevolutionären Richtung nimmt P. LAWROW eine der ersten Stellen ein. Ihm widmet, anlässlich der Wiederkehr seines 10. Todestages, P. NAGORZEW im II. Bande der Revue eine größere Abhandlung: „Lawrow als Theoretiker des Sozialismus“ (Lawrow kak teoretik socialisma. T. II, 151/178).

Die Lehren LAWROWS bilden ein organisches Produkt der eigentümlichen sozialökonomischen und politischen Wirklichkeit Rußlands. Wie wir sahen, entstand hier, vor aller eigentlichen kapitalistischen Entwicklung im Rahmen des durchwegs absolutistischen, von feudalen Elementen noch vielfach durchsetzten Staates, eine bereits von modernen sozialistischen Ideen getragene Bewegung. War in Westeuropa der moderne Sozialismus die Konsequenz des Kapitalismus, so wurde er in Rußland gewissermaßen dessen Vorposten. Wollte man sich einfach an das Schema der westeuropäischen Entwicklung halten, bzw. an deren wissenschaftliche Erkenntnis, wie der historische Materialismus sie lieferte, so blieb nichts übrig, als die Hände in den Schoß zu legen und die Entwicklung des Kapitalismus bis zu ihrem „natürlichen“ Abschluß abzuwarten. In gewissem Sinne war dies ja auch, wie gezeigt wurde, bei den ersten russischen Marxisten der Fall. Sie ließen es einfach an Aktivität fehlen im Vertrauen auf den „objektiv notwendigen Gang der Geschichte.“ Es lag aber auch nahe, unter solchen Umständen die Frage nach dem Grade und Charakter der historischen Notwendigkeit überhaupt einer Revision zu unterziehen.

Das tat LAWROW in seinen geschichtsphilosophischen Werken, indem er neben der geschichtlichen Wirklichkeit auf die geschichtlichen Möglichkeiten hinwies: „Der tatsächliche Gang der Geschichte bestätigt noch nicht die Unmöglichkeit anderer Wege“¹⁾. Er ist daher bemüht, entsprechend den verschiedenen Epochen der menschlichen Geschichte, die „eventuelle Möglichkeit eines anderen Ganges der Geschichte“ zu verfolgen und festzustellen²⁾, worauf aber hier nicht näher eingegangen werden kann. Auf diese Weise sollte die Antwort erzielt werden auf die Frage: was in der Geschichte durch Elemente, die vom Willen und Bewußtsein des Menschen

1) LAWROW, Das Staatselement in der zukünftigen Gesellschaft, 1876 (zit. nach NAGORZEW, S. 154).

2) NAGORZEW hebt in dieser Beziehung u. a. folgende Schriften LAWROWS hervor: S. S. ARNOLDI, Pseudonym LAWROWS, Die Aufgaben der Geschichtsauffassung; S. ARNOLDI und A. DOLENGI, Die wichtigsten Momente in der Geschichte des Denkens; Versuche zur Geschichte des Denkens in der Neuzeit.

unabhängig waren, bedingt und was in gegebenen Bewußtseinszuständen und Willensrichtungen begründet war. Daraus ergab sich ferner, daß ein bestimmtes Ereignis anders hätte vor sich gehen können, wenn das Kollektivbewußtsein und der Kollektivwille anders gerichtet gewesen wären. Hiemit erschien auch die Zulässigkeit der Bewertung gegebener Bewußtseinszustände der Richtigkeit oder Unrichtigkeit, der Angemessenheit oder Unangemessenheit nach den normalen Bedürfnissen der menschlichen Persönlichkeit, verbunden. Denn LAWROW unterscheidet zwischen der „normalen“ Entwicklungslinie und der „abnormen“. Er lehnt es aber ab, auf die metaphysischen Erklärungsversuche des Weltzieles im ganzen einzugehen. In seiner Abhandlung „Theorie und Praxis des Fortschritts“ unterscheidet er drei metaphysische Systeme: den Pessimismus, der in der Geschichte „ein fatales Streben zur Vermehrung der Leiden der Menschheit“ erblicke, den Optimismus, der im Gegenteil eine ebenso „fatale Verbesserung und Erhöhung der menschlichen Existenz in allen ihren Formen“ behaupte, endlich den Naturalismus, für den es „in der Natur weder Verbesserungen noch Verschlechterungen“ gebe, „sondern bloß einen Wechsel der Erscheinungen, die alle die gleiche Bestimmung haben und die moralisch nicht gewertet werden“ können. LAWROW erscheint nun diese Frage nach dem letzten Ziel der Weltordnung, sei es in der Richtung des Guten oder Bösen, als belanglos. Denn „wie dem auch sein möge, ob nun der Weltprozeß zum Siege des All-Bösen oder -Guten führt, oder bloß in unendlichem Wechsel der gleichgültigen Zufälligkeiten besteht, — für den lebendigen, reellen Menschen bleibt die Sache sich gleich. Der Mensch hat doch die Fähigkeit zu leiden und zu genießen, die Erniedrigung und Erhebung zu fühlen, für ihn existiert das Bessere und Schlimmere und die moralische Bewertung,“ und ferner „von diesem Standpunkte sind für uns die Ansichten der Pessimisten wie der Optimisten gleichgültig. Was in der Geschichte von selbst, fatal geschieht, liegt außerhalb unserer Kräfte und unserer Tätigkeit. Vielleicht nimmt auch im ganzen die Masse des Bösen und der Leiden in der Welt unaufhaltsam zu. Vielleicht auch umgekehrt. Aber wir haben die leidende Menschheit unserer Periode vor uns . . . Wir haben vor uns die mögliche Zukunft dieser leidenden Menschheit, eine Zukunft, an deren Aufbau auch wir teilzunehmen bemüht sind.“ Außerhalb der bewußten Bemühungen der Individuen gebe es daher keinen Fortschritt, d. h. keine Zunahme der Solidarität und keine Bewußtseinssteigerung.

In diesem Sinne eben spricht LAWROW von einem normalen und einem abnormen Entwicklungsgang. Der erste bestehe in dem unaufhörlichen Wachstum der gesellschaftlichen Solidarität und der geistigen Entwicklung der größtmöglichen Menschenzahl. Der zweite dagegen schwäche und zerstöre sowohl diese als jene. Hierin ist auch das Handlungsmotiv für das Individuum enthalten. Denn das selbstbewußte Individuum muß sich verantwortlich fühlen für die eine oder andere Richtung des historischen Prozesses, insofern freilich er von den Handlungen der Menschen abhängt. Liegt ja auch in deren passivem Verhalten ein Grund für diese Verantwortlichkeit, da die Passivität die Trägheit des sozialen Organismus und dessen Routine unterstütze. In seiner

Schrift über „Die Aufgaben der Moral“ sucht daher LAWROW zu begründen, daß die entwickelte Persönlichkeit verpflichtet sei, für den Fortschritt der Menschheit, also die Zunahme der Solidarität und geistigen Entwicklung derselben zu kämpfen.

Im Rahmen dieser Besprechung hierauf näher einzugehen, ist unmöglich. So sei denn nur noch hervorgehoben, daß in dieser Geschichtsphilosophie, die mit einem gewissen Vorbehalt auf dem Boden des Determinismus bleibt, die „denkende Persönlichkeit“ die Begründung für ihre aktive Intervention in den „natürlichen Gang der Dinge“ gewinnt. Ja, durch diese Intervention könne sie den automatischen „natürlichen Gang der Dinge“ in einen zweckmäßigen Schöpfungsprozeß idealer Gesellschaftsformen umwandeln. Die Persönlichkeit, „die ihre eigene Entwicklung der Gesellschaft verdankt,“ könne allein „die Gesellschaft entwickeln und ihr mehr oder weniger befriedigende Formen verleihen.“ Allein „Kraft erhält das Individuum nur erst als Mitglied der Gruppe.“ So könne nur der vereinigte zielbewußte Kampf solidarischer Individuen zum mächtigen Faktor des Fortschritts werden.

So skizzenhaft die vorstehenden Bemerkungen an dieser Stelle bleiben müssen, so genügen sie doch, um den nachhaltigen Einfluß LAWROWS auf die S.R.P. zu zeigen.

* * *

Die besprochene Zeitschrift enthält auch noch zwei interessante Artikel von G. KOLOSSEW über N. K. MICHAÏLOWSKI (N. K. Michailowsky i russkaja revolucija, t. I, 69/94, t. III, 47/74), der — wenngleich indirekt — als Soziologe und Publizist für die S.R.P. gewirkt und ihre Ideen in Rußland popularisiert hat. Sie aber tragen, ebenso wie die vielen übrigen Abhandlungen der Zeitschrift rein propagandistischen Charakter und fallen daher aus dieser Anzeige heraus.

Berlin.

Dr. JUDITH GRÜNFELD-CORALNIK.

W. BOGUTSCHARSKIJ, Aktivnoje Narodnitschestvo Semidesjatyh Godov. (Die aktive Volkstümelei der 70er Jahre.) Moskau, Brüder Sadatschnikov 1912. 8°. 384 S. (2 Rubel).

Bekanntlich teilt sich der Strom des zeitgenössischen Sozialismus in Rußland, wie er sich besonders in den Jahren 1905—1907 die Bahn zu freier Selbstbetätigung aufzureißen suchte, in zwei Teile. Während die sozialdemokratische Arbeiterpartei, als Zweig der marxistischen Weltdemokratie auftritt, demnach in erster Reihe den Kampf gegen den Kapitalismus aufnimmt, haben die „Sozialisten-Revolutionäre“ und die „Volkstümliche sozialistische Arbeitspartei (die „N. S.“) ihr Programm den realen Interessen des russischen Bauers angepaßt und erblicken ihr Endziel vor allem in der Enteignung des privaten Grundbesitzes, ja womöglich in einer Sozialisierung

oder Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens. Den Vorläufern dieser zweiten russisch-ursprünglichen Richtung des russischen Sozialismus nun ist das angezeigte Buch B.s über die „Narodniki“ (Volkstümmler) mit ihrem Kultus der Volksmassentendenzen gewidmet.

Die aktive Volkstümelei geht auf die Lehren MICHAEL BAKUNINS und PETER LAVROVS zurück. Plaidierten die „Lavrovisten“ zunächst noch für eine Propaganda der sozialistischen Ideen im Anschlusse an die instinktiven Keime des Sozialismus in den breiten Massen des russischen Volkes, so fanden die „Bakunisten“, daß in diesem bereits längst soviel revolutionäre Energie angesammelt sei, um nicht nur eine augenblickliche Explosion hervorzurufen, sondern auch für einen sozialistischen Umsturz auszureichen; den geschichtlichen Lebensformen Rußlands, und zwar Dank den Mark- und Feldgemeinschaften (Obtschina), den Arteljorganisationen, den Massenbewegungen innerhalb des Kosakentums unter RAZIN im 17. und unter PUGATSCHEV im 18. Jahrhundert. Es mangle nur an der Agitation, um den sofortigen Ausbruch einer sozialen Revolution zu bewirken. Und demgemäß lautet das ursprüngliche Programm der „Narodniki“: Sozial-ökonomische Befreiung des Volkes durch dessen eigene Kraft! Nur die sog. „Alarmisten“, die in der von S. SKATSCHEV herausgegebenen Zeitschrift, „Nabat“ (Alarm) ihren Mittelpunkt hatten, wollten nichts von einem anarchistischen Volksgenie oder einer Selbsthilfe der Volksmassen hören und basierten ihren Glauben an die kommende sozialistische Umwälzung ausschließlich auf die revolutionäre Minorität unter dem Volke oder wenigstens unter dem intelligenten Proletariat der höheren Gesellschaftsschichten.

B. scheidet aus seiner Untersuchung die passiven Vertreter der „Narodniki“ aus, d. h. jene, die sich „unter das Volk (v narod) begeben“, um bei diesem in die Lehre zu gehen und seinen Geist sich anzueignen und befaßt sich ausschließlich mit den aktiven Repräsentanten der „Volkstümmler“, welche sich verkleidet unter die Bauern, Arbeiter und Handwerker mischten, um sie im Namen des Sozialismus und der Anarchie zur Empörung aufzuwiegeln und hinzureißen. Die Wurzeln der ganzen Weltanschauung der Volkstümmler glaubt B. im Anschluß an FESSENKO in der Lehre der Slavophilen, der A. CHOMJAKOV, KONST. AKSAKOV, JURIJ SAMARIN suchen zu sollen. Jedenfalls ist diesen wie den Narodniki die Anschauung gemeinsam, daß der Gang der historischen Entwicklung Rußlands ein eigenartiger und durchaus anderer sei als in Westeuropa. Der Slavophile SAMARIN nahm bereits 1847 an, daß die romanisch-germanische Welt am Ende ihrer Entwicklung: bloß dasselbe Prinzip als Forderung des Zeitgeistes formuliert habe, das von Anfang an das Wesen und die Natur des slavischen Stammeslebens gebildet habe, d. h. die sozialistische Idee der Besitzgemeinschaft: „Das Prinzip der Gemeinschaft bildet den Grund und das Fundament der ganzen russischen Geschichte“. Die sozialistischen Publizisten, wie AL. HERZEN und NIK. TSCHERNYSCHJEVSKIJ rechneten es denn auch den Slavophilen hoch an, daß sie die kommunistischen Einrichtungen der russischen Dorfgemeinde als unantastbar und unauflösbar verteidigten. Und da nun diese beiden Männer als die

ältesten Gründer der Volkstümelei gelten, so scheint B. damit die These von dem Zusammenhang zwischen Slavophilentum und „Narodniki“ für bewiesen. Er glaubt aber auch die Quelle des anarchistischen Hanges unter den aktiven Volkstümlern in der Weltanschauung der Slavophilen aufgedeckt zu haben. So charakterisiert z. B. AKSAKOV die slavischen Stämme, vor allem die Russen, als staatslose oder staatsfeindliche Völker. Für die Slavenwelt seien Staat und Gesetzgebung nur unentbehrliche Werkzeuge, denen eine vollkommene Menschheit eine freie, ungezwungene Selbstbestimmung der Persönlichkeit immer noch vorgezogen hätte. Man sieht, von dieser Auffassung aus bedurfte es nur einen Schritt bis zu dem Anarchismus BAKUNINS.

Allein meines Erachtens ist diese Auffassung B.s, trotz aller von ihm angeführten Analogien unrichtig. B. übersieht den den beiden Strömungen des Slavophilentums und der Volkstümelei gemeinsamen Boden, nämlich die in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts herrschende Philosophie HEGELS. Suchen die Slavophilen das Slaventum, als ein neues Element der historischen Offenbarung des menschlichen Geistes in das HEGELSche Entwicklungsschema einzufügen, so scheint BAKUNIN dem HEGELSchen Etatismus als These seinen Anarchismus als Antithese und den Föderalismus als Synthese gegenübergestellt zu haben. Sodann unterschätzt B. auch den Unterschied zwischen der Volkstümelei und dem Dogma der Slavophilen. Für HERZEN, TSCIERNYSCHIEWSKI u. a. waren das russische Artelj und der großrussische Mir nur Knospen, aus denen sich am Ende doch der moderne Sozialismus entfalten sollte. Die wissenschaftlich angehauchten „Narodniki“ grübelten auch später nur darüber, ob nicht die naiven, altertümlichen slavischen Gemeinschaftsformen (Zadruga, Obstschina), bei dem schwachen Anwachsen des Kapitals, bis zur nächsten kommunistischen Stufe der sozial-ökonomischen Entwicklung der Menschheit andauern könnten. Sie sprachen also keineswegs von einem im ganzen stets eigenartigen historischen Prozesse bei den Slaven, resp. bei den Russen, sondern hofften nur, dank der industriellen Zurückgebliebenheit der damaligen Slaven in der für alle Völker gemeinsamen Reihenfolge der Entwicklungsphasen, eine Zwischenstufe, die der Massenproletarisierung, überspringen zu können und erst bei dem Sozialismus wieder in die allgemeinschheitliche Bahn einzulenken. Für die Slavophilen dagegen war die Organisation des bäuerlichen Grundbesitzes in Rußland eine bereits reife Frucht, ein längst erreichtes Ideal, das den Charakter spezifisch-nationaler Eigentümlichkeit, keineswegs aber gewisser bei den übrigen Völkern Europas überwundener Entwicklungsphasen trage. Die russischen Professoren der politischen Ökonomie, die durch ihre wissenschaftliche Verteidigung der Bauerngemeinde und der im Artelj organisierten Hausindustrie Wasser auf die Mühle der Volkstümler gossen, wiesen stets auf die Überbleibsel der Markgenossenschaften und die Gewerkschaften bei den germanischen Völkern hin. Auf die neuere Tendenz der Wirtschaftspolitik in Westeuropa, die Reste der Kleinindustrie, des bäuerlichen Grundbesitzes und der Allmende schützend zu überwachen, blickte man in den russischen Universitätskreisen als zu einem Muster empor.

Den Versuch B.s, das Programm der Volkstümmler aus der Lehre der Slavophilen abzuleiten, kann also der Kritik nicht anders denn als einseitige Übertreibung erscheinen. Die Slavophilen waren zwar die ersten unter den Forschern, die die Aufmerksamkeit auf die serbisch-kroatische Großfamilie (Zadruga) und die russische Bauernkommunion lenkten. Indessen nutzten die Volkstümmler das von jenen gefundene Material zu ganz anderen Zwecken. Die Augen der aktiven Volkstümmler waren immer auf die kommunistische Bewegung im Auslande gerichtet. So konnten daher die späteren Sozialisten-Revolutionäre auf CÉSAR DE PAEPE als ihren Geistesverwandten in der Internationale, und als Stütze für ihr eigenartiges Programm auf die Resolution des Brüsseler Kongresses von 1868 sich berufen. Den Glauben der „Narodniki“ an die in Kürze bevorstehende soziale Revolution führt ja B. selbst auf die Stimmung der westeuropäischen Sozialisten um 1871 zurück. Um den Ursprung und die Grundsätze der Volkstümmler nach allen Seiten hin zu beleuchten, hätte daher B. unbedingt noch einige Kapitel über die Philosophie und die politische Ökonomie in Rußland seinem Buche einfügen müssen. HERZEN, BAKUNIN, TSCHERNYSCHIEWSKI, LAVROV: sie alle waren philosophisch aufgeklärte Geister. Nur an der Hand einer kurzen Übersicht über den Einfluß HEGELS, FEUERBACHS, AUGUSTE COMTES im Rußland der Jahre 1840—1860, sowie über den Sprung vom Panlogismus zum Materialismus oder Positivismus vermag man die Weltanschauung der Volkstümmelei zu ergründen.

Ihr praktisches Programm fußte auf der wissenschaftlichen, folkloristischen und poetischen Literatur ihrer passiven Vertreter. — Neben den aktiven Volkstümmlern, die dem Rufe HERZENS und BAKUNINS folgend, „unter das Volk gingen“, um es sozialistisch aufzuklären oder es durch Aufstachelung seiner Instinkte und Interessen zu einer sozialen Revolution hinzureissen, entwickelten ihre passiven Gesinnungsgenossen dieselbe Weltanschauung und verfolgten dieselben Ziele in abstrakten Begriffen und ästhetischen Gestaltungen. Die wissenschaftliche Verteidigung des bäuerlichen Hungers nach Ackerland durch Prof. J. JANSON, der Feldgemeinschaft durch Prof. A. POSNIKOV und Fürst A. VASILTSCHIKOV, des Arteljs durch Prof. JSAJEV, der kleinen Hausindustrie (Kustari) durch die Geographische Gesellschaft, des dörflichen Wohnheitsrechtes durch EUG. JAKUSCHKIN fällt ja ebenso in die 70er Jahre wie das folkloristische Literatentum eines GLEB USPENSKIJ oder die Poësie NEKRASOVs. Ohne die passiven Volkstümmler bleiben also auch ihre aktiven Genossen unverständlich oder einseitig, ja geradezu falsch erläutert. Daran ist der theoretische Teil des B.schen Buches gescheitert. Um endlich den Utopismus vom nüchternen Realismus in den Kreisen der Volkstümmler unterscheiden zu können, hätte nachdrücklichst betont werden müssen, daß das ganze ländliche Leben Rußlands in den 70er Jahren unter dem nachhaltigst fortwirkenden Eindruck der eben erlebten geschichtlichen Tatsache stand, daß bei der Abschaffung der Erbuntertänigkeit im Jahr 1861 Millionen von Desjatinen von gutsherrlichem oder Domänenland an die befreiten Bauern überantwortet worden waren.

Trotz der hervorgehobenen Mängel des B.schen Werkes ist aber dessen tatsächliche Darstellung als gelungen zu bezeichnen. Wie in seinen anderen Schriften hat der Verfasser, der als Redakteur von historischen Zeitschriften „Byloe“ u. a.) wie kein anderer seinen Stoff beherrscht, auch in der vorliegenden die Geschichte der politischen Verbrecher und der politischen Prozesse der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts in der ihm eigenen exakt-präzisen und erschöpfenden Weise geschildert, und er macht es möglich, an der Hand des von ihm beigebrachten Urmaterials (Flugschriften, Proklamationen, Programme) alle Etappen des Agrarsozialismus in Rußland zu verfolgen.

Bereits im Aufruf des Dichters M. MICHAJLOV aus dem Jahr 1861 „An die junge Generation“ ist das volkstümliche sozialistische Programm dargestellt: „Wir sind ein in seiner Entwicklung zurückgebliebenes Volk, und darin eben liegt unsere Rettung. Wir müssen dem Schicksal danken, daß wir in keiner Art das Leben Westeuropas durchlebt haben. Weder brauchen wir sein Proletariat noch seine Aristokratie noch auch seinen Hang zum Staate. Was wir wünschen, ist: daß die Felder nicht einer Person, sondern dem ganzen Lande gehören; daß jede Gemeinde ihren Anteil am Boden habe; daß es keine Privatgrundbesitzer gebe; daß man keinesfalls Ackerland wie etwa Kartoffel oder Kohl soll verkaufen dürfen . . . Saget das immer wieder dem Volke, erklärt ihm, was alles wir erstreben und wie leicht es ist, das alles zu erreichen . . . Und geht es nicht anders, so wollen wir, um dem Volk zu helfen, auch vor der Revolution nicht zurückscheuen.“ —

In dem Kapitel über BAKUNIN wieder gedenkt der Verfasser der Tatsache, daß es eben BAKUNIN war, der in Italien um 1864 zuerst eine internationale Allianz der Sozial-Revolutionären begründet hat — doch scheint ihm leider MAX NETTLAUS Aufsatz: „Bakunin und die Internationale in Italien“ (in diesem „Archiv“ II, 275/329), unbekannt geblieben zu sein. Sein eigenes Programm hat dann BAKUNIN 1868 in der Zeitschrift „Narodnoje Djelo“ (Des Volkes Sache) formuliert: „Das Land gehört demjenigen, der es mit eigenen Händen bebaut, d. h. den Agrarkommunionen. Das Kapital und alle Arbeitswerkzeuge den Arbeitern und deren Assoziationen . . . Die ganze künftige politische Organisation soll nichts anderes sein, als eine Föderation freier Arbeiter, sowohl der Land- als auch der Fabrik- und Gewerkgenossenschaften.“ 1870 wurde die Zeitschrift „Narodnoje Djelo“ bereits von einem Kreis von Marxisten mit N. UTIN an der Spitze geleitet, der sich im Februar dieses Jahrs als „Russische Sektion der Internationale“ konstituierte und sein Programm dem Generalrat der Internationale in London mit der Bitte übermittelte: KARL MARX selbst solle diese neue Sektion im Generalrat vertreten. Das Programm enthält u. a. den echt volkstümlichen Absatz: „daß das russische Volk zu allen Zeiten die Verwirklichung der großen, von den internationalen Arbeiterkongressen verkündigten Grundsätze angestrebt habe, nämlich die gemeinschaftliche Benutzung von Land und Produktionsmitteln; daß das Prinzip der Gemeinschaft der Arbeit bereits von Altersher in den Arbeitergenossenschaften sich verkörpere, die unter dem Namen „Arteli“ bekannt

sind.“ Auf dieses rein volkstümlerische Programm antwortete MARX im Namen des Generalrats: Dieser habe in der Sitzung vom 22. III. 1870 einstimmig dieses Programm als den allgemeinen Statuten der Internationale entsprechend anerkannt sowie die „russische Sektion“ in die Internationale aufgenommen, und daß MARX bereit sei, deren Vertretung im Generalrat zu übernehmen.

Im März 1872 erhielt der positivistische Philosoph LAVROV die Aufforderung, die Zeitschrift „Opered“ (Vorwärts) in Zürich zu redigieren. Im ersten Hefte erschien dann das endgültige Programm LAVROVS, in dem alle Hoffnungen auf die Bauern mit ihrem gemeinschaftlichen Rechte auf die Mark und ihrer Gemeindeorganisation gesetzt erschien. Als vorläufige Taktik wurde „Annäherung“ an die Volksmassen empfohlen, um diese durch systematische Aufklärung zu einer aktiven sozialen Umwälzung vorzubereiten (1873). Zu diesem Zwecke erachtete man eine wissenschaftliche Ausbildung der Propagandisten selbst für unbedingt notwendig. Die Politik und der Konstitutionalismus blieben auch bei LAVROV ein Übel für die Demokratie. Der von HERZEN, TSCHERNYSCHEVSKI, BAKUNIN und LAVROV gepredigte und vorbereitete Kreuzzug der russischen revolutionären Jugend in die Tiefen des Volkes erfolgte dann in großem Maßstabe seit dem Frühjahr 1874, und B. schildert auf Grund der Memoiren von APTEKMAN und W. DEBOGORIJ-MOKRIJEVITSCH, wie der Enthusiasmus dieser aktiven Volkstümler bald völliger Enttäuschung Platz machte: die künftige Gleichaufteilung des Bodens unter die bäuerliche Bevölkerung erwartete diese eben vom Zaren selbst; und zwar in Form einer Anweisung zu Individualeigentum! Schließlich entstand doch 1876—1878 eine Geheimorganisation der aktiven Narodniki unter dem Namen „Zemlja i Volja“¹⁾ (Land und Freiheit). Natürlich griff die Regierung zu repressiven Maßregeln gegen diese Propaganda, die den aktiven Volkstümlern ihre Arbeit sehr erschwerte. Und diese Verfolgungen wieder lenkten zuletzt mit Notwendigkeit die ganze Bewegung von ihrem apolitischen Standpunkt ab und gaben den Anstoß zu einer sozialistischen Propaganda und zur Bildung der terroristisch-politischen Partei des „Volkswillens“ (Narodovoljzy), die B. bereits in einem früheren — in diesem „Archiv“ III, 186/187 bereits besprochenen — Buche behandelt hat.

Odessa.

EUGEN STSCHEPKIN.

Novitzky N. László, Egyesült erövel. A magyar könyvnyomdászok 50évi szakszervezeti tevékenységének története. (Mit vereinten Kräften. Geschichte d. 50jähr. gewerkschaftl. Tätigkeit d. ungarischen Buchdrucker.) Budapest, Verbandsverlag 1912. Gr. 8°. 559 S. und 3 graph. Tabellen.

Theoretisch betrachtet entspricht dem Prinzip der freien Konkurrenz in der Wirtschaft die Freiheit in politischer Beziehung: in diesem Sinne müßte

1) Das Wort „Volja“ bedeutet sowohl „Freiheit, Willkür“ als auch „Willen“. Daher die Bezeichnungen der beiden Organisationen: „Zemlja Volja“ (Land und Freiheit) und „Narodnaja Volja“ (Volkswillen).

die bürgerliche Wirtschaftsordnung überall die reine Demokratie zum politischen Überbau haben. Die reine Demokratie stellt für die Arbeiterbewegung die ideale Umwelt dar, in welcher sie sich, wie in einer Reinkultur, nach dem Maßstab ihrer wirtschaftlichen Kräfte frei und unbehindert entfalten mußte. In der Praxis haben wir nirgends die freie Konkurrenz und nirgends erfreut sich die Arbeiterbewegung einer durch politische Hemmungen unbehinderten Entwicklung. Jede Arbeiterbewegung ist von der politischen Organisation ihres Landes durchaus abhängig und muß selbst mitschaffen, will sie freie Bahn haben. Je rückständiger die demokratischen Einrichtungen, desto mehr Kräfte der Arbeiterklasse gehen im politischen Kampf auf: das Maßverhältnis der politischen (sozialdemokratischen) und wirtschaftlichen (gewerkschaftlichen) Arbeiterbewegung eines Landes ist zugleich der genaueste Gradmesser ihrer Demokratie.

In noch höherem Maße als die allgemeine Arbeiterbewegung ist die Organisation der Buchdrucker von dem Grade der politischen Freiheiten abhängig. Für sie bedeuten diese Freiheiten geradezu und unmittelbar das, was für die anderen Arbeiterkategorien die Konjunktur heißt. In freien Zeiten schießen Literatur und Presse üppig in die Höhe; nicht die schlechte Konjunktur, — die politische Reaktion schafft in der Buchdruckerei überflüssige Hände. Allenfalls sind die Wechselfälle der Buchdruckerbewegung unmittelbare Widerspiegelung der politischen Wandlungen, als die Gesamtbewegung.

Daraus folgt, daß die ungarischen Buchdrucker niemals einen leichten Stand hatten. Von den vormärzlichen Zeiten ist ja nichts Neues zu sagen, auch nichts von der technischen Rückständigkeit der ungarischen Industrie in jenen Jahren. Hat es doch 30 Jahre gebraucht, bis die Schnellpresse ihren Weg von London nach Pest, 8 Jahre, bis sie ihn von Wien nach Pest gemacht hat. Aber auch 1848 hat die ungarischen Buchdrucker nicht so begünstigt, wie etwa die deutschen. Während der Deutsche Bund die Preßfreiheit ohne Einschränkung einführt, bindet das ungarische Preßgesetz 1848 die Herausgabe politischer Blätter an eine Sicherstellung von 5000—10000 fl., die Aufmachung einer Druckerei an eine solche von 2000—4000 fl. Das ist heute nicht wenig, bedeutete aber 65 Jahren noch mehr. Nicht umsonst hieß es: „Man hält die Preßfreiheit um Geld feil; wer Geld hat, darf seine Gedanken frei verbreiten.“ Immerhin: es war ein immenser Fortschritt. 1847 erschienen in Ungarn 54 periodische Publikationen; 1848/49 186. Die eingetretene Schreckensherrschaft macht alledem ein Ende. Die Zensur wird in ihrer schwersten Form: nachträglich, an den fertigen Druckschriften, geübt. 1861 wird es besser und nachher abwechselnd besser oder ärger. Von der Preßfreiheit selbst deutschen Kalibers sind wir auch heute noch weit entfernt und wird die Vorlage über die Schwurgerichtsreform Gesetz und damit die Judikatur über Preßdelikte der Kompetenz der Laienrichter entzogen, so wird es auch die Buchdruckerorganisation zu spüren bekommen. Einstweilen schreitet sie stetig vorwärts.

Die Anfänge waren die gleichen wie überall. Aus den „häuslichen“ Unterstützungskassen entstand nach vielen mißlungenen Versuchen 1862 der „Pest-

Ofener Viatikum-, Kranken- und Unterstützungs-Verein für Typographen“, mit 298 Mitgliedern und Einnahmen in der Höhe von 5797 K. Heute führt er den Namen: „Hilfsverein der ungarländischen Buchdrucker und Schriftgießer“; er ist eine regelrechte Gewerkschaft (allerdings, wie alle Gewerkschaften in Ungarn, ohne Streikrecht), zählt — 1911 — 7109 Mitglieder, d. h. 93,42 % der gesamten Gehilfenschaft; seine Einnahmen beziffern sich auf 678 481 K. und das Vermögen auf 982 190 K.

Die Entwicklung zu dieser Höhe wird vornehmlich durch drei Richtlinien gekennzeichnet.

a) Am längsten währte der Weg von der Lokalorganisation zum zentralistischen Nationalverein. Erst seit 1905 hat er auf diesen Namen einen in den Tatsachen begründeten Anspruch, da erst in diesem Jahr die bis zuletzt unabhängigen Preßburger, Fiumaner und Hermannstädter Lokalorganisationen ihren Widerstand aufgeben. Diese zentralistische Entwicklung wird einige Zeit durch eine durchaus bemerkenswerte Episode gestört. 1870, kaum drei Jahre nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, setzt bei den Pester Buchdruckern eine Bewegung zur Schaffung eines einzigen Österreichisch-Ungarischen Verbandes ein. Sonderbarerweise war es nicht nur die österreichische Regierung, die selbst die Verhandlung dieser Frage auf den damals gemeinsamen Kongressen verbot, sondern es waren die österreichischen Fachgenossen, die mit Berufung auf die staatliche Selbständigkeit Ungarns einer gesonderten Verbindung das Wort redeten. Als dann auf dem 1873 in Wien abgehaltenen VI. Gemeinsamen Kongreß der ungarische Antrag wiederum durchfiel, hörten auch die gemeinsamen Kongresse auf, und es begann in Ungarn der Prozeß der nationalen Zentralisierung. Keinesfalls ist es uninteressant, daß die politische Zentralisierungstendenz (oder zumindest -Neigung) der Regierungen der Furcht vor der wirtschaftlichen Kräftevereinigung der Arbeiterschaft nicht stand hielt. Derselben Erscheinung begegnen wir dann einige Jahre später in Ungarn, da die Regierung die Teilnahme der kroatischen Delegierten an dem ungarischen Landeskongreß mit der gleichen Begründung verbietet wie 1870 die österreichische.

b) Diese Österreich freundliche Stimmung hatte ihre stärkste Grundlage nicht zuletzt in den damaligen Nationalitätenverhältnissen der Pester Gehilfenschaft. 1869 noch waren nicht weniger als 65 % der letzteren der ungarischen Sprache nicht mächtig. Die Verhandlungssprache in den Versammlungen war überwiegend die deutsche, das Vereinsorgan „Typographia“ erschien zweisprachig. Um die ungarische Geschäftssprache und die Magyarisierung des Blattes führten die ungarischen Gehilfen einen hartnäckigen Kampf: es kam zur Gründung besonderer deutscher und ungarischer Klubs sowie zu endlosen persönlichen Streitigkeiten. Besonders zu Anfang der 80er Jahre bildete die Sprachenfrage geradezu das einzige Problem der Bewegung. Wie nicht anders möglich: die fortschreitende Magyarisierung der Hauptstadt und der politische Druck führten 1885 den Sieg der magyarischen Partei herbei, die „Typographia“ wurde ungarisch, allerdings mit einer deutschen Beilage, „Gutenberg“, und die Sprachenfrage war endgültig gelöst.

Auch bei den Buchdruckern wurde die nationale Ideologie durch die sozialdemokratische abgelöst. Bereits 1868, als die übrige Arbeiterschaft in Ungarn noch von allen ideologischen Regungen vollkommen unberührt war, wogte unter den Pester Buchdruckern ein heftiger Kampf um das Programm „Staatshilfe oder Selbsthilfe“. Ganz wie in Deutschland hieß es: Hie SCHULZE — hie LASSALLE, Vereine und Blätter wurden gegründet und die Idee der Klassengemeinschaft faßte Wurzel. Als die Anhänger SCHULZES in einem Bittgesuch an das Parlament das Wahlrecht für die Buchdrucker verlangten, schrieb die LASSALLE-Partei: „Unter den Arbeitern gibts keine Unterschiede. Wir Buchdrucker sind nur ein Glied in der großen Arbeitervereinigung. Das Wahlrecht gebührt uns nicht deshalb, weil wir Buchdrucker sind, sondern kraft der angeborenen Menschenrechte, die wir mit allen Arbeitern gemeinsam besitzen.“ Nach dem nationalen Intermezzo stehen wiederum die Buchdrucker im Vordergrunde der sozialdemokratischen Agitation und liefern meistens die Führer; 1894 wird die ständige Parteisteuer beschlossen; und bis heute sind sie die stärksten Stützen der Partei, allerdings immer am rechten Flügel.

c) Der Geist des Korporativismus, der auch in der erwähnten und später einigemal wiederholten Wahlrechtspetition der SCHULZEaner seinen Ausdruck fand, ist jeder beginnenden Arbeiterbewegung eigentümlich (vertikale-horizontale Scheidung). Hand in Hand damit geht der Geist des Patriarchalismus. Bis in die 80er Jahre sind die „Chefs“ mit im Verein, und erst 1909 wird die statutarische Bestimmung abgeändert, nach welcher der Präsident der Reihe der Chefs zu entnehmen war, und zum erstenmal ein „Gehilfe“ zum Obmann gewählt. Auf diese berufsmäßige Zusammengehörigkeit von Gehilfen- und Prinzipalschaft ist denn auch bis in die 90er Jahre der Ton der die Lohnbewegungen begleitenden schriftlichen Äußerungen gestimmt. „Untertänige Bitten“ werden unterbreitet. Die Buchdruckereibesitzer selbst laufen jedesmal zur Polizei. Es ist bis in die letzten Jahre nicht gestattet, in die Statuten die Bestimmung „Schutz der materiellen Interessen“ aufzunehmen. Dementsprechend verlaufen auch die nicht seltenen Lohnbewegungen überaus kläglich. Der Neunstundentag wird bereits in den 70er Jahren vereinbart, tritt aber tatsächlich erst 1907 in Kraft. Der Kollektivvertrag von 1907 bildet — trotzdem er die viel angefochtene Verpflichtung festlegte, nur bei Mitgliedern des Besizerverbandes zu arbeiten — doch die Trennungslinie zwischen alter und neuer Zeit. Heute ist die Buchdruckerbewegung nicht weniger „klassenkämpferisch“ als die der anderen Arbeiterkategorien in Ungarn.

Es war nicht leicht, aus dem umfangreichen Werke NOVITZKYS, der selbst zu den ältesten Führern der Organisation gehört, diese oder überhaupt irgendwelche Entwicklungstendenzen herauszuschälen. Das Buch bietet kaum mehr, als das Rohmaterial für die Geschichte der Organisation — chronologische Daten, seitenlange Abdrücke von Statuten, Verträgen usw. —, das allerdings sehr umfangreich und in Anbetracht der Schwierigkeit der Beschaffung im ganzen sehr wertvoll ist. Aus diesem Material ein lebendiges Ganzes zu schaffen, bleibt einem späteren Bearbeiter vorbehalten.

GINO ARIAS, *La sintesi economica. Analisi dell' opera di Achille Loria.* (Sonderabdruck aus dem „Rivista Ital. per le scienze giuridiche“ I). Torino 1911. 8° 49 S.

A. gibt uns in diesem Aufsatz ein feines, getöntes kritisches Bild der letzten zusammenfassenden Arbeit ACHILLE LORIAS. Es wäre ein undankbares Beginnen und an diesem Orte nicht angezeigt, die Kritik der Kritik des bekannten Gelehrten zu kritisieren. Hier genügt es, darauf hinzuweisen, von welcher Bedeutung für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung als Theorie die Doktrin eines Mannes sein muß, der schon 1895 von ENGELS, der in ihm einen wissenschaftlichen Nachgänger und Räuber des Erbschatzes des großen Trierers witterte, mit einem heftigen Angriff geehrt wurde und der lange Jahre von der italienischen Sozialdemokratie als der erlauchteste Vertreter der Lehre vom historischen Materialismus betrachtet worden ist. Die Studie von A. über LORIA darf also den für den theoretischen Gehalt der modernen sozialen Bewegung Interessierten warm zur Lektüre empfohlen werden.

Die Grundidee, die LORIA in seiner „Sintesi economica“ verfocht, ist bekanntlich ein Vergleich der Gesellschaftsstruktur mit einer Pyramide. Je mehr sich die Pyramide zuspitzt, um so mehr verschärft sich auch der Abstand zwischen den einzelnen Klassen, und mit ihm die Diktatur der größeren Einkommensbesitzer. Stumpft sich jedoch die Spitze der Pyramide ab, so verringert sich der Abstand. Daraus ergibt sich, daß die Ungleichheit zunimmt, wenn die zahlenmäßige Differenz zwischen den aufeinander folgenden Stufen der Einkommensinhaber sich vergrößert. Erhält sich die numerische Verteilung der Einkommensinhaber konstant auf gleicher Höhe, so ist der Abfall des Einkommensgrades um so plötzlicher; erhält sich dagegen der Abstand zwischen den aufeinanderfolgenden Einkommensgraden konstant gleich weit, so ist die Zunahme der Besitzer immer geringerer Einkommensgrade eine um so schnellere. Jede zahlenmäßige Zunahme der oberen gegenüber den niederen Einkommensinhabern schwächt die Ungleichheit in der Einkommensverteilung ab und umgekehrt. Den Index der Abnahme oder Zunahme der Ungleichheit bildet stets das Wachstum oder die Abnahme des numerischen Abstandes zwischen den Besitzern immer geringerer Einkommensgrade.

Turin.

ROBERT MICHELS.

Das „sozialitäre System“ Eugen Dührings¹⁾.

Von

H. Köppe (Marburg a. d. L.)

Inhaltsübersicht: I. Einleitung. Bedeutung der sozialökonomischen Lehren D.s für die Gegenwart. Ihre literarische Entwicklung, in Perioden zusammengefaßt. II. D.s Kritik der von ihm vorgefundenen Volkswirtschaftslehre, insbesondere seine Stellung zum Sozialismus. Ableitung und Formulierung des Problems der „wirtschaftlichen Gerechtigkeit“. Hauptgesichtspunkte für dessen von D. zu seiner Lebensaufgabe gemachten Lösung, S. 395. III. D.s eigene Lehre. 1. Periode: D. als bürgerlicher Sozialreformer, S. 401. IV. 2. Periode: D. als Sozialist. Seine sozialökonomischen Grundanschauungen als Unterbau seines „sozialitären Systems“, S. 403. V. Das „sozialitäre System“. Höhepunkt des positiven Gedankenaufbaues, S. 409. VI. Die Übergangsstufen zum sozialitären System, S. 416. VII. 3. Periode: Einschränkungen des sozialitären Systems, S. 419. 4. Periode: Weiterer Rückgang, S. 422. VIII. Verhältnis des sozialitären Systems zu den Hauptrichtungen im Sozialismus und kritische Wertung desselben, S. 423. IX. Zusammenfassung der Hauptergebnisse. D.s Stellung im Sozialismus. Wirkungen seiner Lehre und Weiterentwicklung derselben zum neuen Typus eines „liberalen Sozialismus“, S. 434.

I.

Auf die sozialökonomischen Anschauungen und Lehren D.s ist die Aufmerksamkeit in jüngster Zeit nicht nur durch die rein menschliche Teilnahme an der Vollendung des achtzigsten Lebensjahres des einsamen Denkers hingelenkt worden. Mindestens ebensosehr ist es ihre Weiterentwicklung und selbständige Verwertung als Grundlage für das System eines „liberalen Sozialismus“, wie ihn nach HERTZKA namentlich FRANZ OPPENHEIMER

1) Im folgenden ist der Name mit D. abgekürzt.

in einem groß angelegten, kühnen Gedankenbau vertritt, die von neuem Anlaß gibt, sich mit ihnen zu beschäftigen. Damit verknüpft sich sofort die Frage nach der Berechtigung, D.s von ihm als „sozialitäres“ bezeichnetes sozialwissenschaftliches System unter die sozialistischen Theorien einzureihen, und nach der Stellung und der Bedeutung, die ihm bejahendenfalls unter diesen vermöge seiner ausgeprägten Eigenart zukommt.

Im folgenden soll versucht werden, ein Bild von diesem „sozialitären System“ in gedrängten Zügen zu entwerfen und damit eine brauchbare Unterlage für die Beantwortung jener Fragen zu schaffen. Vorausbemerkt sei, daß das Leben und die Schicksale des Forschers ebensowenig wie seine Leistungen auf den mannigfachen übrigen Gebieten der Wissenschaft, zu denen besonders die Philosophie, die Mathematik und die Naturwissenschaften gehören, einbezogen werden sollen. Ein alle diese Seiten umfassendes Gesamtbild zu zeichnen, dürfte aus vielerlei Gründen erst einer späteren Zeit in befriedigender Weise gelingen.

D.s sozialökonomische Gedankenwelt ist nicht in einem bestimmten literarischen Werke verkörpert zu finden. Sie lebt in einer ansehnlichen Zahl von Schriften fort, ist aber weder zeitlich noch inhaltlich eine Einheit, denn sie hat eine starke Entwicklung durchgemacht, die vollkommene Veränderungen ihres Inhaltes und Wesens mit sich gebracht hat. Man kann in dieser Entwicklung 4 Perioden klar unterscheiden. In der I., 1865 beginnenden, leitet er soziale Forderungen aus kritisch scharf beleuchteten historischen Verkettungen gesellschaftlicher Zusammenhänge ab und weist ihrer praktischen Durchführung die Wege. Spricht er hier auch von einem „neuen Sozialismus“, so bedürfte es doch nicht einmal seines ausdrücklichen Bekenntnisses zu den Grundlagen der geltenden Wirtschaftsordnung, um ihn als reinen Sozialreformer, wenn auch durchaus eigener Schule, zu werten. Denn sein sozialpolitisches Programm selbst baut sich fast durchweg streng auf jenen Grundlagen auf¹⁾. In der II., der Hauptperiode,

1) Der I. Periode gehören an: 1. „Careys Umwälzung der Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft“, 1865; 2. „Kapital und Arbeit, Neue Antworten auf alte Fragen“, 1865; 3. „Kritische Grundlegung der Volkswirtschaftslehre“, 1866; 4. „Die Verkleinerer Careys und die Krisis der Nationalökonomie“, 1867.

von 1871—75, in der die Ausgestaltung seiner Anschauungen den Höhepunkt erreicht, konzipiert er das auf einem vollkommenen Bruch mit jenem Bekenntnis beruhende „sozialitäre System“, das uns speziell beschäftigen soll ¹⁾. Die III. Periode, von 1892—1900, ist die der Skepsis, in der er wichtige Teile seiner Lehre teils widerruft, teils erheblich einschränkt ²⁾. Dann folgt 1906—07 eine Nachperiode, die zu einem unerquicklichen Tiefstand hinabführt, uns jedoch nur ganz kurz zu beschäftigen braucht ³⁾. Daß seine Werke, je nachdem ihre Abfassung in die eine oder die andere Periode fällt, einen bald mehr bald weniger einander widersprechenden Inhalt aufweisen, ist das natürliche Ergebnis dieses Entwicklungsganges.

II.

D. fand die Volkswirtschaftslehre nach seiner eigenen Charakterisierung als eine junge Wissenschaft vor, noch sehr unfertig in ihrem Inhalt und tastend in ihrer Form, dazu durch eine breite Kluft getrennt von den Bestrebungen der verschiedenartigsten Praxis. Es fehlte ein System von festen Grundbegriffen ebenso sehr wie die Befolgung einer strengen Methode. Die klassische Schule des ökonomischen Individualismus erschien ihm als eine Herrschaft der Schablone und der anmaßenden Prinzipienreiterei, die gegen sie aufkommende historische Schule als Verzicht auf alles kritische Urteil und als Verschmähung der Systeme. Vor allem zweifelte er aber die Ehrlichkeit und damit den wissenschaftlichen Charakter der ersteren an. Sie habe nur da einen Forschungsantrieb, wo von vornherein abzusehen sei, daß die Ergebnisse für ihre Parteirücksichten günstig ausfallen würden. In jeder anderen Richtung meide sie sorgfältig die Untersuchung. Wo aber auf sozialem Gebiete der Geist freier Forschung sich zu regen beginne, da werde er im Schoße der eigenen Partei mit

1) In die II. Periode fallen: 1. „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“, 1. Aufl. 1871; 2. „Kursus der National- und Sozialökonomie“, 1. Aufl. 1873; 3. „Kursus der Philosophie“, 1875.

2) Sie wird dargestellt von der 3. Auflage des „Kursus der National- und Sozialökonomie“, 1892, und der 4. Auflage der „Kritischen Geschichte“ usw., 1900.

3) Hierher gehört „Waffen, Kapital und Arbeit“, 1906, und „Soziale Rettung durch wirkliches Recht statt Raubpolitik und Knechtsjuristerei“, 1907.

allen Mitteln erstickt. Die klassische Schule ist ihm daher schlechthin die „Parteischule“, ihre Lehre „Parteiformulierung“. Am schlimmsten empfand er, daß die Wissenschaft an der Autorität hing und kein einziger bedeutender Satz vollständig von einem Namen ablösbar schien. Ja, sogar einen Rückgang und Verfall stellte er fest, da die durch RICARDO und MALTHUS vertretene „neubritische“ Schule den tieferen Gehalt der Leistung von ADAM SMITH vernachlässigt und seine Pfade verlassen, seine Anschauungen entstellt und verunstaltet habe.

Andererseits sah er eine großartige Synthese von Elementen, die ihm eine völlig neue Ära einzuleiten bestimmt erschienen, der aber die analytische Durchdringung und Sonderung noch folgen mußte. Das war das System des Amerikaners CAREY, von dem er, besonders wegen seines sozialen Gehalts und Charakters, eine vollständige Umwälzung und Neuorientierung der Wissenschaft erwartete und das er daher in Deutschland bekannt zu machen und in dieser seiner Mission zu fördern sich zur ganz besonderen Aufgabe machte. Einen großen Vorgänger CAREYS, diesem gleichwertig, dem der erste wirkliche Fortschritt seit ADAM SMITH zu verdanken sei, erkennt er in FRIEDRICH LIST, den man in seinem Vaterlande verkannt und mit allen Kräften unterdrückt habe, weil er als Vertreter eines erzieherischen Schutzzollsystems des „Il-liberalismus“ verdächtig gewesen sei, gleich als ob die Handelsfreiheit zu allen übrigen Freiheiten hinzugehöre. LIST war nach D. der Parteischule besonders deshalb verhaßt, weil sie ihn mit richtigem Instinkt als den Feind ihrer Engherzigkeiten ansah, weil er, ein echter Denker, echt politischen Sinn auch in der Volkswirtschaftslehre besaß, die Theorien von RICARDO und MALTHUS als schlechten Spaß gebührend abfertigte und durch bessere ersetzte, weil er aus dem vollen, wirklichen Leben schöpfte, wie er es in Amerika sah, und zu alledem wirklich interessant schrieb. Aber freilich waren zu LISTs Zeit die deutschen Verhältnisse vom sozialen Ferment noch nicht genug durchdrungen, um die Kräfte dieses Genies gerade nach dieser Richtung wachzurufen. So bleibt denn CAREY für D. der Reformator, in dessen Werken man die erste zeitgemäße und des Jahrhunderts würdige Formulierung einer im großen Stil gehaltenen Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft besitze.

Mit den wenigen hier genannten Namen ist für D. die Liste der Nationalökonomien erschöpft, die seit der Begründung dieser Wissenschaft durch die Physiokraten einen erheblichen Einfluß auf ihre Entwicklung ausgeübt haben. Speziell in Deutschland findet er nur Abbilder des neubritischen Systems und Verarbeitungen desselben aus zweiter und dritter Hand zu Lehr- und Handbüchern. Namentlich ist ihm CAREY, außer LIST, der einzige seit SMITH, der ein Herz für die aus den Mißständen der gesellschaftlichen Einrichtungen entspringenden Leiden hat und die sozialen Übel ernstlich würdigt. BASTIAT bezeichnet er dagegen¹⁾ mit CAREY schlechtweg als dessen Plagiator. Von LIST und CAREY abgesehen, vereinigen sich sonach alle, die seit ADAM SMITH wirtschaftswissenschaftliche Gedanken entwickelt haben, zu einer großen, gegen die unterdrückte Volksmasse gerichteten Kampffront, der „antisozialen Richtung“. Ihr gilt der Kampf, den aufzunehmen und durchzuführen D. sich zur Lebensaufgabe setzt. Aber ihr diametral gegenüber stand bereits der Sozialismus, zu dem er daher zunächst gleichfalls Stellung zu nehmen hatte.

Der Sozialismus, den D. vorfand, war teils der gesamte bunte Komplex des vormarxischen, ideologischen Sozialismus, teils der Gedankeninhalt des von MARX vor dem Erscheinen des I. Bandes seines „Kapitals“ (1867) entwickelten historisch-materialistischen Sozialismus, teils die Ideenwelt des damals nicht mehr lebenden LASSALLE. Diese innerlich grundverschiedenen Arten von Sozialismus erscheinen D. als eine nichtunterschiedliche Wesenseinheit von „träumendem Sozialismus“, der sich in Phantasien erschöpft und in dessen Dienst alle Kräfte verloren gehen. Er charakterisiert ihn in allem Wesentlichen so, wie MARX und ENGELS den Sozialismus vor ihnen charakterisiert haben, nämlich als sozialistischen Utopismus. MARX Lehre insbesondere hat wohl Absonderlichkeiten in ihrer neuscholastischen Form, der „Hegelschen Unlogik“, aber „keine erhebliche Eigentümlichkeit des Inhalts aufzuweisen“. Sie hat keinen Anspruch, als ernstlich wissenschaftliche Theorie zu gelten. Nach Entfernung der Mißgestalt ihrer Einkleidung findet D. bestenfalls die Trivialitäten der englischen und vornehmlich der RICARDOSchen Ökonomie in ihr. Überhaupt rechnet er alle

1) Zwar noch nicht in „Careys Umwälzung der Volkswirtschaftslehre“, wohl aber in „Kapital und Arbeit“.

Erscheinungen, die „der Hegelschen Karrikatur der Logik anheimgefallen sind oder ihr gehuldigt haben“, unter die „Abirrungen von der strengen Verstandesmäßigkeit“. Allenfalls PROUDHON läßt er gelten, der noch die meiste Kraft eigener Überzeugtheit wahrnehmen lasse. Nur LOUIS BLANC nimmt er aus, der unter den sozialistischen Theoretikern seiner Zeit in Gesinnung und Theorie den besten Typus ausgeprägt, auch im Gegensatz zu PROUDHONS unfruchtbarer Kritik ein positives Ziel verfolgt habe.

Trotz dieser auf die Spitze getriebenen Geringschätzung aller übrigen Vertreter des Sozialismus wertet aber D., indem er die Personen von der Sache trennt, dennoch diesen keineswegs gering. Was er in ihm als lebenskräftig und für die Befreiung der unterdrückten Klassen wirksam ansieht, das sind die in ihm regen edlen Instinkte. In diesem Sinne ruft er aus: „Ihr verkennt im Sozialismus die Instinkte und glaubt seine Macht zu brechen, wenn ihr seine Träumereien und Phantasiestückchen mit eurer ehrsamten Logik widerlegt. Ihr werft diesen Phantasien mit Recht vor, daß sie die Menschennatur in einem Hauptpunkt verkennen und den Erwerbstrieb der Individuen vergessen. Allein gibt es etwa nur die Wahl zwischen der träumerischen Hinwegsetzung über die individuelle Wurzel des menschlichen Schaffens einerseits und der Anerkennung eines beschränkten Prinzips andererseits? Ich meinerseits würde dann noch immer lieber mit den Sozialisten anständig träumen, als mit den Vertretern der beschränkten Selbstsucht einen gemeinen Kultus des „gesunden Verstandes“ betreiben.“ Die Parteischnle erkenne im Sozialismus nichts als dessen rohe Versuche, die notwendig träumerisch unbestimmt ausfallen mußten. Statt sich die edlen Antriebe anzueignen und so dem Elend der Menschheit durch die Wissenschaft die Auswege zu zeigen, verhalte sich diese Schule nur verneinend und verweise auf ihren ungezügelden Erwerbstrieb als den einzigen Kompaß. Überall, wo man eine rücksichtslose Verhöhnung des Sozialismus antreffe, habe man es mit Leuten zu tun, denen es mit der Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände nicht Ernst sei. Die Träumereien möge man verspotten, aber die Wurzel und die schöpferische Kraft, aus der sie entsprossen, müsse man achten. Sie sei noch heute die Nahrungsquelle, aus der die ernstlichen sozialistischen Bestrebungen Saft und Blut gewinnen, sei der Drang der Natur, ihre

eigenen Triebe zu zügeln und die Selbstsucht dem Gesetz des Gesamtwohls zu unterwerfen. Wohl mußte in seinem träumenden Stadium der soziale Reformdrang den Prozeß verlieren, doch haben seine Vorkämpfer nicht umsonst gekämpft und geblutet. Dank dem gesunden Instinkt der Massen hat die soziale Frage ein praktisches Gepräge bekommen. Die alte Doktrin des Gehenlassens und der völligen Preisgebung der Gesellschaft durch den Staat beginnt sich in Inkonsequenzen zu verwickeln und bekennt dadurch ihre Unzulänglichkeit gegenüber den Anforderungen des Zeitgeistes. So ist die genossenschaftliche Selbsthilfe von SCHULZE-DELITZSCH mit den Lehren seiner Partei in ärgstem Widerspruch. Er dient mit seiner Lehre einer Partei, der sein innerstes Wesen widerstrebt. Der Sozialismus ist also Tatsache geworden. Er trifft als Widersacher nicht mehr die Vertreter des gesunden Verstandes, sondern nur noch die antisoziale Richtung, die sich vor der vereinigten Macht der bisher unverbundenen sozialgerichteten Gesellschaftselemente fürchtet. Diese vollkommeneren Gestalt des Sozialismus läßt sich nicht mehr durch die Verdächtigung des Namens bekämpfen.

D. will nun der wissenschaftliche Wortführer dieses Sozialismus sein und ihm unter der Ägide von CAREYS Genie den Weg weisen, der zum Ziele, das ist zur dauernden Abschaffung aller politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung, hinführt. Jene vollkommeneren Gestalt will er dem Sozialismus geben und damit zugleich diesen wieder zu Ehren bringen und das Unrecht gut machen, das der frühere Kampf gegen die Traumgebilde nicht vermeiden konnte. Die soziale Trägheit und der Quietismus der Partei des Gehenlassens soll durch die Geltendmachung positiver Prinzipien und durch eine soziale Aktion ersetzt werden. Die Kraft aber, vermöge deren der zur Wirklichkeit gewordene Sozialismus den ihm gewiesenen Weg einschlagen und das Ziel erreichen kann, ist die Selbsthilfe der Arbeiter sowie aller unter dem wirtschaftlichen Absolutismus leidenden Klassen. Von ihrer eigenen Kraft und Initiative haben sie ihre Befreiung hauptsächlich zu erwarten. Sie sind keine dumpfen und trägen Massen mehr, sondern sind schon zum Bewußtsein ihres Elends gelangt. Es gilt daher, nicht auf die Initiative der Gesetzgebung und der Verwaltung zu warten, sondern alles zu tun, was durch Koalition

erreichbar ist. Das Prinzip der wirtschaftlichen Vereinigungen ist bereits überholt von der Energie der sozialen Koalitionen. Vertreten jene die Anwendung der gewöhnlichen Mittel des Erwerbs, so haben diese ihren Schwerpunkt im Gedanken der wirtschaftlichen Gerechtigkeit. Dieser blieb freilich bisher noch in der Form des bloßen moralischen Gefühls. Jetzt aber ist es Zeit, ihn ins Leben zu rufen. Und so verkündet D. denn: „Der allgemeine Gedanke, der die künftige Taktik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gerechtigkeitsbestrebungen bedingt, ist nun aber mir eigentümlich und auf diesen Blättern¹⁾ zum ersten Male mit vollem Bewußtsein ausgesprochen.

Zwei Prinzipien sind es vor allem, die ihn dabei leiten. Zunächst die Trennung von Staat und Gesellschaft, in der er den Fortschritt der Freiheit sieht. Die wirtschaftlichen Gestaltungen sollen aus der eigenen Kraft der Gesellschaft ohne „fremde“ Hilfe vollbracht werden. Doch kann und muß, wenn es auch prinzipwidrig scheint, die Staatshilfe diese Trennung herbeiführen helfen. Durch sie ist ja die Kapitalherrschaft der übermächtigen Klassen erst begründet worden, durch sie muß also diese Suprematie beschränkt werden. Sodann findet D., LIST folgend, den Fortschritt der Ökonomik in der Richtung auf den Begriff der Nation. Der bewußten Entkleidung des Gebiets der Volkswirtschaftslehre von allen politischen Funktionen durch die Parteischule stellt er die Unentbehrlichkeit des nationalen Gedankens für das Wirtschaftsleben, aber auch für die Sozialpolitik gegenüber. Schutz durch die ordnenden politischen Funktionen des Staates wird stets nötig sein, auch wenn der Schutzzoll als eine überwundene Entwicklungsstufe vielleicht der Vergangenheit angehören und durch andere Maßnahmen ersetzt sein wird. Die Leugnung der Notwendigkeit dieses Schutzes durch Proklamierung der Handelsfreiheit als absolutes Prinzip des Völkerverkehrs hindert den produktiven Aufschwung der Nationen zum Vorteil international-freibeuterischer Konkurrenz-Aneignungen. Auch die Nationen haben ein „Recht auf Arbeit“, das verletzt wird, wenn die schwächeren Kräfte eines Volkes durch die überlegenen eines anderen unterdrückt werden. Ihre Lage gleicht dann der des kapitallosen Einzelarbeiters, dem

1) In der Einleitung zu „Kapital und Arbeit“.

die formale Vertragsfreiheit wenig nützt, wo das Gleichgewicht der wirtschaftlichen Kräfte beim Vertragsabschluß fehlt. Das wirtschaftlich schwächere Volk spielt die Rolle eines Proletariers unter den Völkern. Die Arbeit muß zum großen Teile nur darum in Elend verkommen, weil sie der fremdländischen Unterdrückung oder Aussaugung preisgegeben wird. Das ist die bisher übersehene internationale Seite der sozialen Frage. Auch wird, wer vom Kampfe der Nationen keine naturgemäßen Vorstellungen hat, seine Ideen auch in der Auffassungsart der Klassenkämpfe nicht viel besser gestalten. Die Art von Freiheit, die der Einzelmacht nur durch den gewöhnlichen Rechtsschutz bedingten Spielraum läßt, ist mithin, im Verkehr der Individuen wie der Völker, der Raub, die ausbeuterische Unterdrückung des Schwächeren durch den Stärkeren. Das Prinzip der „freien Konkurrenz“ richtet sich damit von selbst. Es ist kein Universalmittel gegen alle Übel und führt nicht zu einer naturgemäßen Regelung der Verteilung, sondern zur Unterwerfung aller Schwächeren. Denn es gibt keine Konkurrenz ohne Aneignung. Eine „gleiche“ Konkurrenz, bei der die Bewerber einander die Wage halten, hat immer nur scheinbar statt. Es bedarf daher des Ausgleichs ihrer schädlichen Wirkungen, welche Aufgabe der Assoziation als dem positiven, die Kräfte zusammenfassenden und gestaltenden Prinzip zufällt.

Von diesen beiden Hauptgesichtspunkten aus nimmt also D. die Lösung des Problems der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in Angriff. Wie bereits hervorgehoben, hat er aber in der Ausführung den Standpunkt sehr erheblich gewechselt.

III.

Die erste Periode zeigt D. als reinen Sozialreformer auf dem Boden der überlieferten Wirtschaftsordnung, zu der er sich mit größter Entschiedenheit bekennt und die er sehr eingehend rechtfertigt. Namentlich für das Privateigentum und den freien Arbeitsvertrag tritt er nachdrücklich ein. Ihre Beseitigung wäre ein Wahngebilde. Vielmehr liegt in ihrer noch strengeren Ausgestaltung aller Fortschritt. Ohne strenges Eigentum keine Freiheit. Ein Heer von Beamten müßte eintreten, sobald der Eigentümer dem Staate weicht. Das Unternehmertum ist ebenso notwendig und das Lohnverhältnis kann als Verteilungsmaßstab der

volkswirtschaftlichen Erträge überhaupt nicht entbehrt werden. Von den beiden Elementen des Eigentums will er die Herrschaft über die Sache befestigen, die über den Menschen dagegen beseitigen. Diese Beseitigung soll aber durch die Regeln des Verkehrs erfolgen, da es nur durch ihn nutzbar gemacht werden kann. Das Hauptmittel dazu ist die „gerechte“ Bestimmung der Arbeitsentlohnung. An die Stelle einseitiger Auferlegung der Arbeit soll der wirklich freie Arbeitsvertrag treten und ein festes Arbeitsrecht sich entwickeln. Dazu dient die Koalition, ohne daß aber die Staatshilfe gegebenenfalls verschmähet werden darf. Hier geht D. nun allerdings an einer wichtigen Stelle erheblich über eine bloße Sozialreform hinaus. Die Koalitionskörper der Arbeitnehmer, in denen auch deren politische Vertretung ihren Rückhalt zu finden hat, sollen nämlich nicht nur die Arbeitsbedingungen mitfestsetzen, sondern an jeder Unternehmertätigkeit mitwirken, von der die Chancen der späteren Lohnforderungen abhängen. Alle wichtigen Maßregeln des Wirtschaftsbetriebes unterliegen ihrer Mitwirkung und Gutheißung. Das wäre also der „konstitutionelle“ Betrieb im buchstäblichsten, nicht auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses beschränkten Sinne. Daß die Erfüllung dieser Forderung das Ende des Unternehmertums und des Arbeitsvertrags bedeuten würde, für die er doch eintritt, da die Lohnhöhe durch die schließlich bei allen Angelegenheiten der Unternehmung in Betracht kommende Rentabilität der letzteren begrenzt ist, dessen war sich D. jedenfalls in dieser Periode nicht bewußt.

Diese selbsttätige Lohnpolitik der arbeitenden Klassen einschließlich der Privatangestellten, Beamten und liberalen Berufe soll solange die Hauptsache sein, bis es diesen gelingt, durch politische Vertretung ihrer Interessen entscheidenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik zu gewinnen. Dieses letztere Ziel ist das höchste, denn die Arbeit wird solange vom wirtschaftlichen Absolutismus beherrscht werden, bis sie sich politischen Schutz und politische Geltung verschafft. Damit ist die „wirtschaftliche Gerechtigkeit“ dann erreicht — also im wesentlichen durch staatliche Duldung und Förderung der Koalition und durch eine sozialpolitisch motivierte und orientierte nationale Wirtschaftspolitik.

Dieses System mag D. noch so sehr „neuen Sozialismus“ nennen, der sich „gerade an die alte Maschine selbst macht und zusieht, wie er deren Getriebe benutzen könne, um seine Zwecke zu erreichen“ — es steckt kein Atom echter Sozialismus darin, nur daß die von ihm angestrebte Kontrollierung der gesamten Unternehmertätigkeit durch die Arbeiterorganisationen zum kollektivistischen Sozialismus hinführen müßte, den D. in allen Perioden nicht nur abgelehnt, sondern auf das entschiedenste bekämpft hat.

IV.

In die zweite Periode fällt nun die Aufstellung von D.s „sozialitärem System“. Es ist verankert in seinen sozialökonomischen Grundanschauungen, denen wir daher zunächst näher treten müssen.

Die Volkswirtschaftslehre gilt D. ihrem Wesen nach als Bestandteil einer selbständigen, aber erst noch auszubauenden Gesellschaftslehre, die bisher verkehrterweise nur als Beiwerk der volkswirtschaftlichen Theorie vorkam. Das Wirtschaftsleben ist ihm nur ein Ausschnitt aus dem politisch-gesellschaftlichen Leben. In dessen Erfassung tritt er als überzeugter Naturrechtler auf. Es ist ihm selbstverständlich, daß das gesamte gesellschaftliche und daher auch das wirtschaftliche Leben der Menschen Naturgesetzen unterliegt, die der Erforschung sowohl fähig als bedürftig sind. Jede Verletzung dieses Naturrechts ist ein Unrecht. Bei jeder Betrachtung wirtschaftlichen Geschehens in Vergangenheit und Gegenwart sucht er daher den Gegensatz von Recht und Unrecht auf und prüft, ob ein „Recht- oder Unrechtssystem“ vorliegt. Das Unrecht fand in der bisherigen Geschichte Ausdruck in der Form von Gewalt, die zu politischer und in weiterer notwendiger Folge zu wirtschaftlicher Unterwerfung führte. „Einrichtungen, wie die Sklaverei und die Lohnhörigkeit, zu denen sich als Zwillingengeburt das Gewalteigentum gesellte, sind als sozialökonomische Verfassungsnormen echt politischer Natur zu betrachten und bildeten in der bisherigen Welt den Rahmen, innerhalb dessen sich die Wirkung wirtschaftlicher Naturgesetze allein zeigen konnte“. Erst durch gedankliche Ausmerzung aller Wirkungen der Staats- und Gesellschaftseinrichtungen, besonders

des mit Lohnhörigkeit verknüpften Gewalteigentums, werden in aller Strenge die Naturgesetze der Wirtschaft gewonnen. Jene Wirkungen muß man sich also wohl hüten als Notwendigkeiten der bleibenden Natur des Menschen anzusehen. Was aber ist dieses Gewalteigentum? Es ist diejenige Herrschaftsform, die zum Grunde hat nicht bloß eine Ausschließung des Nebenmenschen vom Gebrauche der Naturmittel der Existenz, sondern auch die Unterjochung des Menschen zum Knechtsdienst. Seinem tiefsten Wesen nach ist es also ein Eigentum des Menschen am Menschen. Jede Art von ganzer oder halber Sklaverei ist noch mehr seine Ursache als seine Wirkung. Hier erkennt und bekennt D. den Hauptunterschied seines Systems sowohl von der bürgerlichen Nationalökonomie als von den sozialistischen Theorien. Alles geschichtlich gewordene Eigentum ist derartiges „Gewalteigentum“. Die politisch-soziale Über- und Unterordnung wies von vornherein jeder Klasse ihre Schranken zu. „Diese Unterwerfung mußte stets zu einem ökonomischen Ausdruck gelangen, wobei die Übertragung jener Ungleichheit in das Wirtschaftliche selbst eine neue Ursache ihrer Erweiterung ward. Eine Verbindung wirtschaftender Personen auf gleichem Fuße ist die eine von zwei denkbaren Formen gesellschaftlicher Wirtschaft. In der Geschichte aber gehört sie zu den fast rein ideologischen Voraussetzungen“. Die Vorstellung einer solchen gleichheitlichen, auf Gegenseitigkeit der Leistungen beruhenden Verbindung hat daher nur methodologischen Wert. Sie läßt den Kontrast der Unterwerfungsorganisation schärfer hervortreten und bildet die Brücke zum Gedankenreich eines vollkommenen, „gerechten“ Gesellschaftszustandes. In Wirklichkeit ist das Eigentum die Wirkung eines rohen Mechanismus gewaltsamer Kräfte. Mit einer Art mechanischer Notwendigkeit entstand es in einer Periode, wo weder Einsicht noch Wille zur Schöpfung besserer gesellschaftlicher Verknüpfungen vorhanden sein konnten. In ihm wird nicht nur die Natur, sondern auch die Arbeit zum Gegenstand des Besitzes. Es schließt daher eine „Arbeits-herrschaft“ in sich, denn es übt eine Aneignung auf die Früchte der besitzlosen Arbeitskraft aus. Und indem es nur in den Händen einer besonderen Klasse sich in erheblicher Weise verwirklicht, wird es zu einem einseitigen Klassenmonopol. Gleichgiltig ist dabei, daß die Machtausübung aus

einer direkten eine mehr indirekte ward. Sie ist dadurch nur um so wirksamer geworden.

Im Wesen allen traditionellen Eigentums liegt also die ersatzlose Aneignung fremder Arbeit. In diesem Sinne ist die dem 18. Jahrhundert entsprossene Idee, daß Eigentum Diebstahl sei, eine bleibende Wahrheit. Denkt man sich dagegen jenen Unrecht-Bestandteil weg und fragt sich z. B., welche Gestalt das Besitzverhältnis am Boden hätte annehmen müssen, wenn die ökonomischen Beziehungen durch nichts als freiwillige Gegenseitigkeit bestimmt worden wären, so würde zunächst, bei reiner Individualwirtschaft, zwar eine dem gewöhnlichen Eigentum vergleichbare Verfügungsform sich entwickelt haben. Aber mit der durch die größere Menschenzahl und die technischen Erfordernisse der Wirtschaft bedingten Notwendigkeit eines organisierten wirtschaftlichen Zusammenwirkens hätte bei der gleichheitlichen Lage aller Interessenten deren sozialökonomische Verknüpfung nur im Sinne kollektiver Teilnahme an der Verfügung über den Boden ausfallen können.

Ganz anders stellt sich D. zum Erbrecht. Es ist ihm ein an sich harmloses und erst in Verbindung mit dem monopolistisch gearteten Eigentum „schuldig werdendes“ Prinzip. Denn es ist keine Hauptursache der Ungleichheit. Nur muß man das Erbrecht stets von seiner besonderen Gestaltung trennen. Die gleiche Verteilung des Familienbesitzes an die Abkömmlinge hat die Tendenz, alle Vermögensanhäufungen immer wieder in kleinere Teile zerfallen zu lassen. Ungehemmte Volksvermehrung und gleichheitliches Erbrecht müßten also immer wieder zu frischen Ausgleichungen führen. Daher die Sanktionierung von Ungleichheiten des Erbgangs, wie beim Bauernrecht, unvermeidlich ist, wenn man nicht zur Gemeinwirtschaft gelangen will. Eine gewisse Vererbung ist überhaupt die notwendige Begleitung des Familienprinzips. Indessen der heutige Eigentumszustand erzeugt eine ungesunde, die Ungleichheit möglichst fördernde Gestaltung des Erbrechts, wodurch das Familienprinzip leidet, da bei ihr Besitz und Vererbung nicht den Interessen des Familienbandes, sondern das letztere den ersteren dienen muß.

Das Eigentum, als Besitz in Gegensatz tretend zur besitzlosen Arbeit, erscheint also geschichtlich als Erzeugnis der Gewalt.

Einmal vorhanden erweitert sich der Besitz durch die Anhäufung seiner eigenen Einkünfte und bedarf nicht notwendig neuer Gewaltmittel zur Ausdehnung seiner Herrschaft. Es genügt vielmehr eine indirekte Ausübung der durch die Besitzposition gegebenen ökonomischen Kräfte. Erleichtert wird ihm diese durch die Gewohnheit und die moralischen Mächte, durch welche die Unwissenheit der Menge ausgebeutet wird. Schließlich stellt man den Besitzstand und die durch ihn ermöglichte Auspressung der besitzlosen Arbeit als naturnotwendige, unabänderliche und einzig mögliche Ordnung hin. Die Besitzrente erscheint in den beiden Formen der Grundrente und des Kapitalgewinns, deren Grundlage der Arbeitslohn ist und die aus sozialer und politischer Unterordnung entspringen. Beide sind Einkommen des Arbeitsherrn, denn nicht als Grundherr oder Kapitalbesitzer, sondern als Herr einer gewissen Menge Arbeitskraft bezieht sie ihr Empfänger. Besonders die hochzentralisierten Besitzformen, Großgrundeigentum und industrielle Kapitalkonzentration, tragen den entschiedenen Charakter eigentlicher Herrschaftsausübung. Sie bilden eine eigene soziale Regierung und Verwaltung, statten sich selbst mit politischen Funktionen und Einflüssen aus, formieren in gleichviel welcher Staatsform eine polizeilich unterstützte Besitzherrschaft und gestalten und fruktifizieren das allgemeine Recht und seine Anwendung zu ihren Gunsten. Steuergesetzgebung und Scheinreformen vollenden die ökonomische Aneignung und machen die besitzlose Masse in großem Stil und unter verhüllten Formen auch noch von Staatswegen tributpflichtig. Vergeblich suchen die Besitzer ihren Besitz aus eigener Arbeit oder solcher der Vorfahren abzuleiten. Wohl stammt er aus Arbeit — aber fast stets aus der Arbeit anderer. Eigene Bemühungen der Besitzer dürfen darüber nicht täuschen. Sie beruhen auf der Besitzgrundlage und würden ohne diese erfolglos sein. Alle Abschwächungen dieser Entwicklung, wie durch Agrarreformen, sind bedeutungslos gegenüber der Tendenz des Besitzes, sich auf Kosten der schwächeren Positionen zu vermehren. Der Konzentrationsprozeß in der Volkswirtschaft ist ein naturgesetzlicher. Keine Mittelstandspolitik kann ihn aufhalten, abgesehen davon, daß er durch seine Ausmerzungen von Ungleichheiten niedriger Ordnung ohne Existenzberechtigung geradezu ein Segen ist.

Die besitzlose Arbeit auf der anderen Seite kann nie über ihre eigene ökonomische Ohnmacht hinausgelangen. Sie ist verurteilt, unselbständig, der Eigentumbildung unfähig und gegen fremde Aneignung schutzlos zu sein. Zwar ist der Arbeitslohn kein Unterhaltsminimum, wie RICARDO will, und erst recht kein stationäres, aber stets ein Sold, der nie mehr als die jedesmalige Lebensweise deckt. Dadurch wird das tiefere Eigentumsprinzip schwer verletzt. Besitzrente und Arbeitssold gehören also eng zusammen. Aber die Lohnarbeit kann wegen dieses ihren Charakters nur ein Übergangsgebilde sein. Die Unsicherheit ihrer Lage, ärger als die der Sklaven, erzeugt ständig den Trieb, über das Lohnsystem und die in ihm enthaltene Beeinträchtigung des allgemeinen menschlichen Eigentums hinauszustreben. Alle Verbesserungen in der Lage der Arbeiter können daran nichts ändern und wiegen nichts gegen das Übel ihrer Selbständigkeit im Leiden und Unselbständigkeit im Tun. Nie kann sich das Prinzip der Aneignung fremder Arbeit vertragen mit dem anderen, neben ihm den wirtschaftlichen Erfolg bestimmenden Prinzip des Austauschs von Arbeit gegen gleichwertige Arbeit. Damit wird die diesen Gedankenreihen durchaus adäquate, nicht zu übergehende Wertlehre D.s berührt.

Nach ihr gibt es keinen allgemeinen Wertbegriff mit den Unterarten des Gebrauchs- und des Tauscherts. Ersterer wird überhaupt geleugnet und auf die allgemeine Nützlichkeit reduziert. Vielmehr beruht, ganz nach CAREY, aller Wert auf dem Beschaffungswiderstand, den die Verschiedenheit der Naturverhältnisse den menschlichen Bestrebungen entgegensetzt. Die dadurch benötigte größere oder geringere Kraftausgabe bestimmt den größeren oder geringeren Wert. „Nicht was uns die Dinge leisten, sondern was wir leisten müssen, um zu ihnen zu gelangen, entscheidet über Dasein und Größe des Wertes“. Außer dem von der Natur geleisteten Widerstande gibt es aber noch ein rein soziales Hindernis, das ist der Mensch. Der Einzige steht der Natur frei gegenüber. Aber sobald ein zweiter hinzukommt, der mit dem Degen in der Hand die Zugänge zur Natur besetzt hält und für den Einlaß irgend einen Preis fordert, besteuert er damit jenen und bewirkt dadurch, daß der Wert des Erstrebten größer ausfällt als ohne dieses politisch-soziale Hindernis. Dem

natürlichen gesellt sich somit der soziale Wert, dessen Kraft die Austauschverhältnisse beherrscht. Sein begleitendes Gegenstück ist eine entsprechende Niederdrückung der Geltung der Arbeit. Eine Illusion ist es daher, den Wert schlechtweg als ein Gleichvielgelten, also als ein nach dem Prinzip der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung zustande gekommenes Austauschverhältnis anzusehen. Die Konkurrenz ändert daran nichts, denn die aneignenden Gewalten bestimmen ihre Bahnen. Keine Werttheorie kann daher ein Maß liefern, das eine Rechtfertigung der sachlichen Richtigkeit der herrschenden Austauschverhältnisse ergibt. Vielmehr sind alle bisherigen Werttheorien falsch und müssen es sein, da die gleichviel wie und worin vorgestellte allgemeinste Schätzungsursache jenen Zwang nicht berücksichtigt. Dem durch die natürlichen Produktionshindernisse bestimmten „Produktionswert“ steht also gegenüber der politisch-soziale Positions- oder „Verteilungswert“. Spricht man vom Wert, wie z. B. vom „Wert der Arbeit“, so ist daher stets zu prüfen, welche dieser beiden Arten von Wert damit gemeint ist. Denselben Doppelsinn wie der Wert und wie sein geldmäßiger Ausdruck, der Preis, enthält auch der Begriff „Reichtum“: rein ökonomische und daher an sich unschädliche Macht über Dinge, und Herrschaft des Menschen über den Menschen. Für den Ursprung und die Ausdehnung des Reichtums ist das letztere Element das bezeichnende. Die politische und soziale Unterdrückung ist das Piedestal, auf dem sich weltgeschichtlich die von direkten zu indirekten Formen übergegangene Ausbeutung erhebt. Als sein notwendiges Korrelat erscheint die Armut, aus gleicher Ursache hervorgehend und mit ihm die Menschheitsgeschichte durchwandernd. Die Masse der Unterworfenen und ihre Leistungsfähigkeit für fremde Zwecke bestimmen die Größe dieser Art von Reichtum.

Gewalt und Arbeit sind mithin die beiden Hauptfaktoren für die „sozialen Verknüpfungen“, die den gesamten Zusammenhang der Volkswirtschaft darstellen. Die Arbeit selbst macht D. auffallend wenig Schwierigkeit. Sie erscheint ihm als bloße mühevollere Zeitaufwendung, die alle Arten von Arbeit, körperliche und geistige, umfaßt, sich in dieser Hinsicht in ihren Verzweigungen gar nicht unterscheidet und zur einzigen Voraussetzung ihrer

ökonomischen Möglichkeit die zu ihrer Ausübung erforderliche Konsumtion hat. Die verschiedene Bewertung der verschiedenen Arten von Arbeit beruht nur darauf, daß der jeweilige Kostenbetrag, um den die höhere Qualifikation beschafft und fortgepflanzt wird, die Differenzierung der Löhne bestimmt. Daher muß, als positive Folge des Austausches von Arbeit gegen Arbeit, das Prinzip der gleichen Verteilung gelten, das aber von D. leider nicht näher bestimmt wird.

V.

Aus dieser gedrängten Darstellung der sozialökonomischen Grundanschauungen D.s läßt sich bereits die Richtung seines „sozialitären“ Systems erkennen und dessen Grundcharakter ahnen. In seinem Mittelpunkt steht die Aufhebung der Lohnhörigkeit und ihre Ersetzung durch eine Organisation der Selbstwirtschaft, in der der unabhängig gewordene Arbeiter an der Produktionsleitung wirtschaftsbürgerlichen Anteil hat und über den vollen Ertrag seiner Arbeit verfügt. Diese Umwandlung ist für D. das Merkmal eines jeden Sozialismus. Damit kennzeichnet er selbst sein System als ein sozialistisches, nur freilich eigener Art, das durch scharfe Grenzlinien und klaren Inhalt vor den „nebelhaften Gebilden“ aller bisherigen sozialistischen Theorien, einschließlich derjenigen von MARX, ausgezeichnet sein soll. Die Hauptgrenzlinie gegen sie zieht er durch Hervorhebung der Naturgesetzlichkeit und daher Unentbehrlichkeit des Austauschprinzips, und zwar auf der Metallgeldbasis. Tauschverkehr und Geld bleiben also bestehen und demgemäß auch die freie Konkurrenz, die nun aber erst zu einer wahrhaft freien wird. Die naturrechtliche Motivierung dieser Beibehaltung ist für D.s Grundanschauung charakteristisch. Er weist auch selbst darauf hin, daß dieses Festhalten die Gemeinschaft seines Systems mit den „gediegenen Teilen der bisherigen Wissenschaft“ vermittele und auf der von ihm kritisch gereinigten Wert- und Geldtheorie beruhe.

Das ist der Kern des „sozialitären Systems“. Dieses selbst bildet nur einen, wenn auch einen sehr wichtigen Teil des gesellschaftlich-politischen Gesamtsystems. Es entspricht diese Einreihung der im Eingang hervorgehobenen Auffassung D.s von

der Volkswirtschaftslehre als Teiles einer umfassenden und selbständigen Gesellschaftslehre. Die „Sozialität“ ist für ihn in erster Linie „eine politische Angelegenheit“. Der „rationelle Sozialismus“ umfaßt nicht bloß die ökonomischen, sondern alle politischen und gesellschaftlichen Interessen. In diesem weiteren Rahmen betrachtet will das sozialitäre System eine freie Gesellschaft ins Leben rufen, die den bisherigen Gewaltstaat mit allen seinen Unterdrückungsformen als eine geschichtlich rohe Gestaltung hinter sich läßt und weder Herren noch Knechte kennt. In ihr und durch sie ist die Beraubung des Menschen durch den Menschen in gleichviel welchen Formen und Arten fortan ausgeschlossen. An die Stelle des egoistischen Gewaltindividualismus tritt die „gerechte“ Betätigung der Individualsoveränität. Beseitigt werden daher alle Arten von Knechtschaft und Frondiensten, wozu D. außer der eigentlichen Lohnarbeit auch das von ihm als besonders entwürdigend hingestellte Dienstbotenverhältnis und die moderne Ehe, den „Zwangsbesitz am Weibe“, rechnet. Die geschichtlich ausgebildeten Eheformen haben nach ihm das weibliche Geschlecht zum Gegenstand des Besitzes seitens der Männer gemacht und dieser Besitz beruht auf rein materiellen, wirtschaftlich-egoistischen Motiven und Interessen.

Die neue freie Wirtschaftsgesellschaft ist also zugleich ein politisches Gemeinwesen, weshalb ihre Glieder auch noch aus anderen als bloß wirtschaftlichen Gründen fest miteinander verwachsen werden. Sie wird sich zunächst nach Abstammungs- und Sprachgemeinschaft organisieren und aus „Wirtschaftskommunen“ zusammensetzen, welche die spezifischen Träger des „sozialitären Systems“ in seinem wirtschaftlichen Teile sind. Ihr Aufbau und ihr Funktionensystem sind daher das Spiegelbild von D.s ökonomischer Gedankenwelt, soweit diese positiven Gehalt hat. Nur ist dieses Bild an manchen und oft gerade recht wichtigen Stellen weniger klar als man wünschen muß, offenbar aus bewußter, vorsichtiger Zurückhaltung, wie sie allen Sozialisten, mit Ausnahme der ihrem Naturell nach in ungezügelten Phantasien, wie FOURIER, schwelgenden, bei Entwerfung ihrer positiven Zukunftsprogramme in bewußter oder instinktiver Vermeidung gefährlicher Blößengebung eigen ist. Die Wirtschaftskommune ist eine Gemeinschaft von Personen, die durch ihr

Recht der Verfügung über einen Bezirk von Grund und Boden und über eine Gruppe von Produktionsanstalten zu gemeinsamer Tätigkeit und gleicher Teilnahme am Ertrage verbunden sind. Ihre Bildung knüpft möglichst an die geschichtlich entwickelten Einrichtungen an, unter Anpassung an die gleichzeitige politische Organisation. Sie beruhen auf beruflicher oder territorialer Grundlage, indem z. B. in Gebieten mit vorherrschendem Ackerbau der in großem Stile betriebene Bodenbau, in städtischen oder ländlichen Gebieten der eigentlichen Industrie die industrielle Arbeit das Bindemittel für die Mitgliedschaft sein wird. Den Wirtschaftskommunen gehören zu öffentlichem Recht der Boden, alle Produktionsmittel sowie die Wohnplätze und wohlichen Einrichtungen. In letzterer Hinsicht ist also auch die Konsumtion durch sie vergesellschaftet. Aber dieses Recht ist kein Gewalt-eigentum, denn es hat keinen ausschließenden Charakter. Zwischen den verschiedenen Wirtschaftskommunen besteht nämlich Freizügigkeit und Zwang zur Aufnahme neuer Mitglieder nach bestimmten Gesetzen und Verwaltungsnormen — über deren Inhalt leider nichts Näheres mitgeteilt wird. Die allgemeine Zugänglichkeit einer jeden Wirtschaftskommune für jedermann ist das leitende Prinzip und innerhalb jeder Kommune der Grundsatz der individuell freien Beweglichkeit in einem unvergleichlich höheren Umfang als früher. Die „Naturgesetze“ der wirtschaftlichen Bevölkerungsgruppierung sichern dabei gegen jeden grundsätzlichen Widerstreit in den Verpflanzungsbewegungen. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Mitglieder wird sittlich veredelnd auf sie einwirken und namentlich falsche Rassenmischungen der Ehe fernhalten. In allen Stücken aber wird die Gerechtigkeit der Kompaß der sozialitären Bewegung sein. Wie sie der Prüfstein für die kritische Beurteilung aller vergangenen, gegenwärtigen und zukünftig denkbaren Gesellschaftsformen und -Zustände bei D. ist, so ist sie auch die Achse, um die sich das Triebwerk seines „sozialitären Schemas“ bewegt.

Praktischen Ausdruck findet sie vor allem im Wegfall des Profitprinzips durch die Einführung des Grundsatzes gleichheitlichen Austauschs, d. h. Austauschs gleicher Arbeitsmengen. Die gegenwärtige Leitung der wirtschaftlichen Angelegenheiten durch den Privatbesitz als dessen natürliches Vorrecht, die private

Monopolisierung der Existenz- und Erwerbsmöglichkeiten, dies alles wird künftig so angesehen und verurteilt werden wie jetzt bei uns die feudalistische Vergangenheit. Die sozialökonomischen Verrichtungen werden das wechselnde Schicksal der politischen Funktionen teilen. Sie werden völlig unabhängig von einem privaten Unternehmungsrecht zu denken sein. Denn was Angelegenheit aller ist, kann nicht dauernd dem Mechanismus der Sonderinteressen überliefert bleiben. Die Teilnahme an der wirtschaftlichen Arbeit ist im Anordnen wie im Ausführen eine Funktion von öffentlichem Charakter. Jede Stellung in der allgemeinen Arbeitsteilung und im Austausch erscheint als ein sozialer Beruf, bei dessen Ausübung das eigene Wohl nur mittelst der Sorge für die Gesamtheit wahrgenommen werden kann. Vor allem der Antrieb zur Arbeit — die wichtigste Frage in allen ökonomischen Verfassungen und eine besonders heikle Frage für alle sozialistischen Zukunftsgebilde — wird ein anderer und besserer. An die Stelle der Gewinnmacherei tritt das veredelte und durch die Rücksicht auf das Wohl anderer gemäßigte Eigeninteresse, dem Raum genug zur Betätigung verbleibt. Das will besagen, daß D. das Prinzip des wirtschaftlichen Interesses als das Hauptmotiv aller wirtschaftlichen Tätigkeit, ja als oberstes Gesetz anerkennt. Doch soll dies Prinzip nur bedeuten, daß nichts ohne ein materielles Interesse geschehe. Eigeninteresse unterscheidet er also scharf von Eigensucht, d. h. von Geltendmachung des eigenen Interesses mittelst Schädigung eines anderen. Er tadelt die ökonomische Sophistik, die so oft das Einzelinteresse als das Gesamtinteresse ausspielt. In der freien Gesellschaft werde aber dadurch, daß die Gewinnmacherei aufhört, das einzige Motiv der gegenwärtig herrschenden Gesellschaft zu sein, keineswegs Lässigkeit oder Korruption verursacht. Denn indem die Arbeit zu einer Art Amt wird, verliert die Gewohnheit, nur für den gröberen Sporn des Gelderwerbs empfänglich zu sein, ihre Nahrung. Das Interesse hört also keineswegs auf, Sporn der Tätigkeit zu sein, wenn es sich nicht mehr auf Aufhäufung von Rente und Kapitalgewinn richten kann. Es erscheint vielmehr in der veredelten Form des Ehrgeizes und wird darauf hinzielen, sich die Vorteile anzueignen, die in der Ausstattung mit persönlichen Fähigkeiten bestehen und einen diesen entsprechenden

Platz in der Produktion verschaffen. Hier bietet sich eine große Mannigfaltigkeit, die zugleich indirekt zwar nicht das Maß aber die Art der Konsumtion mitbestimmt. Die Bemühung um die Gestaltung der Lebensweise nach Maßgabe der Fähigkeiten und ihrer Entwicklung wird herrschendes Motiv und eröffnet den Ausblick auf eine „reizende Vielgestaltigkeit des Lebens“. Die Produktion selbst wird ein Interesse erhalten. Der stumpfe Betrieb, der sie nur als Mittel zum Gewinnzweck würdigt, wird nicht mehr das herrschende Gepräge der Zustände sein. Überdies schließt die grundsätzliche Gleichheit der Ansprüche in der neuen Ordnung nicht aus, verdienten Personen einen Ausdruck besonderer Anerkennung und Ehre zuteil werden zu lassen. Die Gesellschaft ehrt sich selbst, indem sie höhere Leistungen durch eine mäßige Mehrausstattung für die Konsumtion auszeichnet. Solcher Ehrenpreis wird wiederum zur allgemeinen Steigerung und Veredelung der Leistungen anspornen. Unter so günstigen Chancen wird dann auch die Produktion die ihr bisher vom Gewalteeigentum gezogenen Schranken weit übersteigen und ebenso wie die gegenseitige Versorgung ein höchstes Maß durch das Recht der gleichheitlichen Betätigung der Arbeitskraft und der ihr entsprechenden unverkürzten Konsumtion erreichen.

Die Verteilung des Ertrages der gesellschaftlichen Arbeit soll die „ebenmäßigste“ sein und vor allem dem Gerechtigkeitsprinzip unterliegen. Es wurde schon gezeigt, daß D. das Prinzip der „gleichen Verteilung“ aus seiner Wertlehre ableitet, ohne jedoch die Art dieser Verteilung näher zu bestimmen. Nach dieser Ableitung scheint aber der Anteil des Arbeitenden am Ertrage der gesamtwirtschaftlichen Arbeit sich lediglich nach dem durch die aufgewendete Arbeitszeit bestimmten Quantum geleisteter Arbeit bestimmen zu sollen.

Das Eigentum der Wirtschaftskommunen am Boden und an den Produktionsmitteln ist kein körperschaftliches im heutigen Sinne, auf das D. auch der unklare Gesamteigentumsbegriff von MARX hinauszu laufen scheint, sondern wird durch das freie Ein- und Austrittsrecht der Mitglieder des Gewaltcharakters entkleidet. Von den beiden Elementen, die das Eigentum in sich schließt, dem Recht, die Sache beliebig zu gebrauchen, und dem Recht, andere von ihrem Gebrauch auszuschließen, ist das letztere, anti-

soziale und gemeinschädliche, fortan ausgeschlossen, dagegen das erstere im denkbar höchsten Grade für das Gemeinwohl nutzbar gemacht. An dem ihm zufallenden Anteil am Arbeitsertrage erwirbt der Arbeitende das alleinige freie Verfügungsrecht. Nur kann dieses nie zu Kapitalbildung im heutigen Sinne und Gewinnmacherei gemißbraucht werden, da Zins und Rente verschwunden sind. Er kann also Güter, die ihm als Arbeitsertrag zufallen, zwar aufhäufen, aber nur zu konsumtiver Verwendung, und ebenso auch vererben. Die dadurch entstehenden Besitzunterschiede sind aber harmloser Natur. Sie können nicht zu Ausbeutung von Mitmenschen führen. Die anfechtbare Seite des Eigentums ist also beseitigt, der bloße Besitz ohne Rentabilität und Zinskapazität aber unschädlich, da nicht er, sondern die ausbeutende Kraft mit ihrem politischen Ursprung und Rückhalt das sozial Schuldige ist. Hiermit glaubt D. hoch über MARX zu stehen, dessen „Expropriation der Expropriateure“ nur eine Korrektur des Raubes durch neuen Raub sei und die Naturgesetze der Moral schmäählich verletze, während D.s Ausscheidung des Gewaltbestandteils dem tieferen Prinzip des Eigen, d. h. dem Schutze der Persönlichkeit und ihrer wirtschaftlichen Kräfte zur Entwicklung ver helfe. Als weiteren Vorzug vor dem Marxismus rühmt D. die höchste individuelle Freiheit, die seinem System eigen sei gegenüber dem MARXschen Zwangsarbeitsstaat, der den einzelnen in allen seinen Lebensbeziehungen seiner Macht unterwerfe.

D. erkennt aber sehr wohl, daß zu dieser Neuorganisation der Gesellschaft als wesentliche Vorbedingung sozusagen die Neuorganisation des inneren Menschen gehört. Denn das neue System setzt, namentlich wegen des der persönlichen Freiheit gewährten sehr viel größeren Spielraums, auch veredelte Menschen voraus. So stellt er denn das Personalitätsprinzip auf, d. h. er fordert, daß mit den Einrichtungen auch die Menschen soweit umgeschaffen werden, daß ihre durchschnittliche Beschaffenheit dem allgemein und gleichmäßig erhöhten Stande der Lebensweise entspricht. Hierbei erklärt er, in Gedankenwendungen, die sowohl inhaltlich als in der Form an die berühmten Stellen in LASSALLES sogenanntem „Arbeiterprogramm“, dieser genial und kühn pointierten Zusammenfassung der Arbeiterfrage, erinnern.

nur keinen direkten Appell an die Arbeiter enthalten, die Arbeiterwelt für berufen zu dem großen Werk rückhaltloser Kritisierung des Gewaltrechts und Gewaltstaats sowie des zugehörigen Wahns und Trugs in Gedanken und Tat. Dies große Werk soll sie selbstbewußt und kühn in Angriff nehmen und sich dazu mit der ganzen sittlichen und wissenschaftlichen Kraft erfüllen, die in den höchsten Steigerungen des befreiten Denkens und veredelten Wollens pulsiert. Als notwendige Vorbereitung dazu soll sie an ihren Bedürfnissen eine durchgreifende Selbstkritik üben im Sinne der Bändigung von Rohheit und Zügellosigkeit der Triebe und Leidenschaften, Ächtung falscher Sitten und Moden und maßvoller Begrenzung der Lebensreize. Die Arbeit soll in diesem Sinne zum bewußten Menschheitsgesetz gemacht und zu einem bedeutenden Kulturmittel systematisch entwickelt werden ¹⁾).

Wichtige Einzelheiten vervollständigen dieses Bild von der Wirtschaftskommune. Der Handel muß seinen Charakter vollständig ändern, da er das Prinzip doppelter Tributaufliegung beim Ein- und Verkauf nicht beibehalten kann. Die Kommune übernimmt ihn und sorgt durch ein besonderes gesellschaftliches Organ für eine die Spekulation ersetzende, auf Voranschlägen der Bedürfnisse und Leistungsfähigkeiten beruhende verlässliche Ordnung im Verhältnis von Produktion zu Konsumtion. Abgeordnete der verschiedenen Kommunen bilden ein der Leitung des Handels und des gesamten, gleichfalls von den Kommunen übernommenen Verkehrswesens dienendes Zentralorgan der gesamten Wirtschaftsgesellschaft. Den Kleinhandel übernimmt jede Kommune in ihrem eigenen Bezirk zu planmäßigem Vertrieb. Im Gebiete der Produktion werden die „Herstellungskosten“ er-

1) Bei LASSALLE heißt es: „Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefsittliches Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesamten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der gesamten Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten. Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen noch selbst der harmlose Leichtsinne der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart aufgebaut werden soll!“

setzt durch Veranschlagungen der zu verwendenden Arbeitsmengen, je nach der Zahl der alle zu gleichem Recht wirtschaftenden Personen. Nach diesen Anschlägen wird das den Naturverhältnissen der Produktion und dem gesellschaftlichen Verwertungsrecht entsprechende Verhältnis der Preise sich ergeben. Die Produktion der Edelmetalle bleibt (entsprechend D.'s Bekenntnis zur Produktionskostentheorie) für die Wertbestimmung des Geldes maßgebend. Überall sind also eigentlich nur die von der Gewalt und dem Vorrecht herrührende Tributauflegungen ausgemerzt, sodaß sie auf keine Weise als Bestandteile in die Werte und die Preise übergehen können. Für alle Werte und Austauschverhältnisse werden somit Bestimmungsgrund und Maß nicht verloren, sondern erst gehörig gewonnen. Dabei werden aber alle Unzuträglichkeiten und Freiheitsbeeinträchtigungen, die sich im System des MARX'schen Kollektivismus aus der alles allein regelnden gesellschaftlichen Fürsorge und damit verbundenen Omnipotenz der Behörden ergeben, durch die Beibehaltung des Tauschverkehrs und des Geldes vermieden. Der Grad des Wohlstandes wird nach alledem völlig und lediglich von dem Verhältnis abhängen, in dem die aufzuwendende Arbeit zum wirtschaftlichen Ergebnis steht. Die neue Ordnung wirkt aber auch über das wirtschaftliche Gebiet hinaus. Die Ehe nimmt jetzt erst sittlichen Charakter an, womit die Verschlechterung des Menschentypes durch die bisherige Ehe in eine Veredelung verwandelt wird. Auch wird Sorge getragen für die auf die Beschaffenheit des Menschen wirkenden Fortpflanzungsursachen, indem in erheblichem Umfange „die sich in der Erzeugung geltend machende Rohheit“ abgetan und die Vererbung von Mängeln und Krankheiten verhütet wird.

VI.

Als Übergangsgebilde zur freien Selbstwirtschaft sieht D. die Arbeiterorganisationen an, welche die Brücke zu einer allmählichen Umwälzung der Gesellschaft schlagen können und sollen. Sie sind ihm „natur- und volkswüchsige Rückwirkungen gegen den Druck der Lohnhörigkeit“, die aber nur da eine energische Macht sind, wo sie sich mit dem vollen sozialistischen Bewußtsein und namentlich mit dem Gedanken erfüllt haben, daß

die beiderseitigen Maßnahmen stets einem wirtschaftlichen Kriege gelten, durch den über die sonst unausgleichbaren Ansprüche entschieden wird. Die gesamte Arbeiterschaft müßte sich organisatorisch zusammenschließen, u. zw. so, daß die Vertragschließung mit den Unternehmern durch die Hand der in rechtsfähiger Form begründeten Arbeiterorganisationen geht und daß diese zugleich rechtsverbindlich die Funktion genossenschaftlicher Fürsorge für die Arbeitslosen mit Hilfe dafür angesammelter Fonds üben dürfen. Den Vertrag zwischen den streitenden Parteien der Arbeitgeber und Arbeiter erklärt er für die einzig denkbare Form jeweiliger Friedensherstellung, weil die besitzende und die arbeitende Klasse die Hauptteilung der Gesellschaft darstellen und neben sich keine andere Macht haben, durch welche die Souveränität ihrer wirtschaftlichen Interessen beschränkt werden könnte. Diese freie Vertragschließung ist daher durch möglichste Erleichterung und Zugänglichmachung ihrer Formen zu begünstigen. Schließlich muß die Gesetzgebung, je mehr Einfluß die Arbeiter auf sie gewinnen, vorschreiben, welche Grundsätze für die Ausübung der Arbeit maßgebend sein sollen. Vor allem der, daß der Besitz zwar vorläufig noch über sich selbst, d. h. über die Sache, aber nicht über den Menschen, den er zur Ausnutzung der Sache benötigt, bestimmen darf. Gänzlich verwirft D. dagegen die Produktivassoziationen, da bei ihnen die Arbeiter die Rolle von kapitalistischen Unternehmern spielen und sich gegenseitig Konkurrenz machen, und ebenso jede Selbsthilfe der Arbeiter, welche deren Lage auf dem Sparwege oder auf den sonstigen Wegen der bestehenden Wirtschaftsordnung zu verbessern trachtet.

Der Übergang zur freien Wirtschaftsgesellschaft soll im übrigen in einem Sinne angestrebt werden, den man in der Gegenwart als ausgesprochen revisionistisch bezeichnen würde: nämlich durch Ausnutzung jedweder Möglichkeit zur Durchführung von Reformen, die dem Ziele schrittweise näher bringen. Auch der kleinste Ruck nach dieser Richtung hin soll nicht verschmäht, vielmehr schrittweise das Prinzip der Knechtschaft, namentlich unter Benutzung der vom Konstitutionalismus gebotenen Möglichkeiten, zurückgedrängt werden. Auch die im „Militarismus“ enthaltene Macht soll der Entwicklung zum Endziele dienstbar gemacht

werden im Wege einer Art von Demokratisierung. Wenn nämlich zur allgemeinen Wehrpflicht die allgemeine Zugänglichkeit aller Führerposten komme, werde sich der Heeresmechanismus in ein unschätzbares Mittel zentraler Durchführung der neuen Ideen verwandeln. Auch das Nationalitätsprinzip muß durchbrochen und überwunden werden, da die internationale Gesinnung und Gegenseitigkeit die unabweisbare Voraussetzung ist für das einzige Mittel, den Frieden mit der Freiheit vereinbar zu machen, nämlich die Ablenkung der Kräfte vom Kampfe gegen den Nebenmenschen auf die Überwindung der Naturhindernisse. Damit sich die Völker nicht mehr als Kanonenfutter gegeneinander gebrauchen lassen, müssen die einzelnen in großen Vereinigungen, als welche in erster Linie die internationalen Arbeiterassoziationen, sofern sie sich nur frei entwickeln dürfen, in Betracht kommen, alles tun zur Hintertreibung frivoler Kriegsvelleitäten. Eine bessere Einsicht muß die einzelnen die Torheit der aus Brut- und Futterfragen erwachsenden Kriege und deren wahre Gründe und Zwecke erkennen lehren, damit sie sehen, welche niederen oder höheren Interessen dabei gewinnen oder verlieren. Um die Glorie des Krieges wird es dann geschehen sein.

Nicht unerwähnt darf schließlich noch die schroffe Stellung D.s zur Religion bleiben. Sie ist ihm „kein Mittel, von dem die freie Gesellschaft für ihre Zwecke Gebrauch machen könnte“. Im Gegenteil erscheint ihm schon die Vorstellung einer jenseitigen Abfindung mit dem sozialen Elend als ein Glaubenswahn, der das Streben nach einem vollkommeneren Gesellschaftszustande an seiner Wurzel angreift. Die Religion hat ihm zum Inhalte „Superstitionen“, die dem Lebensprinzipie seines sozialitären Systems feindlich sind und daher „abgetan“ werden müssen. Alles Transzendente verwirft er schlechthin, ebenso alle religiösen Kulte, da sie nur „geistliche Zauberei“ enthalten, sowie jede Art von Priestertum, auch das der Wissenschaft nach Art eines SAINT-SIMON oder AUGUSTE COMTE. Die „rationelle Wissenschaft“ soll allein maßgebend sein und der ganze Kultusetat für den Unterricht Verwendung finden, damit die Mißleitung des menschlichen Verstandes und Gemütes durch den religiösen Aberglauben aufhört und die politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen von seiner irreführenden und entzweierenden Einmischung entlastet

werden. Auch die Philosophie der letzten Menschenalter ist ihm nur ein „Niederschlag der religiösen Superstition“, den er sogar in der MARX und LASSALLE eigenen Art von Bildung zu bemerken glaubt, und daher keine geeignete Grundlage für ein die Gesellschaft umschaffendes exaktes Gedankensystem.

Nächst der Religion ist D. die von ihm selbst früher betriebene Rechtswissenschaft besonders verhaßt, da sie zu ansehnlichem Teil ebenfalls nur künstlich aufrecht erhaltener Aberglaube und ein dem religiösen Kultus ähnliches „Rechtspriestertum“ sei, das an Wahn und Trug sogar noch mehr aufgespeichert habe als die Medizin.

VII.

Von der III. und IV. Periode D.s ist nur wenig zu sagen. In der dritten hat sich seine Anschauung über den Inhalt des Begriffs „wirtschaftliche Gerechtigkeit“ völlig geändert. Sie schlägt einen Weg ein, der sehr weit nach der Richtung zurückgeht, in der D. in der ersten Periode das Ziel suchte. Er sieht die Ungerechtigkeit nämlich nicht mehr in der vermittelt der freien Konkurrenz erfolgenden Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren, sondern nur noch in der Störung des Gleichgewichts der Kräfte, also in deren ungleichmäßigen Verteilung, welche die Abhängigkeit des einen Teils vom anderen zur Wirkung hat. Sobald jenes Gleichgewicht hergestellt sei, würden nur noch natürliche und sachliche Gründe maßgebend sein für das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung im wirtschaftlichen Verkehr. Er rechtfertigt diesen Rückzug durch die Berufung auf die korrekte Anwendung der von ihm systematisch benutzten besonderen Methode, nämlich der durchgängigen Berücksichtigung der quantitativen oder Maßverhältnisse. Das quantitative Übergewicht, die Maßdifferenz in den Stärkeverhältnissen der Kontrahenten des wirtschaftlichen Tauschverkehrs, nichts anderes ist das Grundübel.

Vor allem ist aber seine Auffassung des Privateigentums und daher seine Stellung zu ihm ein ganz andere geworden. In der vorausgegangenen, der Hauptperiode, sah D. in der tatsächlichen und rechtlichen Verfügungsmacht des einzelnen über aufgehäufte Erzeugnisse gesellschaftlicher Arbeit eine schwere Verletzung der

natürlichen Gerechtigkeit, vor allem soweit diese Erzeugnisse selbst Produktionsmittel sind, deren Besitz ihm die Macht verleiht, fremde, produktionsmittellose Arbeit sich dienstbar zu machen. Der Gegenwert, den der Besitzer für seinen Verzicht auf die hindernde und ausschließende Kraft dieses „Kapitals“ fordert und erhält, ist in der milderen Form der Zins, den der Unternehmer dem Leihkapitalisten zahlen muß, in der schlimmeren der Kapitalgewinn selbst, den der erstere auf Kosten der Arbeit erzielt. Jetzt aber erscheint es D. nur gerecht, daß, wenn nicht geschenkt werden soll, für eine wirkliche Leistung auch eine Gegenleistung geschieht. Der Gebrauch einer Sache ist aber „immer ein Etwas“. Ein Nichts dafür bieten wollen, wäre widersinnig. Sonach ist jedes Entgelt für jede zeitweilig überlassene Verfügungsmacht über irgend eine Sache, insbesondere für Boden oder Kapital, nicht nur keine Verletzung der Gerechtigkeit, sondern so natürlich und daher auch gerecht, daß seine Unterdrückung das Gegenteil der „Sozialität“ und ein ungerechter Zwang wäre. Während es also früher nach D. ungerecht war, Kapitalzins und Grundrente zu erheben, ist es jetzt ungerecht, diese Formen der Besitzrente abschaffen oder überhaupt antasten zu wollen. Der Zins soll „Bestandteil und Merkmal jedes rationellen Schemas der Gesellschaftsgestaltung“ sein — nur muß für Herstellung und Erhaltung des nötigen Gleichgewichtszustandes Sorge getragen werden. Das Übergewicht des Besitzes ist zu paralisieren. Das geschieht durch die Emanzipation der Persönlichkeit, deren freie Betätigung und Einflußnahme das Gegengewicht schafft, das die Wagschalen in ein gleiches Verhältnis bringt. In seiner danach benannten Zeitschrift „Personalist und Emanzipator“ hat D. diese Gedankenrichtung weiter verfolgt.

Das „sozialitäre System“ ward damit von seinem Verfasser in allen hauptsächlichen Stücken preisgegeben. Die private Unternehmung auf der Grundlage des Kapitaleigentums und der Lohnarbeit tritt wieder an die Stelle der „freien Wirtschaftskommune“, das Privateigentum und die Besitzrente in ihren verschiedenen Gestaltungen an die Stelle der vergesellschafteten Produktion und Produktionsmittel und des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag. Die Herstellung des Gleichgewichts der Kräfte ist ein zwar not-

wendiger aber doch auf den Grundlagen der alten Wirtschaftsordnung, mithin rein sozialreformerisch sich vollziehender Akt. Koalition und genossenschaftliche Assoziation, auf rechtssicherer Unterlage und in rechtlich geschützten Formen sich betätigend und Hand in Hand gehend mit der Entwicklung der sittlichen Kräfte des Individuums, besorgen diese Ausgleichung zu voller Genüge.

An die Feststellung dieser Um- und Rückbildung knüpft sich für uns nur die Frage nach ihren Ursachen. Die einzige Erklärung, die D. selbst dafür gibt — es sei nämlich sein Schema der Wirtschaftskommunen fehlerhaft wegen der Hypothese, daß besitzlose Arbeit gegenüber einer ökonomischen Besitzmacht unter allen Umständen ungerechter Ausnutzung anheimfallen müsse — ist keine Erklärung. Denn nachdem D. mit allen Mitteln realistischer Darstellung und scharfsinniger Beweisführung die Tatsache dieser Ausnutzung und ihre Identität mit der durch Einführung des sozialitären Systems zu sühnenden Verletzung der „wirtschaftlichen Gerechtigkeit“ bewiesen hatte, hätte er diese seine eigene Darstellung und Beweisführung durch eine gegen- teilige entkräften müssen. Ihre bloße Bezeichnung als „Hypothese“ enthebt nicht von dieser Verpflichtung und macht auch keinen Versuch, sie zu erfüllen. Offenbar beruht der Umschwung auf D.s veränderter Stellung zum Privateigentum. Der schroffe Gegensatz zwischen diesem und der besitzlosen Arbeit war für D. der ursprüngliche Ausgangspunkt. Das Privateigentum trug für ihn den Charakter der Ausübung einer Herrschaft über die Person, vermittelt durch die Ausübung der Herrschaft über die Sachen, besonders über die Produktionsmittel und den Boden. Die alle Mitmenschen nach seinem Belieben ausschließende Verfügungsmacht des Eigentümers über seinen Besitz mußte eine Macht über alle für ihre Existenz auf ihn angewiesenen besitzlosen Personen in sich schließen. Jetzt aber fragt D.: warum soll der Eigentümer, wenn er doch sonst jeden beliebigen Gebrauch von seiner Sache machen kann, nicht auch durch ihre Ausleihung gegen Entgelt von ihr Gebrauch machen dürfen, zumal doch der verliehene Gebrauch „immer ein Etwas“, d. h. ein geldwerter Nutzen für den Entleihenden ist? Nach seiner eigenen früheren Anschauung deshalb nicht, weil diese besondere Art von

Gebrauch sofort eine Herrschaft über Personen nach sich zieht, die dem „tieferen, wohlverstandenen“ Eigentumsprinzip fremd ist, vielmehr erst dem rein geschichtlich, durch politische und soziale Unterwerfung erwachsenen „Gewalteigentum“ anhaftet. Warum diese Begründung fortan nicht mehr gelten soll, diese Frage bleibt offen. Ihre Beantwortung soll im Schlußabschnitt versucht werden.

Die IV., gleichsam die Nachperiode D.s, bringt sachlich nichts wesentlich Neues. Das sozialitäre System spielt in ihr gar keine Rolle mehr. Das Sachliche — die Gegensätze von Besitz und Arbeit, von Herrschaft über Sachen und über Personen — tritt überhaupt weit zurück gegen das Persönliche. Auch die Bedeutung der politischen Funktionen verschwindet, nachdem von D. „nicht nur das Fundament einer kritisch verbesserten Wirtschaftslehre, sondern auch dasjenige einer auf Gerechtigkeit gegründeten Personalitätswissenschaft gelegt und der Überbau in den wesentlichen Richtungen ausgeführt worden ist“. Vielmehr muß „die untergeordnete Rolle der bloßen Volkswirtschaftslehre ans Licht treten und der Begriff von den rein persönlichen Verhältnissen und deren Gestaltungsgründen die Hauptangelegenheit in unserem Thema bilden“. Und ferner: „im Schlimmen wie im Guten haben wir es daher mit Menschentypen und dabei überdies mit Individualitäten zu tun“. „Was man für bloße Besitzfragen gehalten hat, sind bei gründlicherer Betrachtung menschliche Beschaffenheits- und Bestrebungsfragen. Die Existenzen selbst sind es, was noch von ihrem Besitz fraglich wird. Raubmenschen, also die eigentlichen Analoga von Raubtieren, haben kein Recht auf Existenz“. An Persönlichem bringen die Werke dieser Nachperiode denn auch übergenug. Der Charakter dieser Periode läßt sich dahin zusammenfassen: die durch Lebenserfahrungen und Lebensschicksale zum höchsten Grad gesteigerte Verbitterung und Überreizung des Forschers löst sich hier aus in einem leidenschaftlichen, Maß und Form zertretenden Ausbruch der Anklage gegen die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart. Der Affekt vernichtet die Selbstbeherrschung des Philosophen bis auf den letzten Rest. Zu einem wilden Strudel des Zornes und des Hasses verschlingen sich die Angriffe gegen den Militarismus (die „Sklaverei“ der allgemeinen Wehrpflicht), gegen das Judentum, gegen BISMARCK

als den größten Übeltäter des 19. Jahrhunderts, gegen die „Sozialdemagogie“ usw., am stärksten aber gegen die Wissenschaft und ihre Vertreter. In einen Abgrund völliger Verderbtheit und gemeinster Selbstsucht ist diese Welt für D. versunken¹⁾. Vergleicht man dieses Ende der kühnen Gedankenlaufbahn mit ihrem Anfang, so gesellt sich zu der übeln Empfindung, die der Verfall der Formen erregt, das Bedauern über den Abstand im Gehalt der Leistungen.

VIII.

Wir treten nun der Frage näher, ob D.s sozialitäres System als ein sozialistisches anzusehen und welches sein Verhältnis zu den Hauptrichtungen im Sozialismus, besonders zum Marxismus ist?

Zunächst ist D.s naturrechtlicher Ausgangs- und Standpunkt kein Hindernis für die Zugehörigkeit seines Systems zu den echt sozialistischen Theorien. Ist doch das Naturrecht die Brücke gewesen, über die viele und darunter zu den bedeutendsten gehörige Denker den Weg zum Sozialismus genommen haben. Die Frage nach „den Rechten, die mit uns geboren sind“, führte unmittelbar zum Gleichheitsgedanken, da die Antwort, daß kein Mensch mit mehr Rechten auf die Mittel der Existenz und auf die Kulturgüter als ein anderer auf die Welt kommt, nahe lag. Die Gleichheit der Rechte konnte aber nicht lange auf die politischen Rechte beschränkt bleiben. Schon während der an sich nichts weniger als sozialistischen oder kommunistischen großen französischen Revolution wurde die Gleichheit auch des Besitzes gefordert. Zu den unveräußerlichen, ewigen Menschenrechten zählte man fortan auch die natürliche Gleichheit und Freiheit im wirtschaftlichen Sinne, die wirtschaftliche Gleichberechtigung als

1) Es genügt hier vollkommen, aus „Waffen, Kapital und Arbeit“ als Beispiel anzuführen, daß die Wissenschaft (als Gesamtheit) „die Dirne Wissenschaft mit ihrem korrupten Interessendienst und ihrer schmähhchen Prostitution“, die Ergebnisse der Wissenschaft und ihre Vertreter „Wissensschund und Wissensschubbiake“ — und so durchgängig mit gleichartigen bösen Schimpfwörtern genannt werden. Der Sozialismus ist „die Beschränktheit des 19. Jahrhunderts“ und die Wirtschaftslehre „unter den Händen von Sozialdemagogen zur vollständigen Karrikatur, wo nicht zum stumpfesten Blödsinn geworden“.

Korrelat der politischen. Man warf dem ökonomischen Liberalismus vor, nicht nur auf halbem Wege stecken geblieben zu sein, sondern auch das individualistische Prinzip, die Forderung der Persönlichkeitsrechte, entstellt und gefälscht zu haben durch die erfolgreiche Erstrebung einer Wirtschaftsordnung, die in der privaten, auf Kapitalbesitz, Lohnarbeit und freie Konkurrenz gegründeten Unternehmung die natürliche Freiheit und Gleichheit des Individuums gerade umgekehrt unterdrücke, da sie unter dem falschen Scheine einer in Wahrheit rein formalen Vertragsfreiheit vielmehr die Ausbeutung der Masse durch eine privilegierte Minderheit herbeiführe. In diesem Sinne haben SCHÄFFLE und LORENZ VON STEIN den Sozialismus geradezu „potenzierten Individualismus“ genannt. Das individualistische Prinzip aber stammt unmittelbar aus dem Naturrecht.

D.s Hauptforderung der „wirtschaftlichen Gerechtigkeit“ ist nun ganz in diesem individualistisch-sozialistischen Sinn zu verstehen, in dem D. selbst sie auch begründet. Die Selbstwirtschaft des völlig unabhängigen Arbeiters, des Wirtschaftsbürgers, der sowohl gleichen Anteil an der Produktionsleitung hat als auch über den vollen Ertrag seiner Arbeit frei verfügt, dieses von ihm selbst so bezeichnete Hauptkriterium eines jeden Sozialismus, ist der wesentliche wirtschaftliche Inhalt der natürlichen, angeborenen Menschenrechte, wie sie der Sozialismus auffaßt. Die freie Zugänglichkeit der Wirtschaftskommunen, der Austausch von nichts anderem als ganz gleichen Arbeitsmengen, sind Folgerungen, die D. seinerseits daraus zieht. Die politischen und die wirtschaftlichen Naturgesetze, die Naturgesetze der Moral und diejenigen der wirtschaftlichen Bevölkerungsgruppierung, von denen er spricht, sind Gedankenverbindungen, die sein System fortgesetzt auf das Naturrecht zurückführen. Am prägnantesten kommt dies zum Ausdruck, indem er ausspricht, daß die Gerechtigkeit der Kompaß der sozialitären Bewegung sein soll. Naturrechtler, Individualist und Sozialist ist also D. in der Konzeption seines Systems, und zwar genau in dieser kausal bedingten Reihenfolge. Nur ist er eben wegen dieser Ableitung zugleich Sozialist in einem ganz anderen Sinne als MARX, der nicht vom Gerechtigkeitsmotiv noch überhaupt von Gefühlsmotiven ausgeht, sondern als größter aller Realisten die Entwick-

lungstendenzen der bürgerlichen Gesellschaft erforscht und feststellt und die unentrinnbare Notwendigkeit ihrer Ausmündung in eine kollektivistische Ordnung nachweist. Der idealistische Sozialismus D.s steht also dem realistischen von MARX nach Ableitung und Charakter wesensverschieden gegenüber. Und doch sind die Theorien dieser beiden Denker Varianten des gemeinsamen oberen Begriffs „Sozialismus“. Nicht etwa deshalb, weil die Gedankenreihen beider in die Vergesellschaftung sowohl des Boden- und Kapitaleigentums als der Produktion selbst ausmünden. Denn diese Vergesellschaftung gibt, wenn man TUGAN-BARANOWSKYS überzeugender Darlegung¹⁾ folgt, nur das Mittel zur Erreichung des höchsten Zweckes an, dem jeder echte Sozialismus zustrebt: die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen abzuschaffen. Das, was das Ausbeutungssystem ersetzen soll, wird von den Sozialisten verschiedener Richtungen, soweit sie überhaupt näher darauf eingehen, freilich sehr verschieden vorgestellt. Aber alle stimmen doch darin überein, daß ein Zustand vollständiger wirtschaftlicher Gleichberechtigung aller Gesellschaftsangehörigen der positive Gesamtausdruck der neuen Ordnung sein soll und muß. Man kann daher der von TUGAN-BARANOWSKY gegebenen Begriffsbestimmung des Sozialismus vollauf zustimmen. Danach ist Sozialismus diejenige Wirtschaftsordnung, bei welcher infolge der gleichen Verpflichtung und des gleichen Rechts aller, sich an der gesellschaftlichen Arbeit zu beteiligen und demgemäß auch an dem Genusse der Früchte dieser Arbeit teilzunehmen, die Ausbeutung eines Teils der Mitglieder der Gesellschaft durch den anderen unmöglich wird. Von diesem Standpunkte aus ist das sozialitäre System zweifellos echter Sozialismus.

Man hat hier sogleich einen schwerwiegenden Einwurf zu erwarten, nämlich den: ob denn D.s Beibehaltung des Tauschverkehrs, des Geldes und der freien Konkurrenz diese Zugehörigkeit nicht doch wieder ausschließt, da ja alle drei Einrichtungen von jeder anderen Richtung im Sozialismus ganz entschieden verworfen, ja gerade als Hauptmittel der „Ausbeutung“ gebrandmarkt werden? Diese Frage wird auf eine sehr eigen-

1) Der Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung. 1908.

tümliche Weise gegenstandslos. Während nämlich D. jener Beibehaltung großen praktischen wie auch prinzipiellen Wert beilegt, weil sein System hauptsächlich hierdurch den Zuchthauscharakter des marxistischen Kollektivismus vermeide und den Grundsatz der individuellen Freiheit betätige, so fehlt es bei genauer Betrachtung — worauf merkwürdigerweise noch kein Kritiker D.s aufmerksam geworden ist — überhaupt an jeder Gelegenheit und Möglichkeit zu einer irgend erheblichen Entfaltung von freier Konkurrenz, Tausch- und Geldverkehr in der sozialitären Gesellschaft. Denn wie vollzieht sich in dieser der Verkehr? Die nicht mehr in privaten Unternehmungen, sondern in gemeinwirtschaftlichen Großbetrieben erzeugter Güter werden zunächst von dem Zentralhandelsorgan der freien Wirtschaftsgesellschaft auf Grund amtlicher Bedarfsschätzungen unter die ihr angehörigen einzelnen Wirtschaftskommunen verteilt, die sie dann in dem von ihnen monopolisierten Kleinhandel planmäßig vertreiben. Der Konsument bezieht sie also aus amtlichen Kleinverkaufsstellen. Hier wird mithin zum ersten und zugleich zum letzten Male vom Gelde, falls überhaupt in dieser Form der Reinertrag der gesellschaftlichen Arbeit verteilt werden sollte, Gebrauch gemacht. Denn weiterverhandeln könnte der Konsument die Ware nicht, da ja der Handel öffentliches Monopol ist. Auch nur hier kommt ferner etwas zum Vorschein, was man auf den ersten Blick freie Konkurrenz nennen könnte, nämlich die, welche sich die Konsumenten bei ihren Einkäufen gegenseitig machen. Aber die für den Bedarf verfügbaren Mengen beruhen ja ebenso wie die Preise der Güter auf sorgfältigen amtlichen Schätzungen. Da also genug Ware zur Stelle ist und die Preise einheitlich festgesetzt sind, so fehlt jede Betätigungsmöglichkeit für die Konsumenten, die man als Konkurrenz ansprechen könnte. Tausch kommt natürlich nur soweit vor wie der Gebrauch seines Vermittlers, des Geldes. So ist denn, da auch der Bezug der für die Produktion benötigten Roh- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate und Produktionsmittel nur durch zuweisende Verteilung seitens der amtlichen Zentralstelle zwischen den verschiedenen Wirtschaftskommunen erfolgen kann, gar kein Raum für die Entfaltung eines freien Tauschverkehrs, eines „gleichheitlichen Austausches reiner Arbeitsmengen“, vorhanden. Unter „freier Konkurrenz“ versteht man

die Konkurrenz, die sich die privaten Unternehmungen aller verschiedenen Arten und Größen gegenseitig machen. Da es private Unternehmungen im sozialitären Schema aber nicht gibt — denn die Wirtschaftskommunen sind öffentlich-rechtliche Korporationen politischen und wirtschaftlichen Charakters — so kann es auch keine „freie Konkurrenz“ geben. Die amtliche Bedarfsschätzung und Güterverteilung ersetzt sie, von der Erzeugung der Güter an bis zu deren Ablieferung an die amtliche Kleinverkaufsstelle. Der Konsument kann die eingekauften Genußgüter verbrauchen, aufstapeln, verschenken oder vererben. Anderen Gebrauch kann er von ihnen nicht machen. Man sieht wirklich nicht, wo und wie ein Tauschverkehr in dieser Gesellschaft, vielleicht vom Schmuggel abgesehen, sich entfalten könnte. Damit entfallen die auf dessen grundsätzliche Zulassung gegründeten Bedenken gegen den sozialistischen Charakter des Systems. Aber dieses selbst erscheint nun auch in einem veränderten Lichte. Die „Hauptgrenzlinie“ gegen den Marxismus und alle sonstigen sozialistischen Theorien ist gefallen und der naturrechtlich-individualistische und freiheitliche Charakter des Systems entsprechend abgeschwächt worden.

Die dargelegten Wesensverschiedenheiten des D.schen vom MARXSchen Sozialismus schließen nun aber nicht aus, daß beide nicht nur viele Berührungspunkte, sondern auch vieles mit einander Gemeinsame haben. Die Entstehung des volkswirtschaftlichen Unrechts aus politischer Gewalt, die zu politischer und weiterhin zu wirtschaftlicher Unterwerfung und damit zu einem „Klassenmonopol“ führt, erinnert, da Gewaltanwendung Kampf bedeutet, an die MARXSchen Klassenkämpfe, die den Inhalt der Weltgeschichte bilden, indem sie immer wieder zur Bildung von neuen, sich stets in herrschende und beherrschte scheidenden Klassen führen. Dem Gewalteigentum D.s und seiner Ableitung entspricht bei MARX die engste Verbindung der Entstehung des Privateigentums mit der sich vollziehenden Scheidung von herrschenden und ausbeutenden Klassen einerseits und beherrschten und ausgebeuteten andererseits. Nur steigert D. diese Ableitung noch über MARX hinaus, indem er, diesen gewissermaßen übertrumpfend, die „Ausbeutung“ zum „Eigentum des Menschen am Menschen“ verschärft. Freilich sprechen auch MARX und viele

Sozialisten vor und nach ihm von Arbeitssklaverei. Schon der Franziskanermönch JOHN BALL, ein Führer der kommunistischen Sekte der Lollards, predigte von der Knechtschaft, in der die Arbeitenden von den Herren gehalten werden. Doch indem D. die Arbeitsherrschaft als den Kern des Gewalteigentums und die Arbeit als Gegenstand des Besitzes aufweist und dartut, daß man Besitzrente nicht sowohl als Eigentümer von Boden und Produktionsmitteln, sondern als Herr von Arbeitskräften erzielt, arbeitet er die Gegensätze und ihre Entstehung noch schärfer heraus als es selbst MARX getan hat. Nur geht er freilich zu weit, wenn er geradezu den Hauptunterschied seines Systems sowohl von der bürgerlichen Ökonomie als von allem Sozialismus in dem Nachweise erblickt, daß und wie jede Art von Sklaverei Gewalteigentum nach sich zieht. Noch weit näher kommt er MARX bei der Besprechung der Art und Weise, wie die Arbeitsherrschaft ausgeübt, die Besitzrente gewonnen wird. Die „ersatzlose Aneignung fremder Arbeit“, die „im Wesen allen traditionellen Eigentums liegt“, unterscheidet sich sachlich in nichts von der Mehrwerttheorie, deren Grundgedanken zwar nicht von MARX, sondern von THOMPSON und anderen Sozialisten stammen, aber von MARX zusammengefaßt und in seinem Stile ausgebaut worden sind ¹⁾. Damit wie auch durch die noch folgenden Gegenüberstellungen soll jedoch in keiner Weise etwa eine bewußte Anlehnung D.s an MARX ausgesprochen werden. Mögen beide Denker auch auf ganz selbständigen Gedankenwegen zu ihren Ergebnissen gekommen sein, so ist doch die tatsächliche Übereinstimmung oder Verwandtschaft der letzteren ebenso wie ihre Gegensätzlichkeit hier aufzuzeigen.

Sogar die Naturnotwendigkeit der Entwicklung zur vergesellschafteten Produktion, in die alle Ableitungen und Erklärungen

1) Man vergleiche dazu die Stelle bei D. im „Kursus“: „Der eine Teil eignet sich eine bestimmte Menge der Arbeit des anderen Teiles ohne Gegenleistung an und läßt nur einen Rest zur eigentlichen Austauschung gegen andere Leistungen gelangen. Diese Aneignung ist das Hauptprinzip der sozialen Kapitalbildung, die eine Macht zu fortgesetzt neuer, regelrecht aussehender Aneignung wird. Sie ist vom reinen Produktionsmittel spezifisch verschieden, da dieses nur technischen Charakter hat und unter allen Umständen erforderlich ist, jenes dagegen sich durch seine gesellschaftliche Kraft der Aneignung und Anteilsbildung auszeichnet“.

von MARX schließlich ausmünden, hat ihr Gegenstück bei D. trotz des idealistischen Charakters seiner Theorie, nämlich in seinen oben kurz wiedergegebenen Darlegungen, daß und warum die Lohnarbeit gar kein anderer Zustand als ein Übergangsgebilde sein kann. Was die Wirtschaftskommunen D.s betrifft, so fehlt freilich ein Gegenbild bei MARX. In ihrer Struktur ist die wichtige Frage der Verteilung des Reinertrages der Produktion zwar prinzipiell, nämlich in dem Sinne beantwortet, daß den Arbeitenden der volle Ertrag ihrer Arbeit zufällt und daß die Verteilung nur eine „gleichheitliche“ sein kann. Aber dieser Gedanke hat gewissermaßen nur einen Ehrenplatz und keine nähere Ausführung gefunden. Diese Unterlassung ist eine sehr störende Lücke im sozialitären System. Sie erschwert die Vorstellung eines geschlossenen, einheitlichen Bildes, das dieses System zu geben bestimmt ist. Sie und die Unzulänglichkeit des Motivs der Arbeit, des sogenannten Arbeitsprinzips, bilden seine schwächsten Stellen. MARX freilich konnte zugunsten seiner Unterlassung einer jeden näheren Beschreibung der kollektivistischen Gesellschaftsordnung geltend machen, daß schon die Zumutung einer solchen Ausmalung das völlige Mißverstehen seiner Theorie beweise, weil er ja diese Ordnung lediglich als unvermeidliches Entwicklungsprodukt aus bestimmten Vorgängen und Tendenzen des Gesellschaftslebens ableite. Wer aber, wie D., gerade darauf ausgeht, ein ganz bestimmtes „Schema“ künftiger Gesellschaftsverfassung zu zeichnen, darf an der wichtigsten Stelle sich nicht mit einer verschwommenen Andeutung begnügen. Dem Begriff der „wirtschaftlichen Gerechtigkeit“ will D. zu Leben und praktischer Wirksamkeit verhelfen. Er will dieser sozialetischen Forderung von zunächst doch ganz allgemeinem Charakter realen Inhalt und Detail geben. Daher durfte erwartet werden, daß er die Verkörperung der Gerechtigkeitsidee so plastisch als möglich vor Augen stellen würde. Diese Erwartung war um so berechtigter, weil D. mit dem größten Nachdruck immer wieder darauf hingewiesen hatte, „daß alle Schwierigkeiten und Übel nicht auf dem Gebiete der Produktion, sondern auf dem der Verteilung liegen“, und daß „alle bisherige Wissenschaft in der Verteilungslehre schlecht abgeschnitten“ habe. Hier war auch die beste Stelle, zu beweisen, was das sozialitäre System besseres leisten

könne als die „nebelhaften Gebilde“ des bisherigen Sozialismus und als die „ausbeuterische“ bürgerliche Wirtschaftsordnung. Den Mangel dieser Unterlassung können die vielerlei Abstrakta wie „gerechte Betätigung der Individualsonveränetät“ und andere nicht ersetzen. Soll wirklich nur die aufgewendete Arbeitszeit den Maßstab für die „gleichheitliche“ Verteilung bilden, wobei immer noch offen bleiben würde, ob die Verteilung in Geld geschehen und wie der Wert der geleisteten Gesamtarbeit geschätzt werden soll, so ergibt sich der mit jeder Entlohnung von Arbeit nach der bloßen Zeit verbundene Übelstand, daß diese Entlohnungsart eher davon abhält als dazu antreibt, alle Kräfte und Fähigkeiten zu betätigen, da ja der Arbeiter seiner Bezahlung, mag das Arbeitsprodukt gut oder schlecht, groß oder gering sein, gewiß ist. Damit ist zugleich das Motiv der Arbeit berührt, von dem schon gesagt wurde, daß in ihm die zweite schwache Stelle des Schemas liegt.

Mit der „Gewinnmacherei“ ist nach D. das einzige Wirtschaftsmotiv der gegenwärtigen Gesellschaft weggefallen. Das veredelte gemäßigte Eigeninteresse soll es ersetzen. Die Sache liegt nun aber so, daß, um leben zu können, sich jeder Bürger irgend einer Wirtschaftskommune anschließen muß. Nach wie vor wird also, um mit MARX zu sprechen, „der Hunger regieren“. Das Streben aber, in der gleichen Arbeitszeit mehr oder besseres als andere in dieser Arbeitsgemeinschaft zu leisten, soll teils weil die Arbeit „zu einer Art Amt wird“, also aus wirtschaftsbürgerlichem Pflichtbewußtsein, teils aus Ehrgeiz sich betätigen. Diese beiden Antriebe werden ergänzt durch die Aussicht auf einen mäßigen Zuschlag zur Entlohnung für besondere Verdienste. Überdies soll die Produktion mehr Interesse bieten, nachdem sie aufgehört hat, bloßes Mittel der Gemeinerzielung zu sein. Wenn man sieht, wie weit Pflichtgefühl und persönlicher Ehrgeiz im wirtschaftlichen Leben heute wirksam sind, so erscheint die von D. geforderte Neuorganisation des inneren Menschen in der Tat die unerläßliche Voraussetzung für die Anwendbarkeit des sozialitären Systems. Denn beide sind zwar glücklicherweise keineswegs selten anzutreffen, aber sie unterstützen nur die durch die Betätigung des Selbstinteresses, des Vorteilsprinzips, wirksam werdenden Kräfte, denen aller wirt-

schaftliche Fortschritt in der Hauptsache zu verdanken ist. Von den Antrieben des Pflichtgefühls und des Ehrgeizes die gesamte Versorgung der Gesellschaft für die Erreichung aller ihrer Lebenszwecke abhängig zu machen, hieße ihre Existenz auf eine gebrechliche Unterlage gründen. Wie überhaupt das Maß von Disziplin und Selbstzucht, das solche großen Arbeitsgemeinschaften wie die Wirtschaftskommunen erfordern, beschafft und verbürgt werden soll, bleibt eine ebenso offene Frage wie diejenigen der zweckdienlichsten Leitung und Kontrollierung der Betriebe, der Verteilung und Zuweisung der Arbeiten, der Auswahl der geeigneten Personen für jede Art von Arbeit, der etwaigen Zulassung eines Rechts, sich die Arbeit auszusuchen, und seiner notwendigen Begrenzung. Die Verwerfung des MARXsehen „Zwangsarbeitsstaates“ wegen der mit ihm verbundenen Vernichtung der persönlichen Freiheit entband D. nicht von der Pflicht der Nachweisung eines nicht nur „gerechteren“, sondern auch mindestens gleich wirksamen Arbeitsprinzipes. Was er an dessen Stelle setzen will, ist bedingt von einer vorhergehenden „Veredelung der Persönlichkeit“. Aber wie und vor allem wodurch diese sich vollziehen soll, bleibt ungewiß. Von dem Appell, den er selbst in seinem „Kursus der National- und Sozialökonomie“ an die Arbeiterschaft richtet, wird er diese Wirkung kaum erwartet haben.

Von MARX will sich D. ferner vorteilhaft unterscheiden durch die Vermeidung einer „Korrektur des Raubes durch neuen Raub“, wie sie in der „Expropriation der Expropriateure“ enthalten sei. Die freie Zugänglichkeit der Wirtschaftskommunen für jedermann soll die wahre Freiheit und Gerechtigkeit begründen und dabei die Naturgesetze der Moral respektieren. So ideal dieser Vorzug gedacht ist, so ist seine große praktische Schwäche doch nicht zu verkennen. Diese Kommunen würden gewissermaßen eine Art Taubenschlag werden. Der freie Zutritt, verbunden mit gleichem Recht an allem ihrem Besitz und am gesamten Reinertrag, den sie erzielen, würde noch weit mehr zum Wechsel der Arbeitsstelle anreizen als es das kapitalistische System heute tut. Die vielbeklagte Fluktuation der Arbeitskräfte würde eine enorme Steigerung erfahren, ja auf den höchsten Grad getrieben werden, da jeder bestrebt sein würde, sich diejenige Kommune

auszusuchen, bei der die größten Reinerträge mit der kleinsten Kopfzahl zusammentreffen und daher das System der „gleichen Verteilung“ besondere Anziehungskraft ausübt, zumal wenn man nur die bestimmte Arbeitszeit innezuhalten, also keinen größeren Arbeitserfolg als seine Mitarbeiter aufzuweisen braucht, um diesen reicheren Anteil zu beziehen. Man könnte hier zwar an eine Art von automatischer Selbstregulierung in der Verteilung der Arbeitskräfte und mithin von Selbstkorrektur als Folge dieser Wanderungen denken, im Sinne der Preislehre der klassischen Schule, sodaß sich immer wieder eine Tendenz zur Ausglei chung der Kopfanteile zwischen den Kommunen ergeben müßte. Allein eben diese Regulierung selbst würde doch eine fortwährende Zu- und Abwanderung nach den erfolgreicher wirtschaftenden und von den weniger ergiebig arbeitenden Wirtschaftskommunen bedeuten, also eine beständige Unruhe in der ganzen Bevölkerung und eine Art von sozialitärem Nomadentum hervorrufen. Ein derartiger Taubenschlagcharakter der Wirtschaftskommunen müßte ihre Leistungsfähigkeit sehr beeinträchtigen und mithin auch die erhoffte starke Steigerung der Produktion über das in der kapitalistischen Ordnung mögliche Maß hinaus illusorisch machen. Denn es ist bekannt, wie sehr die Rentabilität einer jeden Großunternehmung bedingt ist durch das Vorhandensein eines festen Stammes von erprobten, eingearbeiteten Kräften, der die Kerntruppe der Arbeiterschaft bildet. Je höher qualifizierte Produkte die Unternehmung erzeugt, um so wichtiger ist diese Voraussetzung. Auch die Nutzbarmachung aller technischen Fortschritte hängt wesentlich mit von ihr ab. Die Wirtschaftskommunen würden also schwer zu leiden haben durch das Streben der Arbeiter, von diesem gesteigerten Freizügigkeitsrechte möglichst reichen Gebrauch zu machen, um den besten Futterplatz zu bekommen. Diesen Gebrauch werden sie aber machen, wenn man aus der Natur der heutigen Menschen auf die der Wirtschaftsbürger schließen darf.

So ist denn begreiflich, daß D. immer wieder zu der Erkenntnis gelangt, wie alle Reformen und alle Systeme abhängig sind von der vorherigen durchgängigen Erneuerung des inneren Menschen. Hier sieht er, mit LASSALLE, weiter als es MARX getau hat und bei seiner Anschauung von der Unvermeidlichkeit des

Entwicklungsganges tun konnte. Der Wert des sozialitären Schemas wie überhaupt aller Zukunftssysteme wird aber durch diese Erkenntnis notwendig herabgedrückt.

Sowohl mit MARX als mit LASSALLE stimmt D. überein in der Aufstellung der Forderung, daß die Arbeiterschaft sich die politische Macht erobern müsse, um zum Ziele zu gelangen. Nur ist der dazu einzuschlagende Weg bei ihm ein anderer. Die Assoziation soll zunächst den wirklich freien Arbeitsvertrag schaffen, als dessen Grundlage er sich das heute als Arbeitertarifvertrag bezeichnete System vorstellt, rechtlich ebenso wie die Koalition selbst gesichert und gefördert durch eine besonders darauf zugeschnittene soziale Gesetzgebung. Die Arbeiterkörperschaften sollen aber zugleich das Rückgrat der politischen Arbeiterbewegung bilden, die sich mit der Zeit maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung verschafft und durch diese das Eigentum so umgestaltet, daß es nur noch eine Herrschaft über die Sache in sich schließt. Die Beseitigung des Gewalteigentums bildet dann die Brücke zu den Wirtschaftskommunen. Daß diese von D. empfohlene Taktik wie überhaupt seine gesamte Vorstellung von dem Prozesse des Übergangs zur freien Wirtschaftsgesellschaft einen ausgesprochen revisionistischen Charakter trägt, wurde schon erwähnt. Doch ist die von einem Kritiker D.s¹⁾ ausgesprochene Behauptung, daß die Revisionisten ihre Hauptgedanken aus D.s Schriften geschöpft hätten, unhaltbar.

Mit MARX berührt sich D. nicht nur in bezug auf die Anschauungen über Religion und Ehe, sondern er teilt mit ihm auch, und zwar hier im Unterschiede von LASSALLE, die Anschauung von der Notwendigkeit, mit dem „Nationalitätsprinzip“ zu brechen. Aber die internationalen Arbeiterassoziationen, die er empfiehlt und deren freie Entwicklung er fordert, sind keine kommunistischen Verschwörerorganisationen, wie sie den Verfassern des „Kommunistischen Manifestes“ vorschwebten. Ihr Wirken wird vielmehr als ein friedliches und gesetzmäßiges vorgestellt. Wenn sie „alles tun“ sollen zur Hintertreibung „frivoler Kriegsvelleitäten“, so ist, nach allen übrigen Anschauungen D.s,

1) BENEDICT FRIEDLÄNDER, Die vier Hauptrichtungen der modernen sozialen Bewegung. 1901.

damit weder die Anwendung von Gewalt gemeint — da ja vielmehr alle gegenseitige Bekämpfung der Menschen gerade dauernd abgeschafft werden soll — noch wohl auch diejenige von passivem Widerstande, wie sie der (übrigens ohne die Folgewirkung von Gewalttätigkeiten kaum denkbare) Generalstreik als Mittel der Kriegverhütung oder gar die von den Anarchisten empfohlene Verweigerung der militärischen Dienstpflichten darstellt. Die Idee selbst dagegen, die Vereinigung von Freiheit und Frieden durch Ablenkung der Kräfte vom gegenseitigen Kampf auf die Bekämpfung der Naturhindernisse, entspricht so sehr den heute am eifrigsten vertretenen und propagierten Hauptforderungen des Sozialismus aller Länder, daß D. in dieser Hinsicht geradezu als ein Bahnbrecher und Pfadweiser desselben angesehen werden kann. Man muß sich nur vergegenwärtigen, wie zu der Zeit, als D. diese Gedanken entwickelte, alles, was an internationalen Bestrebungen im Sozialismus vorhanden war, darauf hinauslief, den Kampf des Proletariates gegen seine Unterdrücker durch die Zusammenfassung der proletarischen Kräfte aller Länder um so wirkungsvoller und furchtbarer zu gestalten.

IX.

So können wir denn zusammenfassend sagen, daß D.s sozialistisches System zunächst die Probe auf die Echtheit seines sozialistischen Charakters vollauf besteht. Die Stellung, die D. innerhalb des Sozialismus einnimmt, ist zuvörderst negativ dahin gekennzeichnet, daß er bei seiner ausgesprochenen Irreligiosität einerseits und als leidenschaftlicher Verfechter der persönlichen Freiheit andererseits sowohl dem religiösen als dem Staatssozialismus geradezu feindlich gegenübersteht, aber auch von MARX' Kollektivismus ebenso wie von LASSALLES Standpunkt, trotz der Gemeinsamkeit mancher wichtigen Anschauungen und Lehren mit beiden und namentlich mit dem von ihm so sehr verachteten ersteren, durch starke, bis auf den tiefen Grund der gesamten Weltanschauung hinabreichende Gegensätze wie auch durch die Verschiedenheit der Methoden der Problembehandlung getrennt ist. Was speziell D.s Stellung zum Marxismus betrifft, so ist bekannt, daß FRIEDRICH ENGELS als der dafür berufenste Vertreter des letzteren sich mit DÜHRINGS philo-

sophischem und sozialökonomischem System auf das Gründlichste kritisch auseinandergesetzt hat in seinem Buche „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (1878, 1885 II., 1894 III.), ja daß das wichtige X. Kapitel des 2. Abschnittes, betitelt „Aus der kritischen Geschichte“ nach ENGELS' eigener Angabe (im Vorwort) sogar in allem wesentlichen von MARX selbst herrührt, und daß diese Widerlegung D.s wegen der in ihr enthaltenen ausführlichen Entwicklung der Anschauungen von MARX und ENGELS und kritischen Beleuchtung der Geschichte der Nationalökonomie eines der wertvollsten Dokumente der MARXschen Lehre und überhaupt eines der wichtigsten Werke der sozialistischen Literatur bildet. Der Ton, in dem ENGELS diese mit dem ätzendsten Sarkasmus gewürzte Kritik übt, auf die hier näher einzugehen zu weit führen würde, gibt demjenigen D.s nichts nach. Von der „sittlichen Veredelung“, die der Sozialismus aller Arten sowohl fordert wie als Wirkung der von ihm auf seine Anhänger geübten Kraft hinstellt, ist in den Formen, in denen die beiden sozialistischen Gegner bei diesem Streite ihre Gedanken vor der Öffentlichkeit ausdrücken, nichts zu spüren. Sie sind sich beide nicht bewußt, daß den größten Erfolg immer derjenige Reformator erzielen wird, der die Wahrheit und die Echtheit seiner Reformgedanken durch die Tat und das Beispiel beweist, der also, wenn er für seine Lehre die erzieherische Kraft einer sittlichen Veredelung der Menschheit in Anspruch nimmt, diese Veredelung selbst zur Erscheinung und zur Geltung bringt, wo immer er seine Lehre verkündet. Man kann nicht sagen, daß die Entwicklung dieses Bewußtseins mit der Entwicklung des Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft“ Schritt gehalten hätte. Im Gegenteil haben die großen Ideologen des älteren Sozialismus weit mehr als ihre exakt denkenden Nachfolger der Mitwelt das gewissermaßen vorbildlich vorgelebt, was sie dachten und wollten. Das Verhältnis von Persönlichkeit und Lehre im Sozialismus und die Wandlungen, die es erfahren hat, würden ein sehr lehrreiches Gebiet spezieller Forschung bilden.

Positiv gewertet gehört D. dem naturrechtlich-individualistischen Sozialismus an und ist wegen seines Versuchs, im „sozialitären System“ das Schema einer von ihm für durchführbar gehaltenen Gesellschaftsordnung zu zeichnen und auch praktische Wege zu

deren Ein- und Durchführung zu weisen, zugleich sozialistischer Ideologe. Im Bereiche dieser Richtung zeichnet sich aber D. durch eine scharf ausgeprägte Eigenart aus, deren innerstes Wesen das Bestreben ist, im Sozialismus und durch ihn die Ideen des ökonomischen Liberalismus, die dieser nach D.s Überzeugung preisgegeben und verraten hat, der Verwirklichung zuzuführen, nämlich die dem Naturrecht entstammende Idee der Befreiung der menschlichen Persönlichkeit aus den Banden des Unrechts, aus dem Gewalteigentum und der Arbeitsherrschaft, in die sie durch die politische Gewalt im Laufe einer bis an die Schwelle des geschichtlichen Zeitalters zurückreichenden Entwicklung verstrickt worden ist, und die Idee einer an diese Befreiung sich anschließenden machtvollen Entfaltung dieser Persönlichkeit zum denkbar höchsten Grade innerer Vervollkommnung und äußeren Wohlstandes, aus deren Verbindung eine den Menschen seinen höchsten Zielen unvergleichlich näher führende veredelte Lebensführung hervorgehen wird.

Aus dieser Auffassung D.s und der von ihm selbst sich gestellten Lebensaufgabe, die Fäden da wieder aufzunehmen und zu Ende zu spinnen, von wo sie nach seiner Anschauung der zu einer Partei wirtschaftlicher Interessenten entartete Liberalismus aus schnöder Selbstzucht durch schlaue Manipulationen und Eskamotierungen auf falsche Bahnen hinübergespielt hatte, mag sich auch ein Doppelpes, bisher unbegreiflich Gebliebenes erklären. Einmal die zwar nur in der Vorstellung gelungene Vermischung von Hauptelementen der (nach MARX' Ausdrucksweise) bourgeois-ökonomischen Lehre, nämlich von Tauschverkehr, Geldwirtschaft und freier Konkurrenz, mit den Grundbestandteilen einer echt sozialistischen Gesellschaftsordnung, nämlich mit der Vergesellschaftung des Bodens, des Kapitals und der Produktion. Sodann vielleicht auch der Wechsel in den Grundanschauungen D.s, wie er in der Unterscheidung der drei ersten Perioden zum Ausdruck kommt. Besonders das Zurückweichen vom sozialitären System in der dritten Periode nach der Richtung der ersten hin mag dem Gefühl entsprungen sein, weiter gegangen zu sein als nötig und als andererseits zur praktischen Durchführung der gestellten Aufgabe möglich war. In dem Bestreben, die vom Liberalismus verlassene Bahn fortzusetzen, mochte es

D. scheinen, daß er wie dieser, nur leichtverständlicher Weise gerade in der entgegengesetzten Richtung, vom Weg abgekommen sei. So konnte der ursprüngliche Sozialreformer über den Sozialismus zur Sozialreform zurückgelangen. Im übrigen tritt überall in D.s Werken der Charakter jener Aufgabe klar zutage. Die Verehrung, die er ADAM SMITH entgegenbringt, die Sympathie für den von dessen entarteten Nachfolgern verkannten und verkleinerten FRIEDRICH LIST, der enge Anschluß an den „einzigsten sozial empfindenden bürgerlichen Nationalökonom“ CAREY, die gesuchte und offen bekannte Gemeinschaft seines Systems mit den „gediegenen Teilen der bisherigen Wissenschaft“, die „kritische Reinigung“ der bürgerlichen Wertlehre zu ihrer Verwendung für das sozialitäre System — dies alles und vieles andere, was sich nun leicht herausfinden läßt, bestätigt unsere für D.s Eigenart gegebene Erklärung.

Das sozialitäre System ist immerhin nur ein Versuch D.s, die Lösung der gestellten Aufgabe gedanklich zu fixieren. Es wäre reizvoll und von großem Interesse, zu verfolgen, wie seine Nachfolger, HERTZKA und OPPENHEIMER, diesen Versuch in ihrer Weise fortgesetzt und, um im Bilde zu bleiben, die Fäden weitergesponnen haben. Dabei würde sich die Herausbildung eines eigenen, neuen Typus von „liberalem Sozialismus“ zeigen, dessen Verselbständigung allerdings bisher noch dadurch gehindert ward, daß jeder seiner drei Vertreter eine stark ausgebildete Individualität besitzt und sie ihm aufprägt. Indessen würde damit der Rahmen dieser Arbeit weit überschritten werden¹⁾.

Dagegen sei es gestattet, zum Schluß noch festzustellen, worin, von der Anregung zur Fortsetzung der Gedankenarbeit D.s abgesehen, die wichtigsten Auswirkungen der letzteren zu erblicken sind. Dahin gehört zunächst der volle Erfolg der Bemühungen D.s, FRIEDRICH LIST, seine Persönlichkeit und sein Lebenswerk, zur Geltung zu bringen gegenüber der Unterdrückung, die dieser größte deutsche Nationalökonom des 19. Jahrhunderts durch die Anfeindungen namentlich der „Parteischule“ zu erdulden hatte.

1) Es darf hierfür wenigstens auf meine Besprechungen der beiden jüngsten Werke OPPENHEIMERS, „Die soziale Frage und der Sozialismus“ und „Theorie der reinen und politischen Ökonomie“, in diesem „Archiv“ III, 536/544; IV, 344/353, verwiesen werden.

Sodann gingen von D. Anregungen zu sozialen Reformen großen Stiles in einer Zeit aus, wo der soziale Gedanke erst ein schwacher Keim war, der der herrschenden „klassischen Schule“ nur als ein Unkraut erscheinen konnte und eine entsprechende Behandlung zu gewärtigen hatte. Endlich hat D. Wege zu einer neuen, sozialistischen Gesellschaftsordnung gewiesen, die durch ihren friedlichen, gesetzlichen Charakter (rechtsfähige Arbeiterberufsvereine, Arbeitstarifverträge usw.) abstachen von den Wegen des „kommunistischen Manifestes“ und sich andererseits von der Utopie der „Produktivassoziationen mit Staatskredit“ unterschieden durch ihre von vornherein gegebene Gangbarkeit. Wenn man bedenkt, daß der Sozialismus jener Zeit, soweit er nicht aus reiner Ideologie bestand oder als Lassalleanismus sich bereits einem frühen Ende zuneigte, revolutionär oder zum mindesten klassenkämpferisch bis ins Mark aus der innersten Überzeugung heraus war, daß das Ziel nur mit Hilfe der rohen Gewalt zu erreichen sei, so kann man ermessen, welche Vertiefung dem Begriffe des Sozialismus zuteil ward durch die Lehre von der notwendigen Verbindung von Frieden und Freiheit und von der Ablenkung der Kräfte vom Kampfe gegen den Nebenmenschen auf die Überwindung der Naturhindernisse. Hierin dürfen wir mit Recht die stärkste Einwirkung sehen, die D. gelungen ist. Läßt sich auch, wie erwähnt, nicht nachweisen, daß der Revisionismus aus diesen Anschauungen D.s seine Nahrung gezogen hat, so hat D. doch jedenfalls die Vorarbeit für ihn geleistet und ihm den Weg geebnet. Wie weit aber über den Bereich dieser positiven Wirkungen hinaus D.s sozialökonomische Gedanken trotz ihrer aufgezeigten Schwankungen und Widersprüche noch nutzbar gemacht zu werden vermögen für die Weiterentwicklung des Sozialismus als des geistigen Ausdrucks der großen sozialen Bewegung, das vermag allein die Zukunft zu entscheiden.

Neue Lassalle¹⁾-Briefe.

Herausgegeben und erläutert

von

Hermann Oncken (Heidelberg).

Zu den geselligen und geistigen Beziehungen aus früherer Zeit, die L. nach seiner Rückkehr nach Berlin im April 1857 wieder aufnahm, gehörte vor allem der Verkehr im Hause VARNHAGEN VON ENSES. Er tat alles, um sich dem alten Herrn gefällig zu erweisen, der schon die ersten Schritte des Studenten L. in die Berliner Gesellschaft mit Wohlwollen und zuweilen auch wohl mit Kopfschütteln begleitet hatte; er überreichte ihm seinen HERAKLIT, der VARNHAGEN merkwürdigerweise wie das Zeichen einer neuen Zeit fast ein wenig beunruhigte²⁾; er vermehrte ihm den Schatz seiner liebevoll gepflegten Autographensammlung³⁾ oder lich ihm gelegentlich einen Band der

1) Im folgenden mit L. abgekürzt.

2) L. an VARNHAGEN . . . 1857 (Kgl. Bibl.). Die Tagebuchstelle VARNHAGENS zum 3. XII. 1857 lautet: „Viel gelesen in LASSALLE. Schon der äußere Anblick einer so großen und gewichtigen Arbeit erregt Ehrerbietung. Mir macht es einen eignen Eindruck, wenn die Stützen und Geltungen, bei denen ich hergekommen, eine nach der andern fallen, schwinden. . . . So geht es mir jetzt wieder in Betreff Schleiermacher's; seine Schrift über den HERAKLEITOS war bisher das letzte Wort, der Abschluß über diesen Philosophen, selbst HEGELS entgegenstehende Andeutungen hatten diese Geltung nicht aufheben können, man ruhte auf ihr wie auf einem weichen Kissen; jetzt kommt neue Kritik und zieht dasselbe ohne weiters weg! LASSALLE schiebt zwar ein andres, großes und wohl-ausgestopftes dafür ein, aber der Wechsel ist unbequem. Und doch freut mich die nie rastende Geistesarbeit, der Scharfsinn, die Gelehrsamkeit, der freie und kühne Fortschritt.“ (Briefe von A. v. HUMBOLDT an VARNHAGEN S. 385.)

3) Auf diese Weise sind die beiden Briefe von MARX an L. vom 28. VII. und 8. VIII. 1855, die GUSTAV MAYER in der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. VIII. 1913 veröffentlichte, in VARNHAGENS Sammlung gelangt.

„Neuen Rheinischen Zeitung“¹⁾. Er hinwiederum durfte die einflußreiche Unterstützung VARNHAGENS und vor allem seines Freundes ALEXANDER VON HUMBOLDT für sich genießen, als er sich durch einen öffentlichen Skandal im Mai 1858 den Boden Berlins wieder verscherzt hatte. Noch die letzten Schreiben, die L. an VARNHAGEN gerichtet hat, handeln von dieser Vermittlung²⁾. Mit aufrichtigem Mitgefühl hat ihn der Tod des alten Gönners, der den Erfolg seiner Bemühungen nicht mehr erleben sollte, erfüllt³⁾.

Dieses freundschaftliche Verhältniß vererbte sich, nachdem L. dank der Neuen Ära den Boden Berlins wiedergewonnen hatte, auf VARNHAGENS Nichte und langjährige Hausgenossin LUDMILLA ASSING. Zu ihr trat L. im Laufe der nächsten Jahre in eine immer vertrautere Beziehung. Aus ihrem Nachlaß, der gleich den Papieren VARNHAGENS in der Königlichen Bibliothek aufbewahrt wird, stammen die meisten der im folgenden mitgetheilten oder erwähnten Briefe.

Nach ihrem äußeren Umfange scheint diese Briefsammlung bedeutsam genug zu sein: 120 Briefe Ls und einige Drucksachen. Aber schon ein flüchtiges Durchblättern lehrt, daß der biographische Gehalt der Zahl keineswegs entspricht. Es heißt von LUDMILLA ASSING, daß sie mit einigen Gefühlen von Zärtlichkeit (von ihrer Seite) sich des Umgangs mit L. erfreute; in dem Aufbewahren seiner schriftlichen Erzeugnisse hat sie jedenfalls ein nicht zu übertreffendes Maß solcher Gefühle bekundet, und man sieht mit Erstaunen, wie die pedantische Notizenregistratur ihres Oheims VARNHAGEN mit dem liebevollsten weiblichen Erinnerungsbedürfnis zusammentrifft. Sie bewahrte alles und jedes auf, jede Einladung, das gleichgültigste Billett und die eiligste Notiz — selbst wenn sie nur ein „Nein. F. L.“ besagte, — ja die Visitenkarten und die Briefumschläge; in einem Briefe findet man sogar ein vertrocknetes Sträußchen, säuberlich gebunden. Somit kann es nicht ausbleiben, daß sehr vieles von diesen Briefen auch für eine biographische Liebhaberei, die sich des allergeringsten annimmt, keinen Wert hat. Man blickt in den täglichen Umgang hinein, in gemeinschaftliche Unterhaltungen, in die geselligen Scherze und in die Reibungen, die bei Ls Natur denen, die mit ihm verkehrten, nicht erspart blieben. Die Namen befreundeter Männer und Familien, die man als Ls Umgang in diesen Jahren kennt, tauchen auf, die Gräfin HATZFELD, ERNST DOHM und seine Frau, BRUGSCH und PRITZEL; COSIMA VON BÜLOW steht anscheinend einmal im Mittelpunkt eines Zwistes, in dem man hin- und herschreibt und hin- und herläuft; auch der alte Fürst HERMANN VON PÜCKLER-MUSKAU, der zu LUDMILLA in Beziehung stand, wird genannt; und einige Briefe, die er mit L. wechselte, nicht gerade von Bedeutung, haben sich erhalten⁴⁾. L. hat auch ihm seinen Heraklit gesandt, selbst noch seine ersten Agitationsreden aus dem Frühjahr 1862 — es ist immerhin nur eine Kuriosität, den greisen Semilasso, dessen

1) L. an VARNHAGEN 1. VII. 1857.

2) Siehe die beiden Briefe vom 6. und 10. X. 1858. Anlage I, II.

3) Siehe den Brief vom 12. X. 1857. Anlage III. 4) Anlage XII—XIV.

müde Blasiertheit den Menschen der dreißiger Jahre imponiert hatte, nun auch in diesem andersartigen Kreise noch auftreten zu sehen¹⁾.

L. war von Anfang an der LUDMILLA ASSING als vertrauter Berater in ihren persönlichen Angelegenheiten behilflich. Er half ihr nach dem Tode VARNHAGENS, die hinterlassene Bibliothek durch den Leipziger Buchhändler WEIGEL zur Versteigerung zu bringen²⁾, bald aber trat er in wichtigeren literarischen und juristischen Angelegenheiten ihr zur Seite. Er wurde einer ihrer Hauptberater bei der Veröffentlichung von VARNHAGENS Nachlaß.

So wirkte er bereits mit bei dem Vorspiel, das wie eine erste Brandrakete das gefährliche Feuerwerk einzuleiten bestimmt war, bei der Veröffentlichung der Briefe von ALEXANDER VON HUMBOLDT an VARNHAGEN³⁾. Er trieb voran, machte Mut und hatte allem Anschein nach auch bei der Auswahl seine Hand im Spiele. Und als nach der im Februar 1860 erfolgten Veröffentlichung sich ein Sturm der Entrüstung über diese Summe von Indiskretionen erhob und ein Verwandter HUMBOLDTS, der General von HEDEMANN, einen öffentlichen Protest gegen den angeblich unbefugten Abdruck der Briefe einlegte, da sprang L. als Verteidiger der Freundin zur Seite. Er tröstete die Geängstete: „Die Menschen sind eben Philister. Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu! Zum Glück ist sie nicht eben herzbrechend. Ihr historisches Verdienst wird strahlend diesen Katzenjammer überleben, Ihr Mut neben der Feigheit der Andern schon zu seiner gerechten Anerkennung kommen. Bei der Antwort auf den Brief brauchen Sie sich nur dem eignen Herzen zu überlassen“⁴⁾. Bald aber hielt er es für richtiger, selbst die Feder für die Freundin zu führen. Es findet sich unter diesen Papieren ein langer Entwurf, der der öffentlichen Meinung gegenüber die Rechtfertigung der Herausgabe übernahm: dieses Aktenstück stimmt vom ersten bis zum letzten Worte überein mit der vom 10. III. 1860 datierten, acht Seiten langen Vorrede, die LUDMILLA ASSING der nächsten Auflage des Briefwechsels voraufsandte⁵⁾. Diese Vorrede, auf deren Neuabdruck an dieser Stelle natürlich verzichtet werden darf, könnte somit mit Fug und Recht in die kleinen Gelegenheitschriften L.s aufgenommen werden. Sie trägt auch alle charakteristischen Merkmale seiner Dialektik und bemüht sich, besonders aus einer Reihe von Briefstellen den Nachweis zu führen, daß HUMBOLDT die spätere Veröffentlichung nicht nur gestattet, sondern beabsichtigt hatte, und daß die Herausgeberin somit als Vollstreckerin seines Willens handelte. Sie gipfelt in den Worten: „Ein Geistesheros von so unvergleichlicher Verehrung und Anerkennung in seinem Volke, daß die bloße Tatsache seiner Ansicht über gewisse Fragen von der größten und unberechenbarsten

1) Anlage XII—XIV.

2) Briefentwurf L.s für L. ASSING vom . . .

3) L. an L. ASSING 4. XII. 1859. Anlage VII. 4) L. an L. ASSING 4. III. 1860.

5) Vorwort zur III. Auflage der Briefe von ALEXANDER VON HUMBOLDT an VARNHAGEN VON ENSE, S. I—VIII (1860).

Wirkung auf sein Volk und dessen Entwicklung sein kann, wollte er eben deswegen, daß vor allem Volke der Zutritt in sein innerstes Denken eröffnet werde.“

Schon in diesem Briefwechsel waren gelegentlich zur Erläuterung und gleichsam als ein Vorgeschmack Stellen aus den Tagebüchern VARNHAGENS eingestreut worden, bei deren vorbedacht boshafter Auswahl L. aller Wahrscheinlichkeit nach mitgewirkt haben wird. So trat er auch wieder als Berater hervor, als LUDMILLA nach diesem ersten Vorgefecht sich an die größere und gefährlichere Aufgabe wagte, die unabsehbare Menge der VARNHAGENSchen Tagebuchblätter selbst herauszugeben. Er sah die Gefahren voraus, die Gewißheit einer Verurteilung im Falle eines Prozesses, wies aber die Freundin auf die Möglichkeit hin, im Auslande einige Jahre den Verlauf abzuwarten; nur widerriet er jeder Verstümmelung und jedem Aufschub, weil die erhoffte politische Wirkung dadurch gemindert würde¹⁾. Denn auf diese Wirkung der Bombe kam es ihm allein an.

So ist L.s Name eng verbunden mit den Veröffentlichungen, die damals als die feindseligste aller Indiskretionen gegen eine abgelaufene Epoche empfunden wurden und in der Konfliktzeit eine unabsehbare Saat der Gehässigkeit ausgestreut haben. In dem ungeheuren Scherbenberg dieser vierzehn Bände, die seit 1861 herauskamen, steckt viel Kehrlicht, Klatsch und Bosheit — daran hat sich das damalige Geschlecht erbaut —, zugleich allerdings viel wertvolles Quellenmaterial, das heute eine vorsichtige historische Forschung herauszuholen vermag. Der böseste Dienst ist eigentlich dem Andenken VARNHAGENS damit erwiesen worden; denn wie man auch über die historische Zuverlässigkeit der einzelnen Nachrichten und über seine politische Parteinahme urteilen mag, der Eindruck ist nicht auszulöschen, daß ein Mann jahrzehntelang jedes Notizblättlein aufhob, um dann nach seinem Tode — ein Aretino im Hades! — auf diese Wirkung des Pamphletisten auszugehen. Allerdings: alles Kleinliche, Eitle, Feige dieses Vorgehens ist nur auf dem Boden einer Gesellschaft möglich, die von oben her unter jahrzehntelangem Druck, Überwachung, Polizeischikane das freie Männerwort verlernt hatte und nur in der geselligen Medisance und dem allabendlichen Notizenkram sich austoben konnte.

Daß L. bei beiden Veröffentlichungen die Hand mit im Spiele hatte, wird auch aus der Art erkenntlich, wie seine Person dabei bedacht ward. LUDMILLA ASSING hatte in ihrer zärtlichen Geschäftigkeit schon mehrmals einen Anlauf unternommen, für L.s Namen ein wenig Reklame zu machen; als sie in einer ungeschickten anonymen Zeitungskorrespondenz „aus Düsseldorf“ seinen Ruhm den Berlinern vor Augen zu führen suchte, ging ihm sogar (der in solchen Dingen wahrlich nicht der Feinfühligste war) diese Betriebsamkeit zu weit, und er ließ sie sich nur zögernd unter Vorsichtsmaßregeln gefallen²⁾. Nun konnte LUDMILLA auch in den VARNHAGEN-Publikationen in ganz unverdächtigter Weise diese „Fabrikation des Ruhmes“

1) L. an LUDMILLA ASSING 7. VII. 1861. Anlage Nr. IX.

2) L. an LUDMILLA ASSING 13. IV., 21. IV. 1859. Anlage IV, V.

wieder aufnehmen. Es war natürlich nicht zufällig, daß schon in den Briefwechsel HUMBOLDTS die Tagebuchstelle VARNHAGENS über seine Lektüre von L.s Heraklit wörtlich eingeschaltet wurde¹⁾. Und es machte immerhin Eindruck, wenn der ganze Briefband, in dem durch drei Jahrzehnte alles Große und Kleine in Europas Staats- und Geistesleben gestreift wurde, in dem letzten Briefe HUMBOLDTS an VARNHAGEN vom 9. IX. 1858 mit den Worten schloß: „Mein böser Freund LASSALLE — HERAKLEITOS der Dunkle — ist trotz aller meiner Verwendungen, trotz der mir gegebenen Verheißungen vom Prinz von Preußen und Illaire, doch verjagt worden. Man gab Hoffnung, der Dunkle werde in einigen Monaten (nach den Wahlen) zum noch dunkleren Pythagoras zurückkehren. Welche Distribution der Gerechtigkeit!“²⁾. So mochte die Berliner Gesellschaft, in der L. noch nicht durchweg für rehabilitiert galt, denn erfahren, daß der Geistesheros, dessen Ansicht über jede Frage ein bleibendes Besitztum seines Volkes sein sollte, noch zuletzt vor der Krone seine Hand schützend für diesen Mann aufgehoben hatte.

In den Tagebüchern VARNHAGENS aber ist dieselbe freundliche Hand erkennbar nicht nur an dem, was sie von einzelnen Notizen über L. aufnahm (diese Stellen sind längst von der Forschung verwertet worden), sondern in viel bezeichnender Weise in dem, was sie wegließ. In dem Briefkonvolut der LUDMILLA ASSING findet sich nämlich ein Notizblatt von der fein gezirkelten Handschrift VARNHAGENS, wie er sie zu Tausenden hinterlassen hat. Es lautet:

„LASSALLE.

In einer Gesellschaft bei JOSEPH MENDELSSOHN im vorigen Winter kam HUMBOLDT mit dem Herrn LASSALLE in Streit über eine Meinung HEGELS, und LASSALLE sprach gegen HUMBOLDT so trotzig und übermütig, daß die Anwesenden darüber betreten und empört waren, um so mehr, als niemand zweifelte, daß HUMBOLDT Recht habe. — Am andern Morgen aber kam ein Billet von HUMBOLDT an Frau HINNY MENDELSSOHN, worin er in artiger Wendung sagte, er habe noch vor Schlafengehen in HEGEL nachgeschlagen und gefunden, daß Hr. LASSALLE Recht gehabt, Frau MENDELSSOHN möchte die Güte haben, demselben dies mitzuteilen. Diese sagte es ihm aber erst nach mehreren Tagen, und meinte, sie habe so lange gezögert, weil sie sein unartiges Betragen empörthabe, und sie ihm den Triumph nicht gegönnt, gegen HUMBOLDT Recht zu behalten. LASSALLE aber lächelte höhnisch, und sagte achselzuckend: «Was ist das für ein Triumph? Mir macht das nicht das Geringste, ob mir HUMBOLDT Recht giebt oder Unrecht; das ist mir voll-

1) Siehe oben S. 439 Anm. 2.

2) Es ist dies die Briefstelle, deren Mitteilung L. in seinem letzten Schreiben an VARNHAGEN (vgl. Anlage I, II) verlangte.

kommen gleichgültig.» Das war vollends arg, und man fand den Übermuth hassenswert. — (Mir erzählt am 30. November 1846).“

Es ist wohl keine Frage, weshalb diese Notiz von LUDMILLA nicht aufgenommen, sondern beiseitegelegt wurde, weshalb die so gern angerufene historische Unerbittlichkeit in diesem Falle nicht geübt und das strenge Prinzip des Nichtverstümmelns, das L. zum obersten Gesetz hatte machen wollen, zu seinen eigenen Gunsten durchbrochen ward. Diese Szene, die schon im Winter 1845—1846 gespielt haben muß¹⁾, zeigt den zwanzigjährigen Studenten in seiner innersten Natur; aber der Ton dreister Impietät, der dabei gerade gegen HUMBOLDT herausschlug, schien der Freundin — und auch wohl ihm selber — nicht gerade geeignet, dem Gedächtnis überliefert zu werden²⁾.

Während L. seine Mitwirkung an der Veröffentlichung der VARNHAGEN-Papiere auf das strengste geheim hielt, trat er in einer anderen Angelegenheit, der Frage ihrer Naturalisation in Preußen, zwar nicht öffentlich, aber doch erkennbarer den regierenden Gewalten des Staates gegenüber.

LUDMILLA ASSING, die das hamburgische Bürgerrecht besaß, entschloß sich im November 1859, das preußische Staatsbürgerrecht zu erlangen. L. entwarf ihr das Gesuch an das Polizeipräsidium³⁾. Es war in derselben Zeit,

1) Vom 3. I. 1846 lautet der Empfehlungsbrief HEINES an VARNHAGEN.

2) Ein geringfügigeres Beispiel läßt sich nachweisen. Bei den Papieren liegt, von LUDMILLAS Hand, eine Notiz VARNHAGENS: „Montag den 17. Mai 1847. Gestern unerwartet kam Herr LASSALLE. Seine Prozeßsachen am Rhein sind gut für ihn ausgefallen, diesmal, hüte er sich!“ Das Wort diesmal ist nachträglich mit Bleistift ausgestrichen und im Druck sind die letzten vier Worte weggefallen.

3) Dieses Gesuch an den Polizeipräsidenten von ZEDLITZ vom 22. XI. 1859 besagt: „Eine geborene Hamburgerin und seit mehr als ... Jahren bereits hierselbst bei meinem unlängst verstorbenen Onkel, dem Kgl. Preuß. Geheimen Legationsrat VARNHAGEN VON ENSE lebend, entsteht mir jetzt in Folge von privatrechtlichen und Familienverhältnissen ein dringendes Bedürfnis, durch die Naturalisation die Aufnahme in den preußischen Untertanenverband zu erwerben. Indem ich mich also auf Grund der Art. 18 Nr. 2 der Deutschen Bundesakte von 1815 und des § 5 des Gesetzes vom 31. December 1842 an Ew. Hochwohlgeb. wende und hinzufüge, daß ich selbstredend in dem Falle bin allen durch den § 7 des Ges. v. 31. Dec. 1842 für diesen Zweck an mich gestellten Anforderungen zu entsprechen, erlaube ich mir Ew. Hochwohlgeb. ergebenst zu bemerken, daß ich durch eine Beschleunigung dieser Angelegenheit zu besonderem Danke verpflichtet sein würde, da mir aus den angedeuteten Gründen die baldigste Aufhebung meiner rechtlichen Beziehungen zu der Stadt Ham-

wo sie bereits die Ausgabe der Briefe HUMBOLDTS vorbereitete — ob sie mit ihrem Schritte sich auch gegenüber polizeilichen Schwierigkeiten, die man erwarten mochte, eine gesichertere Rechtsstellung gewinnen wollte, kann man immerhin vermuten, aber nicht beweisen. Wenn das der Hintergrundgedanke war, so verlief die Sache wider alles Erwarten. Die Polizeibehörde erklärte sich unter dem 6. II. 1860 bereit und machte die Aufnahme nur von der Vorlegung eines hamburgischen Auswanderungskonsenses abhängig: als dieser aber beschafft und vorgelegt worden war, lehnte sie nach einigem Zögern¹⁾ unter dem 7. III. 1860 die Aufnahme ohne Angabe von Gründen ab und stellte sogar den Auswanderungskonsens der hamburgischen Behörde wieder zu. Es ist wohl keine Frage, daß dieser plötzliche Meinungsumschlag nicht einen rechtlichen, sondern einen persönlichen Grund hatte — inzwischen war die Veröffentlichung der HUMBOLDT-Briefe erfolgt! Man mochte kein Bedürfnis haben, in diesem Momente die Urheberin des Skandals in den preußischen Staatsverband aufzunehmen.

Aber es war zugleich eine Frage des Rechts und daher ein Anlaß, wie geschaffen für L., um den Handschuh für die Freundin aufzuheben. Wenn auf irgendeinem Gebiete die Neue Ära seit dem Oktober 1858 einen Sinn hatte, so sollte sie, nach dem Geständnis ihrer Führer, einen Bruch mit der willkürlichen und gesetzwidrigen Verwaltungspraxis der vorangegangenen acht Jahre bedeuten²⁾. Sollten die neuen Männer in ihren primitivsten Aufgaben versagen wollen? Wie sehr L. an dieser Frage Anteil nahm und wie wenig er bereit war, der Neuen Ära eine selbst von manchen Liberalen für nötig gehaltene Schonzeit zu bewilligen, zeigt sein Verhalten in der Konzession des Elbingers Buchdruckers VON RIESEN (Ende 1858)³⁾. Erst im

burg um so mehr am Herzen liegt, als ich die Aufnahme in die hiesige Gemeinde nach § 12 des bez. Gesetzes nicht vor Erwerbung der Eigenschaft einer Preuß. Untertanin beanspruchen kann“.

1) L. an L. ASSING, 2. III. 1860 „Der Schritt an ZEDLITZ hat noch etwas Zeit“.

2) Diese Verwaltungspraxis charakterisiert neuerdings GERHARD ANSCHÜTZ (Justiz und Verwaltung in: Kultur der Gegenwart T. II, Abt. VIII, S. 388) mit den Sätzen: „Zu keiner Zeit hat die preußische Verwaltung so andauernd und so ungescheut nach dem Grundsatz handeln dürfen: erlaubt ist, was mir gefällt — als in jener sogen. Reaktionszeit. Nur ist es nicht richtig, wenn man diesem Regime von 1850—1858 eine systematische Parteimäßigkeit vorwirft. Es ist nicht einzusehen, was für spezifisch parteimäßige Züge den willkürlichen Ausweisungen, Konzessions-Entziehungen und sonstigen Parteichikanen jener Epoche anhaften sollen. Das war kein „Parteisystem“, ein konservatives oder irgendein anderes, sondern einfach der alte Polizeistaat, der sich durch das ‚Blatt Papier‘, die Verfassungsurkunde, in seinem Dasein zunächst nicht stören ließ.“

3) Vgl. meinen Artikel: LASSALLE in den Maientagen der Neuen Ära („Deutsche Revue“, Dezember 1911).

November 1859 war sein eigener Kampf um die dauernde Aufenthaltserlaubnis in Berlin durch eine Verfügung des Ministers des Innern Grafen SCHWERIN zu seinen Gunsten entschieden worden¹⁾. Auch eine Beschwerde der Gräfin HATZFELDT trieb er später bis an die höchsten Instanzen, Gesamtministerium und Abgeordnetenhaus²⁾ (Dezbr. 1860, Jan. 1861). Und den wichtigsten Kampf, dem Falle ASSING vergleichbar, hat L. im Jahre 1861 nach dem Amnestierlaß König WILHELMS für die Naturalisation von KARL MARX — allerdings vergeblich — geführt³⁾.

In die Reihe dieser um die Überwindung des Polizeistaats durch den Rechtsstaat unternommenen Vorstöße gehört auch die lange Eingabe, die L. in der Naturalisationsfrage der ASSING an den Minister Grafen SCHWERIN richtete⁴⁾. Er bewährte auch hier die früh erprobte Kunst, die persönlichsten Angelegenheiten in eine Sphäre von allgemeiner Bedeutung emporzuheben. Ich lasse dahingestellt, ob seine Auslegung der Bundesakte, die aus dem Zwang zur Entlassung aus einem Staatsverbände auch eine Verpflichtung zur Aufnahme in einen andern Staatsverband ableitet, unbedingt schlagend ist: nach dem anfänglichen Vorgehen der Polizeibehörde, die selbst die Entlassung aus dem hamburgischen Staatsverbände gefordert hatte, war die Rechtslage über allen Zweifel erhaben. Und sie wegen der Veröffentlichung von Briefen ALEXANDER VON HUMBOLDTS in das Gegenteil zu verkehren, war eine auf keinen Fall erträgliche Begründung. Interessanter noch als die Erörterung der Rechtsfragen, die sich aus der Auslegung der deutschen Bundesakte und des preußischen Gesetzes vom 31. XII. 1842 ergeben, ist die geschickte politische Nutzenanwendung, die L. aus der Besonderheit dieses Falles ziehen durfte. Er konnte den altliberalen Minister fragen: sind das eure Grundsätze, die ihr dem Polizeistaat gegenüber so oft ins Feld geführt habt? Vor allem aber: ist das eure Politik der moralischen Eroberung in Deutschland? Er fühlte sich so sicher, daß er mit unerhörten Drohungen, die fast die Bedeutung der Nötigung haben, sein Schriftstück zu schließen wagte. Und er siegte. Graf SCHWERIN konnte in dieser Zwangslage nicht anders, als nach dem Wortlaut und Geist des Gesetzes zu entscheiden. Am 3. VI. 1860 schrieb L. an LUDMILLA: „Bravissimo, mein gnädiges Fräulein. Sie sehen, Grobheit hilft. Ich habe das immer gesagt! Bitte bringen Sie diesen Bescheid und meine desfallsige Eingabe an SCHWERIN heut zur Gräfin mit, wo ich sie zur Erheiterung der Gesellschaft zum Besten zu geben gedenke. Kriegstänze mit einem gewonnenen Skalp waren immer sein Geschmack.

Es ist begreiflich, daß LUDMILLA auch ihrerseits dem treuen Freunde

1) Die Mitteilungen in meinem „LASSALLE“ S. 123 beruhen auf den Akten des Kgl. Polizeipräsidiums in Berlin.

2) FR. MEHRING, Die Neue Zeit XV/1. S. 218—219.

3) Die Denkschrift ist neuerdings von ALFRED HERMANN (Bonn) in der „Frankfurter Zeitung“ vom 27. VI. 1913 veröffentlicht worden.

4) Anlage Nr. XI.

mit Freuden zu jedem Dienste bereit war, um ihren Dank und ihre Zärtlichkeit auszudrücken. L. hatte manchmal ihr „trop de zèle“ abzuwehren. Aber er trug kein Bedenken, auch ihre finanzielle Hilfsbereitschaft in vorübergehenden lebemännischen Bedrängnissen — von denen die Gräfin nichts erfahren sollte — in Anspruch zu nehmen und sie zu seinem „Bankier“ zu machen ¹⁾; auch für den schwer ringenden MARX hat er gelegentlich ihre Opferwilligkeit angerufen. Als er die Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ verfaßte, erbot sie sich zum Abschreiben ²⁾; ihr Anteil war so rege, daß er sie auch in der Ferne auf dem laufenden über die Wirkung der Broschüre hielt ³⁾; auch findet sich unter ihren Papieren ein — ihr wohl zur Übersetzung übergebener — Briefentwurf L.s an einen ungenannten französischen Redakteur, dem er die gegen den Krieg mit Frankreich gerichtete Tendenz seiner Schrift zu erläutern suchte ⁴⁾. Indem LUDMILLA ihrem Freunde auch die Bekanntschaft mit dem Kreise der ihr befreundeten HERWEGHS und RÜSTOW eröffnete, hat sie sogar für eine gewisse Periode in L.s Leben, die Zeit der Italienreise und der garibaldischen Velleitäten von 1861 — leider bieten die Briefe L.s aus dieser Zeit nur geringfügige Notizen ⁵⁾ — eine unverkennbare Einwirkung ausgeübt.

Allmählich aber mußten, trotz des engen und freundschaftlichen Bandes, die beiden Naturen doch wieder voneinander sich entfernen. Die Verschiedenheit war so groß, daß die Reibung nicht ausbleiben konnte. Schon am

1) Ein Beispiel: L. an L. ASSING, 13. VIII. 1859, Anlage VI.

2) L. an L. ASSING, 14. V. 1859.

3) L. an L. ASSING, 14. VI. 1859: „Meine Broschüre ist bereits vergriffen, und schon seit 3 Tagen ist eine zweite Auflage derselben im Druck. Diesmal werde ich mich als Verfasser nennen . . . Wie Sie bereits wissen werden, ist die Mobilmachung bei uns nun da und wenn man sich nicht noch in der letzten Stunde besinnt, so wird man, alles deutet darauf hin, sehr verhängnisvolle Entschlüsse fassen. Die öffentliche Meinung aber — auch die Zeitungen beweisen es — scheint entschieden auf meine Seite zu schlagen. Und ist dies nur der Fall, — dann vive la guerre! Denn dann kann der Krieg die revolutionäre Situation nur entwickeln!“

4) Anlage XV.

5) L. an L. ASSING, Genua 7. XI. 1861. Desgl. Genua, 20. (21. ?) XI. 1861: „Montag von Caprera hierher zurückgekehrt, haben wir hier einen Ärger ohne gleichen! [Briefe an eine falsche Adresse gesandt] . . . Jetzt werden wohl noch 5 Tage vergehen müssen, ehe ich von hier — nach Florenz — abgehen kann. In Florenz gedenke ich 14 Tage zu bleiben und dann nach Deutschland zurückzukehren. Meine Reiselust ist am Ende. Aber eben deshalb wäre es mir sehr angenehm, wenn ich Sie noch in Florenz träfe.“

26. II. 1859 schrieb L. einmal scherzend über einen ihm gemachten Vorwurf: „Sie haben ganz Recht, mein gnädiges Fräulein, meines Unherzens kann man immer sicher sein! Wenn ein Archimedes mich berechnen wollte, so wäre das der feste Punkt, an dem er seine Hebel einsetzen müßte. Sie sehen, ich kann ganz in Ihrem Tone von mir sprechen.“ Mit der Zeit schwand auch aus seinen Briefen der submiss anpassende Ton der Anfänge, um dem herrischen Selbstbewußtsein, das seine Natur war, Platz zu machen; eines der vielen Zeugnisse dieser Art, die man von ihm besitzt, wird man in dem Briefe vom 25. VII. 1860 lächelnd in die Hand nehmen¹⁾. Es konnte nicht anders sein, als daß er mit der zärtlichen und beeifernden Empfindlichkeit der andern immer wieder zusammenstieß. Was den Bruch oder die Entfremdung herbeiführte, wird aus dem vorliegenden Material nicht deutlich. Aus der Zeit, wo die Verurteilungen LUDMILLAS wegen der Veröffentlichung der VARNHAGENSchen Tagebücher einsetzten und sie ihnen durch Flucht in das Ausland entging, liegen keine Briefe vor.

Nur ein einziger Brief L.s aus seinem letzten Lebensjahre ist noch erhalten²⁾. Er handelt jedoch nur von der Abwicklung von Geldgeschäften und ist nur darum von Interesse, weil L.s Beziehungen zu KARL MARX in ihrem letzten Stadium eine Beleuchtung dadurch erfahren, und zwar in einer Weise, die durch die aus dem soeben erschienenen Briefwechsel zwischen MARX und ENGELS sich ergebenden Tatsachen bestätigt wird.

Aus den außerdem in der Königlichen Bibliothek beruhenden Briefen L.s wird im Anhang noch ein Brief an den Direktor der Bibliothek, Geheimrat KÖPKE³⁾, mitgeteilt, der die Übersendung des BASTIAT-SCHULZE begleitete, und ein Brief an den Verleger REINHOLD SCHLINGMANN, der uns LOTHAR BUCHER an der Korrektur der Ronsdorfer Rede L.s beteiligt zeigt⁴⁾.

Zu diesen allen geselle ich zum Schluß noch einen Brief aus anderer Quelle, den ich der freundlichen Mitteilung meines Schülers Dr. FRANZ SCHNEIDER in Heidelberg verdanke⁵⁾. Dieser in der Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe (Karlsruher Handschriften 903) beruhende Brief ist an den Philologen FRIEDRICH CREUZER in Heidelberg gerichtet, der, damals 86jährig, längst im Ruhestande lebte: man ist erstaunt, den Romantiker, der die Symbolik und Mythologie der alten Völker am Anfang des Jahrhunderts geschrieben hatte und einem längst dahingeschiedenen Zeitalter deutscher Geistesgeschichte angehörte, kurz vor seinem Tode noch von L. angedredet zu sehen. Aber eben dieser Brief — auch wenn man ihn nur unter dem Gesichtspunkte der Dedikation des HERAKLIT ansieht — führt uns wieder vor Augen, daß dieser Mann als Briefschreiber die Anpassung an eine fremde Individualität so weit zu treiben vermochte, daß seine eigene Stimme kaum noch vernehmlich war.

1) Anlage VIII.

2) L. an L. ASSING, 21. IV. 1864. Anlage X.

3) Anlage XVI.

4) Anlage XVII.

5) Anlage XVIII.

Anlagen.

Briefe LASSALLE'S AN LUDMILLA ASSING.

I.

Düsseldorf, Grabenstraße 786, 6. Oktober 1858.

Sie verzeihen, wenn ich Sie mit einer Bitte belästige. — Vor acht Tagen schrieb ich an Ihren Herrn Oheim und erlaubte mir ihn um Mitteilung der Nachricht zu bitten, welche, wie ich gehört habe, Herr von Humboldt ihm über das Resultat einer bei Herrn v. Zedlitz gemachten Demarche erteilt hatte¹⁾. Ich glaubte, dies um so eher tun zu dürfen, als man mir gesagt hatte, daß Herr v. Humboldt diese Mitteilung ausdrücklich für mich bestimmt hatte.

Wenn es nun auch nur zu erklärlich ist, daß Ihr so sehr in Anspruch genommener Herr Oheim nicht so schnell Zeit findet, an mich und meine petites affaires zu denken, so befinde ich mich doch einstweilen, bis ich die erbetene Nachricht erhalte, in der peinlichsten Lage. Wüßte ich gar nichts von einer zwischen [sic] Herrn von Humboldt bei Herrn von Zedlitz gemachten Demarche, so wäre ich bereits unbedenklich nach Berlin gekommen, wie mir dies nach meiner Verabredung mit Herrn v. Z. freisteht und sachlich geboten ist. Jetzt aber kann ich das nicht gut, so lange ich das Resultat der Besprechung zwischen Herrn v. H. und Herrn v. Z. nicht genau kenne, weil ich fürchten muß, möglicherweise eine ganz acceptable Koncession, die Humboldt dem Herrn v. Z. entreißen haben kann, dadurch zu kompromittiren und Herrn v. Humboldt dadurch zu geniren.

Hätte ich von Ihrem Herrn Oheim irgend eine Nachricht, daß er sich aus irgend welchem Grunde zu jener Mitteilung nicht veranlaßt sieht, so wäre die Sache wiederum für mich gut. Denn dann würde ich mich an Herrn v. Humboldt selbst um die fragliche Auskunft wenden und diese somit wohl in Bälde erhalten. So lange ich aber nicht weiß, ob ich nicht noch von Ihrem Herrn Oheim die erbetene Nachricht erhalte, möchte ich nicht gern Herrn v. Humboldt, dem ich schon so viel Zeitverlust verursacht habe und möglicher Weise noch verursachen muß, persönlich darum angehen.

Ich lebe also, bis ich irgend eine kleine Antwort auf mein neuliches Briefchen an Ihren Oheim erhalte, ganz in suspenso, unfähig irgend etwas zu tun und vielleicht viel nützliche Zeit verlierend.

1) Ein beiliegender Zettel von der Hand VARNHAGENS besagt: „Der Brief von H. an mich enthielt nichts als die kurze Bemerkung, er habe Herrn v. Z. Vorstellungen gemacht, die für den Augenblick vergeblich gewesen, vielleicht aber in einigen Monaten fruchtbar werden könnten.“ Daraus ergibt sich, daß es sich um den Brief HUMBOLDT'S AN VARNHAGEN vom 9. IX. 1858 (Briefe von A. v. H. an V. v. E., S. 397 ff.) handelt, dessen Schlußpassus oben wiedergegeben ist. Über das letzte Stadium dieser Kämpfe L's um Berlin finden sich Einzelheiten auch in den Briefen L's AN BÖCKH, die in der „Frankfurter Zeitung“ vom 23. XII. 1910 von L. BERNHARD veröffentlicht worden sind.

Eine so unerquickliche Lage wird mich, mein gnädigstes Fräulein, in Ihren Augen gewiß entschuldigen, wenn ich es wage, Ihre so große mir bekannte Güte in Anspruch zu nehmen und Sie, die Sie doch weniger beschäftigt sind, zu bitten mir, falls Ihr Herr Oheim zu sehr in Anspruch genommen ist, statt seiner eine kleine Nachricht über den fraglichen Gegenstand baldmöglichst gnädigst zukommen lassen zu wollen. Sie sehen, davon bin ich überzeugt, in diesem Kampf zwischen mir und der Polizeigewalt gewiß auf meiner Seite, und je schneller Sie mir die erbetene Auskunft erteilen, desto wirksamer unterstützen Sie mich in diesem Kampf!

Meinen Brief an Ihren Herrn Oheim werden Sie gelesen und aus selbigem entnommen haben, wie sehr es mich erfreuen würde Ihren Zeilen eine kleine Nachricht darüber beigefügt zu sehen, wie es Ihnen geht und in der Zwischenzeit ging. Sie wissen, wie sehr mich alles interessirt, was Sie betrifft. Und wie sollte es nicht! Selbst das Unbedeutendste nimmt Gestalt, Farbe und Bedeutung an unter dem Reflex Ihres Geistes.

Wie freue ich mich darauf bald wieder in Berlin mit Ihnen plaudern zu können! Ich werde dies Vergnügen nicht billig aufgeben und denke, daß mit und ohne Regentschaft es mir niemand entreißen soll!

Und nun mit den herzlichsten Grüßen für Sie, mit der ehrerbietigsten Empfehlung für Ihren Herrn Oheim und mit Sehnsucht Ihrem geflügelten Biletchen entgegensehend

Ihr alleruntertänigster F. L.

II.

Düsseldorf den 10. Oktober 1858.

Wie sehr haben Sie mich durch Ihre raschen freundlichen Zeilen erfreut und verpflichtet zugleich! Daß Ihr Herr Oheim meinen Brief nicht empfangen hat, wundert mich sehr. An ein zufälliges Verlorengehen läßt sich bei der Regelmäßigkeit des Postdienstes zwischen hier und Berlin nicht leicht glauben. Man wird also fast zu dem Verdachte gezwungen, daß die Polizeibehörden dabei die Hand im Spiele haben. Nun ist mir zwar von früherher wohl bekannt, daß die Polizeibehörden hin und wieder ihr warmes Interesse für mich so weit steigerten, meine Briefe zu öffnen. Doch begnügten sie sich dann immer mit der genommenen Einsicht und hatten wenigstens die Freundlichkeit, die Briefe an ihre Adresse gelangen zu lassen.

Freilich hatten sie diesmal vielleicht einen Grund anders zu operieren. Ich schrieb nämlich in jenem Briefe Ihrem Herrn Onkel, daß ich, um irgend etwas über meine Rückkehr zu beschließen, zuvor seine Antwort abwarten müsse. Wünschte nun die Polizei vielleicht diese Rückkehr zu verzögern, so war es in der That ein schlaues Mittel, den Brief nicht bestellen zu lassen. Denn dann konnte ich freilich sehr lange auf Antwort warten.

Durch Ihr liebenswürdiges Briefchen wäre nun jetzt dieser geistreiche Plan, wenn er wirklich gefaßt worden ist, zu Schanden gemacht, und da die mir mitgetheilte Äußerung des Herrn v. Humboldt nichts enthält, was mich von meinem Entschlusse schleunigster Rückkehr abzubringen geeignet wäre, so habe ich meine Ab-

reise auf Mittwoch festgesetzt. Schon Donnerstag also habe ich wohl die Ehre, Ihnen wie Ihrem verehrten Herrn Oheim meine respektvollste Aufwartung zu machen und Sie an Ihr Versprechen zu erinnern, mir Ihre reizenden Ausflüge nach Branitz, Thüringen und Hamburg, deren Reiz durch Ihre Darstellung noch unwillkürlich gesteigert werden wird, ausführlich zu erzählen.

Zum Austausch — denn wir tauschen ja immer — will ich Ihnen Träume vom Mittelmeer und vom Lago di Como mitteilen. Mit meinen ehrerbietigsten und herzlichsten Empfehlungen für Ihren Oheim wie für Sie

Ihr ganz untertänigster F. Lassalle.

III.

Eiligt.

Düsseldorf 12. Oktober 1858.

Soeben trifft mich, wie ein Donner Schlag, die Nachricht, daß Ihr Herr Oheim sanft hinübergeschlummert ist. Wie sehr ich davon aufs tiefste erschüttert bin, vermag ich nicht zu sagen, noch weniger banale Trostgründe aufzubieten. Er ist nicht Ihnen allein, er ist uns allen gestorben, wenn auch Ihnen vor allen. Donnerstag früh um 7 Uhr treffe ich in Berlin ein. Die Innigkeit meiner Freundschaft und Teilnahme für Sie wird es nicht unbescheiden erscheinen lassen, wenn ich gleich Donnerstag zwischen 9 und 10 Uhr meinen ersten Gang zu Ihnen richte. Es versteht sich von selbst, daß Sie, wenn Sie nicht in der Stimmung sind mich zu empfangen, Sich mit mir nicht geniren. Es ist mir, als ob ich in diesem Augenblick erst recht erführe, wie herzlich ich Ihnen ergehen, indem ich mir den Schmerz vorstelle, den Sie jetzt empfinden werden und die Traurigkeit bemesse, mit welcher mich diese Vorstellung erfüllt. Auf baldiges trauriges Wiedersehen.

IV.

Berlin den 13. April 1859.

... Anbei folgt Ihr Blatt zurück. Ich kann mich nicht so zum Fabrikator meines „Ruhmes“ machen. Das ist mir nicht gegeben. Macht es Ihnen Spaß, so habe ich nichts dagegen; ich weiß auch gar wohl, wie nötig beim heutigen Zustande der Litteratur und der literarischen Aufmerksamkeit eigentlich solche Mittel sind, um die Leselust des Publikums auf eine Schrift zu lenken. Aber ich kann darum nicht zum Corrector, und somit intelligiblen Urheber solcher Artikel werden. Ist auch um so weniger nötig, als Sie keines Correctors bedürfen. Diesmal aber war es noch gut, daß Sie es mir geschickt. Denn hätte ich den Namen Humboldts gedruckt dabei gelesen, so hätte es mir Nervenschmerz gemacht.

V.

Berlin den 21. April 1859.

Es scheint Ihnen nun einmal entschieden Spaß zu machen, meine irdische Vorsehung zu spielen und unausgesetzt an der „Fabrikation“ meines „Ruhms“ zu arbeiten. Nun, wie Sie wollen. Da ich meinen Feinden das Tadeln, da ich Stahr das unparteiisch sein sollende Recensiren nicht wehren kann, warum sollte ich meinen Freunden das Loben wehren? Nur sträubt sich mein besseres Gefühl dagegen,

durch die Corrector-Rolle einen directen Anteil an diesen ad majorem Dei gloriam geschriebenen Artikeln zu nehmen, so wahr auch alles ist, was Sie darin sagen und mir gestern noch durch einen Brief der Gräfin bestätigt wurde. Wollten Sie also vielleicht in Zukunft noch mehr solche Sünden begehen, so wäre es meinem Gefühl zusagender, sie erst in ihrer wahren Gestalt, schwarz wie es der Sünde zukommt — d. h. in Druckerschwärze — vor mir zu sehen. Es ist mir wirklich nicht gegeben, so quasi mitzuarbeiten an diesem Pouffiren und Lanciren, dem ich mich nur deshalb nicht überhaupt widersetze, weil es erforderlich und nützlich ist, um dem Ding möglichst viel Leser zu verschaffen.

Sie nehmen mir meine Freimütigkeit nicht übel, nicht wahr? Sie wollen mich ja immer so sehen, wie ich wirklich bin.

Diesmal habe ich nun noch, zum zweiten und letzten Mal, Ihrem Wunsche deferirend die Corrector-Rolle erfüllt. (Es fand sich mehreres zu corrigiren¹⁾).

1. Zunächst das Epitheton vor meinem Namen. Ich liebe derlei nicht. „Mein Titel ist mein Name, lieber Herr!“ sagt Franz. — Epitheta schwächen manchmal ab.

2. Die Künstler müssen fort. Denn sie sind dort zu $\frac{7}{8}$ reactionär, so daß man die mit den Verhältnissen unbekannte Feder sieht.

3. Die Arbeiter lieben nicht von „Beschützern“ zu hören und haben recht dabei.

4. Der Schreiber selbst kann nicht in der Arbeitergesellschaft zugegen gewesen sein. Denn in solche kommt dort kein federführendes Individuum. Wohl aber kann er einen der Arbeiter zum Bekannten, und von ihm es gehört haben. Sie sehen, Lügen ist eine schwere Kunst. Und fast kann man diesmal sagen: „Das Fleisch ist willig, aber der Geist ist schwach“.

VI.

Baden-Baden 13. August 1859.

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Es ist gekommen, wie ich lachend vorher sagte und ich sitze hier sans sou, in einer Situation, die penibel genug wäre, wenn ich nicht meine Heiterkeit und rasche Hilfsquellen hätte.

Die erste derselben sind Sie. Ich bitte mir umgehend 30 Friedrichsd'or herzuschicken: an Herrn F. Lassalle in Baden-Baden poste restante. Ich hoffe Ihnen dieselben mit Dank noch in Badenweiler zu restituiren; denn ich schreibe gleich nach Prag an meinen Schwager um meine Kasse.

Vor allem aber muß ich um Eines bitten: daß nämlich die Gräfin kein Wort davon erfährt. Es würde sie zu sehr ärgern, wenn Sie wüßte, daß ich alles verloren, und sie um das ganze Reisevergnügen bringen, ja sie vielleicht von der Reise nach der Schweiz abhalten. Ich lasse mir von Prag genug Geld schicken, um allen und jeden Verlust vor der Gräfin in Abrede stellen zu können, ja selbst Gewinn zu fingiren. Der gute Zweck, sie in guter Laune zu erhalten, entschuldigt die fromme Lüge. Also Diskretion und Eile... Ich rechne darauf, daß Sie eine Stunde nach Empfang dieses die Güte gehabt haben, den envoi an mich abzuschicken.

1) Es handelt sich um ein Eingesandt aus Düsseldorf, in dem besonders die Aufnahme des „Sickingen“ in Arbeiterkreisen besprochen und LASSALLE gepriesen ward.

VII.

Berlin den 4. December 1859.

Liebes Fräulein! Ich habe mit der Gräfin noch weit und breit über Ihre Sache gesprochen. Ich glaube schwerlich, daß Brodthaus ohne jeden Namen die Sache nehmen wird, und habe ebenso wieder das Bedenken, daß bei einem Männernamen grade dadurch ein Proceß eintreten könnte. — Sie müssen nun wissen, liebes Fräulein, was Sie unter diesen Umständen wollen. Ich bin, ich wiederhole es, ein zu schlechter Ratgeber in solchen Fällen, weil ich zu sehr an rücksichtsloseste Ausführung dessen, was ich für Recht halte, Unempfindlichkeit gegen alles Andere gewohnt bin. Ich in Ihrer Lage, der ich ein Mann bin, würde es drucken lassen ohne weiteres, aber Ich wäre auch eben ganz gleichgültig gegen das Mißfallen der Leute. Sind Sie, was als Frau nur ganz zu rechtfertigen wäre, weniger gepanzert, so ist für Sie eben nicht billig, was für mich recht ist.

VIII.

Machen 25. Juli [1860] ¹⁾.

Mein gnädigstes Fräulein, Sie werden schon von mir gewohnt sein, daß ich immer das Unerwartete thue, und so will ich denn Ihren Brief courier par courier beantworten, in derselben Viertelstunde, in der ich ihn erhalte.

Der freundlichen Wünsche enthält Ihr Schreiben genug. Aber für das Freundliche, das Sie mir wünschen, entschädigen Sie Sich wieder durch das weit weniger Freundliche, das Sie mir sagen oder resp. andeuten. Und wenn es bloß nicht freundlich wäre! Aber es ist auch nicht wahr! Was schlimmer ist. Gewiß, wenn Sie von den „Klatschereien, kleinen Intriguen und Verleumdungen“ Berlins sprechen und zu meiner Entschuldigung gleichsam (!) bemerken, es sei mir gar nicht zu verdenken, wenn ich auf solchem Boden gegen Sie zuweilen ungerecht gewesen und Sie verkannt hätte, so sind Sie ungerecht gegen mich, Sie, die Sie doch auf dem Boden von Soden stehen und nicht auf dem von Berlin und also eingeständenermaßen nicht einmal diese Entschuldigungen für sich haben! — In der That und Scherz bei Seite, Sie thun mir unrecht, wenn Sie glauben, daß ich Sie jemals in Folge der Zuträgereien Anderer verkannt hätte. Es ist, seitdem ich denke, mein erstes Prinzip gewesen, nie etwas auf Versicherung eines Andern über einen Andern zu glauben. Meinen ärgsten Feinden lasse ich dies zu Gute kommen, wie sollte ich gerade bei Ihnen davon eine Ausnahme machen!

Nein, mein gnädiges Fräulein, ich habe Sie nie nach dem Gerede Anderer, immer nur nach dem beurteilt, was Sie mir selbst gezeigt, geschrieben, gesagt haben! Und nach dem, was Einer selbst sagt und schreibt, muß es doch erlaubt sein, zu urteilen. Und hätte ich Sie dabei „verkannt“, so hätten Sie also

1) Ich sehe nachträglich, daß ein Faksimile dieses Briefes in den vor einem Jahre erschienenen „geschichtlichen“ Roman von A. SCHIROKAUER über L. geraten ist, der den dankbaren Stoff — das Genre der LUISE MÜHLBACH und GREGOR SAMAROW ist so unsterblich wie die Instinkte, die daran Gefallen haben — mit vieler Begabung für diese „Litteraturgattung“ wieder in die Sphäre der reinen Sensation überführt.

immer wieder nur sich selbst anzuklagen. Alles das müßten Sie sogar selbst herausfühlen können, und statt Sich über den Mangel meines „geistigen Hellsehens“ zu beklagen, wäre es vielleicht geratener, bei sich selbst anzufangen und sich die Mühe zu geben, etwas heller zu sehen! Wollen Sie alles das bewiesen haben, gut, so bin ich bereit, Ihnen auch einmal mündlich in Berlin die Beweise zu geben, wie ich sie Ihnen lange gegeben hätte, wenn Sie danach gefragt hätten. Aber das thaten Sie nicht. Immer von der eignen Unfehlbarkeit überzeugt, begnügten Sie Sich, mir laut oder still zu zürnen, ohne je auf den Gedanken zu kommen: bin ich selbst vielleicht schuld und habe ich Anlaß gegeben, mir irgend etwas zu verdenken? Kommen wir je auf ein damit entfernt in Zusammenhang stehendes Thema, von welchem ich wohl von selbst darauf übergegangen wäre, so zeigte mir Ihre Art und Weise, daß es Ihnen weit mehr darauf ankäme, gegen mich Recht zu behalten, als sich innerlich zu prüfen, ob Sie auch wirklich im Rechte seien.

Zu meinen Eigenschaften aber gehört es nicht nur, fast immer Recht zu haben, sondern dem Andern in gewissen Dingen auch stets diesen Beweis zu erlassen, wenn ich sehe, daß es ihm nicht selbst darum zu tun ist.

So erließ ich Ihnen denn denselben. Aber wenn Sie Sich daraus einen Boden für Bormwürfe bereiten wollen — denn das sind Ihre Äußerungen, wie fein, geschickt und zierlich sie auch eingekleidet sind — so muß ich wohl das Band der Zunge lösen und sage, daß ich sie nicht verdiene!

Soviel davon. —

Ihr Brief macht den Eindruck, daß Sie Sich dort sehr wohl fühlen und aufs beste amüsieren, was mich sehr freut. Ich wollte wohl, daß ich es, wenn auch nur zum Teil von mir sagen könnte. Ach, liebes Fräulein! welch nichtswürdig langweiliges Hundeneß ist das! Ich büße hier alle meine zukünftigen Sünden ab; denn in der Vergangenheit habe ich noch keine! Dazu weit ärgere Schmerzen als in Berlin! Hoffentlich dauert es deshalb um so kürzer! Stark und kurz, das wäre ganz mein Fall! Ich arbeite den ganzen Tag und bringe doch gar wenig fertig, was in den allerlei Plagen seine Gründe hat. Kurz, mich erfüllt nur der eine Gedanke: wann ist meine Zeit um? Hoffentlich wird sie recht bald um sein und dann eile ich spornstreichs nach Ems, um wenn die Gräfin noch nicht mit ihrer Kur fertig, was leicht möglich, wenn es mir hier gelingt, mich schnell zu expediren, zunächst dort bei ihr zu bleiben und dann mit ihr sei es nach Wildbad, sei es nach Ragatz oder anderwärts zu gehen. Gerade auch der Gedanke, wie es der Gräfin ergehen mag, quält mich fürchterlich! Wenn sie sich dort auch nur ein Viertel so langweilte, wie ich mich hier: — das wäre ja entsetzlich! Aus einem Briefe, den ich gestern von ihr erhielt, konnte ich eben gar nichts darüber entnehmen. —

Ich schicke diesen Brief noch nach Godeu, weil ich glaube, daß er Sie noch dort trifft. Viel Glück zu Ihrer Reise und großes Vergnügen! Sie haben eine schöne Reise vor. Geht Ihre Richte Soundsso überall mit? Daß Sie aber abreisen, ohne Ihr Wort gehalten und an irgend einer Bank in der Nachbarschaft einen Louisd'or für mich gesetzt zu haben, ist doch Unrecht, sehr Unrecht!

Wann sind Sie denn wieder in Berlin zurück? Auf frohes Wiedersehen dort!

IX.

Berlin 7. Juli 1861¹⁾.

Wenige Zeilen in aller Eile zur Antwort auf Ihren eben erhaltenen Brief, denn in einigen Stunden muß ich fort.

Die Meinung Dorn's²⁾ überrascht mich nicht und konnte Sie nicht überraschen, denn sie stimmt ganz mit der meinigen. Es sind jedenfalls genug Stellen da, bei welchen eine Verurteilung, wie ich Ihnen sagte, im Falle des Processus sicher ist (ob man den Proceß machen wird, ist eine Frage, die niemand mit Sicherheit beantworten kann).

Deswegen sagte ich Ihnen auch stets, daß, wenn Sie die Herausgabe vornehmen wollten, Sie ins Ausland gehen und dort das Weitere abwarten müssen. „In Nürnberg hängt man keinen — man hätte ihn denn vor.“

Ob nun die allerdings sehr große politische Wirkung, die das Buch haben muß, sich Ihnen der Mühe lohnt, sich ein zeitweiliges Exil aufzuerlegen und etwa in Italien, der Schweiz u. möglicherweise einige Jahre auf einen Umschwung der Dinge bei uns zu warten — das ist eine Frage, die Sie allein entscheiden können und für die ein Anderer den Maßstab nicht hat.

Nur auf die zwei andern Fragen Ihres Briefes läßt sich eine bestimmte Antwort geben. Nämlich

1. die, daß ich gegen jedes Verstümmeln entschieden bin und die entschiedenste Abmahnung dagegen einlege und

2. daß eine Publikation nach des Königs Tode dem Buch natürlich alle politische Wirkung raubt. — Die Publikation kann dann noch historische, nicht aber mehr politische Zwecke haben.

Wollen Sie also keinesfalls in eine zeitweilige Entfernung aus Preußen sich schicken, so muß der Jahrgang 48 ganz unedirt bleiben, nicht verstümmelt erscheinen.

Übrigens könnte die Edition des Jahrgangs 48, auch für die politische Wirkung unbeschadet, immer noch bis zum Winter warten, und nach meiner Rückkunft von der Reise bin ich bereit, mit Dorn und Ihnen nähere Rücksprache zu nehmen. In Eile.

X.

Berlin 21. April 1864.

Mein gnädiges Fräulein! Es war mir sehr leid, die erste Mitteilung, die ich it so langer Zeit von Ihnen erhalte, von der Nachricht begleitet zu sehen, daß Sie einen Vermögensverlust erlitten! Gestern Abend erhielt ich Ihren Brief — heut früh eilte ich sofort zu Ihrem Banquier Hirschfeld & Wolff und zahlte daselbst die 305 rt. 22 sgr. ein, die ich Ihnen noch schuldete. Ich ließ mir von ihm doppelte Quittung geben, eine lege ich Ihnen hier bei und hoffe so die Sache in

1) L. behielt den Brief aus Versehen in der Rocktasche und sandte ihn erst am 10. VII. von Bad Soden aus an L. ASSING.

2) Rechtsanwalt in Berlin.

der Ihnen liebsten und bequemsten Form geordnet zu haben. — Es ist mir leid, daß auch Sie Vermögensverluste haben, ich glaubte, das sei nur für mich bestimmt. Ich habe in der letzten Zeit viel zugefegt! —

Was die 66 rt. von Marx betrifft, so glaube ich, daß Sie ihm bloß ein Wort der Erinnerung zukommen zu lassen brauchten, um sie sofort zu erhalten. Was mich betrifft, so schreibe ich ihm seit 2 Jahren nicht mehr, wir sind nämlich gespannt, und zwar gleichfalls aus finanzieller Veranlassung!!¹⁾ Um so peinlicher wäre es mir, ihm schreiben zu müssen, auch nicht so wirksam! Während Sie ihm nur eine Erinnerung und den Ausdruck eines Wunsches zukommen zu lassen brauchen. Seine Adresse ist Charles Marx, Esq., London. 9 Grafton Terrace, Maitlandpark, Haverstock hill.

Es freut mich, daß Sie Sich an meinem Geburtstag so gut amüßirt haben. Ich war gleichfalls sehr vergnügt und habe sogar das Kunststück fertig gebracht, gleichzeitig zwei Gesellschaften am Abend mitzumachen, eine große Gesellschaft nämlich, die ich selbst gab, und zugleich ein Fest, das mir die Arbeiter mit ihren Familien im Vereinslokale gaben.

Wohl haben Sie Recht zu sagen, daß wir, falls wir uns wiedersähen, viel auszutauschen haben würden! Es wäre die reine Strapaze! Drei Jahre würden nicht ausreichen, um zu erzählen, was ich nur in dem letzten Jahre alles erlebt habe!

Übrigens haben wir am Geburtstag auch Ihrer gedacht! Meine Schwester war aus Wien dazu gekommen — ist wieder zurück — und Schönberg²⁾ aus Stettin (er ist noch nicht ganz so emancipirt von mir, wie Sie glauben), diese, die Gräfin und ich gedachten Ihrer. Die Andern hätten Sie mit wenigen Ausnahmen nicht gekannt. Ein neues Geschlecht ist herangewachsen.

Jedenfalls werden Sie mir zugeben, daß ich, wenn auch selten, doch ausführlich schreibe. Das ist nun schon die vierte Seite — gegen eine Seite Gabelbuchstaben von Ihnen! Ist das nicht Großmut? Adieu mein gnädiges Fräulein.

Potsdamer Straße 13. (Die Straße hat gewechselt, der bösen Nummer 13 bleib' ich treu. — Neulich wäre ich beinahe auch drei Jahre in's Zuchthaus spaziert, schlug mich aber durch und kam frei. Dagegen hat vor acht Tagen der Staatsanwalt in Düsseldorf zwei Jahre Gefängnis gegen mich beantragt. Das Urteil ist noch nicht gefällt. Noch sechs andere Criminalprozesse schweben, um nachzuholen, was dort etwa veräußert wird. Da haben Sie, um die vierte Seite voll zu machen, noch eine Handvoll Neuigkeiten.)

XI.

Eingabe LUDMILLA ASSINGS, VON LASSALLE verfaßt.

Berlin den 17. März 1860.

An Seine Excellenz den wirklichen Geheimen Staatsminister und Minister des Innern Herrn Grafen Schwerin.

Ew. Excellenz, Unter Vorlegung der erforderlichen Ausweise habe ich zum Zwecke meiner Niederlassung in Berlin, wo ich seit länger als 13 Jahren bereits

1) Über den Anlaß siehe nunmehr: Briefwechsel zwischen ENGELS und MARX 3, 88; 94 u. a.

2) Der Nationalökonom GUSTAV SCHÖNBERG.

wohne, bei dem hiesigen Königlichen Polizeipräsidium meine Aufnahme in den Preussischen Untertanenverband nachgesucht. Ich empfang die Zusicherung der Aufnahme durch folgendes Schreiben:

„Auf den protokolларischen Antrag vom 1. December v. J. wird Ihre Wohlgeboren eröffnet, daß das Polizeipräsidium bereit ist, Sie Behufs Ihrer Niederlassung hier am Orte in den Preussischen Untertanenverband aufzunehmen, sobald Sie den seitens Ihrer Heimatsbehörde ausgefertigten Auswanderungskonsens hier werden vorgelegt haben.

Berlin den 6. Februar 1860.

Königliches Polizeipräsidium. I. Abt.

Der mir gestellten Bedingung habe ich genügt und den Auswanderungskonsens meiner Heimatsbehörde (Hamburg) beschafft. Darauf ist mir ein Schreiben nachfolgenden Inhalts zugegangen:

„Die von Ihnen nachgesuchte Aufnahme in den Preussischen Staatsverband kann, wie Ihnen hierdurch eröffnet wird, nicht erfolgen. Der eingereichte Auswanderungskonsens ist unter Mittheilung des Vorstehenden Ihrer Heimatsbehörde wieder zugestellt worden.

Berlin den 7. März 1860.

Königliches Polizeipräsidium.

Es kann nach obigem Sachvergang nicht bestritten werden, daß die Kgl. Polizeibehörde zu dieser Weigerung nicht mehr befugt ist; da durch dieselbe wie im Nachstehenden in der unzweifelhaftesten Weise bewiesen werden soll, so wohl mir als dem Hamburger Staatsverband gegenüber ein bereits erworbenes Recht verletzt werden würde¹⁾.

Es verhält sich nämlich in vorliegendem Falle nicht so, wie es sich bei der Aufnahme eines Franzosen, Engländer's u. in den preussischen Untertanen-Verband verhalten würde, in welchen Fällen allerdings der Naturalisation selbst kein Recht auf Naturalisation vorausgeht und folgeweise die bis zu dem letzten Momente im freien Willen des aufnehmenden Staats liegende Naturalisation so lange verweigert werden kann, bis sie definitiv erteilt ist.

Die hier in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse sind begründet durch die Deutsche Bundesakte v. 8. Juni 1815 Art. 18, welcher lautet:

„Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein den Untertanen der deutschen Bundesstaaten folgende Rechte zu sichern: 1. . . 2. Die Befugnis a) des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat in den andern, der erweislich sie zu Untertanen annehmen will.“

Durch diese Bestimmung sollte die Einheit der deutschen Völker bis auf einen gewissen Grad verwickelt werden. Es sollte sich die Auswanderung aus dem einen

1) Bis hierher reicht der Entwurf des Rechtsanwalts, dessen Fortsetzung gestrichen und durch die folgende Erörterung L.s ersetzt ist. Die Absendung erfolgte erst mehrere Wochen später. Denn am 14. IV. 1860 schrieb L. an LUDMILLA ASSING: „Anbei die Eingabe. Zwei Stellen habe ich verbessert, rückverbessern Sie danach vor der Absendung mein Original für den Fall, daß wir es brauchen.“

und die Einwanderung in den andern deutschen Staat nicht wie für Staaten verhalten, welche gegen einander absolutes Ausland sind, sondern es sollte, was im Verhältnis ausländischer Staaten zu einander ganz undenkbar wäre, jeder deutsche Staat sogar gezwungen sein den Untertan aus seinem Staatsverbande zu entlassen, den erweislich ein anderer deutscher Staat in den seinigen aufzunehmen bereit sein würde.

Kein deutscher Bundes-Staat darf, auf den erklärten Willen eines andern deutschen Bundes-Staates hin aufnehmen zu wollen, dem betreffenden Untertan die unbefristete Entlassung aus dem Staate weigern.

Dementsprechend verordnet auch der § 18 des preuß. Ges. v. 31. Dec. 1842: „Untertanen, welche in einen deutschen Bundesstaat auswandern wollen, kann die Entlassung verweigert werden, wenn sie nicht nachweisen, daß jener Staat sie aufzunehmen bereit ist“, wobei von diesem Gesetz die deutsche Bundesakte Art. 18 nr. 2a allegirt wird.

Diese Erklärung, „zur Aufnahme bereit zu sein“, ist es also, welche, wie auch an sich selbst klar, von der Bundesakte mit dem „erweislichen Willen zur Aufnahme“ gemeint wird.

Und diese wörtlich so gefaßte Erklärung ist es, die in dem ersten amtlichen Bescheide v. 6. Febr. vorliegt.

Sowie diese Erklärung vorliegt, ist also der Heimatstaat zur Entlassung seines eigenen Untertanen gezwungen.

Wenn diese Erklärung des aufnehmenden Staates aber einen Zwang zur Entlassung für den Heimatstaat begründet, so folgt hieraus von selbst, daß sie notwendig auch eine Verpflichtung seitens des sich zur Aufnahme bereit erklärenden Staates erzeugt. Jener Zwang hat nur einen Sinn und eine rechtliche Möglichkeit, wenn ihm diese Verpflichtung entspricht. Denn wie sollte ein Staat zur Aufgabe seiner Souveränität über einen seiner Bürger durch eine Vereiterklärung zur Aufnahme durch einen andern Bundesstaat gezwungen werden können, wenn diese Erklärung eine ihrerseits eine ad nutum revolvable, zu nichts berechtigende und verpflichtende, wieder fortzuhauchende wäre, so daß der deutsche Untertan durch diese Operation nur um seine ursprüngliche Nationalität gekommen und jetzt recht- und heimatlos wäre?

Soll die deutsche Bundesakte, sollen die Erlasse der Landespolizeibehörden nur ein Mittel sein, den Unterthan deutscher Staaten um seine ursprüngliche Staatsangehörigkeit bloß zu prellen, ohne ihm eine neue zu verleihen?

Wollte die deutsche Bundesakte den Unterthanen deutscher Staaten in jenen Bestimmungen Rechte einräumen, wie sie noch dazu selbst in den angeführten Worten, welche diese Bestimmung einleiten, ausdrücklich sagt, Rechte, welche ihren Ursprung in dem Gefühl der Einheit und Gemeinsamkeit der deutschen Volksstämme hatten, oder sollte sie bloß unter dem lügnerischen Vorgeben dieser Absicht für die Regierungen als ein wohl erfundenes Testament dienen, wie man deutsche Bürger wider ihren Willen um alle und jede Staatsangehörigkeit, auch um die angeborene, bringen könne?

Es wäre unerhört, aber gewiß, es wäre interessant, wäre neu, und, sicherlich auch, es wäre vor allem sehr zeitgemäß, wenn man selbst zum erstenmal, und noch

dazu von preussischer Seite her, mit dieser Interpretation der deutschen Bundesakte hervorträte.

Jene Bereiterklärung zur Aufnahme, wie sie einerseits den Heimatsstaat zur Entlassung zwingt, enthält also andererseits für den erklärenden Staat die conditionelle Verpflichtung, falls der betreffende Bürger nun wirklich die ihm nicht mehr zu verweigernde Entlassung aus seinem Heimatsstaate nimmt, ihm dafür die Aufnahme in die Nationalität des erklärenden Staates zu gewähren. Conditionelle Verpflichtungen sind aber bekanntlich um nichts weniger bindend unwiderruflich und erworbene Rechte begründend, wenn die Bedingung eintritt, als unbedingte Verpflichtungen.

Wie sollte es auch bestritten werden können, daß hier ein *jus quaesitum* vorliegt? Das Recht eines deutschen Bürgers in einen anderen deutschen Staat einzuwandern ist, schlimm genug, freilich kein unbedingtes. Es ist von der Bundesakte nur unter der Bedingung anerkannt, daß die Regierung des anderen Staates in erweislicher Form ihren Willen zur Aufnahme erklärt hat, daß also die erste der hier vorliegenden Erklärungen erfolgt ist. Sowie aber das Individuum diese gesetzliche Bedingung erfüllt, und auf diese Erklärung hin die Entlassung aus seinem originären Staatsverband beantragt und erwirkt hat, hat es gesetzlich anerkannte Rechte durch besondere individuelle Handlungen und Leistungen zu den seinigen gemacht, d. h. es hat ein *jus quaesitum*, erworbene Rechte, in der Hand, wie jedes Rechtsband dem Herrn Polizeipräsidenten hätte zeigen können, erworbene Rechte, welche also durch spätere schlechte Aufführung nicht mehr gekränkt oder beeinträchtigt werden können, weil dies die höchste und schreiendste aller Rechtswidrigkeiten, den Greuel der Rückwirkung darstellen würde. —

Ebenso unleugbar, wie durch die rechtliche Natur der Sache der Charakter des erworbenen Rechtes im vorliegenden Fall begründet ist, wenn nicht die einfachsten Grundprincipien alles Rechtes mit Füßen getreten werden sollen, ebenso bestimmt geht dies aus dem klaren Wortlaut der Bundesakte hervor. Der Art. 18 derselben sagt, er wolle den Unterthanen Rechte sichern. Und was sichert er ihnen nun zu? Er sichert ihnen nicht etwa: „die Befugnis des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat, wenn sie ein anderer deutscher Bundesstaat erweislich zum Unterthanen annehmen will.“ Hätte sich die Bundesakte so ausgedrückt, dann wäre es allerdings klar, daß nur die Befugnis des Wegziehens aus dem Heimatsstaat eingeräumt ist und nichts weiteres.

Es ist vielleicht Schade, daß sich die Bundesakte nicht so ausgedrückt hat! Es wäre dann so schön, so deutlich hervorgetreten, daß das Recht auf Vaterlandslosigkeit, auf Heimats- und Nationalitätslosigkeit das Einzige ist, welches der Bund bei den Deutschen anerkennt und ihnen sichert! Indeß, die Bundesakte drückt sich nun einmal nicht so aus. Sie drückt sich vielmehr so aus, sie sichere: „die Befugnis auch des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat in den andern, der ic.“ Der Satz: das Wegziehen aus einem deutschen Staat in den anderen, welcher ic. ist, wie der Herr Polizeipräsident in jedem grammatischen Handbuch hätte finden können, eine Krasis, d. h. die Zusammenziehung zweier Satzbegriffe in einen Satz. Der Satz: „das Wegziehen

in einen Staat“ heißt in aufgelöster Form gerade so viel als: „das Wegziehen und Hineinziehen in einen Staat“ zc. Es ist also, und Niemand der deutsch kann, wird dies bestreiten — ganz so als ob in breiterer Redeweise gesagt wäre, es sei den Unterthanen Deutscher Fürsten gesichert: „die Befugnis zc. des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat und des Hineinziehens in den anderen, der erweislich sie zu Unterthanen annehmen will“. Dieses Hineinziehen in den Staat ist also, sobald dieser erweislich erklärt hat, aufnehmen zu wollen und noch vor der wirklichen Aufnahme (Naturalisation) als eine Befugnis der deutschen Unterthanen hingestellt und garantiert worden. Eine „Befugnis“ besagt aber ein unbedingtes peremptorisches Recht. Wenn das Hineinziehen „in den Staat welcher zc.“ nun Befugnis des Unterthanen geworden ist, so ist es nicht mehr eine Vergünstigung der Regierung und diese hat kein Recht ihm die durch die Bundesakte eingeräumte Rechtsbefugnis zu rauben.

Die grammatische Betrachtung des Wortlauts ergibt also mit derselben Evidenz ganz dasselbe Resultat, wie die rechtlich-materielle. Beide zeigen, daß ich ein von dem freien Willen der Regierung nunmehr unabhängiges Recht auf Naturalisation erworben habe.

Was nicht ausbleiben konnte, trat ein. Der Hamburger Senat weigerte sich trotz der Zuschrift des Herr Polizeipräsidenten v. Jedlitz, der demselben die von mir eingereichte Entlassung aus dem Hamburger Staatsverband zurücksendete, auf die darin gestellte Zumutung der Rücknahme derselben einzugehen. Er erwiderte vielmehr, meine erworbenen Rechte achtend, daß er nicht imstande sei, das in gesetzlichen Formen Geschehene rückgängig zu machen und mir die Aufrechterhaltung und Wahrnehmung meiner Rechte nicht verkümmern werde. Zu diesem Zweck verfügte er sogar abschriftliche Mitteilung an mich der Zuschrift des Polizeipräsidenten und der diesem darauf erteilten Antwort. Abschrift von beiden lege ich Ew. Excellenz hier bei.

Ew. Excellenz wird nicht entgehen können, daß durch diesen tapfern und würdevollen Schritt des Hamburger Senats mein Recht noch um vieles handgreiflicher geworden ist.

Einmal ist, was bis dahin eine bloße juristische Möglichkeit war, daß nämlich durch die Vereiterklärung eines Staates zur Aufnahme bei der Seitens des Herrn von Jedlitz obwaltenden Interpretation der Bundesakte bloß die ursprüngliche Nationalität dem Deutschen wie ein Stuhl hinter dem Rücken weggezogen werden könnte, ohne daß dadurch ein Recht auf die Aufnahme in den sich hierzu bereit erklärenden Staat erteilt werde — zur schreienden, flagranten Wirklichkeit geworden. Ich bin jetzt durch die Erklärung der Preussischen Polizeibehörde um meine Hamburger Nationalität gebracht worden und Hamburg weigert sich mit gutem Rechte dies rückgängig zu machen.

Daß aber die Preussische Regierung nicht das Recht haben könne, den Hamburger Senat zu zwingen, mich zu entlassen, — und diesen gesetzlichen Zwang übte sie, wie ich oben zeigte, durch jene Erklärung aus — ohne mir nun dafür zum Austausch eine andere Nationalität zu verleihen, wenn sie jene Entlassung nicht mindestens rückgängig machen kann, das dürfte gewiß dem einfachsten Billigkeitsinn einleuchten.

Zweitens aber ist aus der weigernden Antwort des Hamburger Senats ersichtlich, wie derselbe gleichfalls die oben entwickelte Interpretation der Deutschen Bundesakte vertritt. Der Hamburger Senat hat an und für sich weder Interesse noch Beweggrund mich nicht wieder zurücknehmen zu wollen. Er würde das an sich ganz gern tun. Aber er sieht mit Recht eine Sache von höchster, weit über meine Person hinausgehender principieller Wichtigkeit in diesem Vorfall. Als die Regierung einer freien Stadt will er nicht die Bundesakte durch seine Auslegung zu einem Hohn und Spott auf das deutsche Volk machen. Darum weigert er sich. Es handelt sich um ein Recht aller Deutschen, das er nicht verklümmern lassen will. Sollte die Preussische Regierung die *dékaveur* auf sich nehmen wollen, die Auslegung des Herrn von Zedlitz gegenüber der des Hamburger Senats zu vertreten? Sollte sie wirklich dabei zu gewinnen glauben? Abgesehen selbst von dem Rechtlichen — welche crassere Undeutschheit wäre denn möglich als diejenige, bloß seitens der deutschen Fürsten das Recht anerkennen wollen einen andern deutschen Staat auf die Provokation eines Untertanen desselben zur Aufgabe der Staatsangehörigkeit zu nötigen, ohne nun auch seitens des Volkes ein Recht gegen den hierzu nötigen deutschen Fürsten anzunehmen? Sollte das etwa das Ideal der „deutschen Freizügigkeit“ sein, wie es der Preussischen Regierung vorschwebt? Das die Weise, in der sie die Deutsche Bundesakte verbessern will?

Endlich welches ist überhaupt, abgesehen von meiner Qualität als Deutsche und des dadurch bedingten Plaggreifens der Deutschen Bundesakte der Rechtsgrund, mir die Naturalisation zu verweigern? Der § 7 des Ges. v. 31. Dec. 1842 sagt nur, aus welchen Gründen allein, auch absoluten Ausländern gegenüber, diese Verweigerung stattfinden darf. Von den daselbst aufgezählten 5 Weigerungsgründen finden die andern nun ohnehin keinerlei Anwendung auf meine Verhältnisse. Der einzige, der angerufen werden könnte, wäre der Grund nr. 2: die Eigenschaft als Preuße solle nur solchen Ausländern verliehen werden welche einen „unbescholtenen Lebenswandel geführt haben“.

Soll nun vielleicht die zwischen dem ersten und zweiten Erlaß des Herrn von Zedlitz, zwischen der Bereiterklärung und der Weigerung, erfolgte Veröffentlichung der Humboldtschen Briefe einen „bescholtenen Lebenswandel“ darstellen?

Außer dem unauslöschlichen Gelächter, welches eine solche Gesetzesauslegung an und für sich entzünden müßte, bietet sich hierbei noch eine sehr ernste Betrachtung dar. Es ist bisher der Standpunkt Er. Exc. gewesen, daß Polizeiverfolgung aus politischen Gründen nicht stattfinden solle, daß, wo nicht die Gerichte zum Einschreiten angerufen werden und wo also kein Vergehen vorliegt, auch keine Maßreglung wegen mißliebiger Gesinnung eintreten soll.

Soll dieser Standpunkt nun aufgegeben werden?

Würde er es in diesem Falle, so würde aber damit sogar noch ein weit Gehässigeres eintreten als das, was selbst bei den Polizeiverfolgungen unter dem vorigen Ministerium der Fall war, die von Er. Excellenz und der Zweiten Kammer so oft und so feierlich verdammt worden sind!

Politische Polizeiverfolgungen, so gehässig und widerrechtlich sie unter allen Umständen sind, können wenigstens in dem Sinne einer Regierung noch das Nützliche haben, daß sie Präventivmaßregeln sind, welche der Regierung mißliebige Dinge verhüten sollen.

Wäre ich also z. B. ein Mann, so würde es begreiflich sein können, daß die Regierung mindestens ein Interesse haben kann, einem Demokraten die Aufnahme in den Staat zu versagen. Denn ein demokratischer Mann würde in Kammern, Werkstätten, Wahlversammlungen u. Propaganda machen können. Die polizeiwidrige Rechtsverletzung würde sich also in diesem Falle mindestens noch als eine Nützlichkeitsmaßregel, als eine Maßregel im Sinne der Verhütung herausstellen. Und dieser Natur waren die meisten Verfolgungen unter dem Ministerium Manteuffel. Nun bin ich aber eine Frau, also von jeder politischen Wirksamkeit in Kammern, Werkstätten, Wahlversammlungen u. ausgeschlossen. Ich könnte nur durch Schriften wirken und für diese bleibt es sich ganz gleichgültig, ob ich sie von Hamburg aus, oder von Berlin aus in Leipzig drucken lasse. Die polizeiwidrige Maßregel gegen mich stellt sich also nicht einmal als eine Nützlichkeits-, als eine Präventivmaßregel heraus, sondern als etwas noch weit Schlimmeres: als eine reine Maßregel der Rache für die Veröffentlichung jenes Briefwechsels.

Wäre es wirklich nötig, noch ein Wort hinzuzufügen?

Ich bin fest überzeugt, daß Ew. Excellenz keinen Augenblick zweifelhaft sein und die sofortige Erteilung meiner Naturalisation anbefehlen werden. Ew. Excellenz können gar nicht anders. Bundesakte und Gesetz einerseits, Ihr ganzes bisheriges politisches Glaubensbekenntnis andererseits sind Bürge dafür.

Sollte ich jedoch wider Erwarten abschlägig beschieden werden, so kann ich Ew. Excellenz nicht verhehlen, daß ich es hierbei keineswegs bewenden lassen würde. Es handelt sich hierbei nicht nur um mich, sondern um ein Recht aller Deutschen. Es ist somit eine Pflicht für mich, die Sache aufs äußerste durchzukämpfen, um nicht in meinem Falle ein Andern nachteiliges Praecedens schaffen zu lassen. Es ist dies umsomehr Pflicht für mich, als ich glücklicher situirt bin als andere, um Rechte durchzusetzen. Ich würde mich also verpflichtet sehen, Kammern, Presse, Bundestag anzurufen, und Himmel und Erde in Bewegung setzen, um dies Recht zum Austrage zu bringen, und nehme keinen Anstand dies Ew. Exc. zu eröffnen, damit Sie Sich sagen können, ob für die Regierung der Gewinn bei diesem Kampfe, aus dem ich übrigens sicherlich nicht als Geschlagene scheiden würde, den Einsatz lohnt.

Indem ich Ew. Excellenz um umgehende Antwort ersuche, zeichne ich mit ausgezeichneter Hochachtung Ew. Exc. . . .

XII.

LASSALLE an Fürst PÜCKLER-MUSKAU.

Berlin 2. Mai 1862.

Ew. Durchlaucht Karte fiel mir neulich wie eine Sünde auf das Herz! Ich hatte von Tag zu Tage meinen Besuch wiederholen wollen, allerlei Geschäfte hatten mich dies von Tag zu Tage verschoben lassen — und nun auf einmal die Karte, die mir zeigte, daß es zu spät sei und ich den Genuß leichtsinnig verschert hatte!

Wenn Ew. Durchlaucht wieder nach Berlin kommen, bitte ich doch um eine Benachrichtigung durch zwei Worte, damit ich nachholen kann.

Anbei erlaube ich mir Ihnen eine Kleinigkeit¹⁾ einzusenden, die hoffentlich das Gute haben wird, Sie viel lachen zu machen. Hier erregt sie ungewöhnlich schnelles Aufsehen. Es lacht bereits die halbe Stadt und es gehen mir von allen Seiten jubelnde Beitrittserklärungen zu. In bekannter Verehrung . . .

XIII.

FÜRST PÜCKLER-MUSKAU AN LASSALLE.

Schloß Branitz, 10. Mai 1862.

Tausend Dank, mein verehrter Doctor, für das mir so gütig überschickte Buch, ein höchst merkwürdiges und Ihnen große Ehre machendes, das ich, gleich den zwei früheren, wieder nicht aus der Hand legen konnte, bis ich es ausgelesen hatte. Jetzt aber studiere ich es nochmals ebenso sehr zu meiner Belehrung als Belustigung. Als Ihnen bekannter frère ignorantin, staune ich zuvörderst Ihre Gelehrsamkeit, Ihre Gründlichkeit an, dann freue ich mich, einmal eine Kritik zu lesen, die ganz mutig ist gegen Autor wie Publikum, trotz der vierten Auflage des Schwindelbuches, welche bisher doch die meisten Kritiker von Profession eingeschüchtert hat — endlich amüsiert mich außerordentlich Ihr schlagender Witz, obgleich ich einige Ausdrücke zu stark finde, nicht hinsichtlich des vernichteten Autors, aber im Interesse der Grazie Ihres eigenen Witzes. Das Ganze aber ist für mich ein Meisterstück, das bei jedem Unparteiischen Ihren Charakter wie Ihren Geist hoch erheben muß.

Wenn Sie Gräfin Hagensfeld sehen, so bitte ich mich bei ihr zu entschuldigen, daß ich sie in Berlin nicht besucht, so sehr ich es gewünscht. Aber vier Wochen war ich krank, und bei meiner schnellen Abreise, obgleich noch kaum genesen, so mit dringenden Geschäften und Staatsvisiten überhäuft, daß ich nicht mehr dazu kommen konnte, die liebe Gräfin aufzusuchen, obgleich ich sie nur einmal bei Frau v. Loe gesehen, so schön und heiter, als verjünge sie sich statt älter zu werden. Und nun sans adieu, mit der Hoffnung auf baldiges Wiedersehen. Mit größter Hochachtung Ihr dankbar ergebener H. Pückler.

XIV.

LASSALLE AN FÜRST PÜCKLER-MUSKAU.

Berlin den 4. Juni 1862.

Durchlaucht! Die Briefe, die man von Ihnen erhält, wenn man Ihnen irgend eine kleine litterarische Production übersendet, sind stets so reizend, daß man fast schon um dessentwillen allein produciren könnte, um wieder Gelegenheit zu haben, Ihnen eines Ihrer entzündenden Briefchen zu extrahiren. Ich bin wieder in der glücklichen Lage, Ihnen anbei zwei Kleinigkeiten übersenden und mich also schon im Voraus auf die Antwort freuen zu können, die mir das eintragen wird. Kommen Sie, Durchlaucht, nicht bald einmal wieder nach Berlin? Mit bekannter Verehrung.

XV.

LASSALLE AN EINEN UGENANNTEN FRANZÖSISCHEN REDAKTEUR.

O. D. (1859).

Mein Herr, Auf meiner Reise in die hiesigen Bäder habe ich mich durch das Zusammenreffen mit vielen Ihrer Landsleute überzeugt, daß man in Frankreich

1) Es ist „Herr JULIAN SCHMIDT, der Literarhistoriker“.

allgemein der Meinung ist, daß die öffentliche Stimmung in Deutschland, auch innerhalb der deutschen Demokratie, während des letzten Krieges eine der französischen Nation selbst feindliche gewesen wäre.

Zu dieser Ansicht, welche eben so irrig als schädlich ist — letzteres deshalb, weil sie Mißtrauen zwischen zwei große Nationen säet und dadurch der demokratischen Entwicklung in beiden Ländern große Schwierigkeiten in den Weg legt — haben zwei Umstände Ihre Compatrioten veranlaßt. Erstens die Haltung der deutschen Zeitungen, die allerdings meistens diesen Ton anschlugen. Wer aber die gegenwärtigen deutschen Zeitungsverhältnisse näher kennt, weiß, daß unsere Blätter alles eher ausdrücken als die öffentliche Meinung. Zweitens die fast gänzliche Nichtbeachtung, die man in Frankreich unserer Broschürenliteratur in dieser Zeit widerfahren ließ, einer Literatur, in welcher sich die allgemeine Stimme in ganz anderer Weise manifestiren konnte und manifestirt hat als in unsern Zeitungen.

Ich fühle mich hierdurch veranlaßt, Ihnen, mein Herr, zu Ihrer Kenntnissnahme eine Broschüre zu übersenden, welche ich unmittelbar nach der Kriegserklärung veröffentlichte, welche in einer ungewöhnlich großen Anzahl von Exemplaren vom Publikum absorbiert wurde, rasch hintereinander zwei Auflagen erlebte und nach meiner unmaßgeblichen Meinung den wahren Gesinnungsausdruck der großen Majorität der deutschen Nation, jedenfalls der deutschen Demokratie bildet.

Indem ich Ihnen überlasse, ob Sie es im Vorteil der Sache finden, in Ihrem Blatte irgend einen Bericht über den Inhalt derselben ihrer Nation zukommen zu lassen, und dabei vertraue, daß dieser Bericht jedenfalls die wesentliche Anschauung der Schrift nach ihren beiden Seiten hin, unverkümmert darlegen wird, zeichne ich mit der größten Hochachtung usw.

XVI.

LASSALLE an Geheimrat KÖPKE.

Berlin 25. Februar 1864.

Beifolgend erlaube ich mir, Ihnen mein neuestes national-ökonomisches Werk „Herr Bastiat-Schulze“ 2c. zu übersenden. Die Polemik gegen Herrn Schulze war natürlich nur verschwindender Ausgangspunkt und Einleitung für dasselbe. Seine eigentliche Leistung ist die, die gesamte Theorie der liberalen Oekonomie überhaupt aufzulösen und den wissenschaftlichen Durchbruch einer wahrhaften Theorie der National-Oekonomie zu vollziehen, was durch die Entwicklung der historischen Kapitaltheorie in dem Werke vollbracht wird. Ich habe hier den selben Grundgedanken auf oekonomischem Felde durchgeführt, den ich in meinem „System der Erw. Rechte“ auf juristischem Felde realisiert habe. Und so wäre denn nachgewiesen, wie der speculative Begriff beides gleichmäßig beherrscht. Hoffentlich trifft Sie die Sendung in bester Gesundheit und Laune.

Mit alter Verehrung.

XVII.

LASSALLE an REINHOLD SCHLINGMANN.

In Eile!

Düsseldorf 25. Mai 1864.

Hier schicke ich Ihnen eiligst meine Rede „Die Agitation des Allg. Deutschen Arbeitervereins und das Versprechen des Königs von Preußen“, die eiligst,

schleunigst gedruckt werden muß. Ich schlage Ihnen das Geschäft wieder auf gemeinschaftliche Rechnung vor. Sollten Sie einen andern modus vorziehen, so werden wir uns darüber leicht verständigen, aber vor allem muß der Druck sofort begommen werden, ohne Aufenthalt. Was die Anzahl der Exemplare betrifft, so war die Anzahl (1200), in welcher Sie den Hochverratsprozeß druckten, mir viel zu geringe. Kein Bevollmächtigter hat hier mehr davon und überall Nachfrage. Die gegenwärtige Rede müssen Sie jedenfalls in 4000 Ex. drucken; 2000 und mehr wird der Arbeiter-Verein allein konsumieren, denn jeder will sie haben. Zudem wird sie schon infolge ihres Titels stark außerhalb des Vereins gehen. Die erste Korrektur müssen Sie sorgfältig lesen, die zweite Korrektur, aber mit dem Manuskript wird mein Freund Bucher übernehmen, an den ich Sie Sich in meinem Auftrage zu wenden bitte. Die dritte Korrektur muß ich selbst lesen; bitte sie mir nach Bad Ems poste restante zu senden. Binnen 8 bis höchstens 10 Tagen muß das Ding fertig sein; es sind nicht mehr als 3 Bogen. Herzliche Grüße. Sehe baldiger Antwort entgegen. Tot vor Abstampelung.

XVIII.

LASSALLE an FRIEDRICH CREUZER.

Berlin 16. November 1857.

Verehrter Mann! Zu den Unzähligen, welche durch Ihre unvergänglichen Werke in den Geist des Alterthums eingeführt und mit Begeisterung für dasselbe erfüllt worden sind, welche aus ihnen Kenntnis und Erkenntnis seines Lebens gezogen und an ihnen gelernt haben, durch den Wechsel täuschender Formen hindurch in seine innere Tiefe einzudringen, gehört auch der Unterzeichnete. Umsonst würde er versuchen zu schildern, mit welcher sich immer steigenden Bewunderung, mit welchen aus größter geistiger Hochachtung gar bald in Verehrung, aus Verehrung in Liebe sich umwandelnden Gefühlen er seit seinem ersten Jünglingsalter Ihre Schriften studirt und durchlebt hat! Was er Ihnen verdankt — davon giebt sein beifolgendes Werk selbst das beste Zeugnis! — Gestatten Sie also, verehrter Greis, daß ich Ihnen in diesem Sinne ein Exemplar meines soeben die Presse verlassenden Herakleitos des Dunklen von Ephesos zu überreichen mir erlaube, ein kleines und wie schwaches Zeichen der Dankbarkeit, die ich für Sie empfinde und Ihnen schulde. Seit je hat dieser großartige Stoff Ihren großartigen Blick mit dem größten Interesse erfüllt, seit je verdankt er Ihnen die fruchtbarsten, triebkräftigsten Andeutungen und Winke!

Empfangen Sie dieses Werk als ein Zeichen mehr, das Ihnen am Abende Ihres Lebens gegeben wird davon, daß auch die neue Generation nicht verwaehret werden wird das ihr von Ihnen übermachte Pfund, daß sie zu schützen und zu vertreten wissen wird das von Ihnen aufgepflanzte und in so großen Kämpfen so ruhmreich verfochtene Banner, daß sie selbst da wo sie eigene abweichende Weg einschlägt, niemals vergessen wird auf die Pforten zu schreiben, daß sie ihr durch Ihre gewaltigen Arbeiten eröffnet worden sind!

In ehrfurchtsvoller Liebe usw.

Materialien zur Geschichte des Cabetismus unter dem zweiten Kaiserreiche (1849—1859).

Mitgeteilt und erläutert von
Georges Bourgin (Paris)¹⁾.

Mit der politischen und sozialen Reaktion seit den Juniustagen 1848 beginnt in Frankreich auch ein Kampf der Verwaltung und der Gerichte gegen jegliche Art der Reformbetätigung und insbesondere gegen sämtliche Vereinigungen von Arbeitern — zu Unterstützungszwecken oder gewerkschaftlichen Charakters — sowie gegen die sozialistischen Sekten. Diese wie jene wurden so aus der Öffentlichkeit und zur Geheimorganisation gedrängt, ebendeshalb aber auch Gegenstand um so blindwütigerer Verfolgung, die sich mit der Entwicklung zum Staatsstreich hin stetig steigerte und die gänzliche Säuberung des Territoriums von der ständigen Bedrohung durch Sozialisten und Demokraten bezielte. So wurde denn auch der Cabetismus, trotzdem seine Bedeutung schon beim Ausbruch der Februarrevolution stark vermindert war, Gegenstand eifriger Aufmerksamkeit von seiten der Regierungsorgane, wie die nachfolgenden Akten des Justizministeriums, die gegenwärtig im Nationalarchiv erliegen, zeigen — Akten, welche die von mir und P. CARON bereits früher benützten²⁾ sowie (übrigens durchaus einseitig) die Untersuchung J. PRUDHOMMEAUX in seinem Werke: „Icarie et son fondateur Étienne Cabet“ (Paris 1907) ergänzen.

Sie zeigen die Magistratur gegen das ikarische Unternehmen außerordentlich voreingenommen; und der Pariser Generalprokuratur beschuldigt in seinem — nachfolgend wiedergegebenen — Bericht an den Justizminister vom 19. VII. 1849³⁾ über die Ergebnisse einer gegen CABET und dessen Bevollmächtigten KROLIKOWSKI eingeleiteten Untersuchung diese beiden des Betruges und der Veruntreuung.

1) Nach dem französischen Manuskript übersetzt von H. G. 2) Vgl. G. BOURGIN, Documents inédits sur la propagande icarienne, 1840—44 (in „La Revue socialiste“ t. 46, S. 519/41); CARON, Cabet et l'Icarie à la fin de 1847 (in „Revue d'histoire moderne et contemporaine“ t. 8, S. 569/85). 3) Archives nationales BB¹⁸ 1473, dossier 6817.

Parquet de la Cour d'Appel à Paris.

Paris le 19 Juillet 1849.

Monsieur le Garde des Sceaux. En réponse à votre lettre du 6 janvier dernier, j'ai l'honneur de vous adresser les renseignements que vous m'avez demandés sur la Société Icarienne. — L'instruction suivie à ce sujet a été longue, en raison de son importance et de son développement. — Il en est résulté contre le Sr Cabet, directeur de cette société et contre le Sr Krolikowski, son principal agent et son représentant, inculpation d'escroquerie et d'abus de confiance. Une ordonnance de la Chambre du Conseil, en date du 6 juin dernier, les a renvoyés tous deux devant le Tribunal de police correctionnelle. La cause a été appelé, le 22 juin, à la 7^e Chambre, mais, sur la demande du Sr Krolikowski, le Tribunal, après avoir donné défaut contre le Sr Cabet, a continué l'affaire au 27 septembre prochain, pour donner à ce prévenu le temps de revenir en France.

Voici, Monsieur le garde des Sceaux, un aperçu résumé des faits d'escroquerie et d'abus de confiance reprochés aux deux prévenus.

Depuis 1841, le Sr Cabet rédigeait à Rouen le journal Le Populaire, organe des idées communistes; cette publication ne vivait que de l'argent habilement obtenu des adeptes de la doctrine au moyen de nombreuses et très productives souscriptions.

Au mois de mai 1847, se disant persécuté en France et poussant l'ambition et la folie jusqu'à vouloir mettre en pratique la théorie communiste, le Sr Cabet propose, à ses partisans l'émigration et la colonisation dans des contrées lointaines. Le Populaire du 5 septembre 1847 annonce la formation d'un comité d'admission dans la Société destinée à fonder au Texas une colonie sur les bases de la doctrine icarienne.

Le contrat social est publié dans le numéro du 19 du même mois. „La société, y est-il dit, est une société universelle de tous biens et en nom collectif; elle se propose d'acquérir de vastes terrains, dans un climat convenable, pour les défricher, les cultiver, les exploiter, pour s'y établir en y faisant toutes les constructions nécessaires, pour y exercer toutes industries et y faire tout commerce extérieur dans l'intérêt commun.“ On annonce ensuite que le Sr Cabet sera directeur gérant pendant 10 ans, qu'il aura la signature sociale, recueillera tous les fonds qui formeront le capital social, contractera les emprunts nécessaires, achètera ou empruntera à crédit. — On dit encore plus loin: „Chaque associé apportera au moment du départ tout ce qu'il possèdera. Au moment de sa demande d'admission, il versera pour lui et sa famille 10 francs dans la caisse de préparation. Cette caisse est destinée à payer les dépenses d'impressions, etc., que nécessitent les préparatifs. Tous doivent être également bien nourris, vêtus et logés, eux et leur famille. Celui qui voudra quitter la société, après son arrivée, n'aura pas le droit de retirer son apport; il pourra seulement obtenir un secours“.

Outre ce brillant Prospectus, Le Populaire du 16 janvier 1848 contenait les lignes suivants: „Touché de la profonde misère des prolétaires, ne pensant qu'à l'amélioration de leur sort, je leur propose d'aller chercher le bien-être, par le travail, dans les déserts de l'Amérique“.

Le Sr Cabet annonçait, dans le même journal, „qu'il avait déjà un million d'acres de terres le long de la Rivière Rouge, beau fleuve, navigable jusqu'à l'établissement de la Communauté Icarienne“. — Le succès de l'entreprise était assuré, disait-il encore, par sa prudence et ses précautions: il avait eu soin d'envoyer un agent visiter, à l'avance, les lieux qui devaient servir à l'établissement de la colonie.

D'après toutes ces belles promesses, l'empressement fut grand pour le premier départ. La première expédition, qui devait être composée seulement de 19 ou 20 personnes, le fut de 69: elle partit du Havre, le 3 février 1848. Le témoin Grosse, l'un des plus fervents adeptes de Cabet, a déclaré qu'il avait remarqué, avec peine, le peu de précautions qu'on avait prises, pour assurer le bien-être des émigrants. Au moment du départ, et quand tous les effets furent chargés sur le navire, le chef de l'expédition procéda à une opération que plusieurs témoins ont signalée avec plainte et ont appelée le vidage des poches. Chacun dut remettre au Sr Cabet tout ce qu'il avait sur lui, en argent et en bijoux.

Cette expédition arriva à la Nouvelle-Orléans, le 27 mars, et à Shevreport, le 4 avril. De là, tous se mirent en marche pour gagner le terrain soi-disant cédé au Sr Cabet par la C^{ie} Peters. Ils firent ainsi, à pied, 120 lieues, par des chemins praticables, et, quand ils furent arrivés sur les terres qu'ils devaient occuper, dit le témoin Rousseau qui faisait partie de cette avant-garde, le représentant de la C^{ie} Peters leur déclara qu'il ne connaissait, pas même de nom, le Sr Cabet, et qu'il ignorait absolument que le Sr Peters lui eût jamais fait concession d'un million d'acres.

Il avait été annoncé que cette première expédition serait bientôt suivie d'une autre, plus nombreuse, qui devait apporter beaucoup d'argent. Cabet l'avait promis aux émigrants, mais, absorbé par la politique de cette époque et tout entier au soin des clubs et de sa candidature, le prévenu avait oublié et sa première colonie et celle qui devait la suivre. Le 2^{me} départ n'eut lieu que le 3 juin, et sur les prières instantes des premiers arrivés, que la misère et la maladie décimaient. Arrivée à Shevreport au milieu du mois d'août, la 2^{me} expédition perdit, en route, 7 hommes de maladie et de fatigue. 8 ou 10 seulement purent arriver au lieu où les premiers émigrés périssaient de misère, à tel point qu'ils n'avaient pas mangé depuis 24 heures à l'arrivée de leurs nouveaux compagnons. La maladie avait atteint les plus robustes; la colonie avait déjà 10 000 fr. de dettes. — En présence de tels désastres et dans une assemblée générale, il fut décidé qu'on se retirerait à Shevreport et, de là, à la Nouvelle-Orléans, en dissolvant la société.

À la Nouvelle-Orléans, ces pauvres gens eurent bien de la peine à vivre; tous ceux qui l'ont pu ont eu recours au travail. Les autres ont été obligés d'implorer l'assistance du Consul de France, des habitants de la ville ou de quelques résidents français. — La plupart ont inutilement demandé au correspondant du Sr Cabet ou à ses délégués des secours pour rentrer en France.

Ici se place assurément l'un des plus grands reproches que l'on ait le droit d'adresser au Sr Cabet. Les lettres que ces malheureux écrivaient à

leurs familles, à leurs amis, pour les dissuader de venir les rejoindre, ces lettres qui, en vertu du contrat social, devaient passer par les mains du Sr Cabet, ne furent pas remises à leur destination. — Postérieurement au second départ, ces familles, ces amis, qui, s'ils eussent reçu les avis qui leur étaient adressés, seraient, sans aucun doute, restés en France, furent compris dans les deux ou trois autres convois qui eurent encore lieu, malgré ces lettres et les prières des délégués eux-mêmes au Sr Cabet, qui le conjuraient, dans les termes les plus pressants, de renoncer à l'entreprise, et lui peignaient, sous les plus tristes couleurs, les misères des premiers arrivés.

Il est difficile d'apprécier l'étendue du désastre auquel a donné lieu cette entreprise; 300 familles au moins, dit le témoin Marc Bertrand, ont été complètement ruinés, et ces familles sont des familles d'artisans qui, pour la plupart, cédant aux invitations réitérées du prévenu, avaient déposé dans la caisse de la Société icarienne le fruit de leurs épargnes. Tous ceux qui ont été victimes ne se sont pas plaints, et tel est encore l'aveuglement de quelques fanatiques, que plusieurs paraissent vouloir recommencer une tentative avec l'aide du Sr Cabet lui-même, qui est allé les rejoindre à la Nouvelle-Orléans.

Ces renseignements généraux étaient nécessaires, Monsieur le Garde des Sceaux, pour vous faire apprécier l'ensemble et la nature des faits dont la justice demande compte au Sr Cabet et à son complice Krolikowski. Je vais maintenant mettre sous vos yeux les faits particuliers dénoncés par quelques-unes des victimes du Sr Cabet et qui ont motivé l'action de la justice.

Les parents d'un Sr Léon Tessier, jeune ouvrier âgé de 20 ans, ont remis au Sr Cabet une somme de 600 fr., montant de l'apport de leur fils. Celui-ci a subi tous les malheurs qui ont accablé la première expédition et a vainement réclamé, pour rentrer en France, le secours promis dans le prospectus, dont il avait si fatalement accepté les trompeurs engagements. — Rousseau, âgé de 23 ans, ouvrier bijoutier, qui faisait partie de la 2^{me} expédition, a versé 600 fr. pour son apport social, il a, en outre, emporté un matelas et un oreiller, sur l'invitation expresse du sieur Cabet. Après la dissolution de la Société icarienne, à la Nouvelle-Orléans, quand il a voulu rentrer en France, il n'a obtenu aucun secours de la Société icarienne. — Bâle, âgé de 22 ans, tailleur de pierres, faisait aussi partie de la seconde expédition. Il avait emprunté 600 fr. pour faire sa mise sociale, et, de plus, il avait déposé entre les mains du Sr Cabet un petit mobilier et ses outils, d'une valeur de 200 fr. environ. Il fut un de ceux qui souffrirent le plus et n'obtint aucun secours de la Société icarienne, ni du Sr Cabet, à qui il avait écrit. — Chapron, ouvrier bijoutier, âgé de 28 ans, avait remis au Sr Cabet, avant de partir avec la 2^{me} colonne, une somme de 2000 fr. Il n'a pu, à la Nouvelle-Orléans, obtenir le moindre secours. Il a dit dans l'instruction: „J'attends avec impatience le retour de Mr Cabet, pour lui demander compte des 2000 fr. que je lui avais remis; si c'est un homme d'honneur, il me les restituera, moins les dépenses qu'il a faites pour mon compte; dans le cas contraire, je me regarde comme victime d'une odieuse escroquerie.“ — Chambry n'a déposé que 150 fr. pour son apport social, parce qu'il était correspondant du

journal *Le Populaire dans les Vosges*. Mais lorsque sa famille est allée le rejoindre, contrairement à son désir manifesté dans une lettre retenue par le Sr Cabet, son père a versé dans la caisse sociale tout ce qu'il possédait¹⁾; et, quand, à la Nouvelle-Orléans, les malheureux ont réclamé un faible secours, on leur a répondu qu'ils étaient des déserteurs, des traîtres et qu'on ne leur devait rien, puisqu'ils quittaient la Société.

Chambry a encore déposé que le Sr Cabet a laissé partir, pour l'Icarie, une dame Lévy, dont le mari avait versé antérieurement 8000 fr. à la Société, bien qu'il sût que cet homme, qui faisait partie de la première expédition, était décédé. — Fouillard, employé des contributions à Reims, a versé au prévenu une somme de 2000 fr. et lui a remis un billet de 2000 fr., qui ne devait être payé que sous condition. Le Sr Cabet, bien que cette condition ne fût pas remplie, n'en a pas moins, et par deux fois, tenté de toucher le billet, qu'il a même fait protester, sur le refus de la famille Fouillard de le solder. — Dubuisson a versé 600 fr. pour son apport et 400 fr. pour celui de sa mère, qui devait partir. Le départ de cette dernière ne s'est pas effectué; mais le Sr Cabet n'en a pas moins refusé de restituer les 400 fr.

Dubuisson a déposé qu'arrivé à la Nouvelle-Orléans, le Sr Cabet avait remis à plusieurs Icarieus quelque argent et leur avait fait signer l'engagement de ne le poursuivre ni lui, ni la société. Ceux-ci ont protesté contre cet engagement, qui leur a été arraché par le besoin. Cette protestation a, en effet, été insérée dans le Constitutionnel du 13 mars 1849. — Jousset, qui faisait partie de la 2^{me} expédition, avait remis 700 fr. au Sr Cabet. Arrivé en Icarie, il écrit à sa femme de ne pas venir le rejoindre, mais cette lettre fut retenue par Cabet, qui fit partir la dame Jousset dans le mois de novembre. A son départ, celle-ci remit aux bureaux du Populaire deux malles pleines de ses effets, une grande et une petite. La petite seule la suivit en Amérique; quant à la grande, elle l'a vainement fait réclamer au Sr Cabet. — Botey, parti dans le mois de novembre, avec sa famille, pour l'Icarie, et qui s'est séparé de cette singulière société, réclama, en arrivant à la Nouvelle-Orléans, deux métiers à la Jacquart, d'une valeur de 800 fr. et qui, déposés au bureau du Populaire, devaient lui être expédiés en Amérique. Ces métiers ont été vendus dans l'intérêt de la propagation de l'œuvre, de l'aveu écrit du Sr Krolikowski. — Bertrand a vendu tout ce qu'il possédait pour entrer dans la Société et a ainsi réalisé 10 000 fr.; il en a remis 4000 fr. au Sr Cabet et a employé le surplus à acheter un mobilier, qu'il a emporté avec lui. Il est aujourd'hui réduit à la misère et n'a pu revenir en France, faute d'argent. — La famille Becquerelle a versé entre les mains du Sr Cabet 1200 fr., plus un mobilier, et pour 1200 fr. d'outils. Le mari est parti le 28 septembre. Au mois de novembre la femme verse une nouvelle somme de 600 fr. et part avec ses trois enfants; mais à peine embarquée, elle est désillusionnée et s'arrête en Angleterre. A son retour au Havre elle voit le Sr Cabet, qui lui remet, à titre de secours, 200 fr. A Paris, on lui donne une autre somme de 220 fr., qui figure aux registres du Populaire, comme

1) Im Original unterstrichen.

argent prêté. Cette femme est aujourd'hui réduite à la mendicité avec ses 3 enfants, et sans aucune nouvelle de son mari.

Tels sont, Monsieur le ministre, les faits d'escroquerie et d'abus de confiance que quelques-uns des malheureux trompés par le S^r Cabet ont révélés à la justice, et qui ont motivé son renvoi en police correctionnelle. Dans tous ces faits, le S^r Cabet est toujours le principal acteur: quant au Sieur Krolikowski, il y a pris une part active et s'en est évidemment rendu complice. Employé depuis longtemps dans le bureaux du Populaire, il est devenu, en 1847, membre du Comité d'administration de la Société icarienne; c'est lui qui représentait le S^r Cabet, quand celui-ci était absent de Paris, et qui le représente, aujourd'hui qu'il n'est plus en France. C'est lui qui a écrit aux journaux des protestations contre les plaintes des malheureux Icariens, après leur désastre. Enfin, il a pris une part active aux faits d'abus de confiance imputés au S^r Cabet. C'est lui qui était, à ce moment, le principal employé de ce prévenu.

Lorsque le S^r Cabet sera devant la justice, s'il revient en France, comme on l'a promis en son nom, j'aurai l'honneur, Monsieur le ministre, de vous tenir informé des révélations que les débats ne manqueront pas de faire éclore, et qui doivent jeter tout le jour désirable sur cette déplorable affaire.

Veuillez agréer, Monsieur le Garde des Sceaux, l'expression de mon respect. Le Procureur-Général, J. Baroche.

Der vorstehende Bericht läßt die von einem Spinnereiarbeiter aus Rouen, NOIRET, direkt beim Justizminister eingebrachte Beschuldigung unerwähnt, in der er um Einleitung einer Untersuchung über Icarien bat und die am 6. I. 1849 dem Generalprokurator übermittlelt wurde¹⁾. Direkt an den Justizminister hatte sich auch KROLIKOWSKI mit einer — in den Akten nicht auffindbaren — Denkschrift gewendet²⁾, die ebenfalls, am 20. VIII. 1849, dem Generalprokurator übersendet wurde. Als sich aber das Justizministerium mit Icarien und dem Cabetismus zu beschäftigen hatte, stützte es sich auf den zit. Bericht von BAROCHE; und nicht minder die erkenntnisgerichtlichen Verurteilungen CABETS in den Jahren 1849 und 1850 — die übrigens auf dessen Berufung im Juni 1851 vom Pariser Appellhofe aufgehoben wurden. Durch einige Jahre kümmerte sich sodann die Justiz nicht weiter um das ikarische Unternehmen. Im Juli 1855 aber wurde in Dijon ein Friseur-gehilfe, GIRARD³⁾, verhaftet, der Flugschriften verbreitete, die von der ikarischen Gemeinschaft veröffentlicht worden und von 1847 und 1855 datiert waren. Man hatte bei ihm auch ein — wahrscheinlich mit BELUZE signiertes — Zirkular gefunden, in dem die Subskribenten zu neuen Opfern für die Kolonie in Jowa mit dem Bemerken aufgefordert wurden, daß die eingelaufenen Summen nach Paris und von dort zu je 100 Dollars (525 fr.) versendet werden würden. Endlich besaß er auch einen Prospekt zum Zwecke der Sammlung von Subskribenten, die 25 centimes wöchentlich einzahlen sollten⁴⁾.

1) Arch. nat. BB¹⁸ 1473, doss. 6817. 2) Ebenda. 3) Vgl. die Anzeige GÉRARDS unten S. 478. 4) Bericht des Generalprokurators in Dijon an den Justizminister vom 24. VII. 1855. Note des letzteren an den Minister des Inneren vom 30. VII. 1855. (Arch. nat. BB³⁰ 413, doss. 1242).

Im Jahre 1856 wurde die cabetistische Propaganda so lebhaft, daß sie in verschiedenen Teilen Frankreichs die Behörden zu beunruhigen begann, die hinter den harmlosesten Äußerungen des sozialistischen Geistes her waren. Freilich, als der Justizminister dem Pariser Generalprokurator eine Klage der Eheleute CHARPENTIER aus Étampes vom 30. II. 1856 übermittelte, wonach ihre in Jory bedienstete Tochter nach Amerika wider ihren Willen entführt worden wäre, konnte die Staatsanwaltschaft nur feststellen, daß das 19jährige Mädchen aus freien Stücken abgereist war, daß sie ihre Eltern nicht hatte wiedersehen wollen und daß alle seine Briefe aus New-Orleans und Nauvoo größte Zufriedenheit atmeten¹⁾. Kaum aber hatte die Propaganda die perhorreszierten Formen der Geheimgesellschaften angenommen, als auch schon die Justiz zu wüten begann.

Ende Januar wurden mehrere Einwohner von Montbéliard — der Postillon JEAN GOCKEL, der Setzer ERIC und der berufslose P. F. REBER — der Teilnahme an einer politischen Gesellschaft bezichtigt, die mit Pariser und Mühlhausenern in Verbindung stand. Eine Haussuchung durch die Gendarmerie führte zur Konfiskation der cabetistischen Broschüren: „*Credo*“, „*Le démocrate devenu communiste malgré lui*“ (1847), „*Douze lettres d'un communiste*“ (1845), „*Bien et mal, danger et salut*“ (1848), „*Ce que je ferais, si j'avais 500 000 dollars.*“ „*Voyage en Icarie*“, „*Ligne droite ou vrai chemin au salut du peuple*“ (1847), „*Progrès de la colonie de Nauvoo*“ — sämtlich von CABET; „*Les villageois, leur misère*“ (1848) von MAILLARD, „*L'almanach icarien pour 1848*“; die „*Biographie de Cabet*“; ein „*Compte-rendu de la colonie icarienne*“; Briefe aus den Jahren 1853/55 sowie Berichte an die Société icarienne über die Feuersbrunst von Nauvoo. Allein nur ERIC erschien einigermaßen überspannt. So hielt denn der Generalprokurator von Besançon eine gerichtliche Verfolgung für unnötig und meinte, daß man sich auf ernstliche Überwachung der Cabetisten beschränken könne²⁾.

In der Gegend von Arbois hatten jedoch, wie ein Geheimagent mitzuteilen mußte, auf einem Pachthof von Vauxy, im August 1854, im März und Dezember 1855 und im Februar 1856 Zusammenkünfte von Mitgliedern der „Marianne“ stattgefunden, die protestantische und kommunistische Tendenzen verfolgten. „*Ils veulent* — berichtete er — *le partage des biens; ils ne veulent plus de prêtres*“. Ihr Schlagwort sei: „*Gare aux riches! nous leurs ferons pisser du sang*“. Sie besäßen und seien bemüht zu verbreiten sozialistische Flugschriften von BELUZE: „*Biographie de Cabet*“, „*Le vrai christianisme*“, „*Le guide des citoyens aux prises avec la police*“. Es kam zu drei Verhaftungen. Zwei Verhaftete flüchteten jedoch, und da die Haussuchungen in Arbois ergebnislos waren, wurde eine solche am 23. II. 1856 bei BELUZE in Paris, 3 Rue Baillet, vorgenommen. Hierbei fand man 16 Briefe

1) Note des Ministers an den Pariser Generalprokurator vom 8. II. 1856, und dieses an jenen. (Arch. nat. BB¹⁸ 1550, doss. 6556.) 2) Bericht des Besançonner Generalprokurators an den Justizminister vom 9. II. 1856. (Arch. nat. BB³⁰ 416, doss. 1346.)

eines der verhafteten Cabetisten aus dem Jura, MICHAUD, sowie die Liste der im Ganzen 16 Personen, die für die Abbrändler in Nauvoo 2878 fr. 26 cent. gezeichnet hatten (wovon 5 fr. aus Arbois stammten). Im Verlauf der Sache wurden am 12. IV. 1856 BELUZE, GUILLEMIN und MICHAUD wegen unbefugter Verteilung von Drucksachen und Kolportage zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. 9 andere Beschuldigte hatte das Tribunal von Arbois freigesprochen, LACOMBE aber RAGAIN Vater und der Pächter von Vauxy LEGENDRE wegen Geheimbündelei verurteilt; u. zw. alle zum Verlust der bürgerlichen Rechte sowie die beiden ersten zu 4, LEGENDRE zu 5 Monaten Gefängnis. Die Staatsanwaltschaft berief wegen zu geringen Strafausmaßes und die zweite Instanz erhöhte am 24. V. die Strafe für alle 3 Angeklagten auf je 6 Monate, 100 frcs. Geldstrafe und 5jährigen Ehrverlust. — Zugleich verhängte sie über den in erster Instanz freigesprochenen MOYNE — einen alten Deportirten von 1851, den der Kaiser begnadigt hatte — die gleiche Strafe. Diesem gelang es jedoch, in die Schweiz zu fliehen. Später wurde ein Brief von ihm an seine Familie aufgegriffen, in der er sich der Ermordung des Erzbischofs von Paris rühmte. — Der vom Staatsanwalt von Besançon als gefährlich bezeichnete JACQUENARD erhielt wegen Aufreizung zum Klassenhaß 15 Tage Gefängnis. Freigesprochen wurden nur die Frau LEGENDRE und MARAUDET¹⁾).

Damit war jedoch die cabetistische Propaganda im Jura keineswegs ausgerottet. Ende März 1856 wurden im Kanton Chassin mehrere ungestempelte, von BELUZE im gleichen Monat herausgegebenen cabetistische Broschüren zu 30 centimes konfisziert: „*Opinions et sentiments exprimés concernant le fondateur d'Jcarie*“ — eine Art von Biographie und Programm CABETS. Und der Generalprokurator von Besançon versicherte, daß die ikarische Lehre, „*devenue un auxiliaire fort utile au développement des sociétés secrètes*“, auf dem Lande bedauerliche verwüstende Wirkung („*déplorables ravages*“) übe — worauf der Minister des Innern auf Anregung seines Kollegen von der Justiz sich anheischig machte, die Kolportage der ikarischen Flugschriften formell zu verbieten²⁾).

Auch im Süden zählte die ikarische Lehre noch 1856 Anhänger. Am 10. III. d. J. wurden 4 Verhaftungen vorgenommen und 8 weitere Verhaftungsbefehle erlassen, und bald darauf wurden der Geheimbündelei angeklagt: J. MARTIN, A. AUBERT, V. LAMBERTI, J. J. TARZOZE, S. GOBIN, J.-B. LAVAT, CLAMEN, BELVET, während auf die Brüder ROZIER, ferner HUBERT und CASTELIN gefahndet wurde. Man hatte auch Kriegsmunition und besonders

1) Berichte des Staatsanwalts von Besançon an den Minister vom 16., 27., 29. II., 14. und 18. IV., 25. V. 1856, 14. VI. 1857. (Arch. nat. BB³⁰ 416 dossier 1329.) 2) Berichte desselben an den Minister vom 22. III. 1856; Note des Justizministers an den Minister des Innern vom 27. III. 1856 sowie dieses an jenen vom 14. VIII. 1856. (Ebenda, dossier 1326); Note des Justizministers an den Staatsanwalt in Besançon vom 17. IV. 1856. (Ebenda dossier 1329.)

cabetistische Schriften aufgegriffen: „*Le vrai Christianisme*“; „*L'anniversaire du départ de la première avant-garde icarienne*“; „*Comment je suis devenu Communiste*“; „*Mon credo Communiste*“; „*Voyage en Icarie*“; „*La femme, son malheureux sort dans la Société actuelle*“; „*L'ouvrier, ses misères actuelles*“. Ferner einen Auszug aus *Le Populaire* („*Système de Fraternité*“), sowie eine Sammlung sozialistischer Lieder und zwei Werke von LAMENNAIS: „*Le lièvre du peuple*“ und „*Les paroles d'un croyant*“.

Mit Ausnahme des — 1851 wegen Geheimbücherei verurteilten MARTIN, waren die Angeklagten, sämtlich Ikarier, ausgezeichnete Arbeiter, die seit 1847/48 den cabetistischen Lehren huldigten. BELVET und LAVAT waren gerade dabei, nach Ikarien abzureisen und bei LAVAT wurden Empfangsbestätigungen vom 22. XII. 1850 und 10. VII. 1855 über von ihm eingezahlte Gesellschaftseinlagen pr. 200 und 600 frcs. gefunden. Keiner der Beschuldigten hatte sich politisch betätigt. Der Staatsanwalt von Aix erklärte sie denn auch für nicht sehr gefährlich. In der Tat: der fourieristische Cercle in Toulon, der 1848 einige Marineoffiziere und Hafendarbeiter in sich vereinigt hatte, existierte nicht mehr; in Marseille zählte die ikarische Gruppe — an Männern, Frauen und Kindern — nicht mehr als 40 Köpfe; in den Departements Basses Alpes und Var war sogar der Name der Sekte unbekannt; kurzum der Ikarismus erschien als geringere Gefahr denn der „praktische Sozialismus“ und die „Marianne“. Nichtsdestoweniger wurden am 28. IV. 1856 vom Touloner Erkenntnisgericht LAMBERTI, TARTONNE und GOBIN zu je 1 Monat, HUBERT, BELVET und CLAMEN zu 15 Tagen, der rückfällige MARTIN zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt und nur die Brüder ROZIER freigesprochen¹⁾.

Das Jahr 1857 scheint für die cabetistische Propaganda ruhig gewesen zu sein, und wir haben bloss eine gegen BELUZE gerichtete, aber am 16. IX. 1857 eingestellte Strafverfolgung zu verzeichnen²⁾. 1858 aber begannen die Verfolgungen neuerdings.

Im März wurde von der Verurteilung eines gewissen NOBLE und anderer „angeblicher Mitglieder der ikarischen Gemeinschaft“ zu Troyes wegen Geheimbücherei berichtet³⁾. Am 7. V. d. J. wurde neuerlich eine Strafverfolgung gegen BELUZE eingestellt⁴⁾. Im Juni hatte man es mit einer bedeutsameren Affaire cabetistischer Propaganda in Bordeaux zu tun.

Bei 6 Personen hatten Haussuchungen stattgefunden, und man hatte ikarische Broschüren, Obligationen zugunsten der Witwe CABET lautend auf 5 und 20 fr., eine Adresse: „*Les Icaris de la ville de Bordeaux à nos frères de Cheltenham*“ und eine umfangreiche Korrespondenz mit BELUZE

1) Bericht des Staatsanwaltes von Aix an den Justizminister vom 11. und 16. III. und 3. V. 1856. (Arch. nat. BB³⁰ 416, dossier 1342. 2) Bericht des Pariser Staatsanwaltes an den Justizminister vom 27. VIII. 1858. (Arch. nat. BB³⁰ 421, doss. 1619). 3) Derselbe an denselben unter dem 28. VIII. 1858. (Ebenda.) 4) Derselbe an denselben unter dem 28. VIII. 1858. (Ebenda.)

gefunden — ungerechnet die Werke von LACHÂTRE, kaiserfeindliche Lieder, freche Gassenhauer und obszöne Holzschnitte. Einer der Beschuldigten, CASTANDET, hatte sogar zeitweise Patronen und Kugeln besessen. Die anderen — LASSANADE, TIXIER, VAYRAUD, BARON und SOULÉS — bekannten alles, was man ihnen vorhielt, und der Generalprokurator von Bordeaux erachtete die Sache für so wichtig, daß er die Untersuchung einem von ihm speziell ausgesuchten Richter anvertraute. Trotzdem scheint die Untersuchung im Sand verlaufen zu sein. Denn als der Justizminister dem Pariser Generalprokurator einen Bericht über den Stand der Verfolgungen gegen die Ikarier abforderte, erhielt er die Auskunft: daß das Verfahren gegen die Mitglieder des „Bureau des Icaris“ — BELUZE sowie die Frau und die Tochter CABETS — die allmonatlich eine Flugschrift an die Ikarier publizierten, Mangels eines klaren strafbaren Tatbestandes eingestellt worden sei¹⁾. Und da diese Auskunft ohne Antwort blieb, so darf man annehmen, daß die Gelegenheit damit zu Ende war.

Jedenfalls wendete die Pariser Staatsanwaltschaft der cabetistischen Propaganda fortan nur geringe Aufmerksamkeit zu. Dies tritt scharf in ihrer Haltung hervor gegenüber einer Anfang 1859 beim Justizminister eingelaufenen Anzeige des ehemaligen Vizepräsidenten der ikarischen Gesellschaft in Nauvoo — eine Anzeige, die inhaltlich eine merkwürdige Übereinstimmung mit dem früher (s. oben S. 467/71) reproduzierten Bericht von BAROCHE von 1849 aufweist. Sie lautet²⁾:

A Monsieur le Ministre Secrétaire d'État au département de la Justice.

Monsieur le Ministre, Depuis bientôt onze ans, une certaine partie de la population ouvrière de France, trompée par les promesses mensongères soit de Cabet, soit de ceux qui se disent ses continuateurs, après avoir follement livré aux mains de ces hommes argent, propriétés, tous les fruits quelconques de leurs sueurs, viennent, chaque année en plus ou moins grand nombre, grossir aux États-Unis d'Amérique le nombre des victimes d'une exploitation qui a pu jusqu'à ce jour s'exercer impunément pour ses auteurs, malgré les investigations que la justice française a de temps à autre commencées dans le but d'éclaircir des doutes qui n'étaient, hélas! que trop fondés. C'est le désir de voir enfin mettre un terme à un abus aussi coupable qui me fait faire cette démarche près de vous; puisse-t-elle, Monsieur le Ministre, atteindre le but que je me propose, en empêchant que, désormais, un plus grand nombre de nos compatriotes soient sacrifiés par ce trafic indigne, qui compte déjà plus de deux mille victimes.

Comme il me semble nécessaire d'établir avant tout que l'œuvre qui se continue n'a, de la part de Cabet d'abord, été qu'une grande duperie, je vous prie, Monsieur le Ministre, de me pardonner, en faveur du but, la liberté, peut-être

1) Bericht des ersten Generaladvokaten in Bordeaux an den Justizminister vom 28. VII. 1858; Note des letzteren an den Pariser Generalprokurator vom 24. VII. 1858; Bericht des letzteren an den Justizminister vom 28. VIII. 1858. (Ebenda.) 2) Arch. nat. BB¹⁸ 1473, dossier 6817.

trop grande, que je prends de demander pour mon récit quelques instants de votre favorable attention.

L'Entreprise Icarienne fut commencée en février 1848 par le départ de France pour l'État du Texas des 69 premiers hommes qui se livrèrent corps et âme à M. Cabet. Je passe sous silence ce qui arriva à ces hommes et à ceux qui les suivirent jusqu'à l'établissement à Nauvoo, en mars 1849: l'histoire de cette première période de l'œuvre Cabet pouvant être trouvée au dossier d'un fameux procès qui ne fut terminé qu'en Juin 1851, devant la Cour d'appel du département de la Seine. Cabet, condamné d'abord, en 1849 et 1850, par le tribunal de police correctionnel, parvint, au moyen surtout de l'appui qu'il reçut de la Colonie de Nauvoo, qui ne croyait pas alors avoir de raisons pour suspecter sa bonne foi, à faire annuler le jugement qui avait été rendu contre lui. La suite fit voir comment pendant ce temps Cabet agissait envers la Colonie.

Quand elle arriva à Nauvoo, il restait à la Société environ 60 000 francs. Une partie de cette somme fut employée à acheter des propriétés et un matériel de travail, et le reste servit à nourrir les membres jusqu'à la création de quelques industries productives. Cabet fit faire en sa faveur les titres des propriétés achetées alors, parce que la société ne pouvait pas, disait-il, posséder directement, tant qu'elle ne serait pas incorporée par un acte de la Législature de l'Illinois, mais il s'engagea solennellement à faire, aussitôt que cette formalité serait remplie, un acte qui constituerait la Société propriétaire; et quand je dit Cabet fut sur le point de retourner en France, en 1851, pour en appeler de sa condamnation en escroquerie, l'Acte de la Législature de l'Illinois étant obtenu, il déclara publiquement et fit croire à la Société qu'il avait tout régularisé, de manière qu'au cas où il viendrait à mourir, celle-ci n'aurait pas à craindre d'être inquiétée dans la possession des propriétés achetées pour elle et payées de ses fonds.

En revenant à Nauvoo en 1852, après une absence d'un peu plus d'un an, Cabet trouva la Société occupée à faire les préparatifs pour l'acquisition des terres dans l'État de Iowa où elle avait résolu de se transporter. La confiance en Cabet n'ayant fait qu'augmenter par le triomphe éclatant qu'il venait d'obtenir devant la justice en France, on s'abandonna de nouveau aveuglément à lui, et il fut chargé de terminer l'opération relative aux terres. 3115 acres furent ainsi achetées, sur lesquelles la Société travailla dès lors à aller s'établir.

*Il paraît que, pendant ce temps, Cabet prenait petit à petit le goût du commandement, car, vers la fin de 1855, il manifesta ce goût par une promulgation de *Je veux, je veux, je veux*, dont le nombre et la nature déplurent si fort à la majorité de la Société que celle-ci prit sur le champ la résolution inébranlable de résister. Il y eut une première lutte qui dura un an, après lequel temps Cabet, malgré qu'il eut employé toutes les ruses et tous les mensonges imaginables, eut en partage le sort qu'il devait attendre en voulant lutter contre le droit et la justice. Comme il avait promis à ses partisans de les conduire à la victoire, il ne put supporter l'idée d'une défaite.*

Il déclara qu'il se retirait de la Société avec ses fidèles (c'est le nom que ceux qui le suivirent se donnèrent à eux-mêmes); mais que c'était pour continuer plus librement en dehors d'elle une guerre qu'il ne cesserait pas, tant qu'il resterait un vestige des établissements que la Société avait si péniblement fondés. Cabet tint parole tant qu'il lui fut possible de le faire, c'est-à-dire jusqu'à ce que la mort vint l'arrêter au milieu de son œuvre de destruction. Cabet parti, la Société put voir par elle-même dans quelle situation étaient ses affaires. Elle trouva d'abord, comme souvenir de son administration, qu'il lui avait laissé une dette de plus de 100 000 francs. Pour payer cette dette énorme, il fallait que la Société vendît au moins la moitié de ses immeubles; mais en vérifiant l'état des titres, elle trouva, en second lieu, que Cabet n'avait rien fait de valable pour le transfert des propriétés de Nauvoo, et qu'en outre, il avait encore fait faire en son nom les titres pour les propriétés acquises dans l'Iowa.

La Société, obligée alors de chercher un remède dans les lois du pays, s'adressa aux Cours compétentes de l'Illinois et de l'Iowa pour obtenir des décrets qui ordonnent aux héritiers Cabet (M^{mes} V^{ve} Cabet et V^{ve} Favart qui demeurent à Paris, rue Baillet, N^o 3) de lui transférer des propriétés qui lui appartiennent si légitimement. Mais voici que ces dames, peu jalouses, à ce qu'il paraît, de la réputation de leur mari et père, maintenant qu'il n'est plus, et ne craignant pas de faire ressouvenir de l'accusation d'escroquerie, dont, sans le secours de la Communauté Icarienne de Nauvoo, il ne se serait pas si facilement purgé, — voici que ces dames, dis-je, se défendent dans ces procès et refusent de déclarer la Société propriétaire, affirmant que les propriétés réclamées par elle étaient le bien légitime d'Étienne Cabet dont elles sont les héritières, le dit Cabet les ayant achetées pour lui et payées de son propre argent.

Le mauvais vouloir des héritières Cabet n'a pas empêché que la Communauté Icarienne de Nauvoo a déjà obtenu justice dans l'Iowa, ainsi que le constate la copie d'un décret que j'envoie à Monsieur le Ministre, pour aider à vérifier la moralité d'une autre opération dont je vais parler, si, comme j'aime à le croire, la justice française trouve qu'il est de son devoir de s'en faire rendre compte.

Quand Cabet fut mort, le petit nombre de fidèles qui lui restait en Amérique alla s'établir, dans le but de réussir son œuvre, dans l'État du Missouri, à une petite distance de Saint-Louis. Il paraît qu'éprouvant un très grand besoin d'argent, les plus intrigants de la troupe, de concert avec M. Jean-Pierre Beluze, qui demeure avec les héritières Cabet, imaginèrent, pour s'en procurer, d'organiser un emprunt qui doit surtout être réalisé en France. On m'écrit que, pour stimuler, de ce côté de l'Atlantique, les Icaris Cabétistes, dont le zèle n'est sans doute pas aussi grand pour les disciples que pour le Maître, on s'engage à donner aux prêteurs des obligations portant non seulement sur les propriétés, de la nouvelle Société (qui appartiennent encore au vendeur, puisqu'il n'y a pas même 1/25 du prix de payé), mais encore sur les immeubles dont la Société de Nauvoo est en possession dans l'Illinois, et

surtout sur ceux dont elle est également en possession et dont elle a, le printemps dernier, été déclarée propriétaire dans l'Joua.

Entre autres victimes de cette Industrie si profitable pour les hommes de Cheltenham et leurs associés de la rue Baillet, j'entends citer un jeune Français qui, après avoir engagé une douzaine de mille francs dans le bureau tenu par ces derniers, est venu au lieu de l'établissement près Saint-Louis, et après avoir pris connaissance de l'état des choses, il en aurait été si peu satisfait qu'il serait retourné en France avec la résolution de demander à la justice de s'intéresser à sa cause.

C'est sur ces derniers faits et non sur ceux tendant à dépouiller la Communauté Icarienne de Nauvoo, car je ne les crois que du ressort des tribunaux Américains, que j'ai cru devoir appeler votre attention. Je croirais, en me taisant dans ces circonstances, que je me rends moralement complice de ce que je considère comme une audacieuse friponnerie, tandis que mon plus grand désir, c'est que cette démarche ait pour résultat de faire profiter de trop confiants compatriotes de l'expérience que mes amis et moi avons si chèrement acquise.

C'est dans est espoir que je vous prie, Monsieur le Ministre, d'agréer l'assurance de mon profond respect,

Nauvoo, 11 Janvier 1859

Gérard aîné

Ex-président de la Communauté Icarienne de Nauvoo et actuellement l'un des assignés.

Der Justizminister übermittelte am 14. II. 1859 die vorstehende Anzeige der Pariser Staatsanwaltschaft. Diese lehnte jedoch unter dem 26. II. 1859 eine Strafverfolgung als aussichtslos ab, weil CABET tot sei, die angeblichen Delikte sich in Texas zugetragen hätten und BELUZE sich auf einen Einstellungsbeschluß berufen könne ¹⁾.

Damit fanden die Verfolgungen gegen den Cabetismus ein Ende. Die Magistratur hatte sich, trotz ihrer Bemühungen, in ihm einen Hebel der von ihr überall gewitterten Geheimbündelei festzustellen, gezwungen gesehen, in den meisten Fällen die Verfolgung einzustellen, und soweit sie Verurteilungen erzielt hatte, war dies im Hinblick auf die Furcht der Justiz vor dem „praktischen Sozialismus“ und der demokratischen „Marianne“ geschehen. Damit wird aber indirekt zweifellos der ganz utopische Charakter des Cabetismus neuerlich bewiesen.

1) Arch. nat. BB¹⁸ 1473, dossier 6817.

Literaturbericht.

ALFRDO NICEFORO: Anthropologie der nichtbesitzenden Klassen. Studien und Untersuchungen. Autoris. Übersetzung aus d. ital. und franz. Manuskript von ROBERT MICHELS und ADOLF KÖSTER, mit einer Einführung: Das Proletariat in der Wissenschaft und die ökonomisch-anthropologische Synthese von ROBERT MICHELS. Leipzig u. Amsterdam 1911. Maas & van Suchtelen. 8°. 512 S., mit vielen Tab. (12 M.).

Der Referent kann über Übersetzung und Einleitung dieses Bandes nicht urteilen. Dagegen hält er es für erlaubt, sich mit dem Werke selbst auseinanderzusetzen. Wenngleich der Übersetzer, sofern er seine Arbeit nicht nur aus kommerziellen Gründen getan hat, schon durch die Auswahl des übersetzten Werkes diesem freilich sozusagen implizite eine gute Note erteilt, so ist er doch andererseits weit davon entfernt, sich seines Rechtes der Kritik zu begeben. Anderes kann seine Übersetzung nicht bedeuten, als daß er das von ihm übersetzte Werk für überwiegend wertvoll hält. Das sei auch GEORG BERNHARD gegenüber bemerkt, der in seiner Besprechung vorliegenden Bandes in SCHMOLLERS Jahrbuch mich für die Fehler, die er an NICEFORO zu rügen findet, mit verantwortlich macht.

NICEFORO geht von dem Satz aus, daß alle Wissenschaft, die sich mit den Handlungen der Menschen beschäftigt, mit dem Studium des Menschen beginnen müsse. Er wirft der alten kriminalistischen Schule vor, sich darauf beschränkt zu haben, das Verbrechen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht, den Menschen, der das Verbrechen begangen, aber wissenschaftlich unberücksichtigt gelassen zu haben (S. 30). Ebenso habe auch die Volkswirtschaft den Einzelmenschen und seine physischen Merkmale allzu sehr im Dunkeln gelassen. Die Aufgabe, die sich NICEFORO nun stellt, ist die, an der Hand eines teils mit Hülfe anthropometrischer Messungen gewonnenen, teils vermögensstatistischen, teils auch auf mehr empirischem Wege gefundenen Materials zu beweisen, daß es zwei anthropologisch scharf von einander unterscheidbare Typen Mensch gibt. Gewiß ist NICEFORO nicht der erste, der auf die Differenzen zwischen Arm und Reich, die in der Sphäre der Anthropologie und der Biologie obwalten, aufmerksam gemacht hat, aber niemand wird leugnen können, daß NICEFORO, abgesehen davon, daß er selbst eigene Studien, wie die Schädelmessungen einer Reihe von Bauernschädeln in der sehr armen Provinz Avellino in Süditalien, an denen

er durchweg eine sehr hohe Zahl von Anomalien und Assymetrien antraf, sowie die komparativen Untersuchungen der Sensitivität und Körpergröße, Stirndurchmesser, Schädelindex zweier aus je dreißig Individuen bestehenden Gruppen von Arbeitern und Studenten in Lausanne, in ihren interessanten Resultaten vorführt, das vorhandene Material wie kein anderer vor ihm gesammelt und gesichtet und in ein geordnetes System gebracht hat. Es erübrigt sich zu sagen, daß darin ein Verdienst wohl zu erblicken ist. NICEFORO komplettiert in gewissem Sinne die Lehre von KARL MARX. MARX hatte bewiesen, daß es zwischen Bourgeoisie und Proletariat keine wirtschaftliche Interessengemeinschaft gibt. Die Anthropologie der nichtbesitzenden Klassen beweist uns nun, daß es zwischen Bourgeoisie und Proletariat auch keine anthropologische Gemeinschaft gibt. Ihr zufolge erweist sich der Proletarier wirklich als ein anthropologisch minderwertiger Mensch. Der Quotient, den die Arbeiterklasse zu den wirklich großen Männern liefert, ist auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit verschwindend klein. Die binomische Verteilung der Intelligenz unter den Menschen entspricht im ganzen der Verteilung des Reichtums (S. 339 ff). Allerdings zeigt NICEFORO durch die demographischen Vergleiche, die er vornimmt, daß er die anthropologische Minderwertigkeit der nichtbesitzenden Klassen als im letzten Ende durch die Ökonomie hervorgerufen betrachtet (S. 190—274), wenn es auch leider an einer klaren Auseinandersetzung dieser Grundfrage bei ihm fehlt (einige Ansätze auf S. 359). Auch der äthiologische Teil seiner Arbeit berechtigt eher zu der Annahme, daß er dem historischen Materialismus trotz allen gegenteilig deutbaren Äußerungen im einzelnen doch nicht allzu ferne steht. Im einzelnen wird freilich manches zu rügen sein. Wenn die Terminologie einheitlich ist, so sind doch, und vielleicht gerade deshalb, die Größen, die durch die einzelnen Termini gedeckt werden, unter einander ungleich. Weder die Reichen noch die Armen sind in den einzelnen, von verschiedenen Gelehrten und zu verschiedenen Zeiten angeführten Untersuchungen klar definiert. Auch ist das Material, so mächtig es ist, doch keineswegs überall so exakt und so vollzählig, um in jedem einzelnen Falle so äußerste Thesen zu rechtfertigen, wie sie hier aufgestellt werden. Die anormalen und assymetrischen Bauernschädel in Avellino beweisen noch nicht viel, zumal es, wie Verf. selber zugeht, an Vergleichen mit Schädeln Wohlhabender aus der gleichen Gegend gebricht (S. 119). Bei den übrigen Vergleichen ist der ethnische Faktor nicht genügend berücksichtigt. Zur Gegenüberstellung von 50 Arbeitern und 50 Studenten war das ethnisch überaus buntcheckige Lausanne der ungeeignetste Ort. Nichts bürgt uns dafür (der Verf. schweigt sich darüber aus), daß sich unter den 50 gemessenen Studenten nicht Russen, Juden und Deutsche, unter den 50 gemessenen Arbeitern Italiener befanden, in welchem Falle die Resultate wohl etwa ethnische, aber keine klassenmäßig feststellbare anthropologische Unterschiede dartun würden. Überhaupt hat, will uns scheinen, Verf. das ethnische Element allzusehr außer acht gelassen. Zwar weist er darauf hin, daß zwischen Ebene und Bergland sehr häufig derartige Unterschiede bestehen (Ebene: Eroberervölker und Bergland: geflüchtete Ureinwohner) (S. 467). Aber auch im flachen Lande selbst können ethnische Unterschiede

die Bevölkerung in zwei Teile teilen: da gibt es z. B. deutsche oder italienische Städte mit slavischer Umgegend. Selbst in der Stadt selbst stellen die gesellschaftlichen Klassen häufig ethnisch verschiedene Gruppen dar. Manchen Orts ist die Arbeiterschaft keltisch-romanisch, die Aristokratie romanisch-germanischen Ursprungs (s. für Frankreich: GOBINEAU und TAINÉ). Da heißt es bei Untersuchungen sehr vorsichtig vorgehen und nicht auf Klassenunterschiede schieben, was auf Rassenunterschiede zurückzuführen ist.

Indes, alles in allem: kein Sozialwissenschaftler, niemand besonders, der sich mit der Geschichte des vierten Standes beschäftigt, wird an dem Bande vorübergehen können, ohne ihm Beachtung zu schenken.

Turin.

ROBERT MICHELS.

1. STEFAN HUPPERT, 20 Jahre Organisation der Fabrikarbeiter Wiens und Umgebung 1891—1911. Wien 1911. 8°. 64 S.
2. JAKOB REUMANN und FRIEDRICH ROTH), 20 Jahre Organisation der Rauchwarenbranche 1891—1912. Wien 1912. 8°. 72 S.
3. Bericht der Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs an den VII. ordentlichen Kongreß der Gewerkschaften Österreichs in Wien 1913, und Beiträge zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung für die Jahre 1890 bis 1912. Wien 1913. 8°. 152 S.
4. K. STIFT und A. WIESER, KARL HÖGER, Denkschrift zum 28. September 1913. Wien 1913. 4°. 48 S.
5. KARL KRUNERT, Historische Übersicht der Entwicklung der Organisation der Buchdruckergehilfschaft Böhmens während 50 Jahren 1862—1912. Deutsch von WENZEL NĚMEČEK. Prag 1912. 144 S.
6. ERNST MÜLLER, 40 Jahre Kronlandsverein der Buchdrucker und Schriftgießer für Tirol und Vorarlberg 1872—1912. Innsbruck 1912. 64 S.
7. Festschrift zur 20jährigen Bestandsfeier der Ortsgruppe VI des österreichischen Senefelderbundes (Lithographen und Zeichner). Wien 1912. 46 S.
8. JULIUS GRÜNWALD, Ein Vierteljahrhundert Organisationsarbeit. Eine Denkschrift aus Anlaß des 25jährigen Bestandes der Organisation der Arbeiterschaft des Wiener Buchbindergewerbes. Wien 1913. VIII—104 S.
9. Rückblick über den 10jährigen Bestand des Verbandes der Maler, Anstreicher, Lackierer und verwandter Berufe Österreichs 1901—1911. Wien 1911. 52 S.
10. RUDOLF MERTA, 20 Jahre Organisationstätigkeit der Brünnener Holzarbeiter. 1889—1909. Brünn 1909. 42 S.
11. Gedenkschrift zum 20jährigen Bestande der Ortsgruppe Wien X des Verbandes der Bäckerarbeiter Österreichs. 1893—1913. Wien 1913. 44 S.
12. Gedenkschrift zum 25jährigen Bestande der Gesangssektion Wien des Verbandes der Bäckerarbeiter Österreichs. 1885—1910. Wien 1910. 28 S.

13. Gedenkbuch. 20 Jahre österreichische Arbeiterinnenbewegung. Im Auftrage des Frauenreichskomitees herausg. von ADELHEID POPP. Wien 1912. 8°. 164 S.

In den letzten Jahren ist es in Österreich Brauch geworden, daß die großen Arbeitervereinigungen den Anlaß eines Jubiläums benützen, um geschichtliche Darstellungen ihres Werdeganges zu veröffentlichen. Ist nun auch diesen geschichtlichen Rückblicken mitunter der Stempel der Gelegenheitsarbeit ziemlich stark aufgeprägt, so enthalten sie doch in der Regel eine solche Fülle wertvollen Materials, daß man der zufälligen Gelegenheit der Jährung eines Gründungstages dankbar sein muß, die uns diese Arbeiten beschert hat.

HUPPERTS Schrift über die Organisation der Faßbinder und Brauereiarbeiter Wiens (1) schildert in knapper, gediegener Weise das Werden einer Gewerkschaft, die überraschend schnell aus ganz kleinen Anfängen zu einer ziemlich bedeutenden Machtfülle emporgestiegen ist. Vor 40 Jahren waren die Faßbinder sowohl als die Brauereiarbeiter noch völlig in zünftigen Vorstellungen befangen, während zugleich ihre wirtschaftliche Lage geradezu trostlos war. Erst um die Mitte der 90er Jahre gelang es, den Zunftgeist in moderne gewerkschaftliche Gesinnung umzuwandeln, und nun begann die Zeit des Aufschwunges. Mit dem Wachstum der Gewerkschaft hob sich auch die Lage der Arbeiter, und HUPPERT weist am Schlusse seines Büchleins mit sichtlichem Stolz auf die Erfolge hin, die erzielt werden konnten.

Auch die Organisation der Wiener Rauchwarenarbeiter (Drechsler)(2) gehört zu den verhältnismäßig gut ausgebildeten Gewerkschaften. Ihre Anfänge schildert REUMANN mit viel Sachkenntnis und persönlicher Liebe. Seine Darstellung gewinnt insbesondere dadurch an Wert, daß er stets den Zusammenhang der von ihm beschriebenen Gewerkschaft mit dem allgemeinen Strome der Arbeiterbewegung klarzulegen bemüht ist. Dadurch verliert diese Gewerkschaftsgeschichte jene Isoliertheit, die manchen anderen Verbandsbeschreibungen anhaftet. Von allgemeinem Interesse ist die Schilderung REUMANNs: wieso die Drechsler dazu gekommen sind, sich an den Wahlen in die Gehilfenvertretung der Zwangs-genossenschaft zu beteiligen, was von den früher herrschenden „Radikalen“ bekanntlich abgelehnt worden war. Mit der im Jahre 1888 zum erstenmal erfolgten Wahlbeteiligung haben die Drechsler das Prinzip der genossenschaftlichen Wahlenthaltung durchbrochen, und ihnen sind bald die Arbeiter der anderen Gewerbe gefolgt. — Die neuere Entwicklung dieser Organisation schildert FR. ROTH. Er beschreibt die Geschichte der Gründung des Reichsverbandes der Drechsler, seine größeren Lohnkämpfe und seine sonstigen Schicksale.

Eine wertvolle Materialsammlung stellt der dem letzten Gewerkschaftskongreß unterbreitete Bericht der Gewerkschaftskommission dar, dem Beiträge zur Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung (3) angeschlossen sind. Diese Beiträge betreffen den Konflikt mit den tschechischen Separatisten, worüber die wichtigsten Beschlüsse und Dokumente vorgelegt werden. Ferner enthalten sie die Be-

schlüsse sämtlicher österreichischer Gewerkschaftskongresse nach Materien geordnet, die Beschlüsse der internationalen Konferenzen und eine kurze Geschichte des gewerkschaftlichen Zentralblattes: „Die Gewerkschaft“.

Aus Anlaß von KARL HÖGERS 40jährigem Jubiläum als gewerkschaftlicher Funktionär hat der Verein der niederösterreichischen Buchdrucker und Schriftgießer eine schön ausgestattete Denkschrift herausgegeben (4). Dieselbe enthält nicht allein den Lebenslauf des am 17. X. 1913 verstorbenen erfolgreichen Organisations, sondern ist auch eine kurz gefaßte Geschichte der Buchdruckerbewegung, mit welcher ja der Name HÖGER stets auf das innigste verbunden sein wird.

Zu den ältesten österreichischen Arbeitervereinen gehört die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker Prags, die sich nach zwölfjährigem Bestande als Lokalverein zum Landesverein für Böhmen ausgestaltete. Der langjährige, verdienstvolle Obmann des Landesvereins KARL KRUNERT hat die Geschichte der Organisation aufgezeichnet (5). Seine Darstellung ist eine chronikartige Beschreibung der wichtigsten Vorkommnisse, die bei der Fülle der Begebenheiten interessant und lehrreich ausfallen mußte. Bei dem Umstande, daß die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung im tschechischen Gebiete Österreichs noch recht arm ist, wird man der ausführlichen Geschichte der böhmischen Buchdruckerbewegung einen besonderen Wert zumessen dürfen.

Die Tiroler Organisation der Buchdrucker, von ERNST MÜLLER beschrieben (6), teilt im großen und ganzen die Geschichte der allgemeinen Buchdruckerbewegung in Österreich, wenn sie auch längere Zeit von zünftigen Vorstellungen beherrscht war, als andere Buchdruckervereine. Noch im Jahre 1883 hat der Tiroler Landesverein, gemeinsam mit den schlesischen und oberösterreichischen Brudervereinen, gegen die „sozialistischen Pfade“, die die Wiener Buchdrucker einschlugen, protestiert.

Neben einem schon längere Zeit wirkenden Unterstützungsverein der Arbeiter der graphischen Industrie entstand am Beginne der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine gewerkschaftliche Kampforganisation der Wiener Lithographen. Nach 18jährigem Bestande löste sich der Lithographenklub auf und wurde zu einer Ortsgruppe der allgemeinen österreichischen Organisation der Lithographen und Steindrucker, des „Senefelderbundes“. Die Geschichte des Wiener Lithographenklubs ist in der sub 7 angezeigten Festschrift aufgezeichnet.

GRÜNVALDS Geschichte der Buchbinderbewegung (8) gehört unstreitig zu den besten Büchern der österreichischen Gewerkschaftsliteratur. Der Verf. schildert in knapper übersichtlicher Weise das Entstehen und Gedeihen der Buchbindergewerkschaft, ihre Kämpfe und Erfolge. Dabei wird sorgsam darauf Bedacht genommen, die Zusammenhänge mit der allgemeinen österreichischen Arbeiterbewegung aufzuzeigen, was dem Buch ein über den Rahmen der Berufsgenossen hinausgehendes, allgemeines Interesse sichert.

Die Organisation der Maler, Anstreicher und Lackierer (9) gehört zu den jüngeren Gewerkschaften Österreichs. Ihre Anfänge reichen nur bis zum Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück: eine

Gewerkschaftsorganisation wurde in Wien erst im Jahre 1891 gegründet; 1901 wurde sie in einen Verband umgewandelt; und von da ab ist nun ein überraschend schneller Aufstieg der Organisation erfolgt.

In der Form einer Jahreschronik schildert MERTA (10) das Werden des Brünner Holzarbeiter-Verbandes von 1889 bis 1909. Der Streit mit den Separatisten, der erst später in voller Schärfe zum Ausbruch kam, ist in dieser Schrift noch nicht behandelt.

Das bescheidene Schriftchen über die Ortsgruppe des Verbandes der Bäckerarbeiter im X. Wiener Gemeindebezirke (11) gewährt Einblick in die oft recht schwierige Kleinarbeit der Wiener Gewerkschaften und von gleicher Art ist das sub 12 genannte, in der — aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Gesangsektion der Wiener Bäckerarbeiter — eine organisatorische Kleinarbeit geschildert wird, welche sicherlich kultureller Bedeutung nicht entbehrt.

In dem an letzter Stelle erwähnten Gedenkbuch der österreichischen Arbeiterinnenbewegung ergreifen die Führerinnen der österreichischen Sozialdemokratinnen das Wort, um teils persönliche Erlebnisse aus ihrer agitatorischen Tätigkeit, teils allgemeine Schilderungen einzelner Episoden der Arbeiterinnenbewegung zu geben. Die Beiträge sind, wie es bei einem solchen Sammelwerk nicht gut anders sein kann, von sehr ungleichem Wert; die meisten Aufsätze lesen sich aber recht flüssig und gewähren viele Anregung. Insbesondere sei auf jene von ADELHEID POPP, ANNA ALTMANN, EMMA ADLER, AMALIE SEIDEL, LOTTE POHL, AMALIE PÖLZER, ANNA BOSCHKE, THERESE SCHLESINGER, EMMY FREUNDLICH und GABRIELE PROFT verwiesen.

Alle vorstehend besprochenen Schriften sind für die Aufhellung bestimmter Perioden der österreichischen Arbeiterbewegung von Bedeutung und haben daher für den Historiker einen nicht unerheblichen Wert.

Wien.

JULIUS DEUTSCH.

Dr. LILY HAUFF, Die deutschen Arbeiterinnen-Organisationen. Halle a. S., Karras 1912. gr. 8°. 183 S. (4,80 Mk.).

Dr. IDA KISKER, Die Frauenarbeit in den Kontoren einer Großstadt. Eine Studie über die Leipziger Kontoristinnen. (Ergänzungsheft III z. „Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“). Tübingen, Mohr 1912. 8°. 168 S. (4. — Mk.)

Die deutsche Industrie hat in den letzten Jahrzehnten Dank ihrem grandiosen Aufstieg und ihrer gewaltigen Ausdehnung Tausende von Frauen als Arbeiter angezogen und sie gleich den Männern an die Maschinen gestellt. Hierdurch sind natürlich in wachsendem Maße Organisationsbestrebungen auch innerhalb der weiblichen Arbeiterschaft ausgelöst worden. Denn sind die Arbeiter überhaupt im wirtschaftlichen Kampfe nur als Gesamtheit widerstandsfähig, so ist der Zusammenschluß der weiblichen um so notwendiger — freilich auch ungleich schwieriger.

Die an erster Stelle genannte Arbeit ist den einschlägigen Problemen gewidmet. Sie befaßt sich vor allem mit den allgemeinen Organisationsfragen, schildert sodann die Bemühungen der verschiedenen Parteien, die Frauen für ihre Gewerkschaften zu gewinnen, und die zu diesem Zwecke geschaffenen Sekretariate und Komités und bringt endlich die gewerkschaftlichen Verbände aller Richtungen, vor allem die 3 großen Zentralverbände, den freien, den christlichen und den Hirsch-Dunckerschen, in denen Frauen und Männern gemeinsam organisiert werden, sowie gesondert von ihnen, die konfessionellen, lediglich aus Frauen bestehenden Gewerksvereine, zur Darstellung.

Darnach gliederten sich die gewerkschaftlich Organisierten folgendermaßen:

Jahr	Freie			Christliche Gewerkschaften:			Hirsch-Dunckersche		
	Mitgl. insg.	weibl.	% der weibl.	Mitgl. insg.	weibl.	% der weibl.	Mitgl. insg.	weibl.	% der weibl.
1900	680 427	22 844	3,3	159 770	—	—	91 661	—	—
1903	887 698	40 666	4,5	192 617	5 445	5,9	110 215	2 817	2,5
1906	1 689 706	118 908	7,1	320 248	21 646	8,7	118 508	7 088	5,9
1910	2 017 298	161 512	8,0	295 129	21 833	7,3	122 571	6 097	4,9

Insgesamt waren also gewerkschaftlich organisiert:

1907: 1 728 577, davon weibliche 136 929 = 7,8%

1910: 2 434 998, „ „ 189 442 = 7,7%

Die Zahl der in den konfessionellen Vereinen organisierten Arbeiterinnen ist nicht feststellbar.

Zum Schlusse befürwortet die Verf. die in den meisten Verbänden bereits bestehende gemeinsame Organisation der Geschlechter.

Die H.sche Arbeit bildet Dank dem reichen statistischen Material eine willkommene Bereicherung der gewerkschaftlichen Literatur, wenn sie auch keine neuen Gesichtspunkte eröffnet.

Was die zweite, vorstehend angezeigte Untersuchung anbelangt, so gilt auch von ihr, was man von zahlreichen anderen Erhebungen aus der letzten Zeit über die Lage der Frauen in einzelnen Gewerkszweigen feststellen muß: Sie leidet ebenfalls an dem großen Mangel, daß sie ein viel zu kleines Material umfaßt und zu sehr auf „persönlichen Beobachtungen“ aufgebaut ist. Die Ergebnisse stellen sich daher, wie auch sonst meist, als bloße Behauptungen dar. Die K.sche Arbeit hat Antworten auf 465 Fragebögen zur Grundlage, soll aber eine Berufsklasse darstellen in der i. J. 1907, neben 19 851 Männern, 3752 Frauen tätig waren. Soweit das Material reicht, sind ja gewissenhaft Arbeitszeit und -Pausen, Stellenvermittlung u. a. m. erhoben aber zu allgemein-giltigen Schlußfolgerungen darf man sich auf Grund dieser Erhebungen nicht verleiten lassen.

Wien.

Dr. HELENE DEUTSCH-POPPER.

W. D. PREYER, Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens. Jena, Fischer 1913. 8°. 228 S. (6 Mk.)

Wie auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens hat Italien auch in der Genossenschaftsbewegung, vor allem der ländlichen, in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig große Fortschritte aufzuweisen. Von besonderem Interesse erscheint dabei der Umstand, daß das ländliche Genossenschaftswesen in Italien nicht bloß den Bauer, bezw. Kleinpächter, sondern auch das ländliche Proletariat in seine Sphäre hineinbezieht. Sind die Formen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern denen Deutschlands mehr oder weniger ähnlich, so weist Italien etwas ganz Eigenartiges auf in bezug auf die Genossenschaften der ländlichen Arbeiter.

Bekanntlich ist hier die Arbeitslosigkeit auf dem Lande nur allzu häufig. Ist doch Italien auch das klassische Land der überseeischen Emigration. Diese Erscheinungen stehen in engen Zusammenhänge mit der italienischen Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Seit der Einigung gingen alle Bestrebungen der Regierung, ihre Zoll-, Kredit- und Finanzpolitik dahin, Industrie und Handel großzuziehen, das Land auf dem Gebiete der Industrie exportfähig zu machen. Und so wurde jahrelang der Strom der heimischen und ausländischen Kapitalien in die Kanäle der Industrie geleitet. Wurde nun auch viel in dieser Richtung erreicht, so brachte doch die Krise der 80er Jahre eine große Enttäuschung. Andererseits führten die Schwierigkeiten der internationalen Konkurrenz sowie der Mangel an eigenen Kohlen- und Erzgruben zu der Erkenntnis, daß Italien außer stande sei, seine dichte, stark anwachsende Bevölkerung in der Industrie zu beschäftigen. Die vernachlässigte kapitalarme Landwirtschaft wurde deshalb Objekt größerer Aufmerksamkeit. Man denke nur an die Organisation des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Versuchswesens sowie an die erfolgreiche Tätigkeit der landwirtschaftlichen Wanderlehrer. Aber neben der Rückständigkeit der Bodenkultur, gegen die sich diese Maßnahmen in erster Linie richteten, bildet der Absenteismus der Großgrundbesitzer, gepaart mit dem System der Zwischenpacht, diesem parasitären Mittelglied zwischen Bodenbesitzer und -Bearbeiter, das Erbübel der italienischen Landwirtschaft. Hier aber gerade war es nicht die staatliche Agrarpolitik, die dem Übel zu steuern suchte, sondern die genossenschaftliche Selbsthilfe in der Form der „Affittanza collettiva“. Was der Staat dazu beitrug, war die nachträgliche, noch immer sehr bescheidene Begünstigung dieser Genossenschaftsformen, nachdem sie sich als lebens- und entwicklungsfähig erwiesen hatten.

Aus den Eigentümlichkeiten der italienischen Agrarverfassung, einerseits der Arbeitslosigkeit¹⁾ auf dem Lande und andererseits der Bodenkonzentration mit dem System der Großpacht, entstanden, verdienen die italienischen Pachtgenossenschaften nicht nur an sich, sondern auch schon durch ihre Entstehungsgeschichte besondere Aufmerksamkeit, und es ist ein Verdienst

1) Im Gegensatz zu dem Arbeitermangel in manchen Gegenden Deutschlands.

PREYERS die diesbezüglich in der deutschen Literatur vorhandene Lücke durch seine gründliche Darstellung auszufüllen.

Der Verf. vereinigt in seiner Untersuchung die Arbeits- und Pachtgenossenschaften. Wie er selbst — mit Recht — hervorhebt, sind die Tätigkeitsgebiete der beiden grundverschieden. Denn die Arbeitsgenossenschaften führen große Erdarbeiten, Bauten aller Art aus, die Pachtgenossenschaften hingegen stellen landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaften dar. Wo liegt nun ihr Vereinigungspunkt? Nach P.'s Meinung ist er darin zu suchen, daß „das Menschenmaterial, aus dem sich die beiden Genossenschaftsarten zusammensetzen, aus der gleichen ländlichen Unterschicht stammt; es sind die Landarbeiter und Landtagelöhner, die völlig besitzlosen Klassen“ (S. 41). Eine Tatsache, die auf den ersten Blick verblüffend wirkt, wenn man außer acht läßt, daß in Italien, ebenso wie in Rußland, die Grenze zwischen ungelerntem städtischem und ländlichem Proletariat keine durchaus feste ist. Die städtische Arbeit wird dabei vielfach als Durchgangsstadium, als Mittel zur Rückkehr zur Landwirtschaft betrachtet. Ein weiteres Motiv für die Behandlung der Arbeits- und Pachtgenossenschaften in demselben Rahmen liege ferner, erklärt P., in der Gleichartigkeit des Zweckes, im Grundbestreben nämlich, ein überflüssiges Mittelglied im Produktionsprozesse auszuschalten. So wollen die Arbeitsgenossenschaften, die öffentlichen, vor allem die großen Meliorationsarbeiten unter Ausschluß der Privatunternehmer, direkt vom Staate oder Gemeinde zu genossenschaftlicher Ausführung übernehmen. Haben ja vor allem die Arbeiter die Folgen der scharfen Konkurrenz unter den Großunternehmern bei der Übernahme öffentlicher Arbeiten in einer starken Herabdrückung des Arbeitslohnes zu tragen. Und wie durch die Arbeitsgenossenschaft der Privatunternehmer, so soll durch die Pachtgenossenschaft der Großpächter ausgeschaltet werden. Dieser tritt nun in Italien infolge des sehr verbreiteten Absenteismus, nach der treffenden Bezeichnung P.'s als Pächter-Unternehmer und Pächter-Vermittler auf. In beiden Fällen aber schiebt er sich zwischen Großgrundbesitzer und Arbeiter, ohne doch dabei eine notwendige wirtschaftliche Funktion zu erfüllen. Arbeits- und Pachtgenossenschaft stellen somit „eine Vereinigung dar der Arbeitskraft, die dem Kapital gegenübertritt, und zwar dem privaten Kapital des Großgrundbesitzers und dem öffentlich-rechtlichen des Staates und der Kommunen“ (S. 42). Denn, und das darf nicht übersehen werden, in beiden Genossenschaften handelt es sich um einen ganz besitzlosen Mitgliederstand. Aber nicht bloß ihrem Zwecke und Funktion, sondern auch ihrer Entstehungsgeschichte nach erscheinen beide Genossenschaftsarten eng verknüpft.

Die wirtschaftlichen Gründe für die Entstehung der Pachtgenossenschaften liegen in der Emilia in der ländlichen Arbeitslosigkeit, in der Lombardei und Sizilien im Überwiegen des Großgrundbesitzes.

Am Ausgange des vorigen Jahrhunderts machte sich in der Emilia ein — im Verhältnis zum lokalen Bedarf der Landwirtschaft — starker Überfluß an ländlichen Arbeitskräften geltend. Dagegen war die ständige Emigration

aus dieser Gegend sehr gering. So schwankte sie nach den amtlichen Angaben in den Jahren 1901—1904 zwischen 1—3% der Gesamtbevölkerung. Nur wenig stärker zeigte sich die periodische Auswanderung. Und so kam es hier zu keinem regelmäßigen Abfluß der überschüssigen Landbevölkerung. Die Arbeitslöhne sanken infolgedessen tief und dies veranlaßte eine Streikbewegung auf dem Lande, die von den Tagelöhnerverbänden ausging. Die Verbände streben an: die Erhöhung des Lohnes, die Festsetzung der täglichen Arbeitszeit, bezw. deren Verkürzung, die Verteilung der Arbeiten in der Reihenfolge derart, daß jedem Mitglied des Verbandes ein gewisser Anteil an der verfügbaren Arbeit gesichert bleibe. Der Widerstand der Grundbesitzer und Großpächter gegen diese Streikbewegung schlug eine Richtung ein, die geeignet war, die bereits bestehende Arbeitslosigkeit erheblich zu verstärken. Denn der höhere Arbeitslohn, die die Arbeiter durch Streiks anstrebten und teilweise erreichten, gab Anlaß, die Anwendung der menschlichen Arbeitskraft auf das Minimum zu reduzieren. Viele nicht absolut notwendige Arbeiten wurden unterlassen. Parallel dazu ging die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen und spez. solcher, die die menschliche Arbeitskraft bedeutend einschränkten. So fanden nach dem Zeugnis Professor RAINERIS¹⁾ in den Streikjahren die landwirtschaftlichen Maschinen derartige Verbreitung, wie sie jahrelange Propaganda nicht durchzusetzen vermocht hatte. Die Folge war neue Arbeitslosigkeit, die die frühere übertraf. Die Tätigkeit der Tagelöhnerverbände hatte hier also eher zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit geführt. Ein neuer Ausweg mußte gefunden werden. Dieser bot sich in der Kollektivpacht. Es handelte sich dabei in der Emilia meist um eine Art Fortentwicklung der bereits seit den 80er Jahren bestehenden und erfolgreich funktionierenden Arbeitsgenossenschaften. So belief sich die Zahl der letzteren 1910 auf 1017, von denen 754, über die genaue Angaben bekannt sind, 94 738 Genossen, ein Vermögen von 2.841 und einen Reservefonds von 1.5 Mill. Lire hatten (S. 91). Die Mehrzahl dieser Genossenschaften befindet sich in der Emilia. Dasselbst war auch bereits 1887 die erste Pachtgenossenschaft in Italien aus der ebenfalls ersten Arbeitsgenossenschaft hervorgegangen. 1883 erhielt letztere, die in Ravenna ihren Sitz hatte, von der Gemeinde daselbst die Austrocknungs- und Meliorationsarbeiten in S. Vitale. Nachdem diese Arbeiten 1886 zu Ende waren und auch die nötigen Vorarbeiten für die Wirtschaftsführung von den Arbeitern verrichtet wurden, erhielten sie auf ihren Wunsch von der Gemeinde dieses Landgut (260 ha) in Kollektivpacht. Die Sparkasse von Ravenna unterstützte dieses erste Experiment mit reichlichem und bequemen Kredit. Der günstige Erfolg veranlaßte die ravennatische Arbeitsgenossenschaft, ihre Versuche allmählich auszudehnen. Und so kam es, daß in den ersten Jahren unseres Jahrhunderts, als die Arbeiterstreiks in dieser Gegend ausbrachen und eine verstärkte Arbeitslosigkeit nach sich zogen, auf dem Gebiete der Kollektivpacht bereits manche günstige Erfahrung gesammelt war, die die Initiative der

1) Dei mezzi atti a diffondere l'uso delle macchine agricole in Italia.

Arbeiter nach dieser Richtung lenken mußte. Tatsächlich wuchs von diesem Zeitpunkt ab die Zahl der Pachtgenossenschaften von Jahr zu Jahr verhältnismäßig stark an. Bei der großen Enquête von 1906 zählte man in ganz Italien 108 Pachtgenossenschaften, von denen 20 zwar formell bestanden, aber aus Mangel an Boden noch nicht funktionierten, mit rund 30 000 ha im Betrieb und einem Gesamtpachtzins von 1 513 322 Lire (S. 118).

Mit einem gewissen Rechte kann man mit P. die Pachtgenossenschaften der Emilia als eine „Ergänzung der Tätigkeit der Arbeitsgenossenschaften“ betrachten, während sie in der Lombardei und Sizilien unvermittelt der enormen Bodenkonzentration und deren schweren Folgen entsprungen sind. Denn in Sizilien z. B. befindet sich von der Gesamtfläche 2,4 Mill. ha, die von 3,5 Mill. Menschen bewohnt wird, $\frac{1}{3}$ im Eigentum von 787 und beinahe $\frac{1}{6}$ im Eigentum von nur 173 Personen (S. 63).

Ob man aber die Pachtgenossenschaften der Emilia als „sekundäre Erscheinung“ bezeichnen kann, will mir nicht als der Sachlage entsprechend erscheinen. Denn wenn auch aus den Arbeitsgenossenschaften hervorgegangen, entwickelten sich die Pachtgenossenschaften der Emilia alsbald zu einer dermassen eigenartigen, ökonomisch und genossenschaftlich wertvollen Form, daß sie die Aufmerksamkeit nicht bloß der Arbeiterorganisationen und Arbeitskammern sondern auch der politischen Parteien und der italienischen Wissenschaft in besonderem Maße erregte. Es scheint, daß P. durch die allgemeine Bewertung des in der Emilia vorherrschenden Typus der Pachtgenossenschaften sich zu einer Unterschätzung ihrer selbständigen ökonomischen und sozialen Bedeutung neben den Arbeitsgenossenschaften verleiten ließ. Die Pachtgenossenschaften in Italien zerfallen nämlich in zwei Grundformen: 1. in solche mit gemeinsamer Bewirtschaftung, die den gepachteten Boden auch gemeinschaftlich bebauen in der Art, wie dies etwa in den großen Privatökonomien der Fall ist; 2. in die mit getrennter Bewirtschaftung, die den gepachteten Boden unter die Genossenschafter in Afterpacht also zu individuellem Umtrieb vergeben. Letzterer Typus überwiegt in Sizilien und der Lombardei, ersterer in der Emilia. Die Pachtgenossenschaft ergreift hier den ganzen Betrieb, schafft eine einheitliche technische und allgemeine Leitung, die alle Stadien der Produktion bis auf den Absatz regelt. Die Produktivgenossenschaft, die seinerzeit in der Industrie Schiffbruch erlitten hat, feiert hier in der Landwirtschaft ihre Auferstehung. P. bezeichnet, nebenbei bemerkt, in seiner Klassifikation die Pachtgenossenschaft mit gemeinsamer und getrennter Bewirtschaftung als Produktivgenossenschaften schlechthin. Ohne hier auf den Begriff der Produktivgenossenschaft, speziell der landwirtschaftlichen, näher einzugehen, erscheint es doch mißverständlich, diesen beiden qualitativ ausgesprochen verschiedenen Genossenschaftsformen, deren ökonomische Folgen von verschiedener Bedeutung sind, dieselbe Bezeichnung zu geben.

Wenn nun P. (S. 128) in der guten technischen Leitung die wesentlichste Vorbedingung des Erfolges der Pachtgenossenschaften erblickt, wenn er ferner auf die „erheblichen Dienste“, die die in gewisser Hinsicht muster-

gültige agrartechnische Beratungsstelle in Reggio-Emilia den Pachtgenossenschaften daselbst (mit gemeinsamer Bewirtschaftung) geleistet hat, hinweist, wenn er in den Genossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung eine Steigerung des Produktivertrages und eine Intensivierung des ganzen Betriebes konstatieren muß, während in den Pachtgenossenschaften Siziliens (mit getrennter Bewirtschaftung) keine Verbesserung des Anbaues, fast keine Anwendung von Maschinen zu verzeichnen sind (S. 198), so scheint doch P. andererseits mit all diesen Feststellungen in Widerspruch zu geraten, wenn er an anderer Stelle (S. 137) ganz allgemein die Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung als die „entwicklungsfähigeren“ erklärt. Allerdings vermag er diese Behauptung durch statistische Angaben nicht zu bekräftigen. Fehlen ja zurzeit noch solche statistischen Vorarbeiten, die es ermöglichen würden, einen genauen Vergleich zu ziehen zwischen beiden Arten der Pachtgenossenschaften, bzw. deren verhältnismäßigem wirtschaftlichem Gedeihen. Denn die parlamentarische Enquête von 1910, deren Angaben P. zum Vergleiche mit den Daten der Enquête von 1906 heranzieht, bezieht sich ja bloß auf Sizilien, wo die Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung durchaus überwiegen und die mit gemeinsamer Bewirtschaftung nur vereinzelt vorkommen.

Weist ja auch P. andererseits darauf hin, daß die Jugend der italienischen Pachtgenossenschaften ein allgemeines, endgültiges Urteil kaum noch zulasse. Er scheint aber in seiner oben angeführten Beurteilung weiter gegangen zu sein, als durch diese berechtigte Vorsicht geboten ist.

Wenn P. als Hauptgrund, der die Pachtgenossenschaften mit getrennter Bewirtschaftung „entwicklungsfähiger“ erscheinen läßt, die Beteiligung am Produkte, die „als mächtiger Ansporn für die Leistungsfähigkeit“ wirke, anführt, während derselbe Ansporn dort fehle, „wo der Arbeiter sich auf die bloße Entlohnung angewiesen sieht, rühre sie auch von der Genossenschaft selbst und nicht von einem Eigentümer her“ (S. 137), so ist dies mißverständlich genug. Als ob in den Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung der einzelne Genosse nicht an dem Produkte beteiligt wäre, als ob dort keine Gewinnverteilung stattfände! Freilich in anderen Formen und nach andern Prinzipien, die allesamt den Vorteil der Genossen zum Ziele haben. Allein — und das ist das Richtige an jener Behauptung — der Vorteil, der jedem einzelnen Genossen durch die Genossenschaft erwächst, ist nicht in allen Fällen so handgreiflich, wie etwa in der Pachtgenossenschaft mit getrennter Bewirtschaftung, um auch dem noch auf primitiver Stufe der genossenschaftlichen Einsicht stehenden Arbeiter derart einzuleuchten, daß er in dem Erfolg der Genossenschaft zugleich auch seinen eigenen Vorteil erblicken würde. Das aber ist einfach eine Frage genossenschaftlicher Erziehung. Und welche Genossenschaftsart hatte nicht dieses Hindernis zu überwinden? Ist ja das eigene Interesse nicht immer auch das „wohlverstandene“. Eine Genossenschaftsform aber deswegen als die „entwicklungsfähigere“ anzusprechen, weil sie als die minder komplizierte, aber auch ökonomisch minder weittragende, eine geringere genossenschaftliche Erziehung

voraussetzt, will mir vom Standpunkte der genossenschaftlichen Theorie als gewagt erscheinen, zumal eben auch die tatsächlichen Daten für eine solche Behauptung nicht ausreichen. Daß aber in den Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung, der „menschliche Egoismus“, nach dem Ausdrucke VERGNANINIS, des Arbeitskammersekretärs von Reggio-Emilia, hier und da eine hemmende Wirkung ausübt, soll dadurch nicht in Abrede gestellt werden.

Man vermißt aber andererseits im Buche eine gelegentliche Schilderung der einzigartigen, allseitigen und durchgreifenden Kooperation, die Reggio-Emilia und Umgebung aufzuweisen haben. Eine genossenschaftliche Oase mit den Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung im Zentrum, von denen zahlreiche Fäden zu allerlei anderen genossenschaftlichen Gebilden ländlichen und städtischen Charakters (wie Brauereien, Ziegeleien, Bäckereien, Holzverarbeitungsgenossenschaften und sonstigen genossenschaftlichen Werkstätten) hinüberführen. Ja selbst eine genossenschaftliche Eisenbahn ist in dieser Gegend zu finden. Dieser genossenschaftlichen Gemeinde gegenüber muß das Urteil über die Entfaltungsmöglichkeit der Pachtgenossenschaften mit gemeinsamer Bewirtschaftung doch anders ausfallen. Das P.sche Buch wird, trotz manchen theoretischen Mißverständnissen, dennoch wegen der Fülle des Materials und dessen systematischer Bearbeitung von jedem, der sich für italienische Agrarverhältnisse und diese sehr interessanten Genossenschaftsformen interessiert, mit Nutzen studiert werden.

Berlin.

Dr. JUDITH GRÜNFELD-CORALNIK.

GEORG STEKLOW, Michael Bakunin. Ein Lebensbild („Kleine Bibliothek“ 30). Stuttgart, Dietz 1913. 128 S. Portr. (geb. 1 Mk.).

Dieses Buch erschließt keine neue Quelle; es beruht auf einer ausgiebigen Verwertung des in guten Schriften über BAKUNIN vorliegenden Materials. Im wesentlichen sind dies, neben einigen Werken BAKUNINS und dessen Briefwechsel, von älteren: HERZEN, RUGE, HERWEGH, von neueren: KORNILOV, RALLI und als eine Hauptquelle JAMES GUILLAUME. Wenn der propagandistische Charakter des Buchs den Verf., der gelegentlich geringere Quellen zitiert, vielleicht abhielt, seine Quellen auf Schritt und Tritt zu nennen, so hätten wohl für ein in diesem Maße fremder Arbeit verdanktes Buch nicht „alle Rechte vorbehalten“ werden sollen. Die Quellen sind mit einer gewissen Sorgfalt benutzt und das Erzählte ist oft gut ausgewählt. Doch darf man nicht erwarten, alles Wesentliche auch wirklich erwähnt zu finden, und manchmal zeigen gewisse Irrtümer eine im Grunde nicht tiefgehende Sachkenntnis. So werden z. B. S. 61 im Kreis „in Neapel um BAKUNIN“ (also 1865—1867) MALATESTA, COSTA, NABRUZZI genannt, deren erste Beziehungen mit BAKUNIN doch in die Jahre 1871 und 1872 fallen. Ebenso ist der Berner Kongreß (S. 62), ein noch bekannterer Gegenstand, unrichtig dargestellt.

Betreffs „SCHELLING und die Offenbarung“ (S. 23—24) wird die neuere Literatur dieses kleinen Problems ignoriert.

Der Verf. befindet sich in einer eigentümlichen Lage. Er benutzt korrekter Weise das beste vorhandene Material und findet darin vielfach den Nachweis der unloyalen Art der Bekämpfung BAKUNINS speziell durch MARX. Er ist ehrlich genug, diese Tatsachen nicht zu unterdrücken, sucht aber als Sozialdemokrat für MARX zu retten, was zu retten ist, wodurch seine sonst frische Darstellung in solchen Fällen einen gewundenen, apologetischen Charakter erhält. Anläufe zu einer Kritik sind vorhanden. So wird einer der MARXschen Gewährsmänner für russische Verläumdungen, N. UTIN, auf den so vieles in der Alliance-Broschüre (1873) zurückgeht, als „Subjekt“ bezeichnet (S. 74). Aber z. B. in der LJUBAVIN-Affaire versagt doch seine Kritik so ziemlich, außer man gibt den MARX betreffenden Worten: „der jetzt annehmen konnte“ (S. 110) eine tiefe Bedeutung. Die „historische Gerechtigkeit“ gegen BAKUNIN, welche der Verf. (S. 127 f.) von der russischen und deutschen Sozialdemokratie verlaugt, wird ganz anders aussehen müssen, als dieses Buch und sich mit etwas mehr moralischem Mut versehen müssen.

Es freut mich nun aber auch anzuerkennen, daß in den nicht kontroversialen Teilen BAKUNINS Leben, wenn auch etwas ungenau und unvollständig, doch lebendig und mit einer gewissen Sympathie geschildert ist. Für deutsche Leser ist das erste Kapitel (Jugend) neu, da es das riesige von A. KORNILOV in der Artikelserie: „Die Familie der BAKUNIN“ (i. d. „Russkaja Mysl“ seit Mai 1909) vorgeführte Material exzerpiert. Manchmal zeigt der Verf. wirklich menschliches Verständnis für BAKUNIN, so in seiner Auffassung der Vorgänge des Sommer 1874 (S. 120—123). Für unzulänglich halte ich die Darstellung von BAKUNINS sozialen Ideen, bei welcher die Sucht, dieselben marxistisch zu widerlegen, den Verf. zu einer den Leser objektiv informierenden Wiedergabe dieser Ideen gar nicht kommen läßt.

Druck und Übersetzung sind nahezu korrekt; falsch sind Rally, Frischia, Rezzo, „in Baronata“ (S. 120). Gräßlich wirkt das oft gebrauchte Wort „Putschismus“, sogar „anarcho-putschistisch“ (S. 70)!

Einem Leser, der nur an die in einer gewissen Literatur übliche Herabsetzung BAKUNINS gewöhnt ist, wird also St.s Schriftchen viel Neues bringen; für die Geschichtsschreibung, der es ja auch nicht dienen sollte, ist es ohne wesentliche Bedeutung. Möge es einer Übersetzung von KORNILOVS „Jungem Bakunin“ die Wege bahnen, wenn ich einen Wunsch der Bakuninforschung aussprechen darf.

London.

MAX NETTLAU.

CH. PATUREAU-MIRAND, De la femme et de son rôle dans la société d'après les écrits Saint-Simoniens. Limoges, Pierre Dumont 1910. gr. 8°. 224 S.

Die vorstehend angezeigte Arbeit ist eine „Thèse pour le Doctorat“ an der Universität Poitiers. Sie will die Stellung des Saint-Simonismus zur Frauenfrage untersuchen. Die Tatsache, daß die letztere zur Spaltung und

allmählichen Auflösung der Schule SAINT-SIMONS geführt hat, bildet einen natürlichen Einteilungsgrund für die Darstellung: die „Théorie Saint-Simonienne normale“, die gemäßigte und theoretisch tiefer begründete Lehre der ersten von BAZARD und OLINDE RODRIGUES repräsentierten Phase, wird dem „Enfantinisme“, der radikalen, Doktrin ENFANTINS und seiner Anhänger, schroff gegenübergestellt.

Die Untersuchung setzt bei SAINT-SIMON selbst ein. Dieser hatte die Frauenfrage noch nicht formuliert. Allein sein System, in der Form wie es im „Nouveau christianisme“ vorlag, bildet die Basis für die Ausbildung der feministischen Theorien seiner Nachfolger. Denn wie weit sich auch in der Folgezeit die Jünger vom Meister entfernt haben, in den Grundlinien blieb der leitende Gedanke SAINT-SIMONS richtunggebend für alle Phasen ihrer Doktrinen: die Forderung positiven Eingriffs in das soziale Geschehen mit dem Ziel einer Reorganisation der herrschenden Gesellschaftsordnung durch Umbildung ihrer ethischen Grundlagen. SAINT-SIMON sah den Kernpunkt alles Übels darin, daß die herrschende Moral und das geltende Recht dem geistigen und gefühlsmässigen Habitus der Zeit nicht mehr entsprächen. Und indem er auf die Nöte der durch die Revolution geschaffenen Ordnung der Dinge hinwies, in der trotz aller prinzipiellen Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte sich die ersehnte Harmonie nicht einstellen wollte, erkannte er — bei aller inneren Fremdheit der Metaphysik des Christentums gegenüber — in dessen Gebot der Nächstenliebe ein wirksames Element bindender sozialer Verkettung und Harmonisierung der sozialen Beziehungen. Damit hat er auch der Frauenfrage den Boden bereitet. Als ein soziales Problem war sie ins Leben getreten; und der „normale Saint-Simonismus“ identifiziert dann auch ihre Lösung mit derjenigen der sozialen Frage schlechthin. Er verlangt demnach von Standpunkte des Gesellschaftsinteresses höhere Wertung der Frau. Er fordert Befreiung der Frau und deren intensivere Anteilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben, weil in ihrer Betätigung Kräfte von hohem sozialem Wert frei würden. Die Frau ist ihm ihrer ganzen psychischen Veranlagung nach das soziale Wesen katexochen; von ihr habe daher die Reorganisation der Gesellschaft auszugehen; in ihrer höheren sozialen Qualifikation ist ihre Überlegenheit dem Manne gegenüber gelegen. Er betont ihre „force socialisante“ nach zwei Richtungen hin. Die Frau habe in erster Linie selbst in ihrem Charakter speziell die sozial relevanten Eigenschaften ausgebildet; dann aber wirke sie auch in stärkster Weise auf den Mann gerade dadurch, daß sie jene Eigenschaften bei ihm wecke, die auch seinen sozialen Wert erhöhen. Die Voraussetzung für eine durchgreifende Anerkennung ihrer höheren sozialen Eignung bilde jedoch eine Änderung der Rechtsbasis. Die geltenden Gesetze seien Männerarbeit, männlichen Rechtsbegriffen entsprungen und auf männliche Charakterformen zugeschnitten, Gesetze, die, bei der bestehenden Wechselwirkung zwischen Moral und Recht, fortzeugend den Typus des sozialen Seinsollens vom Manne aus bestimmen. Doch macht der „Saint-Simonisme normal“ vor dem Ehegesetz des Christentums wenigstens in formaler Beziehung halt. Erkannte er doch in der Familie die Urzelle des sozialen Lebens und erachtete somit die Ehe

als allein geeignete Basis des gesellschaftlichen Gefüges. Allerdings stand die Forderung bedingungsloser Unterwerfung der Frau unter den Mann, wie sie das christliche Ehegesetz stellte, in Widerspruch zur Saint-Simonistischen Annahme der Gleichheit der Geschlechter. Bedeutete ja diese letztere nichts anderes als die Forderung effektiver Gleichheit vor dem Gesetz und gleicher Betätigungsmöglichkeit in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Freilich auf der anderen Seite keineswegs auch eine Behauptung gleicher Veranlagung von Mann und Frau. Dem Charakter nach blieben beide inkommensurable Größen; und eine Ausgleichung dieses natürlichen Gegensatzes erscheint auch gar nicht einmal wünschenswert, weil durch die verschiedene Zuteilung von Gaben des Verstandes und Gemütes die Reihe der Charaktertypen eine Bereicherung und stärkere Differenzierung erfahre. Mann und Frau seien in ihrem Charakter komplementär, dergestalt, daß das Vorhandensein eines psychischen Komplements auf der einen Seite, die Entstehung von Eigenschaften auf der anderen begünstige und die volle Ausbildung solcher Eigenschaften fördere, die erst in schwachen Ansätzen vorhanden seien. Deshalb fordere auch der gemäßigte Saint-Simonismus absolute Gemeinschaft der Handlungen, weil jede zu vollziehende Handlung von zwei ganz verschiedenen Gesichtswinkeln aus beurteilt und so wirklich bis in ihre letzten Möglichkeiten durchdacht und erschöpft werde. Gerade die Differenzierung im Charakter prädisponiere die Geschlechter zur Arbeitsgemeinschaft. Mann und Frau seien ihrer psychischen Veranlagung nach aufeinander angewiesen und aus diesem Grunde erscheine die Befreiung der Frau als soziales Gebot, damit im freien Spiel der Kräfte die Äquivalenz der intellektuellen, psychischen und moralischen Gaben zur Vollentfaltung gelangen könne. Jeder Fortschritt sei auf dieses Kräfteverhältnis zwischen Mann und Frau eingestellt; und weil diese wie jener so gegenseitig ihre soziale Wirkungsfähigkeit erhöhen, bilden sie erst beide zusammen die letzte gesellschaftliche Einheit, die „soziale Monade“. Deshalb habe das Institut der Ehe das Niveau des Einzelnen notwendig gehoben, weil jeder Eheteil durch die Entfaltung bisher latenter Entwicklungsmöglichkeiten des Charakters auch eine individuelle Wertsteigerung erfahre. So bedeutet die Saint-Simonistische Auffassung des Ehegesetzes nicht einen Bruch mit dem christlichen Ehegesetz, sondern eine wesentliche Vertiefung desselben. Denn nach ihr bestand die Heiligung der Ehe nicht in der priesterlichen Weihe, sondern im Bewußtsein einer mit der Eingehung der Ehe gemeinsam übernommenen Pflichterfüllung von eminent sozialer Bedeutung. Nicht die Emanzipation der Frau im Sinne ihrer Verselbständigung wird danach angestrebt, sondern ihre Einstellung ins Leben der Gesellschaft, ihre intensivere Sozialisierung. — Anders jedoch verhielt sich der Saint-Simonismus in der Frage der Unauflösbarkeit der Ehe. Hier stellte er sich — in Konsequenz aus der Annahme einer einschneidenden Veränderung des Charakters durch die Ehe — zur herrschenden Norm in Gegensatz. Es mußte eben für den Fall einer Divergenz der Charaktere die Möglichkeit der Ehetrennung geschaffen werden.

So die Theorie des „normalen Saint-Simonismus“. Die Fortbildung dieser Gedankenreihe durch ENFANTIN bedeutet ihre Verzerrung. Die soziale Doktrin

verengt sich und konzentriert sich auf die Beziehungen der Geschlechter zu einander. So betont CLAIRES DÉMAR energisch, daß das christliche Ehegesetz im Prinzip der Exklusivität der Gefühle auf psychologisch unhaltbaren Voraussetzungen beruhe, und der Infantinismus fordert denn auch in diesem Sinne unbedingte Freiheit der Scheidung, die an Legitimität der Ehe nicht nachstehen soll, und schreibt die schrankenlose sexuelle Anarchie auf sein Programm.

Der I. Teil der P.-M.schen Arbeit läßt den dogmatischen Gehalt des Saint-Simonistischen Feminismus klar und scharf umrissen hervortreten. Dagegen wirkt der II. ermüdend durch die breite Schilderung der erotisch-religiösen Extasen der „Recherche de la Mère“. Zur Rechtfertigung so detaillierter Darstellung der infantinistischen Ausschreitungen im Rahmen einer staatswissenschaftlichen Arbeit hätte der Versuch gemacht werden müssen, den zeitgeschichtlichen Hintergrund dieser Bewegung zu skizzieren. Dies ist aber nicht geschehen. Dieses Stück des Buches erweckt daher den krassen Eindruck der Schilderung einer Massenpsychose und wirkt als Grenzüberschreitung aus dem Gebiete der Sozialwissenschaften in das der Psychiatrie. Es fehlt der Hinweis darauf, daß es der Stimmungsgehalt der Romantik ist, der aus dieser infantinistischen Strömung spricht. Die Problemstellung der Romantik ist aber infolge ihrer völligen Beziehungslosigkeit zur ökonomischen und sozialen Realität und infolge der starken Betonung von Gefühlsmomenten für die Entwicklungsgeschichte des modernen Feminismus doch wohl ohne Belang. Man dürfte sonst mit gleichem Recht wie die Theorie ENFANTINS auch SCHLEGELS „Lucinde“ als Standard-work des Feminismus hinstellen.

Das Bestreben, der Frauenbewegung durch Rekonstruktion ihrer Geschichte eine bessere Fundierung zu geben, ist gewiß berechtigt. Doch bedarf es einer gewissen Anstrengung, um im Infantinismus ein Vorstadium der Frauenbewegung zu sehen. Hier wird ein Zusammenhang mit dem Feminismus — der Kontinuität seiner Geschichte zuliebe — konstruiert, der der geschichtlichen Wahrheit widerspricht. Denn die Linie, die von FOURIER und SAINT-SIMON aus zur modernen Frauenbewegung hinführt, bricht beim Infantinismus jäh ab. Es bedurfte erst der energischen Reaktion PIERRE LEROUX' gegen ENFANTIN, um sie in PECQUEUR, CABET, PROUDHON ihre Fortsetzung finden und in BEBELS vertiefte Auffassung einmünden zu lassen.

Wien.

LOUISE SOMMER.

GEORGES GUY-GRAND, Le procès de la démocratie. Paris, Colin 1911. 326 S. (3.50 fr.).

Die „Bibliothèque du mouvement social“, welche der obige Verlag herausgibt, verfolgt den Zweck, die soziale Bewegung der Gegenwart in Monographien zu behandeln, die, möglichst unparteiisch gehalten, bloß die Tatsachen „referieren und interpretieren“ sollen. Die ersten Bücher dieser Sammlung sind das vorliegende Werk und die Arbeit GEORGES CAHEN's über den

Beamten-Syndikalismus, welche noch Gegenstand eingehender Besprechung in diesem Archiv werden wird. Schicken wir gleich voraus, daß GUY-GRAND dem Programm der Unternehmung in hervorragendem Maße entsprochen hat. Man kann nicht leicht vornehmer, unparteiischer und gerechter über einen Gegenstand schreiben, der so sehr geeignet ist, die Leidenschaft der Parteipolitik zu entflammen. Stylistisch betrachtet ist das Buch, wie so viele andere Werke französischer Gelehrter, ein kleines Kunstwerk und es gewährt einen erlesenen Genuß es zu studieren.

„Die Demokratie auf der Anklagebank“, so etwa könnte man den Titel des Buches übersetzen. Sein Inhalt ist das Plaidoyer eines Verteidigers — nicht der bestehenden französischen Demokratie, die heute keine „Verteidiger“ mehr findet, nur Nutznießer. Sondern der Idee der Demokratie, jener Demokratie, wie sie eingerichtet werden sollte, um lebensfähig zu sein. Der Verf. geht von der betrübenden Tatsache aus, daß die Republik, ehemals mit frenetischem Jubel begrüßt, heute von allen Seiten als eine ungeheure Enttäuschung betrachtet wird. Nicht nur vom Bauernstand, dessen Begeisterung für die Republik stets eine mäßige gewesen sei, sondern auch von der Beamtschaft, die man tief erbittert habe. Und auch von der Arbeiterschaft. Der Verf. erwähnt, wie oft man in Kreisen der letzteren den Ruf höre: „À bas la République“. Er erinnert uns an einen bezeichnenden Vorfall. Am 3. August 1908 habe man am vorgeschobenen Posten des französischen Sozialismus, an der Bourse du Travail in Paris eine Puppe, darstellend die französische Republik, unter dem Hohngelächter und Geheule des Publikums an den Galgen gehängt. Antimilitarismus und Antipatriotismus bilden ja Programmpunkte dieser Vereinigung. „Auf der anderen Seite der Barrikade“ aber — denn von dieser pflegt man jetzt, wie der Verf. mit bitterer Ironie bemerkt, an Stelle der brüderlichen Umarmung zu sprechen — dieselbe Ablehnung, dieselbe vernichtende Kritik, dieselbe Klagen, nur in etwas korrekterer Form. Und nun gar in den Kreisen der Soziologen und Staatsmänner sei man einig, daß eine schwere „Krisis der Demokratie“ vorliege, der abzuhelpen es höchste Zeit sei. In der neuesten politischen Literatur Frankreichs liest man allerdings Urteile über die demokratische Staatsform, welche durch ihre Herbigkeit selbst denjenigen überraschen, der da gewohnt ist, in den Franzosen die Nachkommen jener Gallier zu sehen, von denen schon CAESAR gesagt hat, sie seien stets rerum novarum cupidi. Vergleicht man diese Urteile, von denen im folgenden eine kleine Blütenlese gegeben wird, etwa mit jenen, welche HASBACH in seinem Werke über die Moderne Demokratie (Jena 1912) abgibt, so wird man der Mäßigung des letzteren Autors Anerkennung zollen. Wir lesen bei den französischen Autoren der Gegenwart beispielsweise: „La démocratie c'est une oligarchie de **gros arrivistes**“, de „**profiteurs**“, de „**prébendistes**“, de „**politiciens**“; la démocratie c'est „un gouvernement d'intérêts particuliers“; c'est une „oligarchie de gens retors, après, dégradés“; elle est „l'oligarchie des supériorités inférieures“, „des talents du maquignon ou du charlatan“, elle est le „régne de la sottise“, „le culte de l'incompétence“; „la démocratie c'est l'imbécillité“; „la corruption est le grand vice des démocraties“; „la démocratie ne veut pas être in-

telligente, elle n'a aucun goût pour les élites, elle est donc le régime politique des peuples qui se renoncent"; „la démocratie c'est l'envie"; „la démocratie c'est l'insurrection de l'ignorance contre la science, du caprice et de l'appétit contre la raison, de l'individu contre l'espèce"; elle est „de tous les régimes non despotiques le moins capable de l'esprit public dans les conditions de la civilisation moderne"; elle est „l'aristocratie des quatre états confédérés: Franc-maçons, Juifs, Protestants, métèques". „Le pays" — sagt CHÉRADAME in seinem höchst interessanten Buch¹⁾ „est partagé entre l'indifférence et le dégoût, mais c'est le dégoût qui gagne du terrain." Diese und ähnliche Aussprüche von republikanisch oder sozialistisch gesinnten Autoren der Gegenwart, wie FAGUET, SOREL, BOURGET, DUGUIT, OSTROGORSKI, MICHELS, CHÉRADAME, um von den konservativen und klerikalen zu schweigen — Autoren, deren Lektüre den deutschen Republikanern zu empfehlen ist, rechtfertigen den Titel des Buches.

Der Verf. bespricht die theoretischen Einwendungen, welche gegen die herrschende Staatsform erhoben werden. Er unterscheidet die zwei literarischen Richtungen, welche beide zwar in ihrer Feindschaft gegen die Republik einig sind, untereinander selbst aber sich in heftigster Gegnerschaft befinden. Die eine ist die klerikal und monarchistisch gesinnte Gruppe von Autoren, wie BRUNETIÈRE, MAURRAS, DEHERME u. a., welche sich um die Zeitschrift „L'action française" scharen; die zweite ist die sozialistische oder richtiger die syndikalistische, welche von PROUDHON abhängig, mehr als anarchistisch, wie als sozialistisch bezeichnet werden muß und ihre Hauptvertreter in SOREL und BERTH gefunden hat, von denen übrigens der erstere sich neuestens zum Monarchismus bekehrt hat. Der Verf. analysiert die wichtigsten Schriften beider Richtungen genau und zeigt den tiefen unüberbrückbaren Gegensatz auf, der beide Gruppen trennt; er legt dar, wie nur der gemeinsame Feind, die besitzende Bourgeoisie, sie zu Verbündeten machen konnte, wie aber der Sturz der Republik sofort die wütendste Feindschaft zwischen ihnen hervorrufen müßte. In der Tat, wer wollte leugnen, daß ein solches Ereignis zu ähnlichen Metzeleien führen würde, wie sie 1830, 1839, 1848 und 1870 stattgefunden haben? G.-G. bemüht sich nun in eingehender, etwas weitschweifiger Weise eine dritte Richtung zu empfehlen. Sein Plaidoyer, voll von interessanten philosophischen Reflexionen, oft bedeutender Art, leugnet keineswegs die Unhaltbarkeit und Jämmerlichkeit des bestehenden Zustandes, den das oben erwähnte Buch von CHÉRADAME „la negation de la République" nennt. In dieser Hinsicht gibt das Urteil des Verf. dem seiner Gegner nichts nach. Er meint jedoch ganz ähnlich wie CHÉRADAME: die bestehenden Übelstände seien mit der Demokratie nicht untrennbar verbunden, sondern nur Begleiterscheinungen der sehr unvollkommenen und unwahren Form, in welcher man sie bisher in Frankreich verwirkliche. Die Heilmittel, die er vorschlägt, sind nicht ganz dieselben, wie jene, welche CHÉRADAME wünscht. Jener nennt Proportionalwahlen, Sozialpolitik, Unterrichtsreformen, allerdings

1) La crise française. Faits, causes, solutions. 2e. éd. Paris 1912.

alles Dinge, welche uns nichts Neues bieten. Indes könnten sie ja wohl trotzdem nützlich wirken, wenn der Verf. nur irgend welche Mittel anzugeben wüßte, um seine Gedanken ins Leben einzuführen. Es sieht fast so aus, als meinte er, seine schönen philosophischen Gedanken würden auf die „Arrivisten“, welche die Macht in Händen haben, so tiefen Eindruck machen, daß sie sich bessern. Diese utopistische Auffassung, welche das selige Naturrecht geziert hat, ist wohl durch den Sozialismus der Gegenwart überwunden, welcher uns zeigt, wie wenig Predigten auf Interessen einwirken und wie gerne aus Interessen sogenannte „Überzeugungen“ werden. Übrigens ist der Verfasser, wie es scheint, selbst nicht ganz von jener Begeisterung für seine Lehre erfüllt, welche nötig wäre, um Widerstrebende mitzureißen. Oder hat das strenge Programm der Objektivität, welches der Herausgeber der ganzen Sammlung aufstellt, ihn daran gehindert? Im Schlußkapitel, in welchem der Verf. sein „demokratisches Ideal“ beschreibt, begnügt er sich mit „Hoffnungen“. Wenngleich er den bangen Zweifel nicht unterdrücken kann, (S. 324), ob der Kapitalismus, die Ursache des übergroßen Reichtums auf der einen, des extremen Elends auf der anderen Seite, nicht den „Willen zur Regeneration“ ersticken werde, so „hofft“ er doch, daß die richtige Philosophie den Sieg über die Camelots du Roi davontragen werde; er „hofft“, daß sich neue Formen der Wirtschaft und der Politik bilden werden; er „hofft“, daß der Sinn für Ideale neue „große Dinge“ schaffen werde; er „hofft“, daß in einer künftigen „wahren“ Demokratie die regierenden Nichtswisser sich gerne der Sachkunde der Wissenden unterwerfen werden. Kurz, wir sind seit PLATO nicht viel weiter gekommen. Zum Schluß ruft er in etwas phantastischer Weise einen „Zeus sauveur“ an, den Vater der „hoffnungslosen Hoffnungen“ (Père des espoirs desespérés).

WIEN.

E. BERNATZIK.

F. M. WIBAUT, De nieuwste ontwikkeling van het kapitalisme. Amsterdam, Scheltema & Holkema 1913. 8°. 42 S.

Der Verf., einer der angesehensten Marxisten Hollands, untersucht in dem angezeigten Schriftchen das junge und interessante Problem der aktiven Beteiligung der „haute finance“ an der Industrie. Die nächste Veranlassung dazu war ihm ein im Februar 1912 in Amsterdam vor einem Studentenverein gehaltener Vortrag SOMBARTS über „Die Träger des Kapitalismus“, in dem der Vortragende an die Träger des Kapitalismus die Forderung gestellt hatte: sie sollten zugleich Erfinder, Entdecker und Organisatoren, die führenden Staatsmänner sowie Strategen auf dem Gebiete der Produktion sein.

Nun ist W. der Meinung, SOMBART habe einer merkwürdigen Tatsache aus der jüngsten Zeit nicht in genügendem Maße Rechnung getragen: der nämlich, daß die Leitung der Großbetriebe je länger so mehr aus den Händen der industriellen Unternehmer in die der Führer der Finanzwelt übergeht. Diese s. E. unleugbare Tatsache, die „nicht viel älter ist als 15—20 Jahre“,

bezeichnet W. als „die neueste Entwicklung des Kapitalismus“. Teilweise zeige natürlich diese Erscheinung das Bild einer Wechselwirkung, sie bewege sich jedoch durchaus nicht in die Richtung der Beherrschung des Finanzkapitals durch die industriellen Magnaten, sondern bestimmt in die der Überwerfung der Großindustrie unter die, an Zahl verhältnismäßig wenigen, Führer der Bankwelt. Deutschland, als dasjenige Land, in dem die industrielle Entwicklung in den letzten Jahrzehnten am schnellsten vor sich gegangen ist, sowie auch die betreffende deutsche Literatur liefern dem Verf. die meisten Argumente zur Entwicklung der obengenannten These, die er nebenbei auch durch französisches und holländisches Tatsachenmaterial stützt.

Diese jüngste Phase des Kapitalismus, die vielleicht seine letzte sein könnte, erscheint W. für die Entwicklung des Sozialismus von überaus großer Wichtigkeit: zeichne sie doch die Form, in der das Problem der zweckmäßigen Leitung der gesellschaftlichen Produktion sich der kommenden Generation darstellen werde. In dieser Hinsicht ist der Verf. voller Zuversicht. Zwar sollen die Träger des heutigen Kapitalismus sehr hohen Anforderungen genügen, aber es bleiben für sie, solange die (noch nicht vergesellschaftete) Produktion auf Ausbeutung der Arbeiter gerichtet bleibt, Hindernisse und Schwierigkeiten bestehen, von denen in der sozialistischen Zukunft nicht mehr die Rede sein werde; jetzt könne sich die Technik nur innerhalb der Grenzen des Profitbestrebens entfalten, also nicht völlig sich ausleben; jetzt stoße die Entwicklung der in abstracto vorhandenen Produktionsmöglichkeiten allerseits auf den stets wachsenden Widerstand der ausgebeuteten Klasse. — Wohl habe die Neuzeit an Stelle der früheren Anarchie im Gefolge der unbeschränkten Konkurrenz eine Organisation geschaffen, aber auch diese sei noch ein Chaos, wenn man sie mit einem Zustande vergleiche, in dem nicht mehr eine Vergeudung produktiver Kräfte stattfinden werde und diese letzteren in gemeinsamer Hingabe an das gemeinschaftliche Ziel der höchsten Bedürfnisbefriedigung vereinigt zusammenarbeiten werden.

So W. Ob er dem von ihm behandelten Problem völlig gerecht geworden und sich also der selbstgewählten Aufgabe gänzlich gewachsen gezeigt hat, scheint mir zweifelhaft. Es zeigt sich am Probleme der kapitalistischen Entwicklung eine Seite, die von W. nur einen Augenblick gestreift worden ist. Je mehr die Industrie sich in der Form des Riesenbetriebs entwickelt — und um so stärker je mehr das Finanzkapital sich der Leitung der industriellen Produktion bemächtigt — desto prägnanter offenbart sich in derselben der Charakter des Internationalismus. Und diese Tatsache, eine ebenso unleugbare als diejenige, die von W. hell und mit Talent beleuchtet wurde, läßt zugleich mit dem Probleme der Organisation auch das Problem der Vergesellschaftung in eine ganz andere Phase rücken, als in der es sich bisher abspielte. Schon öfters ist darauf hingewiesen worden, daß in absehbarer Zeit die Möglichkeit der Vergesellschaftung internationaler Betriebe, d. h. also gerade der für die Gesamtproduktion wichtigsten Produktionszweige, etwas Undenkbares ist. Hier gibt es eine beträchtliche Lücke in der

marxistischen Literatur, auf die von den Gegnern des Sozialismus mit vollem Rechte hingewiesen werden darf und die auszufüllen eine Aufgabe der Marxisten ist, der sie sich auf die Dauer nicht werden entziehen können, wenn sie sich nicht dem Vorwurf, unzureichend zu bleiben, aussetzen wollen.

Delft.

D. VAN BLOM.

VINCENZO RUSSO, *Pensieri politici*. Con prefazione di GIUSEPPE MACCAGGI. Napoli, per Cura del Giornale „1799“. 1913. 141 S. (1 L.).

Das politische Vermächtnis V. R.s, des neapolitanischen Arztes und revolutionären Patrioten, der 1799 der bourbonisch-englischen Reaktion zum Opfer fiel und auf dem Schaffot endete, ist hiermit der Vergangenheit und Vergessenheit (die vorigen Auflagen waren schon seit fast 20 Jahren im Buchhandel nicht mehr erhältlich) entrissen und einem großen Publikum zugänglich gemacht worden. Man darf sich über diese Wiederauferstehung der zuerst 1798 in Rom, im ersten Jahre der kurzlebigen römischen Republik, ein Jahr vor dem frühzeitigen, unnatürlichen Tode des Verf. erschienenen Schrift um so mehr freuen, als sie eine der bedeutendsten staatsrechtlich-sozialistischen Versuche der neueren Zeit überhaupt darstellt und trotz mancher Naivität und Unreife des revolutionären Ideologen durch ihre Originalität und häufig auch durch ihre Tiefe überrascht und einen ganz bedeutenden Platz in der einschlägigen historischen Literatur beanspruchen darf. Es erhellt, daß der junge Neapolitaner den Einfluß der französischen Enzyklopädisten und ROUSSEAUS mächtig hat auf sich wirken lassen. Aber in sehr wesentlichen Punkten unterscheidet er sich doch wieder von ihnen. Zunächst theoretisch. Für ihn ist die Doktrin des Contrat Social, die in Italien damals von den bedeutendsten Gelehrten, wie BECCARIA, dem Vater des modernen Strafrechts, und GIAN DOMENICO ROMAGNOSI vertreten wurde, nicht maßgebend. R. hält im Gegenteil die Menschheit für von Natur soziabel.

Im Mittelpunkt der Theorien RUSSOS steht die klare vormarxische Einsicht, daß der Grundfehler aller geschichtlichen Übel in der Regelung der Eigentumsfrage zu erblicken sei. Wie so viele Sozialisten nach ihm (es sei hier nur an MICHEL BAKUNIN erinnert) liegt für R. der Hebel zur Besserung in der Aufhebung des Erbrechts, jenes unheilvollen römischen Gedankens von der Gleichsetzung der Personen des Nachfolgers und des Verstorbenen, durch welche sich der Mensch um sein natürliches Erbteil, auf das er als existierender Mensch Anrecht hat, betrogen sieht (S. 59 ff.). In vollen Tönen warnt R. seine Zeitgenossen: „Ihr, die ihr in der abenteuerlich großen Epoche lebt, in welcher die Regeneration des Menschengeschlechts in Angriff genommen worden ist, denkt darüber nach, im Namen der Menschheit flehe ich Euch an, daß das Schicksal der Menschheit von dem System abhängt, welches ihr dem Eigentum geben werdet“. An anderer Stelle gibt sich uns R. durchaus als Vorläufer von MARX, indem er folgende verblüffend historisch-

materialistische Behauptung aufstellt: „Auch wenn jemand zum ersten Male in ein fremdes Land kommt, wird es ihm, falls er nur Fähigkeit in der Berechnung sozialer Verhältnisse besitzt (*abbia squisita prontezza di calcolo sociale*), genügen, zu wissen, wie dort die Besitzverhältnisse geordnet sind, um ohne weiteres zu erraten, welchen Grad von Freiheit, Sittlichkeit und Glück das Volk dieses Landes erreicht habe“. Hier ist der ökonomische Unterbau unverkennbar. Ja, wir möchten hinzufügen, daß nicht nur weder MARX noch ENGELS den historischen Materialismus jemals in eine so präzise und gewagt scharfe Formel gepresst, sondern daß selbst keiner ihrer Nachfolger und Epigonen sich jemals zu so energischer Thesenstellung versteigen hat.

Umso merkwürdiger ist es, in Anbetracht dieser auf, wenn auch einseitiger, realistischer Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse aufgebafter Ansprüche zu sehen, wie auf vielen andern Gebieten R. völlig im ideologischen Bannkreis seiner Zeit verblieb. ENGELS würde ihn dafür, falls er ihn gekannt hätte, sicherlich den „utopistischen“ Vorläufern des „wissenschaftlichen“ Sozialismus zugezählt haben. So, wenn er den Privatbesitz auf Grund des ethisch unanfechtbaren Satzes „Bei Fortbestand des Elends ist jeder Überfluß ein Verbrechen“ abgeschafft wissen will, ohne sich um die Ambiguität des Begriffes Überfluß weiter zu kümmern und der psycho-individuell erklärlichen Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse, die auch bei gleicher Vermögenslage von A und B dem A das als „überflüssig“ erscheinen lassen, was dem B vielleicht als notwendigstes Gut, ohne dessen Besitz ihm das Leben nicht lebenswert dünkt, erscheint, Rechnung zu tragen. In die gleiche Rubrik des Utopischen gehört auch R.s unbegrenzter Glaube an die schier unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit des menschlichen Geschlechts und sein treuherziger Glaube an die schrankenlose Potenz des Willens, in dem er den vornehmsten Hammer zur radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse erblickt. Andererseits ist der Arzt in ihm aber doch wieder menschenkundig genug, um der plötzlichen und gewaltsamen Revolution mit der Argumentierung zu widerraten, daß da, wo schlechte Einrichtungen und Gewohnheiten die Seelen der Menschen degradiert hätten, eine allzu plötzliche Umwälzung nicht ratsam sein würde. Aus diesem Grunde schlägt R. sogar vor, die direkte Volksherrschaft vorläufig zugunsten einer indirekten — der parlamentarischen Verfassung — hintanzusetzen.

Zum Schlusse mögen noch zwei Gegenstände aus dem reichen Inhalt des gedankenschweren Büchleins in Kürze hervorgehoben werden. Erstens die Gedanken R.s über die Nation. R. ist ein warmer Befürworter des auf dem Gleichheitsgedanken im Menschtum fundierten Internationalismus. Er leugnet die Nation und deren Sonderinteressen nicht direkt. Aber die Verschiedenheit in der Betrachtungsweise des Volksgenossen und der Pflichten zu ihnen und der Betrachtungsweise der Pflichten gegenüber dem Ausländer schrumpft bei ihm in dem Satz zusammen, daß das einzige, was uns an jene binde und von diesen scheidet, die Kleinigkeit der unser Vaterland regierenden Gesetze sei (S. 109). Interessanter noch und durchaus vorkapitalistisch sind die An-

sichten des Verf. über die Stadt. Die Stadt ist für den Neapolitaner der Sitz allen Übels. Einmal weil die Menschenagglomeration in ihr ein zu ungefügter Körper sei, um sich selbst beherrschen zu können, ein Umstand, der zur Oligarchie führe (worin ein wahrer Kern steckt), zweitens aber auch, weil die Bewohner der Stadt durchweg Produzenten von Artikeln des Luxus und Lasters seien, und nur wenig Bauern, in denen der Physiokratenschüler die einzig produktiven Arbeiter sieht, in ihren Mauern enthält (S. 84). Seine Sympathie gehört einer Agrardemokratie. Wohl verständlich, wenn man die Theorien R.s historisch faßt und in Betracht zieht, daß das niedere Stadtvolk in Neapel, die Lazzaroni, verderbt und verlumpt wie sie waren, sich stets als die abgefeimtesten Feinde allen Fortschritts erwiesen und den aufstrebenden, freiheitsliebenden Intellektuellen und Bürgern im Verein mit den Kräften des Absolutismus einen unüberschreitbaren Wall entgegengesetzten. R.s frühzeitiger Tod ist der Beweis für die Richtigkeit des Mißtrauens, das er dem damaligen städtischen Proletariat entgegenbrachte.

Turin.

ROBERT MICHELS.

ALFONSO DE PIETRI-TONELLI, *Il socialismo democratico in Italia*. („Biblioteca dell'Internazionale“, 2). Parma 1913.

Der Nationalökonom P.-T. besitzt genügend politische Parteikennntnis (er ist lange Jahre als Sozialist und Syndikalist parteipolitisch tätig gewesen), um das von ihm in Vortragsform behandelte Thema mit Sachkenntnis zu analysieren. Die flüssig geschriebene Broschüre legt von großem Scharfsinn und guter, wenn auch nicht immer allseitiger Durchdringung des Stoffes Zeugnis ab. Sie entwickelt die Geschichte des italienischen Sozialismus, freilich nicht im politisch-historischen, sondern im psychologischen Sinne. Der Verfasser ist im ganzen pessimistisch gerichtet und weicht in wesentlichen Zügen nicht weit von der Richtlinie ab, die ich in meiner „Soziologie des Parteiwesens“ aufzustellen versucht habe. Mit großer Sorgfalt werden die Ursachen und Wirkungen des — relativen — Einrückens der Sozialistenpartei, d. h. ihrer Führer, in das Lager der Regierungsfähigen untersucht. Viele interessante Seiten sind zu verzeichnen; so die, welche über die Bedeutung des politisch nicht einregimentierten Gelehrten und seine Arbeiten handeln (S. 9); über die Kämpfe der Führer untereinander und die Verdrängung der Angekommenen durch die Ankommenden (S. 44); über den überwiegend bürokratischen Charakter der modernen Partei, so (S. 45): „Heute bedarf die sozialistische Partei keiner Genies, keiner Helden, keiner Märtyrer und keiner Heiligen mehr“; auch die Vergleiche des Sozialismus auf dem Land mit dem in der Stadt sind anziehend. Die Landarbeiter, meint unser Verf., sind der sozialistischen Weltanschauung treuer, in ihren Wünschen uneigennütziger und in ihrem Handeln eifriger denn die städtischen Fabrikarbeiter (S. 48). Außerdem haben erstere das Glück, ihre Führer, sobald sie etwas geworden seien, an ihre städtischen Brüder abzugeben, und würden deshalb weniger gegängelt und autoritätsbeflissen als jene.

Turin.

ROBERT MICHELS.

Bibliographie ¹⁾ ²⁾ ³⁾.

Gliederung: I. Allgemeine Darstellungen und Zeitschriften S. 503.
II. Biographien, Memoiren, Darstellung einzelner Systeme und Schriften S. 507.
III. Nenausgaben, Gesammelte Werke, Anthologien S. 512. IV. Die sozialistische und Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. a) Darstellende Schriften S. 513. b) Materialien S. 517. V. Diverses S. 522. VI. Gewerkschaftsbewegung. a) Darstellende Schriften S. 523. b) Materialien S. 530.
VII. Zur Genossenschaftsfrage S. 533.

I.

BECKER C., Some aspects on the influence of social problems and ideas upon the study and writing of history (Americ. Journ. of Sociology XVIII. 641/675).

BELIN J.-P., Le mouvement philosophique de 1748 à 1789. Etude sur la diffusion des idées des philosophes à Paris, d'après les documents concernant l'histoire de la librairie. Paris, Belin frères 1913.

BERNATZIK E., D. Ausgestaltung d. Nationalgefülls i. 19. Jahrh. Rechtsstaat u. Kulturstaat („Beitr. z. staats- u. rechtswiss. Fortbildung“ VI.). Hannover, Helwing 1912. 94 S.

† BÖHM-BAWERK E. v., Kapital u. Kapitalzins. II. Abtlg. Positive Theorie

d. Kapitals. III. Aufl. Innsbruck 1912. XXIII—652 u. IX—477 S.

BULGAKOFFS., D. naturphilosophischen Grundlagen d. Wirtschaftstheorie (Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol. XXXVI, 359/393).

CARLYLE A.-J., The influence of Christianity upon social and political ideal. in-8, London, Mowbray 1912. XI—129 S.

† CARVER Th., La répartition des richesses. Trad. par ROGER PICARD. Paris, Giard & Brière 1912. VII—241 S.

CHARMONT J., La renaissance du droit naturel. Paris 1910. 218 S.

* — Les transformations du droit civil. Paris, Colin 1912. XV—294 S.

CLANCY W., Catholicism and socialism. Bridgeport (Conn.) 1912. 35 S.

1) Die mit * versehenen Schriften sind im III. und im vorliegenden Jahrgang besprochen; die mit † gekennzeichneten sind bei der Redaktion eingelaufen und werden in den nächsten Heften zur Besprechung gelangen.

2) Aus den S. 506 f. angeführten Zeitschriften werden nur rein historische Artikel besonders zitiert.

3) Die sub IVb, VIb und VII angeführten Materialien sind, wenn nichts anderes angegeben wird, im Selbstverlage der betreffenden Verbände erschienen.

- † CORNÉLISSEN Ch., *Théorie de la valeur avec réfutation des théories de ROBERTUS, K. MARX, ST. JEVONS, BÖHM-BAWERK*, II. éd. Paris, Giard & Brière 1913.
- * DUGUIT L., *Les transformations du droit civil*. Paris, Alcan 1912. II—206 S.
- * FRIDRICHOWICZ E., *Grundriß ein. Geschichte d. Volkswirtschaftslehre*. München u. Leipzig, Duncker & Humblot 1912. VII—267 S.
- † FRIED A. H., *D. Weg z. Weltfrieden i. J. 1912*. Pazifist. Chronik. Berlin, „Friedenswarte“. 31 S.
- † GIDE CH. u. RIST CH., *Geschichte d. volkswirtschaftl. Lehrmeinungen*. Deutsch v. R. W. HORN, nach d. II. franz. Ausg. Hrsg. v. FRANZ OPPENHEIMER. Jena, Fischer 1913. XXII und 828 S.
- † GLASIER J. BRUCE, *Socialist Yearbook 1913*. Manchester, The nat. lab. Press Ltd. 192 S.
- † GOLDSCHIED R., *Friedensbewegung und Menschenökonomie*. (Intern. Verständigg. 2/3). Berlin, Friedenswarte“ 1913. 64 S.
- *Monismus u. Politik*. (Schrift d. Monistenbundes 4.) Wien, Brüder Suschitzky 1913. 30 S.
- GREULICH H., *D. Staat v. sozialdemokr. Standpunkt aus. Eine Auseinandersetzung mit d. Anarchisten*. II. Aufl. Zürich, Grütlbuchhdlg. 1913. 43 S.
- * GRÜNFELD JUDITH, *D. leitenden sozial- u. wirtschaftsphilos. Ideen i. d. deutsch. Nationalökonomie u. d. Überwindung d. Smithianismus bis auf MOHL und HERMANN*. (GRÜNBERGS „Studien z. Sozial-, Wirtsch. u. Verwalt.-Geschichte“ IX). Wien, Konegen 1913. VIII—114 S.
- HÁJEK JAN, *Socialismus a problém lidnatosti (Soz.- u. Bevölkerungsproblem)* (Akadémie. 1911/VI). Prag.
- † HALBWACHS M., *La classe ouvrière et les niveaux de vie. Recherches sur la hiérarchie des besoins dans les sociétés industrielles contemporaines*. Paris, Alcan 1913.
- HERKNER H., *D. Kampf um d. sittl. Werturteil i. d. Nationalökonomie* (Jahrb. f. Gstzg., Verwlt. u. Volksw. XXXVI/2 1—42).
- HILLQUIT MORRIS, *Socialism summed up*. New York, The H. K. Fly Company. 1912.
- † HÖNIG B., *Individuum u. Staat u. aller Ethik innerster Kern*. Neuschloß 1912. 24 S.
- HOHOFF W., *D. Fruchtbarkeit d. Geldes u. d. Kapitalgewinn* (Theologie u. Glaube. Zeitschrift f. d. kath. Klerus V, 110/128). Paderborn.
- HUSSLEIN J.-C., *The Church and Social problems*, New York, American Press., 1912. 6—211 S.
- Imperialismus oder Sozialismus*. (Soz. dem. Flugschriften XII.) Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1913. 16 S.
- KAUTSKY K., *D. Wandlungen d. Goldproduktion u. d. wechselnde Charakter d. Theuerung*. (Ergänz.-Heft z. Neuen Zeit XVI.) Stuttgart, Dietz 1913. 47 S.
- * KOIGEN D., *D. Kultur d. Demokratie*. Jena, Diederichs 1912. 309 S.
- † KONRAD HEINR., *Assoziationsmechanik. Beiträge z. Grundlegung ein. exakten Soziallehre*. Suczawa, Scóla romana 1913. 32 S.
- LAMPRECHT K., *D. Nation u. d. Friedensbewegung* (Intern. Verständigung). Berlin, „Friedenswarte“ 1913. 12 S.
- † LEDERER E., *D. ökonom. Element u. d. politische Idee i. modernen*

- Parteiwesen. (Jahrb. d. Gesellschaft österr. Volksw. 1912. S. 129/144) Wien.
- † LÉVY H., D. Grundlagen d. ökonom. Liberalismus i. d. englischen Volkswirtschaft. Jena, Fischer 1912. VII—128 S.
- † LORIA A., Le basi economiche della costituzione sociale IV. ediz. rived. e rinnov. Torino, Bocca 1913. XII—620 S.
- * LUXEMBURG R., D. Akkumulation d. Kapitals. Ein Beitrag z. ökon. Erklärung d. Imperialismus. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg. 1913. VIII—447 S.
- MALLOCK W.-H., The intellectual bankruptcy of socialism, and syndicalism as a proposed substitute. (Nat. Review, 1912/VIII).
- † MATTHIEU J., D. Christentum u. d. soziale Krise d. Gegenwart. Basel, Helbing & Lichtenhahn 1913. VIII—187 S.
- MENZEL A., Begriff u. Wesen d. Staates („Handb. d. Polit.“ I, 35/45). Berlin 1912.
- † — Naturrecht u. Soziologie. Wien u. Leipzig, Fromme 1912. 60 S.
- METLAKE G., Christian social reform. Programm outlined by its pioneer, William Emmanuel Baron von Ketteler. Philadelphia, Dolphin Press, 1912. IV—246 S.
- † MICHELET Ch. et MORIN J., Unionisme. Essai de socialisme rationnel. o. O. 1912. X—159—III S.
- MISSIAEN B., L'appauvrissement des masses. Essai de critique sociale. Louvain, Peters 1912. XIII—488 S.
- NACHIMSON M., D. Staatswirtschaft. Eine krit.-theoret. Beleuchtung. Leipzig, Kade 1913. 271 S.
- NATHANSON H., Soziale Zukunfts-träume. Berlin, Spreeverlag 1912. 60 S.
- ORTH S. P., Socialism and democracy in Europe, New-York, Holt 1913.
- OLDENBERG K., Gerechtigkeit u. Kommunismus i. d. heut. Volkswirtschaft (Jahrb. f. Gesetzg., Verw. u. Volksw. XXXVI/3 S. 55/76).
- ONCKEN H., Z. Soziologie d. Parteiwesens d. modernen Demokratie (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVI, 585/93).
- † OSORIO A., Théorie mathématique de l'échange. Avec une introd. de VIEFREDO PARETO, Trad. par José d'Almade. Paris, Giard & Brière 1913. VIII—395 S.
- PANNEKOEKA., Klassenkämpfe. Nation, Reichenberg 1913, Runge & Co., 56 S.
- PATTEN S. N., The background of economic theories (Amer. Journ. of Sociology XVIII, 689/693).
- PEARSON K., Social problems; their treatment, past, present and future, London 1912. 40 S.
- † PFLÜGER P., Sozialpolitische Reden u. Aufsätze. Zürich, Grütlibuchhdlg. 1913. 384 S.
- POPPER-LYNKEUS J., Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage. Mit ein. Nachweis d. theoret. u. prakt. Wertlosigkeit d. Wirtschaftsschule. Dresden, Reissner 1912. XVI—813 S.
- PRYS J., D. Staatsroman d. 16. u. 17. Jahrhunderts u. sein Erziehungsideal. Würzburg, Staudenraus 1913. VII—166 S.
- * QUACK H. P. G., De Socialisten. Personen en Stelsels. Bd. VI. Amsterdam, Van Kampen en Zoon 1913. VI—581 S.

- RIVIÈRE L., Les écoles socialistes (Réf. soc. LXVI, 128/137).
- ROSSI-DORIA T., Socialismo e patriottismo. Milano, Treves 1912. XII—217 S.
- † SALVIOLI JOS., D. Kapitalismus i. Altertum. Studien üb. d. römische Wirtschaftsgeschichte. Nach d. Franz. übers. v. KARL KAUTSKY jun. Stuttgart, Dietz 1913. 298 S.
- SMALL A. W., Socialism in the light of social science (Amer. Journ. of sociology XVII, 804/809).
- The present outlook of social science (ibid. XVIII, 433/469).
- SOMBART W., Krieg u. Kapitalismus. München u. Leipzig, Duncker & Humblot 1913.
- Luxus u. Kapitalismus. Ebda. 1913.
- † Soziologentages, Verhandlungen d. II. deutsch., v. 20.—22. X. 1912 i. Berlin (Vorträge: ALFR. WEBER, Der soziologische Kulturbegriff; P. BARTH, D. Nationalität i. ihrer soziolog. Bedeutung; F. SCHMID, D. Recht d. Nationalitäten; L. M. HARTMANN, D. Nation als politischer Faktor; F. OPPENHEIMER, D. rassistheoretische Geschichtsphilosophie; R. MICHELS, D. histor. Entwicklung d. Vaterlandsgedankens). Tübingen, Mohr, 1913. VIII—192 S.
- † SPANN O., Zur Soziologie u. Philos. d. Krieges. Berlin, Guttentag 1913. 39 S.
- SPARGO J., The common sense of socialism. A series of letters ased to Jonathan Edwards of Pittsburg. Chicago, Kerr & Co. 1912. (Co-ove). 184 S.
- * STEFFEN G. F., D. Problem d. Demokr. Jena, Diederichs 1912. 152 S.
- D. Grundlage d. Soziologie. Ebda 1913. 133 S.
- † — Irrwege sozialen Erkennens. Jena, Diederichs 1913. 239 S.
- STRASSER J., Kapitalismus u. Kriegrecht (Ergänz.-H. z. Neuen Zeit XI). Stuttgart, Dietz 1911.) 52 S.
- † THEODOROW DIMO, Z. Frage d. produktiven u. unproduktiv. Arbeit. (Berner Diss.). Münsingen, Buchdr. Fischer 1912. 157 S.
- TÖNNIES F., D. Entwicklung d. sozialen Frage. II. Aufl. (Slg. Göschen, 353). 1913. 160 S.
- † TUGAN-BARANOWSKI M., L'évolution historique du socialisme moderne. Trad. par JOSEPH SCHAPIRO. Paris, Rivière & Co. 1913. 247 S.
- URWICK E.-J., A Philosophy of social progress. London, Methuen 1912. XII—300 S.
- VAUGHAN B., Socialism from the christian Standpoint. London, Macmillan 1913. 344 S.
- WALLING W.-E., Socialism at it is. A survey of the world-wide Revolutionary movement. New York, Macmillan 1912. XII—452 S.
- The larger aspects of socialism. Ebda. 1913, 406 S.
- † WILBRANDT R., Als Nationalökonom um d. Welt. Jena, Diederichs 1913. 85 S.
- ZWIEDINECK-SÜDENHORST O. v., Verfassung u. Wirtschaftspolitik. Rektoratsrede. Karlsruhe 1912. 29 S.
- * * *
- Außer den im III. Bande S. 189/190 genannten:
- D. freie Arbeiter. Hervorgegangen aus d. 1897 begrdt. anarchist. Wochenblatt „Neues Leben“. Berlin.
- Jahrbuch der freien Generation. Volkskalender u. Dokumente d. Weltanschauung des

- Anarchismus, Sozialismus. Red. v. PIERRE RAMUS. (Seit 1910).
- Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung u. Volkswirtschaft i. Deutschen Reich. Hrsg. v. GUSTAV SCHMOLLER. Leipzig.
- Zeitschrift für Politik. Hrsg. v. R. SCHMIDT u. A. GRABOWSKY. Berlin, CARL HEYMANN seit 1908.
- Zeitschrift f. Volkswirtschaft, Sozialpolitik u. Verwaltung. Hrsg. v. BÖHM-BAWECK, MEYER, PHILIPPOVICH, PLENER u. WIESER. Wien.
- Le mouvement social. Revue catholique internationale. Reims, Action populaire.
- La réforme sociale. Bullet. de la société d'économie sociale et des unions de la paix sociale fondées par LE PLAY. Paris.
- Les temps nouveaux. Ex Journal „La révolte“. Paris.
- Revue d'histoire économique et sociale (geänd. Titel der Rev. d'hist. des doctrines écon. et sociales, seit Bd. VI). Paris, Rivière & Co.
- Revue historique de la révolution française et de l'empire (geändert. Titel der Rev. hist. de la revol. franç., seit Bd. IV). Paris.
- The American journal of Sociology. Hrsg. v. ALBION W. SMALL u. a. Chicago, The University of Chicag. Press. (ausführl. Bibliograph.).
- The American economic review. Cambridge, Mass. American economic association. (Seit 1911. (Ausführl. Bibliographie.)
- Political science quarterly. Edit. by the Acad. of polit. science in New York.
- The quarterly journal of economics. Cambridge, Mass. Harvard University.
- La tribune russe. Revue mensuelle du mouvement socialiste révolutionnaire en Russie. Hrsg. v. E. ROUBANOVITSCH seit Januar 1904 bis Dezember 1909; sodann wieder v. Okt. 1912 bis Juli 1913.
- Snamia truda (Le drapeau rouge). Centralnij organ partija socialistow-revolutionerow. Paris (russ.).
- Za narod. Isdanie centralnago komiteta partij socialistow-revolutionarow. Paris (russ.).
- Viitorul social. Revista lunara socialdemocrata. II. Jhrg. Bucarest, seit 1913 (D. I. Jhrg. erschien 1907 bis 1908).
- Revista ideei. Bucarest.

II.

- † ADLER M., Marxistische Probleme. Beiträge z. Theorie d. materialist. Geschichtsauffassung u. Dialektik. Stuttgart, Dietz 1913. VIII—316 S.
- V., D. Briefwechsel zwischen MARX u. ENGELS (D. Kampf V, 5/10).
- ALBRECHT G., D. theoret. Grundlage d. Marx'schen Systems. (Ztschr. f. Volksw., Sozialpol. u. Verwlt. XXI, 51/73).
- ALTSCHUL S. E., D. logische Struktur d. histor. Materialismus (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVII, 46/87).
- † BACMEISTER J., Soziale Wiedergeburt. WICHERN, LASSALLE, BISMARCK u. d. Wissenschaft. (Deutschlands Sprechsaal I). Stuttgart, Wilh. Kohlstädt 1913, 96 S.
- BARRE A. DE LA, Le droit à l'existence. Mouv. social, 1912/XII fév. 1913, pp. 97—111).
- BARTUEL C., Michel Rondel (Vie ouvr. V, 15/24).

- BEHREND R. u. VOIGT A., Zur Kritik d. Marx'schen Werttheorie, (Ztschr. f. Sozialwiss., 1912).
- BERNSTEIN E., Wie es i. J. 1885 stand. Ein Beitrag z. Gesch. d. Wahltaktik d. Soz. Demokratie (Neue Zeit XXXI/1).
- AUGUST BEBEL (Soz. Monatsh. 1919/II).
- BONNET CH., Le babouvisme et la révolution française. Poitiers, Libr. franç. d'édit. et de libr. 1907. 109 S.
- DUFOUR vide sub VI a.
- BOUGLÉ C., Rousseau et le socialisme. („Revue de méthaphs. et de morale“ 1912. S. 341/352).
- † BOULEN A.-G., Les idées solidaristes de Proudhon. Paris, Marchal & Billard 1912. 221 S.
- † BOURGIN G., Mazzini et le comité central démocratique en 1851. S.-A. aus „Il Risorgimento italiano“. Milano, Fratelli Bocca 1913. 19 S.
- † BRUPBACHER F., Marx u. Bakunin. Ein Beitrag z. Gesch. d. Internat. Arbeiterassoziation. München, G. Birk & Co. o. J. (1913).
- BUOMBERGER FERD., Soziale Gedanken ein. schweizer. Arbeitgebers vor 40 Jahren. Zürich, Orell Fübli, 1913. 96 S.
- CAFFIERO, Lettre de, à MARX et réponse de Marx éd. par J. GUILLAUME (Vie ouv. IV/1, 176/183).
- † CERVIGNI SAC., Le teorie fondamentali del marxismo. Saggi di interpretazione e di critica. Macerata, Stabilimento tipografico 1911. 140 S.
- CESTRE CH., John Thelwall. A pioneer of democracy and social reform in England during the french revolution. 1906 (Pariser Diss.) 204 S.
- CHIAPPINI T., Les idées politiques d'Auguste Comte. Paris, Jouve 1913. 199 S.
- CLÉMENT H., La doctrine de Saint-Simon (Réf. sociale LXV, 449/467. — La méthode de K. Marx (ibid. LXVI, 498/509, 569/581).
- CONRAD O., Böhm-Bawerks Kritik d. sozialist. Zinstheorie (Ztschr. f. Volksw., Sozialpol. u. Verwlt. 1912).
- † CRISTIANI Abbé, L., Luther et la question sociale. Paris, A. Tralin 1912. 215 S.
- CURTINS G. DE, L'azione sociale ed i seguaci del Lamennais (Riv. int. d. scienze soc. e disc. ausil. LIX, 145/153).
- Em. Ketteler e il movimento cristiano-sociale (ibid. LX, 289/310).
- DANNEBERG R., Karl Marx. D. Mann u. sein Werk. Wien, Volksbuchhandlung 1913. 64 S.
- DEJACE CH., Aug. Beernaert et son oeuvre sociale (La réf. sociale LXV, 50/60).
- DELESALLE P., Un précurseur des bourses du travail. („Rev. socialiste“, 15. VII. 1911. S. 35/45).
- DOLLÉANS E., Karl Marx et le charisme (Rev. d'hist. mod. et contemp. 1912/VI).
- DRESCH J., Le roman social en Allemagne. Gutzkow, Freytag, Spielhagen, Fontane. Paris, Alcan 1913.
- DUNNJUG W. A., The german idealists. (Pol. Science Quart., XXVIII, 193/206, 480/495.)
- DUNOIS AM., Michel Bakounine et l'Internationale. („Le mouv. socialiste“ XXXIII, 53/62).
- DUTHOIT E., La pensée sociale de Frédéric Ozanam (Correspondant, 10 Janv. 1913.)
- ECKSTEIN G., Karl Marx' Vermächtnis. (Neue Zeit XXXI/1).
- Geschichte d. Sozialismus i. England (Ebenda XXXI/2).

- † EFFERTZ O., Le principe ponophysiocratique et son application à la question sociale (Les documents du socialisme. Dir. par Alb. Thomas X). Paris, Rivière & Co. 1913. 71 S.
- EISNER K., D. Philosoph d. sozialen Enthusiasmus, Zu Fichtes 150. Geburtstag (Soz. Monatsh., 1912 II). — Shelley (Ebenda 1913/III).
- ELLENBOGEN W., Franz Schuhmeier (Der Kampf VI, 241/244). — Richard Wagner u. das Proletariat (Ebenda VI, 376/384).
- ENGELS u. MARX, vide sub III.
- FEUCHTWANGER L., D. ethischen Grundlagen d. Nationalökonomie i. Lichte d. „Tätigkeitsphilosophie“. (Jahrb. f. Gstzg., Vrwlt. u. Volksw. XXXVII/2, 411—430.
- FLACH J., Thomas More et l'île d'Utopie (Rev. bleue, 16, 23, XI. 1912).
- FOUSTKA BRĚTISLAV, D. Vergeistigung d. Sozialismus (Čechische Revue V (1912), S. 226/252). Prag.
- FREHN J., Nietzsche u. d. Problem d. Moral. Neubabelsberg-Berlin, Koch & Hachfeld 1913. 80 S.
- GERMAIN P., Le procès de l'anarchisme (Merc. de France, 16. III. 1913, 225—263).
- GIRARD A., La défense de l'anarchisme. (Ebenda 16. V. 1913, 271—292.)
- GILSON E., Notes sur Campanella. (Ann. philos. chrét., 1913/II.)
- GODWIN W., Erinnerungen von Mary Wollstonecraft. Deutsch v. THE-RESE SCHLESINGER. Halle a. S., Edg. Thamm 1913. 99 S.
- GOYAU G., Les idées sociales de Ruskin (Chron. sociale de France 1912/XI.)
- GRUNWALD MAX, Z. Einführung i. Marx' ‚Kapital‘. Dresden 1912. 35 S.
- GRUNWALD MAX, Göthe u. d. Arbeiter. Ebenda 1912. 23 S.
- GUILLAUME J., Le centenaire de Herzen (Vie ouvr. IV/2, 270/285.) — Charles Keller (ibid. V/2, 215/224.)
- GUY-GRAND G., Proudhon, critique littéraire et philosophe (Revue du Palais, 25. II. 1913.)
- GUYOT Y., L'impérialisme économique, (Journ. des Econ., mars 1913. 353—369).
- HAENISCH K., Schiller u. die Arbeiter. Dresden 1912. 58 S.
- HALÉVY DAN., La jeunesse de Proudhon („Les Cahiers du Centre 49/50.) Paris, Figuère 1913. 149 S.
- † HOLL K., Thomas Chalmers u. d. Anfänge d. kirchlich-sozialen Bewegung. S.A. aus „Zeitschrift f. Theolog. u. Kirche“ XXIII, S. 213 bis 265. Tübingen, Mohr 1913.
- HUTSCHINS B.-L., Robert Owen, social reformer. Fabian biographical series, 2. Tract n° 166. London 1912.
- JESUS. Socialism of the Chicago, The Co-Operative Printing Co. 1913. 44 S.
- † JHERING R. v., in Briefen an seine Freunde. Mit 2 Abbildungen. Leipzig, Breitkopf & Härtel 1913. 480 S.
- JOLY H., Ozanam et ses continuateurs. Paris, Gabalda 1913.
- JONES AUG., Studien üb. d. Sozialpolitik d. Quäker. (Volkswirtsch. Abhdlg. d. bad. Hochschulen. N. F. X.) Karlsruhe, Braun 1913.
- KARMIN O., Unécrit inédit de Sir Francis d'Jvernois contre Simonde de Sismondi. Genève, Imprim. Centrale 1913. 18 S.
- KAUFFMANN R. u. R. W., The latter day saints. A study of the Mormons in the light of econ. conditions. London, Williams & Norgate 1912. VIII—362 S.

- KAUTSKY K., Lassalles histor. Leistung. — Lassalle u. Marx. — Ein Vertrauensmann. (Neue Zeit XXXI/2.)
- KÖHLER W., D. sozialwissenschaftl. Grundl. u. Struktur d. Malthusian. Bevölkerungslehre. (Jahrb.f.Gstzgz., Vrwlt. u. Volksw. XXXVII/3, 19—80).
- † KULEMANN W., Politische Erinnerungen. Berlin, Karl Kurtius 1911. 251 S.
- LAGARDELLE H., Ferdinand Lassalle. (Le mouv. socialiste XXXIV, 51/55). — Les oppositions nationales de Marx et de Bakunin. (Ebda. XXXIII, 286/297). — Proudhon et les néo-monarchistes. (Ebda. XXXI, 65/69).
- LASKINE E., Cournot et le socialisme. (Rev. socialiste, 15. I. 1912. S. 51/73). — Le matérialisme historique et son nouvel interprète (Ebda. 15. II.; 15. V. 1913. S. 404—437).
- LAVALETTE FIRM., Sur le droit au travail en 1848. (Le mouv. socialiste XXXI, 114/131.)
- LEVY H., Ethischer Individualismus u. soz. Reform i. England. (Jahrb. f. Gstzgz., Volksw. u. Verwalt. XXXVII/1, 49/68.)
- LOEWENBERG V., Thomas Münzer u. d. Lutherkamarilla. (S.A.) Frankfurt a. M. 1912. 68 S.
- LORIA A., Friedrich Engels u. d. histor. Materialismus (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVI, 916/919). — Alte u. neue Einwände gegen d. histor. Materialismus (Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol. XXXV). — La dernière évolution de la théorie de l'évolution. Paris, Giard & Brière 1913.
- † LORULOT A., Les théories anarchistes. Paris, Giard & Brière 1913. 336 S.
- MACDONALD R. A., Ricardos Criticism of Adam Smith (Quart. Journ. of Econ. XXVI, 549/592).
- MARÉCHAL CH., La jeunesse de Lamennais. Paris, Perrin 1913. 720 S.
- MARRIOTT J.-A.-R., The French Revolution of 1848 in its economic aspect. Vol. I: Louis Blanc's, Organisation du travail; vol. II: Emile Thomas's, Histoire des ateliers nationaux. Oxford, The Clarendon Press, 1913. XCIX—284 u. 395 S.
- MARTIN-SAINT-LÉON ÉT., L'oeuvre sociale du général Booth. (Réf. sociale, LXV, 505/510, 558/568.)
- MAZET H., Six lettres inédites d'Auguste Comte à Roméo Pouzin. (Rev. histor. du diocèse de Montpellier. 1912/XII.)
- MAZZEI J., Federico Ozanam e i suoi tempi. (Riv. intern. di scienze soc. e disc. ausil. LXII, 463/496).
- MEHRING s. SCHWEITZER sub. III. — Neue Beiträge z. Parteigeschichte. — Noch einige Beiträge z. Parteigesch. — Über d. Gegensatz zwischen Lassalle u. Marx. (Neue Zeit XXXI/2.) — Zur Geschichte d. Rheinischen Zeitung vor 1842. (Ebda. XXXII/1).
- † MOLTENI GIUSEPPE, Il materialismo storico e la nuova storiografia. (Bibl. della „Rivista di filosofia neo-scolastica“. S.A. Nr. 4.) Firenze, Libr. editr. fiorentina 1912. 155 S.
- MONIN H., Le nom révolutionnaire du socialiste Saint-Simon (Rev. hist. de la Révol. franç. IV, 115/118.)
- MURET M., Les idées politiques de Dostoiewski (Biblioth. univ. et Rev. Suisse, 1913/V.)
- * OPPENHEIMER F., D. soziale Frage u. d. Sozialismus. Eine kritische

- Auseinandersetzung mit d. marxist. Theorie. Jena, Fischer 1912. VIII—188 S.
- POHLE L., Ein kathedersozialist. System d. Volkswirtschaftslehre. (Zeitschr. f. Sozialwiss., 1912.)
- PUMPIANSKY L., D. Internationalität d. Arbeiterbewegung i. d. 30er Jahren. (Neue Zeit XXXI/2.)
- RAPPARD W. E., Karl Marx and Labor legislation („Quart. Journ. of Econ.“ XXVII, 530/544.)
- REHM H., D. kathol. Konservatismus. (Ztschr. f. Polit. VI, 151/158.)
- RENNER Q., Ein Menschenalter nach Marx' Tode. (D. Kampf VI, 244/249.)
- REYNIER E., Didier, homme du peuple. (Vie ouvr. V/2, 245/250.)
- RJASANOFF N., Marx u. seine russischen Bekannten. (Neue Zeit XXXI/1.)
- Marx Bekenntnisse. (Ebda.)
- Sozialdemokratische Flagge u. anarchist. Waare. (Ebd. XXXII/1.)
- Karl Marx u. d. Wiener Presse (Kampf VI, 249/257.)
- † RÖCKEL A., Aus dem Grabe eines 48er Revolutionärs. Leipzig, Gustav Gohlke o. J. (1913) 169 S.
- ROLAND HOLST HENRIETTE, Jean Jacques Rousseau. Amsterdam 1913. 300 S.
- SAKMANN P., Jean Jacques Rousseau. Berlin, Reuther & Reichard 1913.
- † SCHINDLER F., Bernard Bolzano. Sein Leben u. Wirken. („Slg. gemeinnütz. Vortr.“. Hrsg. v. Deutsch. Verein z. Verbreit. gemeinnütz. Broch. i. Prag. 401). Prag 1912. 16 S.
- SCHMIDT F. J., Hegel u. Marx. (Preuß. Jahrb. 1913/III).
- SCHMOLLER G., D. Hetze v. Alex. Tille u. Konsorten gegen Lujó Brentano (Jahrb. f. Gstzg., Vrwlt. u. Volksw. XXXVII/3, 1—18).
- SCHRECKER P., Henri Bergsons Philosophie d. Persönlichkeit. München 1912.
- SCHRÖDER W., Über Jean Bapt. v. Schweitzer (Soz. Monatsh. 1902/III).
- SCHULZ A., Agrartheoret. u. agrarpolit. Wandlungen i. d. Deutsch. Sozialdemokr. (Soz. Monatsh. 1913/I).
- D. Entwicklungstufen d. Agrartheorie u. Agrarpolit. (Ebda. 1913/III).
- SERBOS G., Une philosophie de la production. Le néo-marxisme syndicaliste. Paris, Rousseau 1913. 320 S.
- SEVERAC J.-B., Alexandre Hertzén (Le mouv. socialiste XXXI, 257/275).
- † SIMKHOVITCH V. G., Marxism versus Socialism. New York, Henry Holt and Comp. 1913. XVI—208 S.
- † SPARGO J., Karl Marx, Sein Leben und Werk. Autor. deutsche Ausgabe. Leipzig, Felix Meiner 1912. XII—345 S. Mit vielen Illustrat.
- † STEKLOW G., N. Tschernyschewsky. Ein Lebensbild. (Kleine Bibliothek 29). Stuttgart, Dietz 1913. 96 S.
- * — Michael Bakunin. Ein Lebensbild. (30.) Ebenda 1913. 128 S.
- Marx u. d. Anarchisten. Dresden 1913.
- * STIFT K. u. WIESER A., Karl Höger. Denkschrift z. 18. IX. 1913. Wien, Nied.österreich. Buchdrucker- u. Schriftgießerverein 1913. 47 S.
- STROWSKI F., Les romans philosophiques et humanitaires de George Sand (Rev. des cours et confér., 5. III. 1913.)
- L'utopie sociale de Fourier. (Ebda. 20. IV. 1913.)

- STRELTZOW R., P. A. Krapotkin, Soz. Monatsh. 1913/I.
- THIERRY A., La jeunesse de Proudhon (Vie ouvr. V/1, 690/699).
- † TSCHERNITSCHESKI, w Sibirij. II. Bd. (1876—1877). Petersburg 1913. XLVIII—243 S.
- TCHESKIS L.-A., La philosophie sociale de Pierre Lavroff (Rev. de synthèse hist., XXV).
- TURNER J. R., Carey's attitude toward the Ricardian theory of rent (Quart. Journ. of Econ., XXVI, 644/672).
- VARLIN EUGÈNE, Numéro special de „La vie ouvrière V/1, 513/592 consacré à. (DESCAVES, Varlin ouvrier; GUILLAUME, Varlin conspirateur; VARLIN, Lettres à Aubry; Les sociétés ouvrières).
- † VEDDER H.-C., Socialism and the Ethics of Jesus. New York, The Macmillan Company 1912. XVII—527 S.
- VIELHABER H., S.A. Kirkegaard. (Soz. Monatsh. 1913/I.)
- VUILLAUME M., La mort de Varlin (Vie ouvr. V/2, 26/36).
- WEHBERG H., D. Bodenreform i. Lichte d. humanistischen Sozialismus. München. Duncker & Humblot 1913. XIII—170.
- WEILL G., Les Saint-Simoniens sous Napoléon III. (Revue des études Napoléoniennes II [1913] S.371/406).
- † WELTER N., Franz Bergg. Ein Proletarierleben. Bearbeit. u. hrsg. von. Frankfurt a. M. Neuer Frankfurter Verlag 1913. 239 S.
- WENCKSTERN A. v., Unternehmer u. Arbeiter i. Staat u. Gesellschaft uns. Zeit. („Jahrb. f. Gstzg., Vrwltg. u. Volksw.“ XXXV/4, 239/266.)
- † WENDEL H., Aug. Bebel. Ein Lebensbild f. deutsche Arbeiter. Berlin. Vorwärts-Buchhandlg. 1913. 103 S.
- Lassalle i. Frankfurt. (Neue Zeit XXXI/2.)
- † YU-YUE TSU, The spirit of Chinese philanthropy. A study in mutual aid. (Stud. in hist., econ. & publ. law of Columb. Univ. L/1). New York, Longmans, Green & Co. 1912. 122 S.
- ZETKIN KLARA, Karl Marx u. sein Lebenswerk. Elberfeld, Molkenbuhr & Co. 1913. 47 S.

III.

- AUER IGNAZ, Nach 10 Jahren. Material u. Glossen z. Geschichte d. Sozialistengesetzes. München, Birk & C. 1913.
- BAKOUNINE M., Oeuvres. t. VI. Avec une préface, des avant-propos et des notes par J. GUILLAUME. Paris, Stock 1913. VIII—434 S.
- * CHARMATZ R., Wegweise durch d. Literatur d. österr. Geschichte. Mit ein. Geleitwort v. FRIEDJUNG. Stuttgart, Cotta 1912. X—138 S.
- † Collection des économistes et des reformateurs sociaux de la France. Paris, Rivière. t. 7. GRASLIN, Essai sur la richesse et sur l'impôt (1767). Avec introd. et table analyt. par A. DUBOIS 1911. XXX—VI—215 S. — t. 8. PETIT, Droit public ou gouvernement des Colonies Françaises d'après les lois faites pour ces pays (771). Avec introd. et table analytique par A. Girault. 1912. XXI, XV, 512 S. — t. 9. N. BAUDEAU, Principes de la science morale et politique sur le luxe et les loix somptuaires (1767). Avec une introd. et table analyt. par A. DUBOIS, 1912. XIX, 33 S. —

- t. 10. MOHCAU, Recherches et considérations sur la population de la France (1778). Avec introd. et table analyt. par RENÉ GONNARD. 1912. XXXII 303 S.
- * DAHLMANN-WAITZ, Quellenkunde der deutschen Geschichte. VIII. Aufl. hrsg. von PAUL HERKE. Leipzig, K. F. Koehler 1912. XX—1290 S.
- ENGELS, F., D. Bewegungen v. 1847. hrsg. v. N. RJASANOFF (Kampf VI, 206/213).
- D. Anfang d. Endes i. Österreich. (Ebda VI, 393/97).
- Pages inédites. Les commencements de la fin en Autriche (Mouv. socialiste XXXIII, 277/285).
- ENGELS F. und MARX K., D. Briefwechsel zwischen. 1844—1883. Hrsg. v. A. BEBEL und ED. BERNSTEIN, 4 Bde. Stuttgart, Dietz 1913. XX—448; XXIV—429; XXIV bis 442; XX—536 S.
- Zwei unbekannte Artikel. Übersetzt u. eingeleit. v. N. RJASANOFF (Neue Zeit XXXII/1).
- MARX, K., D. nordamerikan. Bürgerkrieg. — D. Krise i. England. — D. Brotfabrikation. Hrsg. u. eingeleit. v. N. RJASANOFF (Kampf VI, 257 bis 270).
- Eine Massenaktion i. J. 1855. — Über Proudhon. Hrsg. u. eingeleit. v. demselben (Neue Zeit XXXI/1).
- Pages inédites. I. Lettre à Annenkoff sur Proudhon. II. La guerre civile dans l'Amérique du Nord (Mouv. socialiste XXXIII).
- Documents. Les prétendues scissions dans l'Internationale (Ebda. XXXIV).
- PAEPE-MALON, Lettres inédites de César de Paepe à Benoît Malon (Revue socialiste, L. t. 57).
- PROUDHON, Lettres inédites. Ed. par D. Halévy (Mouv. socialiste XXXIII).
- * RECLUS Elisée, Correspondance. 3 vol. Paris 1912.
- † RUSSKAJA polititscheskaja literatura Sagsanitzei. I. Socialdemokratitscheskija isdanija. 1883 bis 1905 g. Hrsg. v. d. Biblioth. russe Tourguenjeff in Paris 1913. 58 S.
- * SCHWEITZER J. B. v., Politische Aufsätze und Reden. Mit ein. Einleitg. und Anmerkungen v. Franz Mehring (Sozialist. Neudrucke V). Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1912. 327 S.

IV a.

- ANDLER CH., Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine. Paris, „L'action sociale“ 1913. 45 S.
- * * * Arbeiterbund, d. allgem. jüdische, z. Zeit d. russ. Revolution 1904 bis 1907. (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVI—XXXVII).
- ARNDT P., Grundzüge d. auswärt. Polit. Deutschlds. (Staatsbürgerl. Flugschriften). Jena, Diederichs 1912. 83 S.
- BARDOUX, J., L'Angleterre radicale. Etude de psychologie sociale (1906 à 1913). Paris, Alcan 1913. VII—559.
- * BEER M., D. Geschichte d. Sozialismus i. England. Stuttgart, Dietz 1912. XII—512 S.
- * BELLI J., D. rote Feldpost unterm Sozialistengesetz. Stuttgart, Dietz 1912. 171 S.
- † BLOCK P., Geschichte d. deutschen Arbeiterbewegung. (Polit. Handbücherei. Hrsg. v. W. Ohr. 1911/V). München, Buchhdlg. Nationalverein. 88 S.
- BOURGIN, G., La question agraire en Italie. S.A. aus „Revue d'écon. polit.“ 1912, S. 146/169, 283/325.

- † BRETON J.-L., L'unité socialiste. (Hist. d. partis socialistes en France. VII.) Paris, Rivière & Co. 1912. 87 S.
- BRUPBACHER F., D. helvetische Revolution u. d. Arbeiterbewegung i. d. Schweiz. Zürich, Schweizer. Holzarbeiterverband 1912. 31 S.
- BUNZEL Jul., D. Anfänge d. modernen Arbeiterbewegung i. d. Steiermark. Ein Beitrag z. Gesch. d. österreich. Arbeiterbewegung. Leipzig, Hirschfeld 1913. 104 S.
- D. erste Lassallebewegung i. Österreich (Ztschr. f. Volksw., Sozialpol. u. Vrwltg. XXII, 769/787).
- CAHEN L. et GUYOT R., L'œuvre législative de la Révolution. Paris, Alean 1913. III—491 S.
- CALIPPE. L'attitude sociale du catholique français au XIX^e siècle. Paris, Bloud 1912. 324 S.
- CANTONO A., Storia del socialismo italiano. Torino, Lib. Ed. Internazionale 1912. 88 S.
- CHARMATZ R., Geschichte der auswärt. Politik Österreichs i. 19. Jhrhdt. 2 Bde. („Aus Natur und Geisteswelt“ 243, 374). Leipzig, Teubner.
- † CHARNAY M., Les Allemanistes. (Hist. d. part. socialistes en France V.) Paris, Rivière & Co. 1912. 112 S.
- CRÉMIEUX A., La révolution de février. Etude critique sur les journées des 21, 22, 23 et 24 février 1848 („Biblioth. d'hist. moderne“ XIII). Paris, Cornély 1913. 535 S.
- † CUNOW H., D. Parteien d. grossen französ. Revolution u. ihre Presse. (II. erweit. Aufl. von „D. revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs während d. J. 1789—1794). Berlin, Vorwärts-Buchhandlung 1912. VIII—394 S.
- DANNEBERG R., „Maulchristen“. Christlichsoziale Geständnisse. Wien, Volksbuchhandlg. 1913. 84 S.
- † DILLA H. M., The politics of Michigan 1865—1878 (Stud. in hist. econ. & publ. law of Columb. Univers. XLVII/1). New York, Longmans, Green & Co. 1912. 259 S.
- † DOLLÉANS E., Le Chartisme 1830 à 1848. 2 Bde. Paris, H. Floury 1913. 426, 488 S.
- * DOMANICO GIOVANNI (LE VAGRE), L'Internazionale dalla sua fondazione el Congresso di Chaux-de-Fonds. Firenze, Casa editr. ital. 1911. 207 S.
- DRACOULIS P.-E., Le socialisme en Grèce. („Le mouv. socialiste“ XXX, 101/109).
- † DRAHN E., Z. Entwicklung u. Geschichte d. sozialist. Buchhandels u. d. Arbeiterpresse. („Kultur u. Fortschritt“ 472/76). Leipzig-Gautzsch, Jul. Dietrich 1913. 72 S.
- DUMONT A., Le développement des idées sociales et des œuvres de solidarité en Beaujolais (Rev. Socialiste, 1913/IV).
- GÄRTNER GEORG, Die Nürnberger Arbeiterbewegung 1868—1908. Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt u. Buchdr. (1908). IV—220 S.
- GARRIGUET. L'évolution actuelle du socialisme en France. Paris, Bloud 1912. 290 S.
- GAUTHEROT G., La démocratie révolutionnaire. De la Constituante à la Convention. Paris, Beauchesne 1912. XI—439 S.
- † GEISLER G., Privilegierte Gemeinnützigkeit. Z. Kritik d. sogen. Güterzertrümmerungsgesetzes v. 13. VIII. 1910. München, Bayer. Volksblatt 1912. 140 S.
- GERBER M., Demokratie und Militarismus. Betrachtungen üb. die

- Voraussetzungen schweizer. Militärpolitik. („Sozialpolitische Zeitfragen“ v. P. PFLÜGER 24/25.) Zürich, Grütlibuchhdlg 1913.
- † GRÈVE GÉNÉRALE, La, Avril 1913. Rapport d. Comité bruxellois du suffrage universel et de la grève générale. Imprim. Lucifer 1913. 117 S.
- GUESDE J., *En garde*. Paris, J. Roux 1903. 480 S.
- GOVI M., *Il socialismo internazionalista e la guerra italo-balcanico-turca*. Modena, Vincenzi 1912. 208 S.
- † HALL W. Ph., *British radicalism 1791—1797*. (Stud. in hist., econ. & publ. law of Columb. Univers. XLIX/1). New York, Longmans, Green & C. 1912. 262 S.
- † *Handbuch der soz. demokr. Wähler*. Zur Landtagswahl 1912. Hrsg. v. Landesvorstand d. Soz. dem. Württembergs. Stuttgart, Verl. Schwäb. Tagwacht 1912. 303 S.
- HAYES C., *British social politics. Material illustrating contemporary State action for the solution of social problems*. Boston, Ginn et Co. 1913. 580 S.
- * HEILMANN ERNST, *Geschichte der Arbeiterbewegung i. Chemnitz u. d. Erzgebirge*. Chemnitz, Verl. d. soz. dem. Vereins f. d. 16. sächs. Reichstagswahlkreis o. J. (1912). 316 S.
- † HENRIKSSON-HOLMBERG G., *Socialismen i Sverige 1770—1886*. Stockholm, Axel Holmström 1913. 280 S.
- HILDEBRAND OSW., *Die erste sozialdemokr. Organisation in Österreich*. („D. Kampf“ VI, 350/357).
- HIRSCH P., *D. preuss. Landtag. Hdb. f. soz. dem. Landtagswähler*. III. Aufl. Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1913. 584 S.
- HUG P. & Co., 1888—1913. 25 Jahre der Buchdruckerei. Rüstringen, Selbstverl. 1913. 48 S.
- † HUMBERT S., *Le mouvement syndical*. („Hist. d. part. socialistes en France“ IX.) Paris, Rivière & Co. 1912. 100 S.
- † KASER K., *Steiermark i. J. 1848*. Graz, Ulr. Moser 1913. 38 S.
- KIPPER J., *D. sozialist. Jugendbewegung i. Deutschland*. („Soziale Tagesfragen“ 39.) II. Auflage. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag (1913). 41 S.
- † KLÖCKER AL., *D. Konfession d. sozialdem. Wählerschaft 1907*. M.-Gladbach, Volksvereinsverl. 1913. 127 S. u. 1 Tab.
- † KLÜHS J., *Terror. Dokumente über Terrorismus u. Verruf i. wirtschaftl. u. polit. Kampf*. Magdeburg, Pfannkuch & Co. 1912. 206 S.
- LE ROSSIGNOL J. E. u. STEWART W. D., *State socialism in New Zealand*. London 1911.
- LOUIS P., *Le Socialisme de 1848*. Rev. Bleue, 22. III. 1913).
- MAI A., *Partei u. Gewerkschaft i. vergleichender Statistik*. Dresden 1912. 19 S.
- MAN H., *Geschiedenis der Vakbeweging*. Brüssel, Stevenstraat 1912. 53 S.
- MARBURG J., *D. sozialökonomischen Grundlagen d. engl. Armenpolitik i. erst. Drittel d. XIX. Jahrhds*. Karlsruhe, Braun 1912.
- † MATHIEZ A., *Les grandes journées de le Constituante 1789—1791*. Paris, Hachette & Co. 1913. 124 S.
- † MAYER GUSTAV, *D. Anfänge d. polit. Radikalismus i. vormärzlichen Preussen*. Mit ein. Anhang: Unbekanntes von Stirner. S.A. aus

- „Zeitschrift f. Politik“ VI. S. 1—114.
Berlin, Heymann 1913.
- MEHRING J., 1807—1812. Von Tilsit nach Tauroggen; 1813—1819. Von Kalisch nach Karlsbad („Kl. Bibliothek“ 25/26). Stuttg., Dietz 1912/13. 107 u. 111 S.)
- OEHME W., D. Verleugnung d. Erfurter Parteiprogramms durch d. Sozialdem. i. d. Frage d. Kirchenaustritts. Frankfurt a. M. 1913.
- PAVLOVSKY P., Le mouvement ouvrier en Russie. (Mouv. socialiste XXXI. 337/352).
- † PHILIPPOVICH E. v., D. Entwicklung d. Arbeiterbewegung u. Sozialreform i. England. Wien 1913. 24 S.
- † PROFIT F., Dr. v. Bettinger u. d. Sozialdemokratie. D. Wahlkompromisse zwisch. Zentrum u. Sozialdem. i. d. Pfalz 1899—1909. S.A. aus „Bayer. Wochenblatt.“ München 1913. 40 S.
- RACOVSKI C., Le parti socialiste et la question agraire en Roumanie (N. Mouv. socialiste XXX, 325/335.)
- RAPPAPORT CH., La révolution sociale. t. IV. de l' „Encyclopédie socialiste“. Paris 1912.
- RADEK K., D. deutsche Imperialismus u. d. Arbeiterklasse. Bremen 1912. 82 S.
- * REHM H., Deutschlands politische Parteien. Jena, Fischer 1912. 131 S.
- † RECAPÁRREN LUIS E., Mi juramento en la Cámara de Dipudados en la sesión del 5. VI 1906. Santiago de Chile, Imprenta New York 1910. 48 S.
- Ricos y pobres a través de un siglo de vida republicana. Ebda. 1910. 48 S.
- † RENARD G., Les étapes de la société française au 19^e siècle. 1812—1837—1862—1887. Paris, Rivière & Co. 1913. 226 S.
- RENNER K., Fünf Kampffahre. (D. Kampf VI, 1/5.)
- † RÉVÉSZ MIHALY, A magyarországi munkásmozgalom története. 1867 bis 1913 (Geschichte d. ungar. Arbeiterbewegung). Budapest, Népszava 1913. 95 S.
- † RIEM GUST., vide VI^a.
- ROMMEL O., D. politische Lyrik d. Vormärz u. d. Sturmjahres. Auswahl. Wien, Prahaska o. J. 1912. XLIV—245 S.
- ROTHSTEIN TH., Aus d. Vorgesch. d. Internationale. (Ergänz. hefte z. Neuen Zeit XVII.) Stuttgart, Dietz 1913. 44 S.
- RUDLOFF H. L., Bäuerliche Bevölkerung u. polit. Parteien i. Deutschland u. Frankreich (Ztschr. f. Polit. VI, 664/672).
- * SALOMON F., D. deutschen Parteiprogramme. II. Aufl. 2 Bde. Leipzig, Teubner 1912. X—147, VI—178 S.
- SCHEU H., Erinnerungen. Ein Beitrag z. Geschichte d. österr. Arbeiterbewegung. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 107 S.
- SCHMOLLER G. und TÖNNIES F., Zwei Bemerkungen üb. d. Verein f. Sozialpolitik (Jahrb. f. Gstzg., Verwlt. u. Volksw. XXXVI/1. 1—10).
- SCHRAMMEL A., Aus d. nordwestböhmisches Arbeiterbewegung. (D. Kampf VI, 116/119).
- SCHRÖDER W., Geschichte d. sozialdem. Parteiorganisation i. Deutschland. Dresden 1912. 106 S.
- SOCIALIST Campaign Book. Compiled under the direct. of the Nat. Campaign Committee of the Socialist Party. Chicago 1912. 352 S.
- † SOZIALDEMOKRATIE, D. Gründung u. Entwicklung d. deutsch. Fest-

- schrift d. Leipziger Arbeiter z. 23. V. 1913. Hrsg. v. Bezirksvorstand d. soz. dem. Partei Leipzigs. IV—76 S. mit 4 Tafeln.
- , Die, i. Wiener-Neustädter Rathaus. Rückblick auf d. Tätigk. d. soz. d. Gemeinderäte i. Zeitabschn. v. 4 Jahren. Hrsg. v. d. soz. dem. Partei. Wr.-Neustadt 1913. 22 S.
- Sozialdemokratischen Abgeordneten i. österr. Reichsrat, D. Tätigkeit der. Hrsg. i. Auftr. d. Klubs d. deutsch. soz. dem. Abgeordn. Wien, Volksbuchhandlung 1912/13. (I. Heft: 17. VII.—20. XII. 1911; II. Heft: 5. III.—5. VII. 1912; III. Heft: 24. IX. 1912—20. VI. 1913). 50, 71, 64 S.
- Sozialdemokratische Flugschriften. Berlin, Vorwärtsbuchhdl.: XIII. D. Reichsverband gegen d. Sozialdemokratie vor Gericht. XVI. D. Wahlrechtskampf vor d. Reichskampf; XVII. D. Wahlrecht u. d. Parteien.
- † Sozialdemokratischer Wahlverein Oldenburg. 1888—1913. Rüstingen, Hug & Co. 1913. 24 S.
- † STEBBINS H. A., A political history of the State of New York 1865 — 1869. (Stud. in hist. econ. & publ. law of Columb. Univ. LV/1). New York, Longmans Green & Co. 1913. 447 S.
- STIEKLOFF GEORGES, La fraction socialdémocrate dans la III^e Douma. (Documents du socialisme IX). Paris, Rivière & C. 1913. 88 S.
- † THOMAS ALB., La politique socialiste. (Documents du socialisme XIII). Ebenda 1913. 67 S.
- TROELSTRA P. J., De S. D. A. P., wat zij is en wat zij will. Amsterdam 1912. 63 S.
- Volksstimme, Das neue Heim der, und ihre Entwicklung 1891—1911. Chemnitz. 32 S.
- † WALTER MARIE, D. Frauenstimmrecht. Zürich, Grütlbuchhandlung 1913. 23 S.
- † WASSERMANN SUZANNE, Les clubs de Barbès et de Blanqui en 1848. (Biblioth. d'hist. moderne XII). Paris, Cornély 1913. XXII—248.
- WENDEL H., 50 Jahre Sozialdemokratie. (D. Kampf VI, 346/350.)
- † Zentrumsregierung vor Gericht. D. Prozess AUER, 8.—19. II. 1912, nach stenogr. Aufzeichnungen. München, Birk & Co. 1912. 128 S.
- † ZÉVAÈS A., Les Guesdistes. (Hist. d. part. socialistes en France III). Paris, Rivière & C. 1911. 114 S.
- Le socialisme en 1912. Conclusions et annexes (ibid. XI). Ebenda 1912. 101 S.

IVb.

- Bericht üb. d. IX. Konferenz d. Allg. Jüdischen Arbeiterbundes i. Litauen, Polen u. Rußland („Bund“), Russ. Genf 1912. 48 S.
- d. Landesparteivertretung d. soz. dem. Partei i. Steiermark an d. XX. steiermärk. Landeskonferenz f. d. Z. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. Graz, A. Lindner 24 S.
- Bezirksparteitag d. soz. dem. Partei d. Niederrheins zu Hagen, 13.—14. X. 1912. Elberfeld, Molkenbuhr & Co. 82 S.
- z. Düsseldorf, 29.—30. VI. 1913. Ebda. 75 S.
- Conference, Thirty-first annual, of the Social Democratic Party, IV. 14.—16. 1911. Official report. („The S. D. P. News. Vol. I. 10.)
- , Official report of the Socialist Unity, Salford, IX. 30.—X. 1. 1911. London 1911. 32 S.

- Conference, The first annual, of the British Socialist Party. Manchester, V. 25.—27. 1912. Official report. With introduction by H. M. HYNDMAN. London, July 1912. 72 S.
- , The second . . . Blackpool, V. 10.—12. 1913. London, July 1913. 48 S.
- Compte-rendu officiel du XXVI^e congrès annuel du Parti Ouvrier Belge, tenu les 16 et 17 IV. 1911 à . . . Bruxelles. Bruxelles, Juin 1911. 74 S.
- . . . XXVII^e . . . les 7 et 8 IV. 1912 à Bruxelles. Suivi du Compte-rendu analytique du Meeting international du 7 IV. 1912. Ebda., Juillet 1912. 76 S.
- du congrès extraordinaire . . . 30 VI. 1912 à . . . Bruxelles. Ebenda 1912. 64 S.
- du XXVIII^e congrès annuel . . . 23, 24, 25 III. 1913 et du Congrès extraordinaire, tenu le 24 IV. 1913 à Bruxelles. Ebenda 1913. 176 S.
- Congrès national, IX^e, du Parti Socialiste, tenu à Lyon les 18—21 II. 1912. Paris, Au siège du Conseil National. 616 S.
- Congresso nazionale XI del Partito Socialista Italiano. Milano, 12—25 X 1910. Roma, Offic. poligraf. ital. 1911. 380—III S.
- XII . . . Modena 15—18 X 1911. Milano, Soc. anon. editr. socialista 1912. 336—III S.
- Congress, National, of the Socialist Party, Chicago, May 15 to 21, 1910. Chicago, the S.P. 324 S.
- Convention . . . Chicago, May 10 to 17, 1908. Edit. by M. WORK. Ebda. 336 S.
- . . . Indianapolis, May 12 to 18, 1912. Edit. by J. SPARGO. Ebda. 248—VI S.
- Förhandlingarna vid Sveriges Socialdemokratiska Arbetar partis. Sjätte kongres i Stockholm 17.—25. II. 1905. Stockholm, Gustaf Lindströms Boktryckeri 1905. VIII—212 S.
- . . . Sjunde ordinarie Kongress i Stockholm. 28. V.—5. VI. 1908. Ebenda A.-B. Arbetarnes Tryckeri 1908. 306 S.
- . . . Åttonde ordinarie Kongress i Stockholm. 9.—16. IV. 1911. Ebda. 1911. 224 S.
- Geschäftsbericht d. soz.dem. Bezirksverbandes Dresden. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. Verl. d. Bezirksvorstds. 84 S.
- d. soz.dem. Wahlvereins f. d. S. hannov. 1911/12. Hannover, Ludw. Dörnke 54 S.
- . . . 1. VII. 1912—31. III. 1913. Ebda. 59 S.
- d. Gauvorstds. d. soz.dem. Partei Nordbayerns a. d. S. Gautag zu Nürnberg (1. VII. 1911—31. III. 1913). 61 S.
- . . . Bezirks-Agitationskomitees f. Ostsachsen 1. VII. 1910—30. VI. 1911. 44 S.
- Jahrbuch d. Schweiz. soz.dem. Partei u. d. Schweiz. Grütlivereins 1911. Zusammengest. u. bearbeit. v. Partei- u. Vereinssekretariat i. Zürich, Grütlbuchhdlg. 1912. 431 S.
- Jahresbericht, d. Verbands soz.-dem. Wahlvereine f. Berlin u. Umgegend. 1. VII. 1910—30. VI. 1911. Berlin, Paul Singer & Co. 199 S.
- . . . 1. VII. 1911—30. VI. 1912. Ebda. 63 S.
- . . . 1. VII. 1912—31. III. 1913. Ebda. 63 S.
- d. soz.dem. Parteiorganisationen

- i. Bezirk d. Herzogtums Braunschweig 1. VII. 1910—30. VI. 1912. Braunschweig, Rieke & Co. 84 S.
- Jahresbericht, d. soz. dem. Parteiorganisationen i. Bezirk d. Herzogtums Braunschweig 1. VII. 1912—30. VI. 1913. Ebda. 60 S.
- d. soz. dem. Vereins Bremen, d. Vorstds. d. Bibliothekare u. d. Zeitungskomm. 1. VI. 1911—30. VI. 1912. 29 S.
- ... 1913. 23 S.
- d. soz. dem. Vereins Breslau üb. d. Zeit v. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. 18 S.
- ... 1. VII. 1912—31. III. 1913. 20 S.
- des Zentralvorstandes d. soz. dem. Zentralvereins f. Teltow-Breskow-Storkow-Charlottenburg 1. VII. 1911—30. VI. 1912; I. VII. 1912—30. VI. 1913. Charlottenburg, Max Groger. 44; 52 S.
- ... „Eintracht“ v. 1. VII. 1910—30. VI. 1911. Zürich, Genossenschaftsdruckerei. 29 S.
- ... I. VII. 1911—30. VI. 1912. Ebda. 43 S.
- ... 1. VII. 1912—30. VI. 1913. Ebda. 43 S.
- d. soz. dem. Landesvereins f. d. Herzogtum Gotha. 1911/12, 1912/13. Gotha, Bock & Co. à 16 S.
- d. soz. dem. Vereins Hagen-Schwelm f. d. Zeit v. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. 27 S.
- d. Landesorganisation u. d. drei soz. dem. Vereine i. Hamburg f. 1911/12. Hamburg, E. Dubber 1912. 128 S.
- ... 1912/13. Ebda. 1913. 107 S.
- ... f. Halle u. d. Saalkreis ... 1. VII. 1911—30. VII. 1912. 56 S.
- ... I. VI. 1912—31. III. 1913. 32 S.
- d. soz. dem. Agitationskomitees f. d. Parteibeziirk Halle 1910. 35 S.
- Jahresbericht, d. soz. dem. Partei d. Bezirks Halle. 1. X. 1911—30. IX. 1912 nebst Bericht v. Bezirkstag v. 26. X. 1911. 26 S.
- ... 1. X. 1912—30. IX. 1913 nebst Bericht v. Bezirkstag v. 12. X. 1913. 31 S.
- d. soz. dem. Vereins f. d. Reichstagswahlkreise München I. u. II. 1911/12, 1912/13. 39 S.; 4 Fol. S.
- Protokol for 13. og 14. socialdemokratiske Partikongresser i København 1910 og 1913. Soc. dem. Forlag „Fremad“. 88 S.
- Protokoll üb. d. Verhandlungen d. Parteitags d. Sozialdemokr. Partei Deutschlands, abgeh. i. Chemnitz v. 15.—21. IX. 1912. Berlin, Vorwärts-Buchhdlg., 558 S.
- ... i. Jena v. 14.—20. IX. 1913. Ebenda. 592 S.
- ... Preußens, abgeh. z. Berlin 6.—8. I. 1913. Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1913. 314 S.
- und Bericht d. sozialdem. Landesorganisation Badens z. d. Parteitag i. Offenburg. 24.—27. VIII. 1911. Mannheim 1911. 120 S.
- ... i. Offenburg. 24—25. VIII. 1912. Ebda. 1912. 134 S.
- ... außerordentl. Parteitag i. Freiburg v. 21.—22. VI. 1913. Ebda. 1913. 104 S.
- ... 11. Parteitags der sozialdem. Partei Bayerns zu Landshut. 3.—5. VIII. 1912. Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt 192 S.
- üb. d. Verhandlungen d. VIII. Gautages d. soz. dem. Partei. Gau Nordbayern i. Nürnberg, 16.—17. VIII. 1913. Hrsg. v. Gauvorstand. 106 S.
- Landesversammlung d. sozialdem. Partei Sachsens ... i. Dresden. 18.—20. VIII. 1912. Dresden. 116 S.

- Protokoll, d. Landesversammlung d. sozialdem. Partei Sachsens i. Plauen i. V. 22.—24. VI. 1913. Ebda. 216 S.
- d. Verhandlungen d. deutsch. soz.-dem. Arbeiterpartei i. Österreich, i. Wien, 31. X.—4. XI. 1912. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 267 S.
- . . . i. Wien, 31. X.—4. XI. 1913. Ebda. 320 S.
- üb. d. soz. dem. Gemeindevertreter-Konferenz v. Stadt- u. Landgemeinden Schlesiens, 31. VII. 1910, sowie üb. d. Bezirkskonferenz f. d. Agit. Bez. Breslau, 31. VII. 1910. Tätigkeitsbericht d. Vorstds. d. Agit. Bez. Breslau, 1. I. 1909—30. VI. 1910. 32 S.
- üb. d. Verhandlungen d. Parteitags d. Schweizer. soz. dem. Partei i. Basel, 26.—27. XI. 1910. Zürich, Grütlibuchhdlg. 1911. 82 S.
- . . . Soz. dem. Partei d. Schweiz i. Olten, 2. u. 5. XII. 1911. Ebda. 1912. 167 S.
- . . . Neuenburg, 8.—10. XI. 1912. Ebda. 190 S.
- Report of the annual conference of the Independent Labour Party, Manchester, March 1913. London. 115 S.
- of the twelfth annual conference of the Labour Party, Birmingham, January 24.—26. 1912. Ebda. 120 S.
- of the thirteenth . . . , London, January 29—31, 1913. Ebda. 128 S.
- . . . Independent Labour Party, Manchester, March 1913. Ebda. 115 S.
- . . . twelfth annual conference of the Labour Party, Birmingham, January 24—26, 1912. Ebda. 120 S.
- . . . thirteenth an. conf. . . . , London, January 29—31, 1913. Ebda. 128 S.
- Sozialdemokraten Württembergs. Bericht d. Landesvorstandes, d. Landtagsfraktion sowie Protokoll üb. d. Landesversammlung z. Heilbronn, 31. VIII. u. 1. IX. 1912. Stuttgart, O. Wasner. 294 S.
- . . . Stuttgart, 26.—27. VII. 1913. Ebda. 290 S.
- Sozialdem. Partei Elsaß Lothringens. Jahresbericht d. Landesvorstandes, 1. VII. 1911—30. VI. 1912 u. Bericht d. Landtagsfraktion sowie Protokoll v. d. Landesversammlung zu Straßburg, 31. VIII.—1. IX. 1912. Straßburg, Volksdruckerei 1912. 103 S.
- . . . 1. VII. 1912—31. III. 1913 . . . Schlettstadt, 19.—20. VII. 1913. Ebda. 1913. 106 S.
- f. d. Großherzogtum Hessen. Bericht d. Landesvorstandes u. d. Parteisekretärs 1. VII. 1910—30. VI. 1911 sowie der Landeskonferenz zu Worms, 26.—27. VIII. 1911. Mainz, Volkszeitung. 44 S.
- Sozialdem. Landesorganisation f. d. Großherzogtum Hessen. Geschäftsbericht d., 1. VII. 1911—30. VI. 1912. Protokoll d. Landeskonferenz i. Erbach, 31. VIII.—1. IX. 1912. Mainz, Offenbacher Abendblatt. 93 S.
- . . . , Bericht d. u. d. Landtagsfraktion, 1. VII. 1912—31. III. 1913. Protok. d. Landeskonf. z. Mainz, 4.—10. VIII. 1913. Ebda. 86 S.
- Sozialisten-Kongreß, Außer ordl. Internat. zu Basel, 24.—25. XI. 1912. Berlin, Vorwärtsbuchhdlg. 1912. 56 S.
- Tätigkeitsbericht d. soz. dem. Vereins f. d. Wahlkreis Frankfurt a. M. 1. VII. 1910—30. VI. 1911. 48 S.

- Tätigkeitsbericht d. soz. dem. Vereins f. d. Wahlkreis Frankfurt a. M. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. 47 S.
- ... 1. VII. 1912—31. III. 1913. 59 S.
- d. soz. dem. Wahlvereins f. d. 8. hannov. Wahlkreis 1. VII. 1912—31. III. 1913. Hannover, Ludwig Dörnke. 34 S.
- ... Vereins i. Stuttgart. 1. VII. 1912—31. III. 1913. 24 S.
- ... Kreisvereins Stuttgart Stadt und Amt. 1. VII. 1912—31. III. 1913. 20 S.
- soz. dem. Vereins f. d. Wahlkreise Köln-Stadt u. Köln-Land 1911/12. 45 S.
- ... 1912/13. 68 S.
- üb. d. Tätigkeit d. Bezirksvorstds. d. soz. dem. Partei Leipzigs 1911/12. Bericht ü. d. Allgm. Arbeiterbildungsinstituts f. Leipzig. 1. VII. 1911—30. VI. 1912. 132 S.
- ... 1912/13 ... 1. VII. 1912—31. III. 1913. 95 S.
- d. soz. dem. Vereins Magdeburg 1911/12. Magdeb. Pfannkuch & Co. 47 S.
- ... 1912/13. Ebda. 24 S.
- d. Parteivertret. d. deutschen soz. dem. Arbeiterpartei i. Österreich u. d. Parteitag i. Wien 1912. 56 S.
- 1913. 64 S.
- d. soz. dem. Partei f. d. Wahlkreis Offenbach-Dieburg. 1. VII. 1911—30. VII. 1912; 1. VII. 1912—30. IV. 1913. 56, 45 S.
- d. Bezirksvorstandes d. soz. dem. Partei d. Provinz Pommern. 1. VII. 1910—30. VI. 1912. Stettin, Parteisekretariat. 88 S.
- d. soz. dem. Zentralvereins f. d. VII. schleswig-holsteinschen Reichstagswahlkreis. Kiel, Wilh. Poller. 1. VII. 1910—30. VI. 1911; 1. VII. 1911—30. VI. 1912; 1. VII. 1912—31. III. 1913. 93, 94, 64 S.
- Tätigkeitsbericht d. Leitung d. soz. dem. Partei Ungarns üb. ihre Tätigkeit v. 16. III. 1911—15. III. 1912. (Beilage z. „Volksstimme“ v. 28. III. 1912. Budapest). 56 S.
- ... 16. III. 1912—15. III. 1913. Anhang: Kassenverkehrsausweis der Partei v. 16. III.—31. VIII. 1913. (Beilage z. „Volksstimme“ v. 9. X. 1913. Ebenda). 64 S.
- d. Bezirksorganisation f. d. östl. Westfalen u. d. lippischen Fürstentümer. Bielefeld, Gerisch & Co., 1911/12; 1912/13. 31, 23 S.
- Verhandlungen d. XXIII. Evangelisch-sozialen Kongresses i. Essen. 28.—30. V. 1912. (Referate: L. v. WIESE, u. M. RADE, Individualismus u. Staatssozialismus; F. NAUMANN, Religion u. Bildung; R. EBERSTADT u. R. SCHMIDT, D. Wohnungsfrage i. d. Städten). Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1912. 155 S. u. 53 Abbildungen.
- XXIV. ... in Hamburg. 13.—16. V. 1913. (Referate: CHR. GEYER, D. Pflege d. Religion i. d. Großstadt; HELENE v. FORSTER, Familie u. Persönlichkeitskultur; R. WILBRANDT, D. Bedeutung d. Konsumgenossenschaften). Ebda. 1913. 176 S.
- Verlag van het XVI. Congres der Sociaal-democratische Arbeiderspartij in Nederland, 27.—29. III. 1910, te Leewarden. Amsterdam, Brochurehandel der S.D.A.P. 44, 40 S.
- ... XVII. ... 16.—18. IV. 1911, te Utrecht. Ebenda. 34, 18, 7 S.
- ... XVIII. ... 7.—9. IV. 1912, te Leiden. Ebenda. 40, 35 S.

V.

- Almanach d. deutsch. Holzarbeiterverbandes f. d. J. 1912, 1913. Berlin 185, 182 S.
- Almanach du parti socialiste pour 1913. Paris, Libr. du P.S. 138 S.
- Arbeiter-Kalender, Österreichischer, f. d. J. 1913, 1914. Hrsg. i. Auftr. d. Parteivertretg. d. österr. Soz. Dem. Wien, Volksbuchhdlg. 192, 200 S.
- Bergarbeiterkalender f. d. J. 1913. Hrsg. v. Vorstd. d. Vrbds. d. Bergarbeiter Deutschlands. Bochum i. W. 208 S.
- CUNOW H., Zur Urgeschichte d. Ehe u. Familie. (Ergänz. Hefte z. Neuen Zeit. XIV.) Stuttgart, Dietz 1913. 72 S.
- † DESLINIÈRES L., Projet de code socialiste 3 vol. (I. Principes généraux. Expropriation. Conditions du travail, Valeur des choses. Budget de la production; II. Loi constitutionnelle. Loi organique et politique. Loi civile. Loi de procédure. Loi pénale; III. Organisation administrative). Paris, Giard & Brière 1908, 1909, 1913. 220, 224, 329 S.
- Le Maroc socialiste. Projet de colonisation socialiste. Ebenda. 1912...
- Družinski kolendar 1913. Laibach. 170 S.
- Erinnerungen eines Waisenknaben. Mit Vorwort von AUG. FOREL. („Lebensschicksale“ Band 2). München, E. Reinhardt 1910. 117 S.
- † NEXÖ M. A., Pelle der Eroberer. 2 Bde. Leipzig, Inselverlag 1912. 655 u. 679 S.
- Konrad d. arme, Kalender f. d. arbt. Volk. Hrsg. v. Landesvorst. d. soz. dem. Partei Bayerns. 1914. (XIII. Jhrg.) 80 S.
- LAFARGUE P., D. französ. Sprache vor u. nach d. Revolution (Ergänz. Hefte z. Neuen Zeit XV). Stuttgart, Dietz 1903. 47 S.
- † LICHTENECKERT J., Der sozialdemokratische Weltstaat mit Gemeineigentum und Weltproduktion. Papiermühle (S.A.) Weltstaatverlag 1912. XII—281 S.
- Lichtstrahlen-Kalender f. d. J. 1913. Wien, Volksbuchhdlg. 48 S.
- LUDWIG K., D. Lösung d. soz. Frage. I. Allg. Gesichtspunkte. Bamberg, Handelsdruckerei. 30 S.
- Neue-Welt-Kalender, Der, f. 1914. (XXXVIII. Jhrg.) Hamburg, Auer & Co. 78 S.
- Pionier, Illustr. Volkskalender 1913. New York, N. Y. Volksztg. 112 S.
- POPPER-LYNKEUS, vide sub I.
- QUANTIN A., En plein vol. Vision d'avenir. Paris, Lemerre 1913. 311 S.
- † ROLAND-HOLST—VAN DER SCHALK HENRIETTE, Thomas More. Een Treurspel en verzen. Rotterdam, W. L. & J. Brusse 1912. 105 S.
- De vrouw in hetwoud. Ebda. (1912.) 149 S.
- SCHIROKAUER A., Lassalle. Ein Leben f. Freiheit u. Liebe. Berl., R. Bong, 1912.
- Tabakarbeiter-Kalender, Österreichischer f. 1912, 1913. Hrsg. i. Auftr. d. Gewerkschaft d. Tabakarbeiterinnen u. Arbeiter Österreichs. Wien. 152, 240, 236 S.
- VIERSECK DORIS, Erlebnisse ein. Hamburger Dienstmädchens. („Lebensschicksale“ Bd. 4). München, E. Reinhardt 1910. 103 S.
- WINTER M., Ich suche meine Mutter. („Lebensschicksale“ Bd. 3). München, Ernst Reinhardt 1910. 111 S.

VIa.

- † **Arbeits- u. Lohnverträge i. Österreich**, D. kollekt. Abschlüsse u. Erneuerungen d. J. 1910. Hrsg. v. Arbeitsstat. Amt i. Handelsminister. Wien. Hölder 1912. V.—272 S.
- † **Arbeitseinstellungen u. Aussperrungen i. Österreich**, währ. d. J. 1911. Hrsg. v. demselben. Ebda. 1912. 347 S.
- † **AUER E.**, Erschlichene Zentrums-macht geg. gesetzl. Arbeiterrecht. München, Gewerkschaftsverein (1913). 48 S.
- BARENTHIN H.**, Kinderschutzkommission d. soz. dem. Partei u. d. Gewerkschaftskommission von Berlin u. Umgegend. Berlin, Vorwärts Buchdruckerei 1912. 23 S.
- BARNETT**, The dominance of the National Union in American labor organisation (Quart. Journ. of Econ. XXVII, 455/481).
- A documentary history of American labor („Polit. Science Quart.“) XXVII, 298/304.
- † **BASNER E.**, Berlin, Geschichte d. deutsch. Schmiedebewegung. I. Bd. Darstellung d. Gebräuche u. Wohnheiten aus d. Zunftzeit Vorgesch. u. Gesch. d. Schmiedeorganisation von ihr. Anfängen bis z. Falle d. Sozialistengesetzes. Nebst Anhang: Urkunden u. Abbildungen aus d. Zunft- u. Innungsleben. Mit 21 Illustrat. Hamburg, Zentralverband all. i. d. Schmiederei beschäftigt. Personen. 1912. 312 S.
- Geschichte d. deutsch. Schmiedebewegung. II. Bd. (Darstellung d. Entwicklung d. Organisation d. Schmiede vom Fall d. Sozialistengesetzes bis zum Übertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband. Nebst einem Anhang: Die Organisation der Schmiede auf den Werften u. d. Werftbewegungen). Ebda. 1912. X—526 S. Mit 10 Illustrat.
- Bautischler d.**, Gesundheits- u. Lebensgefahren, Klagen u. Beschwerden d. Tischler, Einsetzer, Treppenbauer, Parkettleger usw. Z. Internat. Baufachausstellung in Leipzig. Hrsg. v. Deutsch. Holzarbeiterverbd. Berlin 1913. 63 S.
- BERNHARD L.**, Unerwünschte Folge d. deutschen Sozialpolitik. Berlin, Springer 1912. VII—116 S.
- BLACHAS F.**, Syndicats et associations 287 S. Paris, Jouve, 1913.
- BLANK S.**, Die Landarbeiterverhältnisse in Rußland seit d. Bauernbefreiung. (STEVEKINGS Züricher Volkswirtschaftl. Stud. III. Heft). Zürich 1913.
- BOROSINI V. v.**, The Italian triple alliance of labor (Amer. Journ. of Sociology XIX, 204/228).
- BRATOV J.**, L'organisation professionnelle de la marine marchande russe et l'affaire K. Arles Adamovitchi. („Le mouv. socialiste“ XXXIII, 332/349).
- † **BERNSTEIN E.**, D. Schneiderbewegung i. Deutschland. Ihre Organisationen u. Kämpfe. I. Bd. Bis z. Gründg. d. deutsch. Schneiderverbandes. Berlin, Vrbd. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Dtschlds. 1913. VI—309 S.
- BRAUER TH.**, Gewerkschaft und Volkswirtschaft. Gedanken und Hinweise. Jena, Fischer 1913. 104 S.
- BRENTANO, LUJO**, Über Syndikalismus und Lohnminimum. München, Süddeutsche Monatshefte 1913. 114 S.
- BRIÈRE Y. DE LA**, L'encyclique „Singolari quadam“ sur les syndi-

- cats confessionnels et interconfessionnels (Etudes. 5. XII. 1912).
- † BRODA R., Inwieweit ist eine gesetzliche Festlegung der Lohn- u. Arbeitsbedingungen möglich? Erfahrungen Englands, Australiens und Kanadas. Berlin, Reimer 1912. 287 S.
- BROOKS J. G., American syndicalism: The I. W. W. New-York, Macmillan 1913. 264 S.
- Buchbinderei, Statistische Erhebungen üb. d. Lohn- und Arbeitsverhältnisse i. d., u. verwandt. Gewerben, augen. i. J. 1910. Hrsg. v. Vorstand d. Deutsch. Buchbinderverbandes. Berlin 1912. 563 S.
- CARCANAGUES (P. A.), Le mouvement syndicaliste réformiste en France, 1 vol. in-8. Paris, Schleicher, 1913.
- * CHALLAYE F., Revolution. Syndikalismus u. reformist. Syndikalismus. Autor. Übers. aus d. Franz. Tübingen, Mohr 1913. 93 S.
- COHEN A., D. Technik d. Gewerkschaftswesens. Dresden 1913. 21 S.
- COMNY P. DE, Le syndicalisme féminin en Angleterre. (Réf. Econ., 13 VI 1913).
- † COMPÈRE-MOREL, La concentration capitaliste en France. („Les docum. d. socialisme“. Dir. par A. THOMAS XI). Paris, Rivière & Co. 1913. 59 S.
- CORNÉLISSEN, CHRIST., D. neueste Entwicklung d. Syndikalismus. (Arch. f. Sozialw. und Sozialpol. XXXVI, 125/148).
- † DEWAWRIN, MAURICE et LECARPENTIER, GEORGES, La protection légale des travailleurs aux États-Unis. Paris, Rivière & Co. 1913. 348 S.
- DODD W. F., Social legislation and the Courts (Polit. Science Quart. XXVIII, 1/17).
- DODGE JAMES MAPES, Industrielle Betriebsführung (Technik u. Wirtschaft. VI. [1913], 501/524).
- † DÖHNEL G., 20 Jahre Organisation d. Lagerhalter u. Lagerhalterinnen Deutschlands 1893—1912. Leipzig, Verbandsverlag 1912. VII—134 S.
- † DRUNSEL A., D. Geschichte d. deutsch. Töpferbewegung. Berlin, Zentralverbd. d. Töpfer Deutschlands o. J. (1912). 390 S. u. 1 Tab.
- † DUFOUR, Le syndicalisme et la prochaine révolution. Paris, Rivière & Co. 1913. 437 S.
- ECKSTEIN G., Die Wurzeln des Syndikalismus in Frankreich. (Neue Zeit, 1912/II.)
- † ENGELBRECHT K., 50 Jahre Geschichte. Verein Leipziger Buchdrucker- u. Schriftgießer-Gehilfen 1862—1912. Leipzig, Verlag des Vereins 1912. IV—160 S.
- ERDMANN A., D. christliche Arbeiterbewegung i. Deutschland. II. Aufl. Stuttgart, Dietz 1912. VIII—720 S.
- L'église et les syndicats allemands. (Vie ouvr. V/2, 419/434, 474/485).
- † FACKFÖRENINGSRÖRELSEN. Framställingom dithörande förhållanden i Sverge Norge, Danmark, Tyskland, England och Frankrike. Uitgiven av Landsorganisationen i Sverge. 3 Bde. Stockholm 1912. 264, VI, 8 Diagr.; 578; 160 S.
- FAASS F., D. Rechtsverhältnisse d. land- u. forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands. Dargest. i. Spiegel d. gegenwärt. Rechtsprechung. Hrsg. v. Deutsch. Landarbeiterverbd. Berlin 1913. 122 S.
- FESTY O., Les deux associations ouvrières lyonnaises „encouragées“ par application du décret du 5 juillet 1848 (Rev. d'hist. de Lyon 1912).
- FEUILLETTE P., Du régime du travail

- d'après l'encyclique *Rerum Novarum*. Paris, Larose 1913. 156 S.
- FREESE H., *D. freie Werkvertrag u. seine Gegner*. Jena, Fischer 1913. 57 S.
- † GÉRARD A., *La violence dans les grèves anglaises*. Rennes, Oberthur 1913. 276 S.
- Gewerkschaften, Österreichs, *D. Stärke u. Leistungsfähigkeit d. Internat. i. J. 1912 (Die Gewerkschaft. v. 25. VI. 1913)* Wien.
- GIGOT M., *La grève noire de 1912 en Angleterre (La réf. sociale LXIV, 480/498)*.
- GOLDSCHMIDT E. Fr., *Heimarbeit, ihre Entstehung u. Ausartung*. München, Reinhardt 1913. 52 S.
- GLEICHAUF, D., *Rechtsverhältnis zwisch. Unternehmern u. Arbeitern i. d. Großindustrie. Ref. auf d. Verbdstag d. deutschen Gewerksvereine 1913*. Berlin, Verl. d. H.-D. 16 S.
- † GLOCKNER Th. W., *The government of Americ. Trade unions. (Johns Hopkins Univers. Stud. XXXI/2)*. Baltimore 1913. 242 S.
- GRIMM R., *D. Kampf d. Unternehmerverbände i. d. Schweiz u. d. Gewerkschaften*. Zürich, Grütlibuchhandlung 1909. 67 S.
- * GRÜNWARD J., *Ein Vierteljahrhundert Organisationsarbeit. Eine Denkschrift aus Anlaß d. 25jähr. Bestandes d. Organis. d. Arbeiterschaft d. Wiener Buchbindergerbes*. Wien „Einigkeit“ 1913. 106—5 S. u. 6 graph. Tab.
- GUYOT YVES, *Bedeutung u. Grenzen des Rechtes auf Arbeitseinstellung. („Jahrbuch 1912 d. Gesellschaft österreich. Volkswirte“ S. 70/74)*. Wien 1912.
- HALPERT, D., *Organisationsrecht d. Arbeitnehmer. Referat, erstattet 1912 auf dem 4. Parteitag d. Demokr. Vereinigung zu Nürnberg*. Berlin, Demokr. Verlagsanstalt 23 S.
- HAMILTON, M. A., *Sozialreform u. öffentliche Meinung i. England (Ztschr. f. Volksw. Sozialpol. u. Vrwlt. XXI, 457/479)*.
- * HAUFF L., *D. deutsch. Arbeiterinnenorganisationen*. Halle, Karras 1912. 183 S.
- † HAYNES G. E., *The negro at work in New York City (Stud. in hist. econ. & publ. law of Columb. Univ. XLIX/3)*. New York, Longmans, Green & Co. 1912. 158 S.
- HEISS CL., *D. gelbe Arbeiterbewegung, (Jahrb. f. Gstzg., Vrwlt. u. Volksw. XXXV/4, 377/378)*.
- HÉLIÈS L., *La Bellevilloise (1877 à 1910). Son historique. (Rev. socialiste, 15/VI. 1912. S. 491/511)*.
- † HIRSCH J., *D. Filialbetriebe i. Detailhandel. (Köln. Stud. z. Staats- u. Wirtschaftsleben I)*. Bonn, Marcus u. Weber 1913. XVI—296 S.
- HITZE FR. u. A., *Z. Würdigung d. deutsch. Arbeitersozialpolit. Kritik d. BERNHARDSCHEN Schrift: Unerwünschte Folgen d. deutsch. Sozialpol. München-Gladbach 1913. 124 S.*
- Holzarbeiterverbandes, *D. Bestrebungen u. Erfolge des*. Berlin, Verl. d. Vrbds. 1913. 32 S.
- † HUE O., *D. Bergarbeiter. Historische Darstellung d. Bergarbeiterverhältnisse von d. ältest. bis z. neuest. Zeit. II. Bd. Stuttgart, Dietz 1913. VIII—760 S.*
- † HUG PAUL & Co., *Buchdruckerei Küstrin 1888—1913*. 48 S.
- † JMBUSCH H., *D. Gelben i. d. deutsch. Arbeiterbewegung. III. Aufl. Köln,*

- Christl. Gewerkschaftsverlag 1912. 118 S.
- JOUHAUX L., Syndicalisme et socialisme. (Revue Socialiste, 1913/III).
- † KAMPFMEYER P., Vom Katheder-sozialismus z. Kathederkapitalismus. Eine Antwort auf L. Bernhards: Unerwünschte Folgen der Sozialpolitik. Ludwigshafen a. Rh., Gerisch & Co. 1913. 48 S.
- † KAPLUN-KOGAN W. W., D. Wanderbewegungen d. Juden. (Köln. Stud. z. Staats- u. Wirtschaftsleben, II.) Bonn, Marcus & Weber 1913. 164 S.
- † KARMIN O., Essai sur les dernières années du régime corporatif à Genève (1793—1798). Genève, Inprim. Centrale 1913. 68 S.
- KARSKI J., Theuerung, Warenpreise u. Goldproduktion. Dresden 1913. 63 S.
- KELLERSHOHN M., Le syndicalisme chrétien en Allemagne. Paris, Bloud 1912. 320 S.
- KESTNER F., D. Organisationszwang. Eine Untersuchung üb. d. Kämpfe zwisch. Kartellen u. Außenseitern. Berlin, Karl Heymann 1912. 395 S.
- KEUFER A., L'éducation syndicale. Exposé de la méthode organique. Paris 1910. 84 S.
- † KLOTH, Geschichte des deutschen Buchbinderverbandes und seiner Vorläufer. 2 Bde. Berlin, Verl. d. Vrbds. 1910/1913. XI—246, XI—456.
- † KNOLL A., Geschichte der deutschen Steinsetzerbewegung. II. Bd. Berlin, Verband d. Steinsetzer 1913. IX—346 S.
- KOLB R., D. Berufsverhältnisse d. Steinarbeiter i. d. Schweiz u. deren Gefahren i. bezug auf Unfall- und Krankheitshäufigkeit. Zürich, Ver-
band der Stein- und Tonarbeiter der Schweiz, 1912. 102 S.
- Krankenpflegepersonal, D. Klagen des, vor d. Deutsch. Reichstage. Berlin, Verl. d. Vrbds. d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter 1913. 43 S.
- * KRUNERT K., Histor. Übersicht d. Entwicklung d. Organisation d. Buchdrucker-Gehilfenschaft Böhmens während 50 Jahren. 1862—1892. Deutsch v. KARL NĚMEČEK. Prag, Verl. d. Zentralvereins 1912. 143 S.
- KUHLO A., Kathedersozialistische Irrwege. Mit besonderer Berücksichtigung... Brentanos. München 1913. 75 S.
- † KULEMANN W., D. Berufsvereine. Erste Abteilg. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. II. völlig neu bearbeit. Aufl. d. „Gewerkschaftsbewegung“. IV. Bd. (England, Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen); V. Bd. (Österreich, Ungarn, Schweiz, Italien, Spanien, Rußland, Finnland, Serbien, Bulgarien, Rumänien); VI. Bd. (Verein. Staaten v. Amerika, Kanada, Argentinien, Australien, Neuseeland, Japan, Internationale Organisation). Berlin, Leonhard Simion Nf., 1913. XXIV—560, VII—551, VII—336 S.
- LAGARDELLE H., La formation du syndicalisme en France (Le mouv. socialiste XXX, 161/186, 241/256; XXXI, 134/145).
- † Lagerhalter u. Lagerhalterinnen Deutschlands, 20 Jahre Organisation. 1893—1912. Leipzig, Verl. d. Lagerhaltervrbds. 1912. 143 S.
- † Landsorganisationens, Ut-

- låtande och förslag angående, sammansättning och uppgifter. Utarbetade av Omorganisations, Kommitten. Stockholm 1912. 46 S.
- LANGE P., D. Sonntagsruhe i. Kontoren u. Läden. Eine geschichtliche Mater.-Sammlung (Schrift 29). Berlin, Zentralverband d. Handlungsgehilfen 1913. 88 S.
- D. Tarifverträged. Zentralverbandes d. Handlungsgehilfen. Nach dem Stande v. Mitte 1912. Berlin 1912. 246 S.
- † LAUBER A. W., Indian slavery in colonial times within the present limits of the United States. (Stud. in hist., econ. & publ. law of Columb. Univ. LIV/3). New York, Longmans Green & Co. 1913. 352 S.
- † LEDERER E., D. wirtschaftlichen Organisationen („Aus Natur- u. Geisteswelt“ 428). Leipzig, Teubner 1913. 138 S.
- Jahrbuch der sozialen Bewegung in Deutschland und Österreich. Tübingen, Mohr 1913. VIII—227 S.
- LEFAS A., La crise du fonctionnarisme (La réf. sociale LXV, 291/304. 330/342).
- † LEROY M., La coutume ouvrière, Syndicats, Bourses du travail, Fédérations professionnelles, Coopératives. Doctrines et institutions. 2 vol. Paris, Giard & Brière 1913. 934 S.
- † LEVINE L., The labor movement in France. A Study in Revolutionary Syndicalism. With an introd. by Prof. F. H. Giddings. (Stud. in hist. econ. & publ. law. XLVI/3). New York, Columbia University, Longmans, Green & Co. 1912. 212 S.
- Syndicalism in America (Pol. Science Quart. XXVIII, 451/479).
- LEWIN D., Der Arbeitslohn u. d. soziale Entwicklung. Berlin, Springer 1913. VII—206 S.
- LEWIS A.-D., Syndicalism and the General Strike. London, Unwin 1912. 320 S.
- LUIGI, Klassenpolitik. D. Politik d. Gewerkschaften. Hamburg, A. Fricke 1912. 16 S.
- Parlamentarismus u. Arbeiterschaft. Ebda. 1912. 16 S.
- LUPUS, Aus ein. christl. Gewerkschaft. Auth. Darstellung d. Mißwirtschaft i. Zentr. Vrbd. der Staats- u. Gemeinde-Arbeiter Dtschlds., Sitz Aschaffenburg. Hamburg, J. Wolf 1910. 87 S.
- LUSK H. H., Social welfare in New-Zealand. The results of twenty years of social legislation, and its significance for the United States and other countries. New York, Sturgis & Walton 1912.
- MACDONALD J.-R., Syndicalism. A critical Examination. London, Constable 1912. VII—74 S.
- † MAHAIM E., Le droit international ouvrier. Paris, Librairie du Recueil Sirey 1913. 385 S.
- MALERGERWERBE, D. Tarifbewegung im, i. J. 1913. Eine Materialiensammlung. Amtl. u. stenogr. Protok., Anträge der Parteien, Schiedssprüche d. Unparteiischen, Vereinbarungen mit d. Arbeitgebervrbd. u. d. Bund deutsch. Dekor.-Maler u. a. m. Hamburg, Vrbdsverl. 1913. 220 S.
- , D. Entstehung u. Durchführung d. Reichstarifvertrages im. Seine Auslegung u. Weiterbildung. i. d. Tarifinstanzen. Ebda. 1912. 216 S.
- MATTHEWS L.-R., Women in Trade Unions in San Francisco. Berkeley, Univ. of California, 1913. 100 S.

- † MC PHERSON, LOGAN C., A concerted movement of the railways. (S.A. aus The North American Review. Jan. 1913). New York. 10 S.
- * MERTA R., 20 Jahre Organisations-tätigkeit d. Brüner Holzarbeiter 1889—1909. Brünn, Verl. d. Ortsgruppe d. Holzarbeiter 1909. 42 S.
- † Metallarbeiter, D., i. Klassenkampf. Wien, Österr. Metallarbeiterverband 1912. 52 S.
- -Verbands, Denkschrift d., Materialienz. Kartellenquête. VIII Eisenindustrie (Wien 1913). 43 S.
- † MOORE B. F., The Supreme Court and unconstitutional legislation (Stud. in hist. econ. & publ. law Columb. Univ. LIV/2). New York, Longmans, Green & Co. 1913. 158 S.
- * MÜLLER E., Festschrift z. 40jähr. Jubiläum d. Vereins d. Buchdrucker u. Schriftgießer f. Tirol u. Vorarlberg 1872—1912. Innsbruck, Verlag d. Vereins o. J. (1912). 64 S. u. 1 Tab.
- * NOVITZKY N. L., Egyesült erövel a magyar könyvnyomdászok ötvenévi szakszervezeti tevékenységének története (Gesch. d. ung. Buchdruckerverbandes). Budapest 1912. 559 S. u. 3 Tab.
- † OFNER J., Wohnungsnot u. Wohnungsmietrecht. Wien 1913. 24 S.
- OGBURN W. F., Progress and uniformity in child-labor legislation. (Stud. in hist. econ. & publ. law. Columb. Univ. XLVIII/2.) New York, Longmans, Green & Co. 1912. 219 S.
- OGDEN C. K., D. Syndikalismus i. England (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVII, 424/482).
- † PFIRRMANN F., D. Zentralverband d. Glaser u. verwandten Berufsgenossen Deutschlands (Dissert.). Marburg. Joh. Aug. Kochs Buchdr. 1912. 113 S.
- † PICARD R., Le minimum légal du salaire. Paris, Libr. du Parti socialiste. 1913. 63 S.
- † PICHT W., Toynbee Hall u. d. engl. Settlementbewegung („Ergzgsheft XI z. Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol.“). Tübingen, Mohr 1913. XI—217 S.
- PIE X., Lettre du Pape, aux Evêques d'Allemagne; Lettre des Evêques d'Allemagne à leur clergé (Le mouv. social 1912, 1057/1071).
- PLAUT TH., D. Gewerkschaftskampf d. deutsch. Ärzte. (Volksw. Abhdlgen. d. bad. Hochschulen, N. F. 14.) Karlsruhe, Braun. 1913. 246 S.
- POETZSCH H., Zehn Jahre Arbeiterschutz i. Gastwirtsgewerbe. Berlin, Verl. d. Verbands d. Gastwirtsgehilfen. 1913. 176 S.
- POHLMAN-HOHENASPE A., D. Staat u. d. Syndikate. Ein Beitrag zur Bergwerksfrage. Leipzig, Voigtländer, 1912. 64 S.
- POPP A., Haussklavinnen. Wien, Volksbuchhdlg. 1912. 31 S.
- PORTENAR A.-J., Organized labor; its problems and how to meet them. New York, Macmillan, 1912. VII—134 S.
- † POTTHOF H., Probleme des Arbeitsrechtes. Jena. Diederichs 1912. 255 S.
- † POUGET E., L'organisation du surmenage (Le système Taylor). (Bibl. du mouv. prolétarien XV.) Paris, Rivière & Co. 1914. 71 S.
- POUND R., Social problem and the courts. (Amer. Journ. of Sociology XVIII, 331/341.)
- POWELL T. R., The courts and the people. (Polit. Science Quart. XXVII, 682/688.)

- PUMPIANSKI L., Z. Gesch. d. Anfänge d. Trade Unionismus. (Ergänz.-Hefte z. Neuen Zeit, XIII.) Stuttgart, Dietz 1912. 64 S.
- † REICHESBERG N., Der internationale Arbeiterschutz in den letzten 12 Jahren. Bern, Max Drechsel 1913. 58 S.
- † RIEM G., Aus d. Gesch. d. Dresdener Arbeiterbewegung. D. Delegierten z. VIII. deutsch. Gewerkschaftskongreß gewidmet. Dresden 1912. 62 S.
- RIEPEL A. E., D. Erziehung d. Industriearbeiters. S.A. aus „Technik u. Wirtschaft“ 1913. Berlin, Springer. 27 S.
- † ROSS L., Weibliche Dienstboten u. Dienstbotenhaltung in England. (Ergänzungsheft VIII z. „Arch. f. Sozialwiss. u. Sozialpol.“) Tübingen, Mohr 1912. VIII—99 S.
- ROTHSCHILD E., Kartelle, Gewerkschaften u. Genossenschaften nach ihrem inneren Zusammenhang im Wirtschaftsleben. Versuch einer theoret. Grundlegung der Koalitionsbewegung. Berlin, Springer 1913. 144 S.
- ROUGÉ CH., Les Syndicats professionnels et l'Assurance contre le chômage. Paris, Rivière & Co. 1913. 187 S.
- SASSENBACH J., Verzeichnis der in deutsch. Sprache vorhand. gewerkschaftl. Literatur. Nachtrag z. 4. Ausg. (August 1910). Berlin, Generalkommiss. d. Gewerksch. Deutschlands 1912. X—127 S.
- † SAUPE F., Geschichte d. Verbandes d. Kupferschmiede Deutschlands. Mit ein. Rückblick auf d. Kupferschmiede-Brüderschaften bis z. Gründg. d. Verbandes. Berlin, Verbandsverlag 1911. 299 S.
- SCHLESINGER G., Betriebsführung u. Betriebswissenschaft („Technik u. Wirtschaft“ VI [1913], 525/568).
- SCHMIDT G., Lohnformen u. Arbeitsverhältnisse i. d. Landwirtschaft. Ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der deutschen Landarbeiterschaft. Hrsg. v. Deutsch. Landarbeiterverband. Berlin, Buchhandlung Vorwärts 1913. 90 S.
- E., Z. Abänderung d. bayer. Heimat- u. Armengesetzgebung. München 1912. 39 S.
- SCHOU P., Social Danmark (Quart. Journ. of Econ. XXVII, 50/66).
- † SCHUMACHER M., Arbeitslosen-Versicherung u. Arbeitsnachweis. Vortrag auf d. XVIII. Verbdstag der Deutschen Gewerkvereine H. D. 1913. Berlin, Verl. d. S. D. 24 S.
- † SCHWARZ A., D. Lage d. österr. Baumwollspinnerei (Diss.). Wien, Manz 1913. VI—77 S.
- † Schweden, D. Aussperrungen u. d. Großstreik in, 1909. Bericht d. Abteilung f. Arbeiterstatistik des Kgl. Kammerkollegiums. Stockholm, B. L. Beckmanns Buchdruckerei 1912. 202 S.
- SCHWITTAU G., D. Formen d. wirtschaftl. Kampfes. (Streik, Boykott, Aussperrung usw.) Berlin, Springer 1912. XI—490 S.
- * Senefelderbundes, Festschrift zur 20 jährigen Bestandfeier der Ortsgruppe VI des österreichischen. Wien, Verl. d. Ortsgruppe 1912. 42 S.
- † Sozialpolitik im Dienste der Partei. Initiativanträge d. österr. Sozialdem. i. d. ersten Sitzgsperiode. d. XXI. Sess. d. Abgeordnetenhauses, Sommer 1911. Wien, Hauptstelle industr. Arbeiterorganisationen 1911. 256 S.
- SPANN O., Theorie d. Preisverschie-

- bung als Grundlage z. Erklärung der Theuerungen. Wien, Manz 1913. 63 S.
- SPANN O., D. Erweiterung d. Sozialpolit. durch d. Berufsvormundschaft. Tübingen, Mohr 1912. 57 S.
- STEINBERG M. W., D. obligatorische Schiedsgerichtswesen i. Neuseeland. (Diss.) Berlin, Univers.-Buchdruckerei G. Schade 1912. 100 S.
- STEPHINGER L., Versicherung u. Gesellschaft. Jena, Fischer 1913. 33 S.
- STERNTHAL F., D. Heimarb. i. d. Dresdener Zigarettenindustrie. München, Duncker & Humblot 1913. 58 S.
- STEVENS GEORGE A., New York Typographical Union 6. Study of a modern Trade Union and its predecessors. Albany, J. B. Lyon Comp. 1913. XIX—717 S.
- *STOCTON F. T., The closed shops in Americ. Trade Unions (Johns Hopkins Univers. Stud. XXIX/3.) Baltimore 1911. 187 S.
- STOWELL C.-J., Studies in Trade Unionism in the Custom Tailoring Trade, Bloomington, Journeymen Tailors Union of America 1913. 166 S.
- †STREIGHTHOFF F. H., The distribution of incomes in the United States. (Stud. in hist., econ. & publ. law. L. II/2.) New York Longmans, Green & Co. 1912. 171 S.
- Streikjustiz, D., vor Gericht. Stegnogr. Bericht vom Prozeß Dr. Levi, Neumann u. Schoreck. Bochum, Hausmann & Co. o. J. (1912). 51 S.
- im Ruhrrevier. Hrsg. v. Vorstde, d. Vrbds. d. Bergarbeiter Deutschlands. Bochum 1913. 68 S.
- STURSBURG H., Unerwünschte Folgen deutscher Sozialpolitik. Eine Entgegnung an L. BERNHARD. Bonn, Friedr. Cohen 1913. 32 S.
- TAYLOR F. W.-RÖSLER R., D. Grundsätze wissenschaftl. Betriebsführung. München 1913.
- †Tischlergewerbe, Arbeitszeit u. Löhne, i. Nach ein. Statist. der deutsch. Holzarbeiter-Verbds. v. November 1911. Hrsg. v. Verbdsvorstd. Berlin 1913. 254 S.
- †TILLET B., History of the London transport workers strike 1911. London, Nat. Transp. work. Federat. 1912. 70 S.
- Train-crew legislation, the arguments for and against. (Bureau of railway economics, Bullet. 53) Washington 1913. 37 S.
- †TREVISONNO N., Socialismo e sindacalismo. Roma, Bernardo Lux 1912. IV—177—3 S.
- UMBREIT P., D. Gewerkschaften u. d. Arbeitsvermittlung. Berlin 1913. 40 S.
- Vergoldereibetriebe, D. hygienische Zustände i. d. Berlin, Verl. des Deutsch. Holzarbeiterverbds. 1912. 52 S.
- †WALLING W. E., Labor Union Socialism and Socialist Labor-Unionism. Chicago, Kerr & Co. 1912. 96 S.
- WEBB SIDN. u. BEATR., Das Problem der Armut. Autor. Überstz. v. HELENE SIMON. Jena, Diederichs 1913. 217 S.
- †— La lutte préventive contre la misère. Trad. par H. L. Coudraie. Paris, Giard & Brière 1913. X—345 S.
- WEBER A., D. Bürokratisierung u. d. gelbe Arbeiterbewegung. (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol. XXXVII, 361/379.)
- WENDE A., D. Konzentrationsbewe-

- gung bei den deutschen Gewerkschaften. Berlin, Heymann 1912. 84 S.
- WOLFE F. E., Admission to American Trade Unions (Johns Hopkins Univ. Stud. XXX/3). Baltimore 1912. 181 S.
- WOLFF E., Lohnsystem u. Löhne in der Brauindustrie. Tarifverträge. Berlin, Heymann 1912.
- † ZWIEDINECK-SÜDENHORST O. v., Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. („Aus Natur und Geisteswelt“ 78.) II. Aufl. Leipzig, Teubner 1912. 143 S.
- Zimmerer Deutschlands, Feststellungen d. Arbeitszeit u. Löhne, sowie Mitgliederzahl d. Zentralverbandes der, 1885—1910. Hamburg, Fr. Schrader. 197 S.
- VIb.
- Arbeitersekretariats Altenburg, XIII. Geschäftsbericht für 1911, nebst d. Jahresber. d. Gewerkschaftskartells, d. Bildungs- und Jugendausschusses, sowie d. Zentralbibliothek. 24 S. u. 1 Tab.
- . . . f. 1912 . . . 24 S. u. 1 Tab.
- Darmstadt. Jahresber. 1912. 8 S.
- Fürth. VIII. Jahresber. 1912. Berichte d. Gewerkschaftskart. u. d. Gewerkschaften, Jugendbildungsverein, Bildungsausschuß und der Zentralbibl. der Gewerkschaften. 40 S.
- Lübeck, XII. Jahresber. nebst Jahresber. d. Aufsichtskommiss. u. d. Gewerkschaftskart. 1912. 24 S.
- München. XV. Jahresber. des, u. Geschäftsber. d. Gewerkschaftsvereins München pro 1912. 82 S.
- Nürnberg. XVIII. Jahresbericht 1912. 112 S.
- Stuttgart. XVI. Jahresber. f. d. Geschäftsjahr 1912. Nebst Ber. d. Vereinigten Gewerksch. in Stuttgart. 32 S.
- Arbeitersekretariats u. d. Gewerkschaftskartells Braunschweig. Jahresber. 1911. 88 S.
- . . . 1912. 88 S.
- Königsberg i. Pr., f. d. Geschäftsjahr 1912. 45 S.
- Bericht, IX. Internat., über die Gewerkschaftsbewegung 1911. Hrsg. v. Intern. Sekr. d. gewerkschaftl. Landeszentralen. Berlin, Legien 1912. 320 S.
- X. . . 1912. Ebenda 1913. 326 S.
- d. Internat. Sekretariats d. Arbeiter öff. Betriebe f. 1910; 1911; 1912; Berlin, Albin Mohs. 12; 20; 23 S.
- d. Verbands d. baugewerbl. Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen Österreichs f. 1911 u. 1912. Wien. 29 S.
- üb. d. Tätigkeit u. Entwicklung d. deutschen Gewerkvereine (H.-D.) u. ihr. Verbandes, insbes. f. d. J. 1910—13 erstatt. auf d. 18. Verbdtag. z. Berlin, 13. V. 1913 v. Verbandsvorsitzenden B. GOLDSCHMIDT. Berlin 1913. 56 S.
- Congresso della resistenza, VIII. (III della Confederazione generale del lavoro.) Padova, 24—28. V. 1911. Torino, Tipogr. cooperativa 1912. 268 S.
- Gewerkschaftsbewegung in Chemnitz, D. i. J. 1912. 64 S.
- d. Leipziger i. J. 1912. 106 S.
- Gewerkschaftskartells Halle a. S. i. J. 1911. Jahresbericht d., mit anschließ. Bericht üb. d. Arbeitersekret., sowie Berichten üb. d. Bauarbeiterschutzkommiss., Gewerbegerichtsbeisitzer, Arbeitervertreter, d. Bildungsausschusses, d. Zentralbibl. 24 S.
- . . . i. J. 1912. 24 S.

- Gewerkschafts-Leben in Kiel 1912. Verl. d. Gewerkschaftskart. Kiel 1913. 60 S.
- † Handlungsgehilfen-Verband, Deutscher, Schriften des, XII. D. H. Tag 1911: LI. Sozialpol. Standesschau üb. d. J. 1909/10. 79 S. — LIII. D. Angestelltenversicherung. 56. S. — LV. Die Konkurrenzklause u. d. Verbesserungsvorschläge d. preuß. Handelsministers. 39 S. — LVI. D. staatsbürgerliche Erziehung des jungen Kaufmanns. 23 S. — LVII. D. deutsch-nationale Handlungsgehilfenbewegung u. d. pol. Parteien. 56 S. — LVIII. Bericht u. Abrechnung f. 1909 u. 1910. 80 S. — LIX. Verhandlungsschrift über den XII. Verbandstag am 19. VI. 1911 i. Breslau. 102 S.
- Holzarbeiterverband. D. Lage d. Stellmacher. Verhandlungen d. Stellmacherkonferenz, Berlin, im Nov. 1911. — Unfallgefahren und Unfallschutz i. d. Holzindustrie. Verhdlgen. d. Konf. d. Maschinenarbeiter u. Säger i. Nov. 1911 in München.
- Jahrbuch d. Deutschen Holzarbeiterverbandes. Hrsg. v. Verbandsvorstand, Berlin 1910; 1911; 1912. 578, 678, 626 S.
- d. Zentralverbands d. i. d. Schneiderei beschäft. Personen, i. Liquidation f. 1912. Hamburg 1913. 76 S.
- d. Deutsch. Transportarbeiterverbandes 1910. Berlin. 314 S.
- Jahresbericht, XXIV. u. XXV. d. leitd. Ausschuss. d. Schweiz. Arbeiterbundes u. d. Schweiz. Arbeiterssekretariats f. d. J. 1910 u. 1911. Zürich, Grütlbuchhdlg. 1912. 39 S.
- d. Verbd. d. Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen. Deutschlands f. 1912. Berlin 1913. 272 S.
- Jahresbericht d. Bezirksverwaltung Groß-Berlin d. Deutschen Transportarbeiterverbandes f. 1912. 199 S.
- d. Deutsch. Tabakarbeiterverbandes (Sitz Bremen) f. 1911. 48 S.
- Landarbeiter-Verband, Deutscher, Protok. d. Verhdlgen. d. I. Generalversammlg. i. Berlin, 27.—31. XII. 1912. 1913. 144 S.
- Metallarbeiterorganisationen, Österreichischen, Bericht d., a. d. VII. Kongreß d. Intern. Metallarbeiterverbandes i. Berlin 1913. Wien. 55 S.
- Metallarbeiterverband, Deutscher, Verwtlgsst. Braunschweig. Geschäftsber. f. d. J. 1911. Braunschweig, O. Hammerschmidt. 78 S.
- Protokoll üb. d. Verhandlungen d. Allgem. Friseurgehilfenkongresses i. Berlin, 28. V. 1912. 36 S.
- . . . VIII. Kongress. d. christl. Gewerkschaften Deutschlands i. Dresden, 6.—10. X. 1912. Köln, Christl. Gewerkschaftsverb. 1912. 317 S.
- . . . XI. ord. Verbandtags d. Verbandes d. Fabrikarbeiter Deutschlands z. Dresden, 4.—10. VIII. 1912. Hannover, Aug. Brey. 224 S.
- d. Allgem. Friseurgehilfenkongress. z. Berlin, 28. V. 1912. Berlin, F. Etzkoon. 36 S.
- . . . IX. ord. Verbandstages d. Deutschen Holzarbeiterverbds. Berlin, 23.—29. VI. 1912. 304 S.
- . . . II. Konferenz d. i. Deutschen Holzarbeiterverbds. organ. Korbmacher z. Koburg, 1.—2. XII. 1912. Berlin, Deutsch. Holzarbeiterverbds. 1913. 29 S.
- . . . I. Generalversammlg. d. Deutschen Landarbeiterverbds. zu Ber-

- lin, 27.—31. XII. 1912. Berlin 1913. 144 S.
- Protokoll üb. d. Verhandlungen d. II. Konferenz d. Musikinstrumentenarbeiter zu Berlin, 17.—18. IX. 1912. Berlin, Deutsch. Holzarbeiterverbd. 45 S.
- ... XIII. ord. Generalvers. d. Zentralverbands all. i. d. Schmiederei beschäft. Personen zu Düsseldorf, 2.—8. VI. 1912. Hamburg, Fr. Lange. 191 S.
- ... XII. ord. Verbandstag d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands i. Köln, 12.—18. VIII. 1912. Berlin, H. Stühmer. 544 S.
- ... XV. Generalvers. d. Deutschen Tabakarbeiterverbdes. u. d. V. Generalvers. d. Verbds. d. Zigarrensortierer u. Kistenbekleber Deutschlands mit anschließend. gemeins. Generalvers. beider Verbde. zu Hamburg, 13.—17. V. 1912. Bremen, J. H. Schmalfeldt & Co. 190 S.
- ... VII. Intern. Transportarbeiter-Kongresses, sowie d. Konferenzen d. Hafenarbeiter und Seeleute zu Kopenhagen, 23.—27. VIII. 1910. Bericht d. Zentralrates f. 1908, 1909, 1910. Berlin, H. Jochade 1911. 109 S.
- och Berättelser vid 8^{de} Skandinaviska Arbetarekongressen i Stockholm. 2.—5. IX. 1912. 126, 50, 9, 22 S.
- * Reichskommission d. Gewerkschaften Österreichs a. d. VII. ordl. Kongreß d. Gewerksch. Österr. i. Wien, 1913; und Beiträge z. Gesch. d. österr. Gewerkschaftsbewegung für die J. 1890—1912. Wien, A. Hueber. 152 S.
- Reichskongreß d. Angestellten u. Privatbeamten Österreichs. Stenogr. Protok. d. Verhdlgen. u. d. Beschlüsse der Tagung in Wien v. 22. X. 1912. Hrsg. v. Kongr.-Präsidium. Wien, „D. österreich. Handelsangestellte“ 1912. 132 S.
- Verband d. Bergarbeiter Deutschlands. Geschäftsbericht 1911 und 1912. Bochum, Hausmann & Co. 1913. 288—XXXIX S.
- d. Vereine d. Buchdrucker u. Schriftgießer u. verwandt. Berufe Österreichs. Bericht üb. d. Tätigkeit i. J. 1911. Rückblick auf die Gesamtgebarung d. Verbandsvereine seit deren Gründung. Wien, F. Reifmüller 1912. 88 S.
- d. Gemeinde- und Staatsarbeiter: Jahresberichte Berlin 1911; 1912; 1913, je 144 S. — ... D. Arbeiterfürsorge i. d. Gemeindebetrieben ... nach d. Stande zu Jahreschluß 1910. 31 S.; ... 1. IV. 1912. 43 S. ... I. IV. 1913. 32 S. — ... D. Arbeitslöhne ... 15. V. 1911. 79 S.; ... 1. IV. 1912. 119 S.; ... I. IV. 1913. 155 S. — ... D. Arbeitszeit ... I. V. 1911. 46 S.; ... I. IV. 1912. 76 S.; ... I. IV. 1913. 61 S.
- ... Protokoll d. II. Konferenz der Krankenpflege-, Massage- u. Bade-personals Dtschlds. z. Berlin, 21.—22. VIII. 1911. 91 S.
- d. Sattler und Portefeuller. Von Köln bis München. Bericht des Vorstandes üb. d. J. 1909, 1910 u. 1911. Protok. d. II. ordtl. Verbdts-tags i. München, 29.—31. V. u. 1. VI. 1912. Berlin. 213 S.
- d. Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgenossen Dtschlds. D. Verbd. i. d. J. 1910—1911. Berlin. 351 S.
- d. Zimmerer Österreichs. Tätigkeitsbericht f. d. J. 1910, 1911 u. 1912. Wien 1913. 83 S.
- Deutscher Handlungsgehilfen zu

- Leipzig. Verbandstag 1911. Reden, Verhandlungen, Entschlüssen. 147 S.
- Verein d. Buchbinder, Registrierer etc., sowiederer Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen Österreichs. 1. I.—31. XII. 1912. Wien. 32 S.
- Zentralverband d. Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Jahresber. d. Zentralvorstandes f. 1912. 139 S.
- d. Töpfer u. Berufsgen. Deutschbls. Geschäftsber. für 1912. Berlin. 74 S.
- VII.
- Almanach des Coopérateurs Belges pour 1913. Bruxelles. 64 S.
- † DOMACK H., D. Genossenschaftssozialismus. Leipzig, Ernst Möhring 1912. VII S.
- † FLANGAN J. A., Memoirs of a Century 1812—1912. A cooperative record compiled on the occasion of the Centenary of the Lennoxtown friendly Victualling Society Ltd. Lennoxtown 1912. IX—122 S.
- FOURNIÈRE E., La coopération et les „Autres forces“ en Grande-Bretagne. (Revue socialiste, juin 1913, 497—513).
- GÖHRE P., D. Konsumgenossenschaftsbewegung d. deutsch. Arbeiterklasse. Dresden 1913. 55 S.
- Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. Bericht über das XIX. Geschäftsjahr 1912. Hamburg. 50 S.
- JACOB ED., Volkswirtschaftl. Theorie d. Genossenschaften („Tüb. Staatswiss. Abhdlgen.“ Hrsg. v. C. J. Fuchs. N. F. I.). Stuttgart, Kohlhammer 1913. XVII—401 S.
- * Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, X. Jhrg. 1912. Hrsg. v. H. KAUFMANN. 2 Bde. Selbstverlag, Hamburg 1912. 1015, 1079 S.
- Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine XI. Jhrg., 1913. . . Ebenda 1913. XVIII—1039, VIII—1159 S.
- . . . österreichischer Konsumvereine 1912. Hrsg. v. Sekret. d. Vrbds. Wien 1912. 176—LV S.
- LEDERER E., Versuch ein. rein. und realistisch-empirischen Theorie d. Konsumentenmonopols. (Arch. f. Sozialw. u. Sozialpol., Juli 1912.)
- † OPPENHEIMER F., D. Siedlungsgenossenschaft. Unveränd. Neudruck. Jena, Fischer 1913. XXI—638 S.
- † POISSON E., La coopération nouvelle. (Docum. du Socialisme XII.) Paris, Riviere & Co. 1914. 67 S.
- PRAGIER A., D. Produktivgenossenschaften d. Schweiz. Arbeiter. Zürich, Volksw. Verein 1913. 161 S.
- * PREYER W. D., Die Arbeits- und Pachtgenossenschaften Italiens. Jena, Fischer 1913. 228 S.
- SCHILLER J. F., Besprechung von FLANGAN (s. ob.). („Internation. Genossenschaftsbulet.“ IV, 258—262.)
- VANDERVELDE E., La Coopération neutrale et la Cooperation socialiste. Paris, F. Alcan 1913. 226 S.
- † WILBRANDT R., D. Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung. I. u. II. Aufl. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 1913. 28 S.
- † WEIL HERB., D. gewerbl. Produktivgenossenschaften in Deutschland. München, Max Steinbach 1913. X—106 S.
- † Zentralgenossenschaften d. „christlichen“ Bauvereins, Regensburg. Ihr Geschäftsbetrieb, ihre Gewinne und ihre Frachtdeklarationen. München, Bayrisches Wochenblatt 1913. 77 S.